

Dowe / Fuchs / Mätzing / Sammler (Hg.)

Georg Eckert

Grenzgänger zwischen Wissenschaft und Politik



V&R Academic

Open-Access-Publikation im Sinne der CC-Lizenz BY 4.0

© 2017, V&R unipress GmbH, Cöttingen

ISBN Print: 9783847107613 – ISBN E-Lib: 9783737007610

Eckert. Die Schriftenreihe

Studien des Georg-Eckert-Instituts
zur internationalen Bildungsmedienforschung

Band 146

Herausgegeben von Eckhardt Fuchs

Redaktion

Ralf Kasper und Wibke Westermeyer
unter Mitarbeit von Victoria Schnitker

Die Reihe ist referiert.

Wissenschaftlicher Beirat

Konrad Jarausch (Chapel Hill/Berlin)

Heidemarie Kemnitz (Braunschweig)

Frank-Olaf Radtke (Frankfurt)

Manfred Rolfes (Potsdam)

Peter Vorderer (Mannheim)

Dieter Dowe / Eckhardt Fuchs /
Heike Christina Mätzing /
Steffen Sammler (Hg.)

Georg Eckert

Grenzgänger zwischen Wissenschaft und Politik

V&R unipress

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

ISSN 2198-6320

ISBN 978-3-7370-0761-0

Weitere Ausgaben und Online-Angebote sind erhältlich unter: www.v-r.de

© 2017, V&R unipress GmbH, Robert-Bosch-Breite 6, D-37079 Göttingen / www.v-r.de

Dieses Werk ist als Open-Access-Publikation im Sinne der Creative-Commons-Lizenz BY International 4.0 (»Namensnennung«) unter dem DOI 10.14220/9783737007610 abzurufen.

Um eine Kopie dieser Lizenz zu sehen, besuchen Sie <https://creativecommons.org/licenses/by/4.0/>. Jede Verwertung in anderen als den durch diese Lizenz zugelassenen Fällen bedarf der vorherigen schriftlichen Einwilligung des Verlages.

Titelbild: © Foto Artmann

Inhalt

Vorwort der Herausgeberin und der Herausgeber	9
Heike Christina Mätzing Georg Eckert (1912 bis 1974) – Grenzgänger zwischen Wissenschaft und Politik	11
Georg Eckert im Kreis seiner Weggefährten und Förderer	
Klaus Erich Pollmann Die SPD und die Gewerkschaften in Niedersachsen nach 1945	33
Wolfgang Kopitzsch Die Gründung der Arbeitsgemeinschaft deutscher Lehrerverbände (AGDL) 1945 bis 1949 und die Entstehung der GEW (ADLLV)	53
Gerhard Himmelmann Georg Eckert, Heinrich Rodenstein und die Braunschweiger Lehrerbildung	67
Helga Grebing Zeitzeugenerinnerung I	85
Horst-Rüdiger Jarck Zeitzeugenerinnerung II	91

Georg Eckert als Wissenschaftler

Jürgen Kocka

Georg Eckert und die Anfänge der deutschen Sozialgeschichtsschreibung 107

Hans-Ulrich Ludewig

Georg Eckert als Historiker der Arbeiterbewegung 117

Hans-Peter Harstick

Georg Eckert und das Internationale Institut für
Sozialgeschichte/Amsterdam 127

Dieter Dowe

Georg Eckert und die historische Arbeit der Friedrich-Ebert-Stiftung . . 137

Ulrich Mayer

Demokratischer Geschichtsunterricht. Georg Eckerts Beitrag zur
Geschichtsdidaktik nach 1945 151

Jiří Kořalka

Zeitzeugenerinnerung III 177

Georg Eckert als Akteur der internationalen Schulbucharbeit und Kulturpolitik

Matthias Bode

Diplomat im Dienst von Kultur und Verständigung. Georg Eckert und die
Deutsche UNESCO-Kommission 189

Steffen Sammler

Georg Eckert und die internationale Schulbucharbeit in Braunschweig
(1946 bis 1974) 223

Corine Defrance / Ulrich Pfeil

Georg Eckert, ein »Mann guten Willens«. Von der deutsch-französischen
Schulbuchrevision nach 1945 237

Thomas Strobel

Georg Eckert und die Neue Ostpolitik: Deutsch-Polnische Annäherungen 257

Eckhardt Fuchs

Georg Eckert und die Schulbucharbeit mit Asien 275

Thomas Keller
Zeitzeugenerinnerung IV 291

Literaturverzeichnis 293

Autorenverzeichnis 317

Personenregister 321

Institutionenregister 327

Open-Access-Publikation im Sinne der CC-Lizenz BY 4.0

© 2017, V&R unipress GmbH, Cöttingen

ISBN Print: 9783847107613 – ISBN E-Lib: 9783737007610

Vorwort der Herausgeberin und der Herausgeber

»Mein eigentlicher Erfolg war, mit dazu beigetragen zu haben, daß in der Welt, in der wir leben, der Name unseres Landes und der Begriff des Friedens wieder in einem Atemzug genannt werden können.«¹

Diese Worte Willy Brandts (1913–1992) könnte vice versa auch der fast gleichaltrige Georg Eckert (1912–1974) formuliert haben. Wie Brandt und mit ihm viele andere Sozialdemokraten empfand sich Georg Eckert als Angehöriger »einer Bewegung, die versagt hatte«², und auch er war nach 1945 davon beseelt, vor allem im Ausland ein Bild des »anderen Deutschland« zu vermitteln. Die Lebensleistungen Willy Brandts sind vielfach vermessen und gewürdigt worden. Für Georg Eckert stand eine solche Würdigung lange aus. Daher organisierten das Georg-Eckert-Institut für internationale Schulbuchforschung, die Friedrich-Ebert-Stiftung und das Historische Seminar der Technischen Universität Braunschweig anlässlich von Georg Eckerts 100. Geburtstag eine Konferenz, die am 19. und 20. Oktober 2012 in Braunschweig stattfand.³ Die Tagung wurde von der Friedrich-Ebert-Stiftung, der Deutschen UNESCO-Kommission und der Stadt Braunschweig finanziell unterstützt.

Die vorliegende Publikation fasst die Konferenzergebnisse über die Persönlichkeit und das vielfältige Wirken Georg Eckerts zusammen. Das Zusammenspiel von wissenschaftlichen Beiträgen und Zeitzeugenerinnerungen bietet am Beispiel des Lebens von Georg Eckert Einblicke in den demokratischen Aufbruch der Bundesrepublik Deutschland.

Braunschweig, im Juni 2017

Dieter Dowe, Eckhardt Fuchs, Heike Christina Mätzing, Steffen Sammler

1 Willy Brandt, *Erinnerungen*, Berlin/Frankfurt am Main: Propyläen, 1989, 500.

2 Willy Brandt, *Links und frei. Mein Weg 1930–1950*. Mit einem aktuellen Vorwort, Hamburg: Hoffmann und Campe, 1984, 66.

3 Darüber hinaus wurde die Veranstaltung unterstützt durch das Stadtarchiv Braunschweig, das Staatsarchiv Wolfenbüttel und die Deutsche UNESCO-Kommission.

Open-Access-Publikation im Sinne der CC-Lizenz BY 4.0

© 2017, V&R unipress GmbH, Cöttingen

ISBN Print: 9783847107613 – ISBN E-Lib: 9783737007610

Georg Eckert (1912 bis 1974) – Grenzgänger zwischen Wissenschaft und Politik¹

»Politisierung der Wissenschaft bedeutete für ihn Einsatz der wissenschaftlichen Erkenntnis für eine aufgeklärte Politik. [...] Die Vernunft war für Eckert die schärfste Waffe der Politik.«²

Auf diesem für Georg Eckert typischen Grenzgängertum zwischen Wissenschaft und Politik basiert sein Lebenswerk, das wir anlässlich seines 100. Geburtstages betrachten und würdigen wollen. Es wurzelt in dem Eckertschen Lebensthema, nach den Gräueln des Zweiten Weltkriegs einen Beitrag zur Völkerverständigung leisten und dabei vor allem dem »anderen, dem besseren Deutschland« im Nachkriegseuropa ein Gesicht geben zu wollen.

Bekannt geworden ist Georg Eckert als Leiter des Internationalen Schulbuchinstituts in Braunschweig und als Begründer des Archivs für Sozialgeschichte. Dass dies nur einen Teil seines Wirkungskreises ausmachte, lässt sich schon an den Personen ablesen, die anlässlich seiner Trauerfeier in Braunschweig auf der Rednerliste standen: Peter von Oertzen, niedersächsischer Kultusminister; Klaus von Dohnanyi, Bundesbildungsminister; Walter Steigner, Vizepräsident der Deutschen UNESCO-Kommission; Alfred Nau, Schatzmeister der SPD und Vorsitzender der Friedrich-Ebert-Stiftung.

Wer also war dieser Mann, dessen Adressbuch sich wie ein historisch-politisches Who's Who der deutschen Nachkriegsgeschichte las, und wie wurde er zu jenem wissenschaftlich und politisch denkenden Menschen, als der er dann nach

-
- 1 Der Beitrag beruht auf dem Eröffnungsvortrag der Tagung *Im Spannungsfeld von Wissenschaft und Politik: Georg Eckert (1912–1974)* anlässlich Georg Eckerts 100. Geburtstag. Der Vortragscharakter wurde weitgehend beibehalten. Wenn nicht explizit angegeben, fußt der Artikel auf Dokumenten aus dem Archiv der sozialen Demokratie, Bonn, aus dem nicht verzeichneten und unpaginierten Nachlass von Georg Eckert, hier vor allem die Kartons 89, 90, 105/1, 109/1, 122/1, 185/2, 202/2, 242 und 267, sowie aus dem ebenfalls nicht verzeichneten und unpaginierten Privatchiv der Autorin.
 - 2 Pädagogische Hochschule Niedersachsen, Abteilung Braunschweig (Hg.), *In Memoriam Georg Eckert (1912–1974)*, Braunschweig: Pädagogische Hochschule Niedersachsen, Abteilung Braunschweig, 1974, 11.

dem Zweiten Weltkrieg bis zu seinem Tod im Januar 1974 so erfolgreich wirken sollte: als Ethnologe, als Historiker, als historischer Sachverständiger in vielfältigen Gremien der SPD und vor allem der Friedrich-Ebert-Stiftung sowie als Präsident der Deutschen UNESCO-Kommission?

Elternhaus, Jugend und erste Studienzeit bis 1933

Geboren wird Georg Josef Fedor Eckert, wie er vollständig heißt, am 14. August 1912 in Berlin. Das Elternhaus ist in einem weiten Sinne links orientiert. Der Vater, Georg Eckert senior, entstammt einer alteingesessenen, katholischen Bamberger Familie von einigem Wohlstand.

Eckert senior hat eigentlich Priester werden sollen. Er verlässt jedoch die Kirche und setzt sich für eine technische Ausbildung in die Schweiz ab. Eckerts Mutter Louise Ryschawy stammt vermutlich aus dem Böhmisches. Nach Eckerts Bekundungen hat sie als junge Frau bereits 1905 an der Russischen Revolution teilgenommen. In Lausanne begegnet sie ihrem zukünftigen Ehemann. Das Paar heiratet 1910 und zieht nach Berlin, wo Eckert senior mehr schlecht als recht seinen Lebensunterhalt als Redakteur einer technischen Zeitschrift verdient.

Sohn Georg, der das einzige Kind des Paares bleiben wird, ist im Jahr 1918, bei Kriegsniederlage und Untergang des Kaiserreichs, sechs Jahre alt. Dieses Doppelereignis und die anschließende revolutionäre Gründung der ersten deutschen Demokratie dürften daher bereits zu seinem bewussten Erinnerungsschatz gehören, ganz zu schweigen von den Jahren der Weltwirtschaftskrise, in deren Folge der Vater 1930 seinen Job verliert. Georg junior muss entsprechend früh zum Unterhalt der Familie beitragen und arbeitet im Laufe der Jahre unter anderem als Hausmeister, Vertreter, Bibliothekar und anderes mehr.

Das Berlin der 1920er Jahre, dieser multiethnische Schmelztiegel mit seinen irisierenden politischen und kulturellen Impulsen, bildet das Fluidum von Eckerts frühen Kinder- und Jugendjahren und beeinflusst ihn sicherlich ebenso wie das reformpädagogische Interesse seiner Eltern. Zunächst ist er Pimpf in einer Pfadfindergruppe. Doch bald schon verbringt er die Ferien in einer anarchistischen Agrarkommune im Brandenburgischen, die von seinem Vater finanziell gefördert wird.

Seine schulische Prägung erfährt Georg Eckert inzwischen an der Goethe-Oberrealschule in der Münsterschen Straße, südlich des heutigen Adenauerplatzes. Nicht weit davon entfernt nimmt später der Literat Vladimir Nabokov Quartier, einer von rund 350.000 russischen Emigranten, die mit und ohne ihr Vermögen vor der Oktoberrevolution nach Berlin flüchteten und der Stadt, speziell Charlottenburg und Wilmersdorf, in den 1920er und 1930er Jahren ihren Charakter gaben. Die Wohnung der Familie Eckert liegt von der Schule etwa

einhalb Kilometer Luftlinie entfernt, in der Uhlandstraße 40/41. Hier, in der Nähe des Kurfürstendamms, werden die Villen und Mietshäuser zu jener Zeit vor allem von pensionierten Militärs, höheren Beamten, Ärzten, Privatiers und Selbstständigen bewohnt. Wer hier logiert, für den sind die Hinterhöfe des Roten Wedding weit entfernt. Er gehört nicht zur Arbeiterklasse, sondern zählt sich zum Bürgertum oder pflegt zumindest den bürgerlichen Habitus, selbst wenn die wirtschaftliche Lage, wie bei den Eckerts, nicht mehr entsprechend ist. Eine sozialdemokratische oder auch sozialistische Gesinnung steht dem jedoch nicht entgegen, sie wird durch wachsende Abstiegsängste vermutlich noch verstärkt. Eckert senior gehört keiner Partei an, liebäugelt in dieser Zeit mit den Anarchisten und soll darüber sogar ein Buch geschrieben haben.

Eckert junior engagiert sich dagegen früh in verschiedenen sozialdemokratischen Vorfeldorganisationen: Ab Januar 1930 ist er Mitglied in der Sozialistischen Arbeiterjugend (SAJ), und sein besonderes Interesse gilt der unter ihrem Dach entstandenen und direkt dem Hauptvorstand der SAJ zugeordneten Sozialistischen Schülergemeinschaft (SSG). Für deren Fachausschuss organisiert er die Arbeit auf Reichsebene, gibt die Zeitung *Der Rote Schüler* mit heraus, publiziert auch im *Führer*, der »Monatsschrift für Führer und Helfer der Arbeiterjugendbewegung.« In seinen Beiträgen spiegelt sich der verbissene Kampf gegen die Faschisierung der Schülerschaft, den Eckert auch fortführt, als seine Mitgliedschaft 1931 – dem Alter entsprechend – von der SAJ auf die SPD übergeht. Parallel dazu tritt er dem Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold bei, jener Organisation, die von den Parteien der Weimarer Koalition zum Schutz der Republik gebildet worden ist.

Bereits in dieser frühen Lebensphase kommt Eckert in Verbindung mit führenden Politikern der Sozialdemokratie, so mit Kurt Löwenstein, dem ersten Vorsitzenden der 1923 gegründeten Reichsarbeitsgemeinschaft der Kinderfreunde, mit Erich Ollenhauer, seit 1928 Vorsitzender der SAJ, und über das Reichsbanner vermutlich auch mit Reichstagspräsident Paul Löbe. Es ist aber wenig wahrscheinlich, dass diese Kontakte auf Augenhöhe erfolgen.

1931 legt Eckert das Abitur ab, immatrikuliert sich an der Berliner Universität für das Fach Deutsch und belegt darüber hinaus Veranstaltungen in den Fächern Geschichte und Geographie. Als Berufsziel gibt er »Lehrer« an, ein Beruf, der angesichts der Krisenjahre der Weimarer Republik relative wirtschaftliche Sicherheit und Sicherung des sozialen Status bedeuten würde. Eckert hört unter anderem bei dem Germanisten Gustav Neckel (1878 bis 1940), der 1933 die Deutsche Glaubensbewegung mitbegründen wird, dem Geographen Carl Troll (1899 bis 1975), dem liberalen Historiker und Lassalle-Biographen Hermann Oncken (1869 bis 1945) und dem marxistischen Historiker Arthur Rosenberg (1889 bis 1943). Dessen »Entstehung und Geschichte der Weimarer Republik« wird noch bis in die 90er Jahre des zwanzigsten Jahrhunderts zu den Stan-

dardwerken gehören. In der Pädagogik gilt sein Interesse Fritz Karsen (1885 bis 1951), dem Mitbegründer des Bundes Entschiedener Schulreformer. Nichts Konkretes ist für die Berliner Zeit bekannt über Eckerts Teilnahme an Veranstaltungen in der sich eben erst entfaltenden Ethnologie, seiner späteren wissenschaftlichen Profession.

Neben dem Studium arbeitet Eckert als Werkstudent bei der Quellenedition *Monumenta Germaniae historica* und im zentralen Parteiarchiv der SPD (1932/33). Mutmaßlich verdankt er diese Stelle seinen Verbindungen zur SPD und macht dabei auch erste Bekanntschaft mit Fritz Heine und Alfred Nau, die beim Parteivorstand arbeiten. Beide werden in der Nachkriegszeit zu wichtigen Ansprechpartnern Eckerts werden. Im zentralen Parteiarchiv werden ihn die Bibliothek und die im selben Raum lagernden Nachlässe von Großen der sozialdemokratischen Tradition faszinieren, unter anderem von Karl Marx und Friedrich Engels, August Bebel, Eduard Bernstein und Karl Kautsky. Die Tätigkeit als Hilfsbibliothekar führt den Studenten nach eigenem Bekunden stärker an die Wirtschafts-, Sozial- und Parteiengeschichte heran; sie wird auch seinen Blick für die Bedeutung von Quellen und Quellenarbeit geschärft und seine hermeneutischen Fähigkeiten geschult haben.

Spätere Studienzeit und erste Berufsjahre 1933–1941

An der Berliner Universität gerät der junge Sozialdemokrat schnell in offene Gegnerschaft zu den agitierenden braunen Trupps. Ein Mordanschlag auf Eckert scheitert nach eigenen Angaben, und nach der Machtübernahme der Nationalsozialisten Ende Januar 1933 wird die Situation so prekär, dass er allabendlich in einer anderen Wohnung Unterschlupf suchen muss, um nicht in die Hände der Gestapo zu fallen – Auswirkungen der »Verordnung zum Schutz von Volk und Staat«, die das NS-Regime in Folge des Reichstagsbrandes erlassen hat und mit der es die politischen Grundrechte außer Kraft setzt. Noch vor dem Verbot der SPD im Juni 1933 verlässt Eckert Berlin unbemerkt und taucht zunächst für einige Wochen in Hildesheim unter, bis er sich zum Sommersemester 1933 an der Universität Bonn in der Philosophischen Fakultät immatrikuliert.

Seinen Studienschwerpunkt legt er nun auf die Ethnologie und wird dies später als Fachwechsel auf Grund einer geringeren Ideologiefälligkeit des Faches begründen. Doch wie die Geschichtswissenschaft befindet sich auch diese Disziplin nicht außerhalb des NS-Systems, etwa wenn es um die viel diskutierte Kolonialfrage geht. Die Ethnologie bietet jedoch auch weniger ideologenahe Themen, so etwa in der Altamerikanistik. In Bonn vertritt der Ethnologe Hermann Trimborn (1901 bis 1986) dieses Gebiet. Er wird zu Eckerts akademischem Lehrer, der seinen beruflichen Lebensweg prägen und begleiten wird.

Bei ihm promoviert er 1935 mit einer Arbeit über den »Einfluß des Geschlechts- und Familienlebens auf die Bevölkerungsbewegung mikronesischer Inseln«.

Nach der Promotion legt Eckert im Sommer 1936, noch immer in Bonn, das erste Staatsexamen ab, um anschließend für das Referendariat zurück nach Berlin zu gehen. Das erscheint angesichts des Gefährdungspotentials ausgesprochen wagemutig, erklärt sich jedoch vor allem aus der wirtschaftlichen Notsituation. Bei seinen Eltern hat er zumindest freies Logis. Zudem will er sich bei Trimborn in der Altamerikanistik habilitieren. Und wo findet sich dafür eine bessere wissenschaftliche Infrastruktur als in Berlin, zumal der preußische Staat dort 1930 das Iberoamerikanische Institut (IAI) gegründet hat? Auch der Habilitations-»Vater« wird sich über diese Entscheidung freuen, arbeitet er doch wie sein Schüler über das vorkolumbianische West-Kolumbien. Trimborns Briefe an Eckert gleichen daher in diesen Jahren häufig einer Literaturbestellung. Auch die Kolonialbibliothek gehört zu Eckerts regelmäßig aufgesuchten Arbeitsplätzen. Hier lernt er irgendwann in dieser Zeit auch die aus Bonn stammende Bibliothekarin Magda Lauffs kennen, seine zukünftige Ehefrau.

Während Eckert bereits für seine Habilitation über die präkolumbianische, indigene Bevölkerung des Caucaats recherchiert, absolviert er zeitgleich das in jener Zeit noch unbesoldete Referendariat, unter anderem am Bismarck-Gymnasium in Berlin-Wilmersdorf. Erneut ist er auf Nebenjobs angewiesen. Seit 1937 arbeitet er nebenamtlich als Lehrer an der Höheren Luftwaffenschule bzw. Fliegertechnischen Schule der Luftwaffe in Jüterbog/Berlin-Adlershof. Diese Schule zählt seit Gründung der Luftwaffe im März 1935, also fast zeitgleich mit der Einführung der allgemeinen Wehrpflicht, zu den fünf Fliegertechnischen Schulen im Reich. Zur Ausbildung gehören militärische und auch allgemein bildende Fächer wie Geschichte und Geographie, für die Eckert ja die Fakultas besitzt.

Als Erklärung für diesen doch ungewöhnlichen Schritt eines jungen Mannes, der sich seit seiner Jugend als Anti-Nazi verstand, gab Eckert später an, er sei 1937/38 durch seine Frau Magda in Kontakt mit Kreisen der Wehrmachtsoption gekommen und von ihnen als nebenamtlicher Lehrer in der Luftwaffe untergebracht worden. Auch wenn es richtig ist, dass die Armee in dieser Zeit bereits eine Zufluchtsstätte für gefährdete Intellektuelle ist: Zumindest gleich bedeutend für Eckerts Entscheidung wird die wirtschaftliche Not sein. Dies gilt vice versa auch für seinen 1937, während des Referendariats, vollzogenen Eintritt in die NSDAP. Angeblich in Absprache mit den Genossen als Tarnung erfolgt, handelt es sich vielmehr um einen durch seinen Schulleiter initiierten, dennoch nicht ohne Eckerts Einverständnis erfolgten Beitritt, dem er sich mit Blick auf spätere Berufschancen nicht verweigern will. Es wird jedoch bei der bloßen Parteimitgliedschaft bleiben.

Anders hingegen scheinen die Dinge einige Jahre zuvor in Bonn zu liegen, wo

es unmittelbar nach der Flucht aus Berlin gilt, sich eine neue Identität zu verschaffen. Dazu gehören Eckerts im Sommer 1933 erfolgte Taufe in Bonn-Poppelsdorf wie auch sein Eintritt 1934 in die Studenten-SA und den Nationalsozialistischen Deutschen Studentenbund (NSDStB).³ Beide Male bekleidet er lediglich die untersten Ränge.

Wenige Wochen nach Kriegsausbruch, im Oktober 1939, heiraten Georg Eckert und Magda Lauffs. Kurz darauf, am 20. Februar 1940, wird Eckert zum Wehrdienst eingezogen. Er nimmt als Funker am Frankreichfeldzug teil und kehrt am 5. Februar 1941 – unversehrt! – als Gefreiter zurück. Doch das Leben außerhalb der Kaserne währt nur kurz, bereits fünf Tage später beginnt er einen viermonatigen Kurzlehrgang zum Ergänzungsmeteorologen, der ihn nach Hamburg und Wilhelmshaven führen wird. Jetzt wird er den Krieg nicht mehr als Soldat erleben müssen, sondern »nur« als Wehrmachtsbeamter. Diese sind zwar laut Führererlass berechtigt und verpflichtet, Uniform und entsprechende Rangabzeichen zu tragen. Sie gehören aber nicht zur kämpfenden Truppe. Zugleich stehen sie in einem Beamtenverhältnis, sollen also beides, mithin »soldatische Beamte« sein.

Nach Abschluss der Ausbildung erhält Eckert seinen Marschbefehl an die Wetterwarte Saloniki, wo er am 1. Juli 1941, im Gefolge der einrückenden deutschen Besatzungstruppen, seinen Dienst antritt. Nach dem italienischen Fiasko auf dem Balkan hat Deutschland im April/Mai 1941 dort in das Kriegsgeschehen eingegriffen. Griechenland kapitulierte am 27. April 1941 und Italien, Deutschland und Bulgarien teilen das Land in drei Besatzungszonen. Das deutsche Besatzungsregime etabliert sich in Athen, das dazugehörige Gebiet umfasst die Demótika entlang der türkisch-griechischen Grenze, mehrere Inseln (Limnos, Lesbos, Chios, Skyros) sowie den Teil westlich der Struma einschließlich Thessalonikis und seines Hinterlandes; Bulgarien erhält das Gebiet östlich der Struma, Italien den Rest.

Betrachtet man das deutsche Besatzungsgebiet näher, dann wird deutlich, dass das Oberkommando der Wehrmacht ein vitales Interesse an der Wetterberatung der vor Griechenland kreuzenden Kriegsmarine und auch der Luftwaffe haben musste: bei Havarien und Strandungen, für die Sicherung des Seeverkehrs, der Seetransporte und für die Küstenverteidigung der wettermäßig oft unberechenbaren Ägäis. Dafür braucht es aktuelle Wetterdaten über Temperaturen, Druck, Feuchtigkeit und Luftgeschwindigkeit, die von Meteorologen an Messstationen ermittelt und über Wetterwarten ausgewertet, an die entsprechenden militärischen Stellen weitergegeben werden. Personen wie Eckert sind somit zwar nicht unmittelbar an Kriegshandlungen beteiligt; ihre Wetter-

3 Vgl. Entnazifizierungsbogen Georg Eckerts im Universitätsarchiv TU Braunschweig, Bestand: Georg Eckert, Sig. UniA BS B7 E 11.

vorhersagen und Auskünfte über Strömungs- und Gezeitenverhältnisse stellen jedoch für Kriegsmarine und Luftwaffe unverzichtbare Hilfeleistungen dar.

1941 bis 1944 in Griechenland

In der Funktion eines Hilfsregierungsrates trägt Eckert als stellvertretender Leiter der Wetterwarte Saloniki zunächst die Uniform eines Kapitänleutnants, ab 1942, als er zum Leiter aufsteigt, schließlich die eines Korvettenkapitäns. Im Heer entsprächen diese Ränge dem Hauptmann bzw. dem Major.

Als er im Sommer 1941 in Saloniki eintrifft, ist er mit seinen 29 Jahren noch ein junger Mann, hat aber bereits ein abgeschlossenes, seinen intellektuellen Bedürfnissen entsprechend breit angelegtes Studium hinter sich. Von Beruf ist er Studienassessor und promovierter Ethnologe, in führenden Organen seines Faches hat er mehrfach über die westpazifische Inselwelt und über Altamerika publiziert. Hier, in Griechenland, entdeckt er nun erstmals auch die ethnologische Feldforschung für sich. Denn der berufsbedingte Aufbau der Messstationen erfordert zahlreiche Überlandfahrten und dabei begegnen Eckert fast täglich die noch lebendigen Volksbräuche, vom Geister- und Dämonenglauben bis zum Regenzauber, vom Grabkreuz über Fadenspiele bis zu Amuletten gegen den Bösen Blick. Und alles wird dokumentiert!

An den Abenden, wenn die Kameraden ihre Zeit im Kasino verbringen, bereitet er die Ergebnisse gemeinsam mit Panteleimon E. Formozis, dem Leiter der Universitätsbibliothek Saloniki und – schicksalhafte Fügung – zugleich Studienfreund des Schwagers aus Vorkriegszeiten, zur Publikation vor. Bis 1944 entstehen mehr als ein Dutzend volkskundliche und siedlungsgeschichtliche Arbeiten über die Chalkidike und Mazedonien. Parallel dazu beendet Eckert seine Habilitationsschrift, deren erste Fassung, wohl 1941, bei einem kriegsbedingten Brand vernichtet wird. Bei seiner wissenschaftlichen Arbeit ist ihm seine Ehefrau eine unentbehrliche Hilfe. Via Feldpost schickt Eckert seine Manuskripte nach Berlin, wo Magda Korrektur liest, Verbesserungsvorschläge formuliert und fehlende Literaturhinweise ergänzt.

Einmal geht auf dem Luftweg das Literaturverzeichnis verloren, eine Kopie gibt es nicht. Doch die Arbeit *Totenkult und Lebensglaube im Caucatal* wird trotzdem fertig. Während zweier Fronturlaube 1943 und 1944 erwirbt Eckert an der Universität Bonn den Dr. phil. habil. und die Venia legendi für Altamerikanistik. Publiziert wird die Schrift erst 1948, im Verlag Limbach in Braunschweig.

Dieses Beispiel akademischer Leidenschaft ist symptomatisch für Eckert, der auch unter Extremsituationen stets arbeitet. Dabei zeichnet sich in Griechenland bereits ab, was nach 1945 zu seinem Signum werden wird: das enge Zusammenwirken von Wissenschaft und Politik.

Eckert verfasst in Griechenland seinen ersten wissenschaftlichen Beitrag, der auch politisch wirksam wird. 1943 erscheint in Thessaloniki die kleine, aber sorgfältig gearbeitete Studie über *Siedlungsgeographische Beobachtungen aus der Chalkidike*. Darin beschreibt er die geographischen und siedlungsgeschichtlichen Entwicklungen der Halbinsel vom Mittelalter bis zur Gegenwart und weist anhand von Siedlungsformen und Ortsnamen nach, dass das Gebiet während seiner Geschichte fast ausnahmslos von Griechen besiedelt gewesen ist. Diese Untersuchung, die möglicherweise von der deutschen Militärführung in Griechenland in Auftrag gegeben wurde, auf jeden Fall aber von ihr begrüßt worden sein dürfte, erlaubt es, territoriale Ansprüche der Bulgaren auf die Chalkidike begründet zurückzuweisen.

Eckerts diplomatisches Geschick und sein gewinnendes, Vertrauen einflößendes Wesen lassen sich hier erahnen. Denn obwohl er in dem von Deutschen besetzten Griechenland den Rock der Wehrmacht trägt, gelingt es ihm, enge Kontakte zur griechischen Bevölkerung aufzubauen. Dabei kommt dem Ehepaar Panteleimon und Smaragda Formozis besondere Bedeutung zu. Im geselligen Hause Formozis geht Eckert fast täglich ein und aus und trifft dabei auch auf Personen mit Beziehungen zur ELAS, der oppositionellen griechischen Volksfrontbewegung. Eckert hat das perfekt Deutsch sprechende Ehepaar Formozis offiziell als Dolmetscher für seine Geländearbeit angefordert. Auf diese Weise kommt er in engen Kontakt zur Landbevölkerung und erfährt dabei nicht nur von Volksbräuchen, sondern auch von Griechen und Spaniolen, deren Leben durch die deutschen Besatzer bedroht ist. Da Eckert seit September 1942 Leiter der Wetterwarte ist, ermöglicht ihm diese gehobene und dienstrechtlich relativ unabhängige Position offensichtlich auch direkten Zugang zu den obersten Wehrmachtsstellen in Griechenland. Dies nutzt er, um mehrere Spaniolen als »Hilfsarbeiter« für die Aufzeichnung von sephardischen Volksbräuchen anzufordern, und er erspart ihnen dadurch die Haft. Andere Personen transportiert er mit seinem Dienstwagen in die weniger gefährliche italienische Besatzungszone und ermöglicht ihnen so die Flucht. Ebenfalls über seine Kontakte zum Militär kann er die Zerstörung mehrerer Ortschaften verhindern. Militärische Verwaltungsaufgaben, ethnologische Forschung, politisches, antinationalsozialistisches Engagement und Kollaboration verschmelzen in diesen griechischen Jahren untrennbar miteinander.

1945 und 1946: Von Thessaloniki über Goslar nach Braunschweig

Am 1. September 1944 erhält die Heeresgruppe E den Führerbefehl zur Vorbereitung des Rückzugs, am 3. September beginnt der Abtransport der deutschen Truppen von Kreta, am 12. Oktober wird Athen geräumt, am 1./2. November

verlassen die letzten deutschen Soldaten Griechenland. Doch Eckert bleibt. Bereits nach dem missglückten Attentat vom 20. Juli 1944, mit dem er jedoch kaum in Verbindung zu bringen ist, hat er sich aktiv dem Widerstand in Griechenland angeschlossen und läuft Anfang August 1944, also noch vor dem Rückzug der Deutschen, mit mehreren Kameraden zur ELAS über. Parallel dazu verrichtet er weitere drei Monate seinen Dienst auf der Wetterwarte, die er schließlich als letzter Deutscher verlässt. In dieser Zeit ist Eckert »Diener zweier Herren«.

Sein Mitwirken in der ELAS währt bis zum Beginn des Jahres 1945. Angesichts des sich zuspitzenden Bürgerkriegs nimmt Eckert Kontakt zur englischen Armee auf und gibt sich am 10. Februar 1945 mit drei weiteren Kameraden in britische Gefangenschaft. Über Athen und Rom soll er nach London gebracht und von dort, so berichtet er später selbst, für den demokratischen Aufbau ins Nachkriegsdeutschland geschickt werden. Doch in Rom entwickelt sich aus einer nicht behandelten Lungenentzündung ein lebensgefährlicher Lungenabszess, und nach Kriegsende, im August 1945, wird Eckert mit dem ersten Lazarettzug direkt nach Goslar ins britische Lazarett transportiert. Dort ringt er unter versorgungstechnisch schwierigsten Verhältnissen um sein Leben. Der Aufenthalt wird länger als ein Jahr, bis zum Herbst 1946, dauern.

Neben seinem bedrohlichen gesundheitlichen Zustand treibt ihn während dieser Zeit vor allem die Sorge um die berufliche Zukunft um. Er muss sich dringend bewerben. Doch die Schmerzen sind anfänglich so stark, dass er die rechte Hand nicht gebrauchen kann. Daher schreibt er mit Links und schickt seine Unterlagen, Neigungen und Qualifikationen folgend, an Museen und Universitäten. Der habilitierte Ethnologe strebt zunächst eine Tätigkeit im Museum oder ein akademisches Lehramt an.

Zugleich nimmt er die parteipolitischen Aktivitäten der Weimarer Zeit wieder auf – wenn auch unter anderen, besseren Voraussetzungen. Bereits Ende 1945, noch vom Krankenbett aus, tritt Eckert erneut der SPD bei und wirbt unter Mitpatienten und Ärzten um neue Mitglieder. Er nimmt Kontakt zu alten Genossen auf, und er stellt sich in den Dienst der im Neuaufbau begriffenen Partei. Für Otto Bennemann etwa, den aus dem britischen Exil zurückgekehrten Braunschweiger SPD-Ratsherrn, verfasst er zur parteiinternen Schulung mehrere Broschüren über historische Themen, so über die Gewerkschaften in den USA. Fritz Heine, der ebenfalls gerade (Februar 1946) aus dem britischen Exil heimgekehrt ist und in Hannover im »Büro Schumacher«, im künftigen Parteivorstand, mitwirkt, unterbreitet er den Vorschlag, das vor den Nationalsozialisten ins Ausland verbrachte und verkaufte SPD-Parteiarchiv neu zu begründen – eine Idee, die in Hannover auf großes Interesse stößt und die Eckert später gemeinsam mit der Friedrich-Ebert-Stiftung zumindest ansatzweise selbst mit umsetzen wird. Für sein Schicksal entscheidend aber wird ein Brief an seine

Mentorin aus Berliner Tagen, Hildegard Wegscheider. Der ehemaligen preußischen Landtagsabgeordneten der SPD sendet Eckert ein Empfehlungsschreiben in eigener Sache mit der Bitte, sie möge es, nunmehr mit ihrer Unterschrift versehen, an den Braunschweigischen Ministerpräsidenten Alfred Kubel weiterleiten. Und dieses Schreiben hat Erfolg! Durch Vermittlung von Martha Fuchs, in den betreffenden Monaten Kultusministerin von Braunschweig, erscheint Alfred Kubel am 29. April 1946 in Goslar an Eckerts Krankenbett. Es ist die erste Begegnung der beiden Männer, und es soll der Beginn einer über den Tod hinaus bedeutsamen Verbindung werden. Denn Kubel sorgt dafür, dass Eckert eine Dozentur für Geschichte und Methodik des Geschichtsunterrichts an der Kant-Hochschule Braunschweig (ab 1. Januar 1948 Pädagogische Hochschule) erhält. Er steht damit zugleich als Pate an der Wiege des Internationalen Schulbuchinstituts, das Eckert 1951 in Braunschweig gründen wird. Und es wird ebenfalls Kubel sein, der nach Eckerts Ableben, dann im Amte des niedersächsischen Ministerpräsidenten, persönlich dafür Sorge trägt, dass das Institut weiterhin Bestand hat.

Mit der Berufung nach Braunschweig zum 1. November 1946 endet für Eckert die Phase der beruflichen Orientierungslosigkeit, unter der er im Lazarett so stark gelitten hat. Und politisch? Trotz erfolgter äußerer Anpassung während der NS-Zeit und des Weltkriegs (bis zum Übergang zur griechischen Widerstandsbewegung ELAS 1944) hat er seine sozialdemokratische Grundhaltung über die Zeitenwende von 1945 hinweg bewahrt. Die wissenschaftlichen Prägungen wie die historisch-politischen und nicht zuletzt die menschlichen Erfahrungen haben ihn reifen lassen und verbinden sich schließlich zu einem Akkord, der unter den Bedingungen der Nachkriegszeit erst richtig zum Klingen kommt. Der Grundton dieses Akkords speiste sich aus »der Last der Mitverantwortung für das Scheitern der deutschen Demokratie« und aus dem Bewusstsein, »Angehöriger einer Bewegung [zu sein], die versagt hatte«. ⁴ Diese Selbsteinschätzung Willy Brandts gilt trotz sehr unterschiedlicher Wege während der NS-Herrschaft auch für Georg Eckert oder viele andere Sozialdemokraten – etwa Kurt Schumacher, Fritz Heine oder Alfred Nau. Wie sie gehörte Eckert zu jenen, die sich aufgrund des Versagens der ersten deutschen Demokratie und ihrer eigenen bitteren Erlebnisse mit Nationalsozialismus und Krieg zum »anderen, zum besseren Deutschland« zählten und die nach 1945 all ihre Kraft auf den Wiederaufbau richteten: im Innern auf die Entwicklung einer starken, lebendigen Demokratie, nach Außen auf die Aussöhnung mit den ehemaligen Feinden, an erster Stelle innerhalb Europas. Ihr intensives Engagement für ein geeintes Europa war daher auch nicht primär ökonomisch-technokratisch bestimmt; die

4 Willy Brandt, *Links und frei. Mein Weg 1930–1950*. Mit einem aktuellen Vorwort, Hamburg: Hoffmann und Campe, 1984, 66.

eigene historische Erfahrung machte es vielmehr zu einem nicht verhandelbaren Gegenstand der notwendigen Friedensarbeit. Eckert leistet seinen Beitrag dazu in vielfältiger Weise.

*

Die Tagung anlässlich seines 100. Geburtstages im Jahr 2012 widmete sich erstmals Leben, Werk und Wirken Georg Eckerts in seiner Gesamtheit.

Da ist zunächst der Hochschullehrer. Seit dem 1. November 1946 war Eckert »Dozent für Geschichte und Methodik des Geschichtsunterrichts«, 1948 wurde er zum Professor ernannt, erhielt 1952 den Lehrstuhl. Zwar entsprach seine wissenschaftliche Qualifikation als Ethnologe auf den ersten Blick nicht dem, was man an einer Pädagogischen Hochschule erwarten würde. Doch er besaß die Fakultas für Geschichte, und er war habilitiert. Damit erfüllte er just die Anforderungen, die die Briten, nach einer durch die Nationalsozialisten missbrauchten Lehrerausbildung, an eine demokratische *und* wissenschaftliche Volksschullehrerausbildung stellten. Und für Eckert waren gerade die zukünftigen Lehrkräfte die wichtigsten Multiplikatoren, um den nachfolgenden Generationen die Werte einer freiheitlich-demokratischen Grundordnung zu vermitteln. Seine Studentenschaft, alles angehende Volksschullehrer, war sämtlich durch die NS-Zeit geprägt, mehrheitlich kriegsversehrt, und nicht wenige kamen gerade aus der Gefangenschaft. Auf sie wirkte der charismatische, weltoffene und zugleich jugendlich wirkende Dozent regelrecht enthusiastierend. Junge Menschen zu eigener Urteilsbildung zu befähigen und damit vor Mythen- und Legendenbildung oder, wie er es sagte, vor weiteren Rattenfängern zu bewahren, das hieß für Eckert die Demokratie festigen und sichern, und darin sah er seine vornehmliche Aufgabe. Hans-Peter Harstick hat bereits vor mehr als zwanzig Jahren die Entwicklung der Geschichtslehrer(aus)bildung unter seinem Vorgänger Georg Eckert ausführlich gewürdigt,⁵ und bis heute fühlt sich die »Abteilung für Geschichte und Geschichtsdidaktik« am Institut für Geschichtswissenschaft der TU Braunschweig, seit 2007 unter Matthias Steinbach, dem Geiste Eckerts verpflichtet. Die derzeit im Entstehen begriffene Biographie über Georg Eckert aus der Feder der Verfasserin legt davon nachdrückliches Zeugnis ab.

Eckerts Position an der Pädagogischen Hochschule und seine Verbindungen in die SPD prädestinierten ihn für eine Zusammenarbeit mit der britischen Militärregierung. Klaus Erich Pollmann beschreibt in seinem Beitrag (vgl. S. 33–51) die Wiederbegründung des politischen und gewerkschaftlichen Le-

5 Hans-Peter Harstick, »Geschichte und ihre Didaktik«, in: Gerhard Himmelmann (Hg.), *Fünfzig Jahre wissenschaftliche Lehrerbildung in Braunschweig. Festschrift*, Braunschweig: Technische Universität Braunschweig Institut für Schulpädagogik, 1995, 273–291.

bens in Braunschweig und Niedersachsen nach 1945 als *conditio sine qua non* für Eckerts Agieren. Obwohl sich der Normalisierungsprozess im Parteiensystem und die Demokratisierung insgesamt hinzogen, entwickelte sich die SPD in den großen Industriestädten, darunter auch in Braunschweig, zur stärksten Partei. Pollmann schildert Eckerts frühes kulturpolitisches Engagement bei den drei Kulturkonferenzen der SPD 1947 in Bad Gandersheim, Erlangen und Ziegenhain und skizziert ihre Bedeutung für die Entwicklung der Partei zur Volkspartei, was schließlich im Godesberger Programm mündete. Deutlich wird dabei die Verehrung der Person Kurt Schumachers durch Georg Eckert, auch wenn er nachträglich (1973) von dessen allzu hoffnungsfroher Erwartung im Blick auf eine erfolgreiche Erziehungs- und Bildungsarbeit abrückte – vermutlich, so sei hinzugefügt, das Resultat leidvoller Erfahrungen während der Studentenrevolution. Wenn Pollmann zudem das Verhältnis Eckerts zu den Lehrerverbänden und Gewerkschaften und die Entwicklung des »Allgemeinen Deutschen Lehrer- und Lehrerinnen Verbandes« (ADLLV) bis zur »Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft« (GEW) herausstellt, dann fällt in diesem Zusammenhang zu Recht auch der Name Heinrich Rodenstein. Als Professor für Politische Bildung an der Pädagogischen Hochschule war Rodenstein neben Eckert eine der Triebfedern bei der Gründung der GEW im Jahr 1948. Beide, so Pollmann, »ergänzten sich [...] in ihren synergetischen Aktivitäten und machten Braunschweig zu einem wichtigen Ort [...] der Schulpolitik, Lehrerbildung und Interessenorganisation der Lehrer« (vgl. S. 49f.). Der Beitrag Gerhard Himmelmanns (S. 67–84) skizziert die Lebensläufe von Georg Eckert und Heinrich Rodenstein in vergleichender Perspektive und macht deutlich, dass die unterschiedliche soziale und politische Sozialisation während der Weimarer Republik und der ungleiche Lebensweg während der NS-Diktatur keine Hindernisse darstellten bei ihrem gemeinsamen Einsatz für die Demokratieerziehung nach 1945. Im Gegensatz zu einer quellengestützten Darstellung bezieht sich Himmelmann bei seinen Urteilen über die Person Georg Eckerts allerdings primär auf Sekundärliteratur.

Der Verbandsarbeit zeitlich vorgeschaltet waren Eckerts Bemühungen um die inhaltliche Erneuerung des Geschichtsunterrichts. Bereits 1947 hatte ihn die britische Militärregierung beauftragt, neue Geschichtslehrpläne für die Volksschulen zu konzipieren. Schon der erste Entwurf, ungewöhnlich für einen deutschen Historiker jener Zeit, wies sozial-, wirtschafts- und demokratiegeschichtliche Themen auf. Noch deutlicher spiegelte sich dieser emanzipatorische Ansatz in den »Beiträgen zum Geschichtsunterricht«, einer von Eckert 1947 gegründeten Reihe mit Quellensammlungen für die Hand der Lehrkräfte. Die Hefte aus nicht verwertbaren Resten von Zeitungspapier behandelten Inhalte, die in der Meistererzählung über die deutsche Geschichte bislang so gut wie keinen Platz gefunden hatten. Dazu gehörten etwa der Bauernkrieg, der Vormärz, die Revolution von 1848, die Geschichte der Fabrikarbeiter oder die Rolle der Ar-

beiterklasse. Bis Ende der 1960er Jahre erschienen mehr als 30 Broschüren; 1950 waren bereits 300.000 Hefte verkauft, nicht zuletzt in Ermangelung neuer Schulbücher.

Doch der Verkauf war nicht Selbstzweck. Vielmehr griff eins ins andere, stets leidenschaftlich und rastlos angetrieben von einem Menschen, der sich die Demokratisierung seines darniederliegenden Landes zum einzigen Lebensinhalt gemacht zu haben schien. Denn mit dem Verkaufserlös und mit Mitteln der GEW, deren Ausschuss für Geschichtsunterricht Eckert seit Mai 1948 vorsah, wurde 1949 die erste deutsch-britische Schulbuchkonferenz finanziert.

Weniger nachhaltig hingegen konnte Eckert mit der von ihm entwickelten Lehrplankonzeption für den Geschichtsunterricht wirken. Denn je mehr sich die Briten aus der niedersächsischen Schulpolitik zurückzogen und die Entscheidungsgewalt wieder in deutsche Hände legten, desto mehr schwand Eckerts Einfluss auf die Neugestaltung des Geschichtsunterrichts. In den Augen der nun wieder Verantwortlichen war der junge, habilitierte Ethnologe Georg Eckert nicht nur ein Nobody in der Geschichtspädagogik; als Freund der britischen Besatzer und als Sozialdemokrat (vor dem Godesberger Programm) machte er sich – so oder so – auch der »Kollaboration« verdächtig; entweder mit den siegreichen Alliierten oder mit der im Entstehen begriffenen sozialistischen DDR. Als Quereinsteiger saß Eckert bald zwischen allen Stühlen. Wie deutlich sich dies auf seine Erfolge und mehr noch auf seine Niederlagen als Geschichtspädagoge in der frühen Nachkriegszeit auswirkte, schildert Ulrich Mayer in seinem Beitrag (vgl. S. 151–176). Ergänzend dazu liefert Wolfgang Kopitzsch (vgl. S. 53–66) einen überaus detailreichen, daten-, fakten- und personenorientierten, mit eingestreuten Dokumenten illustrierten Überblick über die Entstehung der institutionellen Infrastruktur (vom ADLLV bis zur GEW), innerhalb derer sich Eckert in dieser Zeit bewegte.

Anfang Juli 1949 fand in Braunschweig, wie angeführt, die erste deutsch-englische Schulbuchkonferenz statt, zu der Historiker aus Deutschland und England für eine Woche zusammenkamen, um die in Lehrwerken verborgenen Feindbilder und nationalistischen Klischees aufzuspüren und Empfehlungen für ihre dauerhafte Eliminierung zu erarbeiten. Diese, von Georg Eckert mit organisierte Tagung sollte zum Keim des schließlich 1951 offiziell gegründeten »Instituts für internationale Schulbuchverbesserung« werden. Steffen Sammler skizziert die institutionelle Entwicklung der internationalen Schulbucharbeit in Braunschweig (vgl. S. 223–236), die von Eckert angestoßen wurde und von kleinen Anfängen einer Geschichtsarbeitsgemeinschaft bzw. eines geschichtspädagogischen Arbeitskreises ausging.

Unterstützt durch die britische Militärverwaltung, entwickelte Eckert laut diesem Beitrag Organisations- und Arbeitsformen, die schließlich bilaterale Verständigung und multilaterale Schulbucharbeit im Rahmen des Europarates

und der UNESCO zum Gegenstand hatten und, anders als noch in der Zwischenkriegszeit, konsensuale Methoden bei der Verbesserung der Schulbücher bevorzugten. Der Person Georg Eckerts und seiner Fähigkeit, nationale und internationale Netzwerke zu gemeinsamer »Abrüstung im Erziehungsbereich« zusammenzuführen, misst Sammler dabei besondere Bedeutung zu. Eckerts Weggefährte Heinrich Rodenstein schrieb dazu: »Er [Eckert] zauberte es [das Institut] aus dem Nichts. Es gab weder eine Rechtsgrundlage, noch einen Haushalt, noch Räume, noch irgendwelche eigene Ausstattung. Es lebte aus der Besessenheit seines Gründers und einiger Mitarbeiter, die von der Aufgabe fasziniert waren.«⁶

Bis Ende der 1970er Jahre sollten mehr als 100 Konferenzen stattfinden, die primär ein Ziel hatten: die Aussöhnung Deutschlands mit seinen ehemaligen Kriegsgegnern. Meilensteine sind bis heute die deutsch-französischen Vereinbarungen von 1951 und die deutsch-polnischen Empfehlungen von 1975. Letztere waren nur im Windschatten der Neuen Ostpolitik, unter der sozialliberalen Koalition seit 1969, möglich. Eckert leitete dazu die vorbereitenden Arbeiten und zeichnete von deutscher Seite am 17. Oktober 1972 als Präsident der Deutschen UNESCO-Kommission (DUK) die mit Polen ausgehandelte Vereinbarung. Das Erscheinen der Schulbuchempfehlungen im Jahr 1976 erlebte er indes nicht mehr.

Der deutsch-französischen Schulbuchrevision, wie sie seit 1949 durch Georg Eckert angebahnt wurde, widmen sich in diesem Band Corine Defrance und Ulrich Pfeil (vgl. S. 237–256). Befördert durch Eckerts persönliche Kontakte, etwa zum Präsidenten des französischen Geschichtslehrerverbandes, Edouard Bruley, wurden die Ergebnisse der bilateralen Tagungen bereits 1951 in Form von Schulbuchempfehlungen veröffentlicht. Dabei erklärt sich das schnelle Tempo nicht zuletzt aus dem Faktum, dass diese Thesen anknüpfen konnten an die Erträge der schon in der Zwischenkriegszeit begonnenen, aber schließlich 1935 abgebrochenen deutsch-französischen Gespräche. Bei aller positiven Reaktion diesseits und jenseits des Rheins zeigen die Autoren jedoch auch auf, dass die Resultate nicht gänzlich unwidersprochen blieben. Neben den Annales-Historikern verweist der Beitrag auf die harte Kritik Pierre Vilars. Der dem marxistischen Flügel zuzurechnende Historiker monierte vor allem das Übergewicht der Politikgeschichte und die eurozentrische Perspektive der Empfehlungen. Die Kritik aus den Universitäten, die die Begrenzung des Kulturabkommens auf die Bundesrepublik (bei Ausschluss der DDR) für inakzeptabel hielt, stand hingegen ganz im Zeichen des Kalten Krieges. Die Person Eckert blieb nach Defrance und Pfeil von dieser Kritik allerdings verschont. Vielmehr zählten ihn die französi-

6 Vgl. Heinrich Rodenstein, *Leo Raepfel – Georg Eckert. Kurzbiographien*, Braunschweig: Internationaler Arbeitskreis Sonnenberg, 1978, 10.

schen Historiker zu den »Männern guten Willens«, die sich nach dem Krieg zum Ziel gesetzt hatten, Frankreich und Deutschland wieder einander näherzubringen.

Die Annäherung an Polen stand hingegen unter ungleich schwierigeren politischen Vorzeichen. Thomas Strobel (vgl. S. 257–274) zeichnet den Weg nach, den Eckert, angeregt durch den Gymnasiallehrer Enno Meyer, bereits seit Beginn der 1950er Jahre und noch zu Zeiten der Hallstein-Doktrin beschritt, um Deutschland und Polen dennoch eine Annäherung zu ermöglichen. Bis Anfang der 1960er Jahre sah er jedoch noch wenig Sinn darin, direkte deutsch-polnische Historikergespräche zu initiieren. Gleichwohl nahm er zur selben Zeit unter dem Dach der UNESCO »erste Gesprächsfäden über die Blockgrenzen hinweg« auf und lotete so – noch vor Ratifizierung der Ostverträge – Kooperationsmöglichkeiten aus. Schließlich gaben die beiden nationalen UNESCO-Kommissionen »die zentralen Impulse für einen institutionalisierten deutsch-polnischen Schulbuchdialog, sicherten die nötige politische Unterstützung und rekrutierten adäquate Partner für einen binationalen Schulbuchdialog.« Aufgrund dieser »Vorarbeiten« konnten unmittelbar im Windschatten des Warschauer Vertrages, der im Dezember 1970 unterschrieben und im Mai 1972 vom Deutschen Bundestag ratifiziert worden war, direkte Verhandlungen stattfinden. Bereits im Februar 1972 fanden in Warschau und im April 1972 in Braunschweig die beiden ersten deutsch-polnischen Schulbuchtagungen statt, die beide mit der Verabschiedung von Empfehlungen endeten. Die Formalisierung der Gespräche erfolgte schließlich am 17. Oktober 1972 mit einer von den Leitern der beiden UNESCO-Kommissionen, Georg Eckert und Władysław Markiewicz, unterzeichneten »Vereinbarung zwischen den UNESCO-Kommissionen der Bundesrepublik Deutschland und der Volksrepublik Polen über die Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Schulbuchrevision« in Braunschweig.

Strobel betont, dass Eckert weder Experte für die deutsch-polnische Beziehungsgeschichte war noch die polnische Sprache beherrschte. Dennoch sei er einer der »wichtigsten kulturpolitischen Akteure in den Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Volksrepublik Polen« gewesen.

Hatten die deutsch-französischen und auch die deutsch-polnischen Gespräche bereits Vorläufer in der Zwischenkriegszeit, so wurde mit der Schulbucharbeit in Asien in den 1950er/1960er Jahren gänzlich neues Terrain betreten. Die politische Großwetterlage jener Jahre war bestimmt durch den Kalten Krieg und, teilweise damit verschränkt, die nationalen Unabhängigkeitsbewegungen insbesondere in Afrika sowie in Süd- und Südostasien. Hier untersucht Eckhardt Fuchs (vgl. S. 275–290) die in die Tätigkeit der UNESCO eingebettete Schulbucharbeit Georg Eckerts in Asien und ihre Verzahnungen auf globaler, nationaler und regionaler Ebene. Bereits Anfang der 1950er Jahre bestanden, angestoßen über den Schulbuchausschuss der DUK, Kooperationen mit Japan und

Indien, seit 1955 auch mit Indonesien. Eckert verfolgte die Bemühungen um Kulturkontakte bis auf die regionale Ebene, etwa indem er sich für die 1960 besiegelte Städtepartnerschaft zwischen Braunschweig und Bandung einsetzte, die erste zwischen einer deutschen und einer südostasiatischen Stadt.

Der Beitrag zeigt, dass Eckert, wie stets so auch hier, innerhalb und mit Hilfe eines institutionellen Verbundes agierte, bestehend aus Internationalem Schulbuchinstitut (ISBI), Friedrich-Ebert-Stiftung (FES), AGDL/GEW und der Deutschen UNESCO-Kommission (DUK), sei es zum Aufbau von Kontakten oder zur Gewinnung von Forschungsstipendien. »Das ISBI etabliert sich in dieser Zeit nicht nur als verlässlicher Partner des Europarats, sondern auch der UNESCO und wird damit zentrale Institution für die Umsetzung des Ost-West-Projekts [der UNESCO] auf dem Feld der Schulbücher«, flankiert durch UNESCO und Auswärtiges Amt (vgl. S. 286) – und dies weltweit.

Eckert war wie die Spinne im Netz, und unauflöslich mit der Institutsarbeit verbunden und verschränkt war sein Engagement in der UNESCO. Durch seine Mitgliedschaft in der GEW, deren Ausschuss für Geschichtsunterricht er seit 1948 leitete, und das besondere Ansehen, das er als *spiritus rector* in kulturellen, vor allem aber in Schulbuchfragen genoss, wurde er bereits 1950 zum Mitbegründer der Deutschen UNESCO-Kommission. Von 1964 bis zu seinem Tode im Jahr 1974 sollte er sie auch als Präsident leiten. Matthias Bode (vgl. S. 189–222) beschreibt Eckerts Agieren auf diesem internationalen Parkett, das ihn recht bald in Konflikte mit dem Auswärtigen Amt brachte. Denn diente die DUK ursprünglich als »perfekte Plattform« für unverbindliche Kontakte, vor allem zur DDR und zu den Nationalkommissionen der Ostblockstaaten, so war sie für den »Diplomaten im Dienste der Völkerverständigung«, wie Bode schreibt, bald ein »Stück reale Außenpolitik«. Konflikte zwischen DUK und Auswärtigem Amt waren damit vorprogrammiert, behielt sich letzteres doch jeglichen Kulturaustausch auf staatlicher Ebene vor. Wenn Eckert dennoch nicht von seiner »Verständigungsdiplomatie« abließ – sie gipfelte 1972 in der Unterzeichnung der einem völkerrechtlichen Vertrag nicht unähnlichen Vereinbarung zwischen der Bundesrepublik Deutschland und Polen auf dem Gebiet der Schulbucharbeit –, so erklärt sich diese selbstbewusste Haltung letztlich aus der Rückendeckung, die er als Präsident der DUK durch den Außenminister und späteren Bundeskanzler, Willy Brandt, erhielt. Denn indirekt trug die DUK zur Neuen Ostpolitik, dem Herzstück Brandtscher auswärtiger Politik, bei.

Der Zeitzeugenbericht von Thomas Keller, der zwischen Juli 1970 und September 1975 als Generalsekretär der DUK Georg Eckerts engster Mitarbeiter in diesem Metier war, zeichnet trotz der herausgehobenen Position Eckerts und seiner auch persönlichen Erfolge das Bild eines Mannes, der authentisch und bescheiden geblieben war (vgl. S. 291 f.).

In der internationalen Schulbucharbeit fand Georg Eckert nach 1945 jenes

Wirkungsfeld, das wie geschaffen für ihn war, um die Botschaft des »anderen Deutschland« zu vermitteln. Dass er damit zugleich zu einem Glücksfall für die auswärtige deutsche Kulturpolitik wurde, lag nicht zuletzt an seiner gewinnenden Persönlichkeit. Sein Lehrer Hermann Trimborn fasste es in die Worte: »Georg Eckert war der geborene Botschafter seines Volkes, der durch seine Art, Mensch zu sein, für seine Nation warb.«⁷

Als wäre dies alles noch nicht genug, widmete sich Eckert darüber hinaus intensiv der Sozialgeschichte, vor allem der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung. Hans-Ulrich Ludewig (vgl. S. 117–126) würdigt die Pionierrolle Eckerts für die Arbeiter(bewegungs)-geschichte in einer Zeit, als noch Diplomatie, Kriege und Staatsaktionen die deutsche Geschichtswissenschaft prägten. Ihn habe das Menschlich-Allzumenschliche der kleinen Leute interessiert, deren Alltag und ihre Versuche, ihn zu bewältigen, die Eckert anhand von Quellen vor dem Leser ausbreitete. Ab Anfang der 1950er Jahre folgte eine Publikation der anderen, wobei hier nur auf die großen Studien und Quelleneditionen zu Wilhelm Liebknecht, Friedrich Albert Lange und zur Braunschweiger Arbeiterbewegung hingewiesen sei. Mehr und mehr geriet dabei auch Wilhelm Bracke in den Fokus, »dessen Gespür für praktische Politik bei gleichzeitigem hohen theoretischen Reflexionsniveau« (S. 120) Eckert beeindruckte, so Hans-Ulrich Ludewig. Ludewig selbst hat Eckert in den 1970er Jahren noch als Kollegen erlebt und schildert, wie er im Blick auf dessen Werk, vor allem die mit Leidenschaft betriebenen Quelleneditionen, beeindruckt war von dem Materialreichtum und von Eckerts Literatur- und Quellenbeherrschung. Erschienen Ludewig diese Werke damals, unter dem Einfluss der Bielefelder Schule, »unsystematisch [...], ziemlich theoriefern, allzu erzählend« (S. 123), so sei er heute, bei erneuter Lektüre, beeindruckt von dem Quellenreichtum und dem kulturgeschichtlichen Ansatz, der an das vielbändige Werk Jürgen Kuczynskis über die »Lage der Arbeiter unter dem Kapitalismus«⁸ erinnere.

Ähnlich achtungsvoll äußert sich Helga Grebing (vgl. S. 85–89) über den 1963 veröffentlichten Bildband *1863–1963. 100 Jahre deutsche Sozialdemokratie*, das wahrscheinlich am weitesten verbreitete Werk Georg Eckerts. Für Grebing ist dieser Band, der die Geschichte der SPD in einer Kombination von Texten und Bildern erzählt, »in gewisser Hinsicht ein unerreichtes Unikat geblieben. [...] Er demonstriert die ausgeprägte Fähigkeit des Historikers Georg Eckert, viele kleinere und größere Einzelheiten vorsichtig und mit Augenmaß einander zuzuordnen, so dass ein Ganzes entsteht oder doch ein Weg dorthin sich öffnet«

7 Hermann Trimborn, »Nachruf auf Georg Eckert«, in: *Zeitschrift für Ethnologie* 98/2 (1973, erschienen 1974), 164.

8 Jürgen Kuczynski, *Geschichte der Lage der Arbeiter unter dem Kapitalismus*, 40 Bände, Ost-Berlin: Akademie Verlag, 1960–1972.

(S. 86). Neben der inhaltlichen Arbeit, so der Beitrag, sei es stets auch Eckerts Interesse gewesen, Verbindungen zu schaffen, so während der von ihm mit initiierten und 1964 in Wien gegründeten Internationalen Tagung der Historiker der Arbeiterbewegung (ITH), bekannt geworden durch die jährlichen Linzer Konferenzen im neutralen Österreich, die als Plattform für den Dialog zwischen »westlichen« und »östlichen« Wissenschaftlern galten. Dabei war bei all den Aktivitäten Eckerts der *homo politicus* nicht vom Wissenschaftler zu trennen.

Dieter Dowe (vgl. S. 137–149) zeigt in seinem Beitrag den bedeutenden Anteil Georg Eckerts an der Entwicklung und Ausgestaltung der historischen Arbeit der Friedrich-Ebert-Stiftung (FES). Schon 1946 regte er vom Krankenbett aus die Anlegung eines Archivs, die Einrichtung einer Historischen Kommission und die Schaffung eines Periodikums an – Anstöße, die seitens der SPD und der FES seit den 1960er Jahren unter tätiger Mitwirkung Eckerts umgesetzt wurden. Seit 1961 gab Eckert als Jahrbuch der Friedrich-Ebert-Stiftung das *Archiv für Sozialgeschichte* (AfS) heraus, ein Periodikum, das bald international renommiert sein sollte und das bis heute besteht. Zwei Jahre später erfolgte die Gründung des Instituts für Sozialgeschichte Braunschweig, an dem die Friedrich-Ebert-Stiftung beteiligt war und das sie nach Eckerts Tod bis 2004 in Bonn weiterführte. Am 12. Dezember 1967 legte Willy Brandt den Grundstein für das Archiv der sozialen Demokratie der Friedrich-Ebert-Stiftung (AdsD), das zum zentralen Aufbewahrungsort für Quellen zur Geschichte der deutschen und internationalen Arbeiterbewegung werden sollte. AdsD und AfS gehören neben dem Internationalen Schulbuchinstitut in Braunschweig zu den nachhaltigsten, bis heute florierenden Initiativen, die Eckert angestoßen und realisiert hat.

Die fruchtbare Kooperation Eckerts mit der FES basierte auf dem kongenialen Zusammenwirken mit dem Gründungsgeschäftsführer, Günter Grunwald (1924 bis 2011). In ihm fand Eckert einen Gesinnungsgenossen, dem er bedingungslos vertrauen konnte. Beide Männer hatten ähnliche Vorgehensweisen und stimmten sich in historischen Fragen miteinander ab. Beide waren tief in sozialdemokratischen Traditionen verwurzelt, pflegten jedoch intensivsten Austausch mit Personen jedweder politischer Couleur und jenseits aller ideologischer Schranken.

Neben Eckert und Grunwald quasi der Dritte im Bunde war Otto Bennemann (1903 bis 2003), lange Jahre Braunschweiger Oberbürgermeister, dann Innenminister von Niedersachsen und Partner vieler gemeinsamer Projekte. Ihm widmet Horst-Rüdiger Jarck einen Beitrag (vgl. S. 91–103), der sich auf den von ihm erschlossenen Nachlass Bennemanns bezieht und den Spuren nachgeht, die Eckert darin hinterlassen hat. Dabei zeigt sich zwar, dass die (persönliche) Verbindung kaum schriftlichen Niederschlag erfuhr. Bei allen Eckertschen Initiativen jedoch, sei es das Archiv für Sozialgeschichte oder das Institut für Sozialgeschichte, konnte sich Eckert, wie auf Grunwald, so auch auf Bennemann

verlassen. Sie fühlten sich in politischer Verantwortung miteinander verbunden. Das fruchtbare Zusammenwirken der drei Männer endete am 7. Januar 1974, als Georg Eckert während einer Vorlesung über die Arbeiterbewegung zusammenbrach und auf dem Weg ins Krankenhaus starb.

Über Eckerts Beziehungen zum Amsterdamer Internationalen Institut für Sozialgeschichte (IISG) informiert der Beitrag von Hans-Peter Harstick (vgl. S. 127–136). Nach einem Überblick über die Gründung und die Geschichte des IISG – vor allem unter dem Nationalsozialismus – würdigt der Autor die Verdienste Eckerts als Mitglied des IISG-Vorstandes von 1967 bis zu seinem Tod im Jahr 1974. Nur ein Mann mit der ausgleichenden Fähigkeit eines Eckert sei in der Lage gewesen, Brückenbauer zu werden in dem angespannten Verhältnis zwischen Friedrich-Ebert-Stiftung und SPD-Parteivorstand einerseits und dem IISG andererseits. Hintergrund war der vergebliche Versuch der SPD, ihr im Krieg an das IISG verkauftes Archiv aus Amsterdam zurückzuerhalten.

Gleichzeitig dienten die häufigen Aufenthalte in Amsterdam dem intensiven Quellenstudium, wobei aus den Stunden im Lesesaal wie selbstverständlich auch persönliche Kontakte zu führenden DDR-Historikern entstanden, die für ihre Forschungen zur Geschichte der Arbeiterbewegung auf die selben Quellenbestände angewiesen waren. Eckert, den Harstick geschichtstheoretisch zwischen Ranke und Johan Huizinga ansiedelt, »formulierte seine eigene geschichtspädagogische Antwort auf Nietzsches alte Fragen nach Nutzen und Nachteil der Historie für das Leben« (S. 136).

Bemerkenswert an dem Zeitzeugenbericht von Jiří Kořalka (vgl. S. 177–185) ist, dass er zeigt, wie Eckert sich bereits Mitte der 1960er Jahre für die Entwicklung der tschechischen Arbeiterbewegung in Österreich-Ungarn und die tschechischen Arbeiter in Deutschland im neunzehnten Jahrhundert interessierte und sogar einschlägige Texte in tschechischer und deutscher Sprache im Archiv für Sozialgeschichte abdruckte. Der Eiserne Vorhang stellte für ihn keine zu berücksichtigende Grenze dar. So betonen diese persönlichen Erinnerungen Eckerts weiten Horizont, sein umfassendes Interessengebiet und seine nationale Unvoreingenommenheit. Leider hat Jiří Kořalka das Erscheinen dieses Tagungsbandes nicht mehr erleben können. Er starb am 30. Januar 2015.

Jürgen Kocka (vgl. S. 107–116) stellt fest, dass Georg Eckert nach dem Zweiten Weltkrieg, als die Sozialgeschichte noch als Oppositionswissenschaft gegenüber der Politikgeschichte galt, in besonders innovativer und nachhaltiger Weise zu ihrem Aufstieg beigetragen hat: durch eine sozialgeschichtliche Prägung des Geschichtsunterrichts, durch Quelleneditionen, durch die Gründung nachhaltiger Institutionen wie des AfS, des IfS und des AdsD. Dabei nutzte Eckert die Sozialgeschichte als »Mittel der Friedenserziehung«.

Eckert war Geschichtspädagoge, Sozialhistoriker, Wissenschaftsmanager und Botschafter im Dienste der Völkerverständigung – und auch Ethnologe. In

dieser, seiner eigentlichen Profession, blieb er bis weit in die 1960er Jahre hinein wissenschaftlich tätig. Mit seinem Mentor Hermann Trimborn gab er seit 1948 im Braunschweiger Verlag Limbach die Kulturgeschichtlichen Forschungen heraus. Die Reihe startete mit Eckerts Habilitationsschrift über das Caucatal.⁹ Bis 1968 sollten 13 weitere Titel folgen, bei denen es sich nach dem Willen der Herausgeber aber nicht nur um ethnographische Studien im engeren Sinne, sondern auch um Arbeiten benachbarter Disziplinen, etwa der Anthropologie, handelte.

Darüber hinaus reanimierte Eckert auf Bitten und im Auftrag Trimborns die traditionsreiche *Zeitschrift für Ethnologie* (ZfE). 1869 gegründet, wurde ihr Erscheinen im Jahre 1944 kriegsbedingt eingestellt, bis sie dann 1950 bei Limbach in Braunschweig erneut erscheinen konnte. Die alleinige Schriftleitung lag bis 1965 bei Georg Eckert. Im Tagungsband bleibt diese biographisch wichtige Tätigkeit Eckerts zwar weitgehend unberücksichtigt, sie wird aber in der bereits erwähnten, im Entstehen begriffenen Biographie ausführlich gewürdigt werden.

Eckerts Credo oder, wenn man möchte, seine Mission nach Ende des Zweiten Weltkriegs war es, mit historischer Aufklärung im Innern wie nach Außen gegen Vorurteile und für Völkerverständigung zu wirken und damit dem »anderen Deutschland« in Europa ein Gesicht zu geben. Im Nachruf des *Archivs für Sozialgeschichte* formulierten es seine Redaktionskollegen so:

Im Zeitalter des Spezialistentums mit seinen oft egozentrischen Persönlichkeiten haben nur wenige Menschen Eignung, Willen und Kraft, sich im Dienste human-politischer Ideen und aus wissenschaftlich begründeter Einsicht heraus vielfältig zu engagieren, ohne Rücksicht auf sich selbst und fast immer nur für andere. Zu diesen wenigen gehörte Georg Eckert.¹⁰

Trotz manch neuer Erkenntnis zu Leben und Werk Georg Eckerts – dieses Zeugnis gilt bis heute.

9 Georg Eckert, *Totenkult und Lebensglaube im Caucatal*, Braunschweig: Verlag Albert Limbach, 1948.

10 Dieter Dowe, Kurt Klotzbach und Hans Pelger, »In memoriam Georg Eckert«, in: *Archiv für Sozialgeschichte* 14 (1974), XI–XIII, hier XI.

Georg Eckert im Kreis seiner Weggefährten und Förderer

Open-Access-Publikation im Sinne der CC-Lizenz BY 4.0

© 2017, V&R unipress GmbH, Cöttingen

ISBN Print: 9783847107613 – ISBN E-Lib: 9783737007610

Die SPD und die Gewerkschaften in Niedersachsen nach 1945

1. Der Neuaufbau der SPD nach 1945

Die Beurteilungsmaßstäbe zur Erforschung der niedersächsischen Parteien und Gewerkschaften nach 1945 sind bis heute überwiegend in den frühen 1970er Jahren entwickelt worden. Leitbegriffe und Perspektiven wie die verpasste Chance der »Stunde Null«¹, Restauration² und verhinderte Neuordnung³ waren vor allem bei einer neuen Historikergeneration in dieser Zeit erkenntnisleitend. Die Verhinderung der Neuordnung wurde den westlichen Besatzungsmächten, den konservativen Parteien und Wirtschaftsinteressenten, später aber auch der mangelnden Konsequenz und Kampfbereitschaft der Gewerkschaftsführung angelastet. Rückblickend werden die Neugestaltungschancen in der Zusammenbruchskrise 1945⁴ zurückhaltender beurteilt, der Begriff Restauration aufgrund seiner Unbestimmtheit als nicht geeignet und die verhinderte Neuordnung nur für Teilbereiche als zutreffend angesehen, wie etwa das Betriebsrätegesetz von 1952.

Das Parteiensystem Niedersachsens unterschied sich bei den Arbeiterparteien nicht von dem anderer Bundesländer. Rechts von KPD und SPD ließ die

1 Wolfgang Jacobmeyer, »Die Niederlage 1945«, in: *Westdeutschlands Weg zur Bundesrepublik 1945–1949. Beiträge von Mitarbeitern des Instituts für Zeitgeschichte*, München: Beck, 1976, 11 ff.; Klaus Erich Pollmann, »Die Stunde Null eine Illusion – neue Literatur zum Neubeginn der Braunschweiger Arbeiterbewegung nach 1945«, in: Dietrich Kuessner (Hg.), *Festschrift Gerhard Heintze. Gib ewigliche Freiheit*, Braunschweig: Blomberg, 1987, 253–264.

2 Ernst-Ulrich Huster u. a., *Determinanten der westdeutschen Restauration 1945–1949*, Frankfurt: Suhrkamp, 1972; Ute Schmidt und Tilman Fichter, *Der erzwungene Kapitalismus. Klassenkämpfe in den Westzonen 1945–48*, Berlin: Wagenbach, 1971.

3 Eberhard Schmidt, *Die verhinderte Neuordnung 1945 bis 1952: zur Auseinandersetzung um die Demokratisierung der Wirtschaft in den westlichen Besatzungszonen und in der Bundesrepublik Deutschland*, Frankfurt am Main: Europäische Verlagsanstalt, 1970.

4 Christoph Kleßmann, *Die doppelte Staatsgründung. Deutsche Geschichte 1945–1955*, Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung, 1982; Ullrich Schneider, *Niedersachsen 1945/46. Kontinuität und Wandel unter britischer Besatzung*, Hannover: Niedersächsische Landeszentrale für Politische Bildung, 1984.

Vielfalt der hier entstehenden Parteien allerdings eine dominante Rolle der CDU bis zum Ende der 1950er Jahre nicht zu. Die rechtskonservative Niedersächsische Landespartei/Deutsche Partei⁵; rechtsradikale Parteien, die sich gar keine Mühe gaben, ihre Nähe zur NSDAP zu verbergen⁶; die Interessenpartei der Vertriebenen, BHE⁷, und die Zentrumspartei begrenzten die Basis der Union⁸ und der Liberalen⁹. In keinem anderen Bundesland außer Schleswig-Holstein war die Versorgungslage 1946/47 so katastrophal und die Landesregierung bei der Bereitstellung von Lebensmitteln, Wohnraum und Gütern des täglichen Bedarfs so überfordert.

In wenigen anderen Regionen waren die sozialen Milieus so gegensätzlich wie hier: Arbeiterhochburgen in Hannover und Braunschweig, später auch in Salzgitter und Wolfsburg auf der einen, die ländliche Bevölkerung mit einer zu einem Drittel landwirtschaftlichen Erwerbsbevölkerung, dazwischen die mittelständischen, katholischen und welfischen Milieus¹⁰ auf der anderen Seite. Das verursachte große Schwankungen des Parteiensystems. Lange Zeit war Niedersachsen kein klassisches SPD-Land. Mit Recht hat man von einer Verzögerung der Normalisierung sowohl des Parteiensystems als auch des Demokratisie-

5 Horst W. Schmollinger, »Deutsche Partei« in: Richard Stöss (Hg.), *Parteien-Handbuch*. Band 2, Opladen: Westdeutscher Verlag, 2. Auflage 1986 (1983), 1025–1111.

6 Günter Trittel, »Die sozialistische Reichspartei als niedersächsische Regionalpartei«, in: Bernd Weisbrod (Hg.), *Rechtsradikalismus in der politischen Kultur der Nachkriegszeit. Die verzögerte Normalisierung in Niedersachsen*, Hannover: Verlag Hahnische Buchhandlung, 1995, 67–85; Klaus Erich Pollmann, »Traditionen des Rechtsradikalismus im Raum Braunschweig«, in: Weisbrod (Hg.), *Rechtsradikalismus*, 231–255; Peter Dudek und Hans-Gerd Jaschke, *Entstehung und Entwicklung des Rechtsextremismus in der Bundesrepublik*, 2 Bde, Opladen: Westdeutscher Verlag, 1984.

7 Franz Neumann, *Der Block der Heimatvertriebenen und Entrechteten 1950–1960: ein Beitrag zur Geschichte und Struktur einer politischen Interessenpartei*, Meisenheim am Glan: Hain, 1968; Helga Grebing, *Flüchtlinge und Parteien in Niedersachsen. Eine Untersuchung der politischen Meinungs- und Willensbildungsprozesse während der ersten Nachkriegszeit 1945–1952/53*, Hannover: Verlag Hahnische Buchhandlung, 1990; dies., »Politischer Radikalismus und Parteiensystem. Die Flüchtlinge in der niedersächsischen Nachkriegspolitik«, in: Weisbrod (Hg.), *Rechtsradikalismus*, 259–268.

8 Arnold Fratzscher, *CDU in Niedersachsen. Demokratie der ersten Stunde*, Hannover: Niedersächsische Landeszentrale für Politische Bildung, 1971.

9 Heinz-Georg Marten, *Die unterwanderte FDP: politischer Liberalismus in Niedersachsen, Aufbau und Entwicklung der FDP (Freien Demokratischen Partei) 1945–1955*, Göttingen u. a.: Musterschmidt, 1978; Dieter Hein, *Zwischen liberaler Milieupartei und nationaler Sammlungsbewegung: Gründung, Entwicklung und Struktur der Freien Demokratischen Partei 1945–1949*, Düsseldorf: Droste, 1985; Karsten Schröder, *Die FDP in der britischen Besatzungszone 1946–48: ein Beitrag zur Organisationsstruktur der Liberalen im Nachkriegsdeutschland*, Düsseldorf: Droste, 1985.

10 Günter Trittel, »Die »verzögerte Normalisierung«: Zur Entwicklung des niedersächsischen Parteiensystems in der Nachkriegszeit«, in: Bernd Ulrich Hucker u. a. (Hg.), *Niedersächsische Geschichte*, Göttingen: Wallstein, 1997, 635–650.

rungsprozesses generell in Niedersachsen gesprochen.¹¹ In kaum einem anderen Land waren die Herstellung eines einheitlichen Landesbewusstseins und die Identifikation mit dem neuen Bundesland so schwierig wie in Niedersachsen.¹²

Will man in wenigen Strichen den Wiederbeginn der niedersächsischen SPD¹³ nach 1945 skizzieren, so kann man sich dieser Aufgabe durch eine kurze Charakterisierung einiger der profiliertesten Sozialdemokraten der ersten Stunde annähern. Alfred Kubel¹⁴ war in jungen Jahren dem Internationalen Sozialistischer Kampfbund (ISK) beigetreten, anders als sein Braunschweiger ISK-Kollege Otto Bennemann¹⁵ aber nicht ins Exil gegangen, sondern hatte sich durch eine Industrietätigkeit in Berlin der Kontrolle durch die Nationalsozialisten zu entziehen versucht. Kubel hat die Parteibildung in Braunschweig 1945 durch das Konzept einer sozialistischen Einheitspartei mitgeprägt, das allerdings nicht auf eine Fusion mit der KPD zielte, sondern sich an der Labour Party orientierte und namentlich von Gewerkschaftlern mitgetragen wurde. Die KPD hatte an einer Vereinigung mit der SPD kein Interesse, sondern betrieb stattdessen durch ferngesteuerte Sozialdemokraten einen Zulassungsantrag für die SPD. Nach Aufgabe des Einheitspartei-Konzepts entstanden so wie überall die Parteien KPD und SPD. Die SPD blieb bereit zu Aktionsbündnissen, ohne die Einheitsoption ein für alle Mal auszuschließen.

Die eindeutige Dominanz der SPD wurde vor allem im Braunschweigischen Landtag sichtbar, der im Februar 1946 auf der Basis von Ernennungen durch die britische Militärregierung errichtet und im November 1946 nach der Bildung des Landes Niedersachsen aufgelöst wurde.¹⁶ Kubel wurde Ministerpräsident einer aus drei Sozialdemokraten, zwei Kommunisten und einem Bürgerlichen zusammengesetzten Koalitionsregierung. Kubel war eindeutig die dominierende Figur, nicht zuletzt in der dynamischen Interaktion mit den zuständigen Besatzungsoffizieren. In den Verhandlungen des Landtages spielten die Versorgungsprobleme, der Wiederaufbau der Industriebetriebe sowie die konsequente Durchführung der Entnazifizierung eine große Rolle. Die späte Beratung einer neuen Landesverfas-

11 Ebd., 639ff.

12 Helga Grebing, »Zur Rolle der Sozialdemokratie in Niedersachsen nach 1945«, in: Wolfgang Jüttner (Hg.), »Niedersachsens politische Tradition ist sozialdemokratisch«. 60 Jahre demokratischer Neubeginn in Niedersachsen, Berlin: vorwärts|buch Verlag, 2007, 31–46.

13 Konrad A. Franke, *SPD in Niedersachsen. Demokratie der ersten Stunde*, Göttingen: Niedersächsische Landeszentrale für Politische Bildung, 1972; Albrecht Kaden, *Einheit oder Freiheit. Die Wiedergründung der SPD 1945/46*, Hannover: J.H.W. Dietz Nachf., 1964.

14 Wolfgang Rensch, *Alfred Kubel, 30 Jahre Politik für Niedersachsen. Eine politische Biographie*, Bonn: Neue Gesellschaft, 1985.

15 Carsten Grabenhorst, *Otto Bennemann. Beitrag zu einer politischen Biographie*, Braunschweig: Arbeitskreis Andere Geschichte e.V., 1991.

16 Klaus Erich Pollmann, *Anfang und Ende zugleich. Der Braunschweigische Landtag 1946*, Braunschweig: Selbstverlag des Braunschweigischen Geschichtsvereins, 1999.

sung wurde vor ihrem Abschluss gegenstandslos, als die Militärregierung die Gründung des Landes Niedersachsen zum 1. November 1946 dekretierte. Anders als seine Landtagskollegen ging Kubel diesen Schritt ohne große Sentimentalität mit. Er bevorzugte ohnedies die Bildung eines großen Nordstaats, der allerdings noch eine starke mittlere Landesebene, mit einer territorial erweiterten Region Braunschweig, vorsah¹⁷. Mit Kubel an der Spitze gewannen Braunschweigische Repräsentanten von Anfang an einen starken Einfluss in dem neuen Bundesland. Kubel blieb bei aller ihm eigenen Objektivität dem ehemaligen Land Braunschweig eng verbunden. Insbesondere wurde er ein dauerhafter und zuverlässiger Partner und Förderer des heutigen Georg-Eckert-Instituts.

Die SPD entwickelte sich, gestützt auf die großen Industriestädte, zur stärksten Partei in Niedersachsen. Diesen Aufstieg verdankte sie neben dem traditionsreichen gefestigten Arbeitermilieu in Hannover und Braunschweig dem bereits im Mai 1945 errichteten »Büro Schumacher« in Hannover-Linden. Kurt Schumacher¹⁸ ist nach seiner Entlassung aus dem KZ (1943 aus Dachau und endgültig 1944 aus Neuengamme) nach Hannover gelangt, einer Stadt, zu der er bis dahin keine näheren Verbindungen hatte. Er hat nicht nur den Parteibeirk Hannover wieder aufgebaut und gestärkt, sondern von hier aus die Führung der SPD, zunächst in der britischen Zone, danach in allen drei westlichen Besatzungszonen übernommen. Der Bezirk Hannover wurde unter Schumacher zur frühesten und wahrscheinlich größten Parteiorganisation westlich der Demarkationslinie und bis zur Gründung der Bundesrepublik so etwas wie die informelle Hauptstadt der SPD.¹⁹

Im Mai 1946 fand der erste Parteitag der SPD in der britischen Zone am Sitz des »Büros Schumacher« in Hannover statt. Von hier aus erhob der dort zum Vorsitzenden Gewählte den Führungsanspruch für seine Partei und – so möchte man hinzufügen – für seine Person. Die bürgerlichen Parteien seien ebenso wie die Kommunisten, die die klassenpolitische Rolle in der Demokratie verkannt und den Parlamentarismus boykottiert hätten, dafür moralisch disqualifiziert.²⁰ So sehr er das Funktionieren der Demokratie an die Realisierung gewisser sozialistischer Voraussetzungen band, hielt er doch den Weg der SPD zur Volkspartei für unerlässlich. In dem Klassenkampf begriff sah er keine zukunftsfähige Perspektive mehr. Es mussten die geistigen Eliten und die Kirchenangehörigen für die SPD gewonnen werden. Trotz seiner ruinierten Gesundheit verbrachte er ganze Wochenenden mit den Jungsozialisten, um ihnen eine politische Orientierung zu vermitteln.²¹

17 Ebd., 21ff.

18 Peter Merseburger, *Der schwierige Deutsche. Kurt Schumacher. Eine Biographie*, Stuttgart: DVA, 1995.

19 Ebd., 215.

20 Ebd., 221ff.

21 Ebd., 237.

Unter den schwierigen Bedingungen des Besatzungsrechts organisierte Schumacher am 5./6. Oktober 1946 in dem in der Nähe Hannovers gelegenen Ort Wennigsen eine sozialdemokratische Konferenz, die, obwohl formal nur für die britische Zone zugelassen, einen politischen Führungsanspruch für die Partei in allen vier Besatzungszonen erhob. Die SPD wurde von Schumacher als »schicksalentscheidende Kraft in Deutschland«²² in Stellung gebracht. Das war zugleich eine schroffe Absage an den, von der sowjetischen Besatzungsmacht unterstützten, Führungsanspruch des in Berlin etablierten Zentralausschusses und dessen Legitimation als provisorischer Reichsvorstand. An dessen Spitze stand mit Otto Grotewohl ein Braunschweiger, der die Jahre der Weimarer Republik als Ministerpräsident bzw. Minister sowie später als Präsident des Landesversicherungsamts verbracht hatte.²³ Grotewohl hat die Verbindungen aus dieser Zeit bei mehrfachen Aufenthalten in Braunschweig zu nutzen versucht, um die Braunschweiger Sozialdemokraten für den Gründungsauftrag des Zentralausschusses und dessen politischen Kurs zu gewinnen, war damit allerdings vollständig gescheitert. Er hatte keinerlei Rückhalt und Gewicht bei den führenden Vertretern der wiedergegründeten Partei. Zwischen der Begegnung in Wennigsen und der definitiven Entscheidung der sowjetischen Militärregierung über die Zwangsvereinigung von KPD und SPD in ihrer Besatzungszone schien ein Modus Vivendi der Parteispitzen in Hannover und Berlin nicht ganz ausgeschlossen. Grotewohl hatte Schumacher »in die Hand« versprochen, dass allein ein Reichsparteitag über eine Vereinigung mit der KPD entscheiden könne.²⁴ Noch im November 1946 machte Grotewohl die Vereinigung mit der KPD von grundlegenden Bedingungen abhängig: ohne äußeren Druck, bei völlig freier Selbstbestimmung, als Ergebnis des demokratischen Aufbaus, als Beschluss einheitlicher Reichsparteien.²⁵ Davon war einen Monat später bei der Sechziger-Konferenz der KPD und SPD keine Rede mehr. Eine letzte Begegnung von Schumacher und Grotewohl in Braunschweig im Februar 1946 änderte am Lauf der Dinge nichts mehr. Hätte eine weniger intransigente Haltung Schumachers die Unterwerfung Grotewohls unter das Zwangsvereinigungskonzept der sowjetischen Besatzungsmacht und der KPD verhindern können? Diese früher oft gestellte Frage²⁶ wird heute nicht mehr kontrovers erörtert und für relevant

22 Ebd., 206.

23 Heinz Voßke, *Otto Grotewohl. Biographischer Abriss*, Berlin (Ost): Dietz, 1979; Bernd Rother, *Die Sozialdemokratie im Land Braunschweig 1918 bis 1933*, Bonn: J.H.W. Dietz Nachf., 1990.

24 Merseburger, *Der schwierige Deutsche*, 276.

25 Andreas Malycha, *Auf dem Weg zur SED: die Sozialdemokratie und die Bildung einer Einheitspartei in den Ländern der SBZ*, Bonn: J.H.W. Dietz Nachf., 1995; ders., »Der Zentralausschuß, Kurt Schumacher und die Einheit der SPD«, in: *Beiträge zur Geschichte der Arbeiterbewegung* 2 (1991), 182–193.

26 Lucio Caracciolo, »Der Untergang der Sozialdemokratie in der sowjetischen Besatzungszone.

gehalten. Anders ist dies bei einer weiteren Weichenstellung, die weitreichende Konsequenzen hatte, nämlich dem Gang der SPD in die Opposition im Frankfurter Wirtschaftsrat 1948, nachdem die Partei sich unter Führung Schumachers mit der Forderung, sämtliche Wirtschaftsminister der Länder und das Amt des Wirtschaftsdirektors im vereinigten Wirtschaftsgebiet in Frankfurt zu stellen, nicht hatte durchsetzen können. Daraus sollte sich die schroffe Polarisierung zwischen den Parteien der sozialen Marktwirtschaft und der sozialistischen Planwirtschaft ergeben, die in dieser Schärfe keineswegs zwangsläufig und unvermeidlich gewesen ist.²⁷

In der frühen Nachkriegszeit hat kein Landespolitiker die niedersächsische Regierungspolitik so stark geprägt wie der Sozialdemokrat Hinrich Wilhelm Kopf²⁸. Dieser hat im Zonenbeirat die Neugliederung in der britischen Zone in drei Länder und zwei freie Städte mit beeinflusst. Er hat ferner einen großen Anteil an der Entstehung der niedersächsischen Landesverfassung. 1946 zum ersten Ministerpräsidenten Hannovers ernannt, führte Kopf danach das erste, ebenfalls noch ernannte, Allparteien-Kabinetts des Landes Niedersachsen. Allerdings gab er den Regierungsauftrag im Mai 1947 zurück, nachdem die SPD-Fraktion Kopfs pragmatischen Kompromissantrag in der Frage der Sozialisierung der monopolartigen Unternehmen nicht akzeptiert hatte. Das von Kopf daraufhin gebildete Allparteienkabinetts der Persönlichkeiten, ohne förmliche Fraktionsbindung, scheiterte 1948 an der Bodenreform. Das nunmehr von Kopf gebildete Kabinetts aus SPD, CDU und Zentrum hielt bis 1950, als die CDU wegen der Wahlrechtsfrage aus der Regierung austrat.

In den folgenden Jahren wurde die Koalitionsbildung von zwei Fragen bestimmt: dem Bestreben von CDU und Deutscher Partei (DP), ihr Bündnis durch eine Wahlrechtsänderung zu stärken, sowie durch den Einfluss der Bundespolitik. Unter dem Druck von Adenauer und Heinrich Hellwege von der DP wurde die nach Wählerstimmen nach wie vor stärkste Partei 1955 im Interesse der Sicherung einer Zweidrittelmehrheit im Bundesrat, die für die Verabschiedung der Westverträge erforderlich war, von den Regierungsbänken vertrieben.²⁹ 1951 war unter dem Einfluss von Schumacher eine Koalition der SPD mit dem BHE und dem Zentrum gebildet worden. Dieses Koalitionsmuster erlebte 1959 bis

Otto Grotewohl und die ›Einheit der Arbeiterklasse‹ 1945/46«, in: *Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte* 36, 2 (1988), 281–318.

27 Merseburger, *Der schwierige Deutsche*, 292ff.; Gerold Ambrosius, *Die Durchsetzung der sozialen Marktwirtschaft in den Westzonen 1945–49*, Stuttgart: Deutsche Verlags-Anstalt, 1977.

28 Thilo Vogelsang, *Hinrich Wilhelm Kopf und Niedersachsen*, Hannover: Verlag für Literatur und Zeitgeschichte, 1963.

29 Ebd., 163f.; Helmut Beyer und Klaus Müller, *Der Niedersächsische Landtag in den fünfziger Jahren. Voraussetzungen, Ablauf, Ergebnisse und Folgen der Landtagswahl 1955*, Düsseldorf: Droste, 1988.

1961 eine Neuauflage. 1955 war unter dem Ministerpräsidenten Hellwege³⁰ eine CDU/DP-FDP-BHE-Koalition entstanden. Diese scheiterte nach zwei Jahren nach der Aufnahme von rechtsradikalen Abgeordneten als Hospitanten der FDP-BHE-Fraktion.³¹ Kopf hatte keine Hemmungen, die SPD daraufhin als Juniorpartner in die Regierung Hellwege mit der CDU/DP zu führen und selbst das Amt des Innenministers zu übernehmen. Der Einfluss innerhalb der Regierung hatte für Kopf, der nie ein Vorstandsamt in der niedersächsischen SPD inne hatte,³² Priorität gegenüber der Option, das Debakel der bisherigen Regierung zu skandalisieren. Unter Führung Kopfs stellte sich die SPD flexibel auf die verschiedenen Milieus ein und war unter Preisgabe der klassenpolitischen Linie auf dem Weg zur Volkspartei.³³ Den gewerkschaftlichen Mitbestimmungsforderungen stand Kopf äußerst reserviert gegenüber. Dieser pragmatische volksparteiliche Kurs³⁴ hat über den Tod von Hinrich Wilhelm Kopf hinaus von 1961 bis 1976 für weitere anderthalb Jahrzehnte der SPD die Rolle als führende Regierungspartei gesichert, obwohl ihre Wahlhochburgen weitgehend auf die Industriearbeiter beschränkt blieben.

Seit Bekanntwerden der Ergebnisse der Dissertation von Teresa Nentwig über Hinrich Wilhelm Kopf ist ein schwerer Schatten auf die Person des ersten Ministerpräsidenten des Landes Niedersachsen gefallen.³⁵ In der Dissertation wird dargelegt, dass die von Kopf gemeinsam mit seinem Parteikollegen Bohne betriebene Firma an Arisierungen beteiligt war und dadurch Profite erzielt hat. Bei seiner späteren Tätigkeit in der Haupttreuhandstelle Ost in Oberschlesien hat Kopf daran mitgewirkt, Vermögenswerte von geflohenen bzw. in Konzentrationslager getriebenen Juden und Polen für das Naziregime einzuziehen. Diese Belastungen sind allerdings schon in der Biographie von Thilo Vogelsang sowie in der Veröffentlichung von Beyer und Müller erwähnt, dort aber in einer Kopf eher entlastenden Weise dargestellt worden. Nach dem Krieg hat Kopf seine

30 Emil Ehrich und Heinrich Hellwege, *Ein konservativer Demokrat*, Hannover: Niedersächsische Landeszentrale für Politische Bildung, 1977.

31 Beyer und Müller, *Der Niedersächsische Landtag*, 602.

32 Kopf »hatte niemals ein Parteiamt, er verfügte zu keiner Zeit über eine ›Hausmacht‹ in der SPD ... er gab bisweilen nicht einmal Erläuterungen, weshalb er Zielsetzungen der Parteiorganisation (...) ignorierte«, Beyer und Müller, *Der Niedersächsische Landtag*, 208. Gravierende Differenzen zwischen Kopf und der SPD-Fraktion gab es in Fragen der Staatsaufsicht im Rahmen der Kommunalverfassung, Franke, *SPD in Niedersachsen*, 85f.

33 »Die führende niedersächsische Landespartei aber war und blieb über Jahrzehnte die SPD – und dies in einem Land, in dem sie zu keiner Zeit ›geborene Mehrheitspartei‹ (Weisbrod) war.« Grebing, *Zur Rolle der Sozialdemokratie in Niedersachsen*, 32.

34 Kopf hat »durch sein authentisches Wirken als Persönlichkeit wesentlich dazu beigetragen, regionale Unterschiede und politische Traditionsbestände in das neue demokratische Gemeinwesen zu integrieren.« Ebd.

35 Teresa Nentwig, *Hinrich Wilhelm Kopf (1893–1961). Ein konservativer Sozialdemokrat*, Hannover: Verlag Hahnsche Buchhandlung, 2013.

Verstrickung in die systematischen Enteignungsmaßnahmen bei Anlass eines polnischen Auslieferungsbegehrens 1947/1948 bestritten. Obwohl ein endgültiges Urteil über Kopfs Wirken in der NS-Zeit derzeit voreilig erscheinen dürfte, kann die neue Erkenntnis der von Teresa Nentwig verfassten Biographie auch in dieser kurzen Charakterisierung Kopfs nicht unerwähnt bleiben.³⁶

2. Georg Eckert und die Kulturkonferenzen der SPD von 1947

Eine frühe Plattform für das überregionale Wirken Georg Eckerts waren drei von der SPD veranstaltete Kulturkonferenzen in Bad Gandersheim, Erlangen und Ziegenhain im Jahre 1947. Eckert hat an allen drei Konferenzen teilgenommen und kurz vor seinem Tod 1974 zwei Aufsätze über die Konferenzen in Bad Gandersheim bzw. in Ziegenhain verfasst. Es lag ihm daran, die Konferenzen, die infolge der unzureichenden Dokumentation »leider völlig in Vergessenheit geraten« seien, was namentlich für die beiden ersteren gelte, für das Gedächtnis der Partei zu bewahren. Er hat deshalb über die Konferenzen in Bad Gandersheim und Ziegenhain, wie er bescheiden formuliert hat, »einige Erinnerungen und Impressionen, die sich auf Tagebuchnotizen stützen, als unvermeidlich subjektives Zeugnis« vorgelegt.

Was ihm die Kulturkonferenz am 4./5. Februar 1947 in Bad Gandersheim, »im bittersten Frost- und Hungerwinter der Nachkriegszeit«³⁷, so wertvoll machte, war zunächst die Begegnung mit Kurt Schumacher, der an dieser Konferenz teilgenommen hat. Er beginnt seinen Artikel mit dem Schumacher-Zitat: »Verbrennt eure alten Manuskripte, sie stimmten bereits 1932 nicht!«³⁸ Eckert interpretiert diesen Satz mit der Bemerkung: »Eine Bewegung, die sich als die Vorkämpferin des sozialistischen Humanismus, als Alternative zu Kapitalismus und Stalinismus begriff, [...] hatte ihre philosophischen und anthropologischen Vorstellungen ebenso radikal zu klären wie ihre Perspektiven für die Welt nach Auschwitz und Hiroshima.« An dem Bemühen, den Parteianhang »auf ihre geistig-kulturelle Mission zu orientieren«, wirkten neben den »traditionell marxistisch gesonnenen Delegierten«, darunter auf Grund der geographischen

36 Beyer und Müller erwähnen einen Artikel »Der Verbrecherpremier« in polnischen Zeitungen 1947/48, Beyer und Müller, *Der Niedersächsische Landtag*, 217. Dazu auch die »Empfehlungen zum geschichtspolitischen Umgang mit der Persönlichkeit des ersten Ministerpräsidenten des Landes Niedersachsen, Hinrich Wilhelm Kopf (1893–1961)« für den Ältestenrat des Niedersächsischen Landtags durch die Historische Kommission für Niedersachsen und Bremen von Ende 2013.

37 Georg Eckert, »Die Kulturkonferenz der SPD 1947 in Bad Gandersheim«, in: *Braunschweigisches Jahrbuch* 55 (1974), 215–222, 215f.

38 Ebd., 215.

Nähe zahlreiche Braunschweiger Vertreter, religiöse Sozialisten und ehemalige Mitglieder des ISK mit.

Auch mehr als 25 Jahre später hielt Eckert es für erwähnenswert, die »charismatische Wirkung«, die Schumacher auf ihn ausübte, gestützt auf seine Aufzeichnungen zu schildern:

imponierender Eindruck. Sehr scharfe Züge, stechender Blick ... zwei scharfe Falten führen vom Mund zum Kinn ... Schreibt mühsam mit der linken Hand. Lacht mit den Augen, wobei der Mund unbeweglich bleibt. Auffallend die hohe Stirn ... Er mustert uns alle sehr durchdringend, scheint aber gesundheitlich in sehr übler Verfassung zu sein; wiederholt geht ein Zucken über sein Gesicht ... Hoffentlich bleibt er uns erhalten! Ich hatte noch nie so den Eindruck, einem ganz überragenden Menschen gegenüber zu stehen.³⁹

Eckert zitiert Schumacher ferner mit dem Satz: »Alle Kultur- und Bildungsarbeit unserer Zeit muss darauf hinausgehen, den Menschen in seiner Widerstandskraft gegen die Mächte des Untergangs zu stärken.«⁴⁰ Der »Einbruch der Nazis« in die deutsche Bevölkerung habe deshalb »auf eine so verheerende Weise« erfolgen können, weil wir »die ethischen Kräfte nicht genug mobilisiert hatten«. Deshalb solle es auch nicht bei Appellen bleiben. Vielmehr müssten, so die Konferenz in Bad Gandersheim, die Aktivität und Urteilsfähigkeit gestärkt werden – durch Broschüren, Studiengruppen und Forschungsstellen. »Die Spitze der Erziehungs- und Bildungsarbeit sollte schließlich eine Arbeiter-Akademie bilden, in der Einheit von Forschung und Lehre zu verwirklichen sei.«⁴¹ Die abschließende Tagung im Rahmen der Trilogie der Kulturkonferenzen im August 1947 hat Eckert als Symbol für den Klärungsprozess für die Jahre nach 1945 bezeichnet, der, wie er anschließt, »auf den großen, vielleicht allzu großen« Hoffnungen der Sozialdemokratie auf die Macht der Erziehung, auf ihren Beitrag zur Emanzipation und Humanisierung der Menschheit wurzele.⁴² Die unermüdliche Aktivität Eckerts für die Aufklärung, die Völkerverständigung und die Bekämpfung von Vorurteilen geht durchaus mit einer gehörigen Skepsis gegenüber der Erziehbarkeit des Menschen einher. Die Ziegenhainer Konferenz endete mit einer Entschließung, welche an der marxistischen Methode als einer unverzichtbaren Quelle politischer Einsicht festhält. Weiter heißt es: »Sie anerkennt die geistige Freiheit des Menschen und seine sittliche Verantwortlichkeit als gestaltende Faktoren auch des ge-

39 Ebd., 217.

40 Ebd., 220.

41 Ebd., 222.

42 Georg Eckert, »Auf dem Weg nach Godesberg. Erinnerungen an die Kulturkonferenz der SPD in Ziegenhain«, in: Heiner Flohr u. a. (Hg.), *Freiheitlicher Sozialismus. Beiträge zu seinem heutigen Selbstverständnis*, Bonn-Bad Godesberg: Verlag Neue Gesellschaft, 1973, 49–58; das Zitat 54. Vgl. auch den einführenden Beitrag zum vorliegenden Band.

schichtlichen Prozesses.«⁴³ Die Konferenzen waren für Eckert eine wichtige Station der Partei »auf dem Weg nach Godesberg«.

Auf der Ziegenhainer Konferenz wurde Eckert zum Leiter einer der dort eingesetzten Arbeitsgruppen, und zwar derjenigen für Geschichte, benannt. Einer der namhaftesten Repräsentanten des Freiheitlichen Sozialismus, Gerhard Weisser, der Adressat der Festschrift, in der Eckerts Artikel veröffentlicht ist, wurde parallel zum Leiter der Arbeitsgruppe Soziologie berufen.

3. Der Neuaufbau der Gewerkschaften

Die führenden Gewerkschaftler, die 1945 den Neubeginn bzw. den Wiederaufbau der Organisation in Niedersachsen prägten, stammten überwiegend aus Widerstandsgruppen im Lande. Demgegenüber waren die Exilgruppen in Großbritannien, Schweden, der Schweiz und den USA kaum vertreten. Sie gehörten der SPD oder KPD bzw. den am Ende der Weimarer Republik entstandenen Abspaltungen SAP (Sozialistische Arbeiterpartei) und ISK an. Diese Gruppierungen, die im Widerstand oder Exil eine bemerkenswerte Konsistenz bewiesen hatten, ordneten sich jetzt in ihrer Mehrheit der SPD zu. Für die SAP hatte Otto Brenner, der in der Folgezeit einer der führenden Nachkriegsgewerkschaftler werden sollte, im September 1945 in Hannover den Beitritt zur SPD vereinbart. Im Widerstand hatten ferner Vertreter freier und christlicher Gewerkschaften zusammengefunden.⁴⁴

Die ersten gewerkschaftlichen Aktivitäten fanden auf Betriebsebene statt. In Hannover wurde unter dem Vorsitz von Albin Karl ein Wiederaufbauausschuss gegründet, der einen Oberbürgermeister und einen Polizeipräsidenten, beide aus der Untergrundbewegung hervorgegangen, benannte. Als Geburtsstunde der Gewerkschaftsbewegung im Raum Hannover gilt die Versammlung der Betriebsräte im Capitol am 24. Mai 1945.⁴⁵ Das Ziel war die Bildung einer Allgemeinen Gewerkschaft, die alle gesondert organisierten Gewerkschaftsrichtungen sowie Arbeiter, Angestellte und Beamte umfassen sollte. Weitere Versammlungen fanden unter anderem in Braunschweig und Northeim statt. Im

43 Ebd., 58.

44 Franz Hartmann, *Geschichte der Gewerkschaftsbewegung nach 1945 in Niedersachsen*, Hannover: Niedersächsische Landeszentrale für Politische Bildung, 1972; ders., *Gewerkschaften in Niedersachsen nach dem 2. Weltkrieg*, Göttingen: Georg-August-Universität zu Göttingen, 1977; ders., »Entstehung und Entwicklung der Gewerkschaftsbewegung in Niedersachsen nach dem Zweiten Weltkrieg«, in: Präsident des Niedersächsischen Landtags (Hg.), *Landesgeschichte im Landtag*, Hannover: Verlag Hahnsche Buchhandlung, 2007, 439–453; Hans-Otto Hemmer und Kurt Thomas Schmitz (Hg.), *Geschichte der Gewerkschaften in der Bundesrepublik Deutschland*, Köln: Bund Verlag, 1990.

45 Hartmann, *Geschichte der Gewerkschaftsbewegung*, 23.

späteren Niedersachsen haben sich Gewerkschaften und Betriebsräte früher als in anderen Regionen betätigen können, weil die zuständigen Besatzungsoffiziere dafür einen gewissen Spielraum eröffneten. Sie nutzten ihn zur Bildung von Betriebsräten, zur Wiedereingangssetzung von Betrieben, zur Beschaffung von Lebensmitteln und zur Durchsetzung ihrer Forderung, Nazis aus führenden Stellungen zu entlassen. Allerdings entgingen die Gewerkschaften in Hannover wie in der gesamten britischen Besatzungszone nicht der nachträglichen Regulierung, zum Teil sogar der Auflösung der inzwischen aufgebauten Organisationen, wie etwa in Braunschweig. Von nun an galt ein Dreiphasenmodell des Aufbaus: erstens örtliche Gründungsaktivitäten, zweitens Genehmigung für die Errichtung eines Büros, Mitgliederwerbung und Beitragserhebung und schließlich drittens der Zusammenschluss auf der Zonenebene. Die dritte Phase war am 4. Oktober 1946 erreicht. Diese Reglementierung hat die gewerkschaftlichen Handlungsmöglichkeiten in der formativen Frühphase des wirtschaftlichen Neuaufbaus erheblich eingeschränkt.

Durch den starken Einfluss der Gewerkschaft in Hannover unter Leitung von Albin Karl setzte sich im späteren Niedersachsen zunächst der Organisationstyp der zentralen Einheitsgewerkschaft durch, die anfangs 13, später 17 Berufsgruppen umfasste. Im Gegensatz zu ihren anfänglichen Aussagen, den deutschen Gewerkschaften die Entscheidung über die Organisationsform zu überlassen, wirkte die Militärregierung unmissverständlich auf die Bildung von autonomen Industriegewerkschaften hin. Während die Bezirke des späteren Landes Nordrhein-Westfalen sich ohne größere Gegenwehr auf die gewünschte Gewerkschaftsform einließen, hielten die niedersächsischen Vertreter zunächst an der allgemeinen Gewerkschaft fest. Die zweite Zonenkonferenz in Bielefeld im August 1946, bei der die niedersächsischen Gewerkschaften geschlossen in der Minderheit blieben⁴⁶, brachte dann aber die Entscheidung für das Industrieverbandsprinzip, das nach einer Verzögerung auch in Niedersachsen übernommen wurde. So wurde die niedersächsische IG Metall im Februar 1947 in Peine konstituiert. Die niedersächsischen Gewerkschaften wünschten nach dieser Entscheidung starke Bundeskompetenzen mit einem entsprechend großen Finanzierungsanteil zugunsten der gesamtgewerkschaftlichen Organisation, des späteren DGB.

Bei der Streitfrage – zentrale Einheitsgewerkschaft oder starke Industriegewerkschaften mit vollem Tarifrecht und eigener Finanzhoheit? – spielten bei den westlichen Besatzungsmächten die Bedenken vor einem zu starken kommunistischen Einfluss in zentralisierten Gewerkschaften eine wichtigere Rolle als Sicherheitsaspekte. Anfangs kooperierten sozialdemokratische und kommunistische Gewerkschaftler vor allem bei der Lösung praktisch-organisatorischer

46 Ebd., 74.

Belange weitgehend konfliktfrei miteinander. Die KPD hatte anfangs ihren Rückhalt in den Betriebsräten einiger Großbetriebe in Hannover, Braunschweig und Salzgitter. Sozialdemokratische Betriebsräte waren aber von Anfang an in einer deutlichen Mehrheit. Die KPD verlor in den Folgejahren sukzessive an Rückhalt. Der sich verschärfende Ost-West-Konflikt verwandelte 1948/49 das Klima in der gewerkschaftlichen Zusammenarbeit von Kommunisten und Sozialdemokraten. Im März 1950 verlangte der Vorstand der IG Metall seinen kommunistischen Mitgliedern eine Treueerklärung ab, die im Gegensatz zu einer durch den Parteitag der KPD ausgesprochenen Verpflichtung ihrer Gewerkschaftsmitglieder stand.⁴⁷

Die gewerkschaftlichen Reformforderungen bezogen sich auf

- die Eigentumsrechte (Sozialisierung von Schlüsselindustrien, Enteignung des Großgrundbesitzes),
- Beteiligung bei grundlegenden wirtschaftspolitischen Angelegenheiten (Einfluss auf Preisgestaltung, Beschäftigung und Löhne),
- Realisierung der erstmals in den 1920er Jahren erhobenen Forderungen nach Wirtschaftsdemokratie (Mitbestimmung in den Betrieben; paritätische Besetzung der Industrie- und Handelskammern sowie der Landwirtschaftskammern),
- Demokratisierung der Betriebe, vor allem durch Mitbestimmung über die Produktion.

Das von der britischen Militärregierung erlassene Betriebsrätegesetz von 1946 blieb hinter den gewerkschaftlichen Erwartungen weit zurück. Es enthielt keinen Kündigungsschutz und kein uneingeschränktes Zugangsrecht der Gewerkschaften. Die gewerkschaftlichen Rechte in den Betrieben mussten daher in Arbeitskämpfen gesichert werden.

Auf der ersten Zonenkonferenz der Gewerkschaften im März 1946 in Hannover stellte Hans Böckler, damals Vorsitzender der Gewerkschaft im späteren Nordrhein-Westfalen und seit 1949 Vorsitzender des DGB, fest: »Der Kapitalismus liegt in seinen letzten Zügen.« Diese Situation müssten sich die Gewerkschaften zunutze machen und auf allen betrieblichen und überbetrieblichen Ebenen Einfluss zu gewinnen suchen. Die deutsche Wirtschaft, von der »das Wohl und Wehe der Schaffenden und des ganzen Volkes abhängt«, so Albin Karl, dürfe »nicht mehr zum alleinigen Gebiet der Arbeitgeber und des Kapitals« werden. »Wir können es den Unternehmern für die Zukunft nicht überlassen, über den Aufbau Deutschlands und über die notwendige Planung und Lenkung der Wirtschaft allein zu verfügen.«⁴⁸

47 Schmidt, *Die verhinderte Neuordnung 1945 bis 1952*, 123.

48 Hartmann, *Geschichte der Gewerkschaftsbewegung*, 83.

Aktueller Handlungsbedarf ergab sich im Laufe des Jahres 1946 auf betrieblicher Ebene. Das Gesetz 22, das der Alliierte Kontrollrat nicht zuletzt infolge der drängenden Forderungen der Gewerkschaften erlassen hatte, war nicht mehr als ein Rahmengesetz, das wichtige Punkte nicht berücksichtigte. Immerhin enthielt es das Recht der Gewerkschaften, bei der Bildung der Betriebsräte mitzuwirken, und es regelte das Verhältnis beider zueinander. Eine weitere wichtige Bestimmung war das Recht der Betriebsräte, Betriebsvereinbarungen mit den Arbeitgebern abzuschließen, in denen die Mitbestimmungsbereiche im Einzelnen festgelegt werden sollten. Hier konnten die IG Metall im Bezirk Hannover sowie die Betriebsräte einen erheblichen Teil ihrer Forderungen durchsetzen. Das gelang vor allem durch zwei spektakuläre Streiks, zunächst den Bode-Panzer-Streik in Hannover im November 1946 bei einem Betrieb, dessen Belegschaft zu 90 Prozent bei der IG Metall organisiert war. Auf die Weigerung der Betriebsleitung, die sich auf die Zustimmung der norddeutschen Unternehmerverbände stützen konnte, den Gewerkschaften und dem Betriebsrat ein volles Mitbestimmungsrecht in sozialen und wirtschaftlichen Angelegenheiten zuzugestehen, trat die Belegschaft geschlossen in den Streik. Als weder die Hannoversche Regierung noch die Militärregierung die Position der Unternehmensleitung stützte, trat diese den Rückzug an und gestand weitgehende Vereinbarungen zu, darunter das Einholen des Einverständnisses des Betriebsrats bei Einstellungen und Entlassungen, Versetzungen und Beförderungen, Lohn- und Gehaltsregelungen, ein Mitwirkungsrecht des Betriebsrats bei dem betrieblichen Wiederaufbau, bei der Festlegung des Produktionsprogramms und bei der Schaffung neuer Arbeitsmethoden sowie eine Informationspflicht bei allen das Arbeitsverhältnis und die Tätigkeit der Arbeitnehmer berührenden Betriebsvorgängen.⁴⁹

Ähnliche Betriebsvereinbarungen wurden infolge des Streikresultats bei Bode-Panzer in zahlreichen niedersächsischen Großbetrieben in Kraft gesetzt.

Nächst dem Bode-Panzer-Streik ist der Ausstand in den Schmidding-Werken in Hannover-Linden von Juni bis November 1947 zu erwähnen.⁵⁰ Dort war der Betriebsratsvorsitzende entlassen worden, der zuvor »belastendes Material aus der nationalsozialistischen Vergangenheit« gesammelt hatte. Auch hier endete der fünfmonatige Streik mit einem gewerkschaftlichen Erfolg. Der Betriebsratsvorsitzende wurde wieder eingestellt, der Betriebsleiter hatte das Werk zu verlassen. Allerdings war der Konflikt insofern entschärft, als der Betrieb kurzfristig zur Demontage anstand. Trotzdem war es ein gewerkschaftlicher Erfolg, dem noch einige weitere Beispiele an die Seite gestellt werden könnten.

Die Streikerfolge waren möglich, weil die Streiks von gut organisierten Belegschaften getragen wurden und die IG Metall in Hannover voll dahinter stand,

49 Ebd., 91 ff.; Schmidt, *Die verhinderte Neuordnung 1945 bis 1952*, 91 ff.

50 Ebd.

wenn auch bei Schmidding mit einer gewissen Verzögerung. In der Folgezeit waren Streiks einzelner Betriebe bei den gewerkschaftlichen Führungsebenen sehr viel schwerer durchsetzbar.

Aufs Ganze betrachtet, stellen Streiks für Mitbestimmungsrechte damals eine Ausnahme dar. In vielen Fällen war eine Streikbereitschaft zwar vorhanden, wurde aber von den gewerkschaftlichen Vorstandsebenen nicht gefördert. Die großen Streiks in Niedersachsen im Frühjahr 1947 sowie im Frühjahr 1948 sind als Hungerstreiks und eher als Protestdemonstrationen zu charakterisieren, denen die Militärregierung mit Sanktionsdrohungen enge Grenzen setzte. Ähnlich ist der große Demonstrationsstreik vom 12. November 1948 in allen Regionen des vereinigten Wirtschaftsgebiets zu bewerten, der unter den zehn Resolutionspunkten zwar die wirtschaftsdemokratischen und Sozialisierungsziele aufführte, diesen aber keinen Nachdruck gab. In Niedersachsen wurde dieser Streik rückhaltlos unterstützt.

Nachdem die IG Metall 1951 die in Nordrhein-Westfalen 1947 gesetzlich verankerte paritätische Mitbestimmung in der Kohle-, Eisen- und Stahlindustrie durch die glaubwürdige Bekundung ihrer Kampfbereitschaft verteidigt hatte, folgte 1952 die Verabschiedung des Betriebsverfassungsgesetzes auf Bundesebene, das die Erwartungen auf eine Ausweitung des Mitbestimmungsrechts analog zur Regelung in der Schwerindustrie bitter enttäuschte und das die Gewerkschaften mit Recht als eklatante Niederlage empfinden mussten.⁵¹ Die erklärte Kampfbereitschaft der niedersächsischen IG Metall war von dem zögernden Vorstand des DGB nicht abgerufen worden.

Insgesamt ist festzustellen, dass die niedersächsischen Gewerkschaften, vor allem die IG Metall, in den ersten Jahren nach 1945 früh handlungsfähig waren und namentlich auf betrieblicher Ebene beachtliche Ergebnisse erreicht haben. Dazu haben die Widerstandserfahrungen ihrer Protagonisten, der hohe Organisationsgrad und die großbetrieblichen Strukturen in den Industriezentren beigetragen. Dies lässt sich auch von den »Reichswerken Salzgitter« sagen, in denen die Betriebsräte eine starke Stellung hatten.⁵² Dies gilt namentlich für den Betriebsratsvorsitzenden Erich Söchtig, der bis 1948 der KPD angehörte und danach eine selbstständige Gruppe Arbeiterpolitik gründete.⁵³ Söchtig scheute nicht den Konflikt mit den gewerkschaftlichen Ebenen und der KPD. Der Höhepunkt seines Wirkens war der Kampf gegen die Demontagemaßnahmen der Besatzungsmacht, bei dem Söchtig eine breite Unterstützung mobilisierte, unter anderem auch durch die Präsenz Kurt Schumachers im Jahre 1949 in Salzgitter.

51 Schmidt, *Die verhinderte Neuordnung 1945 bis 1952*, 193ff.

52 Horst Thum, »Betriebsräte und Gewerkschaften 1945–1952«, in: Wolfgang Benz (Hg.), *Salzgitter. Geschichte und Gegenwart einer deutschen Stadt 1942–1992*, München: Beck, 1992, 358–387.

53 Ebd., 365.

Am Ende war der Abwehrkampf, der zu einem Gründungsmythos Salzgitters geworden ist, wenigstens partiell erfolgreich, da die ursprüngliche Demontageliste überprüft wurde und ein Teil der Sprengungen ausgesetzt wurde.

Besonders schwierig war die gewerkschaftliche Situation im Volkswagenwerk, das seine Erzeugnisse auf Friedensproduktion umstellen musste und über keinen Facharbeiterstamm mit Gewerkschaftserfahrung verfügen konnte. Erst im Mai 1946 erhielten die Gewerkschaften die Genehmigung, sich organisatorisch zu betätigen. Aufgrund der Nazivergangenheit des Werks unterlag der Betriebsrat der Kontrolle und Überwachung durch die Besatzungsmacht. 1948 konnte die IG Metall ihre Mehrheit im Betriebsrat nur durch Aufnahme rechtsradikaler Kandidaten in ihre Liste sichern.⁵⁴ Bei der Betriebsratswahl 1950 erreichte der Vorsitzende der offen nationalsozialistischen Sozialistischen Reichspartei (SRP), Hillebrandt, die größte Zahl an Wählerstimmen. »Die starke Verankerung rechtsradikaler Kräfte innerhalb und außerhalb der Gewerkschaften und im Betriebsrat eines derartig großen Betriebes war einmalig in der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung nach 1945.«⁵⁵

In der Gewerkschaftsentwicklung spiegelt sich die Zweiteilung des Landes in den industriellen Osten und die ländlichen Gebiete West- und Nordniedersachsens, die auch die politische Kultur und die Parteienlandschaft kennzeichnet. Die Abkehr von der zentralisierten Einheitsgewerkschaft erschwerte eine gewerkschaftliche Erschließung der ländlichen Regionen. Die Gewerkschaft Gartenbau-, Land- und Forstwirtschaft hatte einen schweren Stand, zumal ihre Rekrutierungsbasis durch die Konkurrenz des Landvolks noch zusätzlich eingeschränkt wurde.⁵⁶

4. Lehrerverbände, die Anfänge der GEW und der Geschichtsunterricht

In den frühen Organisationsstatuten der Nachkriegsgewerkschaft ist eine Gewerkschaftsorganisation der Lehrer noch nicht enthalten. Wie in der Zeit vor 1933 bildeten sich in Anknüpfung an frühere Verbände Organisationen, die eher als Lehrervereinigungen⁵⁷ zu charakterisieren sind. Nur ein kleiner Teil der

54 Udo Riechert, *Neubeginn im Schatten der NS-Tyrannie. Gewerkschaften und Betriebsräte in Braunschweig und Wolfsburg in den ersten Nachkriegsjahren*, Braunschweig: Steinweg-Verlag, 1987, 227 ff.

55 Ebd., 271.

56 Hartmann, *Geschichte der Gewerkschaftsbewegung*, 114.

57 Wolfgang Kopitzsch, *Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) 1947–1975. Grundzüge ihrer Geschichte*, Heidelberg: Winter, 1983; Diethelm Krause, *Geschichte der Braun-*

Lehrer war separiert gewerkschaftlich organisiert. Innerhalb der Britischen Zone sind die Gründungen auf lokaler Ebene in Braunschweig und Hamburg besonders hervorzuheben, einmal wegen des frühen Zeitpunkts – im August 1945 in Braunschweig, im Oktober 1945 in Hamburg –, wegen ihrer Organisationsstärke und wegen der entschiedenen Tendenz, den Lehrerverband an die Gewerkschaftsbewegung anzuschließen. Im August 1946 wurde der Gesamtverband Braunschweigischer Lehrer gegründet, der Lehrer aller Schulformen und Pädagogen an Hochschulen umfasste. War es schon schwierig, die durch Status, Ausbildung, konfessionelle Ausrichtung und Gehalt voneinander unterschiedenen und vor 1933 verschiedenen Standesorganisationen angehörenden Lehrerinnen und Lehrer zusammenzuführen, so war es noch ungleich schwerer, die Lehrer, von denen viele durch die NS-Vergangenheit verunsichert und durch die Entnazifizierung belastet waren, an den Gedanken zu gewöhnen, ihre Interessenvertretung der Gewerkschaftsbewegung anzuvertrauen. Einer der führenden Verbandsvertreter, Richard Schallock, Geschäftsführer des Verbandes der Lehrer und Erzieher Groß-Berlins, drückte die Notwendigkeit der Annäherung an die Gewerkschaften wie folgt aus: »Wir wollen keine Zersplitterung unter den Lehrern, wir wollen kein Abseitsstehen von den Arbeitergewerkschaften [...] wir brauchen für die Schule und für die Lehrer die starke Einheit in der Arbeiterschaft.«⁵⁸

In Braunschweig war es der Professor an den Pädagogischen Hochschule Heinrich Rodenstein, der jahrzehntelang eine führende Rolle in der Lehrerbewegung spielte und den Braunschweigischen Gesamtverband angeführt hat. Jahrzehntlang war er Vorstandsmitglied in den überregionalen, nationalen und internationalen Verbänden. Er war auch einer der Wortführer des Konzepts, die Lehrerschaft zu integrieren und geschlossen in die Gewerkschaftsorganisation zu überführen.⁵⁹ Diese Aufgabe war in Braunschweig nicht einfach, weil die sich dem Bildungsbürgertum zurechnenden Gymnasiallehrer zu 80 Prozent im Gesamtverband organisiert waren. Zunächst aber schlossen sich die regionalen Verbände nach Erteilung der Genehmigung der Militärregierung zum Allgemeinen Deutschen Lehrerverband (ADLV) zusammen, nach dem Beitritt der Lehrerinnen im Zuge deren wachsender Bedeutung erweitert zum ADLLV. In Sondierungsgesprächen mit dem DGB wurden die Voraussetzungen für einen korporativen Anschluss erörtert und die Erwartungen der Lehrerverbandsvertreter dargelegt, den Anspruch auf eigene Kulturpolitik, Finanzhoheit, die Verfügung über eigene Presseorgane sowie die gewerkschaftliche Unterstützung bei

schweiger Lehrerbewegung. Vom Lehrerverein zur Lehrgewerkschaft, Braunschweig: Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft. Bezirksverband Braunschweig, 1986.

58 Kopitzsch, *Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft*, 32.

59 Ebd., 36.

der Forderung der Lehrer, ihren Status als Berufsbeamte beizubehalten. Der DGB stellte seine Vorbehalte gegenüber der Konservierung bzw. Ausweitung des Berufsbeamtentums zurück und gestand den Lehrern ihre Forderungen zu.⁶⁰ Der Lehrerverband widerstand der Versuchung, sich der mächtigen Gewerkschaft Öffentliche Dienste, Transport und Verkehr anzuschließen, und optierte für die sich formierende Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft, die die Lehrer seit ihrem Beitritt 1948 maßgeblich geprägt haben. Entscheidend für die Hinwendung zur GEW war der Anspruch auf die Mitgestaltung der Schulpolitik, die im Rahmen der ÖTV kaum möglich gewesen wäre. Formal wurde dieser Prozess durch den Beitritt der GEW (ADLLV) zum DGB abgeschlossen. Nimmt man das Streikrecht zum Maßstab, so wurden die vollständigen gewerkschaftlichen Tarifrechte erst mit der Übernahme des Streikrechts verbindlich gemacht, wenn dies auch bei dem starken Beamtenanteil zunächst erst begrenzte Bedeutung hatte.

Nicht alle Lehrerverbände gingen den Weg zu der gewerkschaftlichen Organisierung mit. Während die süddeutschen Verbände Hessen, Württemberg und Baden im Juni 1948 der GEW (ADLLV) beitraten, blieb der bayerische Verband (BLLV) weiterhin außerhalb der Gewerkschaft. Auch nach dem Beitritt war die mentale Angleichung längst noch nicht vollzogen. Dazu waren Erfahrungen und die Verbandskultur einer längeren Zeit notwendig, nach Meinung mancher Beobachter bis in die 68er Zeit, als eine neue Lehrergeneration die Verbandspolitik mehr und mehr auf der Grundlage neuer Demokratisierungskonzepte bestimmte.⁶¹

Bei der für die gewerkschaftliche Orientierung so bedeutsamen Dortmunder Vertreterversammlung im Jahre 1948 stand das Thema des Geschichtsunterrichts auf der Tagesordnung. Einer der einschlägigen Referenten war der Braunschweiger Historiker Georg Eckert, der zum Thema Geschichtsbild und Geschichtsunterricht referierte.⁶² Die starke Stellung des Braunschweigischen Lehrerverbandes bot Georg Eckert die Plattform, den Geschichtsunterricht überregional zu einem zentralen Thema zu machen. Der wachsende Wirkungsgrad Eckerts hatte in dem von seinem Kollegen Rodenstein⁶³ geschaffenen Rahmen eine wichtige Grundlage. Die beiden Professoren der Pädagogischen Hochschule Braunschweig waren jeder für sich zupackende Organisatoren mit einem enormen Aktionsradius und einer großen überregionalen Akzeptanz. Auf unterschiedlichen Feldern tätig, ergänzten sich beide in ihren synergetischen Aktivitäten und machten Braunschweig zu einem wichtigen Ort der Nach-

60 Ebd., 47ff.

61 Krause, *Geschichte der Braunschweiger Lehrerbewegung*, 53f.

62 Kopitzsch, *Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft*, 61.

63 Erich Frister, *Heinrich Rodenstein, Lehrer und Gewerkschafter 1902–1980*, Frankfurt am Main: Büchergilde Gutenberg, 1988.

kriegsentwicklung der Schulpolitik, Lehrerbildung und Interessenorganisation der Lehrer. 1948 hielt Rodenstein auf einer Interzonenkonferenz der Lehrerverbände in Berlin den ersten seiner programmatischen Vorträge über die zukünftige Lehrerbildung. Später weitete Rodenstein den Blick auf Grundsätze zur Neuformung des deutschen Bildungswesens (1952). 1957, als die Investitionen in den Bildungssektor immer weiter hinter dem ökonomischen Wachstum der Bundesrepublik zurückblieben, erarbeitete er den Vorschlag, eine umfassende Konzeption zur Hebung des Schul- und Bildungswesens zu entwickeln.⁶⁴ Er nahm in seinen öffentlichen Stellungnahmen viele bildungspolitische Forderungen vorweg, die Mitte der 1960er Jahre auf große Resonanz in der Gesellschaft stießen und zu grundlegenden Änderungen des Bildungssystems führten.

Georg Eckert führte den Vorsitz in dem ADLLV/GEW-Ausschuss für Geschichtsunterricht, der sich in seiner Tätigkeit über die Grenzen der Bundesrepublik hinaus öffnete. Seine gewerkschaftliche Verortung bewirkte seine Einladung zu einem großen englischen Historikerkongress 1949, eine Auszeichnung, die ihm als einzigen Deutschen zuteil wurde. Im Jahr 1951 publizierte Eckert im Rahmen der Reihe *Geschichtsunterricht in unserer Zeit: Grundfragen und Methoden den Beitrag der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft zur Reform des Geschichtsunterrichts*. Im Kontext eines Antrags auf Finanzierung durch die GEW nannte Eckert als mutige Zielvorgabe seiner Arbeit, »dass jeder Erzieher und vor allem jeder Lehrerstudent bei seiner Arbeit zunächst nach den Veröffentlichungen der GEW greift.«⁶⁵

Umso enttäuschter war Eckert über die Kritik aus Kollegenkreisen, seine Ausschusstätigkeit sei zu wenig gewerkschaftlich ausgerichtet. »Mangel an gewerkschaftlicher Tradition habe ihm bisher noch niemand vorgeworfen.«⁶⁶ Eckert nahm für sich in Anspruch, dass »der ganze Hochschulausschuß ... ja erst im Laufe meiner Arbeit in die GEW hineingewachsen« sei⁶⁷. Anlass für die Kritik war sein Bemühen, renommierte Universitätslehrer wie Hans Rothfels und Hans Herzfeld, Fritz Fischer, Arnold Bergstraesser und Alfred Hermann für seine Arbeit zu gewinnen, was angesichts der Gewerkschaftsferne der Universitätsprofessoren ein bemerkenswerter Erfolg war. Eckert war kein Funktionärstyp, der seine Kommunikation und Kooperation auf Verbands- und Gewerkschaftskreise beschränkte, sondern war unablässig auf Ausweitung seiner Kooperationspartner und weitreichende Vernetzung ausgerichtet. In kurzer Zeit gewann er ein Ansehen, das ihm ehrenvolle Funktionen wie die des deutschen

64 Kopitzsch, *Geschichte der Braunschweiger Lehrerbewegung*, 91 ff.

65 Helmut Hirsch, *Lehrer machen Geschichte. Das Institut für Erziehungswissenschaften und das internationale Schulbuchinstitut*, Ratingen (u. a.): Henn, 1971, 77.

66 Ebd., 79.

67 Ebd., 80.

Vertreter bei der UNESCO einbrachte. Ihm wurde die Leitung großer internationaler Tagungen angetragen. Während einer solchen Tagung im Jahre 1951 lässt sich nach der Einschätzung von Helmut Hirsch – wenn auch informell – die Gründung des Schulbuchinstituts ausmachen.⁶⁸ Die GEW hat, das bleibt ihr Verdienst, für lange Zeit die materiell-organisatorische Basis für die von Eckert geleiteten Forschungen zum Geschichtsunterricht und zur vergleichenden internationalen Schulbuchanalyse zur Verfügung gestellt.

68 Ebd., 74.

Open-Access-Publikation im Sinne der CC-Lizenz BY 4.0

© 2017, V&R unipress GmbH, Cöttingen

ISBN Print: 9783847107613 – ISBN E-Lib: 9783737007610

Wolfgang Kopitzsch

Die Gründung der Arbeitsgemeinschaft deutscher Lehrerverbände (AGDL) 1945 bis 1949 und die Entstehung der GEW (ADLLV)

Zur Vorgeschichte

95 Prozent der Kinder im Kaiserreich besuchten Volksschulen. Das Reichsgründungsjahr 1871 war auch das Gründungsjahr des Deutschen Lehrervereins (DLV), dem sich 1872 der Preußische Lehrerverein anschloss. Regionale Themen waren Gegenstand der jeweiligen Landesvereine in den Ländern. Übergeordnete Themen behandelte seit 1879 vor allem der Gesamtverein. 1904 wurde der Bayerische Lehrerverein Mitglied im DLV. 1914 waren ca. 75 Prozent aller männlichen Volksschullehrer (131.744) Mitglieder im DLV.¹

Der 1889 gegründete Katholische Lehrerverein des Deutschen Reiches umfasste in Preußen etwa 70 Prozent aller katholischen Lehrer. Der 1903 gegründete Vereinsverband akademisch gebildeter Lehrer Deutschlands (seit 1921 Deutscher Philologenverband) organisierte vor allem die Lehrer an den höheren Schulen.

Der 1890 gegründete Allgemeine Deutsche Lehrerinnenverein (ADLV) hatte Mitglieder in allen Schularten. Für die katholischen Lehrerinnen entstand 1885 der Verein katholischer Lehrerinnen.

Mit der Gründung der Weimarer Republik 1919 blieb zwar die Bildung Sache der Länder, ihre Verwirklichung war aber weitgehend abhängig von den politischen Mehrheiten, insbesondere im größten Land, in Preußen. Sehr moderne Wege in der Bildungs- und Schulpolitik gingen kleinere Länder, u. a. Braunschweig, Bremen und Hamburg, zeitweise auch Sachsen und Thüringen.

Der DLV schloss sich dem Deutschen Beamtenbund an.

Die 1920 entstandene Freie Lehrergewerkschaft Deutschlands (FLGD) orga-

¹ Der Beitrag beruht im Wesentlichen auf: Wolfgang Kopitzsch, *Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) 1947–1975. Grundzüge ihrer Geschichte*, Heidelberg: Winter, 1983. Ein regionales Beispiel der Arbeit: Wolfgang Kopitzsch, »Lehrerorganisation in der Provinz. Weiterbildung von Volksschullehrern zur Zeit des Kaiserreichs in Schleswig-Holstein«, in: Manfred Heinemann (Hg.), *Der Lehrer und seine Organisation*, Stuttgart: Winter, 1977, 93–104.

nisierte vor allem Mitglieder aus dem linken politischen Spektrum. Sie war der erste Versuch einer schulartenübergreifenden einheitlichen (Gewerkschafts-) Organisation.

Der 1928 gegründete Nationalsozialistische Lehrerbund (NSLB), der 1932 ca. 6000 Mitglieder hatte, organisierte überwiegend die Lehrerinnen und Lehrer, die bereits der NSDAP angehörten.

Die in der SPD organisierten bzw. ihr nahestehenden Lehrerinnen und Lehrer organisierte seit 1930 die Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Lehrer und Lehrerinnen (ASL), sie zählte bei ihrer Gründung ca. 7000 Mitglieder.

Die Strukturen hatten sich vom Kaiserreich zur Weimarer Republik nicht wesentlich verändert. Die Organisationen der Lehrerinnen und Lehrer waren weiter geprägt von konfessionellem, föderalem, standespolitischem Denken und entsprechenden Strukturen.

Die Bildungspolitik war in einem hohen Maße abhängig von den häufig wechselnden politischen Mehrheitsverhältnissen. Die Ansätze für ein modernes Schulwesen, z. B. in Thüringen, endeten dort bereits Mitte der 1920er Jahre und wurden mit dem Regierungseintritt der NSDAP 1930 beendet, ähnlich war es u. a. in Braunschweig, Oldenburg und Mecklenburg-Schwerin in der Schlussphase der Weimarer Republik. Stabileren Verhältnisse gab es, aufgrund der engeren Zusammenarbeit von Zentrum, SPD und liberalen Parteien, längere Zeit in Preußen, allerdings hier immer in der Bildungspolitik geprägt von konfessionellen Fragestellungen und Problemen, bis zum Staatsstreich gegen die preußische Staatsregierung am 20. Juli 1932.

Im »Dritten Reich« waren 1936 angeblich 97 Prozent der Lehrer Mitglieder im NSLB, davon ca. 32 Prozent als Parteimitglieder. Der DLV hatte sich am 8. Juni 1933 dem NSLB angeschlossen. Interessante Zahlen liegen für Berlin vor. Hier waren bis zum 13. Mai 1933 2530 Lehrerinnen und Lehrer (von 3076 Mitgliedern insgesamt) vom Berliner Lehrerverein dem NSLB beigetreten, davon waren 848 bereits vor 1933 Mitglieder des NSLB gewesen.

In der Diktatur des »Dritten Reiches« wurden nicht nur die Lehrerverbände zügig gleichgeschaltet, sondern das Schulwesen entwickelte sich insgesamt innerhalb kürzester Zeit zu einer zentralen Stütze und Voraussetzung für die Umsetzung der zutiefst menschenverachtenden Politik des Nationalsozialismus, bis hin zum Massenmord.

Der Neubeginn nach der Befreiung 1945

Bereits im Sommer 1945 kam es zu ersten Gründungen lokaler Verbände und Vereine. Die Entwicklung verlief in den Besatzungszonen sehr unterschiedlich. Als eine der ersten entstand in München im Rahmen der Allgemeinen Freien

Münchener Gewerkschaft die Untergruppe Erzieher, die als örtliche Gewerkschaft von den amerikanischen Militärbehörden erlaubt worden war.

Lehrerorganisationen bildeten sich u. a. in Hamburg (Oktober 1945), Hannover-Stadt (Dezember 1945), Bremen (Juli 1946), Hannover (Landesverband Niedersachsen, Juli 1946), Braunschweig (August 1946), Lippe (August 1946), Oldenburg (Oktober 1946, zum Teil bereits im Mai 1946), Schleswig-Holstein (Oktober 1946), in Berlin, Bayern und (Nord-)Baden. In der sowjetischen Besatzungszone entstand 1945/46 mit der Gewerkschaft Unterricht und Erziehung im Freien Deutschen Gewerkschaftsbund (FDGB) eine erste einheitliche, schulartenübergreifende Organisation. In Bayern gründete sich der Bayerische Lehrerverein (BLV) zügig neu. Die meisten der entstandenen Organisationen waren Gründungen von und für Volksschullehrer, entsprechend den Entwicklungen und Traditionen der Weimarer Republik und des Kaiserreiches. Ausnahmen waren vor allem Braunschweig und Hamburg, die sich bemühten, Lehrerinnen und Lehrer aller Schularten zu organisieren und die bisherige Trennung zu überwinden.

Als Beginn der Bemühungen um die Bildung einer größeren Gesamtorganisation kann der November 1945 angesehen werden, als der ehemalige Vorsitzende des Pommerschen Lehrervereins und Geschäftsführer des DLV in der Weimarer Republik, Fritz Thiele, ein Schreiben an ihm bekannte ehemalige Funktionäre der Lehrerbewegung aus der Weimarer Republik richtete. Fritz Thiele, der nach der Flucht aus Pommern zunächst in der Nähe von Deggendorf lebte, übernahm Mitte 1946 eine Rektorenstelle an der Altstädter Schule in Celle. Zu den Empfängern seines Briefes gehörten unter anderem: Richard Schallock (Berlin, in der Weimarer Republik Mitglied der FLGD), Max Traeger (Hamburg, bereits vor dem Ersten Weltkrieg Vorsitzender der Gesellschaft der Freunde des vaterländischen Schul- und Erziehungswesens, der wohl ältesten Lehrerorganisation in Deutschland, und nach 1945 erneut deren Vorsitzender), Gustav Kuhrt (Berlin, früherer Geschäftsführer des DLV), Julius Reiber (Darmstadt, Vorsitzender des Hessischen Lehrervereins, nach 1945 Bürgermeister von Darmstadt), Leo Raepfel (ehemaliger Geschäftsführer des DLV, Schriftleiter und Redakteur der *Allgemeinen Deutschen Lehrerzeitung*), Heinrich Rodenstein (Braunschweig, Mitglied der FLGD, Emigration nach Frankreich) und Fritz Sänger (Geschäftsführer des Preußischen Lehrervereins, 1927 Redakteur der *Preußischen Lehrerzeitung*, 1945 Landrat in Gifhorn, Oktober 1945 Chefredakteur der *Braunschweiger Zeitung*, 1946 Mitglied des Niedersächsischen Landtages, SPD).

Mit einem Schreiben vom 3. August 1946 an Max Traeger regte Heinrich Rodenstein ein Treffen der Vorstände bereits gut organisierter Lehrerverbände aus Braunschweig und Hamburg an. Max Traeger (1887 bis 1960) war eine engagierte liberale Persönlichkeit (Mitglied der DDP/DStP, nach 1945 der FDP), der

bereits vor dem Ersten Weltkrieg in der Hamburger Lehrerbewegung sehr aktiv war. Heinrich Rodenstein (1902 bis 1980) war als junger Lehrer in Braunschweig Mitglied der KPD (bis 1929) geworden, dann der SAP, und musste 1933 zunächst ins Saarland, dann 1935 nach Frankreich fliehen. Im Oktober 1945 war er nach Braunschweig zurückgekehrt, tief geprägt von seinen Erfahrungen in der Weimarer Republik und in der Emigration in Frankreich.²

An einem Vorgespräch am 29. September 1946 in Celle nahmen u. a. Fritz Thiele, Max Traeger und Heinrich Rodenstein teil.

Auf der Konferenz in Braunschweig am 15. Oktober 1946 waren die Verbände aus Braunschweig, Bremen (amerikanische Zone) und Hamburg vertreten, dazu Einzelpersonen aus nahezu allen Teilen der britischen Zone, mit Ausnahme von Oldenburg und Schleswig-Holstein.

Diskutiert wurde u. a. die Frage des Anschlusses an die Gewerkschaftsbewegung, für den sich z. B. der Vorsitzende des Lehrervereins in Hannover, August Lerch, aussprach. In Hannover war dieser Beitritt bereits erfolgt. Unterstützung fand Lerch unter anderem bei den Vertretern aus Nordrhein-Westfalen (Nelles, Düsseldorf und Macke, Duisburg), die nachdrücklich auf die Tatsache hinwiesen, dass auch Lehrer Arbeitnehmer seien. Macke verwies darauf, dass man sich zunächst für den Anschluss an die Gewerkschaftsbewegung entschieden habe, auch um die schulpolitischen Fragestellungen einstweilen auszuklammern, die in Nordrhein-Westfalen sofort zu Konflikten mit konfessionellen Lehrervereinigungen führen würden, zum Beispiel bei der Frage der Gemeinschaftsschule.

In seinem einleitenden Diskussionsbeitrag betonte Heinrich Rodenstein, dass es nicht um das »Für und Wider« eines Gewerkschaftsanschlusses gehe, sondern um die Frage des Vorgehens, also zunächst die Gründung des Gesamtverbandes und dann der Anschluss oder zunächst die Entscheidung für den Anschluss und dann die Gründung eines Gesamtverbandes. In Braunschweig sei es gelungen, durch die Gründung eines Gesamtverbandes ca. 80 Prozent der Lehrer an höheren Schulen zum Eintritt zu bewegen.

Eine ähnliche Linie vertrat Max Traeger, der zunächst die Gründung eines »Allgemeinen Deutsche[n] Lehrerverbandes« anregte und dann den Anschluss an die Gewerkschaftsbewegung. Diese Vorgehensweise fand eine breite Zustimmung auf der Konferenz. Daneben verständigten sich die Teilnehmer auf einige Leitlinien. So sollte aus jedem Land nach Möglichkeit nur ein Verband aufgenommen werden, für Hannover sei zunächst ein Dachverband zu gründen und dieser sollte dann aufgenommen werden. Wo eine entsprechende Regelung

2 Eine beeindruckende Beschreibung des Lebens von Heinrich Rodenstein gibt der langjährige GEW-Vorsitzende und Weggefährte: Erich Frister, *Heinrich Rodenstein. Lehrer und Gewerkschafter 1902–1980*, Frankfurt am Main: Büchergilde Gutenberg, 1988.

nicht sofort möglich sei, war auch die Aufnahme – vorübergehend – von mehreren Verbänden möglich.

Ein von Fritz Thiele vorgelegter, allerdings sehr komplizierter Satzungsentwurf fand keine Zustimmung, die Konferenz nahm einen von Max Traeger erarbeiteten Entwurf als »vorläufige« Satzung an. In der Präambel wurden wesentliche Grundprinzipien deutlicher und klarer als im Entwurf von Fritz Thiele formuliert:

Präambel

Der Allgemeine Deutsche Lehrerverband will unabhängig von jeder parteipolitischen und weltanschaulichen Bindung, lediglich getragen von der Verantwortung gegenüber der Jugend, dem deutschen Volke und den Kulturgütern der Menschheit, die deutsche Schule und die deutsche Erziehung mit jenem Geist der Menschlichkeit und der Friedensliebe, der Versöhnlichkeit und der Duldsamkeit, des Rechtes und der Freiheit erfüllen, den zu pflegen sich die Lehrerverbände vor 1933 zur Aufgabe gestellt hatten, um dessentwillen sie 1933 zerschlagen wurden und den zu erwecken, die neue, verpflichtende Aufgabe des Allgemeinen Deutschen Lehrerverbandes als des Erben jener hohen Ziele ist, damit das heranwachsende Geschlecht aus den unheilvollen faschistischen und militaristischen Verstrickungen gelöst und zum demokratischen und sozialen Denken und Handeln geführt werde.

1. Zweck und Aufgabe des Verbandes

§ 1. Der ADLV ist für die in ihm zusammengeschlossenen Angehörigen des deutschen Lehrer- und Erzieherstandes zugleich die Berufsgewerkschaft. Er arbeitet nach gewerkschaftlichen Grundsätzen.

§ 2. (1) Der ADLV bezweckt die Förderung der Volksbildung und den Ausbau der in ihrem Dienst stehenden Einrichtungen.

(2) Er bestrebt insbesondere eine möglichst vollkommene Ausgestaltung des Schulwesens und er vertritt die gemeinsamen Angelegenheiten des gesamten Lehrer- und Erzieherstandes[...].

(3) Vier Hauptausschüsse sollten gebildet werden: Schulpolitischer Ausschuß (Hamburg), Erziehungswissenschaftlicher Ausschuß (Bremen), Ausschuß für Wirtschafts- und Standesfragen (Braunschweig und Hannover) und Ausschuß für Rechtsschutz- und Haftpflicht (Schleswig-Holstein).³

Die Gründungsversammlung wurde für Anfang 1947 in Detmold verabredet. Die politischen Parteien sollten zu ihr zunächst ausdrücklich nicht eingeladen werden, um sich auf Verbands-, Standes- und Fachfragen konzentrieren zu können. Beabsichtigt war ein prozentualer Anteil von Frauen im Vorstand, auch um einen eigenen Lehrerinnenverband – wie im Kaiserreich und in der Weimarer Republik – zu vermeiden.

Die Gründungsversammlung des Allgemeinen Deutschen Lehrerverbandes der britischen Zone fand am 9. und 10. Januar 1947 in Detmold statt. Drei Ver-

3 Kowitzsch, *Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft*, 38.

treterinnen der Lehrerinnen waren für den Vorstand vorgesehen und der Name wurde entsprechend verändert: Allgemeiner Deutscher Lehrer- und Lehrerinnenverband der britischen Zone. Damit war sichtbar die Trennung nach Geschlechtern, wie sie auch in der Weimarer Republik mehrheitlich in den Verbänden üblich war, überwunden. Der Einfluss der Frauen wurde auch in der Satzung geregelt. Neben den Verbandsfragen standen drei Fachvorträge: Ernst Müller (Arnsberg) sprach zum Thema »Pädagogische Verantwortung«; die langjährige Vorsitzende des Allgemeinen Deutschen Lehrerinnenvereins und bekannte liberale Politikerin Emmy Beckmann (Hamburg), die eine bedeutende Rolle bei den Gesprächen zur Integration der Lehrerinnen in den neuen Verband gespielt hatte, sprach zum Thema »Positive Erziehung in einer Welt der Problematik«; der liberale Politiker der Weimarer Republik Heinrich Landahl, der nach 1945 der SPD beigetreten und nun Schulsenator in Hamburg war, referierte zum Thema »Deutsche Schulpolitik gestern und heute«. Auch hier zeigt sich, dass die wesentliche Aufbauleistung in den Lehrerverbänden nach dem Krieg und bis weit in die 1950er Jahre hinein von Frauen und Männern geleistet wurde, die ihre pädagogischen, politischen und gesellschaftlichen Prägungen zum Teil noch im Kaiserreich und in der Weimarer Republik erfahren hatten.

Heinrich Landahl sprach sich in seinem Referat für eine klare Schwerpunktsetzung in der Arbeit auf die Neuordnung der Volksschule aus. Er lehnte eine Kommunalisierung des Schulwesens ab und sprach sich eindeutig für die Staatsschule und den Staatsbeamten für die Lehrer aus. Der Religionsunterricht solle nach Konfessionen getrennt erfolgen, nur so sei der notwendige Stellenwert für Erziehung und Bildung in großem Umfang zu erreichen. Landahl regte, zunächst als Versuch, die Ausweitung der Grundschule von vier auf sechs Jahre an. Die Stärkung der Volksschule als Einheitsschule fand insgesamt eine breite Unterstützung in den Lehrerverbänden, allerdings immer auch in einer engen Verbindung mit dem Erhalt (der Einführung) des Berufsbeamtentums, denn schließlich sei das Berufsbeamtentum im Sinne der Ausführungen von Gustav Stresemann die »verlässlichste und stärkste Stütze des Staates«. Die Verfasser dieser Aussage scheinen allerdings die Rolle und den umfassenden Missbrauch des Berufsbeamtentums und des »Staatsbeamten« im nationalsozialistischen Herrschaftssystem weitgehend ausgeblendet zu haben. Aus heutiger Sicht wirken viele der damaligen Aussagen, vor dem Hintergrund von zwölf Jahren nationalsozialistischer Diktatur (und weiteren Jahrzehnten der Parteidiktatur in der SBZ bzw. der DDR), vielleicht merkwürdig. Sie erklären sich aber auch daraus, dass viele Akteure nur die Weimarer Republik als demokratisches Vorbild erlebt hatten und das Bild des unpolitischen Staatsbeamten, als Träger demokratischer Strukturen, nach den Erfahrungen des »Dritten Reiches« für zukunftsfähig hielten, allerdings auch vor dem Hintergrund der zu diesem Zeitpunkt nur sehr begrenzt vorhandenen deutschen Souveränität.

Bei den Vorstandswahlen gab es folgende Ergebnisse:

1. Vorsitzender: Max Traeger, Hamburg
 2. Vorsitzender: Heinrich Rodenstein, Braunschweig
 3. Vorsitzende: Anna Mosolf, Hannover (Vertreterin der Lehrerinnen)
- Geschäftsführer: Fritz Thiele, Celle
 Vertreterin der Lehrerinnen: Frau Dr. Sauerbier, Dortmund
 Vertreter der Höheren Schule: Franz Harten, Hamburg
 Vertreterin der beruflich bildenden Schulen: Elsa Stadelmann, Hamburg
 Vertretende der Vereine:
 Allgemeiner Lippischer Lehrerverein: Dr. Walter, Lemgo
 Gesamtverein Braunschweigischer Lehrer: Heinrich Rodenstein, Braunschweig
 Lehrerverband Niedersachsen: August Lerch, Hannover
 Schleswig-Holsteinischer Lehrerverein: Emil Godbersen, Eckernförde
 Bremischer Lehrerinnen- und Lehrerverein: Paul Goosmann, Bremen
 Gesellschaft der Freunde: Max Traeger, Hamburg
 Oldenburgischer Landes-Lehrerverein: Schipper, Oldenburg
 Nordrhein-Westfalen: August Böllhöft, Düsseldorf
 Nordrhein: Hermann Macke, Duisburg
 Westfalen: Alfred Schröder, Dortmund
 Schatzmeister: Richard Oberbeck, Braunschweig
 Vertreter der Lehrer an höheren Schulen: Dr. Lothar Dingerling, Braunschweig.⁴

Eine Auswahl aus den Entschlüssen der Vertreterversammlungen gibt einen sehr interessanten Einblick in die damalige Situation der Lehrerinnen und Lehrer, aber auch eindrucksvolle Ausblicke auf zukünftige Aufgaben:

Die Vertreterversammlung des ADLLV erhebt Einspruch gegen den Plan, den Lehrer wieder zum Kommunalbeamten zu machen. [...]

Die Schule ist eine Veranstaltung des Staates und ihm allein unterstellt. [...]

Die in Detmold versammelten Vertreter des ADLLV stellen mit großer Besorgnis fest, daß die ungeklärten Rechtsverhältnisse, die durch den Zusammenbruch entstanden sind, sich zu einer Verwaltungsdiktatur auszuwachsen drohen. [...]

Durchdrungen von der Überzeugung, daß über die Notwendigkeit politischer Maßstäbe der Grundsatz der Menschlichkeit stehen muss, weist der ADLLV hin auf vermeidbare Härten bei der Entnazifizierung der Lehrerschaft.

Zwecks Milderung der seelischen und materiellen Not der Lehrer und der durch Lehrermangel erhöhten Schulnot bittet die Vertreterversammlung des ADLLV die Militärregierungen und die beteiligten deutschen Stellen:

1. die Entnazifizierung zu beschleunigen, die Unterschiedlichkeit in den Spruchfällungen zu beseitigen und die Entscheidungen umgehend bekannt zu geben,
2. die Entnazifizierung der Lehrerpensionäre und der Lehrerwitwen beschleunigt vorzunehmen,

4 Ebd., 42f.

3. die Jugendamnestie schnell durchzuführen und möglichst zu erweitern, um der Jugend das Vertrauen in die Zukunft wiederzugeben.

Schule und Erziehung sind öffentliche Angelegenheiten. Sie haben jedem heranwachsenden jungen Menschen unseres Volkes die Möglichkeit zu geben, seinen Anlagen und Kräften entsprechend zur Bildung zu gelangen.

Es ist eine der vornehmsten Pflichten des demokratischen Staates, seine Erziehungseinrichtungen in diesem Sinne auf das sorgfältigste auszubauen. Eine der wichtigsten Voraussetzungen dazu ist die Beseitigung des Schulgeldes und die Freistellung der Lernmittel. Für Kinder aus minderbemittelten Volksschichten muss darüber hinaus die ihnen gemäße Bildung durch Erziehungsbeihilfen gesichert werden.

Die Vertreterversammlung des ADLLV nimmt mit Besorgnis Kenntnis von der Tatsache, daß Bestrebungen im Gange sind, die Beamtenschaft, also auch die Lehrerschaft, in die Sozialversicherung einzugliedern. Sie erklärt dazu folgendes: Durchdrungen von dem sozialen Verantwortungsbewusstsein, daß die Gesundung der allgemeinen Sozialversicherung Sache der gesamten Bevölkerung sein muß, falls die Staatszuschüsse nicht ausreichen sollten, sind die Lehrer bereit, zur Lösung dieser sozialpolitisch notwendigen Aufgabe im Rahmen der Gesamtheit durch materielle Opfer beizutragen. Sie lehnen aber die geplante Einbeziehung der Beamten in die allgemeine Sozialversicherung ab, da deren Sanierung nicht auf Kosten eines Berufsstandes und der Preisgabe seiner Rechte erfolgen darf [...].⁵

1946 organisierte der ADLLV 10.600 Mitglieder: Schleswig-Holstein 2000, Hamburg 4300, Bremen 500, Braunschweig 1800, Hannover 1500, Schaumburg-Lippe 500.

Zum 1. Januar 1948 waren es 23.005 Mitglieder: Braunschweig 1749, Hamburg 5253, Niedersachsen 5780, Oldenburg 1287, Schleswig-Holstein 4294, Bremen 873, Lippe 650, Nordrhein 797, Westfalen 2322. Ende 1948 war die Zahl auf 27.193 gestiegen.⁶

Als Voraussetzungen für einen Gewerkschaftsanschluss hatte sich die Gründungsversammlung in Detmold für folgende Schwerpunkte entschieden:

1. Keine Einzelmitgliedschaft der Landesverbände, sondern kooperativer Beitritt des Gesamtverbandes
2. Eigene Kulturpolitik
3. Finanzhoheit und eigene Presse
4. Unterstützung des Berufsbeamtentums.

Auf der Vorstandssitzung am 10. und 11. Mai 1947 wurde der einstimmige Beschluss gefasst, Verhandlungen mit dem Deutschen Gewerkschaftsbund (DGB) aufzunehmen. Zu den Grundvoraussetzungen gehörte nun auch die Forderung

5 Ebd., 43f.

6 Ebd., 44f.

nach einer Einheitsschule (»Volksschule«) und einer vier- bis sechsjährigen Grundschule.

Zu ersten internationalen Kontakten kam es 1947 bei einem Besuch von Max Traeger bei der Tagung der *Internationalen Vereinigung der Lehrerverbände* in Edinburgh. Max Traeger konnte dabei von seinen Kontakten vor 1933 profitieren.

Am 27. September 1947 kam es in Hamburg zu einem ersten Gespräch zwischen dem ADLLV und dem Deutschen Gewerkschaftsbund. Als mögliche Wege wurden dabei diskutiert der Beitritt zur ÖTV (Öffentliche Dienste, Transport und Verkehr), also der Gewerkschaft für den »öffentlichen Dienst«, oder eine eigene Gruppe 13 »Erziehung, Bildung, Kunst und Wissenschaft«. Für die Westzonen zeichnete sich seit 1945 der Weg zur Autonomie der Einzelgewerkschaften ab, die dann gemeinsam einen Gewerkschaftsbund bildeten. Anders verlief der Weg in der sowjetischen Besatzungszone, hier bildete sich zunächst der Bund (Freier Deutscher Gewerkschaftsbund, FDGB), der dann einzelne Gewerkschaften einrichtete.

Die erste Bilanz des Gespräches führte zu einer eindeutigeren Positionierung für den Weg der Gruppe 13; eine eigene Kulturpolitik sei möglich, ebenso eine Finanzhoheit und auch das Berufsbeamtentum sollte zugesichert werden. Der interessante und zweifellos auch aus heutiger Sicht diskussionswürdige Weg des Anschlusses an die ÖTV scheiterte, weil dort eine eigene Schul- bzw. Kulturpolitik nicht möglich gewesen wäre.

Bei der ersten Vertreterversammlung des ADLLV am 9. Oktober 1947 in Hamburg stand die Diskussion der Verhandlungen im Mittelpunkt, die vier Punkte wurden dabei um den Punkt 3 (eigenes Unterstützungswesen) ergänzt und im Punkt 5 (eigene Säule im DGB) präzisiert.

Bei einem Treffen in Hamburg am 2. Mai 1948 sprachen sich die Vertreter des DGB für das Berufsbeamtentum bestimmter Berufsgruppen, auch der Lehrer, aus. Damit war eine der Kernforderungen erfüllt, die im Übrigen auch heute noch, wie aktuelle Diskussionen und Entwicklungen zeigen, eine besondere Bedeutung haben, nicht nur in der Frage der Nachwuchsgewinnung.⁷

Auf der zweiten Vertreterversammlung des ADLLV vom 18. bis zum 21. Mai 1948 in Dortmund wurden die mit dem DGB getroffenen Vereinbarungen, bei Stimmenthaltung des GBL (Braunschweig), angenommen. Der Braunschweiger Verband enthielt sich, weil er seinen Mitgliedern vor der Entscheidung eine vorherige Befragung zugesichert hatte, dies aber zeitlich nicht mehr möglich gewesen war. Inhaltlich stimmten alle Verbände überein. An der Vertreterversammlung nahm als Gast u. a. Richard Schallock, als Vertreter der Lehre-

7 Deutlich wird dies u. a. an der Frage der Verbeamtung von Lehrerinnen und Lehrern in einzelnen Bundesländern.

werkschaft aus der SBZ, teil. In seinem Beitrag sprach er sich für die Unterstützung der Vorschläge des Vorstandes zum weiteren Vorgehen aus.

Neben den gewerkschaftlichen Fragen beschäftigte sich die Vertreterversammlung ausführlich mit dem Thema des Geschichtsunterrichtes. Anna Mosolf (Hannover), Paul Goosmann (Bremen) und Georg Eckert (Braunschweig) referierten zu verschiedenen Fragestellungen und den aktuellen Herausforderungen. Leider ist der Vortrag von Georg Eckert zum Thema »Geschichtsbild und Geschichtsunterricht« im Protokoll der Vertreterversammlung nicht vorhanden.⁸

In Göttingen (4. und 5. Mai 1947), Berlin (5. bis 9. Dezember 1947) und München (22. bis 25. Mai 1948) kam es zu »Interzonenkonferenzen der Lehrerverbände«. In Göttingen fand die Konferenz noch ohne Vertreter aus der französischen Zone statt, in der bis dahin grundsätzlich jeder gewerkschaftliche Zusammenschluss verboten war. Die Berliner Konferenz wurde durch den FDGB und die SMA(D), die Sowjetische Militäradministration in Deutschland, umfangreich unterstützt. Auf der Konferenz in München erklärten die Lehrerverbände aus Hessen, Baden und Württemberg ihre Bereitschaft zum Anschluss an die Gewerkschaftsbewegung, während sich der Bayerische Lehrerverein (BLV) noch zurückhaltend verhielt.⁹

In Berlin, wo 1945 zunächst der Verband der Lehrer und Erzieher im FDGB gegründet worden war, zeigten sich sehr bald erhebliche Meinungsunterschiede, die am 18. Juni 1948 dazu führten, dass sich der Berliner Verband mit 221 gegen 21 Stimmen zum Austritt aus dem FDGB entschloss. Die deutliche Mehrheit der Lehrerinnen und Lehrer gründete am 8. Juli 1948 den Verband der Lehrer und Erzieher als autonome Gewerkschaft und Teil der Unabhängigen Gewerkschaftsopposition, die sich später dem DGB anschloss. Hier endeten die offiziellen, zunächst durchaus hoffnungsvollen Kontakte zwischen den Lehrerverbänden im Herbst 1948, zumal der Vorsitzende, Richard Schallock, auf Anfragen des Vorstandes des ADLLV nicht mehr reagierte.

Am 1. Oktober 1948 wurde der ADLLV als Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW/ADLLV) in den Deutschen Gewerkschaftsbund der britischen Zone aufgenommen.

Auf einer gemeinsamen Tagung der Vertreter der Lehrerverbände der britischen und der amerikanischen Zone am 9. Oktober 1948 in Lemgo wurde eine gemeinsame Konferenz für Pfingsten 1949 verabredet, auch mit dem Ziel der Gründung einer gemeinsamen Arbeitsgemeinschaft Deutscher Lehrerverbände (AGDL).

Die sehr unterschiedlichen Entwicklungen in den einzelnen Ländern machten

8 Kopitzsch, *Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft*, 60.

9 Ebd., 62.

deutlich, dass ein gemeinsamer Zusammenschluss aller Lehrerverbände in einer Einheitsgewerkschaft nicht sofort zu realisieren war. Dabei spielten nicht nur konfessionelle Gründe eine Rolle. (So waren in der britischen Zone die katholischen Verbände einem Zusammenschluss zu einem Beamtenbund gefolgt), sondern auch die unterschiedlichen Einschätzungen der Idee einer »Einheitsgewerkschaft«, hinter der z. B. in Bayern vielfach »Richtungsgewerkschaften« – wie in der Weimarer Republik – vermutet wurden, auch wenn dies ausdrücklich mit der Idee der Einheitsgewerkschaft nicht mehr verbunden war.

Als eine Lösungsmöglichkeit zeigte sich die Bildung einer »Arbeitsgemeinschaft«, die auf der gemeinsamen Tagung in Ettlingen am 27. Dezember 1948 intensiv diskutiert und vorbereitet wurde. In der dort verabschiedeten gemeinsamen Erklärung der Lehrerverbände der Westzonen zur Verfassungsfrage wurden zugleich die zentralen Forderungen eindrucksvoll formuliert, die weitgehend bis heute Kernbestand bildungspolitischer Überlegungen und Zielsetzungen geblieben sind.

Die am 27. 12. 1948 in Ettlingen tagende Konferenz der Lehrerverbände der Westzonen (Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft in der britischen Zone, Bayerischer Lehrerverein, Württembergischer Lehrer- und Lehrerinnen-Verein, Verband badischer Lehrer und Lehrerinnen und der Allgemeine Deutsche Lehrer- und Lehrerinnen-Verband, Landesverband Hessen), die im Namen von mehr als 50.000 Lehrern in Westdeutschland spricht, warnt nachdrücklich vor der Aufnahme allgemeiner Bestimmungen über den weltanschaulichen Charakter des Schulwesens in das Grundgesetz, da solche Schulbestimmungen

1. die kulturelle Autonomie der Länder aufheben,
2. einen leidenschaftlichen Kulturkampf auslösen müssen,
3. den Kampf um eine starke Mehrheit bei der Volksbefragung über das Grundgesetz auf das schwerste belasten würde,
4. von der Autorität einer vom Volke frei gewählten Vertretung getragen sein müssten.

Die Vertreter der Lehrerverbände sehen in jedem Versuch, Bestimmungen über den weltanschaulichen Charakter des Schulwesens zentralistisch im Grundgesetz zu verankern, einen Missbrauch des Mandats des Parlamentarischen Rates. Sie lenken erneut die Augen der Öffentlichkeit auf das Schulelend unserer Tage, dem nur durch die Schaffung neuen Schulraumes, Herabsetzung der Klassenstärke, verbesserte Lehrerbildung, ausgebauten Schulfürsorge und einen sinnvollen Schulaufbau abzuhelpen ist.¹⁰

Auf seiner Vorstandssitzung am 4. und 5. Januar 1949 in Goslar beschloss die GEW (ADLLV) die Aufnahme des Berliner Verbandes, auch vor dem Hintergrund der Überlegungen zur Gründung der AGLD.

Die vorbereitende Sitzung für die Bildung einer Arbeitsgemeinschaft Deutscher Lehrerverbände am 26. und 27. März 1949 in Marburg zeigte, dass ein

10 Ebd., 73.

gemeinsamer Zusammenschluss der Lehrerverbände der amerikanischen und britischen Zone in einer einheitlichen Gewerkschaft zu diesem Zeitpunkt nicht zu verwirklichen war. In der amerikanischen Zone war z. B. ein Teil der Lehrer in der Gewerkschaft Öffentliche Dienste, Transport und Verkehr (ÖTV) organisiert, die Landesverbände Baden (Nordbaden) und Württemberg (Nordwürttemberg) planten für den April eine Beschlussfassung ihrer Vertreterversammlungen. Der Landesverband Hessen beabsichtigte eine Urabstimmung der Mitglieder. Für den Bayerischen Lehrerverein war zunächst nur eine Arbeitsgemeinschaft vorstellbar, ein Eintritt in eine Gewerkschaft würde, so die Einschätzung, zu einer Spaltung führen. Für die weitere Entwicklung wurde eine engere Verbindung allerdings nicht ausgeschlossen. Aufgrund der besonderen Berliner Situation war ebenfalls zunächst nur eine Mitarbeit im Rahmen einer Arbeitsgemeinschaft möglich (siehe oben).¹¹

Die Vertreterversammlung der GEW (ADLLV) vom 8. bis zum 10. Juni 1949 in Marburg, vorbereitet durch Sitzungen des GEW-Vorstandes und des vorbereitenden Ausschusses vom 5. bis 7. Juni, führte nicht nur zum Beitritt der Lehrerverbände von Hessen, Württemberg (Nordwürttemberg) und Baden (Nordbaden), sondern auch zum Beschluss der Fortführung der AGDL.

Die Arbeitsgemeinschaft sollte für die nächsten zwanzig Jahre eine einflussvolle und überzeugende bildungspolitische Arbeit in der föderal geprägten Bundesrepublik leisten. Zahlreiche positive und wegweisende Entwicklungen im bundesrepublikanischen Bildungswesen wären ohne sie nicht zu erreichen gewesen, gerade in der Aufbruchphase der 1960er Jahre.¹²

Die Satzung der GEW (ADLLV) für die britische Zone wurde zunächst übernommen. Zur Erleichterung der Arbeit wurden drei Hauptstellen eingerichtet:

- Pädagogische Hauptstelle (Ausschuss für Geschichtsunterricht, Schulbauteam Ausschuss, Ausschuss für Jugendwohlfahrt, Ausschuss für sozialpädagogische Berufe, Ausschuss für Heilpädagogik, Aktionsausschuss für die Berufsschule),
- Gewerkschaftliche Hauptstelle (Ausschuss für verdrängte Lehrer),
- Schulpolitische Hauptstelle.

Daneben bestanden selbstständig die Ausschüsse für Rechtsschutz und Haftpflicht, für Jugendschriften und für Junglehrerfragen. Im Prinzip blieb diese Organisation der GEW bis in die 1960er Jahre so bestehen.

Für die besonderen Verhältnisse im Süden der Bundesrepublik wurde ein besonderer Ausschuss gegründet, dem Vertreter der einzelnen Organisationen

11 Ebd., 73f.

12 Ebd., 74f.

angehörten, Hauptziel war vor allem die rasche Gründung eines trizonalen Verbandes unter Einbeziehung der französischen Zone.

Mit dem Beitritt der GEW (ADLLV) zum Deutschen Gewerkschaftsbund für das Gebiet der Bundesrepublik Deutschland (DGB) am 10. Oktober 1949 in München war die Gründungsphase abgeschlossen.

Die bildungs- und schulpolitischen Herausforderungen der Zeit wurden in einer einstimmig angenommenen Entschließung deutlich:

Die wirtschaftliche, politische und kulturelle Zukunft Deutschlands ist auf das schwerste gefährdet, wenn Regierungen und Parlamente nicht weit mehr als bisher zur Beseitigung der untragbaren Zustände im öffentlichen Schulwesen tun.

Der Zustand des öffentlichen Schulwesens trifft besonders hart die Kinder der sozial schwächeren Teile unseres Volkes. Für mehr als 90 % der Kinder in Deutschland sind Volks- und Realschulen die einzigen Bildungsstätten.

Darum fordert der Gewerkschaftskongreß:

1. Vollbeschulung in allen Ländern für alle Kinder und Jugendlichen, auch die der Volksschulen, d.h. volle Stundenzahl, wie sie in den Lehrplänen vorgesehen ist.
2. Herabsetzung der Klassenfrequenz auf höchstens 40.
3. eine so vordringliche Berücksichtigung der Schulausbauten und -neubauten, daß in möglichst kurzer Zeit der Bedarf gedeckt ist.
4. jedem Kinde und Jugendlichen muss aus öffentlichen Mitteln so geholfen werden, daß es seinen Anlagen entsprechende Ausbildung erfährt.¹³

Die Kündigung des Vertrages über die AGDL durch die GEW 1966 verfolgte das Ziel, auch den BLLV zum Beitritt in die GEW zu bewegen. Dieser Schritt gelang trotz intensiver mehrjähriger Verhandlungen nicht. Auf seiner Mitgliederversammlung in Ingolstadt Pfingsten 1969 lehnte der BLLV den Beitritt mit überwältigender Mehrheit ab. Der Antrag auf Gründung eines unabhängigen Lehrerverbandes wurde einstimmig angenommen.¹⁴

Der BLLV schloss sich am 3. Juli 1969 mit dem Philologenverband, dem Verband Deutscher Realschullehrer, dem Verband Deutscher Gewerbelehrer und dem Verband Deutscher Diplom-Handelslehrer zum Deutschen Lehrerverband zusammen. Damit entstand neben der GEW ein weiterer großer, allerdings stärker konservativ und standespolitisch geprägter Lehrerverband mit entsprechenden Auswirkungen auf die Bundes- und Landespolitik. Die durchaus beachtliche positive Wirkung der AGDL auf die bundesdeutsche Bildungspolitik in den 1950er und 1960er Jahren, vor allem auch in Folge ihrer engen Verbindung mit der Wissenschaft, konnte nach der »Trennung« so nicht wieder erreicht werden. Wie eine weiterbestehende Arbeitsgemeinschaft in vielen Fragen reagiert und ob sie überhaupt noch sehr viel länger bestanden hätte, ist eine nicht zu

13 Ebd., 77.

14 Ebd., 282f.

beantwortende Frage. Ich bin allerdings der festen Überzeugung, dass eine Fortsetzung oder, anders formuliert, eine umfassendere und gemeinsame (Grund-) Bildungspolitik, bestimmte negative Entwicklungen, die uns bis in die Gegenwart begleiten bzw. auch zukünftig begleiten werden, hätte vermeiden können.

Die Unterschiede des bzw. der deutschen Bildungswesen werden in einem zusammenwachsenden Europa und einer globalisierten Welt den Herausforderungen nur noch begrenzt gerecht, aber leider ist auch diese Entwicklung seit vielen Jahren bekannt. Der historische Rückblick, gerade auch auf die beken- nenden Europäer und ein gemeinsames Europa lebenden Georg Eckert und Heinrich Rodenstein, zeigt vor allem, dass nur ein gemeinsames, engagiertes und demokratisches Engagement, auch und gerade in der Bildungspolitik, ein fundamentaler Bestandteil unseres demokratischen Staates ist und damit eine entscheidende Voraussetzung für die Gestaltung unserer Zukunft.

Engagierte, motivierte, gut aus- und fortgebildete Lehrerinnen und Lehrer, Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, deren Arbeit auch anerkannt und wertge- schätzt werden muss, sind Grundvoraussetzung einer im besten Sinne demo- kratischen Erziehung und Bildung. Die leidvollen Erfahrungen des Kaiserreichs, der Weimarer Republik und vor allem der menschenverachtenden Diktatur des »Dritten Reiches« waren die Triebkraft zum Aufbau einer neuen Lehrerorgani- sation nach 1945; dafür gebührt den Handelnden ein besonderer Respekt und tiefe Anerkennung.

Für mich als Schüler der 1950er und 1960er Jahre waren viele Lehrerinnen und Lehrer dieser Generationen Vorbilder und haben meinen Lebensweg wesentlich mitgeprägt.

Während meines Forschungsauftrages Ende der 1970er Jahre habe ich viele der Akteure der Gründungszeit noch persönlich kennen lernen und mit ihnen viele Gespräche führen dürfen. Diese Erfahrungen und Eindrücke haben meinen eigenen beruflichen Werdegang und meine Überlegungen und Entscheidungen zutiefst positiv beeinflusst. Erinnern und danken möchte ich in diesem Zu- sammenhang besonders Anne Banaschewski, Erich Frister, Paul Goosmann, Gottfried Hausmann, Heinrich Rodenstein, Erwin Walz und Dieter Wunder.

Auch fast siebenzig Jahre nach Gründung der ersten Lehrerverbände nach der Befreiung und fünfundsechzig Jahre nach dem Beitritt der GEW (ADLLV) zum DGB bleibt festzustellen: Trotz beachtlicher Erfolge in der bildungs- und schulpolitischen Entwicklung unseres Landes sind Kernforderungen immer noch nicht im nötigen Umfang umgesetzt und verwirklicht. Dies gilt leider in einem besonderen Maße für die Auflösung der sozialen Spaltung in unserer Gesellschaft. Diese Tatsache sollte aber nicht zur Resignation führen, sondern zu einem besonderen Engagement der Gesellschaft für Bildung und Erziehung insgesamt.

Georg Eckert, Heinrich Rodenstein und die Braunschweiger Lehrerbildung

1. Anschlüsse

Zur Konkretisierung meines Themas möchte ich mich zunächst auf die Lebensläufe von Georg Eckert und Heinrich Rodenstein konzentrieren. Es handelt sich um recht unterschiedliche Personen mit recht verschiedenen Karrieren und Lebensperspektiven. Und dennoch fanden sie im Jahre 1945/46 an der gerade neu gegründeten »Kant-Hochschule – Hochschule für Lehrerbildung« zusammen. Sie entwickelten sich zu den prägenden Persönlichkeiten der Braunschweiger Lehrerbildung in der Nachkriegszeit.

2. Heinrich Rodenstein

Heinrich Rodenstein wurde am 12. Januar 1902 als eines von acht Geschwistern in Braunschweig geboren.¹ Sein Vater war Botengänger ohne weitere fachliche Ausbildung oder Qualifikation. Seine Mutter trug mit Akkordarbeiten in einer Konservenfabrik zum Unterhalt der Familie bei. Nach Besuch der ersten Volksschulklassen konnten Heinrichs Eltern weder das Schulgeld noch die Schulbücher bezahlen, die für den Besuch der Mittleren Bürgerschule fällig gewesen wären. Sein Klassenlehrer empfahl den Eltern, Heinrich gleichwohl an der gerade neu gegründeten Städtischen Mittelschule anzumelden. Er stellte Unterstützung in Aussicht. Auf seinen Antrag hin erhielt Heinrich eine Freistelle und wurde damit in die Stiftung der sogenannten »Herzogsschüler« aufgenommen. Sein Vater erhielt aus dieser Stiftung vierteljährlich 100 Mark (herzogliche) Unterstützung. Heinrich selbst stieg mit dem Besuch dieser Schule ein gutes Stück in der Braunschweiger Schulhierarchie auf. In der Schule fiel er als fleißiger und pfiffiger, zuweilen auch dreister und spottlustiger Schüler auf, war allerdings in den meisten Fächern auch Klassenbesten.

1 Personalakte Heinrich Rodenstein. Archiv der Technischen Universität Braunschweig. B 7427.

Heinrich hat in dieser Zeit aber auch erfahren müssen, was Standesunterschiede und Herkunft gegenüber den Altersgenossen am Martino-Katharineum bedeuteten. Jene waren adrett in feines Tuch gekleidet und mit Mützen in den Farben ihrer jeweiligen Klassenstufe ausgestattet. Heinrich spürte den Dünkel und die demonstrativ gezeigte Standeszugehörigkeit jener Schüler. Diese Erfahrung hat Heinrich Rodenstein, so berichtet Erich Frister, der Biograph von Heinrich Rodenstein, zeitlebens geprägt.²

Nach dem erfolgreichen Abschluss der Städtischen Mittelschule besuchte Heinrich Rodenstein ab 1917 das Herzogliche Lehrerseminar, um selbst Volksschullehrer zu werden. Doch im Anschluss an die bestandene Prüfung (1922) war keine Dienststelle für ihn frei. So trat er als technischer Zeichner bei der MIAG (Mühlenbau- und Industrieaktiengesellschaft) seine erste Arbeitsstelle an. Das Angebot eines Stipendiums der MIAG für ein Studium an der TH Braunschweig mit anschließend weiterer Verpflichtung bei der MIAG erschien ihm nicht attraktiv. Ihm lag vielmehr bereits eine interessante Einladung der thüringischen Kultusverwaltung vor, die ihm anbot, in die dortige Schulverwaltung einzutreten. Letztlich sagte er das durchaus attraktive thüringische Angebot aber ab, da er sich nicht zu einem Beamten am Schreibtisch einer Kultusbehörde berufen fühlte. Auch in Braunschweig selbst war man inzwischen auf ihn aufmerksam geworden. Man bot ihm mit Wirkung zum 1. August 1922 eine Stelle als Lehrer an der Volksschule an der Diesterwegstraße an, um ihn in Braunschweig zu halten. Heinrich Rodenstein nahm die Lehrerstelle an, denn damit erfüllte sich sein erklärter Berufswunsch, in seiner Heimatstadt Lehrer zu werden.

Die Stellenangebote aus Thüringen und aus Braunschweig an den 20-jährigen Heinrich Rodenstein hatten einen besonderen Hintergrund. Heinrich Rodenstein war in dieser Zeit bereits ein recht bekannter Mann unter den engagierten Pädagogen der Stadt. Schon im Jahre 1921 hatte er als Seminarist am Verbandstag der Freien Lehrgewerkschaft Deutschlands (FLGD) teilgenommen. Die Freie Lehrgewerkschaft Deutschlands war ihrerseits 1920 in Thüringen gegründet worden. Sie hielt ihren zweiten Verbandstag zum Zwecke der Verbreiterung ihrer Mitgliederbasis in Braunschweig ab. In der Freien Lehrgewerkschaft Deutschlands sammelten sich sozialistisch orientierte Lehrer aus SPD, USPD und KPD, die ohne parteipolitische Bindung für ein Einheitsschulgesetz eintraten. Sie lehnten die eher zurückhaltend agierende Organisation der Lehrer, den Deutschen Verein für Volksschullehrer und den Verband der Gymnasiallehrer als zu traditionell bzw. zu elitär ab. Die neue Gruppierung verstand sich nicht als abgehobener Berufsverband, sondern als eine durchaus politisch-sozialistisch orientierte Lehrgewerkschaft. Heinrich Rodenstein trat noch

2 Erich Frister, *Heinrich Rodenstein. Lehrer und Gewerkschafter 1902–1980*, Frankfurt am Main: Büchergilde Gutenberg, 1988, 87.

1921 auf dem Braunschweiger Verbandstag dieser neuen Lehrgewerkschaft bei. Zum gleichen Zeitpunkt wurde er Mitglied der KPD. Großen Zulauf hatte die Freie Lehrgewerkschaft Deutschlands jedoch nicht. Sie geriet bald in den Strudel der politischen Richtungskämpfe der damaligen Zeit. Sie vereinigte sich bereits 1923 mit anderen linken Lehrergruppen wie der Gewerkschaft Deutscher Volksschullehrer und Volksschullehrerinnen zur neuen Gewerkschaft Deutscher Volksschullehrer (GDV). Im Jahre 1928 wurde der Name in Allgemeine Freie Lehrgewerkschaft (AFLG) geändert.

Inzwischen (1925/26) war Heinrich Rodenstein an die Landschule der kleinen Waldarbeitergemeinde Wolfshagen im Harz versetzt worden und hatte dort die 2. Lehrprüfung bestanden. Von 1926 bis 1928 wechselte Rodenstein nach Schöningen am Elm an die dortige Volksschule. Schließlich wurde er erneut versetzt, diesmal zurück nach Braunschweig zur Volksschule an der Bürgerstraße. Wieder in Braunschweig, kam er sehr schnell mit der 1927 an der TH Braunschweig neu eingeführten wissenschaftlichen Ausbildung der Volksschullehrer an der neu gegründeten Kulturwissenschaftlichen Abteilung der TH Braunschweig in Kontakt. Schon in den Jahren 1924/25, das heißt noch in seiner Braunschweiger Lehrerzeit an der Diesterwegschule, hatte Rodenstein probeweise an der wissenschaftlichen Fortbildung für Volksschullehrer an der TH teilgenommen. Jetzt (1928) lernte er vor allem Adolf Jensen, den neu berufenen Inhaber der Professur für praktische Pädagogik an der Kulturwissenschaftlichen Abteilung der TH Braunschweig kennen und schätzen. Zusammen führten sie Arbeitsgemeinschaften zum Teil an der Schule und zum Teil an der Hochschule durch. Ab 1929 war er zeitweilig sogar wissenschaftlicher Mitarbeiter von Adolf Jensen. Insgesamt lernte er in dieser Zeit aus eigener Erfahrung den Wert einer praxisbezogenen und doch wissenschaftlichen Ausbildung von Volksschullehrern kennen und schätzen. Trotz dieses engen Kontakts zur Kulturwissenschaftlichen Abteilung der TH hat Heinrich Rodenstein eine Promotion oder auch eine Habilitation nie in Erwägung gezogen.

Noch in Schöningen hatte Heinrich Rodenstein auch einen Einstieg in die Parteipolitik gewagt. Er ließ sich zum Spitzenkandidaten einer gemeinsamen SPD-KPD-Liste für die Gemeinderatswahlen des Jahres 1927 aufstellen und siegte mit einer klaren Mehrheit. In dieser Zeit (1928/29) erlebte er wiederum heftige Fraktionskämpfe in der KPD. Heinrich Rodenstein stand mit einigen Genossen der stalinismuskritischen Kommunistischen Partei-Opportunisten (KPO) nahe. Da er mit kritischen Äußerungen gegenüber der Parteilinie an die Öffentlichkeit getreten war, wurde er Mitte 1929 aus der KPD ausgeschlossen.

Im Jahre 1931 hat er sich dann einer Gruppe von aus der SPD ausgeschlossenen Personen angeschlossen und beteiligte sich an der Gründung der Sozialistischen Arbeiterpartei (SAP). Mitglieder und Sympathisanten der SAP (u. a. Karl von Ossietzky, Albert Einstein, Lion Feuchtwanger, Herbert Frahm [Willy

Brandt], Otto Brenner) verstanden sich gewissermaßen als sozialistische Avantgarde in ihrer Zeit. Doch bald brachen auch in der SAP bittere Fraktionskämpfe aus. Gleich nach der Machtübernahme der NSDAP am 30. Januar 1933 löste eine Gruppe im Vorstand die SAP eigenmächtig auf und verkündete dies umgehend in der Presse. So galt die SAP als Partei öffentlich als nicht mehr existent. Die Mitglieder erschienen zumindest zunächst nicht auf den automatischen Fahndungslisten.

Heinrich Rodenstein hatte noch im April/Mai 1933 SAP-Flugblätter geschrieben, vervielfältigt und in Briefkästen gesteckt. Als er dann im Juli 1933 gewahr wurde, dass die SA auch nach ihm und anderen Mitgliedern der ehemaligen SAP fahndete, verließ er fluchtartig mit dem Fahrrad Braunschweig in Richtung Antwerpen. Später führte ihn der Weg in das noch von den Franzosen besetzte Saarland, wo er kurzfristig eine Anstellung als Lehrer fand. Kurz vor der Rückführung des Saarlandes in das deutsche Hoheitsgebiet Anfang Januar 1935 ging Heinrich Rodenstein nach Amsterdam und dann nach Paris, schließlich nach Revel in Südfrankreich. In Frankreich verdienten sich er und seine Frau mit Gelegenheitsarbeiten ihren Lebensunterhalt. Zugleich pflegte er vorsichtige Kontakte zu sozialistischen Gewerkschaftern in Holland und Frankreich. Parteipolitisch hielt er sich im Exil jedoch weitgehend zurück.

Das Exil in Frankreich dauerte zwölf lange Jahre. Die Zeit der aktiven Beteiligung an den politischen Auseinandersetzungen in der KPD sowie in der SAP bekräftigte Heinrich Rodenstein in der Haltung, dass sein zukünftiger Lebensweg nicht über die Partei, sondern über eine Lehrgewerkschaft führen müsse.

Vergegenwärtigt man sich den Lebensweg von Heinrich Rodenstein bis 1945, so zeigt sich

- dass er gezielt die Berufsrichtung Volksschullehrer im Auge hatte,
- dass eine Tätigkeit in der Industrie oder eine Tätigkeit in der Kultusverwaltung für ihn nicht in Frage kamen,
- dass er von Anfang an ein politisch höchst engagierter, sozialistischer Gewerkschafter war,
- dass er als solcher schon früh im Land Braunschweig und darüber hinaus bekannt und gefragt war,
- dass er sich außerdem parteipolitisch in der KPD und in der SAP höchst aktiv betätigte und
- dass er im Juni 1933 nach Frankreich flüchtete und als Verfolgter des NS-Regimes zwölf Jahre im Exil leben musste.

Einem ganz anderen Lebensweg folgte Georg Eckert.

3. Georg Eckert

Georg Josef Fedor Eckert wurde am 14. August 1912 in Berlin geboren.³ Er war also zehn Jahre jünger als Heinrich Rodenstein. Georg Eckert stammte wie Heinrich Rodenstein aus einem sozialdemokratisch geprägten Elternhaus. Sein Vater war Ingenieur und Chefredakteur einer technischen Fachzeitschrift. Eckert besuchte ohne Schwierigkeiten – anders als Heinrich Rodenstein – eine Oberschule. Er legte im Jahre 1931 die Reifeprüfung an der Goethe-Oberrealschule in Berlin-Halensee ab. Bereits im Sommersemester 1931 nahm er das Studium der Geschichte mit den Nebenfächern Geographie, Germanistik sowie Volks- und Völkerkunde an der Humboldt-Universität in Berlin auf. Wegen der Erwerbslosigkeit seines Vaters musste Eckert zeitweise durch eigene Arbeit zum Lebensunterhalt der Familie beitragen.

Schon als Schüler war Georg Eckert der Sozialistischen Arbeiterjugend und der Sozialdemokratischen Partei beigetreten. 1931 wurde er Vorsitzender der Berliner Sozialistischen Schüलगemeinschaften und zugleich Mitglied der Reichsleitung dieser Organisation. Er engagierte sich noch als Schüler im Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold und übernahm als Student im März 1932 den Vorsitz im Sozialistischen Studentenbund an der Universität Berlin. Nach Hitlers Machtergreifung zog er sich aus diesen Funktionen zurück und nahm Übergangsweise eine Stelle als wissenschaftlicher Hilfsarbeiter am Pelizaeus-Museum in Hildesheim an. Er tauchte damit also zunächst einmal unter.

Zum Sommersemester 1933 übersiedelte er dann nach Bonn und immatrikulierte sich an der Rheinischen Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn mit dem Studienschwerpunkt Völkerkunde. Während der Ableistung des Studentischen Arbeitsdienstes trat er mit anderen Kommilitonen in die Studenten-SA ein. Am 18. Mai 1935 promovierte er dann mit der Gesamtnote *sehr gut* im Hauptfach Völkerkunde mit den Nebenfächern Geographie und Geschichte. Das Thema der Dissertation befasste sich mit dem *Einfluss des Geschlechts- und Familienlebens auf die Bevölkerungsbewegung mikronesischer Inseln*. In Bonn legte er am

3 Personalakte Georg Eckert. Archiv der Technischen Universität Braunschweig. B 7252. Bd. I und II; vgl. auch Hans-Peter Harstick, »Geschichte und ihre Didaktik«, in: Gerhard Himmelmann (Hg.), *Fünfzig Jahre wissenschaftliche Lehrerbildung in Braunschweig. Festschrift*, Braunschweig: Erziehungswissenschaftlicher Fachbereich der Technischen Universität, 1995, 273–291; vgl. auch gleichlautend: Hans-Peter Harstick, »Georg Eckert (1912–1974). Wegbereiter einer neuen Konzeption von Geschichte in Wissenschaft und Unterricht«, in: Ursula A. J. Becher und Reiner Riemenschneider (Hg.), *Internationale Verständigung. 25 Jahre Georg-Eckert-Institut für Internationale Schulbuchforschung in Braunschweig*, Hannover: Verlag Hahnsche Buchhandlung, 2000, 105–115; vgl. im Übrigen auch die nach der Konferenz zum 100jährigen Geburtstag von Georg Eckert erschienene Broschüre von Heike Christina Mätzing, *Wissenschaftler und Botschafter der Völkerverständigung. Georg Eckert (1912–1974) zum 100. Geburtstag*, Bonn: Friedrich-Ebert-Stiftung, 2013.

27. Juni 1936 die wissenschaftliche Prüfung für das Lehramt an Höheren Schulen ab. Am 22. September 1938 folgte schließlich in Berlin die pädagogische Lehrerabschlussprüfung. Bis Kriegsausbruch arbeitete Georg Eckert als Studienassessor am Schiller-Gymnasium in Berlin-Lichterfelde und ab 1937 nebenamtlich auch an der Fliegertechnischen Schule der Luftwaffe in Jüterbog. Im Rahmen dieses Engagements trat er als Assessor am 1. Mai 1937 der NSDAP bei. Seine Ernennung zum Studienrat erfolgte dann aber erst spät, am 4. September 1944.

Der Kriegsausbruch bedeutete für Georg Eckert, dass er eingezogen wurde und nach einer kurzen militärischen Grundausbildung als Funker am Frankreichfeldzug teilnahm. Anschließend war er als Meteorologe bei der Marinewetterwarte in Wilhelmshaven angestellt. Schließlich wurde er von 1941 bis 1944 Dienststellenleiter bei der Marinewetterwarte Saloniki der Heeresgruppe E in Griechenland. Diese Stellung erlaubte ihm weitläufige völkerkundliche Feldstudien über Griechisch-Mazedonien sowie ergänzende Literaturstudien über altamerikanische Hochkulturen. Neben einigen ethnologischen Veröffentlichungen mit griechischem Bezug, u. a. in Verbindung mit dem Direktor der Universitätsbibliothek in Saloniki, habilitierte er sich während eines Fronturlaubes am 12. Februar 1943 an der Rheinischen Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn. Das Thema der Probevorlesung lautete: Die Kopfjagd bei südamerikanischen Hochkulturvölkern. Die Habilitationsschrift hatte den Titel *Totenkult und Lebensglaube im (kolumbianischen) Caucatal*. Nach einer erfolgreichen Lehrprobe zum Thema »Die Reichspolitik der Inka« wurde Georg Eckert am 15. Mai 1944 die Lehrbefugnis für Amerikanistik erteilt, die er aufgrund der Wirren in den letzten Kriegsjahren nicht mehr antreten konnte.

Mehrere Ereignisse haben dazu beigetragen, dass sich Georg Eckert ab Sommer 1944 aus seiner Nähe zur NSDAP und zur Wehrmacht löste. Das Eine war der gescheiterte Hitler-Putsch vom 20. Juli 1944, das Andere der faktische Zusammenbruch der Ostfront. Hinzu traten das Scheitern des Afrika-Abenteuers der Wehrmacht und die Landung der Alliierten in Frankreich und in Sizilien. Schließlich entwickelte sich die militärische Lage in Griechenland selbst durch die kurz bevorstehende Landung englischer Truppen höchst prekär für die Stellung der Wehrmacht in Griechenland. Am 1. September 1944 erging der Befehl zum Rückzug der Heeresgruppe E aus Griechenland. Der Rückzug der Wehrmacht an allen Fronten signalisierte für Georg Eckert, dass das NS-System nicht überleben werde und ihm für die Zukunft keine Karrierechancen mehr bieten konnte. Heinrich Rodenstein meinte, dass Georg Eckert in dieser Zeit eine Wendung hin zum »aktiven Widerstand« vollzogen habe. Etwa in dieser Zeit suchte Eckert Kontakt zur sozialistisch orientierten Griechischen Befreiungsfront (EAM) und deren militärischer Kampforganisation (ELAS). Am 30. Oktober 1944 verließen die letzten Truppen Saloniki. Nach dem Rückzug der

deutschen Truppen ergaben sich die verbliebenen oder desertierten deutschen Soldaten – darunter Georg Eckert – der Griechischen Befreiungsfront oder wurden gefangen genommen, wie Eckert in seinem Lebenslauf vom 1. Oktober 1953 bezeugte. Kurz darauf wurde die Griechische Befreiungsfront selbst von den Briten aufgelöst. Georg Eckert wurde in die britische Gefangenschaft überstellt. Von dort wurde er nicht nach Großbritannien, sondern erst nach Italien gebracht, wo er sich ein schweres Lungenleiden zuzog. Ende August 1945 wurde er nach Deutschland entlassen, wo er zunächst durch britische Vermittlung in einem Lazarett in Goslar (Achtermann) unterkam.

Die Skizzen der beiden Lebensläufe von Heinrich Rodenstein und Georg Eckert zeigen, aus welcher unterschiedlichen Lebens- und Erfahrungskreisen beide Personen stammten. Für Georg Eckert ergibt sich:

- dass der zehn Jahre Jüngere, anders als Heinrich Rodenstein, eine Oberschule besuchte, anschließend die Reifeprüfung bestand, um dann an einer Universität zu studieren und auch einen Hochschulabschluss zu erreichen,
- dass er sich, wie Heinrich Rodenstein, zwar frühzeitig politisch engagierte, nach 1933 aber – ganz im Gegensatz zu Heinrich Rodenstein – zurückzog, ein zweites Studienfach belegte und sogar promovierte und sich dann auch noch habilitierte,
- dass er seine Karriere auch noch intensiv weiterpflegte, indem er die wissenschaftliche Prüfung für das Höhere Lehramt ablegte und später zum Studienrat ernannt wurde,
- dass er als Student früh die politischen Seiten wechselte, der Studenten-SA beitrat und sich noch als Assessor der NSDAP sowie verschiedenen anderen NS-Organisationen anschloss,
- dass er dann als Studienassessor an der Luftwaffenfachschiule und als Gymnasiallehrer in Berlin tätig wurde,
- dass er nach Kriegsausbruch, wieder anders als Heinrich Rodenstein, am Zweiten Weltkrieg teilnahm, dann an die Marinewetterstation abgestellt wurde und schließlich die Funktion eines Dienststellenleiters an der Marinewetterstation in Saloniki/Griechenland wahrnahm,
- dass er sich erst im Jahre 1944 wieder an seine politischen Wurzeln der Vorkriegszeit erinnerte und
- das Kriegsende in englischer Kriegsgefangenschaft erlebte.

Vergleicht man die Lebensläufe von Heinrich Rodenstein und Georg Eckert, so kann der Eine eher als der pädagogische und politische Praktiker, der Andere eher als der weltläufige Akademiker gelten. Der Eine orientierte sich auf die Volksschule, während der Andere die Studienratslaufbahn im Auge hatte, promovierte und wohl auch an eine Hochschulkarriere dachte. Während der Eine als politisch Verfolgter zwölf Jahre im Exil leben musste, passte sich der Andere an

und wurde sogar Mitglied der SA und der NSDAP. Er vertrat mit der Ethnologie zudem eine durchaus NS-affine Wissenschaft und leistete als Wehrmachtbeamter Kriegsdienst. Erst sehr spät kehrte er zu seinen früheren politischen Wurzeln zurück. 1947 fanden Heinrich Rodenstein und Georg Eckert dann in Braunschweig zu neuen gemeinsamen Aufgaben in der Lehrerbildung zusammen.

4. Neuorientierung der Lehrerbildung nach Kriegsende

Heinrich Rodenstein kam Anfang Oktober 1945 aus dem französischen Exil nach Braunschweig zurück. Georg Eckert lag zu dieser Zeit wegen eines schweren Lungenleidens noch in einem Lazarett in Goslar. Rodenstein nahm umgehend Kontakte zur Schulabteilung der Braunschweigischen Staatsregierung auf und wurde auch sofort eingeladen, in die Schulabteilung einzutreten und an der Neukonzipierung der Lehrerbildung mitzuwirken. Er lehnte eine Tätigkeit in der Schulbehörde ab und erhielt stattdessen eine Lehrerstelle an der Volksschule in Rühme. Diese Stelle trat er jedoch nie an, denn er wurde zeitgleich mit voller Stundenzahl an die Lehrerbildungsanstalt abgeordnet. Dort war Otto Hügel zum ersten Direktor ernannt worden. Schon von Beginn an hatten die Initiatoren der ersten Stunde mit Rückhalt der Braunschweigischen Staatsregierung die alte NS-Lehrerbildungsanstalt, die anfangs noch Bernhard-Rust-Hochschule hieß, in Kant-Hochschule umbenannt.⁴ Sie bekundeten damit von Anfang an, dass die neue Lehrerbildung an einer Hochschule und zwar an einer aufklärerisch orientierten Hochschule verankert werden sollte. Die neue Kant-Hochschule nahm bereits zum 2. November 1945 den Lehrbetrieb auf. Zum 1. April 1946 wurde die Hochschule von der Braunschweigischen Staatsregierung schließlich offiziell als Kant-Hochschule – Hochschule für Lehrerbildung etabliert.

Am 1. November 1946 ging das Land Braunschweig allerdings schon im neuen Land Niedersachsen auf. Gemäß einer frühen Weisung der britischen Militärregierung (11. November 1945) hatte die alte preußische Provinzregierung Hannover noch am 12. Dezember 1945 ihre alten Lehrerbildungsanstalten bzw. pädagogischen Akademien als Pädagogische Hochschulen umgegründet. Die Braunschweiger Hochschule musste sich nach dem Zusammenschluss zum Land Niedersachsen den Vorgaben aus Hannover beugen und wurde ab dem Som-

4 Karl Zietz, *Kleine Chronik der Pädagogischen Hochschule Braunschweig*, Braunschweig: Waisenhaus-Buchdruck und Verlag, 1967; vgl. auch Gerhard Himmelmann, »50 Jahre wissenschaftliche Lehrerbildung in Braunschweig«, in: Himmelmann (Hg.), *Fünfzig Jahre wissenschaftliche Lehrerbildung in Braunschweig. Festschrift*, 11–90.

mersemester 1947 selbst in Pädagogische Hochschule Braunschweig mit dem Zusatz »Kant-Hochschule« umbenannt.

Heinrich Rodenstein wurde als abgeordneter Lehrer vom Dezember 1945 an zunächst mit einem Lehrauftrag für Staatsbürgerliche Erziehung betraut. Zum 1. November 1946 wurde schließlich auch Studienrat Dr. Georg Eckert – nach Überwindung seines Lungenleidens – mit der Wahrnehmung der Geschäfte eines Dozenten an der Kant-Hochschule beauftragt.

Am 16. März 1948 ernannte der neue zuständige Niedersächsische Kultusminister Adolf Grimme schließlich verschiedene Mitglieder des Lehrkörpers zu »Professoren an der Pädagogischen Hochschule«: Heinrich Rodenstein (Staatsbürgerliche Erziehung), Georg Eckert (Geschichte), Albert Trapp (Deutsch), Friedrich Kaulbach (Philosophie), Eberhard Schomburg (Pädagogik), Richard Beatus (Biologie/Naturlehre) und Karl Zietz (Psychologie). Diese Personengruppe kann als der personelle Kern des Wiederaufbaus der Lehrerausbildung in Braunschweig betrachtet werden. Zwei Monate später, am 16. Mai 1948, erhielt Heinrich Rodenstein die Ernennung zum Direktor der Pädagogischen Hochschule in Braunschweig. In dieser Funktion wirkte er sieben Jahre lang bis zum 30. September 1955.

Bedenkt man die Dichte der Ereignisse und die schnellen Veränderungen der zugrunde liegenden Daten, Fakten und Konzepte, so wird deutlich, wie dynamisch sich schon die ersten Jahre nach 1945 entwickelten. Die Hochschule stand zahlreichen Herausforderungen gegenüber. Unklarheit herrschte über ihre organisatorische Struktur. Gefordert war auch eine sachliche Neuorientierung der Lehrinhalte. Schließlich musste die curriculare Ordnung von Lehre und Studium an der Kant-Hochschule neu geregelt werden.

4.1 Neue organisatorische Struktur

Es war durchaus nicht selbstverständlich, dass am Ende der ersten Strukturentscheidungen das Konzept der Pädagogischen Hochschule für die Lehrerbildung in Braunschweig und Niedersachsen stand. Die Braunschweiger Vertreter, allen voran Heinrich Rodenstein⁵, plädierten nachdrücklich für eine Akademisierung und Professionalisierung der Lehrerbildung in Gestalt der Universitätslösung. Die Erinnerungen gingen zurück auf das Jahr 1927, als der Freistaat Braunschweig neben Hamburg, Sachsen und Thüringen die Universitätsausbildung für alle Lehrer – also auch für Volksschullehrer – eingeführt und dafür die 8. Abteilung für Kulturwissenschaft an der TH Braunschweig etabliert hatte.

5 Vgl. Heinrich Rodenstein, *Grundsätze der Neuformung des Deutschen Bildungswesens. Vortrag*, Celle: Arbeitsgemeinschaft Deutscher Lehrerverband, 1952.

Bereits die Weimarer Reichsverfassung hatte in Art. 143, Abs. 2 gefordert: »Die Lehrerbildung ist nach den Grundsätzen, die für die höhere Bildung gelten, für das Reich einheitlich zu regeln«. Diese Einheitlichkeit war jedoch vor 1933 nicht zu erreichen gewesen.

Nach 1945 konnten sich die Vertreter der Universitätslösung auf die alliierte Kontrollratsweisung Nr. 45 beziehen, in der es hieß: »Alle Lehrer sollen an einer Universität oder einer Pädagogischen Anstalt vom Range einer Universität ausgebildet werden«. Aber was sollte das heißen? Selbst die Alliierten waren sich trotz ihrer Weisung für die Universität oder eine Pädagogische Anstalt vom Range einer Universität nicht einig. Besonders die Haltung der britischen Militärregierung war hier nicht eindeutig. Anfangs favorisierte sie noch das Modell der heimischen Teacher Training Colleges, die eine viersemestrige Ausbildung vorsahen. Die Briten wollten im besetzten Deutschland eigentlich kein Modell zulassen, das eine höhere Stellung der Lehrerbildung bedeutet hätte als die, die es im heimischen England gab.

In Braunschweig wollte selbst Otto Hülge teilweise noch an der eher seminaristisch anmutenden Ausbildung der Lehramtsanwärter durch abgeordnete Lehrer aus den Schulen festhalten, obwohl auch er für die Hochschullösung eintrat. Auch in der Lehrerschaft und an der TH Braunschweig gab es Vorbehalte dagegen, das Universitätsmodell aus der Zeit der Weimarer Republik nach 1945 wieder aufleben zu lassen. In der preußischen Provinz Hannover hatte sich zur Zeit der Weimarer Republik das Konzept der »Pädagogischen Akademie« durchgesetzt. Dieses Modell hatten der damalige Kultusminister Carl Heinrich Becker und dessen Nachfolger Adolf Grimme nach Vorstellungen von Eduard Spranger entwickelt. Bei Spranger hießen diese Akademien allerdings noch Bildner-Hochschulen. Auf der anderen Seite folgten die Länder Bayern, Baden und Württemberg auch nach 1945 betont und konsequent dem Modell der Lehrerbildungsseminare. In Hamburg dagegen konnte sich das Universitätsmodell auch nach 1945 wieder durchsetzen.

Im Endeffekt fiel der Streit um Konzepte für die neue Struktur der Lehrerbildung in Niedersachsen zugunsten des Modells der Pädagogischen Hochschule aus. Für die Braunschweiger Lehrerbildung bedeutete diese Entwicklung einen herben Rückschlag. Hier hatte die Universitätslösung nicht nur den Stellenwert einer formalen Angleichung der Lehrerausbildungsgänge, sondern es ging auch um eine Frage der Aufwertung der sozialen Stellung der Volksschullehrer durch die Angleichung der Volksschullehrerausbildung an die Ausbildung der »Höheren« Lehrkräfte. Die Gründung von Pädagogischen Hochschulen hebelte die in Braunschweig angestrebte Universitätslösung praktisch aus. Heinrich Rodenstein hatte wiederholt und energisch für eine volle akademisch-universitäre Lehrerbildung plädiert. Noch 1952 sagte er: »Die Forderung nach akademischer

Lehrerbildung ist für die Lehrerschaft unabdingbar.«⁶ Diese Worte aus dem Jahre 1952 waren schon die Worte des engagierten Gewerkschafters, der nicht mehr nur für die Braunschweiger Tradition, sondern darüber hinaus als Standesvertreter für die gesamte Lehrerschaft sprach. Für Rodenstein folgte die Qualität von Schule der Qualität der Ausbildung ihrer Lehrer. Dem höheren Bildungsabschluss folgte der verbesserte soziale Status der Volksschullehrer. Beides sollte schließlich auch zu einer besseren Besoldung der Lehrkräfte an den Volksschulen führen. Zum Prüfstein sollte sich die Organisation des Studiums an den neuen Pädagogischen Hochschulen entwickeln.

Die Braunschweiger Hochschule behielt sich bei ihrer Gründung trotz einer ausdrücklichen Weisung aus Hannover einen Kniff vor, indem sie dem offiziell viersemestrigen Studium ein »Vorsemester« vorschaltete und später auch noch ein zusätzliches »Prüfungsemester« nachschaltete, so dass sich aus dem viersemestrigen Studium erst ein fünfsemestriges und schließlich doch ein sechssemestriges Studium entwickeln konnte, das die formale Qualität eines akademischen Studiums hatte. Letztlich setzte sich mit dem Erlass der ersten Satzung für die Pädagogischen Hochschulen in Niedersachsen im Jahre 1951 das sechssemestrige Studium für die Ausbildung der Volksschullehrer landesweit durch. So behielt die Braunschweiger Lösung eine Vorbild- und Vorreiterfunktion für die spätere Weiterentwicklung der Pädagogischen Hochschulen in Niedersachsen.

Doch die meisten der damit zusammenhängenden Fragen blieben auch nach Erlass der Satzung von 1951 noch ungeklärt. Es ging um die Reichweite der Selbstverwaltung dieser neuen Art von Hochschule, um den Status als Anstalt oder als selbstständige Körperschaft des öffentlichen Rechts. Es ging um das Berufsrecht, um das Recht auf Anstellung von Assistenten, um den Anspruch auf Emeritierung, um ein ergänzendes Promotions- und Habilitationsrecht, aber auch um die Angleichung und Integration der Ausbildung für Mittelschullehrer usw. All dies war mit der Satzung von 1951 noch nicht geregelt. Heinrich Rodenstein betrachtete die Pädagogische Hochschule noch als eine Art »Sonderhochschule« im Status »minderen Rechts« und »minderen Ansehens« gegenüber den Universitäten. Erst im Jahre 1978 wurden die Pädagogischen Hochschulen in Niedersachsen als eigene Erziehungswissenschaftliche Fachbereiche in die örtlichen Universitäten integriert.

Mit dieser Integration der Lehrerbildung in die allgemeine universitäre Ausbildung erfüllte sich letztlich die alte Idee der Braunschweiger Lehrerbildung aus dem Jahre 1927. Heinrich Rodenstein begrüßte die gleichberechtigte Integration der Lehrerbildung in die Universität im Jahre 1978 mit Rückblick auf das

6 Rodenstein, *Grundsätze*, 68.

Jahr 1927 mit dem biblischen Gleichnis von der »Rückkehr des verlorenen Sohnes« in den Schoß der zugehörigen Familie.⁷

4.2 Neubestimmung der Lehrinhalte

Es existieren zahlreiche Quellentexte, aus denen hervorgeht, in welche inhaltliche Richtung sich die neu zu gestaltende Lehrerbildung in der Nachkriegszeit bewegen sollte. Doch die Praxis dessen, was die »demokratische Neuausrichtung« der Lehrerbildung an der Kant-Hochschule tatsächlich inhaltlich bedeutete, insbesondere was Heinrich Rodenstein in seinem Fachgebiet Staatsbürgerliche Erziehung darunter verstand, kann man nur an wenigen programmatischen Äußerungen ablesen. Rodenstein war kein Programmschreiber, kein Mann der Feder und kein Autor konzeptioneller Texte oder wissenschaftlicher Aufsätze. Er hat kein programmatisches Buch zur »Staatsbürgerlichen Bildung« bzw. zur »Politischen Bildung« verfasst. Heinrich Rodenstein war gleichwohl einer der ersten Hochschullehrer in Deutschland, die bereits 1945 einen Lehrauftrag und dann (1948) eine Professur für Staatsbürgerliche Erziehung innehatten. Zieht man die schmalen Angaben zur Staatsbürgerlichen Erziehung aus den Studieneinführungen heran, so kann man das Ziel dieses Studiengangs wie folgt definieren: Das Interesse der Studierenden an öffentlichen Angelegenheiten zu wecken, an Grundthemen zur Beschäftigung mit politischen Fragen anzuregen und besonders Studierende in den oberen Semestern mit aktuellen Gegenwartsfragen nicht nur vertraut zu machen, sondern auch Methoden zu ihrer Bewältigung durch praktisches Üben zu erproben. Was ihm die Staatsbürgerliche Erziehung in der Praxis bedeutete, lässt sich u. a. an den Themen seiner Vorlesungen und Seminare ablesen. Die frühen Vorlesungsverzeichnisse geben darüber Auskunft. Im Rahmen eines engen Kurssystems lagen seine Themen im Bereich: »Völkerrecht«, »Krieg und Frieden«, vor allem anhand von Kants Schrift *Zum Ewigen Frieden*, sowie im Bereich der »Politischen Grundströmungen des 19. und 20. Jahrhunderts«. Hier gab es semesterweise Wiederholungen und Vertiefungen. Nach 1948 traten Lehrveranstaltungen zu den neuen Landesverfassungen und zum Grundgesetz hinzu. Bald befasste er sich und die Studierenden mit Seminaren zum Nürnberger Prozess und zu den Flüchtlingsströmen jener Zeit. Immer wieder tauchen auch gesellschaftsorientierte Lehrveranstaltungen auf wie »Sozialpolitische Fragen der Gegenwart«, dann »Die Deutsche Gewerkschaftsbewegung« und der »Beveridge-Plan«. In besonderer Weise setzte sich Rodenstein in seinen Lehrveranstaltungen mit dem

⁷ Heinrich Rodenstein, »Zur Geschichte der Pädagogischen Hochschule«, in: *Mitteilungen der Technischen Universität Braunschweig* 14 (1979), 29–33.

Schicksal der Juden und der Gründung des Staates Israel auseinander. All dies verstand Rodenstein als eine geistig-politische Auseinandersetzung, als »Demokratie-Erziehung« im Sinne der Bildung zur politischen Urteilsfähigkeit.

Trotz der sehr unterschiedlichen Lebensläufe von Heinrich Rodenstein und Georg Eckert in der Zeit vor 1944 hat doch auch Georg Eckert in einem ganz ähnlichen Sinne und dennoch auf andere Weise als Heinrich Rodenstein zur Identitätsfindung der neuen Braunschweiger Lehrerbildung beigetragen. Bereits in seinem frühen »Lehrplan für den Geschichtsunterricht«, den Georg Eckert den Braunschweigischen Volks- und Mittelschulen 1947 an die Hand gab, stellte er fest, dass Geschichtsunterricht als »Voraussetzung für eine wirkungsvolle staatsbürgerliche Erziehung« zu gelten habe. Im Fach Geschichte sollten die künftigen Staatsbürger das »geistige Rüstzeug erlangen, das ihnen eine spätere Teilnahme am staatlichen Leben und selbstständige politische Entscheidungen ermöglicht«⁸. Hier lagen die Vorstellungen von Georg Eckert und Heinrich Rodenstein sehr eng beieinander.

Georg Eckert folgte allerdings einer sehr eigenen, durch die Ethnologie beeinflussten Konzeption des Geschichtsunterrichts, indem er ausführte: »Im neuen Geschichtsunterricht steht Volks- und Kulturgeschichte im Mittelpunkt. Geschichtliche Tatsachen sind nur insoweit von Bedeutung, als sie die Entwicklung des Volkes oder der Menschheit wesentlich beeinflusst und geformt haben. Nicht der Krieg – ein Ausnahme- und Krisenzustand der Gesellschaft – ist das Bemerkenswerte und Interessante, sondern der Friede [...]«. Ergänzend fügte Eckert hinzu: »Bei der Behandlung der einzelnen Geschichtsepochen ist nicht nur die Kultur der Oberschicht, sondern auch die der breiten Volksmassen, ihre Wirtschaft, ihr Denken, ihr tägliches Leben zu behandeln«. Dabei sei, so Eckert, besonderes Gewicht »auf die Behandlung der gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Bedingtheiten der geschichtlichen Abläufe zu legen«. Die in der Geschichte wirksamen »psychischen Kräfte« seien zu beachten. Bei der Besprechung großer Persönlichkeiten sollten in erster Linie die Helden des Friedens behandelt werden. Die Jugend müsse »zutiefst erfüllt werden von der Einsicht, daß Wahrheitsliebe, Verantwortungsbewußtsein und ›Zivilcourage‹ wesentlichere Tugenden sind als blinder Gehorsam und soldatisches Draufgängertum«. Schließlich müsse sich der Geschichtsunterricht »von der Isolierung auf deutsche und mitteleuropäische Geschichte befreien«. Am Schluss des ersten konzeptionellen Entwurfs zum Geschichtsunterricht kommt Georg Eckert auf seinen Ausgangspunkt zurück: »Staatsbürgerliche Erziehung ist von Anfang an im Geschichtsunterricht wie auch in den anderen Unterrichtsfächern zu betreiben«. In diesem ersten Lehrplanentwurf betont Eckert also erstens den eth-

8 Georg Eckert, *Lehrplan für den Geschichtsunterricht in den Braunschweigischen Volks- und Mittelschulen*, Braunschweig: Meyer, 1947.

nologischen Ansatz in der Geschichtspädagogik. Er wendet sich zweitens gegen einen konservativ-nationalen Zugang und plädiert drittens für eine sozialkritische Prägung des Geschichtsunterrichts.

In seinem Vortrag mit dem Thema »Geschichtsbild und Geschichtsunterricht« vor der Ordentlichen Vertreterversammlung des Gesamtverbandes Braunschweiger Lehrer vom 6. April 1948 hat Georg Eckert die Aussagen in seinem Lehrplan nochmals wiederholt.⁹ Doch weitete er in diesem Vortrag sein Thema bereits deutlich im Sinne der Öffnung des Geschichtsbildes in Richtung des Abendlandes, Europas und der Welt »im Geiste der Völkerverständigung« aus. Hier nutzte Georg Eckert gezielt das Interesse der englischen Besatzungsbehörden an einer Revision des Geschichtsunterrichts und vor allem an einer Revision der entsprechenden Schulbücher. Zugleich kamen bei Eckert nun die »Friedensidee« und die »Förderung des Wertbewusstseins« noch deutlicher zum Tragen. In der Zeit von 1947 bis 1954 veröffentlichte Georg Eckert schließlich 33 Hefte *Beiträge zum Geschichtsunterricht*, in denen er Quellen und Unterlagen für die Hand des Lehrers zur Erleichterung eines neuen Geschichtsunterrichts präsentierte. In der Zeit von 1948 bis 1951 wandte sich Eckert allerdings verstärkt dem Thema der Völkerverständigung und der Aufgabe der Schulbuchverbesserung bzw. der Schulbuchrevision zu.¹⁰ Zahlreiche internationale Historikerkonferenzen und Tagungen von Geschichtslehrern, unterstützt durch die Aktivitäten des Schulbuchausschusses der UNESCO, füllten ab dieser Zeit die Arbeit von Georg Eckert mehr als aus.

4.3 Restrukturierung von Lehre und Studium

Neben dem Kampf um die neue organisatorische Struktur und um die Neubestimmung der Lehrinhalte stellte sich mit der Neuorganisation von Lehre und Studium nach 1945 noch ein drittes schwerwiegendes Problem für alle Beteiligten. Die neue Kant-Hochschule hatte am 2. November 1945 ihr Lehrprogramm mit einem strikten Kurssystem eröffnet. Im Allgemeinen mussten die Fächer Pädagogik und Psychologie als Grundwissenschaften verpflichtend stu-

9 Georg Eckert, »Geschichtsbild und Geschichtsunterricht«, in: *Mitteilungen des Gesamtverbandes Braunschweiger Lehrer* (1948); vgl. auch Georg Eckert, »Der Beitrag der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft zur Reform des Geschichtsunterrichts«, in: Arbeitsgemeinschaft Deutscher Lehrerverbände, Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft, Bayerischer Lehrerverein (Hg.), *Geschichtsunterricht in unserer Zeit. Grundfragen und Methoden*, Braunschweig: Verlag Albert Limbach, 1951, 147–156.

10 Georg Eckert, »Geschichtsunterricht und Völkerverständigung«, in: Arbeitsgemeinschaft Deutscher Lehrerverbände (Hg.), *Geschichtsunterricht in unserer Zeit*, 140–146.

diert werden.¹¹ Neu in Braunschweig war nach 1945, dass neben den beiden Grundwissenschaften Pädagogik und Psychologie von Anfang an auch die Grundkurse in Staatsbürgerlicher Erziehung, Philosophie und Soziologie pro Semester mit jeweils zwei Semesterwochenstunden (SWS) verpflichtend studiert werden mussten.

Diese Konzeption der »erweiterten Grundwissenschaften«, wie man diesen Ansatz zunächst nannte, sah vor, dass alle drei Fächer – Staatsbürgerliche Bildung, Philosophie und Soziologie – verpflichtend mit zwei SWS pro Semester studiert und dass davon ein Fach als Prüfungsfach gewählt werden musste. Mit der Reform der Prüfungsordnung von 1958 verlagerten sich die Gewichte. Die drei beteiligten gesellschaftsorientierten Fächer wurden nun landesweit zu Wahlpflichtfächern aufgewertet und für alle Pädagogischen Hochschulen im Lande verpflichtend. Eines dieser Fächer musste mindestens sechs Semester lang im Umfang von acht SWS studiert werden. Das gewählte Fach wurde auch verpflichtender Teil der Endprüfung. Zusammen mit dem Konzept des auf sechs Semester verlängerten Studiums und mit der hohen Wertschätzung der Staatsbürgerlichen Erziehung bildete das Konzept der »erweiterten Grundwissenschaften« einen dritten Eckpunkt der Reform der Lehrerbildung in Braunschweig nach 1947.

5. Georg Eckert und die internationale Schulbuchforschung

Als ein besonderes Leuchtturmprojekt für die Braunschweiger Lehrerbildung entwickelten sich, wie bereits angedeutet, in den Jahren 1950 und folgenden die Bemühungen von Georg Eckert im Bereich der internationalen Geschichtslehrertagungen und der internationalen Schulbuchforschung.¹² Bereits in den ersten Juliwochen 1949 fand die erste deutsch-englische Geschichtslehrertagung in Braunschweig statt. Eine Fülle weiterer solcher Veranstaltungen und internationaler Tagungen mit gleicher Zielsetzung folgten. Bereits 1951 genehmigte das Land Niedersachsen das bereits zuvor von Eckert gegründete Institut für Internationale Schulbuchverbesserung an der Kant-Hochschule.¹³ 1953 wurde dieses Institut zum Internationalen Schulbuchinstitut umgegründet. Mit finanzieller Unterstützung der GEW erschien unter der Leitung von Georg Eckert zum gleichen Zeitpunkt der erste Band der Zeitschrift *Internationales Jahrbuch*

11 Vgl. Zietz, *Chronik der Pädagogischen Hochschule Braunschweig*, 26.

12 Vgl. Carl-August Schröder, *Die Schulbuchverbesserung durch internationale geistige Zusammenarbeit: Geschichte, Arbeitsformen, Rechtsprobleme*, Braunschweig: Westermann, 1961.

13 Vgl. Otto-Ernst Schüddekopf, *20 Jahre Westeuropäische Schulgeschichtsbuchrevision. 1945–1965*, Braunschweig: Verlag Albert Limbach, 1966.

für Geschichtsunterricht. Diese Zeitschrift firmierte ab 1966 als *Internationales Jahrbuch für Geschichts- und Geographieunterricht*, dann ab 1979 – lange nach dem Tod von Georg Eckert – unter dem Titel *Internationale Schulbuchforschung*. Allerdings fanden die ersten Schulbuchkonferenzen noch in den bescheidenen Räumlichkeiten des Lehrstuhls Geschichte an der Pädagogischen Hochschule statt. Erst nach seinem frühen und plötzlichen Tod am 7. Januar 1974 (im Alter von 61 Jahren) erhielt Eckerts Idee der internationalen Schulbuchforschung mit tatkräftiger Unterstützung durch den Niedersächsischen Ministerpräsidenten Alfred Kubel eine dauerhafte Institutionalisierung als »Rechtsfähige Anstalt öffentlichen Rechts«. Das Institut wurde 1977 aus der Pädagogischen Hochschule ausgegliedert, erhielt ein eigenes Gebäude und wurde auf die Basis einer breiteren Länderfinanzierung gestellt.¹⁴

Es gilt schließlich zu berücksichtigen, dass sich Georg Eckert schon früh (1948) als Vorsitzender des Ausschusses für Geschichtsunterricht der Arbeitsgemeinschaft Deutscher Lehrerverbände engagiert hatte. Daneben wuchs ihm der Vorsitz im Kuratorium Unteilbares Deutschland in Braunschweig zu (1954), ebenso die Präsidenschaft der Deutschen UNESCO-Kommission (1964 bis 1974). Zusätzlich zur Übernahme des Vorsizes der Historischen Kommission der Friedrich-Ebert-Stiftung in Bonn (1961) begründete er das Archiv für Sozialgeschichte. Schließlich wurde er Vorstandsmitglied des Internationalen Instituts für Sozialgeschichte in Amsterdam. Zuvor hatte er selbst in Braunschweig das Institut für Sozialgeschichte gegründet. Schließlich darf die Schriftleitung der *Zeitschrift für Ethnologie* nicht vernachlässigt werden, die Georg Eckert von 1950 bis 1968 innehatte. Wie sehr die Aktivitäten von Georg Eckert Leuchtturmfunktion für die Kant-Hochschule und für die Braunschweiger Lehrerbildung hatten, davon zeugen die vielfältigen Ehrungen, die Georg Eckert zuteil wurden. Die Zuerkennung des Straßburger Europapreises (1958), die Verleihung der Offiziersklasse des französischen Ordens »Palme Academique« (1961) sowie des Verdienstkreuzes des Verdienstordens der Republik Italien (1961). Zu seinem 60. Geburtstag wurde ihm im Konferenzraum der Kant-Hochschule am Rebenring vom Niedersächsischen Ministerpräsidenten auf Antrag des Auswärtigen Amtes das große Verdienstkreuz des Verdienstordens der Bundesrepublik Deutschland überreicht (1972). Hinzu kam die Verleihung des Kulturpreises des Deutschen Gewerkschaftsbundes (1953).

14 Vgl. Becher und Riemenschneider (Hg.), *Internationale Verständigung. 25 Jahre Georg-Eckert-Institut*, 105–123.

6. Heinrich Rodenstein – der Professor als Gewerkschaftsführer

Eine zweite spezifische Leuchtturmfigur für die Braunschweiger Lehrerbildung war zweifellos Heinrich Rodenstein.¹⁵ Dies gilt nicht nur wegen seines bereits geschilderten unermüdlichen Einsatzes als Direktor der Kant-Hochschule (1948 bis 1955), sondern in gleicher Weise wegen seines intensiven gewerkschaftlichen Engagements. Schon am 3. August 1946 hatte er nach mehrmonatiger Vorarbeit den Gesamtverband Braunschweiger Lehrer gegründet und gleichzeitig den Vorsitz des Verbandes übernommen. Die Leitlinien dieses Verbandes lagen in den Prinzipien: keine Trennung nach Geschlechtern, nach Konfessionen, nach Schularten, nach Parteiungen oder nach Gewerkschaftsorientierungen. Nach den vielen Zersplitterungen in der Weimarer Republik und dem absehbaren Wiedererstarben der unterschiedlichsten Gewerkschaftsrichtungen sollte tatsächlich ein »Gesamt«-Verband als gewerkschaftliche Interessenvertretung – nach den Ideen von Friedrich Wilhelm Wander – entstehen. Zusammen mit Fritz Thiele, dem Gewerkschaftsführer des ehemaligen Preußischen Lehrervereins, und Max Traeger, dem Vorsitzenden der früheren Hamburger Gesellschaft der Freunde des vaterländischen Schul- und Erziehungsvereins (Genetiv-Verein), gründete Heinrich Rodenstein mit seinen Freunden am 9. Januar 1947 in Detmold den ersten überregionalen gewerkschaftlichen Zusammenschluss der Britischen Zone, den Allgemeinen Deutschen Lehrer- und Lehrerinnenverband (ADLLV). Heinrich Rodenstein wurde zum 2. Vorsitzenden gewählt. Bereits am 20. Mai 1948 beschloss die zweite Vertreterversammlung dieses Verbandes in Dortmund die Namensänderung in Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) und den Beitritt zum DGB der Britischen Zone. 1949 war diese GEW dann eine der Gründungsgewerkschaften des DGB.

Erst 1952 konsolidierte sich die immer noch recht zersplitterte Gewerkschaftslandschaft, als sich die der GEW angehörenden Verbände mit dem Bayerischen Lehrer- und Lehrerinnenverein zur Arbeitsgemeinschaft Deutscher Lehrerverbände (AGDL/GEW) zusammenschlossen. Heinrich Rodenstein wurde auch hier zum 2. Vorsitzenden gewählt. In seinem Grundsatzreferat zum Gewerkschaftskongress 1952 betonte Heinrich Rodenstein: »Wir fordern die Allgemeine Deutsche Volksschule, deren ganztägiger Besuch vom 6. bis zum 18. Lebensjahr verpflichtend ist«¹⁶. Die Schule sollte drei Stufen umfassen: Grundstufe, Mittelstufe und Oberstufe, wobei im Rahmen der Oberstufe ein eigener Zweig »Berufsoberschule« eingerichtet werden sollte. Die Schwerpunkte der Grundsatzrede von Heinrich Rodenstein bildeten jedoch sozialpolitische The-

15 Vgl. besonders Gerhard Himmelmann, *50 Jahre wissenschaftliche Lehrerbildung in Braunschweig*, 46.

16 Zit. nach Frister, *Heinrich Rodenstein*, 195.

men. Im Jahre 1960 wurde Heinrich Rodenstein schließlich zum 1. Vorsitzenden der GEW gewählt und 1964 wiedergewählt. Er blieb in dieser Funktion bis 1968. Auch international errang Heinrich Rodenstein eigenes Ansehen und vielfältige Anerkennung. So wurde er 1955 für die Wahlperiode bis 1957 erster deutscher Präsident der *International Federation of Free Teachers Unions (IFFTU; Fédération Internationale des Associations des Instituteurs, FIAI)*. 1961 leitete Rodenstein erstmals eine zwölfköpfige Gewerkschaftsdelegation nach Israel. Später hat die *Israel Teachers' Union* zu Ehren von Heinrich Rodenstein einen Ehrenhain mit Zedern-, Pinien- und Zypressenpflanzen eingerichtet. Innenpolitisch hatte Heinrich Rodenstein im Jahre 1958 eine bemerkenswerte bildungspolitische Offensive von Gewerkschaften, Arbeitgebern und Landwirtschaft unter dem Motto »Bildung ist unser Schicksal« gegründet.¹⁷ Er hat diese Initiative als sogenannte september-gesellschaft bis 1968 institutionalisiert. Daneben blieb Heinrich Rodenstein aber auch seiner atheistischen, antiklerikalen Haltung treu. Er stellte sich kämpferisch gegen das Niedersächsische Konkordat und gegen die begleitenden Schulgesetze. Im Jahre 1968 kandidierte Heinrich Rodenstein nicht wieder für den Vorsitz der GEW. Die Vertreterversammlung des Jahres 1968 ernannte Heinrich Rodenstein einstimmig zum Ehrenvorsitzenden. 1968 trat er auch als Hochschullehrer in den Ruhestand. Nachdem Heinrich Rodenstein bereits 1967 das Große Verdienstkreuz des Niedersächsischen Verdienstordens erhalten hatte, verlieh ihm im Jahre 1969 der Bundespräsident das Große Verdienstkreuz des Verdienstordens der Bundesrepublik. Im Jahre 1970 erhielt Heinrich Rodenstein schließlich den Kulturpreis des DGB. Zugleich ehrte ihn die Stadt Braunschweig 1977 durch die Verleihung der Ehrenbürgerschaft.

17 Vgl. Heinrich Rodenstein, »Erziehung entscheidet unser Schicksal«, in: Carl Weiss (Hg.), *Die soziologische Bezogenheit von Erziehung und Schule*, Braunschweig, o. J. (1958).

Helga Grebing

Zeitzeugenerinnerung I

Möglicherweise ist bereits alles, was wesentlich ist für die Persönlichkeit und die Lebensleistung von Georg Eckert, von den Autorinnen und Autoren der einzelnen Beiträge gesagt bzw. geschrieben worden. Da passt dann ein Zeitzeugenkommentar, um einiges zu vertiefen und wenigens zu korrigieren. Aber eine Zeitzeugin im wahren Sinne dieses Wortes bin ich ja gar nicht. Im Februar 1972 wurde ich auf den Lehrstuhl für Geschichte unter besonderer Berücksichtigung der Sozialgeschichte des neunzehnten und zwanzigsten Jahrhunderts berufen, der an der Georg-August-Universität Göttingen neu errichtet worden war – eine Tat des sozialdemokratischen Kultusministers Peter von Oertzen. Damals war Niedersachsen Neuland für mich – ich hatte in Berlin, dann in München und zuletzt in Frankfurt am Main gelebt und gearbeitet. Die über Niedersachsen hinaus bekannten sozialdemokratischen Persönlichkeiten Alfred Kubel, Otto Bennemann und Heinrich Rodenstein kannte ich nur dem Namen nach. Ein wenig besser kannte ich Georg Eckert von Veranstaltungen der Friedrich-Ebert-Stiftung und natürlich durch seine Publikationen: Ich war beeindruckt von der Überfülle der Tätigkeiten, die an seine Person geknüpft waren, und gehörte zu den nicht wenigen, die tief betroffen, ja erschüttert die Nachricht von seinem Tod hörten.

Meine erste Erinnerung an Georg Eckert ist verknüpft mit dem großen Bildband *1863–1963. Hundert Jahre deutsche Sozialdemokratie*¹, den er mit einem Team von Mitarbeitenden gestaltet hatte; zu diesen Mitarbeitenden gehörte Susanne Miller, die dann 20 Jahre später die erste Vorsitzende der Historischen Kommission beim SPD-Parteivorstand werden sollte. Heike C. Mätzing hat diesen Bildband zutreffend als das wahrscheinlich am weitesten verbreitete Werk von Georg Eckert bezeichnet.² Nicht nur das: Dieser Band ist seither offen

1 Georg Eckert (Hg.), *1863–1963. Hundert Jahre deutsche Sozialdemokratie. Bilder und Dokumente*, Hannover: J.H.W. Dietz Nachf., 1963.

2 Heike Christina Mätzing, *Wissenschaftler und Botschafter der Völkerverständigung. Georg Eckert (1912–1974) zum 100. Geburtstag*. Gesprächskreis Geschichte der Friedrich-Ebert-Stiftung, Bonn: Friedrich-Ebert-Stiftung, 2013, 26.

oder versteckt zum Leitbild für alle Versuche geworden, die Geschichte der SPD mit Bildern und Text zu kombinieren, und er ist in gewisser Hinsicht ein unerreichtes Unikat geblieben. Die Fotos von einzelnen Personen, Gruppen, Gebäuden, Aktionen und Massenversammlungen sind eingebettet in eine Fülle von dokumentarischen Zeugnissen – wie Kopfzeilen und längere Artikel aus Zeitungen, handgeschriebene Briefe, Aufrufe und Wahlplakate – und all dies in einem großen Format, das anstiftet, viele überraschende Kleinigkeiten wahrnehmen zu können. Alles dem damaligen Stand der Drucktechnik entsprechend in schwarz/weiß, was gar nicht stört, sondern im Gegenteil die eigene Phantasie beflügelt. Kurze Einleitungen und noch kürzere Bildunterschriften begleiten die Fotos; manches mag darunter sein, was dem Stand der Forschung nicht mehr ganz entspricht. Aber jeder, der mit dem Buch umgeht, kann sich ja seinen eigenen Vers machen. Dieser Band demonstriert die ausgeprägte Fähigkeit des Historikers Georg Eckert, viele kleinere und größere Einzelheiten vorsichtig und mit Augenmaß einander zuzuordnen, so dass ein Ganzes entsteht oder doch ein Weg dorthin sich öffnet.

Dieses synthetische Denken läßt sich auch in zwei kleineren Beiträgen von Georg Eckert entdecken, die noch heute unverzichtbar sind: seine Analysen der Kulturkonferenzen der SPD im Februar 1947 in Bad Gandersheim und im August 1947 in Ziegenhain.³ Es war Willi Eichler, der auf dem ersten Parteitag der SPD nach dem Ende der nationalsozialistischen Terror-Diktatur im Mai 1946 in Hannover die Zurückhaltung Kurt Schumachers, ein neues Programm zu erarbeiten, zu überwinden versuchte durch die Forderung, über allgemeine Bekenntnisse zu Demokratie und Sozialismus hinaus zu einer inneren Klärung von zentralen Begriffen zu gelangen. Es gab dann im Jahr 1947 wenigstens jene beiden schon genannten Konferenzen, auf denen marxistische, ethische und religiöse Sozialisten sich darüber zu verständigen suchten, wie in Verantwortung gegenüber der sozialistischen Tradition der Partei »ein festes geistiges Fundament« gegeben werden könne. Denn »in der sozialdemokratischen Partei sollen alle ihre politische Heimat finden, die von der Notwendigkeit einer sozialistischen Gesellschaftsordnung überzeugt sind.«⁴ Der Weg zum Godesberger Programm von 1959 begann bereits damals, und deshalb war das Programm eben nicht, wie ermüdend oft behauptet wird, der Anfang eines neuen Weges der

3 Georg Eckert, »Die Kulturkonferenz der SPD 1947 in Bad Gandersheim«, in: *Braunschweigisches Jahrbuch* 55 (1974), 215–223 (posthum); ders., »Auf dem Weg nach Godesberg. Erinnerungen an die Kulturkonferenz der SPD in Ziegenhain«, in: Heiner Flohr u. a. (Hg.), *Freiheitlicher Sozialismus: Beiträge zu seinem heutigen Selbstverständnis. Festschrift für Gerhard Weisser*, Bonn-Bad Godesberg: Verlag Neue Gesellschaft, 1973, 49–58. Es gab noch eine dritte Konferenz in Erlangen, über die jedoch konkretes Material weitgehend fehlt.

4 Eckert, »Auf dem Weg«, 58.

Sozialdemokratie zur linken Volkspartei, sondern der krönende Schlussstein eines Diskurses über mehr als ein Jahrzehnt.

Eckert hat nicht nur über die beiden Konferenzen geschrieben, er hat auch an ihnen teilgenommen. Auch für ihn ging es damals ganz persönlich darum, dass sich die Partei nicht allein mit der Formulierung der politischen und der ökonomischen Teilziele für die SPD begnügte, sondern sich darum bemühte, »ihre philosophischen und anthropologischen Vorstellungen ebenso radikal zu klären, wie ihre Perspektiven für die Welt nach Auschwitz und Hiroshima.«⁵

Diesen Aufbruch in neue Dimensionen bereits 1947 hat Eckert aus der Geschichtslosigkeit geholt, in die diese Konferenzen bereits versenkt waren. Wie er das getan hat, zeigt seine ganz eigene Art: Der Erklärung der historischen Relevanz folgte eine umsichtige Wiedergabe der Position einzelner Teilnehmer (darunter Kurt Schumacher und Peter von Oertzen) unter Verwendung eigener authentischer Aufzeichnungen.

Bei den vielen Aktivitäten von Georg Eckert in den Bereichen Wissenschaft, Forschung, Lehrerbildung und allgemeiner politischer Bildung war er neben der inhaltlichen Gestaltung fast immer um Netzbildung bemüht. Eine Initiative, die über Jahrzehnte wenn nicht stiller, so doch unauffälliger wirkte war die 1964 von Eckert mit initiierte Internationale Tagung der Historiker und Historikerinnen der Arbeiterbewegung (ITH), die seither bis heute jährlich im österreichischen Linz stattfindet. Sie hatte eine Brückenfunktion zwischen Ost und West und sollte Historiker und Historikerinnen aus Universitäten und außeruniversitären Forschungsinstitutionen vor und hinter dem Eisernen Vorhang miteinander dialogfähig machen. Ins neutrale Österreich konnten alle gelangen. Ich weiß nicht mehr genau, wann ich selbst das erste Mal und an diesen Tagungen teilnahm, sicher zu Beginn der 1970er Jahre. Leider habe ich Eckert nicht mehr auf einer dieser Tagungen erleben können, wurde aber die enge Mitstreiterin von Susanne Miller, mit der ich die dort angesagte sozialistische Jugendherbergs-Romantik willig zu teilen vermochte. Wie es Eckerts Intention gewesen sein mag, verliefen die öffentlichen Streitkämpfe und persönlichen Fachgespräche mit den Teilnehmenden aus Polen, Ungarn, der Tschechoslowakei und Jugoslawien, ja sogar aus der Sowjetunion meist anregend und ertragreich, manchmal sogar fast freundschaftlich. Mit den Teilnehmenden aus der DDR und einigen wenigen DKP-angenehmen Westdeutschen (darunter Wolfgang Abendroth) dagegen bestand auf beiden Seiten tiefes Misstrauen, man war höflich, wie es sich gehörte, aber eisig und oft sehr laut – jedenfalls auf meiner Seite. Selbst die im Umgang mit anderen Menschen fast engelsgleiche Susanne Miller verlor gelegentlich die Contenance. Die ITH besteht, wie gesagt, heute noch, ist global und transna-

5 Eckert, »Die Kulturkonferenz«, 215.

tional ausgerichtet, schlägt jetzt Brücken zwischen Nord und Süd. Ich nehme nicht mehr teil; ich weiß nicht, mit wem ich mich streiten soll.

Hans-Peter Harstick hat Georg Eckert zu Recht »Wegbereiter sozialgeschichtlicher Forschung nach 1945, insbesondere der fachhistorischen Beschäftigung mit der Arbeiterbewegung des 19. Jahrhunderts« genannt.⁶ In der Tat führte dieses Fachgebiet bis in die 1960er Jahre an den westdeutschen Universitäten ein Schattendasein, abgetan als eine außeruniversitäre Randdisziplin, sogar verachtet als politisch gestützte Volkshochschulpädagogik. Erst in den 1970er und 1980er Jahren änderte sich diese Einstellung, aber da hatte die Geschichtsschreibung der Arbeiterbewegung sich bereits gelöst von der traditionellen Fokussierung auf die Organisations- und Politikgeschichte und sich der Geschichte der sozialen Bewegungen, der Bildung von sozialen Klassen, der Produktionsbedingungen und -formen, der Arbeit und den Arbeitern zugewandt; auch die trockene Programmgeschichte mutierte zu einer entdogmatisierten differenzierten Theoriegeschichte. Als sichtbarer Ausdruck dieses Wandels kann die von Georg Eckert 1963 initiierte Gründung des Instituts für Sozialgeschichte in Braunschweig betrachtet werden.

Aus der Sicht der von sich selbst überzeugten Universitätslehrerschaft blieb Georg Eckert ein »Außenseiter« oder wurde allenfalls als ein »ganz bewusst politischer Professor« gewürdigt, wie Jürgen Kocka meint⁷. Jedenfalls galt er nicht als hoch anerkannter Fachwissenschaftler, der auf den Lehrstuhl einer renommierten Universität berufen wurde. Ich meine, man kann das auch etwas anders sehen: Georg Eckert wollte und war beides zugleich – ein neuer Typ von Wissenschaftler, der sich nicht als halbgottähnlicher Verwalter der »reinen« historischen Wahrheit verstand, sondern der seine gesellschaftspolitische Verantwortung als motivierende Treibkraft für seine wissenschaftliche Arbeit betrachtete, und er war zugleich ein leidenschaftlicher *homo politicus*, der seine Auffassungen ohne seriöses Fachwissen nicht vertreten wollte. Da gab es keine Spaltung in das eine oder das andere. Darin war er für mich und sicher auch manch andere ein Vorbild.

Heute ist das Fach Sozialgeschichte, in dem oft zu viel von Strukturen und ihrem Wandel die Rede war und zu wenig von Menschen und ihrem konkreten Leben, in seinen Sichtweisen von anderen Forschungsansätzen wenn nicht überholt, so doch ergänzt worden. Gleichzeitig scheint das Bedürfnis nach politischer Sinnstiftung für ein wissenschaftliches Erkenntnisinteresse abgeflacht.

6 Hans-Peter Harstick, »Georg Eckert (1912–1974). Wegbereiter einer neuen Konzeption von Geschichte und Wissenschaft«, in: Ursula A. J. Becher und Rainer Riemenschneider (Hg.), *Internationale Verständigung. 25 Jahre Georg-Eckert-Institut für internationale Schulbuchforschung in Braunschweig*, Hannover: Verlag Hahnsche Buchhandlung, 2000, 105–115, 112.

7 Jürgen Kocka, »Georg Eckert und die Anfänge der deutschen Sozialgeschichtsschreibung«, in: *Das Bulletin* (des Georg-Eckert-Instituts) 12 (2012), 8, 9f. Ebenso in diesem Band, S. 107–116.

Die Erinnerung an das Leben und Wirken Georg Eckerts weist in eine andere Richtung, der zu folgen als sein Vermächtnis betrachtet werden darf.

Open-Access-Publikation im Sinne der CC-Lizenz BY 4.0

© 2017, V&R unipress GmbH, Cöttingen

ISBN Print: 9783847107613 – ISBN E-Lib: 9783737007610

Zeitzeugenerinnerung II

Zu Otto Bennemann und Georg Eckert – Notizen aus dem Nachlass Bennemanns zu einem Stück des gemeinsamen Weges

Der Braunschweiger SPD-Politiker Otto Bennemann (1903 bis 2003) ist durch seinen politischen Lebensweg über Widerstand, Emigration und aktiv gestalteten Neuanfang der Demokratie über seine Heimatstadt Braunschweig und das Land Niedersachsen hinaus zu einer der überregional bedeutenden Persönlichkeiten des zwanzigsten Jahrhunderts geworden.¹ Von 1948 bis 1952 und von 1954 bis 1959 bekleidete er das Amt des Oberbürgermeisters der Stadt Braunschweig. Von 1947 bis 1974 war er für den Braunschweiger Wahlkreis 3 durchgehend direkt gewähltes Mitglied im Niedersächsischen Landtag. Als Niedersächsischer Innenminister amtierte er in den Kabinetten Kopf und Diederichs von 1959 bis 1967. In Anerkennung seiner Verdienste wurde ihm von der Stadt Braunschweig 1968 die Ehrenbürgerwürde verliehen. 1959 war er zum Ehrensenator der Technischen Universität Braunschweig ernannt worden. Ein poli-

1 Zur Biographie Otto Bennemanns zusammenfassend und mit umfangreicher weiterer Literatur, auch dieser Einführung zugrunde liegend: Carsten Grabenhorst, *Otto Bennemann: Beitrag zu einer politischen Biographie*, Braunschweig: Arbeitskreis Andere Geschichte e.V., 1991; Manfred Garzmann, »Der Braunschweiger Oberbürgermeister Otto Bennemann. Eine biographische Skizze«, in: Danny Borchert und Christian Lamschus (Hg.), »Der Stadt zur Zierde...« *Beiträge zum norddeutschen Städtewesen im 19. und 20. Jahrhundert. Festschrift für Uta Reinhardt zum 65. Geburtstag*, Göttingen: Ruprecht, 2008, 63–78; Rainer Zirbeck, »Otto Bennemann (1948–1952; 1954–1959), Oberbürgermeister«, in: Henning Steinführer und Claudia Böhler (Hg.), *Die Braunschweiger Bürgermeister: von der Entstehung des Amtes im späten Mittelalter bis ins 20. Jahrhundert*, Braunschweig: Appelhans, 2013, 453–461; zuletzt Horst-Rüdiger Jarck (Bearb.), *Findbuch zum Nachlass Otto Bennemann, Braunschweiger Oberbürgermeister und niedersächsischer Innenminister (1903–2003)*, Braunschweig: Johann Heinrich Meyer Verlag, 2013, XI–XXVI. Alle fußen stark auf den verschiedenen mit Otto Bennemann geführten Interviews und seinen Redevorbereitungen, die über den Bestand im Stadtarchiv zugänglich sind.

tisch-biographischer Leitfaden der britischen Besatzungsmacht von 1948 bis 1949 würdigte ihn als »genuine democrat« (»echten Demokraten«).²

In seinem Testament (1996) vermachte Otto Bennemann der Stadt Braunschweig seine Bibliothek, den gesamten schriftlichen Nachlass sowie Fotos, Ton- und Bildträger, Orden und Ehreenauszeichnungen, Kunstgegenstände und Sammlungen. Auf der Grundlage dieses Vermächtnisses übergab Dr. Rainer Zirbeck für die Otto-Bennemann-Stiftung Braunschweig am 23. Juli 2003 und 9. Februar 2004 den schriftlichen Nachlass dem Stadtarchiv Braunschweig. Er ist als Bestand G IX 76 seit 2013 verzeichnet und der Forschung zugänglich.³

Für die hier aufzuspürenden möglichen Verbindungslinien zwischen Georg Eckert und Otto Bennemann sind zwei knappe Exkurse an den Anfang zu stellen. Der erste bedeutet den Blick auf den Lebensweg und damit auf die vielleicht darin deutlich werdenden Persönlichkeitsmerkmale Otto Bennemanns. Der zweite Exkurs zielt auf die dem Stadtarchiv anvertraute persönliche Überlieferung des Registraturbildners, deren Erschließung und sich daraus ergebende inhaltliche Aussagen.

Am 27. September 1903 wurde Otto Bennemann in Braunschweig als drittes von fünf Kindern geboren. Die Eltern wohnten im westlichen Ringgebiet, damals einem Arbeiterwohngebiet, in einem Acht-Familien-Haus. Die räumliche Enge in der elterlichen Zweizimmerwohnung, immerhin das Zuhause für sieben Personen, wurde für seine Kindheit ebenso bedeutend wie die finanziell durchaus engen Verhältnisse der Familie. Prägendes Umfeld dieses Wohnquartiers und damit auch der Familie bildeten die Nachbarn, Spielkameraden und Freunde, die Arbeitskollegen, gemeinsame Feste, der Einkauf im Konsumverein. Später erinnerte er sich an die Wahlprüche in den Familienstuben, an vielfältige Diskussionen und den deutlich spürbaren Geist der damals kraftvoll aufsteigenden Arbeiterbewegung. Beide Eltern hatten sich schon 1890 nach dem Fall des Sozialistengesetzes der SPD angeschlossen, sein Vater war seit 1891 gewerkschaftlich im Deutschen Metallarbeiterverband (DMV) organisiert.

Nach Abschluss der Volksschule Sophienstraße fiel für Otto die Lehrzeit zum Bürokaufmann beim Überlandwerk Braunschweig (1917 bis 1920) in eine turbulente historische Epoche mit Massendemonstrationen, Streiks, Revolution und Putschversuchen. Er wurde auf dem Weg zur Arbeit am 8. November 1918 Zeuge, als am Braunschweiger Schloss die Republik ausgerufen wurde. Seit 1919 engagierte er sich als Gewerkschaftsmitglied im Zentralverband der Angestellten (ZdA) in der Bildungs- und Jugendarbeit und war von 1923 bis 1926 Jugendleiter in der ZdA-Jugendgruppe Braunschweig. Im Januar 1922 trat er aus der Kirche

2 Andreas Röpcke, »Who's Who in Lower Saxony. Ein politisch-biographischer Leitfaden der britischen Besatzungsmacht 1948–49«, in: *Niedersächsisches Jahrbuch* 55 (1983), 243–309.

3 Jarck, *Findbuch zum Nachlass Otto Bennemann*.

aus, im November 1923 wurde er Mitglied der SPD und aktiv in der Jungsozialistengruppe. Einzelne herausragende pädagogisch befähigte Persönlichkeiten aus diesem Kreis brachten ihn in Kontakt zum Internationalen Jugendbund (IJB), den der sozialpolitisch engagierte Göttinger Philosoph Leonard Nelson (1882 bis 1927) im Jahre 1917 gegründet hatte.

Die Wertvorstellungen dieses Kreises, die Forderungen nach persönlicher Verantwortung in Ethik und Rechtslehre, tiefe Sympathie für die Vernunftlehre Immanuel Kants und das Ideal eines sich vom Marxismus abgrenzenden Sozialismus sollten für den nach einem geistigen Fundament für sein politisches Handeln Suchenden zum bewusst gewählten Vorbild werden.⁴ Die Begriffe »Ethik«, »Verantwortung«, »Ziel« und »Pflicht« wurden bis zu seinem Lebensende die besonders häufig zitierten Eckpfeiler seiner Reden.

Als nach Differenzen mit der SPD zum Jahresbeginn 1926 von Leonard Nelson in Göttingen der Internationale Sozialistische Kampfbund (ISK) als eigene Partei gegründet wurde, konstituierte sich zeitgleich dessen Braunschweiger Ortsverein, eine von 32 Gruppen. Otto Bennemann wurde ab 1926 Mitglied, Schriftleiter und Kassierer des ISK-Ortsvereins Braunschweig, dem auch Alfred Kubel angehörte, und ab 1928 dessen Vorsitzender. Mit dem Eintritt in den ISK waren sehr rigorose Forderungen an die Mitglieder verbunden, zu denen u. a. Gewerkschaftsarbeit, intensive politische Schulungsarbeit, Auftreten als Diskussionsredner, Nikotin- und Alkoholabstinenz, strikter Vegetarismus und Zahlung einer progressiven Parteisteuer gehörten.⁵ Er selbst fasste später einmal zusammen: »Der ISK war eine internationale Vereinigung linker Sozialisten, die den Kampf für eine menschliche und ausbeutungsfreie Gesellschaft führten und einen freiheitlichen Sozialismus verwirklichen wollten.«⁶ Eine der Zielsetzungen dieser Gruppe war die Abwehr der drohenden faschistischen Gefahr. Die straffe zentrale Führung aus Göttingen, zu der auch monatliche Berichtspflicht gehörte, hat Bennemann uneingeschränkt bejaht. Die überlieferten Protokolle geben davon eindrucksvoll Kenntnis.⁷ Im August 1931 war er Tagungsleiter und Organisator für den in Braunschweig durchgeführten zweiten Bundestag des ISK, der von etwa 310 Personen des In- und Auslandes besucht wurde.⁸

Vorsitzender in Braunschweig blieb er bis zur offiziellen Auflösung des ISK

4 Zu Bennemanns persönlicher Entwicklung innerhalb dieses Kreises ausführlich Grabenhorst, *Otto Bennemann: Beitrag zu einer politischen Biographie*, 24–53 mit weiterer Literatur.

5 Grabenhorst, *Otto Bennemann: Beitrag zu einer politischen Biographie*, 37; Garzmann, *Der Braunschweiger Oberbürgermeister Otto Bennemann*, 67.

6 Bennemann in einem Gutachten für Frau Chiyn Cheng (23. 11. 1982), StadtA BS, G IX 76: 748.

7 Monatsberichte Ortsverein Braunschweig 1929 im Archiv der sozialen Demokratie der Friedrich-Ebert-Stiftung (künftig AdsD, FES), Box 18 (4/IJB-ISK0030).

8 Protokoll 2. Bundestagung ISK 8.–10. Aug. 1931 in Braunschweig, in AdsD, FES Bestand IJB-ISK Box 7 (4/IJB-ISK0013).

1933 und übte dieses Amt auch in der Illegalität weiter bis 1936 aus. Zudem leitete er eine Fünfergruppe der »Unabhängigen Sozialistischen Gewerkschaft« in Hannover, wo er ab 1936 seinen Berufs- und Wohnsitz gewählt hatte.

Auf die aktive und mit Freunden gemeinsam betriebene Arbeit im Widerstand gegen die im Land Braunschweig schon ab Ende 1930 an der Landesregierung beteiligten Nationalsozialisten folgten Verhöre, kurzfristige Festnahme und stetig wachsende Bedrohung. Vor der anstehenden Verhaftung gewarnt, kündigte Bennemann seinen Arbeitsvertrag mit der Hannover-Braunschweigischen Stromversorgungs AG (HASTRA) und ging in den Untergrund, versteckte sich zunächst in Berlin und konnte dann auf abenteuerlichen Wegen über die Schweiz und einen mehrwöchigen Aufenthalt in Paris nach England emigrieren. Geholfen haben ihm die Kontakte zu einer Gruppe des MSI (Militant Socialist International), der englischen Gruppe des ISK.

Otto Bennemann hatte zuvor in der Walkemühle, einer Jugenderziehungseinrichtung des ISK, Franziska Stellmacher (1905 bis 1986) kennen gelernt.⁹ Im Oktober 1934 haben sie geheiratet, beide politisch aktiv. Franziska folgte ihm über einen Anstellungsvertrag als Diätköchin in die Emigration nach England. Beide haben in England in verschiedenen Aufgabenbereichen gearbeitet, u. a. in der Landwirtschaft, Franziska als Haushaltshilfe, Otto zuletzt als Kalkulator in der Londoner Niederlassung einer schwedischen Firma.

Bedrückendste Zeit für die junge Familie und – wie er später mehrfach ausführte – lehrreich im Verstehen der Demokratie wurde die nach dem Zusammenbruch Frankreichs eingeleitete Internierung von Ausländern. Bennemann war im Mai 1940 festgenommen und als »enemy alien« zunächst in verschiedene Internierungslager in England, dann mit 3000 Internierten auf dem Schiff mit unbekanntem Ziel nach Australien verbracht worden. Hier war er für fast zwei Jahre mit weiteren sieben ISK-Mitgliedern interniert, einem durch diese Erfahrungen ganz fest verbundenen Freundeskreis. Zu den Themen dieses Kreises gehörten schon in dieser australischen Gefangenschaft der Wiederaufbau Europas nach dem Krieg, die künftige Wirtschaftspolitik und Überlegungen hinsichtlich der nach dem Kriege neu zu gründenden Partei.¹⁰ Erst im Februar 1942 kehrte er nach England zurück. Der aus der Gefangenschaft geführte intensive Briefwechsel mit seiner Frau lässt den weiteren politischen Reflektions- und Reifungsprozess eindrucksvoll deutlich werden.

Noch vor seiner Rückkehr und auf Initiative seiner Frau war er – als Inter-

9 Franziska Bennemann, geb. Stellmacher, war mit Otto gemeinsam aktiv im ISK. Von 1953 bis 1961 war sie Abgeordnete für die SPD im Deutschen Bundestag. Gisela Notz, »Franziska Bennemann«, in: Dies., *Frauen in der Mannschaft. Sozialdemokratinnen im Parlamentarischen Rat und im Deutschen Bundestag, 1948/49–1957*, Bonn: J.H.W. Dietz Nachf., 2003, 162–175.

10 Grabenhorst, *Otto Bennemann: Beitrag zu einer politischen Biographie*, 55.

nierter mit Ausnahmegenehmigung angemeldet durch seine Frau – im Mai 1941 Mitglied im sich neu formierenden Zusammenschluss des *Trade Union Centre for German Workers in Great Britain* geworden.¹¹ Er selbst wurde in der Union deutscher sozialistischer Organisationen in Großbritannien ab 1942 aktiv tätig. Über Willi Eichler, führendes ISK-Mitglied und Mitarbeiter in der »Union«, war Bennemann im Sommer 1944 in Kontakt zu einer Unterabteilung des amerikanischen Nachrichtendienstes gekommen, zum *Labor Desk of the Office for Strategic Services* (OSS). Er wurde dort für die Rückkehr nach Deutschland intensiv geschult.

Am 12. April 1945 war die Stadt Braunschweig von den Amerikanern besetzt worden. Am 16. April 1945 verließ Otto Bennemann London und reiste in der Uniform eines amerikanischen GI in einer kleinen Gruppe über Brüssel und Maastricht, bis er am 24. Mai 1945 in Hannover eintraf – für ihn das Ende eines siebenjährigen Exils.¹² Ab September 1945 wohnte er wieder in Braunschweig.

Der politische Neubeginn in Braunschweig bedürfte einer längeren Betrachtung. Hier nur stichwortartig zusammengefasst: Erste von Alfred Kubel angeleitete Versuche im August 1945 zur Gründung einer Sozialistischen Einheitspartei (SEP) scheiterten. Zwei Begegnungen Otto Bennemanns mit Kurt Schumacher in Hannover – die zweite zusammen mit Willi Eichler, dem Nelson-Nachfolger, späteren Bundestagsabgeordneten und Vorsitzenden der Kommission zur Vorbereitung des 1959 verabschiedeten Godesberger SPD-Programms, und seinen ehemals Mitinternierten Jupp Kappius und Alfred Dannenberg – waren bedeutende Wegmarken zur Auflösung des ISK am 10. Dezember 1945 und zur Gründung der SPD. Bennemann wurde am 6. Mai 1946 als Mitglied des Braunschweigischen Landtags berufen, dem er bis zu dessen Auflösung im November 1946 angehörte. Im November 1946 wurde er als Nachfolger Alfred Kubels zum 1. Vorsitzenden des SPD-Bezirks Braunschweig gewählt. Damit schließt sich der Kreis zum anfangs genannten politischen Werdegang und der Wahl zum Braunschweiger Oberbürgermeister 1948. Für die mögliche persönliche Beziehung zu Georg Eckert scheint mir das Wissen um den hier skizzierten persönlichen und politischen Werdegang bedeutsam. Um es zusammenzufassend in Schlagworten zu pointieren: Armut, Sparsamkeit für die eigene Person, fest anvisierte Ziele, Ethik als absolut gesetzter Handlungsmaßstab, Pflichtbewusstsein, Großzügigkeit im Helfen, in Not bewährte Freundschaft, Zuverlässigkeit und ein in der Emigration an der englischen Demokratie gewachsenes Verständnis für die politische Auseinandersetzung nahm er als Maß. Das sind Begriffe, die die Persönlichkeit Otto Bennemanns beschreiben. Leichtigkeit habe ich in seinem Nachlass kaum gespürt und Emotion ist immer kontrolliert. Und

11 Franziska an Otto Bennemann (Lager) 1941 Mai 12, StadtA BS, G IX 76: 806.

12 Bericht Otto Bennemann 1999, StadtA BS, G IX 76: 112, 60.

dann ist da noch etwas: Für einen Vortrag 1951 in der Kant-Hochschule (»War Resisters' International« am 27. Juli 1951) notiert Otto Bennemann etwas für ihn Aussagekräftiges: »Braunschweig – im Herzen Deutschlands«. ¹³ Er war sehr stark regional verwurzelt.

Der zweite kleine Exkurs gilt dem Archiv: Dieser Nachlass im Umfang von 12,3 lfm ist durch Initiative von Herrn Stadtarchivdirektor Dr. Henning Steinführer und Dr. Rainer Zirbeck mit Mitteln der Friedrich-Ebert-Stiftung und der Stadt Braunschweig in den vergangenen drei Jahren verzeichnet worden. Die Stiftung Nord LB/Öffentliche unterstützte das aktiv durch Bereitstellung eines Arbeitszimmers.

Der Bestand beinhaltet neben amtlichem Schriftgut und Materialsammlungen ein umfangreiches Rede- und Bildarchiv. In den in das Stadtarchiv Braunschweig übernommenen Dokumenten ist eindrucksvoll die Tätigkeit Otto Bennemanns als Ratsherr, Oberbürgermeister, Innenminister und Mitglied des Landtages dokumentiert. Überlieferungsschwerpunkte stellen die Unterlagen zu seiner politischen Arbeit im Internationalen Sozialistischen Kampfbund (ISK) und in der SPD sowie seine Tätigkeit für zahlreiche weitere wissenschaftliche und politische Institutionen und Vereine dar. Der private Teil des Nachlasses enthält eine umfangreiche Korrespondenz, auch Briefwechsel aus der Zeit der Emigration.

Ein Teil des Schriftgutes, besonders Redekonzepte und Korrespondenzen, war in ca. 50 Stehordnern aufgestellt. Der größere Teil lag in ca. 120 Kästen und Archivkartons verpackt. Alles war bei der ersten Bewertung für die Übernahme in sechs große Bestandsgruppen vorsortiert. Einen Findbehelf zur inhaltlichen Struktur gab es nicht.

In seinem Archivfundus hat Otto Bennemann Schriftgut aus seinem politischen und privaten Umfeld überaus großzügig und zugleich eher unstrukturiert aufbewahrt. Er hatte ein ausgezeichnetes Gedächtnis und wusste, wo er etwas abgelegt hatte. Er legte Korrespondenzen und Anfragen bevorzugt in Ordnern ab. Beliebtes Ordnungsschema war das Alphabet, gelegentlich legte er auch chronologisch ab. Mit großer Genauigkeit sind die Finanzen mit doppelter Buchführung verwaltet. Die Sparsamkeit als Merkmal des Nachlassers wird erkennbar in häufig wiederverwendeten Ordnern, auch in der Benutzung mancher schon beschriebener Seiten als Konzeptpapier.

Die Aktenablage der Bennemanns ist auch ein Stück Handschrift oder Identität der Persönlichkeit. Erkennbare Grundstrukturen sind daher bei der Verzeichnung beibehalten. Die Akten wurden nach dem Bärchen Prinzip in der Reihenfolge der Lagerung verzeichnet und mit Signaturen versehen. Die Indizes

13 Redekonzept 27.7.1951, StadtA BS, G IX 76: 559.

der Orte und der Personen können mögliche Sachzusammenhänge zwischen verschiedenen Aktenvorgängen deutlich machen.

Wenn, wie oben angesprochen, die Registratur ein Stück der Persönlichkeit vorstellt, so ist hier darauf hinzuweisen, dass Franziska Bennemann, von 1953 bis 1961 Abgeordnete des Deutschen Bundestages, auf eine Anfrage der alten Parlamentarier aus Bonn (1986) nach ihrer Überlieferung antwortete, dass sie »mit allen Arbeitsunterlagen gründlich aufgeräumt« und weggeworfen habe.¹⁴ So stehen sich im Nachlass von Otto Bennemann, der auch die Unterlagen seiner Frau mit beinhaltet, interessanterweise zwei konträre Erinnerungsprinzipien gegenüber. Der alles Aufbewahrende und die Erinnerung reflektierende Otto Bennemann und die ehemalige Bundestagsabgeordnete ohne eigenen Nachlass.

Schriftgut aus der frühen politischen Zeit ist rar, auch bedingt durch die Verfolgung der jungen aktiven Politiker, die teilweise unter Decknamen arbeiten mussten. Im Laufe des Lebens überwiegen dann zum Alter hin die schriftliche Reflexion und Aufarbeitung der in jungen Jahren betriebenen Politik und werden zum spannenden Zeugnis.

Verbindungslinien Otto Bennemanns zu Georg Eckert, der ab November 1946 eine Dozentenstelle an der Kant-Hochschule in Braunschweig inne hatte, erschlossen aus den verzeichneten Unterlagen des Nachlasses, waren der gewünschte Vortragsbeitrag für das Symposium. Von Frau Mätzing weiß ich, dass Bennemann und Georg Eckert bereits im Sommer 1946 Kontakt hatten. Wohl auf Vermittlung von Alfred Kubel war dieser Kontakt zustande gekommen, Bennemann damals beteiligt in seiner Funktion als Vorsitzender des SPD-Bezirks Braunschweig. Ab wann helfen uns die Akten weiter?

Die jedem Menschen gleiche Möglichkeit zur Teilhabe an Kultur und Bildung gehört zu den Grundforderungen von Leonard Nelsons Lehre.¹⁵ Von Bennemann persönlich sind viele eindrucksvolle Berichte über die Bildungsarbeit seiner ISK-Gruppe von 1928 bis 1933 überliefert.¹⁶ Mit der Aktivität in der »Union« in London ab 1942 beginnen für ihn erneut die Themen Bildung und Erziehung zur Aufgabe zu werden. Schon aus der Londoner Zeit der Emigration liegt eine handschriftliche Ausarbeitung von ihm vor zum Thema »Why Adult Education?«. Die Notizen sehen auch »fulltime adult Tutors« vor und in der »post war policy« für die Universitäten »Courses für professional administrators« (o. J., ca. 1944). Das Thema hat ihn über das Kriegsende hinaus beschäftigt, denn im gleichen Aktenband ist seine Berufung in das Komitee für Erwachsenenbildung in Braunschweig testiert (23. Januar 1946).¹⁷ Auch an den handschriftlichen

14 StadtA BS G IX 76: 129.

15 Grabenhorst, *Otto Bennemann: Beitrag zu einer politischen Biographie*, 27.

16 AdsD, FES, Bestand IJB-ISK.

17 StadtA BS, G IX 76: 327.

Notizen an der Einladung und dem Satzungsentwurf zur Gründung des Gesamtverbandes Braunschweigischer Lehrer (15. Juli 1946) ist seine Beteiligung an diesem Konzept klar zu erkennen.¹⁸

Vielfältig sind in dieser Zeit seine Verbindungslinien zur Kant-Hochschule. Für ein Internationales Studentenseminar hielt er dort eine Ansprache (31. August 1950). Vor der Wissenschaftlichen Studienvereinigung TH Braunschweig sprach er am 7. Februar 1950 und er begrüßte als Oberbürgermeister den »Internationalen Ferienkursus 1951 der Niedersächsischen Hochschulen«.¹⁹ Eine Tagung der Kriegsgegner (*War Resisters' International*) wies er im Schlusswort seiner Begrüßung auf die Ambivalenz des Menschen zwischen Geist und Natur hin und betonte die Bedeutung internationaler Tagungen (27. Juli 1951).²⁰ Über »Kultur und Sozialismus!« sprach er in einer Feierstunde in der Kant-Hochschule (11. Oktober 1952), die er ungewohnt pathetisch ausklingen ließ mit einer ganzen Strophe des Liedes von Carl Gramm aus dem Naturfreunde-Liederbuch »Der Erde Glück, der Sonne Pracht ...«.²¹ 1953 hielt er zum Thema »Freiheit und Planung!« einen Vortrag für den S.D.S., den Sozialistischen Deutschen Studentenbund, an der Kant-Hochschule (18. Mai 1953).²²

Aus diesen Vorträgen und Notizen ist eine deutliche Nähe zu und Interesse an der Arbeit der Kant-Hochschule zu spüren. Vergebens allerdings sucht man in den Akten nach einem Hinweis auf die persönlichen Begegnungen zwischen Otto Bennemann und Georg Eckert. Natürlich haben sie sich gekannt, ebenso natürlich auch die Ehefrauen Magda Eckert und Franziska Bennemann. Als erstes persönliches Zeichen der Verbindung liegt in einer Mappe (1951 bis 1955) mit Grüßen von Freunden, und zwar besonders engen Freunden aus der Zeit der Emigration, recht unvermittelt als letztes Stück eine undatierte doppelseitige Weihnachtsgrußkarte mit dem Bild einer Schneelandschaft und dem von Magda Eckert von Hand geschriebenen Zusatz »von ganzem Herzen Georg und Magda Eckert«, wobei Georg Eckert selbst mit seinem Vornamen unterschrieben hat.²³

Mehr als zehn Jahre später, 1968, zum 65. Geburtstag Otto Bennemanns und der Verleihung der Ehrenbürgerwürde, kommt ein recht aufwändiges Schmucktelegramm aus Baltrum: »Zu der hohen wohlverdienten Ehrung gratulieren aufs herzlichste Georg und Magda Eckert.«²⁴ Beide Grüße zeigen zwischen den Familien zugleich Nähe und Distanz. Noch bei der Antwortkarte für die ausgesprochene Kondolenz ist der Dank formuliert mit dem handschriftlichen Zusatz »Ihnen,

18 StadtA BS, G IX 76: 333.

19 StadtA BS, G IX 76: 574.

20 StadtA BS, G IX 76: 559.

21 Redekonzept StadtA BS, G IX 76: 164.

22 StadtA BS, G IX 76: 574.

23 Postkarte StadtA BS, G IX 76: 715.

24 Telegramm StadtA BS, G IX 76: 373.

lieber guter Freund, ganz besonders herzlich, Ihre Magda Eckert«; man war beim achtungsvollen »Sie« als Anrede verblieben.²⁵

Beruflich gab es eine Reihe von aus den jeweiligen Aufgaben und persönlichen Interessen sich ergebenden Berührungspunkten.

1962: Am 23. Oktober wurde das außeruniversitäre Institut für Sozialgeschichte e. V. Braunschweig gegründet, wobei u. a. Ewald Gerrich und Hans Wenzel beteiligt waren. Das Institut wurde nach Georg Eckerts Tod 1974 nach Bonn verlegt.²⁶ Noch 2002, wenige Monate vor seinem Tode, erhielt Bennemann einen Bericht von Dieter Dowe über die Situation und die Aufgaben des Instituts, in dessen Trägerverein Otto Bennemann im Vorstand aktiv mitwirkte, indem er seinen breiten Erfahrungsschatz einbrachte.²⁷

1966: Georg Eckert übersandte den fünften Band des *Archivs für Sozialgeschichte*, wies darauf hin, dass erstmals ein tschechoslowakischer Autor beteiligt und damit die wissenschaftliche Diskussion über den Eisernen Vorhang hinaus eröffnet sei. Dann folgte der Hinweis auf Etatkürzungen. »Lieber Otto Bennemann« ist die Anrede in einem Schreiben an den Privatmann. Er bittet diesen, sich in den Etatberatungen »für unser Sozialinstitut« einzusetzen. »Lieber Georg!«, so die persönliche Antwort, »Selbstverständlich stehe ich Dir mit der mir möglichen Hilfe zur Verfügung.«²⁸

1967 gab es Gesprächsbedarf. Laut Notiz Bennemanns vom 20. August 1967 war er von Georg Eckert telefonisch informiert und um Hilfe gebeten worden. Zwei weitere Telefonate in den beiden nächsten Tagen sollten noch folgen. Bennemann notierte ausführlich, dass dem Institut für Sozialgeschichte e.V. vom Haushaltstitel 1967 in Höhe von 42.500 DM nur 7500 ausgezahlt worden waren, der Rest gestrichen wurde. Mit Briefen von Willi Eichler aus Bonn an den niedersächsischen Minister der Finanzen, Alfred Kubel (24. August 1967), und an Otto Bennemann (24. August 1967) war sofort größtmögliche politische Reaktion erzeugt. Aus Dankesbriefen von Georg Eckert und Willi Eichler an Bennemann ist erkennbar, dass hier spontan reagiert und ein neuer Etatansatz mitgeteilt worden war, der dem Institut mit Zurverfügungstellung von 20.000 DM statt 42.500 DM helfen sollte, »das Institut am Leben zu erhalten«. Die Irrungen wurden diplomatisch besänftigend benannt als »die Panne, die im Kultusministerium passiert war«.²⁹

1969: Innerhalb einzeln abgelegter Korrespondenzen zu Förderungs- und Hilfsgesuchen liegen ausführliche Darstellungen und Förderungswünsche der

25 Karte in StadtA BS, G IX 76: 170.

26 Text der Ansprache (Prof. Dieter Dowe) an Eckerts 25. Todestag, StadtA BS, G IX 76: 748.

27 StadtA BS, G IX 76: 623.

28 Notiz StadtA BS, G IX 76: 524. Der erwähnte tschechoslowakische Autor war Jiří Kořalka. Vgl. dessen Beitrag in diesem Band, S. 177–185.

29 Brief G. Eckert an O. Bennemann v. 24. 8. 1967, StadtA BS, G IX 76: 499.

acht Abteilungen der Pädagogischen Hochschule Niedersachsen. Trotz umfangreicher Schilderung der Notstände und anliegender Vorschläge des Arbeitskreises Kulturpolitik der SPD-Fraktion ist hier kein Hinweis auf Wünsche des doch so rührigen Eckerts.³⁰

1972: Georg Eckert bittet Otto Bennemann um Beitritt zum neu gegründeten Verein der Freunde und Förderer des Internationalen Schulbuchinstituts mit dem Hinweis: »Es entstehen Dir daraus weder Pflichten noch Arbeiten« (23. Juni 1972). Dieser Beitritt wurde dann am 31. Juli 1972 erklärt.³¹

1974: An Peter von Oertzen sind laut handschriftlicher Notiz des Absenders vom 4. Februar einige »Gutachten (Beurteilungen)« von Rosemarie Sievers, der engen Mitarbeiterin Georg Eckerts, gegangen. Bennemann stellte diese zusammen und erwies sich dabei als absolut kenntnisreich, da er umfassend Arbeiten bzw. deren Vorworte exzerpierte (oder dies so noch von Eckert bekommen hatte?). Dabei ist auch die Kopie eines ausführlichen von Georg Eckert wenige Tage vor seinem Tode verfassten »Gutachtens« für Sievers« wissenschaftliche und pädagogische Qualifikation.³² Auf der durch den Tod Georg Eckerts notwendig gewordenen außerordentlichen Mitgliederversammlung am 14. Februar 1974 wurde Otto Bennemann neu als Mitglied des Vereins zur Förderung des Instituts für Sozialgeschichte Braunschweig, danach Braunschweig-Bonn, aufgenommen und zum Mitglied des Vorstandes gewählt.³³

Nach dem Tode Eckerts hat sich Bennemann dann aktiv als Landtagsabgeordneter bei der weiteren Förderung für ein »Kuratorium für die Interessen des Schulbuchinstitutes« eingesetzt, wie ein Antwortschreiben an ihn von Dr. W. W. Schütz aus Bonn (17. Mai 1974) eindrucksvoll belegt. Von der Staatskanzlei wurde ihm der »Entwurf eines Gesetzes über die Gründung des ›Georg-Eckert-Instituts für Internationale Schulbuchforschung« mit Begründung (28. Oktober 1974) zugesandt.³⁴

Der schriftlichen Einladung zur Mitgliederversammlung des Vereins der Freunde und Förderer des Internationalen Schulbuchinstituts Braunschweig e.V. für den 18. April 1975 liegen in den Akten Otto Bennemanns zwei Satzungsentwürfe an: Die von ihm mit handschriftlichen Zusätzen versehene Satzung der Freunde und Förderer des Internationalen Schulbuchinstituts, Braunschweig (ohne Datum, nach 25. November 1975) und die »Änderung der Satzung des Vereins der Freunde und Förderer des Georg-Eckert-Instituts für internationale Schulbuchforschung, Braunschweig,« vom 7. November 1977.³⁵

30 StadtA BS, G IX 76: 684.

31 Vermerk in StadtA BS, G IX 76: 624.

32 Kopie in StadtA BS, G IX 76: 502.

33 Protokoll v. 28.02.1974, StadtA BS, G IX 76: 621.

34 Entwurf in StadtA BS, G IX 76: 624.

35 StadtA BS, G IX 76: 624.

Nur vereinzelt ist im Nachlass Bennemanns weiteres Schriftgut zum Georg-Eckert-Institut überliefert, zuletzt die schon erwähnte »Ansprache, gehalten an Eckerts 25. Todestag« in Braunschweig.³⁶

Am 7. Januar 1974 ist Professor Dr. Georg Eckert während einer Vorlesung in der Kant-Hochschule zusammengebrochen und auf dem Weg ins Krankenhaus verstorben. Die Anzeigen, Nachrufe in mehreren Zeitungen und in wissenschaftlichen Gremien sind mit den persönlichen Notizen im Aktenfundus Bennemanns zu einem Aktenband formiert.³⁷ Am 9. Januar hat, wie die Überschrift der sehr persönlichen Notizen auf drei Seiten nahe legt, ein Gespräch Bennemanns mit Rosemarie Sievers stattgefunden. Es diente seiner besseren Unterrichtung über den politischen und persönlichen Werdegang von Georg Eckert; er notierte dessen Aktivitäten als Schüler in der SAJ und als Student in der SPD und im Sozialistischen Studenten Bund an der Humboldt Universität in Berlin und dessen Studium für Völkerkunde (mit Geschichte und Geographie) in Bonn. Als weitere Stichworte, hier in Auswahl, notierte er: »1939 Berlin, Referendar, – Luftwaffenschule« dann »Soldat – Marinewetterwarte Saloniki, Verbindung z. Griechischen Widerstand und Partisanenbewegung ELAS EAM«, dann »Kriegsende – Vertrag mit Partisanen, Rettung des Lebens deutscher Soldaten, Freies Geleit für den Abzug der deutschen Truppen, Verzicht auf Sprengung und damit Erhalt lebenswichtiger Einrichtung f. d. griech. Bevölkerung«,³⁸

Auf sechs handschriftlichen DIN A4 Seiten ist die Trauerrede Otto Bennemanns überliefert, die er dann am 14. Januar im Braunschweiger Dom halten sollte. Sie ist nicht nur durch die Sensibilität der gewählten Formulierungen, sondern auch durch die Unmittelbarkeit der Handschrift, durch Unterstreichungen und Einfügungen besonders berührend. Er sprach ihm mit seinen Worten hohe Anerkennung aus.

Der Reichtum seines Wissens und seines Gemüts, die Kraft seiner Gedanken und seines Wortes führten uns zu den historischen Quellen der großen sozialen und kulturellen Bewegungen in unserer Stadt [...]. Georg Eckert gab uns seine Kameradschaft, seine Solidarität, seine Freundschaft.

Und dann schildert er aus der persönlichen Erinnerung:

Es war im Jahre 1946 als wir uns zum ersten Mal begegneten. Kaum genesen von einer schweren Krankheit, die ihn als Soldat im Kriege heimgesucht hatte, war er aus dem Lazarett in Goslar nach Braunschweig gekommen, um mit Martha Fuchs – damals Kultusministerin im Lande Braunschweig – die entscheidenden Gespräche für seine Berufung an die Kanthochschule zu führen. Schmal und noch von der Krankheit ge-

36 StadtA BS, G IX 76: 748.

37 StadtA BS, G IX 76: 170.

38 Notizen 09.01.74, StadtA BS, G IX 76: 170.

zeichnet stand er vor mir. Er war gekleidet in einen schwarz gefärbten [von allen militärischen Zeichen befreiten] Soldatenrock, wahrscheinlich sein einziger Anzug in jener Zeit. Doch in Kontrast zu Not und Trümmern, die uns damals umgaben, leuchteten aus einem Gesicht zwei frische und heitere Augen. Er freute sich auf die Arbeit mit jungen Menschen, auf die harte Arbeit des Neubeginns. [...]

Bei meinem letzten langen Gespräch mit Otto Bennemann zwei Tage vor seinem Tod – und leider nur über das Telefon – sprachen wir über eine kulturpolitische Tagung der SPD 1947 in Bad Gandersheim, an der er mit Georg Eckert teilgenommen hatte.

Neben der in der Rede wachgerufenen Erinnerung an die Stationen des beruflichen Weges hin »zum Erzieher, zum Schulreformer, zum Schulbuchreformer, zum passionierten Arbeiter für Völkerverständigung und zum Kämpfer für einen Staat des Rechts und der Freiheit« geht Bennemann – hier deutlich ein persönlicher Berührungspunkt zwischen den beiden Männern – in diesem Manuskript auf den Untergang der Republik von Weimar ein:

Als Mitglied der SPD und des »Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold« hatte er sich der drohenden Barbarei entgegengestemmt. Als junger Student der Berliner Universität war er führend in der Abwehr des geistigen und physischen Terrors der NS-Studentenschaft. Zwei unserer Freunde – Peter Dror-Vogel und Ewald Gerrich – kennen ihn aus jenen Tagen und standen damals mit an seiner Seite.³⁹

In einem ausführlichen Brief vom 28. Februar 1974 dankte Magda Eckert für die tröstlichen Worte bei der Trauerfeier und übersandte ein Foto des geschmückten Sarges im Blasiusdom. Sie berichtete über die erworbene Grabstätte in Rhöndorf »für Georg (u. mich später). Ich habe aber der Stadt Braunschweig gern zugesagt, daß Georg später in das hier vorgesehene Ehrengrab überführt werden soll, sobald niemand mehr von meiner Familie in Rhö. am Leben ist.« Sie schrieb von der geplanten Übersiedlung ins Rheinland und auch über den Abtransport aller der Bücher, Manuskripte, Sammlungen etc., die von der Friedrich-Ebert-Stiftung in Bonn übernommen wurden.

So sehr ich mich freue, daß alles dort in gute Hände kommt (u. vielleicht die eine oder andere unvollendete Arbeit von Georg dort einmal abgeschlossen werden kann), war es mir doch schmerzlich, als die zu voll! geladenen Möbelwagen aus der Okerstr. davon rollten – es war wie eine Art von zweitem Tod.⁴⁰

Aus ganz verschiedenen Ansätzen sind Otto Bennemann und Georg Eckert in ihre politische Verantwortung hineingewachsen. Mit dessen Tode scheint sich bei Otto Bennemann, den in ethisch begründeten Zielsetzungen aktiven Widerstandskämpfer und Politiker der ersten Stunde, ein Verständnis für den

39 Alle Zitate aus dem Manuskript der Trauerrede, StadtA BS, G IX 76: 170, 1–6.

40 Brief Magda Eckert v. 28.02.1974, StadtA BS, G IX 76: 170.

rührigen, engagierten und ebenso von Idealen erfüllten Organisator und Weggenossen spürbar verstärkt zu haben. Dieses Verstehen kommt nicht nur in dem zitierten Nachruf zum Ausdruck. Er blieb dem Georg-Eckert-Institut und dem Institut für Sozialgeschichte über dessen Förderverein bis zum Tode eng verbunden. Die 1994 gegründete Otto-Bennemann-Stiftung Braunschweig setzte sich die dauerhafte Förderung des Georg-Eckert-Instituts für internationale Schulbuchforschung zu einem herausgehobenen Stiftungsziel.

Open-Access-Publikation im Sinne der CC-Lizenz BY 4.0

© 2017, V&R unipress GmbH, Cöttingen

ISBN Print: 9783847107613 – ISBN E-Lib: 9783737007610

Georg Eckert als Wissenschaftler

Open-Access-Publikation im Sinne der CC-Lizenz BY 4.0

© 2017, V&R unipress GmbH, Cöttingen

ISBN Print: 9783847107613 – ISBN E-Lib: 9783737007610

Georg Eckert und die Anfänge der deutschen Sozialgeschichtsschreibung

1.

Benedetto Croce, der vielleicht bedeutendste italienische Historiker des zwanzigsten Jahrhunderts, hat einmal gesagt, dass jede Geschichte Gegenwartsgeschichte und insofern stärker mit der Zeit verwoben ist, in der der Historiker lebt, als mit der Zeit, über die er forscht und schreibt.¹ Das ist nicht falsch. Man sieht das auch daran, wie rasch sich die Blickweisen ändern, mit denen sich die Historiker der Vergangenheit nähern, aus denen heraus sie über Vergangenes schreiben, sodass es Bedeutung für die Gegenwart gewinnt.

Die Veränderungsfähigkeit der Geschichtswissenschaft ist ausgeprägt. Sie reagiert auf sich wandelnde intellektuelle und gesellschaftliche Bedürfnisse. Sie folgt Moden. Doch diese Moden haben viel mit den sich verändernden Zeitläufen zu tun, in denen sie aufeinanderfolgen. Diese Wandlungsfähigkeit der Geschichtswissenschaft steht ihrer Wahrheitsfähigkeit nicht notwendig im Weg. Ohne diese Wandlungsfähigkeit verlöre die Geschichtswissenschaft ihre Relevanz.

Derzeit sind transnationale Ansätze angesagt. Seit etwa zehn bis fünfzehn Jahren öffnet sich die Geschichtswissenschaft globalen Sichtweisen, breiträumigen Vergleichen zwischen den Kulturen und Verflechtungen zwischen den Kontinenten. Dies ist es, wofür sich Verlage, aber auch die Jungen im Fach besonders interessieren, auch mit Auswirkungen auf Fachdidaktik und Geschichtsunterricht.

In den achtziger und neunziger Jahren des vergangenen Jahrhunderts gaben den Ton die Kulturhistoriker an. Es lag in der Luft, vor allem danach zu fragen, welche Erfahrungen die Menschen früher gemacht haben, wie sie die Wirklichkeit wahrnahmen und veränderten, indem sie sie deuteten und über sie sprachen. Symbolisches Handeln, die Sprache, Erinnerung – diese wurden be-

1 Benedetto Croce, *Teoria e storia della storiografia*, seconda edizione riveduta, Bari: Laterza, 1920.

vorzuzugte Themen, die oftmals in kleinen Räumen, mikrohistorisch, untersucht wurden.

Die Aufstiegsphase der Sozialgeschichte lag davor, hierzulande im dritten Viertel des zwanzigsten Jahrhunderts. Als ich in den 1960er Jahren studierte und 1973 erstmals eine Professur wahrnahm, die Professur für Allgemeine Geschichte mit besonderer Berücksichtigung der Sozialgeschichte an der Universität Bielefeld, war Sozialgeschichte »in«. Studierende wollten sie hören, Verlage sie verkaufen, Intellektuelle erhofften sich von sozialgeschichtlichen Analysen kritische Einsicht in gewordene gesellschaftliche Wirklichkeit. Sozialgeschichte sei ein »nebuloser Sammelname für alles [...], was in der Geschichtswissenschaft [...] als wünschenswert und fortschrittlich angesehen wird«, monierte milde-ironisch einer der Gründerväter der westdeutschen Sozialgeschichte, Hans Rosenberg, im Jahr 1969.² Es sei eine gute Zeit, um Sozialhistoriker zu sein, gab zwei Jahre später Eric Hobsbawm in England zu Protokoll.³ In der Tat, es war ein internationales Phänomen: das große Interesse für die Geschichte sozialer Bewegungen und sozialer Klassen, für Industrialisierung und Kapitalismus, für Urbanisierung und Stadtgeschichte, aber auch für das ländliche Leben in früheren Zeiten, bald auch für die Geschichte der Familie, der Geschlechterbeziehungen und des Alltags. Und man experimentierte mit einem sozialgeschichtlichen Blick auf die ganze Geschichte, einschließlich Gesellschaft, Kultur und Politik, mit sozialgeschichtlichen Synthesen also, die man manchmal als »Gesellschaftsgeschichte« bezeichnete. Oft standen große Sozialwissenschaftler Pate, Karl Marx überall, in Deutschland überdies Max Weber, auch andere wären zu nennen. Historikerinnen und Historiker suchten die Kooperation mit Sozialwissenschaftlern und -wissenschaftlerinnen.

Über diese Zeit werde ich sprechen, über das dritte Viertel des neunzehnten Jahrhunderts, über den Aufstieg der Sozialgeschichte und den Beitrag, den Georg Eckert dazu leistete, dieser Braunschweiger Wissenschaftler, Pädagoge und Politiker, der 1974 starb, übrigens zusammengebrochen mitten in seiner Vorlesung über die deutsche Arbeiterbewegung. Abschließend werfe ich einen kurzen Blick auf die Entwicklung bis heute.

2 Hans Rosenberg, *Probleme der deutschen Sozialgeschichte*, Frankfurt am Main: Suhrkamp, 1969, 147.

3 Eric J. Hobsbawm, »From Social History to the History of Society«, in: *Daedalus* 100, 1(1971), 20–45, 43 (dt.: ders., »Von der Sozialgeschichte zur Geschichte der Gesellschaft«, in: Hans-Ulrich Wehler (Hg.), *Geschichte und Soziologie*, Köln: Kiepenheuer & Witsch, 1972, 330–353, 351).

2.

Bis zur Mitte des zwanzigsten Jahrhunderts war in Deutschland wenig von Sozialgeschichte die Rede. Aber es gab das Teilfach Sozial- und Wirtschaftsgeschichte mit eigenen Lehrstühlen, eigenen Zeitschriften, eigenen Fachverbänden schon seit dem späten neunzehnten Jahrhundert, zum Teil in den wirtschaftswissenschaftlichen, zum Teil in den historischen Fachbereichen der Universitäten. Sie bestanden weiter. In den 1920er, 1930er und 1940er Jahren wurde überdies *Volksgeschichte* betrieben, meist von jüngeren Historikern und Historikerinnen, die mit der herkömmlicherweise dominierenden Staaten- und Ideengeschichte unzufrieden waren und sich der Geschichte »des Volkes« zuwandten, vor allem der Geschichte des deutschen Volkes, der Deutschen und ihrer Siedlungen über die Reichsgrenzen hinaus, dem Auslandsdeutschtum, der Landesgeschichte, den ethnischen Konflikten, aber auch der Demographie, den Familienstrukturen und Gesellungsformen. Das war methodisch oft innovativ und zugleich ideologisch-politisch höchst problematisch: oftmals völkisch-national, teilweise mit ausgeprägter Nähe zum Nationalsozialismus, bis hin zur vieldiskutierten Teilnahme Einzelner an der Planung von »ethnischer Säuberung« und »Entjudung« vor allem im Osten.⁴ Diese Strömung war nach 1945 politisch diskreditiert, doch personell und methodisch wirkte sie weiter, jetzt unter Bezeichnungen wie Strukturgeschichte oder Sozialgeschichte. Werner Conze, einer der Pioniere der westdeutschen Sozialgeschichte, steht für diese Kontinuität im Wandel.⁵

Und es gab eine dritte Wurzel, meist außerhalb des etablierten akademischen Bereichs, nämlich die Geschichte der Arbeiter und der Arbeiterbewegung, oft aus marxistischem Blickwinkel, von sympathisierenden Intellektuellen oder von autodidaktischen Praktikern der Arbeiterbewegung betrieben. Dafür verwandte

4 Willi Oberkrome, *Volksgeschichte. Methodische Innovation und völkische Ideologisierung in der deutschen Geschichtswissenschaft 1918–1945*, Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht, 1993; vorher: Winfried Schulze, »Von der ›Politischen Volksgeschichte‹ zur ›Neuen Sozialgeschichte‹«, in: ders., *Deutsche Geschichtswissenschaft nach 1945*, München: Oldenbourg, 1989, 281–301; und Jürgen Kocka, »Ideological Regression and Methodological Innovation: Historiography and the Social Sciences in the 1930s and 1940s«, in: *History and Memory* 2, 1 (1990), 130–138. – Zuletzt Lutz Raphael (Hg.), *Von der Volksgeschichte zur Strukturgeschichte: Die Anfänge der westdeutschen Sozialgeschichte 1945–1968*, Leipzig: Leipziger Universitäts-Verlag, 2002.

5 Werner Conze, »Die Gründung des Arbeitskreises für moderne Sozialgeschichte«, in: *Hamburger Jahrbuch für Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik* 24 (1979), 23–32; ders., *Die Strukturgeschichte des technisch-industriellen Zeitalters*, Opladen: Westdeutscher Verlag, 1957; ders., »Die deutsche Geschichtswissenschaft seit 1945. Bedingungen und Ergebnisse«, in: *Historische Zeitschrift* 225, 1 (1977), 1–28; Thomas Etzemüller, *Sozialgeschichte als politische Geschichte. Werner Conze und die Neuorientierung der westdeutschen Geschichtswissenschaft nach 1945*, München: Oldenbourg, 2001.

man ebenfalls den Begriff Sozialgeschichte. Zu erinnern ist an Carl Grünbergs *Archiv für die Geschichte des Sozialismus und der Arbeiterbewegung* (bis 1930) und an das Internationale Institut für Sozialgeschichte in Amsterdam, das 1935 entstanden war und den Marx-Engels-Nachlass aufnahm, der aus Nazi-Deutschland gerettet worden war.⁶ Aber diese Art von Sozialgeschichte war, anders als die Volksgeschichte, in Deutschland und im besetzten Europa durch die braune Diktatur beschädigt und geschwächt worden.⁷

Nach dem Ende des Krieges und der nationalsozialistischen Diktatur knüpfte die westdeutsche Geschichtswissenschaft im Wesentlichen an ihre alten Traditionen an, wie sie im ersten Jahrhundertdrittel vorgeherrscht hatten, und damit an die herkömmliche Dominanz der Staaten- und Politikgeschichte. Sozialgeschichte, in den drei genannten Richtungen, blieb zunächst marginal. Aber die Situation änderte sich.

Zum einen öffnete sich die westdeutsche Geschichtswissenschaft nach dem Zweiten Weltkrieg, anders als die deutsche Geschichtswissenschaft nach dem Ersten Weltkrieg, westlichen Einflüssen, so wie sich die Politik und Kultur zuerst der Westzonen und dann der Bundesrepublik nach einigem Zögern entschieden nach Westen orientierten. Damit gewannen die in den westlichen Ländern oft schon weiter entwickelten sozialgeschichtlichen Strömungen auch in Deutschland an Einfluss, darunter die französische Historikergruppe um die Zeitschrift *Annales* und Historiker aus England und den USA, darunter solche, die in den 1930er Jahren aus Deutschland geflohen waren, nicht vom Nationalsozialismus korrumpiert waren, intellektuelle Einflüsse ihrer Gastländer aufgenommen hatten und diese jetzt in Deutschland bekannt machten.⁸ Hans Rosenberg beispielsweise war in die USA emigriert und nahm in den 1950er Jahren Gastaufenthalte an der Freien Universität Berlin wahr, seine Wirkung auf die nach neuer Orientierung suchenden Jüngeren ist kaum zu überschätzen.

Zum anderen spielten Kalter Krieg und deutsche Teilung eine ambivalente Rolle. Einerseits: Mit aller Härte der Diktatur wurde in den 1950er Jahren in der DDR das Monopol einer marxistisch-leninistischen Geschichtswissenschaft etabliert. Umgekehrt – und als Teil der zunehmenden politisch-ideologischen Ost-West-Spannung – räumte die Geschichtswissenschaft in der Bundesrepublik marxistischen Ansätzen nur äußerst geringe Spielräume ein, sie grenzte marxistische Autoren gründlicher aus, als dies gleichzeitig in Frankreich, Italien oder England geschah. Andererseits hatte das deutsch-deutsche Spannungs-

6 Vgl. die Beiträge von Dieter Dowe und Hans-Peter Harstick in diesem Band.

7 Adolf J.C. Rüter, »Introduction«, in: *International Review of Social History*, 1 (1956), 1–7; Hans-Ulrich Wehler, »Einleitung«, in: ders. (Hg.), *Moderne deutsche Sozialgeschichte*, Köln/Berlin: Kiepenheuer und Witsch, 1966, 9–16, 11f.

8 Lutz Raphael, *Geschichtswissenschaft im Zeitalter der Extreme. Theorien, Methoden, Tendenzen von 1900 bis zur Gegenwart*, München: C. H. Beck, 2003.

verhältnis auch produktive Wirkungen. Die Konkurrenz um historische Deutungshoheit führte dazu, dass der Arbeiter- und Arbeiterbewegungsgeschichte großes Interesse zuteil wurde, nicht nur im Osten, sondern auch im Westen, und damit dort auch der aufstrebenden Sozialgeschichte, die sich insofern einer merkwürdigen Mischung von Misstrauen und Aufmerksamkeit ausgesetzt sah. Faktisch wurde sie dadurch gefördert.

Vor allem aber gewannen in der Bundesrepublik Bestrebungen an Boden, sich kritisch mit dem Nationalsozialismus und der dahin führenden Geschichte der Deutschen auseinanderzusetzen. Dies geschah in vielfacher Form, gleich nach 1945 und dann verstärkt seit den späten 1950er Jahren. Innerhalb der Geschichtswissenschaften erreichten solche Bestrebungen mit der Kontroverse um den Hamburger Historiker Fritz Fischer und seine Betonung deutscher Verantwortung für den Ausbruch des Ersten Weltkriegs Anfang der 1960er einen ersten Höhepunkt.⁹ Die aufmüpfige Mischung von Traditionskritik und Modernisierungsoptimismus, die dann das intellektuelle und politische Klima der 1960er Jahre zunehmend prägte – Höhepunkt »68« – kam *den* Ansätzen innerhalb der Geschichtswissenschaft zugute, die ihrerseits, wie die Sozialgeschichte, Traditionskritik und Erneuerungsversprechen verbanden und, über das Fach hinaus, die gesellschaftlich-politische Modernisierung unter emanzipatorischem Vorzeichen zu befördern versprachen.

Westliche Einflüsse, die deutsch-deutsche Konkurrenz im Kalten Krieg, vor allem aber die kritische Aufbruchstimmung, die schon in den 1950er Jahren begann und die 1960er Jahre prägte – das war der Kontext, in dem der Aufstieg der Sozialgeschichte stattfand. Sozialgeschichte wurde jetzt zunehmend als »Oppositionswissenschaft« verstanden und gewollt. Innerwissenschaftlich stand sie für ein alternatives Programm, das die herkömmlicherweise dominierende Politikgeschichte durch Betonung gesellschaftlicher (und wirtschaftlicher) Entwicklungen zumindest zu ergänzen versprach; für ein alternatives Programm, das die Geschichte der großen Akteure und herausragenden Ereignisse durch die Geschichte der sozialen Strukturen, Prozesse und Bewegungen, später auch durch Alltagsgeschichte ersetzen wollte; für ein alternatives Programm, das den »kleinen Leuten« eine Stimme geben würde und das, wenngleich meist nur indirekt, zur Kritik der Gegenwart, zur Aufklärung und Demokratisierung beitragen würde – über die Fachdisziplin hinaus, im Schulunterricht und in der Öffentlichkeit. Der Aufstieg der Sozialgeschichte und die gesellschaftlich-politischen Veränderungen der Zeit hingen eng zusammen, so unterschiedlich

9 Fritz Fischer, *Griff nach der Weltmacht. Die Kriegszielpolitik des kaiserlichen Deutschland 1914/18*, Düsseldorf: Droste, 1961.

letztlich auch blieb, was unter dem Etikett Sozialgeschichte an verschiedenen Orten und in verschiedenen Milieus betrieben wurde.¹⁰

3.

Georg Eckert hat zum Aufstieg der Sozialgeschichte in jenen Jahrzehnten auf besondere, innovative und nachhaltige Weise beigetragen. Er hat zum einen selbst sozialhistorisch gearbeitet und publiziert, insbesondere zur Geschichte der Braunschweiger Sozialdemokratie und der deutschen Arbeiterbewegung im neunzehnten Jahrhundert überhaupt: empirisch genau und immer sehr quellennah. Auch wichtige Quelleneditionen legte er vor. Er hat zweitens den Geschichtsunterricht sozialhistorisch anzureichern und zu prägen versucht, etwa mit der Lehrerhandreichung »Arbeiterleben in der Frühzeit des Industriekapitalismus« oder der Quellenedition »Aus den Lebensberichten deutscher Fabrikarbeiter. Zur Sozialgeschichte des ausgehenden 19. Jahrhunderts«, die 1948 und 1953 in den *Beiträgen zum Geschichtsunterricht* erschienen. Damit wollte er, so schrieb er, bewusst auf die Darstellung der »großen« Geschichte verzichten und stattdessen vertraut machen »mit Menschen, die still und unbeachtet durch ihre Zeit gingen«.¹¹ In den von ihm herausgegebenen *Beiträgen zum Geschichtsunterricht. Quellen und Unterlagen für die Hand des Lehrers* bearbeitete er neben der Sozialgeschichte der industriellen Arbeit eine Reihe von weiteren Themen selbst, so den »Bauernkrieg«, die Quellen zur Wirtschafts- und Sozialgeschichte des achtzehnten Jahrhunderts, Reformen des Freiherrn vom Stein oder die Revolution von 1848/49.¹² Schließlich, und dies war wohl sein wich-

10 Jürgen Kocka, *Sozialgeschichte. Begriff – Entwicklung – Probleme*, Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht, 2. Auflage 1986, 59–67, 142–145, 193–195, bes. Anm. 26, 34 und 43; Thomas Welskopp, »Die Sozialgeschichte der Väter. Grenzen und Perspektiven der Historischen Sozialwissenschaft«, in: *Geschichte und Gesellschaft* 24, 2 (1998), 173–198; ders., »Westbindung auf dem ›Sonderweg‹. Die deutsche Sozialgeschichte vom Appendix der Wirtschaftsgeschichte zur Historischen Sozialwissenschaft«, in: Wolfgang Küttler, Jörn Rüsen und Ernst Schulin (Hg.), *Globale Konflikte, Erinnerungsarbeit und Neuorientierungen seit 1945*, Frankfurt am Main: Fischer Taschenbuch Verlag, 1999, 191–237; ders., »Grenzüberschreitungen. Deutsche Sozialgeschichte zwischen den dreißiger und siebziger Jahren des 20. Jahrhunderts«, in: Christoph Conrad und Sebastian Conrad (Hg.), *Die Nation schreiben. Geschichtswissenschaft im internationalen Vergleich*, Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht, 2002, 296–332.

11 Vgl. Georg Eckert, »Geleitwort«, in: ders. (Hg.), *Aus den Lebensberichten deutscher Fabrikarbeiter*, Braunschweig: Verlag Albert Limbach, 1953, 4.

12 Vgl. Georg Eckert, *Der Bauernkrieg. Beiträge zum Geschichtsunterricht: Heft 1*, Braunschweig: Verlag Albert Limbach, 1953; ders., *Der Freiherr vom Stein und die preuß. Reformen. Beiträge zum Geschichtsunterricht: Heft 5*, Braunschweig: Verlag Albert Limbach, 1953; ders., *Die Revolution von 1848/49. Beiträge zum Geschichtsunterricht: Heft 2*, Braunschweig

tigster Beitrag zum Aufstieg der Sozialgeschichte in Deutschland, wurde Eckert zum Gründer nachhaltig wirksamer Institutionen. Er war der entscheidende Inspirator, tatsächliche Gründer und langjährige Herausgeber des *Archivs für Sozialgeschichte*, das seit 1961 von der Friedrich-Ebert-Stiftung herausgegeben wird und sich über die Jahrzehnte aus einem Jahrbuch zur Geschichte der Arbeiterbewegung in ein umfassendes, einflussreiches, auch international ausstrahlendes Organ der Sozialgeschichte in Deutschland entwickelt hat. Er gründete das Braunschweiger Institut für Sozialgeschichte und nutzte es zur Einwerbung von Mitteln für große internationale Kooperationsprojekte, in denen er dann Regie führte. Und er hatte entscheidenden Anteil an der Gründung des Archivs der sozialen Demokratie der Friedrich-Ebert-Stiftung in Bonn-Bad Godesberg, einer wichtigen Infrastruktur und eines wichtigen Zentrums, nicht nur für Forschungen zur Geschichte der Sozialdemokratie und der Gewerkschaften, sondern auch für Forschungen zur Sozialgeschichte allgemein.

Mustert man Eckerts Beiträge zur Entwicklung der Sozialgeschichte in Deutschland aus der Rückschau, ergibt sich ein unverwechselbares Profil.

Eckert sah und verortete seine Bemühungen eindeutig in der dritten der drei genannten Wurzeltraditionen der deutschen Sozialgeschichte, nämlich in der Geschichte der Arbeiterbewegung. Er war – schon vom Elternhaus her – sozialdemokratisch geprägt und arbeitete durchweg eng mit der SPD, vor allem aber mit der Friedrich-Ebert-Stiftung zusammen. Eckert fußte in einer wichtigen sozialdemokratischen Tradition: der Hochschätzung von Bildung als einem Mittel der Aufklärung und des sozialen Aufstiegs. Er war ganz bewusst ein politischer Professor. Die Arbeiterbewegung war und blieb eines seiner zentralen Themen. Doch sein Einsatz für die Sozialgeschichte reichte darüber hinaus. Mit diesem Spagat zwischen Arbeitergeschichte und allgemeiner Sozialgeschichte deutet sein Profil auf allgemeinere Entwicklungen voraus, die sich mittlerweile europaweit voll durchgesetzt haben. Was als Sozialgeschichte der Arbeiter, der Arbeiterbewegung und des Sozialismus begann, hat sich in der Regel zur Sozialgeschichte im umfassenderen Sinn entwickelt, die andere soziale Gruppen, Themen und Perspektiven mindestens ebenso sehr bearbeitet wie das Arbeiterthema (das mittlerweile sehr, vielleicht allzu sehr, an den Rand des akademischen und öffentlichen Interesses geraten ist).

Georg Eckert hatte zwar Geschichte u. a. bei Hermann Oncken und Arthur Rosenberg studiert, und ab 1946 amtierte er, von Ministerpräsident Alfred Kubel geholt, zunächst als Dozent, dann als Professor für Geschichte und Methodik des Geschichtsunterrichts an der Hochschule für Lehrerbildung – Kant-Hochschule, später Pädagogische Hochschule Braunschweig, aber seine Promotion und seine

1953; ders., *Quellen zur Wirtschafts- und Sozialgeschichte des 18. Jahrhunderts. Beiträge zum Geschichtsunterricht: Heft 17*, Braunschweig 1953.

Habilitation hatten im Fach Ethnologie (Völkerkunde) stattgefunden. Er gab auch ethnologische Schriften heraus, er wirkte in sehr vielen Bereichen der Bildung und der Kulturpolitik, er war ein hoch effizienter »Moderator und Diplomat« in zahlreichen Bereichen, beispielsweise auch als Leiter der deutschen Delegation bei der UNESCO.¹³ Vor allem engagierte er sich als Bildungs- und Schulreformer, er setzte sich für Reformen der Lehrerbildung, die Verbesserung der Schulbücher und für neue Konzepte des Geschichtsunterrichts ein, den er als Kern einer demokratischen staatsbürgerlichen Erziehung etablieren wollte. In diesem Zusammenhang und aus solchen Motiven sprach er sich für die Sozialgeschichte aus, um die herkömmliche Dominanz der Politikgeschichte in der Lehrerbildung und in den Schulen zu revidieren, damit die seines Erachtens allzu enge nationalstaatliche Geschichtssicht überwunden und so die Spannungen zwischen den Nationen abgebaut würden. Er verstand, und das war sehr selten, Sozialgeschichte als Mittel der Friedenserziehung. Deshalb versuchte er auch, den Geschichtsunterricht »von der Isolierung auf deutsche oder mitteleuropäische Geschichte zu befreien«.¹⁴ Und der Sozialgeschichte wies er auch die Aufgabe zu, sich mit der Geschichte sozialer Bewegungen außerhalb des Westens zu befassen und beispielsweise antikoloniale und antiimperialistische Bewegungen zu studieren. Im Kern vertrat Eckert ein entschiedenes Plädoyer für Sozialgeschichte aus reformpädagogischen Motiven mit demokratisch-emanzipatorischer Perspektive, und dies sofort nach dem Zusammenbruch. Eckert war tief geprägt vom hautnahen Erlebnis des Krieges und der nationalsozialistischen Diktatur. Wie manche andere in den verschiedensten politischen Lagern zog er daraus nach 1945 die Konsequenz, alles dafür zu tun, dass in Deutschland und Europa eine lebenskräftige Demokratie und eine friedliche Ordnung dauerhaft

13 Vgl. Heike Christina Mätzing, *Wissenschaftler und Botschafter der Völkerverständigung. Georg Eckert (1912–1974) zum 100. Geburtstag*, Bonn: Friedrich-Ebert-Stiftung, 2013; Hans-Peter Harstick, »Geschichte und ihre Didaktik«, in: Gerhard Himmelmann (Hg.), *Fünfzig Jahre wissenschaftliche Lehrerbildung in Braunschweig*, Braunschweig: Erziehungswissenschaftlicher Fachbereich der Technischen Universität, 1955, 273–291; ders., »Georg Eckert (1912–1974). Wegbereiter einer neuen Konzeption von Geschichte in Wissenschaft und Unterricht«, in: Ursula A. Becher und Rainer Riemenschneider (Hg.), *Internationale Verständigung. 25 Jahre Georg-Eckert-Institut für internationale Schulbuchforschung in Braunschweig*, Hannover: Verlag Hahnsche Buchhandlung, 2000, 105–116; Horst Gies, »Neuanfang und Kontinuitäten. Geschichtsdidaktik und Geschichtsunterricht in Niedersachsen nach 1945«, in: Horst Kuss und Bernd Mütter (Hg.), *Geschichte Niedersachsens neu entdeckt*, Braunschweig: Westermann, 1996, 98–111; Michele Barricelli, »Didaktische Räusche und die Verständigung der Einzelwesen. Georg Eckerts Beitrag zur Erneuerung des Geschichtsunterrichts nach 1945«, in: Wolfgang Hasberg und Manfred Seidenfuß (Hg.), *Modernisierung im Umbruch. Geschichtsdidaktik und Geschichtsunterricht nach 1945*, Berlin u. a.: LIT-Verlag, 2008, 261–290; Beitrag von Heike Christina Mätzing in diesem Band.

14 Georg Eckert, *Arbeiterleben in der Frühzeit des Industriekapitalismus. Beiträge zum Geschichtsunterricht: Heft 4*, Braunschweig: Verlag Albert Limbach, 1948.

entstünden. Aber ziemlich einzigartig war, dass er daraus die Konsequenz zog, die *Sozialgeschichte* zu bestärken. Als Sozialhistoriker sieht man mit Genugtuung, dass das eigene Metier, die Sozialgeschichte, auch solche dezidiert demokratische, aufklärerische Wurzeln besitzt.

Eckert gehörte nicht zum inneren Kreis der hoch anerkannten Fachwissenschaftler, weder in der Geschichtswissenschaft noch in der Ethnologie. Er erhielt nie einen Lehrstuhl an einer hoch reputierten Volluniversität. Er war Initiator und Kommunikator mit erheblicher Ausstrahlungskraft, ein betriebsamer Mensch, ein Könnler im Überschneidungsbereich von Wissenschaft, Wissensmanagement und Politik. Aber vom akademischen Establishment gesehen, wirkte Eckert von den Rändern her, von außerhalb des Mainstreams der akademischen Disziplinen an den etablierten Universitäten. Er war nach Herkunft, Werdegang und Stellung der produktive, rührige Außenseiter. Ihm gelang bei weitem nicht alles, beispielsweise setzte er seine Ziele auf dem Gebiet der Lehrerbildungs- und Unterrichtsreform nicht durch. Aber ihm gelangen mit dem Internationalen Schulbuchinstitut, das seit 1975 seinen Namen trägt, und dem *Archiv für Sozialgeschichte* einflussreiche Gründungen, die sich in den folgenden Jahrzehnten kräftig weiterentwickelten und noch heute, fast vierzig Jahre nach seinem Tod, in Blüte stehen.¹⁵

Man kann dies als Lehrstück zum Thema Innovation in der Frühphase neuer Forschungsrichtungen verstehen oder auch als Beleg für die These, dass die frühe Bundesrepublik große Chancen für produktive Neuaufbrüche bot und als Phase der Restauration nicht treffend beschrieben wird. Vor allem aber handelt es sich um die erstaunliche Erfolgsgeschichte eines außerordentlichen Mannes, der im Überschneidungsbereich von Wissenschaft und Politik rastlos gewirkt, Ungewöhnliches geleistet und Spuren gelegt hat, die bis heute sichtbar sind. Liest man Eckerts programmatische Äußerungen aus der unmittelbaren Nachkriegszeit heute, wirkt vieles sehr modern und eigentlich recht überzeugend. Das ist nicht selbstverständlich.

4.

Heute ist Sozialgeschichte nicht mehr das mitreißende Zauberwort, das vor allem in den 1960er und 1970er Jahren besonders die Jungen mobilisierte. Andere Blickrichtungen sind seit den 1980er Jahren in den Vordergrund des Interesses gerückt, wie bereits erwähnt.

Es wäre aber grundfalsch, von einem Abstieg der Sozialgeschichte in den letzten Jahrzehnten zu sprechen. Vielmehr hat sie sich verändert, ausdifferen-

¹⁵ Vgl. dazu weitere Beiträge in diesem Band.

ziert und verfeinert. Sie ist interessante neue Verbindungen eingegangen, so mit Varianten der Kulturgeschichte und heute als Teil der Globalgeschichte. Zweifellos wird gegenwärtig weniger über Sozialgeschichte debattiert als zur Zeit Eckerts. Aber das liegt auch daran, dass Sozialgeschichte selbstverständlicher geworden, durchgesetzt worden und tief in die allgemeine Geschichte eingedrungen ist, die dadurch aufgehört hat, im wesentlichen politische Geschichte zu sein. Was auf den ersten Blick als Bedeutungsverlust der Sozialgeschichte erscheinen mag, ist aus anderer Sicht ihr Erfolg.

Weiterhin steht der Begriff Sozialgeschichte für eine bestimmte Art, Geschichte zu betrachten, die sich von anderen Arten unterscheidet: etwa durch ein ausgeprägtes Interesse an sozialer Ungleichheit; durch besondere Aufmerksamkeit für die Verhältnisse, für Strukturen und Prozesse, für die historischen Bedingungen und Folgen von menschlichen Einstellungen und Handlungen (statt nur für diese Einstellungen und Handlungen selbst). Sozialhistorikerinnen und -historiker bestehen darauf, Warum-Fragen zu stellen und sich nicht auf Wie-Fragen zu beschränken. Sie suchen nach Erklärungen. Sie argumentieren und üben Kritik. Viele von ihnen sehen darin das aufklärerische Potential dieser Wissenschaft und ihre mögliche praktische Bedeutung über den akademischen Elfenbeinturm hinaus. Georg Eckert würde das wiedererkennen – wie ich hoffe, mit Zustimmung.

Georg Eckert als Historiker der Arbeiterbewegung

»Die Arbeiterschaft selbst ist im Zuge der fortschreitenden gesellschaftlichen Demokratisierung, allen Rückschlägen zum Trotz, ein geschichtsbildender Faktor ersten Ranges geworden«¹ – so steht es im Geleitwort einer Quellensammlung, die Georg Eckert 1954 für den Geschichtsunterricht herausgegeben hat. Ganz am Anfang seiner Lehrtätigkeit an der Kant-Hochschule in Braunschweig steht die Beschäftigung mit der Arbeiterbewegung; und auch am Ende seines Lebens: Georg Eckert brach am 7. Januar 1974 während einer Vorlesung über die Arbeiterbewegung im Hörsaal zusammen und starb wenig später.

Lesen wir weiter in dem kurzen Geleitwort der erwähnten Quellensammlung, so finden wir den Schlüssel für sein Interesse an der Arbeiterbewegung:

Unser Heft verzichtet dabei bewußt auf die Darstellung der ›großen‹ Geschichte. Es versucht vielmehr das Ethos, die Atmosphäre, aber auch das Menschlich-Allzumenschliche [...] im Spiegel kleiner – und doch so bedeutsamer – Menschenschicksale einzufangen. Es führt uns in Fabrikhallen, in Arbeiterwohnungen, auf Kinderfeste und Zahlabende. Es macht uns mit bedeutenden Persönlichkeiten vertraut, aber auch mit Menschen, die still und unbeachtet durch ihre Zeit gingen.

Und dann zitiert er Paul Göhre, dessen Büchlein *Drei Monate Fabrikarbeiter* er abdruckt: »Hier redet das Volk selbst durch den Mund Berufener von sich, seinen Schicksalen, seinen Nöten und Freuden, seiner Öde, seiner Hoffnung, seinen schmerzlichen Verzichten. Hier fallen alle Schleier: wie lebendig gewordene Erde liegt es ganz nahe vor uns.« Ein solcher Blick auf die Geschichte war Anfang der 1950er Jahre ungewöhnlich. In der Geschichtswissenschaft dominierten damals Politik-, Diplomatie- und Staatengeschichte. Die Geschichte der Arbeiter und ihrer Organisationen war in der Geschichtswissenschaft kein Thema, noch befand sich die Sozialgeschichte in ihren Anfängen.

Ein weiteres zentrales Anliegen Eckerts wird in diesem Bändchen deutlich:

1 Georg Eckert, *Aus den Lebensberichten deutscher Fabrikarbeiter. Zur Sozialgeschichte des ausgehenden 19. Jahrhunderts*, Braunschweig: Verlag Albert Limbach, 1954, 3f., auch für das Folgende.

Schülern, Schülerinnen und Studierenden sollten Quellen zur Verfügung gestellt werden. Dabei wollte er schwer zugänglichen oder fast verschollenen Werken den Vorrang geben, und er wollte Vertreterinnen und Vertreter unterschiedlicher geistiger und politischer Richtungen zu Wort kommen lassen. Neben Paul Göhres Text druckte er in dem Quellenband Auszüge aus den Lebenserinnerungen von August Bebel, Adam Stegerwald und Johannes Giesbert, aber auch von ganz unbekanntem Arbeiterinnen und Arbeitern ab. Die beschriebene Quellensammlung erschien in der Reihe *Beiträge zum Geschichtsunterricht. Quellen und Unterlagen für die Hand des Lehrers*, die er zusammen mit Karl Mielcke im Auftrag des Historischen Seminars der Kant-Hochschule Braunschweig herausgab.² An dieser Institution, der Hochschule für Lehrerbildung, war er seit 1946 tätig, zunächst als Dozent, dann als Professor für Geschichte und Methodik des Geschichtsunterrichts.³ Von Anfang an waren ihm die *Beiträge* eine Herzensangelegenheit; der Bauernkrieg, die Revolution von 1848/49, der Vormärz und die preußischen Reformen waren erste Themenhefte. Aspekte, die in damaligen Schulbüchern keine zentrale Rolle spielten. Zu den ersten Heften zählte das Themenheft *Arbeiterleben in der Frühzeit des Industriekapitalismus*, in dem Eckert einen kurzen Abriss der Industrialisierung in Europa gab und vor allem anhand zeitgenössischer Texte die schlimmen sozialen Folgen der Frühindustrialisierung thematisierte.⁴

Mitte der 1950er Jahre wandte sich Georg Eckert einem Themenfeld zu, das ihn in den folgenden Jahren immer wieder beschäftigte: der Geschichte der Arbeiter und ihrer Organisationen in Braunschweig. Er wurde zu ihrem ersten und wichtigsten Darsteller. Regionalgeschichte nahm fortan einen gewichtigen Platz in seinen Forschungen ein.

In zahlreichen Untersuchungen konnte er deutlich machen, welche große Rolle gerade die Braunschweiger Arbeiterbewegung für die deutsche Arbeiterbewegung in ihrer Frühgeschichte spielte. Dabei faszinierten ihn besonders das Leben und das Wirken von Wilhelm Bracke. Eckert wurde nicht müde,

2 In der von Eckert 1947 gegründeten Reihe erschienen bis Ende der 1960er Jahre über 30 Quellensammlungen.

3 Literatur zu Georg Eckert: Jürgen Kocka, »Georg Eckert und die Anfänge der deutschen Sozialgeschichtsschreibung«, in: *Eckert. Das Bulletin* 12 (2012), 4–11, auch in diesem Band; Heike Christina Mätzing, »Georg Eckert und die Anfänge des Archivs für Sozialgeschichte«, in: Meik Woyke und Anja Kruke (Hg.), *50 Jahre Archiv für Sozialgeschichte. Bedeutung, Wirkung, Zukunft*, Bonn: Friedrich-Ebert-Stiftung, 2011, 23–44; dies., *Wissenschaftler und Botschafter der Völkerverständigung. Georg Eckert (1912–1974) zum 100. Geburtstag*, Gesprächskreis Geschichte Heft 102, Bonn: Friedrich-Ebert-Stiftung, 2013; Dieter Dowe, Kurt Klotzbach und Hans Pelger, »In memoriam Georg Eckert«, in: *Archiv für Sozialgeschichte* 14 (1974), XI–XIII.

4 Georg Eckert, *Arbeiterleben in der Frühzeit des Industriekapitalismus*, Braunschweig: Verlag Albert Limbach, 1948.

seinen Leserinnen und Lesern von der Bedeutung Brackes für die deutsche und europäische Arbeiterbewegung zu berichten. Und wiederum waren es die Quellen, in diesem Fall die Briefe Brackes, mit denen er dessen Persönlichkeit charakterisierte und sein Wirken in der jungen Organisation beschrieb. Mit dem Bändchen *Aus den Anfängen der Braunschweiger Arbeiterbewegung. Unveröffentlichte Bracke-Briefe* beschrieb er das spannendste Jahrzehnt der Braunschweiger Arbeiterbewegung.⁵ Die Briefe befanden sich mit einer Ausnahme im Archiv des Internationalen Instituts für Sozialgeschichte in Amsterdam. Als Anerkennung für Brackes Rolle bei der Gründung der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei (SDAP) in Eisenach 1869 hatten die dortigen Delegierten Braunschweig-Wolfenbüttel zum Sitz des Parteiausschusses gewählt, des obersten Führungsgremiums der neuen Partei. Die abgedruckten Briefe berichten von ersten Begegnungen zwischen Bracke und Marx, aus denen sich eine ganz intensive Beziehung entwickelte – Bracke galt als besonderer Vertrauensmann der Londoner.⁶ Die Briefe erzählen vom Ablösungsprozess der Braunschweiger von den Lassalleanern und von der Arbeit des Braunschweiger Ausschusses am Vorabend des Deutsch-Französischen Krieges. Beeindruckend an dieser Quellenpublikation sind die von Eckert verfassten Anmerkungen zu den Briefen, die – ihrerseits außerordentlich quellengesättigt – sich zu einer Darstellung der Geschichte der frühen deutschen Arbeiterbewegung entwickeln und die enormen Literatur- und Quellenkenntnisse Eckerts zeigen. Zuweilen sind die in den Anmerkungen zitierten Quellen umfangreicher als die abgedruckten Briefe selbst. Die Leserinnen und Leser erfuhren auf diese Weise von der Auseinandersetzung zwischen Anarchisten und Marxisten in der Internationale, von der Haltung des Braunschweiger Ausschusses im Deutsch-Französischen Krieg 1870, von der Lötzener Kettenaffäre, vom Hochverratsprozess gegen Bebel und Liebknecht; sie erfuhren von den heftigen innerparteilichen Auseinandersetzungen, gipfelnd in der auf dem Vereinigungsparteitag in Gotha 1875 von Eisenachern und Lassalleanern geführten Diskussion um das Parteiprogramm.

Eckert beschäftigte sich in diesen Jahren intensiv mit Bracke. Einem breiteren Braunschweiger Publikum brachte er Bracke in einem Vortrag im Geschichtsverein näher.⁷ Immer wieder war es die Politik von Wilhelm Bracke, die ihn faszinierte, und hierbei dessen Demokratieverständnis, das sich für Eckert be-

5 Ders., *Aus den Anfängen der Braunschweiger Arbeiterbewegung. Unveröffentlichte Bracke-Briefe*, Braunschweig: Verlag Albert Limbach, 1955.

6 Vgl. ders., »Wilhelm Bracke und die Propaganda für den 1. Band des Kapital von Karl Marx (1867/68)«, in: *Braunschweigisches Jahrbuch* 48 (1967), 102–137.

7 Ders., *Wilhelm Bracke und die Anfänge der Braunschweiger Arbeiterbewegung*, Braunschweig, 1957; vgl. auch ders., »Wilhelm Bracke«, in: *Niedersächsische Lebensbilder IV* (1960), 1–12.

sonders in Brackes Eintreten für das allgemeine Wahlrecht bei Kommunalwahlen zeigte.⁸

Für ihn war Wilhelm Bracke nicht ausschließlich der Repräsentant einer Klassenpartei; er hielt dessen Bemühen um das demokratische Bürgertum für zukunftsweisend. Ihn interessierten vor allem Brackes Zugehen auf das Kleinbürgertum, seine Landagitation, seine kommunalpolitischen Aktivitäten und seine Öffentlichkeitsarbeit (Gründung des Braunschweiger Volksfreunds). Eckert beeindruckte an Bracke dessen Gespür für praktische Politik bei gleichzeitigem hohen theoretischen Reflexionsniveau.

Eckert blieb bei seiner Vorliebe für Quellen. Jahr für Jahr veröffentlichte er jetzt Materialien zur Geschichte der Arbeiterbewegung. Er nutzte hierzu das 1961 von ihm ins Leben gerufene und betreute *Archiv für Sozialgeschichte*, das in den ersten Jahren fast ausschließlich Beiträge zur Geschichte der Arbeiterbewegung druckte und sich sehr schnell zu einem einflussreichen Organ der Sozialgeschichte mit internationalem Ansehen entwickelte. In dieser Zeitschrift publizierte Eckert die Flugschriften der lassalleianischen Gemeinde in Braunschweig.⁹ Die Flugblattsammlungen, die sich im Stadtarchiv Braunschweig und in der Herzog-August-Bibliothek in Wolfenbüttel befanden, waren bisher völlig unbeachtet geblieben. Eckert wollte mit den Quellen einen Beitrag zu einer noch zu schreibenden Geschichte der unteren, lokalen Ebene des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins (ADAV) vorlegen. Die Edition dokumentierte Organisationsprobleme in den ersten Jahren der Braunschweiger Gemeinde des ADAV und erste Wahlkämpfe des Vereins; sie enthielt auch das Protokoll des Braunschweiger Arbeitertags 1867, dessen Beschluss zur Errichtung von Produktiv-Assoziationen mit Staatskredit nach dem Plane Ferdinand Lassalles einen Schritt zur Lösung der proletarischen von der bürgerlichen Demokratie bedeutete.

Eckert interessierte die Verbindung der deutschen Arbeiterbewegung zur Internationalen Arbeiter-Assoziation (IAA). Bekanntlich war der Braunschweiger Ausschuss am 9. September 1870 festgenommen und nach Lötzen überführt worden, neben Bracke auch Samuel Spier aus Wolfenbüttel. Nach Braunschweig zurückgebracht, wurde Spier vom hiesigen Staatsanwalt verhört. Eckert veröffentlichte aus den Vernehmungsprotokollen die Stellen, die sich auf Spiers politischen Werdegang und sein Verhältnis zur Internationale bezogen.¹⁰ In mehreren Aufsätzen im *Braunschweigischen Jahrbuch* beschrieb er die Rolle der

8 Ders., »Eine Denkschrift der Braunschweiger Lassalleaner zur Reform des Kommunal-Wahlrechts«, in: *Archiv für Sozialgeschichte* 3 (1963), 435–463.

9 Ders., »Die Flugschriften der lassalleianischen Gemeinde in Braunschweig«, in: *Archiv für Sozialgeschichte* 2 (1962), 295–358.

10 Ders., »Samuel Spier und die Internationale Arbeiter-Assoziation«, in: *Archiv für Sozialgeschichte* 4 (1964), 599–615.

Braunschweiger Arbeiterorganisation in der IAA, wiederum gestützt auf umfangreiches, bisher unveröffentlichtes Quellenmaterial.¹¹

Über die Region Braunschweig hinaus untersuchte Eckert die Beziehungen zwischen der bürgerlichen und der proletarischen Demokratie im Verhältnis zur IAA Ende der 1860er Jahre. In einer umfangreichen Quellenedition druckte er die Artikel von drei wichtigen Zeitungen des Rhein-Main-Gebiets nach, der Rheinischen Volkszeitung 1867, des Wiesbadener Anzeigers 1867 und des Mainzer Anzeigers 1868/69.¹²

Auf einer breiten Quellenbasis und die bis dahin publizierten Beiträge zusammenfassend beschrieb Georg Eckert in zwei umfangreichen Publikationen 1961 und 1965 die Geschichte der Braunschweiger Arbeiterbewegung von den Anfängen bis 1890. Im Jahr 1959 hatte Gerhard A. Ritter sein bahnbrechendes Buch über die Arbeiterbewegung im Wilhelminischen Reich veröffentlicht und damit die bundesrepublikanische Arbeiterbewegungsgeschichte aus dem Dornröschenschlaf geweckt.¹³ Nur zwei Jahre später also erschien Eckerts *Die Braunschweiger Arbeiterbewegung unter dem Sozialistengesetz*, gleichfalls eine Pionierleistung. Die Arbeit beruhte auf der Auswertung der Arbeiterpresse, zunächst des *Volksfreunds*, nach dessen Verbot des Unterhaltungsblatts, der bürgerlichen Presse und bis dahin nicht bekannter Polizei- und Verwaltungsakten. Eckert beschrieb, chronologisch angeordnet, die Geschichte der Braunschweiger Arbeiterorganisationen, der Partei und der Gewerkschaften, die Verfolgungsmaßnahmen der Regierung und der Unternehmer, aber auch die Überlebensstrategien der Braunschweiger Arbeiterbewegung. Er beschrieb die Wahlen und die Wahlkämpfe, besonders die zur Stadtverordnetenversammlung. Aber ihn interessierte auch das »kleine, unscheinbare Alltagsleben«. Eckert hat die Geschichte der Braunschweiger Arbeiterbewegung unter dem Sozialistengesetz bis zum Jahr 1884 in einer dichten Beschreibung behandelt. Mit diesem Jahr endet die ausführliche Analyse. Im Vorwort hatte er angekündigt, die Jahre 1885 bis 1890 sowie eine abschließende kritische Analyse und die Einordnung der Braunschweiger Parteigeschichte in den allgemeinen Entwicklungsprozess der deutschen Sozialdemokratie in einem zweiten Band zu behandeln. Dazu ist

11 Ders., »Zur Geschichte der Braunschweiger Sektion der I. Internationale. Der Briefwechsel zwischen Leonhard von Bonhorst und Johann Philipp Becker«, in: *Braunschweigisches Jahrbuch* 43 (1962), 131–172; ders., »Hundert Jahre Lötzener Kettenaffäre. Zwei unbekannte Briefe Wilhelm Brackes an den Leiter der ›Sektionsgruppe deutscher Sprache‹ der Internationalen Arbeiter-Assoziation«, in: *Braunschweigisches Jahrbuch* 51 (1970), 211–214.

12 Ders., »Zur Geschichte der ›Sektionen‹ Wiesbaden und Mainz der Internationalen Arbeiter-Assoziation«, in: *Archiv für Sozialgeschichte* 8 (1968), 365–525; vgl. auch ders., »Das ›Deutsche Wochenblatt‹ und die Internationale Arbeiter-Assoziation«, in: *Archiv für Sozialgeschichte* 4 (1964), 579–598.

13 Gerhard A. Ritter, *Die Arbeiterbewegung im Wilhelminischen Reich. Die Sozialdemokratische Partei und die Freien Gewerkschaften 1890–1900*, Berlin-Dahlem: Colloquium-Verlag, 1959.

er nicht gekommen. Dafür enthält der Band einen umfangreichen Anhang, der die Braunschweiger Arbeiterbewegung in der Zeit des Sozialistengesetzes im Spiegel der Polizei- und Verwaltungsakten zeigt. Eckert wertete hierzu die umfangreichen Aktenbestände des Niedersächsischen Staatsarchivs in Wolfenbüttel aus. Die Arbeiterbewegung also mit den Augen ihrer Gegner gesehen! Das war ein faszinierender methodischer Ansatz. Polizei- und Verwaltungsbehörden hatten fleißig gesammelt: Druckschriften, Flugblätter, sie hatten Berichte über die überwachten Versammlungen geschrieben, Listen der vielen Vereine und der sozialdemokratischen »Agitatoren« angefertigt; wir lesen die Strafbestimmungen und Verordnungen und die regelmäßigen Polizeiberichte über die Wirkung der Verbotsmaßnahmen – alles in allem ein äußerst ergiebiger Quellenbestand für spätere Untersuchungen oder, wie es Eckert in seinem Vorwort formulierte, »für eine noch zu schreibende Sozial- und Ideengeschichte der ›unteren‹ lokalen Ebene der sozialistischen Bewegung«¹⁴.

Wenige Jahre später legte Eckert einen weiteren Baustein für eine Geschichte der Braunschweiger Sozialdemokratie. Dieses Mal ging er zu ihren Anfängen zurück. Er stellte fest, dass die Vorläufer der sozialen Demokratie in der hiesigen Region, die Arbeitervereine der Revolutionsjahre 1848/49 und die Aktivitäten der Arbeiter- und Gesellenbewegung des Vormärz so gut wie unerforscht waren. Über die Reaktionszeit der 1850er Jahre kam er dann zu der Epoche, in der die Braunschweiger Sozialdemokratie überregionale Bedeutung hatte, zu den Jahren von 1865 bis 1880, der Ära von Wilhelm Bracke. Es wurde wieder ein Quellenband. Zentrale, bisher gar nicht oder wenig bekannte Quellen druckte er ab und versah sie jeweils mit einem einleitenden und einordnenden Kommentar. Da konnte man sie lesen: die Statuten des deutschen Arbeiter-Vereins in Braunschweig vom Juni 1848, die Mitgliederliste des Braunschweiger Arbeitervereins von 1853, den Bericht über die Gründungsversammlung der Braunschweiger Gemeinde des ADAV vom September 1865, das Protokoll des Gründungsparteitags der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei 1869 in Eisenach, die Resolution der Turnhallen-Versammlung in Braunschweig vom 16. Juli 1870, in der sich die Braunschweiger Sozialdemokratie für den Verteidigungskrieg aussprach, das denkwürdige Braunschweiger Manifest vom 5. September 1870 mit der Forderung eines ehrenvollen Friedens für das republikanische Frankreich unter Verzicht auf eine Annexion von Elsass und Lothringen; wir lesen die Beiträge Brackes für das Gothaer Parteiprogramm 1875, seine zahlreichen Anträge, Eingaben und Beiträge in der Braunschweiger Stadtverordnetenversammlung, Wahlaufrufe, Polizeiberichte, Briefe aus der Zeit des Sozialistengesetzes. Das Ganze wurde aufgelockert durch zahlreiche Fotos, Karikaturen und Faksimiles – ein

14 Georg Eckert, *Die Braunschweiger Arbeiterbewegung unter dem Sozialistengesetz, 1. Teil (1878–1884)*, Braunschweig: Waisenhaus-Buchdruck und Verlag, 1961.

faszinierendes Lesebuch. So sah es auch Eckert: Die vorliegende Schrift erhebe keinen Anspruch auf wissenschaftlichen Rang. Er hoffe, so schrieb er, »daß die vorgelegten Quellen, von denen ein großer Teil zum erstenmal veröffentlicht wird, auch der allgemeinen sozial- und parteigeschichtlichen Forschung zugute kommen werden«¹⁵.

Eckert hatte offensichtlich vor, eine Gesamtgeschichte der Braunschweiger Sozialdemokratie zu schreiben, der Titel dieses Bandes *100 Jahre Braunschweiger Sozialdemokratie. I. Teil. Von den Anfängen bis zum Jahre 1890* weist darauf hin. Doch die folgenden Jahrzehnte blieben unbeschrieben. Diese Aufgabe hat er den nächsten Generationen überlassen; viele Examensarbeiten zur Geschichte der Braunschweiger Arbeiterbewegung des frühen zwanzigsten Jahrhunderts sind an seinem Lehrstuhl entstanden. Beiden Büchern haftet etwas Unvollendetes an. Als ich Ende der 1970er Jahre begann, mich mit der Braunschweiger Arbeiterbewegung zu beschäftigen, führte kein Weg an *100 Jahre* und *Braunschweiger Arbeiterbewegung* vorbei. Damals hinterließen beide Bände bei mir einen etwas zwiespältigen Eindruck. Der Materialreichtum war beeindruckend. Aber, stark geprägt von der damals dominierenden Bielefelder Schule, schienen sie mir doch recht unsystematisch zu sein, ziemlich theoriefern, allzu erzählend. Heute ist die Geschichtswissenschaft wieder stärker zum Erzählen zurückgekehrt. Eine erneute Lektüre der beiden Publikationen beeindruckt vor allem durch den außerordentlichen Reichtum an Quellen, der dem Leser und der Leserin alle Möglichkeiten der eigenständigen Interpretation lässt. Sie beeindrucken aber auch durch ihren kulturgeschichtlichen Ansatz. Beide Bücher erinnern in ihrer Kombination von Quellen und Kommentar an das vielbändige Werk von Jürgen Kuczynski, *Geschichte der Lage der Arbeiter unter dem Kapitalismus*, dessen erster Band auch 1961 erschien, in Ost-Berlin.¹⁶

Verlassen wir die Braunschweiger Arbeiterbewegung, bleiben aber bei Eckerts Leidenschaft, der Edition von Quellen. In vier voluminösen Bänden stellte er der Forschung unverzichtbare Materialien zur Verfügung. Die Tätigkeit von Wilhelm Liebknecht stand dabei im Vordergrund. Im Jahr 1975 erschienen die über 300 Leitartikel, die Liebknecht für die *Osnabrücker Zeitung*, eine liberale Zeitung des Verlegers Liesecke, in den Jahren von 1864 bis 1866 verfasst hatte. Bis zu dieser Edition war eine Tätigkeit Liebknechts für diese Zeitung nicht bekannt. Bis dahin schrieb die Forschung sämtliche Artikel Liesecke zu – zumal beide Autoren ihre Artikel mit L. gezeichnet hatten. Erst die von Eckert vorgenommene inhaltliche und stilistische Analyse belegte die Autorenschaft Liebknechts. Damit lagen

15 Ders., *100 Jahre Braunschweiger Sozialdemokratie, Teil 1: Von den Anfängen bis zum Jahr 1890*, Hannover: J.H.W. Dietz Nachf., 1965.

16 Jürgen Kuczynski, *Geschichte der Lage der Arbeiter unter dem Kapitalismus*, Bd. 1 ff., Berlin-Ost: Akademie-Verlag, 1961.

wichtige Zeugnisse seiner politisch-journalistischen Tätigkeit um die Mitte der 1860er Jahre vor.

Die Quellenpublikation erschien 1975, nach Eckerts Tod, als Veröffentlichung der Historischen Kommission für Niedersachsen und Bremen; es war der Verdienst von Rosemarie Sievers, die Korrektur gelesen und das Register angefertigt hatte, dass diese Publikation zustande kam.¹⁷

Der Briefwechsel zwischen Wilhelm Liebknecht und den beiden wichtigsten Theoretikern des wissenschaftlichen Sozialismus, Marx und Engels, bearbeitet und herausgegeben von Georg Eckert, erschien 1963. Der Briefwechsel dokumentiert die Beziehungen und den wechselseitigen Einfluss zwischen den beiden Londoner Theoretikern und der sich formierenden deutschen Arbeiterbewegung, an deren Spitze Wilhelm Liebknecht stand. Die Briefe thematisieren nahezu jedes wichtige Ereignis der deutschen und europäischen Arbeiterbewegung von den 1860er bis in die 1890er Jahre: den Streit mit dem ADAV, die deutsche Frage, das Verhältnis von proletarischer und bürgerlicher Demokratie, die Pariser Kommune, die Auseinandersetzung in der Internationale, den Streit um das Gothaer Parteiprogramm – dieser hatte zu einer Verstimmung zwischen Liebknecht und den Londonern geführt –, den Dühring-Konflikt, schließlich die Zeit des Sozialistengesetzes, die Gründung der zweiten Internationale und die frühen 1890er Jahre bis zum Tod Engels' 1895. Die Briefe liefern darüber hinaus viele wertvolle Informationen zu den Biographien der Schreiber; nicht immer ging es zwischen ihnen spannungsfrei zu. Eckert schrieb in der Einleitung, dass auf eine wissenschaftliche Auswertung und Interpretation des Briefwechsels verzichtet wurde. »Auch die Kapiteleinführungen haben keine weitere Funktion, als die in den Briefen behandelten Ereignisse und Probleme knapp zu erläutern und in Erinnerung zu rufen« – das war fürwahr eine Untertreibung, denn Eckert erweist sich gerade in diesen Texten und in den Anmerkungen als exzellenter Kenner der deutschen und internationalen Arbeiterbewegung, einschließlich der Schriften von Marx und Engels.¹⁸

In der gleichen Reihe, den Quellen und Untersuchungen zur Geschichte der deutschen und österreichischen Arbeiterbewegung des Internationalen Instituts für Sozialgeschichte in Amsterdam (IISG), erschien 1973 der Briefwechsel Wilhelm Liebknechts mit deutschen Sozialdemokraten. Eckert stellte 103 Schreiben von und 411 Schreiben an Liebknecht zusammen; sie fanden sich im IISG in Amsterdam, in Berlin und Moskau. Die Briefpartner von Wilhelm Liebknecht repräsentierten die ganze Breite der sozialistischen Bewegung in Deutschland.

17 Wilhelm Liebknecht, *Leitartikel und Beiträge in der Osnabrücker Zeitung 1864–1866*, hg. v. Georg Eckert, Hildesheim: Lax, 1975.

18 Ders., *Briefwechsel mit Karl Marx und Friedrich Engels*, hg. u. bearb. v. Georg Eckert, The Hague: Mouton, 1963.

Eckert wählte bewusst auch die Schreiben der lokalen Parteiführer, der Sprecher der lokalen und regionalen Gruppen aus. Sie sollten Material liefern »für eine soziologische Analyse der ›unteren‹, lokalen Ebene der Bewegung, für die Ideengeschichte und ›Folklore‹ der frühen deutschen Sozialdemokratie«¹⁹. Dieser Quellenband vermittelt wertvolle Einblicke in die praktische Politik, die alltäglichen Probleme der Partei- und Organisationsarbeit und in die Pressepolitik dieser jungen Bewegung; Einblicke in die Auseinandersetzungen im ADAV, der Sächsischen Volkspartei, Informationen zur Entstehung und Entwicklung der SDAP, zur Haltung der frühen Arbeiterbewegung gegenüber der nationalen Frage, zur Politik der Partei in den ersten Jahren nach der Reichsgründung, zur Vorgeschichte und zum Verlauf des Gothaer Parteitags 1875 sowie zur Rolle Liebknechts in der vereinigten Partei bis zum Sozialistengesetz 1878. In diesen Jahren spiegelt die Korrespondenz die Alltagsprobleme sozialdemokratischer Pressepolitik wider.

Allein schon das Auffinden und die Zusammenstellung der Briefe waren eine beachtliche Leistung. Noch beeindruckender aber ist die Arbeit, die Georg Eckert in die Kommentierung des Briefwechsels investierte. Oft sind die Anmerkungen zu einem Brief umfangreicher als die Korrespondenz selbst, nicht selten auch informativer. Sie enthalten zusätzliches reichhaltiges Quellenmaterial – Zeitungsartikel, Protokolle, Auszüge aus anderen Korrespondenzen, aus Publikationen von Marx, Engels, Johann Philipp Becker, Bracke, August Geib und vielen anderen, auch von heute ganz unbekanntem Autoren. Lesenswert sind die Kurzbiographien der in den Briefen genannten Personen – und es sind Hunderte! Hinzu kommen die Erläuterungen und Hintergrundinformationen zu den tagespolitischen Ereignissen, sei es auf regionaler, nationaler oder internationaler Ebene. Was für eine Literatur- und Quellenkenntnis! Der Anmerkungsapparat – und das gilt auch für die oben erwähnten Quellenpublikationen – bietet für jeden, der sich heute mit der Frühgeschichte der Arbeiterbewegung beschäftigt, eine unerschöpfliche Fundgrube.

Spürsinn für relevante und dennoch unbekannt Quellen zeigt sich in der letzten zu erwähnenden von Eckert herausgegebenen größeren Quellenpublikation, den Briefen und Leitartikeln, die Friedrich Albert Lange in den Jahren von 1862 bis 1875 verfasste. Lange, Philosoph, Lehrer und Schulreformer, Verleger und Journalist ist heute nur wenigen bekannt. Eckert interessierte vor allem Langes Wirken in den 1860er Jahren als Redakteur der *Rhein- und Ruhrzeitung* und als Herausgeber des *Boten vom Niederrhein*. Lange stand im linksliberalen Lager, erkannte früh die Bedeutung der sozialen Frage, sympathisierte mit der politischen Arbeiterbewegung, ohne sich in einer Organisation zu binden – 1865

19 Ders., *Briefwechsel mit deutschen Sozialdemokraten, Bd. 1 1862–1878*, hg. u. bearb. v. Georg Eckert, Assen u. a.: van Gorcum u. a., 1973, XIV.

schrieb er seine Abhandlung *Die Arbeiterfrage*. Den Grenzgänger zwischen sozialer und bürgerlicher Demokratie wollte Eckert mit diesem Quellenband in Erinnerung rufen.

Georg Eckert war in diesen Jahren unermüdlich tätig. Nicht nur als Leiter des Internationalen Schulbuchinstituts in Braunschweig, nicht nur als Herausgeber des Archivs für Sozialgeschichte, nicht nur als Gründer des Instituts für Sozialgeschichte Braunschweig, er war auch Mitbegründer der Internationalen Tagung der Historiker der Arbeiterbewegung, eines Netzwerks von Historikern der Arbeiterbewegung aus Ost und West, die seit 1964 Tagungen in Linz/Donau abhalten.

Auf dem Historikertag in Regensburg im Oktober 1972 diskutierte die kurz vorher gegründete Sektion für die Geschichte der Arbeiterbewegung im Rahmen des Deutschen Historikertage Fragestellungen und Ergebnisse der Arbeiterbewegungsgeschichte, die in den Jahren zuvor einen außerordentlichen Aufschwung erfahren hatte. Deutlich wurde in den Vorträgen dieser Sektion, in welchem hohem Maße die Arbeiterbewegungsgeschichte Methoden der allgemeinen sozialgeschichtlichen Forschung aufgenommen hatte. Auf dem Podium saßen die damals führenden Vertreter der Arbeitergeschichte, unter ihnen Georg Eckert. Er sprach über die sozialdemokratische Arbeiterbewegung in »seiner« Zeit, den sechziger und siebziger Jahren des neunzehnten Jahrhunderts. Als der Band mit den Vorträgen 1974 erschien, war Georg Eckert kurz vorher gestorben. Hans Mommsen, Herausgeber des Bandes, würdigte in seinem Vorwort Georg Eckert als Autor grundlegender Arbeiten zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung. Auch der im Band abgedruckte Beitrag mache deutlich,

daß Georg Eckert wie kaum ein anderer die erreichbaren Quellen intim beherrschte und daß bei ihm Behutsamkeit und Schärfe des Urteils zusammentrafen, wie man dies sonst selten findet. Mit Georg Eckert hat die deutsche Geschichtsschreibung nicht nur einen vielseitigen und bahnbrechenden Forscher (und Organisator) verloren, sondern zugleich einen engagierten Vorkämpfer des demokratischen Sozialismus und in den Augen der Jüngeren einen väterlichen, hilfsbereiten Freund, der stets mit Rat und Tat einsprang, dessen kritische Anregungen und immer waches Interesse Schwierigkeiten überwinden halfen und der als akademischer Lehrer gerade die Erforschung der Arbeiterbewegung entschieden befruchtet hat.²⁰

20 Hans Mommsen (Hg.), *Sozialdemokratie zwischen Klassenbewegung und Volkspartei*, Frankfurt am Main: Athenäum-Fischer-Taschenbuch-Verlag, 1974, 9.

Hans-Peter Harstick

Georg Eckert und das Internationale Institut für Sozialgeschichte/Amsterdam

Erinnerung ist ein Weg der Begegnung. Ich möchte sprechen über einen Teilaspekt unseres Sektionsthemas: Georg Eckerts Beziehung zum Internationalen Institut für Sozialgeschichte (IISG) in Amsterdam als Begegnungs- und Forschungsort.¹

Das Internationaal Instituut voor Sociale Geschiedenis war gemäß Stiftungsakte niederländischen Rechts vom 25. November 1935 mit dem Ziel der Förderung »der kennis en der wetenschappelijke studie van de nationale en internationale sociale geschiedenis in de uitgebreidste zin« gegründet worden.² Stifter waren die N.V. De Centrale Arbeiders-Verzekerings- en Deposito-bank/'s-Gravenhage, vertreten durch den Gründer und Direktor Nehemia de Lieme (1882 bis 1940), und Het Nederlandsch Economisch-Historisch Archief/'s-Gravenhage, als deren Sekretär der Begründer der Wirtschaftsgeschichte in den Niederlanden und Lehrstuhlinhaber für »economische geschiedenis« an der Universität

1 Gekürzte Fassung meines Beitrages zum Themenkreis »Eckert als Wissenschaftler.« Der Vortragscharakter wurde beibehalten.

2 Eine detaillierte Institutsgeschichte mit Dokumentenanhang bietet die langjährige Bibliothekarin des IISG, Maria Hunink. Siehe Maria Hunink, *De papieren van de revolutie. Het Internationaal Instituut voor Sociale Geschiedenis 1935–1947*, Amsterdam: Stichting IISG, 1986; Bijlagen Nr. 4: Stichtingsakte; Nr. 27: Koopcontract Centrale Arbeiders-Verzekerings- en Deposito-Bank/'s-Gravenhage (Käufer) und Vorstand der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, Paris (Verkäufer), vom 19. Mai 1938. Aus sozialdemokratischer Sicht hatte bereits 1966 der Leiter des Bonner Parteiarchivs, Paul Mayer, die Verkaufsverhandlungen thematisiert. Seine umfangreiche Abhandlung erschien in einem der ersten Bände des von Georg Eckert redigierten *Archivs für Sozialgeschichte*. Die auf Zeitzeugenberichten und dem zugänglichen Quellenmaterial fußende Darstellung ist nach Öffnung des Akquisitionsarchivs des 1991 geschlossenen Instituts für Marxismus-Leninismus beim ZK der KPdSU – des vormaligen Marx-Engels-Instituts – vielfältig ergänzt und präzisiert worden. Siehe Paul Mayer, »Die Geschichte des sozialdemokratischen Parteiarchivs und das Schicksal des Marx-Engels-Nachlasses«, in: *Archiv für Sozialgeschichte* 6/7 (1966), 5–198. Die Geschichte des IISG unter deutscher Okkupation behandelt Karl Heinz Roth, »The International Institute of Social History as a pawn of Nazi social research. New documents on the history of the IISH during German occupation rule from 1940 to 1944«, in: *International Review of Social History* 34 (1989), Supplement, 1–88.

von Amsterdam, der Jurist N.W. Posthumus (1880 bis 1960), erster Direktor des IISG, fungierte. 1936 erschien der erste Band der Institutszeitschrift *International Review for Social History*, 1956 verändert in *International Review of Social History* (IRSH); außerdem wurde ein bibliographisches *Bulletin* herausgegeben. Eine der wichtigsten Erwerbungen, die Amsterdam zum zentralen Archivort für Forschungen zur deutschen und internationalen Arbeiterbewegung des neunzehnten Jahrhunderts machte und auch Georg Eckert häufig nach Amsterdam führen sollte, war der Ankauf der »der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands gehörenden Archive« am 19. Mai 1938. Dies gelang in Konkurrenz zum Moskauer Marx-Engels-Institut, mit dem der Exilvorstand der SPD (Sopade) ebenfalls in Verkaufsverhandlungen gestanden hatte.

Georg Eckert wurde in der Nachfolge des bayerischen Sozialdemokraten Waldemar von Knoeringer 1967 als »lid van het bestuur« (Mitglied des Institutsvorstandes) am Amsterdamer IISG kooptiert, ihm folgte 1974 Peter von Oertzen, der niedersächsische Kultusminister, nach. Ich war in diesen Jahren als Nachfolger eines Werner Blumenberg³, Siegfried Bahne⁴ und Horst Lademacher gemeinsam mit Götz Langkau⁵ Leiter der Mitteleuropäischen Abteilung des Amsterdamer IISG. Der Nestor der deutschen Niederlandeforschung, Horst Lademacher, spricht in seiner kürzlich erschienenen Autobiographie über seine Amsterdamer Jahre als eine Zeit »ganz zu Hause [...] in der Geborgenheit Amsterdams«⁶ und liefert en passant ein eindrucksvolles Portrait von Eckert als

3 Werner Blumenberg (1900 bis 1965). Leiter der Deutschland-Abteilung des IISG von 1945 bis 1965. Nach dem nicht abgeschlossenen Studium der Theologie, Religionsgeschichte und orientalischen Sprachen als Redakteur sozialdemokratischer Zeitungen in Hannover und Göttingen tätig. Von 1933 bis 1936 Organisator der von der Gestapo zerschlagenen sozialdemokratischen Widerstandsgruppe Sozialistische Front; August 1936 Flucht in die Niederlande, während der Besatzungszeit in der Illegalität lebend. Blumenberg galt als einer der besten Kenner des Quellenmaterials zur deutschen und internationalen Arbeiterbewegung und hat mit seiner Edition des Briefwechsels August Bebels mit Karl Marx und Friedrich Engels wie mit seiner Marx-Biographie Maßstäbe gesetzt. Siehe den Nachruf von B. van Tijn, »Werner Blumenberg«, in: *International Review of Social History* 11 (1966), 1–7.

4 Siegfried Bahne (1928 bis 2004). Von 1960 bis 1965 Wissenschaftlicher Mitarbeiter des IISG. Ab 1973 Professor für Neuere Geschichte unter besonderer Berücksichtigung der Geschichte des Sozialismus und der Arbeiterbewegung an der Ruhr-Universität Bochum; in dieser Funktion zugleich ab 1981 Direktor des Instituts zur Geschichte der Arbeiterbewegung (IGA) und dessen Nachfolgeinstitutionen. Siehe Bert Becker, »Der Historiker Siegfried Bahne – Leben und Werk«, in: ders. und Horst Lademacher (Hg.), *Geist und Gestalt im historischen Wandel: Facetten deutscher und europäischer Geschichte 1789–1989. Festschrift für Siegfried Bahne*, Berlin u. a.: Waxmann, 2000, 1–10.

5 Götz Langkau (geb. 1935). Von 1963 bis 1996 Wissenschaftlicher Mitarbeiter des IISG. Siehe: Ursula Balzer, Heiner M. Becker und Jaap Kloosterman (Hg.), *Kein Nachruf! Beiträge über und für Götz Langkau*, Amsterdam: IISG, 2003.

6 Horst Lademacher, *Grenzüberschreitungen. Mein Weg zur Geschichtswissenschaft – Erinnerungen und Erfahrungen. Im Gespräch mit Burkhard Dietz und Helmut Gabel*, Berlin u. a.: Waxmann, 2012, 91, 104f.

wissenschaftlichem Nutzer der reichen Quellenbestände des IISG zur deutschen und internationalen Arbeiterbewegung. Eine willkommene Nebenfrucht der Eckertschen Quellenstudien im Lesesaal des IISG an der Amsterdamer Keizersgracht war die Kontaktaufnahme mit führenden Historikern der DDR wie Ernst Engelberg, Karl Obermann, Dieter Fricke und Heinrich Gemkow, die für quellengestützte Forschungsarbeiten auf die gleichen Materialien angewiesen waren.

Nachdem in der Nacht zum 10. Mai 1940 deutsche Truppen in einer kombinierten Aktion von Luftwaffe, Luftlandetruppen, Panzern und Infanterie als Teiloperation des Westfeldzuges die neutralen Niederlande binnen vier Tagen zur Kapitulation gezwungen hatten, war das 1935 gegründete Institut bald darauf begehrtes Objekt konkurrierender Nachnutzung durch Reichssicherheitshauptamt (Reinhard Heydrich), Deutsche Arbeitsfront (Robert Ley) und schließlich den »Einsatzstab Reichsleiter Rosenberg«, dem das Institut bis Kriegsende zugeordnet wurde⁷. Das Reichssicherheitshauptamt hatte die Spur von Archivgut und *libri rari*, darunter den Marx-Engels-Nachlass, im sozialdemokratischen Parteiarchiv in der Berliner Lindenstraße, die 1933 rechtzeitig vor der Beschlagnahme nach Paris und Kopenhagen verbracht worden waren, zwar aufgenommen, hatte jedoch keine Kenntnis davon, dass eben jene Materialien nach Ankauf durch den Finanzier des IISG und neuen Eigentümer im September 1938 nach Oxford in Sicherheit gebracht worden waren. England galt Posthumus und de Lieme gegenüber Frankreich, wo das IISG seit Sommer 1936 über eine Zweigstelle in Paris (Rue Michelet) verfügte, als der sicherere Archivort im Kriegsfall.⁸ Ley und Rosenberg ging es in Bezug auf widersprüchliche Weisungen Hitlers um den Primat der Zuständigkeit für Sozialforschung, wobei Archiv und Bibliothek des IISG eine Schlüsselrolle zugewiesen wurde. Nach dem Urteil Kapitänleutnant Eberhard Kautters, seit 27. Januar 1941 verantwortlicher Or-

7 Alfred Rosenberg, Deutschbalte, geboren am 12. Januar 1893 in Reval, Architekturstudium in Riga und Moskau, Zeitzeuge der Russischen Februarrevolution und des Staatsstreichs der Bolschewiki im Oktober 1917. Nach dem Architektur-Abschlussexamen 1918 in Moskau Übersiedlung nach München und Erwerb der deutschen Staatsbürgerschaft. Verfasser politischer Kampfschriften mit antisemitischer bzw. antikommunistischer Tendenz. Gefolgsmann Hitlers in der jungen NSDAP, 1923 Hauptschriftleiter des Parteiorgans »Völkischer Beobachter«. Führender Ideologe der NSDAP. 1933 Leiter des Außenpolitischen Amtes der NSDAP, Ernennung zum Reichsleiter im Ministerrang und Beauftragten des Führers für die gesamte weltanschauliche Schulung und Erziehung der NSDAP. Ab Oktober 1940 Aufbau einer Zentralstelle für in Beschlag zu nehmendes Kulturgut in den besetzten Territorien, den »Einsatzstab Reichsleiter Rosenberg« (ERR). Juli 1941 Ernennung zum Reichsminister für die besetzten Ostgebiete (RMfdbO). Nach Schuldspruch im Nürnberger Prozess am 16. Oktober 1946 hingerichtet. Siehe Ernst Piper, *Alfred Rosenberg. Hitlers Chefideologe*, München: Blessing Verlag, 2005.

8 Zu den Pariser und Oxforder Zweigstellen des IISG, die unter Leitung von Boris I. Nikolaevskij bzw. Arthur Lehning standen, siehe Hunink, *De papieren van de revolutie*, 112–150.

ganisatorischer Leiter des beschlagnahmten IISG, konnte die Bedeutung des Instituts für die »Erforschung der Zusammenhänge zwischen Weltanschauung und Sozialgestaltung« nicht hoch genug eingeschätzt werden. Für den Nationalsozialismus sei das im Institut vorhandene Material deshalb so wichtig, »da es die geschichtlichen Voraussetzungen, Entwicklungen und Auseinandersetzungen« aufhelle, »auf deren Untergrund erst die nationalsozialistische Gestaltungsidee sich in ihrer vollen Bedeutung« abzeichne.⁹

Diese Einschätzung Kautters wird von Rosenberg geteilt, wie die Eintragungen in seinen 1946 verschollenen, jüngst wiederaufgefundenen und veröffentlichten *Tagebüchern von 1934 bis 1944* belegen.¹⁰ Rosenbergs letzte dienstliche Bereisung der Niederlande Ende Mai 1944 veranlasste ihn zu folgender Tagebuchreflexion:

In Amsterdam besichtigte ich zuerst meine Dienststelle. Wir haben dort das intern.[ationale] marxist.[ische] Institut beschlagnahmt, das als geistige Kampfzentrale gegen uns gedacht war. Viele Länder hatten ihre »wissenschaftliche« Literatur, aber auch vieles andere geschichtliche Material geliefert. Es fand sich in einem heillosen Durcheinander vor u. seit 3 Jahren wird nun eine Ordnung in die Sachen gebracht. Es ist jetzt als Bibliothek auswertbar u. ist als Forschungsstelle für die gesamte soziale Bewegung Europas eine ganz einzigartige Quelle. Mit meiner sowjet-russischen Bücherei in Ratibor wird der Marxismus einmal an der hohen Schule studiert werden können, wie wohl sonst kaum an anderer Stelle. Meinen Leuten war es natürlich eine Freude, das Ergebnis ihrer Arbeit zeigen zu können.¹¹

Die Tendenz zur politischen und ideologischen Überhöhung der ungestümen Gründungsgeschichte des Amsterdamer IISG findet sich bereits in einem Gutachten über Organisationsstruktur, Akquisition, Bibliotheks- und Archivbestand des Instituts, das im Auftrag Heydrichs von SS-Obersturmführer Dr. Albert Prinzing wenige Wochen nach Schließung des IISG am 15. Juli 1940 gefertigt wurde. Prinzing hebt hervor, »dass sich das Institut kraft seiner glänzenden Verbindungen zu allen marxistischen und anarchistischen Gegnergruppen eine

9 Schreiben Eberhard Kautters an Reichsleiter Alfred Rosenberg, Berlin, 8. Mai 1941, Dokumentation Roth, *The International Institute of Social History*, 51 f.; Bericht Eberhard Kautters an Reichsleiter Alfred Rosenberg über das Internationale Institut für soziale Geschichte, Berlin, 28. April 1941. Dokumentation Roth, *The International Institute of Social History*, 28–38; das Zitat ebd., 37.

10 Jürgen Matthäus und Frank Bajohr (Hg.), *Alfred Rosenberg. Die Tagebücher von 1934 bis 1944*, Frankfurt am Main: Fischer Verlag, 2015, 368: »31.3.41. [...] Aus Amsterdam war heute Kautter da u. brachte Bericht über die grosse sozialgeschichtliche Bibliothek, die wirklich Ausserordentliches an originalem Material enthält.«

11 Matthäus und Bajohr, *Alfred Rosenberg. Die Tagebücher*, 503. Als Beauftragter des Führers für die Überwachung der gesamten geistigen und weltanschaulichen Schulung und Erziehung der NSDAP entwickelte Rosenberg das Bildungskonzept einer nationalsozialistischen Universität, der »Hohen Schule«, die als Zentrum der nationalsozialistischen ideologischen und pädagogischen Forschung gedacht war.

zentrale Stellung für die gesamte Linksbewegung in der erstaunlich kurzen Zeit von nur vier Jahren« habe erwerben können:

In Amsterdam sollte die Zentrale zur Zusammenfassung aller Kräfte des Marxismus außerhalb der Sowjetunion aufgebaut werden. Die fieberhafte Gründung von Zweigstellen in Frankreich, England, das erste Fußfassen in USA und die Korrespondenz über die Gründung einer Zweigstelle in Jerusalem zur Bearbeitung der Fragen des Sozialismus im vorderen Orient zeigen, daß der Aufbau einer schlagkräftigen und weltumfassenden Organisation erst durch den Einmarsch in Holland unterbrochen wurde.¹²

Zum Bibliotheks- und Archivbestand des Amsterdamer Instituts merkt Prinzing weiter an, die Bibliothek erstrecke sich thematisch nicht eindeutig auf das Gebiet der sozialen Geschichte, sondern greife weit über diesen Bereich hinaus in die Allgemeine Geschichte, die Wirtschaftsgeschichte und die Philosophie. Im Wesentlichen seien in den größeren Abteilungen aber die sozialen Strömungen in den einzelnen Ländern seit der Zeit der Aufklärung und bis in die jüngste Gegenwart hinein erfasst. Die Bibliothek sei als reine Forschungsbibliothek aufgebaut und eigne sich damit wenig für ein breiteres Publikum. Sie sei aber für die Geschichte des Sozialismus wahrscheinlich in Westeuropa einmalig vollständig und müsse darum diesem Zweck der Forschung wieder zugeführt werden, da die Bücherei von den außerordentlich wichtigen Archiven nicht getrennt werden könne.

Entsprechend wurde das Institut unter deutscher Regie bis Ende 1944 weitergeführt. Dem bisherigen Institutspersonal einschließlich des Direktors – des Ordentl. Professors für Wirtschaftsgeschichte der Universität Amsterdam Posthumus – wurde zum 30. September 1940 bei Fortzahlung der Bezüge bis zum Jahresende gekündigt. Vier Jahre später, eine Woche vor dem gescheiterten alliierten Luftlandeversuch in Arnheim, heißt es in einem Brief Alfred Rosenbergs an den Reichskommissar für die Niederlande, Reichsminister Dr. Seyß-Inquart/Den Haag:

Die Entwicklung der militärischen Lage im Westen hat mich veranlaßt, meinem Einsatzstab in Amsterdam die Weisung zu geben, die Bibliothek des dortigen Sozialinstituts auf schnellstem Wege nach dem Reich abzutransportieren. [...] Da es sich bei der Bibliothek um eine einmalige Zusammenstellung des Schrifttums des europäischen Marxismus handelt, ist diese Bibliothek für unseren weltanschaulich-politischen Kampf unersetzlich. Sie muß deshalb, wenn es irgend möglich ist, im Reich sichergestellt werden.¹³

12 Gutachten Albert Prinzing/SD, Amsterdam, 24. August 1940, Dokumentation Hunink, *De papieren van de revolutie*, Nr. 43, 303–309; die zitierten bzw. paraphrasierten Textpassagen ebd. 308, 305.

13 Schreiben Alfred Rosenbergs an Arthur Seyß-Inquart, Berlin, 11. September 1944, Dokumentation Hunink, *De papieren van de revolutie*, Nr. 49, 316. Die organisatorische Leitung des IISG hatte nach der Einberufung von Kapitänleutnant z.V. Eberhard Kautter zum

Die ins Chaos von Krieg und Kriegsende einmündende Evakuierungsaktion war nur der letzte Akt der unter deutscher Institutsleitung betriebenen systematischen Überführung von IISG-Materialien auf Reichsgebiet, die im Januar 1941 mit der Verbringung der beschlagnahmten Kollektionen der Pariser Filiale des IISG begonnen hatte. Das unter Leitung seines Vorkriegsdirektors Prof. Dr. mr. N.W. Posthumus nach der deutschen Kapitulation weitergeführte IISG hatte alle Mühe, die nach Deutschland (Windheimhafen/Weser, Frankfurt), Österreich (Klagenfurt) und Polen (Ratibor, Krakau) verbrachten Bibliotheksbestände und Archive aufzuspüren und nach Amsterdam zurückzubringen.¹⁴ Zugleich blieben Posthumus und seine Nachfolger als Direktoren des IISG, Prof. Dr. Adolf J.C. Rüter/Universität Leiden (1953 bis 1965) und Prof. Dr. Frits de Jong Edz./Universität Amsterdam (1966 bis 1978) bemüht, Rechtsstatus und Finanzierung des Internationalen Instituts für Sozialgeschichte zu verbessern. 1963 erreichte das IISG mit dem Status-Ziel eines interuniversitären Instituts zunächst Anschluss an die Universiteit van Amsterdam und die gesamtstaatliche Finanzierung durch das »Reich«; seine Mitarbeiter waren ab 1968 personalrechtlich »ambtenaar«. Seit Januar 1978 ist das IISG KNAW-Institut, d. h. Tochterinstitut der Koninklijke Nederlandse Akademie van Wetenschappen (KNAW); Eigentümer von Bibliothek und Archiven ist nach wie vor die »Stichting IISG«.

Das Nachkriegs-IISG hatte zwar seine sozialgeschichtliche Vorreiterrolle und die Monopolposition als Archiv- und Bibliotheksort der europäischen Linken eingebüßt, blieb jedoch im Prozess der akademischen Etablierung der Sozialgeschichte wichtiger Impulsgeber. Das gilt nicht nur für den Kreis von Historikern wie Jürgen Kocka, Reinhart Koselleck, Wolfgang Schieder und Hans-Ulrich Wehler, die sich um das 1975 begründete Periodikum *Geschichte und Gesellschaft. Zeitschrift für historische Sozialwissenschaft* – der Name war zugleich Programm – als Punkt der Vereinigung zusammenfand. Das gilt auch für Werner Conze, vor seiner Berufung nach Heidelberg Extraordinarius im benachbarten Münster, der 1957 den Arbeitskreis für moderne Sozialgeschichte gegründet hatte, Sozialgeschichte nicht als Aspektwissenschaft, sondern als Strukturgeschichte betrieb und wie Georg Eckert in engeren Beziehungen zum IISG/Amsterdam stand.

Im historiographischen Rückblick ist Georg Eckert Wegbereiter sozialgeschichtlicher Forschung nach 1945, insbesondere der fachhistorischen Beschäftigung mit der Arbeiterbewegung des neunzehnten Jahrhunderts.¹⁵ Bereits

Kriegsdienst der Leiter der Hauptarbeitsgruppe Niederlande im Einsatzstab Reichsleiter Rosenberg, SS-Sturmbannführer Albert Schmidt-Stähler, übernommen.

14 Siehe ebd., 151–163.

15 Einen Versuch zur Einordnung von Georg Eckert in die deutsche Geschichtslandschaft nach

1961 hatte er als Vorsitzender der historischen Kommission der Friedrich-Ebert-Stiftung das *Archiv für Sozialgeschichte* in Nachfolge des von Carl Grünberg von 1911 bis 1930 herausgegebenen Periodikums *Archiv für Geschichte des Sozialismus und der Arbeiterbewegung* begründet. Der Redigierung der Zeitschrift, seiner wissenschaftsorganisatorischen Tätigkeit und der eigenen verzweigten Forschung auf dem Feld der Sozialgeschichte eine institutionelle Basis in Braunschweig zu geben, erwies sich als zwangsläufig; so wurde 1963 das Institut für Sozialgeschichte, das gemeinsam mit dem Schulbuchinstitut zunächst außerhalb der Hochschule in der Okerstraße 8b residierte, ins Leben gerufen, ohne dass es in Braunschweig zur Anstellung eines festen wissenschaftlichen Mitarbeiterkreises kam. Die Bonner Mitarbeiter Eckerts, die das *Archiv für Sozialgeschichte* ab Band XIV (1974) ohne Georg Eckert weiterzuführen hatten, haben in ihrem Nachruf Eckerts Verdienste als Sozialhistoriker folgendermaßen gewürdigt:

Tatsache war jedenfalls, daß er [...] zu den rührigsten Pionieren für ein Fachgebiet zählte, das bis etwa Mitte der sechziger Jahre in der bundesrepublikanischen Geschichtswissenschaft nur ein Schattendasein führte: die Erforschung der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung. Zahlreiche Monographien, Aufsätze und insbesondere anspruchsvolle Quelleneditionen geben Zeugnis von der Breite des Wissens um Fakten und Probleme der Arbeiterbewegung, vor allem der frühen deutschen Sozialdemokratie, vom Spürsinn des Historikers aus Beruf und Neigung und – in diesem Zusammenhang – auch von der vorgegebenen, stets jedoch wissenschaftlich kontrollierten Sympathie für den Forschungsgegenstand. Herausragende und entsprechend gewürdigte Ergebnisse waren die Studien über Wilhelm Bracke und die Braunschweiger Sozialdemokratie sowie die mit zwei Bänden in Gang gebrachte Edition der Wilhelm-Liebnecht-Korrespondenz. [...] Das »Archiv für Sozialgeschichte«, das 1974 im vierzehnten Jahr erscheint, ist zuallererst das Werk Georg Eckerts.¹⁶

Eckert hat auf so unterschiedlichen Feldern wie der Kulturgeschichte und Ethnologie, der Allgemeinen Geschichte und Sozialgeschichte, der Geschichtsdidaktik und der internationalen Schulbuchforschung eine immense Forschungsleistung erbracht. Nachzutragen bleibt der Verweis auf die von Georg Eckert herausgegebene Reihe *Veröffentlichungen des Instituts für Sozialgeschichte/Braunschweig*, in der 1970 als erster Band die monumentale Lassalle-

1945 hatte ich bereits in einer früheren Veröffentlichung unternommen, an die ich mich hier eng anschließe. Siehe Hans-Peter Harstick, »Georg Eckert (1912–1974) – Wegbereiter einer neuen Konzeption von Geschichte in Wissenschaft und Unterricht«, in: Ursula A. J. Becher und Rainer Riemenschneider (Hg.), *Internationale Verständigung. 25 Jahre Georg-Eckert-Institut für internationale Schulbuchforschung in Braunschweig*, Hannover: Verlag Hahnsche Buchhandlung, 2000, 105–115.

16 Dieter Dowe, Kurt Klotzbach und Hans Pelger, »In Memoriam Georg Eckert«, in: *Archiv für Sozialgeschichte* 14 (1974), XII f.

Biographie Shlomo Na'amans und 1974 als zweiter Band der Johann-Jacoby-Briefwechsel Edmund Silberners erschienen sind.

Wenn man Arroganz und zugleich Effizienz des deutschen Vorgehens gegenüber dem IISG bedenkt – und dies vor dem Hintergrund, dass das deutsche Besatzungsregime die niederländische Staatsverwaltung und die Kommunen und Körperschaften unterhalb der Staatssekretärebene weitgehend unangestastet belassen hatte –, wird deutlich, welche Brücken Repräsentanten deutscher Kulturpolitik wie Georg Eckert nach 1945 zu bauen hatten. Ein Zeugnis dafür ist die Trauerrede, die der Direktor des IISG, Prof. Dr. Frits de Jong Edz.¹⁷, am 14. Januar 1974 hier in der benachbarten Aula gehalten hat:

Als Georg Eckert 1967 Vorstandsmitglied des Internationalen Instituts für Sozialgeschichte in Amsterdam wurde, war er für die Mitarbeiter des Instituts natürlich kein Unbekannter. Er hatte sich auf derart vielen Gebieten der Forschungsorganisation und der Forschung selbst betätigt, daß es für das Institut eine Ehre war, ihn zu seinen Vorstandsmitgliedern zählen zu dürfen. Auch hatte sich Kollege Eckert so sehr für eine saubere, der Gegenwart verpflichtete Verbreitung des Wissens über die Geschichte eingesetzt, daß seine Präsenz im Institut fast eine Selbstverständlichkeit war. Offiziell vertrat er im Vorstand niemanden außer sich selbst, de facto erleichterte er die Beziehungen zu zahlreichen Personen und Institutionen in und außerhalb der Bundesrepublik. Der Kreis der internationalen Kontakte, die er hatte, war ja außerordentlich groß. Mehr noch als sich selbst, Institutionen und Personen repräsentierte der Sozialhistoriker Eckert aber das Band, durch das das IISG mit der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung verknüpft ist. Schließlich war das Institut seinerzeit zur Bewahrung einer langen Reihe wichtiger Hinterlassenschaften dieser Bewegung gegründet worden. Er setzte seine Ehre darin, diese geistigen Reichtümer auf wissenschaftlich verantwortliche Weise dem deutschen Volk, den deutschen Sozialisten und der Arbeiterbewegung wieder zugänglich zu machen. Zur Erfüllung dieser Aufgabe hat Georg Eckert im Rahmen seiner vielseitigen Arbeit seinen Beitrag geleistet. Ich denke hier besonders an die Ausgabe der ausgedehnten, schwierig zu bearbeitenden Korrespondenz von Wilhelm Liebknecht an erster Stelle mit Marx und Engels, an zweiter Stelle mit bekannten und weniger bekannten deutschen Sozialdemokraten. Das Institut wird dafür Sorge tragen, daß diese Edition, deren erster Band nach jahrelanger Vorarbeit im Herbst vergangenen Jahres erscheinen konnte, weitergeführt und zum Abschluß gebracht wird.¹⁸

17 Frits de Jong Edz. (1919–1989), Gewoon hoogleraar (Ord. Professor) an der Fakultät für Sozialwissenschaften der Universiteit van Amsterdam. Lehrstuhlinhaber für »Sozial-Ökonomische und Politische Geschichte insbesondere des 20. Jahrhunderts« und Direktor des Dokumentationszentrums für Neueste Geschichte. 1947–1957 Leiter der Länderabteilungen Niederlande/England/Nordamerika und 1966–1978 in der Nachfolge Adolf J.C. Rüters Direktor des Internationalen Instituts für Sozialgeschichte/Amsterdam.

18 Frits de Jong Edz., »Rede auf der Akademischen Trauerfeier für Georg Eckert am 14. Januar 1974« in: *In Memoriam Georg Eckert (1912–1974)*, Braunschweig: Pädagogische Hochschule Niedersachsen, Abteilung Braunschweig, 1974, 21f. Nachstehend die bibliographischen Angaben zu Eckerts Liebknecht-Edition und deren Weiterführung durch Götz Langkau/

De mortuis nihil nisi bene? In der Tat ist de Jongs Nachruf, dessen niederländische Fassung ich seinerzeit gemeinsam mit Götz Langkau ins Deutsche übertragen und thematisch redigiert habe, dem Topos der Totenrede verpflichtet. Analysiert man den Text vor dem Hintergrund des nach 1871 kritischen, nach 1945 hyperkritischen Deutschlandbildes¹⁹ der Niederlande genauer, so fällt zweierlei auf: Erstens, Eckert – immerhin Kriegsteilnehmer und nach dem Frankreichfeldzug Marinebeamter und Uniformträger im Range eines Korvettenkapitäns – gilt für den Niederländer und Zeithistoriker de Jong als glaubwürdiger Repräsentant des »anderen«, des neuen demokratischen Deutschland. Zweitens, Eckert kommt in der Bewertung des Rütternachfolgers de Jong als Direktor des IISG das Hauptverdienst zu – und dabei hatte er bei den genannten deutschen Mitgliedern der »Staf« des Instituts natürliche Verbündete –, das zerrüttete Verhältnis zwischen IISG und den Nachkriegsvorständen der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands entgiftet und auf eine neue, bis heute stabile Grundlage gestellt zu haben. Das Ausmaß dieses Zwistes wird deutlich, wenn man das Direktionsarchiv des IISG und das Archiv des Parteivorstandes der SPD und der Leitungsgremien der Friedrich-Ebert-Stiftung einer vergleichenden Untersuchung unterzieht. Auf der einen Seite stand der vergebliche Versuch, den Kaufvertrag vom 19. Mai 1938 als Notverkauf rückabzuwickeln, auf der anderen Seite das Beharren auf dem *pacta-sunt-servanda*-Prinzip aus Sorge vor Substanzverlust. Die Zuspitzung, die dieser Konflikt in der auch persönlichen Kontroverse Alfred Nau²⁰/ Adolf J.C. Rüter erfahren hatte, konnte nur ein Georg Eckert mit der ihm eigenen Begabung zum Interessenausgleich zurückführen. Dabei vermochte er eine vorurteilsfreie Analyse der Interessenlage des Verhandlungspartners mit der Wahrung der Relation von

IISG: Wilhelm Liebknecht, *Briefwechsel mit Karl Marx und Friedrich Engels*, [hrsg. und bearb. von Georg Eckert], The Hague: Mouton, 1963; ders., *Briefwechsel mit deutschen Sozialdemokraten. Bd. 1 1862–1878*, [hrsg. und bearb. von Georg Eckert], Assen: van Gorcum, 1973; ders., *Briefwechsel mit deutschen Sozialdemokraten., Bd. 2 1878–1884* [hrsg. von Götz Langkau. Unter Mitwirkung von Ursula Balzer und Jan Gielkens und unter Berücksichtigung von Vorarbeiten aus dem Nachlaß von Georg Eckert], Frankfurt am Main/New York: Campus Verlag, 1988.

- 19 Siehe Ursula A. J. Becher (Hg.), *Grenzen und Ambivalenzen. Analysen zum Deutschlandbild in den Niederlanden und in niederländischen Schulbüchern*, Frankfurt am Main: Diesterweg, 1996; Horst Lademacher, *Zwei ungleiche Nachbarn. Wege und Wandlungen der deutsch-niederländischen Beziehungen im 19. und 20. Jahrhundert*, Darmstadt: Wissenschaftliche Buchgesellschaft, 1989; Hans-Peter Harstick, »Ein Volk, Ein Reich, Ein Kohl«. Die Niederlande 1989/90 im Bann der deutschen Frage«, in: Matthias Steinbach (Hg.), *Wie der gordische Knoten gelöst wurde. Anekdoten der Weltgeschichte, historisch erklärt*, Stuttgart: Reclam, 2011, 235–243.
- 20 Alfred Nau (1906 bis 1983), Mitglied des Bundesvorstandes der SPD, 1946–1975 Parteikasierer/Schatzmeister, Mitbegründer der Friedrich-Ebert-Stiftung, die er von 1970 bis zu seinem Tode leitete. Ehrenpräsident der Sozialistischen Internationale.

Zweck, Ziel und Mittel im Diskurs und einem liebenswürdig-diplomatischen Auftreten zu verbinden. Spätestens mit der Gründung des Karl-Marx-Hauses Trier als wissenschaftlicher Institution 1967 und der Eröffnung des Archivs der sozialen Demokratie 1969 in Bonn war auch und gerade durch die Bemühungen Eckerts das Beziehungsverhältnis des IISG und der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands von Altlasten befreit: Die Eigentumsfrage war gegenüber der vollen Nutzungsgewährung des Quellenmaterials zur Geschichte der Partei zweitrangig geworden.

Die besondere Lebensleistung Georg Eckerts lag nach dem Urteil seines Mitarbeiters Robert Multhoff²¹ »in der Verbindung der Haltung des politischen Menschen mit dem wissenschaftlich gebildeten Historiker«. Dass das Geschichtliche eine Macht im Leben der Menschen und Völker sei, ein Lebenszusammenhang, den man nicht leugnen und dem man sich nicht entziehen könne, hatte ihn sein kulturanthropologischer Ansatz gelehrt. Geschichtstheoretisch steht er zwischen Ranke und Huizinga: Strikte Quellenbezogenheit, das Streben nach nachprüfbarer Tatsachen-Richtigkeit – nach »Objektivität« – sind für ihn unaufgebbare Grundmaximen des Historikers. Zugleich aber ist ihm Geschichte im Sinne von Johan Huizinga »die geistige Form, in der sich eine Kultur über ihre Vergangenheit Rechenschaft gibt« – mit der Freiheit geschichtsdidaktischer und historiographischer Neuansätze. Er wusste nach streitigem Umgang mit dem nationalistisch überhöhten Geschichtsbild und den sozialdarwinistischen und rassentheoretischen Ideologemen des »Dritten Reiches« von der Verführbarkeit durch Geschichtsbewusstsein und formulierte seine eigene geschichtspädagogische Antwort auf Nietzsches alte Frage nach Nutzen und Nachteil der Historie für das Leben.

21 Robert Multhoff, »Rede auf der Akademischen Trauerfeier für Georg Eckert am 14. Januar 1974«, in: *In Memoriam Georg Eckert (1912–1974)*, Braunschweig: Pädagogische Hochschule Niedersachsen, Abteilung Braunschweig, 1974, 24ff.

Georg Eckert und die historische Arbeit der Friedrich-Ebert-Stiftung

Die Bedeutung Georg Eckerts für die Anfänge der Friedrich-Ebert-Stiftung (FES) nach dem Zweiten Weltkrieg, besonders für ihre historische Arbeit,¹ ist in ganz besonderer Weise geprägt von den engen persönlichen, ja freundschaftlichen Beziehungen zwischen dem Braunschweiger Hochschulprofessor und dem ersten Geschäftsführer der FES, Dr. Günter Grunwald, der 2011 verstorben ist.²

Die eigentlichen Anfänge der FES gehen in die Weimarer Zeit zurück: Nach dem Tode Friedrich Eberts 1925 hatte der Parteivorstand der SPD an Stelle von Blumen- und Kranzspenden zu Geldspenden zugunsten einer Friedrich-Ebert-Stiftung aufgerufen, mit deren Hilfe Arbeiterkindern eine höhere Bildung ermöglicht werden sollte. Denn man war überzeugt: Demokratie braucht Demokraten. Diese »Friedrich-Ebert-Stiftung« der Weimarer Republik war nur ein Bankkonto, nur ein *Fonds*, der von dem Parteikassierer der SPD, Konrad Ludwig, verwaltet wurde. Aus diesem Fonds erhielt offensichtlich auch Georg Eckert, der Ende der Weimarer Zeit als Student im Lesesaal des Parteivorstandsarchivs gearbeitet hat, während seines Berliner Studiums von 1931 bis 1933 eine Unterstützung.³ Mit der SPD fiel diese »Friedrich-Ebert-Stiftung« 1933 den Nationalsozialisten zum Opfer, wurde aber von der Partei nach 1945 zur Förderung von Studierenden, wenn auch zunächst nur informell, wieder neu aufgelegt.⁴ Eine *Institution* wurde die Stiftung erst 1954, in der Rechtsform eines eingetragenen Vereins, unter dem Namen Friedrich-Ebert-Stiftung e.V. zur Förderung demokratischer Volkserziehung, der 1956 in Gegenwart von Bundespräsident

1 Dieser Beitrag fußt vor allem auf eigenen Unterlagen des Verfassers als Mitarbeiter der FES von 1970 bis 2008, auf persönlichen Erfahrungen sowie auf lebensgeschichtlichen Interviews, die der Verfasser am 23. Januar, 18. März und 17. April 2002 in Bonn mit Günter Grunwald geführt hat.

2 Vgl. Dieter Dowe, Peter Hengstenberg und Ernst J. Kerbusch, *Günter Grunwald und die Friedrich-Ebert-Stiftung*, Bonn: J.H.W. Dietz Nachf., 2012.

3 Notizen Eckerts im Nachlass (NL) Georg Eckert, Archiv der sozialen Demokratie der Friedrich-Ebert-Stiftung, Bonn (AdsD), Box 150/1.

4 Vorgeschichte und Gründungsdokumente in den Hausakten der FES im AdsD.

Theodor Heuss in Bergneustadt seine erste so genannte Heimvolkshochschule eröffnete.⁵ Auf seinen Fahnen standen vor allem Erziehung zur Demokratie und Antikommunismus. Ebenfalls 1956, kurz nach der Eröffnung, wurde Günter Grunwald vom Deutschen Gewerkschaftsbund gewissermaßen »abgeworben« und – zunächst noch als Kulturreferent im SPD-Parteivorstand – als erster Geschäftsführer der neuen Institution Friedrich-Ebert-Stiftung eingestellt. Er begann 1956 in einem Eineinhalb-Personen-Büro und weitete die Friedrich-Ebert-Stiftung in den 30 Jahren seiner Tätigkeit zu einer weltweit agierenden Institution mit an die 800 Mitarbeitern aus. Zugleich löste er sie mit zunehmender öffentlicher Finanzierung ganz allmählich und behutsam vom direkten Einfluss der SPD, in deren weltanschaulicher Nähe die Stiftung aber weiterhin verortet blieb.⁶ Günter Grunwald⁷ war Jahrgang 1924, also zwölf Jahre jünger als Georg Eckert. Er hatte in Köln Geschichte, Geographie und Politische Wissenschaften studiert und bei Theodor Schieder promoviert. In Eckert fand er einen Mann, der wie er – nach den schlimmen Erfahrungen der NS-Diktatur – am Aufbau der deutschen Demokratie durch Bildung und Erziehung und an der Aussöhnung mit den Opfern der deutschen Aggression engagiert mitwirken wollte; Eckert durch

- Unterrichtung von Volksschullehrern,
- Erstellung moderner Lehrpläne,
- Bereitstellung von wissenschaftlich gesicherten Lehrmaterialien,
- Revision der in Deutschland und seinen Nachbarländern nationalistisch aufgeladenen Schulbücher,
- nicht zu vergessen, eigene Forschung und Vermittlung von Inhalten der demokratischen Bewegung und der Arbeiterbewegung.

Grunwald wollte mit »seiner« Friedrich-Ebert-Stiftung die Soziale Demokratie mit einem ganzen Strauß von Maßnahmen stärken, die sich in vielerlei Hinsicht mit denen Eckerts deckten:

- politische Erwachsenenbildung auf der Basis sozialdemokratischer Grundwerte,
- Förderung von Studierenden und jungen Wissenschaftlern und Wissenschaftlerinnen,
- Sicherung und Aufbereitung historischer Materialien,

5 Hausakten der FES. Einige dieser Dokumente wurden erstmalig 2010 auf einer von Heike Christina Mätzing und Björn Brosius kuratierten Ausstellung im Berliner und danach im Bonner Haus der FES gezeigt.

6 Interview des Verfassers mit Grunwald am 23. Januar 2002.

7 Vgl. Dowe, Hengstenberg und Kerbusch, *Günter Grunwald und die Friedrich-Ebert-Stiftung, passim*.

- historische, ökonomische und bald auch auf Entwicklungsländer bezogene Forschung und Politikberatung,
- öffentliche Dialoge zur Stärkung der Artikulationsfähigkeit in der demokratischen Auseinandersetzung,
- internationale Kooperation und Entwicklungszusammenarbeit.

Beide Männer hatten ähnliche oder doch vergleichbare Vorgehensweisen und stimmten sich in historischen Fragen miteinander ab, wobei erstaunlich ist, welche breite und vielgestaltige Korrespondenz⁸ sie führten und sich um alles und jedes kümmerten. Vor allem hatten sie – bei aller Verwurzelung in sozialdemokratischen Traditionen – eines nicht: ideologische Scheuklappen. Sie waren beide Meister in der Schaffung eines offenen Beziehungsgeflechts von Personen, die immer neue Ideen zur Diskussion stellten und ihrerseits immer neue Bezugspersonen heranzogen.

Mit Beziehung auf historische Probleme standen sie in einem ständigen Austausch und Abstimmungsprozess mit wichtigen deutschen Historikern – ohne Ansehen der politischen Ausrichtung. Und über die Deutsche UNESCO-Kommission, der Eckert als Präsident und, durch ihn befördert, Grunwald als Mitglied des Vollzugsausschusses angehörten, waren sie wie Spinnen im Netz nationaler und internationaler Bildungseinrichtungen.

In Grunwald fand Eckert einen kongenialen Organisator, der in der Lage war, in vielfältigster Weise immer neue Impulse von allen Seiten, auch aus den Gesprächskontakten zwischen beiden, mit Organisationskapazitäten und Finanzierungsmitteln zusammenzubringen und so ihrer Realisierung näherzubringen oder sie gar umzusetzen.

Nach dem Tode Georg Eckerts 1974 richtete Günter Grunwald an Eckerts Witwe Magda ein sehr persönliches Kondolenzschreiben:

Wie Sie wissen, bestand auf der Grundlage gemeinsamer politischer Überzeugungen und pädagogisch-wissenschaftlicher Ziele eine über Jahrzehnte dauernde intensive Zusammenarbeit zwischen Ihrem Mann und der Stiftung. Ich selber darf behaupten, daß aus dieser Zusammenarbeit ein besonderes Vertrauens-, ja Freundschaftsverhältnis zwischen Georg Eckert und mir erwachsen war. Die Freundschaft mit ihm ist und bleibt für mich mit der Bindung an gemeinsame Ideen und auch in einem ganz persönlichen Sinne verpflichtend. Schon vor Jahren und zuletzt noch wenige Monate vor seinem Tod bat mich Georg Eckert, daß sich für den Fall, daß ihm etwas zustoßen würde, die Friedrich-Ebert-Stiftung seiner politisch-wissenschaftlichen Hinterlassenschaft annehmen möchte. Ihm lag daran, daß die schriftlichen Unterlagen, die seine vielfältige politische und wissenschaftliche Arbeit dokumentieren, in die Hände der

8 Diverse Hausakten der FES.

Weggenossen übergangen, denen er vertraute und von denen er wußte, daß sie sein geistiges Erbe angemessen würdigen und pflegen können.⁹

Diesem Versprechen fühlt sich die Friedrich-Ebert-Stiftung weiterhin verpflichtet.

Neben dem engen persönlichen Verhältnis zwischen Eckert und Grunwald sollte man allerdings andere wichtige Personen nicht vergessen, vor allem Alfred Nau¹⁰, der inhaltlich und in den politischen Zielen mit beiden übereinstimmte und ohne dessen freundschaftliche Rückendeckung als Schatzmeister der SPD und zunächst faktischem, später auch amtsmäßigem Vorsitzenden der Friedrich-Ebert-Stiftung Grunwald seine Aktivitäten nicht hätte entfalten können.

Für den historischen Bereich ist ganz besonders hinzuweisen auf den langjährigen Leiter des Forschungsinstituts und Nachfolger Grunwalds als Geschäftsführendes Vorstandsmitglied der Friedrich-Ebert-Stiftung, Dr. Horst Heidermann, der nicht nur die historische Arbeit befruchtet und weitsichtig gefördert hat, sondern immer wieder entstehende Probleme aus dem Wege räumte.¹¹

Für Niedersachsen, wo Eckert die Basis seines Wirkens hatte, ist das mit der Förderung durch die VW-Stiftung eng verbundene »magische Dreieck«¹² zu nennen: Georg Eckert – Otto Bennemann¹³ – Günter Grunwald.

Rückblende: Georg Eckert liegt 1945/46 schwerkrank in einem englischen Lazarett in Goslar und blickt zurück auf sein bisheriges Leben, insbesondere auf seinen Kriegseinsatz in Griechenland. Dort ist er, der ehemalige demokratisch-sozialistische Berliner Studentenführer und »Antinazi«, in kriegswichtiger Position als Leiter der Wetterwarte in Saloniki tätig gewesen. Er hat aber auch mit der griechischen Widerstandsbewegung ELAS zusammengearbeitet, die sich später dezidiert kommunistisch orientierte. Im Herbst 1944 ist er zu ihr übergelaufen, schließlich – in einem recht komplizierten Prozess – weiter zu den

9 Kopie in den Unterlagen des Verfassers, der in Eckerts letzten Lebensjahren mit diesem in der Redaktion des *Archivs für Sozialgeschichte* zusammengearbeitet hat. Der persönliche Nachlass Georg Eckerts liegt im AdSD der FES in Bonn, während Eckerts Unterlagen aus dem Internationalen Schulbuchinstitut, Braunschweig, im Niedersächsischen Staatsarchiv in Wolfenbüttel aufbewahrt werden. Kleinere Nachlassteile liegen im Internationalen Institut für Sozialgeschichte in Amsterdam und im Institut für Zeitgeschichte in München sowie im Privatarchiv Heike Christina Mätzing.

10 Vgl. Willy Brandt, »Alfred Nau zum 65. Geburtstag«, in: ders. u. a., *Solidarität. Alfred Nau zum 65. Geburtstag*, Bonn-Bad Godesberg: Verlag Neue Gesellschaft, 1971, 7–15; Friedrich-Ebert-Stiftung (Hg.), *Alfred Nau 1906–1983*, Bonn: Friedrich-Ebert-Stiftung, 1983.

11 Horst Heidermann danke ich für wichtige Hinweise.

12 Den Ausdruck »magisches Dreieck« hat Grunwald geschprächshalber verwandt.

13 Zu Bennemann vgl. in diesem Sammelband den Beitrag von Horst-Rüdiger Jarck.

Engländern, mit denen er am Wiederaufbau der Demokratie im besiegten Deutschland zusammenarbeiten will.¹⁴

Zur Selbstlegitimation und zur Legitimation nach außen, auch um sich nach seiner in naher Zukunft erhofften Genesung nicht in den Fallstricken der »Entnazifizierung« zu verheddern, sammelte Eckert schon vom Lazarettbett aus fieberhaft Unterlagen, die seine Widerstandstätigkeit belegen. Und er verknüpfte diese persönliche Motivation mit der Erkenntnis, dass es notwendig sei, auch dem Ausland gegenüber mit Dokumenten und Erinnerungen nachzuweisen, dass Adolf Hitler nicht mit Deutschland zu identifizieren sei, dass es auch ein anderes, ein besseres Deutschland gegeben habe. Dazu nahm er Kontakt zum »Büro Schumacher« in Hannover auf, dem späteren Parteivorstand der SPD, und entwickelte schon 1946 gegenüber dem aus der englischen Emigration zurückgekehrten Sopade-Mitglied Fritz Heine¹⁵ Pläne, die im Kern einen wichtigen Teil von Eckerts späterer Tätigkeit im historischen Bereich vorwegnahmen:

- Anlegung eines Archivs mit Dokumenten und Erinnerungen zum deutschen Widerstand,
- Einrichtung einer Historischen Kommission der SPD zur Bewertung und Auswertung der einschlägigen Materialien,
- Schaffung eines Periodikums zur Veröffentlichung dieser Materialien.¹⁶

Dass die SPD-Führung von diesen Plänen sehr angetan war, zumal sie Intentionen der Partei seit Ende des neunzehnten Jahrhunderts entsprachen,¹⁷ liegt wirklich auf der Hand. Eckert selbst entfaltete schon im Lazarett und erst recht danach eine breite politische Vortragstätigkeit und nahm eine wichtige Rolle in der braunschweigischen bzw. niedersächsischen Sozialdemokratie ein, mit deren Führungspersonal er enge Beziehungen unterhielt, vor allem mit Ministerpräsident bzw. Minister Alfred Kubel und dem Braunschweiger Oberbürgermeister und späteren Innenminister Otto Bennemann. Kubel holte den politisch unbelasteten Eckert zur Schaffung einer demokratischen Lehrerausbildung an die Kant-Hochschule nach Braunschweig, wo Eckert 1951 das Internationale

14 Vgl., als erste Veröffentlichungen eines Biographieprojekts, den Einleitungsaufsatz des vorliegenden Bandes sowie: Heike Christina Mätzing, »Georg Eckert zum 100. Geburtstag. Engagierter Wissenschaftler und kulturpolitischer Botschafter der Nachkriegsdemokratie«, in: Birkholtz Gesellschaft (Hg.), *Der Kulturkalender 2012*, Braunschweig/Wolfenbüttel, 2012, 4–10, und: dies., »Wissenschaftler und Botschafter der Völkerverständigung. Georg Eckert (1912–1974) zum 100. Geburtstag«, in: *Gesprächskreis Geschichte* 102 (2013).

15 Zu Heine vgl. Stefan Appelius, *Heine. Die SPD und der lange Weg zur Macht*, Essen: Klartext, 1999.

16 Georg Eckert an Fritz Heine, 28. April 1946. Kopie in den persönlichen Unterlagen des Verfassers.

17 Vgl. Mario Bungert, »Zu retten, was sonst unwiederbringlich verloren geht«. *Die Archive der deutschen Sozialdemokratie und ihre Geschichte*, Bonn: Friedrich-Ebert-Stiftung, 2002.

Schulbuchinstitut gründete. Auch in der gesamten britischen Zone sowie darüber hinaus machte Eckert auf sich aufmerksam, nicht zuletzt durch seine Teilnahme an den für die Nachkriegs-SPD so wichtigen Kulturkonferenzen in Ziegenhain und Bad Gandersheim.¹⁸ Der Parteivorstand berief ihn zudem in die zentrale Bildungskommission und in die Sicherheitskommission beim Parteivorstand.

Eckert konnte bei seiner Umtriebigkeit zu allen wichtigen Personen der SPD – wie auch in anderen Bereichen – enge Beziehungen aufbauen, und er war schlichtweg auf dieser Bühne schon präsent, als Günter Grunwald 1956 vom SPD-Vorsitzenden Erich Ollenhauer den Auftrag erhielt, die Friedrich-Ebert-Stiftung e.V. zur Förderung demokratischer Volkserziehung auf- und auszubauen.¹⁹ Wichtige Männer in der formellen und informellen Führung der Stiftung, die im ersten Jahrzehnt ihres Bestehens nur zwei bis drei Dutzend Mitarbeitende aufwies, aber bald rapide anwuchs, kannten und schätzten Georg Eckert: der Schatzmeister der SPD und stellvertretende Stiftungsvorsitzende Alfred Nau, der Chef der sozialdemokratischen Presse, Druckereien und Verlage, Fritz Heine, sowie Willi Eichler²⁰, der Motor des Prozesses, der 1959 zum Godesberger Programm führte. Nur der formelle Vorsitzende der Stiftung, Prof. Dr. Gerhard Weisser²¹, hatte als Universitätsprofessor offensichtlich seine Probleme mit dem Braunschweiger Hochschulprofessor – ein gespanntes Verhältnis, das dem Grunwalds zu Weisser durchaus vergleichbar war.²²

Schon bald beriet sich Grunwald in vielen historischen Fragen mit Eckert, der, wie ausgeführt, mit seiner Geschichts- und Personenkenntnis ein idealer Gesprächspartner für den Geschäftsführer der Friedrich-Ebert-Stiftung war. Eckert seinerseits konnte vieles von dem, was ihm vorschwebte, mit Hilfe der organisatorischen und finanziellen Möglichkeiten der Stiftung realisieren. Formell wurde Eckert Vorsitzender einer Historischen Kommission der Friedrich-Ebert-Stiftung, der u. a. Jacques Droz (Paris), Edmund Silberner (Jerusalem), Shlomo Na'aman (Jerusalem) und Carl Landauer (Berkeley) angehörten. Diese Kommission stand im eigentlichen, organisatorischen Sinne allerdings nur auf dem

18 Vgl. Dieter Dowe und Kurt Klotzbach (Hg.), *Programmatische Dokumente der deutschen Sozialdemokratie*, Bonn: J.H.W. Dietz Nachf., 4., überarbeitete und aktualisierte Auflage 2004, Einleitung, 41 f.

19 Vgl. Dowe, Hengstenberg und Kerbusch, *Günter Grunwald*, 31 f., und Interviews mit Günter Grunwald.

20 Zu Eichler vgl. Ernesto Harder, *Vordenker der »ethischen Revolution«*. *Willi Eichler und das Godesberger Programm*, Bonn: J.H.W. Dietz Nachf., 2013.

21 Vgl. den Überblicksartikel bei Wikipedia: https://de.wikipedia.org/wiki/Gerhard_Weisser, zuletzt geprüft am 27. Juni 2017.

22 Interviews mit Günter Grunwald.

Papier; denn als solche trat sie so gut wie nie zusammen.²³ Sie war aber für Eckert wie Grunwald wichtig für das *Name Dropping* bei Finanzierungsanträgen bei Bundes- und Landesregierungen, bei Förderinstitutionen, etwa der Stiftung Volkswagenwerk, sowie den Gewerkschaften. Wie bei vielen neuen Institutionen dieser Zeit kam es bei der Stiftung gerade in den Aufbaujahren weniger auf die formalen Strukturen als auf die entscheidenden Männer an – und das waren Alfred Nau und Günter Grunwald.

Zu erwähnen ist auch Eckerts Mitgliedschaft im Kuratorium der Stiftung schon Ende der 1950er Jahre. Das Kuratorium war damals noch ein sehr kleines Gremium, das aus etwa zehn Personen bestand (heute rund 60) und nicht nur die vergangenen, sondern auch die künftigen Aktivitäten der Stiftung diskutierte. In diesem Gremium informierte Eckert 1959 zum ersten Mal über ein Projekt, mit dem er und Grunwald sich schon geraume Zeit beschäftigten und zu dem sie im Vorjahr schon zu einer vorbereitenden Sitzung Fachleute eingeladen hatten: die schließlich 1961 erfolgende Gründung eines Jahrbuchs, des *Archivs für Sozialgeschichte*, in dem bei allem Wandel der Zeit Eckerts Geist bis heute noch weht.²⁴

Die Vorgeschichte, die Gründung und die ersten Bände dieses Jahrbuchs der Friedrich-Ebert-Stiftung bis 1970 haben zum 50jährigen Jubiläum 2011 in einem gedruckt vorliegenden Vortrag von Heike Christina Mätzing schöne Würdigung gefunden. In dem Beitrag sind auf eindringliche Weise die Anfangsschwierigkeiten dargestellt, die Unterstützung von Eckerts Plan von Anbeginn durch Grunwald, aber auch der Gegenwind, der Eckert seitens des Vorsitzenden Weisser ins Gesicht blies. Denn Weisser wollte zunächst offensichtlich selbst Eckerts Plan umsetzen, musste dann aber nach Naus und Grunwalds Intervention klein beigeben.²⁵

Das *Archiv für Sozialgeschichte* (AfS), dessen erster Band 1961 erschien, war eine der Konkretisierungen der Zukunftsplanungen, die Eckert schon 1946 gegenüber Fritz Heine formuliert hatte. Es sollte in Fortsetzung des von Carl Grünberg herausgegebenen *Archivs für die Geschichte des Sozialismus und der Arbeiterbewegung* der Wissenschaft und der Politischen Bildung dienen. Zunächst sollte es Aufsätze über sowie Materialien aus der Geschichte der deutschen und internationalen demokratischen und Arbeiterbewegung veröffentlichen, darüber hinaus aber auch die Entwicklungsländer, den Imperialismus und

23 So Horst Heidermann, »Vorbedingungen und Überlegungen bis 1969«, in: Bibliothek der Friedrich-Ebert-Stiftung (Hg.), *Das gedruckte Gedächtnis der Arbeiterbewegung. Festschrift zum 30-jährigen Bestehen der Bibliothek der Friedrich-Ebert-Stiftung*, Bonn: Friedrich-Ebert-Stiftung, 1999, 16.

24 Interviews mit Günter Grunwald.

25 Heike Christina Mätzing, »Georg Eckert und die Anfänge des Archivs für Sozialgeschichte«, in: Meik Woyke (Hg.), *50 Jahre Archiv für Sozialgeschichte. Bedeutung, Wirkung, Zukunft*, Bonn: Friedrich-Ebert-Stiftung, 2011, 23–44.

Anti-Imperialismus berücksichtigen – Themen, von denen die letzteren erst nach der Jahrtausendwende im *Archiv für Sozialgeschichte* behandelt wurden, ein spätes Aufgreifen der ursprünglichen Planungen Eckerts von 1957.²⁶ Sodann sollte das AFS ein Diskussions- und Rezensionorgan werden, das einer breiteren Öffentlichkeit Neuerscheinungen in kritischer Beleuchtung nahebringen sollte.²⁷ Eckert war im ersten Jahrzehnt der einzige Herausgeber, wurde jedoch von einem »Redaktionssekretär« unterstützt, zunächst von Gerhard Wuthe, ab Band fünf von Hans Pelger.

Es ist wirklich erstaunlich, wie Eckert diese Tätigkeit zusätzlich zu seinen sonstigen Aufgaben als Hochschullehrer, Forscher, Leiter des Internationalen Schulbuchinstituts²⁸ und des Instituts für Sozialgeschichte Braunschweig²⁹, als Board-Mitglied des Internationalen Instituts für Sozialgeschichte in Amsterdam³⁰, als Präsident der Deutschen UNESCO-Kommission³¹, als Herausgeber der *Zeitschrift für Ethnologie* etc. pp. leisten konnte. Er hatte trotz schwacher Gesundheit einen ungeheuren Arbeits- und Leistungswillen, war ständig unterwegs, ständig in Hetze. Der Verfasser kann sich noch typischer Szenen erinnern, wo Eckert am Schluss einer Sitzung auf seine Uhr schaute und sagte: »Ich habe noch eine halbe Stunde Zeit, bis ich zum Zuge muss. Da kann ich im Archiv noch schnell ein paar Fußnoten für meine [Wilhelm-Liebknecht-]Edition machen.« Ohne seine Assistentin Rosemarie Sievers einerseits und seinen Stellvertreter im Schulbuchinstitut, Otto Ernst Schüddekopf, andererseits wäre das alles gar nicht zu bewältigen gewesen.

Aus diesem Grunde stimmte Eckert 1970 auch, um die Verantwortung auf mehrere Schultern zu legen, einer Erweiterung der Redaktion des *Archiv für Sozialgeschichte* zu, und zwar um den Leiter der Abteilung Sozial- und Zeitgeschichte der Friedrich-Ebert-Stiftung, Kurt Klotzbach, und den Leiter des Karl-Marx-Hauses in Trier, Hans Pelger. Der Verfasser wurde als »Redaktionssekretär« bzw. »Schriftleiter« hinzugezogen, konnte also noch gut vier Jahre mit Eckert bis zu dessen Tod zusammenarbeiten, und zwar letztlich sehr vertrauensvoll.

Gleichzeitig erfolgte auf Initiative Klotzbachs und Pelgers und mit Zustimmung der erweiterten Stiftungsführung (Nau, Eichler, Heine, Grunwald, Heidermann) eine Veränderung des Themenspektrums von einer organisations-

26 Ebd., 30.

27 Vgl. ebd., 23–44 sowie das Vorwort des FES-Vorsitzenden: Gerhard Weisser, »Vorwort«, in: *Archiv für Sozialgeschichte* 1 (1961), 5–7.

28 Vgl. ebd.

29 Vgl. Dieter Dowe (Hg.), *40 Jahre Institut für Sozialgeschichte e.V. Braunschweig – Bonn 1962–2002*, Bonn: Institut für Sozialgeschichte, 2003.

30 Vgl. den Aufsatz von Hans-Peter Harstick in diesem Band.

31 Vgl. die Beiträge von Matthias Bode und Thomas Keller in diesem Band.

und ideologieorientierten Geschichte der Arbeiterbewegung hin zu einer neuere methodische Ansätze aufgreifenden Sozialgeschichte der Emanzipationsbewegungen in Deutschland und Mittel- wie Westeuropa seit dem Ende des achtzehnten Jahrhunderts,³² die man als »politische Gesellschaftsgeschichte« bezeichnen kann.³³

Das beinhaltete Themenkomplexe wie Theorie und Methodik der Sozialgeschichte, Entstehung und Prozess der bürgerlichen Gesellschaft in Europa, Industrialisierung (national und regional), die »zweite industrielle Revolution«, das Verhältnis von Gesellschaftsstruktur und politischer Verfassung, Ideengeschichte als Sozialgeschichte, auch international vergleichend, Ursachen und soziale Wirkungen der Weltwirtschaftskrisen des neunzehnten und zwanzigsten Jahrhunderts, Theorie und Praxis des modernen Imperialismus, Herausbildung und Entwicklung der modernen Parteien und Verbände, die Arbeiterbewegung der Weimarer Republik, Sozialgeschichte der totalitären Bewegungen des zwanzigsten Jahrhunderts, soziale und staatliche Probleme des deutschen und europäischen Wiederaufbaus nach 1945, Entwicklung der sozialistischen Parteien und der Gewerkschaften nach dem Zweiten Weltkrieg usw. usf.

Eckert stimmte dieser Neuorientierung zu, beharrte aber darauf, dass die Arbeiterbewegung nicht aus dem Blickfeld geraten dürfe,³⁴ und er brachte sich bei den Diskussionen in der Redaktion immer sehr intensiv und weiterführend ein. Ein kleines Beispiel: Der Verfasser hatte Schwierigkeiten, einen Aufsatz über »staatlichen Gebärzwang und proletarischen Gebärstreik«, bei dem viel von Verhütungstechniken die Rede war, bei den beiden jüngeren Redaktionskollegen durchzubringen. Eckert, der allezeit intensive Kontakte zu einfachen Leuten aufrechterhielt, schlug sich auf seine Seite: Es gebe kaum etwas, was die Arbeiterfrauen mehr interessiert habe und interessiere! Das Manuskript wurde gedruckt!

Doch zurück zum Beginn der 1960er Jahre. Eckert hatte erkannt, dass es in unserer Kenntnis der Geschichte der demokratischen und der Arbeiterbewegung eine ganze Reihe blinder Flecken gab, um deren Aufhellung er sich bemühte. Dazu bedurfte es intensiver Forschungsarbeit, die er selbst nach Maß-

32 Protokolle der Redaktionssitzungen, in Händen des Verfassers; vgl. auch die Würdigungen der thematischen Erweiterung bzw. Umorientierung durch Gerald D. Feldman, *Sozialgeschichte und Geschichte der Arbeiterbewegung. Vortrag vom 21. Oktober 1985 im Hause der Friedrich-Ebert-Stiftung in Bonn anlässlich der Herausgabe des 25. Bandes des Archivs für Sozialgeschichte*, Bonn: Friedrich-Ebert-Stiftung, 1985; und Jürgen Kocka, »50 Jahre Archiv für Sozialgeschichte. Bedeutung, Wirkung, Zukunft«, in: Woyke (Hg.), *50 Jahre Archiv für Sozialgeschichte*, 8–22, 12ff.

33 Dieter Dowe, *Zur Geschichte des Archivs für Sozialgeschichte*, URL http://library.fes.de/afsonline/inhalt/geschichte_afs.htm [Zuletzt überprüft am 02. Februar 2017].

34 So in der letzten Redaktionssitzung, an der er teilnehmen konnte, kurz vor seinem Tod; vgl. Protokolle, in Händen des Verfassers.

gabe seiner zeitlichen Möglichkeiten betrieb, aber man benötigte auch Gelder, um Projekte und anschließend die Drucklegung zu finanzieren. Dazu bot ihm die 1962 auf Eckerts Initiative hin erfolgte Gründung seines Instituts für Sozialgeschichte Braunschweig³⁵ die Möglichkeit, in deren Trägerverein, den der Verfasser später einmal eineinhalb Jahrzehnte lang selbst leiten durfte, niedersächsische Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler wie Helga Grebing, Hans-Peter Harstick und Klaus-Erich Pollmann, niedersächsische Politiker wie Otto Bennemann, Ewald Gerrich, Gerhard Glogowski und die Braunschweiger Oberbürgermeister wie auch Mitglieder der Friedrich-Ebert-Stiftung wie Alfred Nau, Günter Grunwald und Horst Heidermann saßen. Mit Hilfe dieses Instituts konnte Eckert die Projekte einer ganzen Reihe israelischer und osteuropäischer Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler finanzieren, deren Forschungsergebnisse teils in voluminösen Bänden – wie die Publikationen von Edmund Silberner³⁶ und Shlomo Na’aman³⁷ –, teils im *Archiv für Sozialgeschichte* veröffentlicht wurden. Dieses Institut für Sozialgeschichte Braunschweig wurde nach Georg Eckerts Tod nach Bonn überführt und in seinem Wirkungsgrad ausgedehnt, bis sich die Friedrich-Ebert-Stiftung 2005 von ihm trennte.

Das Jahrbuch *Archiv für Sozialgeschichte* war eine der Konkretisierungen von Eckerts bereits 1946 gegenüber Fritz Heine formulierten Zukunftsplänen. Eine andere war die Gründung des Archivs der Friedrich-Ebert-Stiftung, des Archivs der sozialen Demokratie, ein altes Vorhaben der SPD seit August Bebels Zeiten³⁸. Es sollte das Parteiarchiv aufnehmen und später die Archive der meisten deutschen und vieler internationaler Gewerkschaften. Günter Grunwald hatte in Abstimmung mit dem SPD-Parteivorstand (Erich Ollenhauer³⁹ und Alfred Nau) den Gedanken an die Schaffung eines Archivs seit Beginn seiner Tätigkeit für die Friedrich-Ebert-Stiftung, also seit 1956, verfolgt, und man kann davon ausgehen, dass Eckert ihn argumentativ dabei unterstützte. Auf jeden Fall machte er es Grunwald leichter, im Kuratorium der VW-Stiftung⁴⁰ die Finanzierung des Archiv-Neubaus als nationale Aufgabe durchzusetzen, indem er 1966 ein positives

35 Vgl. Dowe (Hg.), *40 Jahre Institut für Sozialgeschichte*.

36 Edmund Silberner, *Johann Jacoby. Politiker und Mensch*, Bonn-Bad Godesberg: Verlag Neue Gesellschaft, 1976; ders. (Hg.), *Johann Jacoby. Briefwechsel 1816–1849*, Hannover: Fackeltträger-Verlag, 1974; ders. (Hg.), *Johann Jacoby. Briefwechsel 1850–1877*, Bonn: Verlag Neue Gesellschaft, 1978.

37 Shlomo Na’aman, *Lassalle*, Hannover: Verlag für Literatur und Zeitgeschehen, 1970.

38 Vgl. Bungert, »Zu retten, was sonst unwiederbringlich verloren geht«.

39 Vgl. Brigitte Seebacher-Brandt, *Ollenhauer. Biedermann und Patriot*, Berlin: Siedler Verlag, 1984; Hans-Jochen Vogel und Klaus Erich Pollmann, *Erich Ollenhauer und die deutsche Sozialdemokratie. Ansprachen aus Anlaß der 90. Wiederkehr seines Geburtstages in Magdeburg*, Bonn: Friedrich-Ebert-Stiftung, 1991.

40 Zur Frühgeschichte der VW-Stiftung vgl. Rainer Nicolaysen, *Der lange Weg zur Volkswagenstiftung*, Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht, 2002.

Gutachten für dieses Unternehmen verfasste. In dem Archiv-Neubau fanden dann auch die anderen Abteilungen der Friedrich-Ebert-Stiftung eine Heimstatt.

Nur zwei Beispiele seien hier angeführt aus der breiten Zusammenarbeit Georg Eckerts mit Günter Grunwald und der Friedrich-Ebert-Stiftung: zunächst das Großprojekt »Friedrich Ebert und seine Zeit«, das sich durchaus mit der redaktionellen Arbeit am *Archiv für Sozialgeschichte* verschränkte und an dem der Friedrich-Ebert-Stiftung aus naheliegenden Gründen sehr viel gelegen war. Nach ausführlichen Gesprächen zwischen Alfred Nau, Günter Grunwald und Georg Eckert Anfang Dezember 1963 lud die Stiftung – meist Grunwald persönlich – zu einer Arbeitsbesprechung im Februar 1964 nach Bonn ein. Es kamen u. a. Frolinde Balsler⁴¹ und Susanne Miller⁴² sowie Klemens von Klemperer (Massachusetts), Wilhelm Matull (Landeszentrale für politische Bildung, Düsseldorf), Otto Ernst Schüddekopf (Internationales Schulbuchinstitut Braunschweig) und Dieter Schuster (IISG Amsterdam) sowie von der Stiftung Willi Eichler, Günter Grunwald und Horst Heidermann. Die Leitung der Besprechung lag bei Georg Eckert, der u. a. Werner Conze, Wilhelm Mommsen, Gerhard A. Ritter und Georg Kotowski entschuldigte, die aber ihre Mitarbeit zugesagt hatten und letzten Endes über Doktoranden und Mitarbeitende mit von der Partie waren.⁴³

Eckert führte aus, ursprünglich hätten einige jüngere Kollegen nach Materialien über Friedrich Ebert⁴⁴ gesucht, allerdings vergebens, so dass das engere Ebert-Projekt auf »Ebert und seine Zeit« ausgeweitet worden sei. Man plane keine Heroisierung des Reichspräsidenten, sondern ein wissenschaftlich-kritisches Sammelwerk. Nun solle in deutschen und ausländischen Archiven recherchiert werden. Günter Grunwald und Willi Eichler machten klar, dass die geplanten Untersuchungen möglichst weit gefasst werden sollten und die gesamte Zeit der deutschen Arbeiterbewegung, auch in ihren Bezügen zum Ausland, betreffen sollten. Zu berücksichtigen seien auch die äußere Lebenssituation sowie wirtschaftliche und juristische Probleme. Eckert möge bitte konkrete Themen für Dissertationen formulieren, da bei Conze, Schieder und Gollwitzer schon zwölf Historiker darauf warteten. In Aussicht gestellt wurden Promotions- und Forschungsstipendien. Auch hier folgte Eckert wieder im Kern dem Programm, das er Fritz Heine 1946 geschrieben hatte: Sammelband, Archiv, Sammlung von Zeug-

41 Vgl. den Wikipedia-Artikel über Balsler: https://de.wikipedia.org/wiki/Frolinde_Balsler, zuletzt geprüft am 10. Mai 2017.

42 Vgl. Susanne Miller, »So würde ich noch einmal leben«. *Erinnerungen. Aufgezeichnet und eingeleitet von Antje Dertinger*, Bonn: J.H.W. Dietz Nachf., 2005.

43 Briefwechsel und Protokolle in den FES-Hausakten.

44 Vgl. Walter Mühlhausen, *Friedrich Ebert 1871–1925. Reichspräsident der Weimarer Republik*, Bonn: J.H.W. Dietz Nachf., 2., durchges. Auflage 2007. In diesem Werk sind alle bekannten Materialien von und zu Ebert verarbeitet worden.

nissen und langfristig Dissertationen. In diesem Kontext kündete Grunwald zum ersten Mal den Aufbau eines Archivs der sozialen Demokratie der Friedrich-Ebert-Stiftung an.

Bei der nächsten Sitzung⁴⁵ in Berlin am 6. Oktober 1964, dem Vortag des Deutschen Historikertages, waren außer den Genannten noch Siegfried Bahne vom IISG, Dieter Groh, Kurt Koszyk, Shlomo Na'aman, Hans-Josef Steinberg und aus Wien Rudolf Neck zugegen. Mit Neck wurden am Rande Gespräche geführt, aus denen die so genannten Linzer Konferenzen, die Internationale Tagung der Historiker der Arbeiterbewegung in Linz/Donau, hervorgingen. Entschuldigt hatten sich Waldemar Besson, Walter Bußmann, Werner Conze und Fritz Stern. Die Leitung lag wiederum bei Georg Eckert, der in diesem Zusammenhang einmal mehr bewies, dass er in der Lage war, ein breites Feld von Spezialisten zu gemeinsamer Arbeit zusammenzuführen. Bei der Besprechung wurden bereits eine ganze Reihe von Arbeitsberichten präsentiert und Hinweise auf weitere Archivmaterialien gegeben. Die Ergebnisse dieses Großprojekts wurden nicht, wie zunächst geplant, in einem Sonderband des *Archivs für Sozialgeschichte* zusammengefasst, sondern einzeln als Aufsätze oder Dokumentationen in den nächsten Bänden dieses Jahrbuchs veröffentlicht.

Als letztes Beispiel des Zusammenwirkens Eckerts mit der Friedrich-Ebert-Stiftung sei die internationale wissenschaftliche Konferenz in Wuppertal im Mai 1970 über Friedrich Engels wenigstens erwähnt. Sie wurde von der Stadt Wuppertal zum 150. Geburtstag ihres großen Sohnes veranstaltet und vom Karl-Marx-Haus der Friedrich-Ebert-Stiftung zusammen mit Georg Eckert vorbereitet. Es war nicht nur dem beginnenden Entspannungsprozess (Stichwort: Neue Ostpolitik) zu verdanken, sondern auch dem großen internationalen Renommee und grenzüberschreitenden Vertrauen, das Eckert genoss, dass die Institute für Marxismus-Leninismus in Moskau und Ost-Berlin teilnahmen, weil sie Eckert eine faire Leitung zutrauten, und dass die Veranstaltung eine der ersten großen Ost-West-Konferenzen wurde. Nach einer Begrüßung durch den NRW-Wissenschaftsminister Johannes Rau diskutierten unter der Gesamtleitung von Georg Eckert Wissenschaftler und Wissenschaftlerinnen aus der Bundesrepublik Deutschland und der DDR, aus den Niederlanden, aus England, Frankreich, der Schweiz, Österreich, Italien, Israel und den USA, aus Jugoslawien, Ungarn, Rumänien und der Sowjetunion. Sie referierten über den jungen Engels, seine Rolle als Geschäftsmann und seine Bedeutung als Wirtschaftswissenschaftler, über seine Stellung in der Militärwissenschaft, seine Weltanschauung und Geschichtsauffassung sowie über seinen Einfluss auf die deutsche und die internationale Arbeiterbewegung.⁴⁶

45 Protokoll in den FES-Hausakten.

46 Vgl. Hans Pelger (Red.), *Friedrich Engels 1820–1970. Referate, Diskussionen, Dokumente.*

Der Verfasser hat hier – im Wesentlichen als Zeitzeuge bzw. aus persönlichen Unterlagen und Gesprächen mit Beteiligten schöpfend –, weniger systematisch als vielmehr in subjektiver Auswahl, Hinweise und Argumente zusammengetragen, denen eines gemeinsam ist: Sie alle zeigen die überragende Bedeutung, die Georg Eckert im Zusammenwirken mit seinem Freund Günter Grunwald für die Entwicklung und Ausgestaltung der historischen Arbeit der Friedrich-Ebert-Stiftung gehabt hat und in den Auswirkungen noch heute hat.

Internationale wissenschaftliche Konferenz in Wuppertal vom 25.–29. Mai 1970, Hannover: Verlag für Literatur und Zeitgeschehen, 1971.

Open-Access-Publikation im Sinne der CC-Lizenz BY 4.0

© 2017, V&R unipress GmbH, Cöttingen

ISBN Print: 9783847107613 – ISBN E-Lib: 9783737007610

Demokratischer Geschichtsunterricht. Georg Eckerts Beitrag zur Geschichtsdidaktik nach 1945

Einleitung

Georg Eckerts Beitrag¹ zur Erneuerung des Geschichtsunterrichts und der Lehrerbildung nach 1945 ist unbestritten.² Eckert gilt als Protagonist der Schulbuchrevision der Nachkriegszeit und der späteren internationalen Schulbuchforschung.³ Neuere Arbeiten beleuchten auch seine Rolle als reformorientierter Geschichtsdidaktiker.⁴ Es besteht berechnete Hoffnung, dass eine ange-

1 Für die Veröffentlichung sind Aufbau und Pointierung des Vortrags vom 20. Oktober 2012 beibehalten, ergänzt um Einleitung, Schlussabschnitt und Literaturverweise. Eine kürzere Fassung ist bereits erschienen: Ulrich Mayer, »Georg Eckert als Geschichtsdidaktiker«, in: *Zeitschrift für Geschichtsdidaktik* 15 (2016), 165–184.

2 Helmut Hirsch, *Lehrer machen Geschichte. Das Institut für Erziehungswissenschaften und das Internationale Schulbuchinstitut. Ein Beitrag zur Kontinuitätsforschung*, Ratingen u. a.: Henn, 1971; Christian W. Zöllner, »Neue Wege an der Kant-Hochschule in Braunschweig. Ein Auftrag zum Neubeginn in der Lehrerausbildung nach 1945«, in: *Braunschweigisches Jahrbuch* 53 (1972), 32f.; Siegfried Bachmann, »Rede auf der akademischen Trauerfeier zum ehrenden Gedenken an Prof. Dr. Georg Eckert am 14. Januar 1974« in: *In Memoriam Georg Eckert (1912–1974)*, Braunschweig: Pädagogische Hochschule Niedersachsen, Abteilung Braunschweig, 1974, 5–8, 6f.; Heinrich Rodenstein, *Leo Raeppl, Georg Eckert. Kurzbiographien*, Braunschweig: Internationaler Arbeitskreis Sonnenberg, 1978; Günter Pakschies, *Umerziehung in der Britischen Zone 1945–1959*, Weinheim, Basel: Beltz Verlag, 1979, 167; Maria Halbritter, *Schulreformpolitik in der britischen Zone von 1945 bis 1949*, Weinheim, Basel: Beltz Verlag, 1979, 211, 216–220, 228f.; Ulrich Mayer, *Neue Wege im Geschichtsunterricht? Studien zur Entwicklung der Geschichtsdidaktik und des Geschichtsunterrichts in den westlichen Besatzungszonen und in der Bundesrepublik Deutschland 1945–1953*, Köln/Wien: Böhlau in Komm., 1986, 179–252, 367–389.

3 Otto-Ernst Schüddekopf, *20 Jahre Schulbuchrevision in Westeuropa 1945–1965*, Braunschweig: Verlag Albert Limbach, 1966; Ernst Hinrichs und Falk Pingel, »Georg Eckert (1912–1974) und die internationale Schulbuchforschung«, in: Paul Leidinger (Hg.), *Geschichtsunterricht und Geschichtsdidaktik vom Kaiserreich bis zur Gegenwart. Festschrift des Verbandes des Geschichtslehrer Deutschlands zum 75jährigen Bestehen*, Stuttgart: Klett, 1988, 334–349.

4 Horst Kuss, »Geschichtsdidaktik und Geschichtsunterricht in der Bundesrepublik Deutschland (1945/49–1990). Eine Bilanz. Teil I«, in: *Geschichte in Wissenschaft und Unterricht* 45, 12 (1994), 735–758; Horst Gies, »Neuanfang und Kontinuitäten. Geschichtsdidaktik und Ge-

mahte Biographie⁵ in absehbarer Zeit erscheinen wird.⁶ Im vorliegenden Beitrag geht es um Eckerts Bedeutung für neue Konzeptionen von Geschichtsunterricht und Geschichtsdidaktik, für die Begründung einer sozial- und demokratiegeschichtlichen Geschichtsdidaktik während der frühen Phase seiner Braunschweiger Tätigkeit. Welche personalen Kräfte, organisatorischen Bedingungen und erkenntnistheoretischen Kontinuitäten beeinflussten das Ringen um den Geschichtsunterricht der Nachkriegszeit, welche setzten sich durch? Alle programmatischen Veröffentlichungen Eckerts zum Schulfach Geschichte entstanden zwischen 1946 und 1951. Seine pädagogischen und didaktischen Zielsetzungen und Maximen sind in diesen Jahren prägnant und stabil gewesen. Deshalb ist das Jahrfünft zu Recht als Blütezeit, als »Höhepunkt, ja Glanzzeit« von Eckerts aktivem Einsatz für eine neue demokratische Bildung bezeichnet worden.⁷

Ziele und Zusammenhänge

Um Eckerts Verdienste und Misserfolge – all das, wofür er sich einsetzte und kämpfte, dem er sich aber auch entzog; was er erreichte und wo er scheiterte⁸ – angemessen zu beurteilen, sind seine Aktivitäten im Kontext allgemeiner Bemühungen um pädagogische und bildungspolitische Neuorientierung zu be-

schichtsunterricht in Niedersachsen nach 1945«, in: Horst Kuss und Bernd Mütter (Hg.), *Geschichte Niedersachsens neu entdeckt*, Braunschweig: Westermann, 1996, 98–111; Horst Kuss, »Geschichtsunterricht in unserer Zeit«, Hermann Körner und Karl Mielcke im Wiederaufbau des Geschichtsunterrichts nach 1945«, in: Herbert Raisch und Armin Reese (Hg.) *Historia Didactica. Geschichtsdidaktik heute. Uwe Uffelmann zum 60. Geburtstag*, Idstein: Schulz-Kirchner, 1997, 115–128; Hans-Peter Harstick, »Georg Eckert (1912–1974). Wegbereiter einer neuen Konzeption von Geschichte in Wissenschaft und Unterricht«, in: Ursula A. J. Becher und Rainer Riemenschneider (Hg.) *Internationale Verständigung. 25 Jahre Georg-Eckert-Institut für Internationale Schulbuchforschung in Braunschweig*, Hannover: Verlag Hahnsche Buchhandlung, 2000, 105–115; Michele Barricelli, »Didaktische Räusche und die Verständigung der Einzelwesen. Georg Eckerts Beitrag zur Erneuerung des Geschichtsunterrichts nach 1945«, in: Wolfgang Hasberg und Manfred Seidenfuß (Hg.), *Modernisierung im Umbruch. Geschichtsdidaktik und Geschichtsunterricht nach 1945*, Berlin u. a.: LIT, 2008, 261–290; Ulrich Mayer, »Neubeginn oder Wiederanfang? Geschichtsdidaktik im Westen Deutschlands«, in: Hasberg und Seidenfuß (Hg.), *Modernisierung im Umbruch*, 99–113, 107, 111.

5 Barricelli, »Didaktische Räusche und die Verständigung der Einzelwesen«, 262; Harstick, *Georg Eckert (1912–1974)*, 113, vgl. weiter unten den Abschnitt »Geschichtspädagoge/Geschichtsdidaktiker«.

6 Vgl. den Beitrag von Heike Christina Mätzing in diesem Band.

7 Barricelli, »Didaktische Räusche und die Verständigung der Einzelwesen«, 264.

8 Ebd. Barricelli beobachtet, dass Eckert je nach den Umständen, auf die seine Überzeugungen und Intentionen trafen, unterschiedlich reagierte. Er habe in brenzligen Situationen entsprechend geantwortet oder – nicht selten – sich ihnen entzogen.

trachten.⁹ Strukturell geht es um Eckerts Position in der bildungs- und kulturpolitischen Strömung der Re-education, individuell um persönliche Schwerpunktsetzungen in der wissenschaftlichen, pädagogischen und didaktischen Auseinandersetzung mit der NS-Herrschaft.

Das Arbeitsfeld Geschichte gehört in den Kontext anglo-amerikanischer Leitlinien zur Behandlung Deutschlands, die sich mit den synonym gebrauchten Begriffen Re-education, Re-construction, Umerziehung verbinden. Re-education ist über Jahrzehnte je nach kultur- und bildungspolitischer Implikation ein Kampfbegriff gewesen. Den Einen diene er als polemische Bezeichnung für Besatzeranmaßung, Bevormundung und Indoktrination.¹⁰ In abgestufter Schärfe wurden englische und amerikanische Extrempositionen zur Behandlung Deutschlands wie z. B. Vorschläge zur flächendeckenden Anwendung von Therapien paranoiden Verhaltens oder Konzepte einer harten Bestrafung der angeblich kollektiv schuldigen Deutschen als kulturpolitische Leitlinien der Besatzungsbehörden ausgegeben. Die Vorwürfe kulminierten im Begriff »Charakterwäsche«.¹¹ Dabei unterschlug man, dass solche Konzepte für die tatsächliche Umerziehungspolitik überhaupt nicht relevant wurden. Für die Anderen bedeutete Re-education eine politisch-kulturell-pädagogische Perspektive, um die Deutschen in die zivilisierte Weltgesellschaft zurückzuführen. Nach Maßgabe der britischen Besatzungsmacht sollte Re-education die Entfaltung politischen und gesellschaftlichen Verantwortungsbewusstseins bewirken, die Achtung freiheitlicher und repräsentativ-demokratischer Formen des politischen Lebens fördern und Weiterleben oder Wiederaufleben faschistischer, nationalistischer und militaristischer Ideologien ausschließen.¹² In diesem Sinn bezeichnet Re-education ein breites Spektrum demokratisch orientierter Maßnahmen im Bildungsbereich in Deutschland und durch die Deutschen selbst. In Behörden und Hochschulen gab es Frauen und Männer unterschiedlicher politischer Couleur, die eigenverantwortlich und in Bindung an deutsche Bildungstraditionen, oft an die des »Bundes Entschiedener Schulreformer« der Weimarer Republik,¹³ weitgehend mit alliierten Reformvor-

9 Differenzierungen in dieser Richtung verdanke ich Diskussionen mit Heike Christina Mätzing.

10 Erich Weniger, »Die Epoche der Umerziehung 1945–1949«, in: *Westermanns Pädagogische Beiträge* 11 (1959), 403–410, 515–525 und in: *Westermanns Pädagogische Beiträge* 12 (1960), 9–13, 74–79.

11 Caspar Schrenck-Notzing, *Charakterwäsche. Die amerikanische Besatzung in Deutschland und ihre Folgen*, Stuttgart: Seewald, 1965.

12 Mayer, *Neue Wege im Geschichtsunterricht?*, 149.

13 Halbritter, *Schulreformpolitik in der Britischen Zone*, 211, 216f., 219, 228f.; Bärbel Völkel, »Sozialistisch oder soziologisch? Wie sollte der neue Geschichtsunterricht in der Weimarer Republik aussehen?«, in: Wolfgang Hasberg und Manfred Seidenfuß (Hg.), *Geschichtsdiaktik(er) im Griff des Nationalsozialismus*, Münster: LIT, 2005, 57–70.

stellungen übereinstimmten und zur Kooperation bereit waren, darunter auch Eckert.

In Braunschweig waren britische Stellen schon früh bereit, das Fach wieder zu erlauben, wenn es grundsätzliche Bedingungen erfüllte, nämlich vielfältige Dimensionen¹⁴ des Historischen berücksichtigte, auf Kriegsgeschichte und nationalistische Perspektive verzichtete¹⁵ sowie politisch-ethische Orientierung im Sinne demokratischer Traditionsbildung anstrebte.¹⁶ Dringlich war infolgedessen ein Geschichtslehrplan für die Volks- und Mittelschulen, die damals von 80 bis 90 Prozent der Schülerschaft besucht wurden.

Ein solcher Lehrplan war die erste Arbeit Eckerts in Braunschweig. Direkt nach seiner Ernennung zum Dozenten für Geschichte an der Kant-Hochschule am 1. November 1946 arbeitete der damals 34-Jährige offenbar »wie im Rausch«¹⁷ an diesem Plan und schloss bereits Ende des Jahres Vorwort und Lehrplanentwurf ab. Das Manuskript vom Januar 1947 wurde in einem »Geschichtspädagogischen Arbeitskreis«¹⁸ diskutiert und nach einigen Veränderungen im April als achtseitiger Lehrplan mit Präambel, Stoffplan, Passagen zu methodischen und inhaltlichen Einzelfragen sowie Stoffverteilungsplan gedruckt vorgelegt.¹⁹

Die Grundsätze des Vorworts ordnen den Geschichtsunterricht in die Konzeption der Re-education ein:

In der neuen Schule des demokratischen Deutschland wird Geschichte als Voraussetzung für eine wirkungsvolle staatsbürgerliche Erziehung eines der wichtigsten und schwierigsten Unterrichtsfächer sein. Der Aufbau einer lebensfähigen Demokratie in Deutschland kann nur gelingen, wenn die zukünftigen Staatsbürger schon in der Schule das geistige Rüstzeug erhalten, das ihnen eine spätere Teilhabe am staatlichen Leben und selbständige politische Entscheidungen ermöglicht. Der Geschichtsunterricht muß daher gründliche Kenntnisse aller wichtigen geschichtlichen Tatsachen und Zu-

14 Zur gegenwärtigen Diskussion über geschichtswissenschaftliche Dimensionen vgl. Hans-Ulrich Wehler, *Deutsche Gesellschaftsgeschichte*, 1. Bd., München: C. H. Beck, 1987, 6f.; Hans-Jürgen Pandel, »Dimensionen der Wahrnehmung«, in: Ulrich Mayer u. a. (Hg.) *Wörterbuch Geschichtsdidaktik*, Schwalbach/Ts.: Wochenschau Verlag, 2. Auflage 2009, 47f.; Peter Gautschi, Markus Bernhardt und Ulrich Mayer, »Guter Geschichtsunterricht – Prinzipien«, in: Michele Barricelli und Martin Lücke (Hg.), *Handbuch Praxis des Geschichtsunterrichts*, Bd. 1, Schwalbach/Ts.: Wochenschau Verlag, 2012, 326–348, 328f.

15 Textbook Section vom 26. August 1946, zit. nach Mayer, *Neue Wege im Geschichtsunterricht?*, 193: »Approach: general objects of the new history teaching. Content: respective claims of political, economic and social history. How much place should be given to the story of campaigns. Emphasis: how far should history be world, European or German history.«

16 Mayer, *Neue Wege im Geschichtsunterricht?*, 191f.

17 Barricelli, »Didaktische Räusche und die Verständigung der Einzelwesen«, 272.

18 Vgl. Abschnitt »Aktivitäten und Adressaten«.

19 Lehrplan für den Geschichtsunterricht an den braunschweigischen Volks- und Mittelschulen, Braunschweig, 1947, Archiv des GEI, Ordner Geschichte.

sammenhänge vermitteln, ohne die eine eigene Urteilsbildung unmöglich ist. Der Erfolg des Unterrichts wird daher entscheidend von der rückhaltlosen demokratischen, politisch und sozial fortschrittlichen Haltung des Lehrers abhängen. Absolute Wahrheitsliebe und völlige Meinungsfreiheit sind im Geschichtsunterricht Selbstverständlichkeiten.²⁰

Eckert hat diese Vorstellungen in den Jahren bis 1951 mehrfach aufgegriffen und lebenslang als »Maximen« seines didaktischen Denkens betrachtet.²¹ Prinzipien wie unbedingtes Demokratiegebot und Befähigung des Individuums zu selbstbestimmtem Handeln als Voraussetzung der politischen Aktivitäten verantwortungsbewusster Staatsbürgerinnen und Staatsbürger besitzen angesichts gegenwärtiger politischer, technologischer, bildungspolitischer und allgemein-didaktischer Anforderungen und Zumutungen an Fachdidaktik und -unterricht geradezu aktuelle Brisanz. Zu naiv ist von Wichtigkeit und Wahrheit die Rede, um darin ein reflektiertes Geschichtsbewusstsein im heutigen Sinne zu erkennen. Hier liegt aber ein für die damalige Zeit ganz und gar nicht selbstverständlicher Beleg für ein an Gegenwartsrelevanz und wissenschaftlichen Standards orientiertes Verständnis von historischem Lernen vor.

Zudem ist die Gewichtung des Schulfaches in Eckerts individuellem Schaffensraum zu betrachten. Für den vielfältig aktiven Eckert, erst kürzlich etwas süffisant als »umtriebiger Sozialdemokrat« bezeichnet,²² war das Geschichtscurriculum gegen Ende der 1940er Jahre nicht das einzige Arbeitsfeld, sondern nur ein – wenn auch besonders wichtiger – Bereich. Auch die anderen, geschichtswissenschaftliche Publikationen, Quelleneditionen, Schulbuchverbesserung und -forschung, standen unter dem pädagogischen Anspruch eines neuen demokratischen Lehrens, Lernens und Lebens in Deutschland. Es kam durchaus vor, dass Eckert in Zeiten harten Gegenwindes seine Arbeitskraft von diesem Feld auf andere, eher Erfolg versprechende Bereiche verlagerte, die letztlich das gleiche Ziel anstrebten.²³

20 Lehrplan 1947, 1.

21 Barricelli, »Didaktische Räusche und die Verständigung der Einzelwesen«, 261.

22 Ulrich Bongertmann, »Zur hundertjährigen Geschichte des Geschichtslehrerverbandes«, in: *geschichte heute* 4 (2013), 12; Wolfgang Hasberg und Manfred Seidenfuß, »Modernisierung im Umbruch. Ein Rückblick«, in: dies. (Hg.), *Modernisierung im Umbruch*, 399, bezeichnen ihn als Kommunikator, Organisator und Verkäufer.

23 Vgl. Abschnitt »Konkurrenzen, Konflikte und Kompromisse«.

Positionen und Personen

Schon bald nach Kriegsende setzte das durch die Besatzungsbehörden keinesfalls behinderte Nachdenken darüber ein, wie man die häufig als Katastrophe²⁴ bezeichnete Krise angemessen verstehen und einordnen könne,²⁵ welche Folgerungen für die Erziehung daraus zu ziehen seien²⁶ und welchen Beitrag die Geschichte zu dieser Neubestimmung leisten könne.²⁷

So sehr sich die Wertvorstellungen und Erziehungsperspektiven der zahlreichen Publikationen auch unterschieden, hatten sie doch zumindest in den Westzonen einiges gemein, das über die Ablehnung des Nationalsozialismus samt Rassismus, Antisemitismus, Militarismus, Gewaltverherrlichung und Führerprinzip hinausging: Anerkennung einer pluralistischen Gesellschaftsordnung und das Bekenntnis zur parlamentarischen Demokratie.²⁸ In der sowjetischen Besatzungszone wurden während der Phase der sogenannten antifaschistisch-demokratischen Schulreform (1945 bis 1949/50) von der Zentralverwaltung für Volksbildung Richtlinien mit den Umrissen eines radikal-demokratischen Geschichtsbildes vertreten, »das auch für bürgerliche Demokraten noch akzeptabel sein konnte, zumal marxistische Positionen nur sehr vereinzelt und verdeckt enthalten waren.«²⁹ Die Zeitschriften *Pädagogik* und *die neue schule* sowie das 1948 begründete Fachblatt *Geschichte in der Schule* vertraten den »wissenschaftlichen Sozialismus« und die marxistische Geschichtsbildung. Seit 1949 lief die geschichtsdidaktische Entwicklung in der DDR in inhaltlicher und methodischer Hinsicht auf die Übernahme dogmatischer sowjetischer Positionen hinaus.³⁰

Karin Herbst unterschied in der ersten umfassenden Untersuchung über die

24 Friedrich Meinecke, *Die deutsche Katastrophe. Betrachtungen und Erinnerungen*, Wiesbaden: Brockhaus, 1946.

25 Alexander Abusch, *Der Irrweg einer Nation. Ein Beitrag zum Verständnis deutscher Geschichte*, Berlin: Aufbau-Verlag, 1946; Hans Brühl, *Irrweg deutscher Geschichte*, Frankfurt am Main: Reinhardt, 1946.

26 Karl Barth, *Zur Genesung des deutschen Wesens*, Stuttgart: Mittelbach, 1945; Johannes R. Becher, *Erziehung zur Freiheit. Gedanken und Betrachtungen*, Berlin, Leipzig: Volk und Wissen, 1946.

27 Gerhard Ritter, *Geschichte als Bildungsmacht. Ein Beitrag zur historisch-politischen Neubestimmung*, Stuttgart: Deutsche Verlags-Anstalt, 1946.

28 Mayer, *Neue Wege im Geschichtsunterricht?*, 441 f.

29 Hans-Dieter Schmid, *Geschichtsunterricht in der DDR*, Stuttgart: Klett, 1979, 25–32, 29.

30 Marko Demantowsky, *Die Geschichtsmethodik in der SBZ und DDR – ihre konzeptuelle, institutionelle und personelle Konstituierung als akademische Disziplin 1945–1970*, Idstein: Schulz-Kirchner, 2003; ders., »Neubeginn oder Wiederanfang? Geschichtsdidaktik in der SBZ und DDR 1945–1961«, in: Hasberg und Seidenfuß (Hg.), *Modernisierung im Umbruch*, 115–126.

Geschichtsdidaktik der Nachkriegszeit³¹ zwei prinzipielle Konzepte der historischen Bildung. Sie vertraten gegensätzliche Vorstellungen zur Funktion des Geschichtsunterrichts in der neuen Schule. Die eine war ethisch-normativ ausgerichtet und machte eine unpolitische Kultur- und Geistesgeschichte zur Leitlinie, die andere sprach dem Geschichtsunterricht einen explizit politischen Bildungsauftrag zu.

Der ethisch-normative Ansatz floh aus der politischen Geschichte und erstrebte einen Rückbezug auf die geschundenen, aber letztlich als »ewig« zu erachtenden Werte von abendländischer Kultur, europäischer Humanität und christlicher Ethik oder die Orientierung an anthropologischen Konstanten.³² Der damals hoch angesehene Historiker Friedrich Meinecke propagierte »unter dem Primat der Geistesgeschichte« zur Rettung aus der Katastrophe die »Reinigung und Verinnerlichung« des »seelischen Daseins« durch Rückzug auf Religion und die »Kultur des deutschen Geistes«.³³ Ida Maria Bauer, seit 1947 an der hessischen Lehrplanentwicklung beteiligt, postulierte 1950: »Die zu Ende gehende politische Geschichte weist zur Urzelle aller Geschichte zurück, zum Menschen.«³⁴ Ausgerechnet Eckerts akademischer Lehrer, der Ethnologe Hermann Trimborn, verließ der statisch-anthropologischen Position programmatischen Ausdruck,³⁵ ironischerweise in Eckerts historisch-politisch ausgerichteter Reihe *Beiträge zum Geschichtsunterricht*. In den pädagogischen und kulturpolitischen Zeitschriften überwog die Konzeption der apolitischen und ahistorischen Kultur- und Menschenkunde.³⁶

Dagegen standen Positionen eines politisch orientierten Geschichtsunterrichts, der über geschichtliche Erinnerung die Lernenden »zu eigenem politischen Urteil und zu verantwortlichem Handeln« befähigen sollte.³⁷ Prominente Vertreter, deren Entwürfe Verbreitung fanden und für einige Zeit auch Einfluss auf Lehrpläne und Richtlinien in westdeutschen Ländern hatten, waren Erich Weniger³⁸ und Georg

31 Karin Herbst, *Didaktik des Geschichtsunterrichts zwischen Traditionalismus und Reformismus*, Hannover: Schroedel, 1977.

32 Mayer, *Neue Wege im Geschichtsunterricht?*, 17–40.

33 Meinecke, *Die deutsche Katastrophe. Betrachtungen und Erinnerungen*, 7, 13, 164, 168.

34 Zitiert nach Kuss, *Geschichtsdidaktik und Geschichtsunterricht*, 738.

35 Hermann Trimborn, *Das Menschliche ist gleich im Urgrund aller Kulturen*, Braunschweig: Verlag Albert Limbach, 1948.

36 Herbst, *Didaktik des Geschichtsunterrichts zwischen Traditionalismus und Reformismus*, 19; Mayer, *Neue Wege im Geschichtsunterricht?*, 17; Kuss, *Geschichtsdidaktik und Geschichtsunterricht*, 738.

37 Anna Mosolf, Schulrätin in Hannover und Mitarbeiterin in Eckerts geschichtspädagogischem Arbeitskreis in Braunschweig, zitiert nach Kuss, *Geschichtsdidaktik und Geschichtsunterricht*, 737f.

38 Erich Weniger, Gerhard Ritter, »Neue Wege im Geschichtsunterricht. Vortrag, gehalten auf der geschichtspädagogischen Tagung in Hannover am 11./12. 12. 1945«, in: *Die Sammlung* 1 (1945/46), 339–343, 404–411, 500–511; als Buchfassung ders., *Neue Wege im Geschichts-*

Eckert. Erich Weniger sollte in Niedersachsen Eckerts einflussreicher Gegenspieler werden und später bundesweit über ihn dominieren.

Erich Weniger propagierte seit Ende 1945 wieder Geschichte als staatstragendes und staatsgetragenes Fach par excellence. Geprägt durch Erfahrungen von Fronterlebnis und Niederlage im Ersten Weltkrieg, hatte er 1926 in seiner pädagogischen Habilitationsschrift³⁹ eine Theorie des Geschichtsunterrichts entwickelt, wonach Erinnerungen an Wert- und Gemeinschaftserlebnisse als vornehmste Mittel zur Vereinigung in neuer Volksgemeinschaft und neuem Volksstaat galten.⁴⁰ Darauf griff er zurück, als er in einem auf Anregung des niedersächsischen Kultusministers Grimme 1948 formulierten Gegenentwurf⁴¹ zu Eckerts braunschweigischen Richtlinien⁴² postulierte: »Gegenstand des Geschichtsunterrichts ist die geschichtliche Welt, soweit sie noch als lebende Macht in uns wirksam ist und uns zur Entscheidung und Tat zu drängen vermag. [...] Erinnerung an gemeinsame Schicksale und Lebensordnungen ist sein wesentlicher Inhalt.« Unterrichtsziel ist »ein Wissen um die Grundgegebenheiten für das Miteinander der Menschen innerhalb der Volksgemeinschaft wie unter den Völkern und um deren sittliche Anforderung.«⁴³ Die Kategorien Staat, Volk und Schicksal, die in der NS-Zeit fortgelebt und diese überlebt hatten, sollten Orientierung dafür bieten, »das Bewußtsein staatlicher Verantwortung und die Schicksalsgemeinschaft unseres Volkes in die Zukunft hinüberzuretten und die kommende Staatsform einer echten Demokratie vorzubereiten.«⁴⁴

Neben Meineckes *Die deutsche Katastrophe* galt Ritters *Geschichte als Bildungsmacht* den Zeitgenossen als repräsentativer Beitrag der westdeutschen Geschichtswissenschaft zur politisch-pädagogischen Neuorientierung. Der

terricht. Mit Beiträgen von Hermann Heimpel und Hermann Körner, Frankfurt am Main: Schulte-Blumke, 1949; zur kritischen Kontextualisierung vgl. Horst Kuss, »Neue Wege – alte Ziele? Geisteswissenschaftliche Didaktik auf dem Weg zu politischer Bildung – Erich Weniger«, in: Hasberg und Seidenfuß (Hg.), *Modernisierung im Umbruch*, 291–316; zur Einordnung von Wenigers »Didaktik des Geschichtsunterrichts« in die geisteswissenschaftliche Pädagogik vgl. Bernd Mütter, *Die Entstehung der Geschichtsdidaktik als Wissenschaftsdisziplin in der Epoche der Weltkriege. Ein Beitrag zur »Kultur der Niederlage« in Deutschland*, Oldenburg: BIS-Verlag, 2013.

39 Erich Weniger, *Die Grundlagen des Geschichtsunterrichts. Untersuchungen zur geisteswissenschaftlichen Didaktik*, Leipzig, Berlin: Teubner, 1926.

40 Mütter, *Die Entstehung der Geschichtsdidaktik als Wissenschaftsdisziplin in der Epoche der Weltkriege*, 166f.

41 Hinrichs und Pingel, *Georg Eckert (1912–1974) und die internationale Schulbuchforschung*, 336.

42 Vgl. Lehrplan 1947, 1f.

43 Erich Weniger, »Richtlinien für den Geschichtsunterricht (Entwurf 1948)«, zitiert nach Hinrichs und Pingel, *Georg Eckert (1912–1974) und die internationale Schulbuchforschung*, 337.

44 Weniger, *Neue Wege im Geschichtsunterricht. Mit Beiträgen von Hermann Heimpel und Hermann Körner*, 29.

Freiburger Neuzeithistoriker, tonangebend in der »konservativen Domäne« der deutschen Historikerkunft und maßgeblich an der Wiedegründung des Historiker- und des Geschichtslehrerverbandes beteiligt,⁴⁵ repräsentierte die generelle Weigerung der Historikerschaft, nach 1945 radikal mit den überkommenen Überzeugungen und Werthaltungen zu brechen. Forschungs- und Lehrbetrieb sollten »normal« weitergeführt werden, als sei nichts Weltbewegendes geschehen. Die unausweichliche Forderung nach Revision des Geschichtsbildes beschränkte sich durchweg darauf, den allzu deutlichen nationalsozialistischen Ballast abzuschütteln, um unbelastet den traditionellen staats- und politikzentrierten Interessen und Fragestellungen zu folgen.⁴⁶ Ritter beharrte bis zur Selbstgerechtigkeit auf der Orientierung an national-konservativen Traditionen: »Noch immer gibt es des Guten, Schönen und Großen, ja des Erhabenen in unserer Vergangenheit wahrlich genug, [...] aus dem wir neuen Mut schöpfen dürfen für eine bessere Zukunft.«⁴⁷ Aus dem gleichen Geist heraus entwarf Ritter mit Freiburger Kollegen einen Gymnasiallehrplan für das damals selbstständige Land (Süd-) Baden. Der Plan gab eindeutige Leitlinien vor:⁴⁸

Fachliche Prämisse:

»Der Geschichtsstoff als solcher ist zum größten Teil...festes Traditionsgut europäischer Bildung geworden.« Nötig sei nur »eine neue Stoffeinteilung«.

Politik als leitende Dimension:

»Die Deutschen werden heute ihr geschichtliches Bewußtsein breiter und tiefer fundieren und mit aller Kraft weitausgreifend sich an das ganze Jahrtausend deutscher Reichsgeschichte halten müssen.«⁴⁹

Nationale Perspektive:

»In der notwendigen Neuorientierung tritt das deutsche Wesen ganz von selbst in unablässige Kommunikation mit den großen Geistesmächten des Abendlandes, [...] mit denen verkehrend es [...] das geworden ist, was es im Gesamten seiner tausendjährigen Existenz bedeutet.«⁵⁰

45 Bongertmann, *Zur hundertjährigen Geschichte des Geschichtslehrerverbandes*, 12–15.

46 Ernst Schulin, *Traditionskritik und Rekonstruktionsversuch. Studien zur Entwicklung von Geschichtswissenschaft und historischem Denken*, Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht, 1979; Winfried Schulze, *Deutsche Geschichtswissenschaft nach 1945*, München: Oldenbourg, 1989; Volker Ullrich, »Geschichtswissenschaft in der Bundesrepublik«, in: Manfred Asendorf, Jens Flemming, Achatz von Müller und Volker Ullrich, *Geschichte. Lexikon der wissenschaftlichen Begriffe*, Reinbek bei Hamburg: Rowohlt, 1994, 251–256.

47 Ritter, *Geschichte als Bildungsmacht*, 45.

48 Ders., »Der neue Geschichtsunterricht. Entwurf von Richtlinien für die Neugestaltung des Geschichtsunterrichts an höheren Schulen«, in: *Die Sammlung* 2 (1947), 442–462, 443.

49 Ebd., 447.

50 Ebd.

Extreme Personalisierung:

»Vorgeschichte und geistige Herkunft der Hitlerpropaganda«. – »Das Verhältnis der deutschen Reichswehr zum Hitlertum. Hitlers Rüstungswirtschaft« – »Etappen der Loslösung Hitlers vom Völkerrecht«. – »Etappen der Loslösung Hitlers vom Recht überhaupt. Die Versklavung des deutschen Volkes«.⁵¹

Ereignisgeschichte und »objektives« Unterrichtsmedium:

Es kann für den Gebrauch der Schüler eine sehr knappe, mehr registrierende als erzählende Zusammenstellung der wichtigsten geschichtlichen Data (etwa in der Art des sog. »Großen Ploetz«) vorläufig genügen. Sie wird sich von vornherein jedem Mißtrauen, politisches Propagandamittel zu sein, schon durch ihre Form entziehen.⁵²

Eine alternative historisch-politische Geschichtsdidaktik, die Herbst noch nicht berücksichtigte, erstrebte ebenfalls Persönlichkeits- und Wertebildung, unterschied sich aber von der national-konservativen Richtung hinsichtlich Traditionsbezug und Zukunftsperspektivik. Nicht Staat, sondern Gesellschaft war der Bezugspunkt; nicht Nation oder Volksgemeinschaft, sondern Menschheit das Zentrum der Betrachtung. Geschichte wurde nicht als Ort von Gemeinschaftserlebnissen begriffen, sondern als Ort des Austrags gesellschaftlicher Interessen und sozialer Auseinandersetzungen. Statt irrationaler Bezüge, der Einfügung des Historischen in schicksalshafte Verwebungen mittels einer lebensphilosophisch raunenden Sprache galt die historische Analyse in der klaren und nüchternen Sprache von Sozialhistorikerinnen und Sozialhistorikern, Ethnologen und Ethnologinnen. Diese sozial- und demokratiegeschichtlich akzentuierte Position vertraten Anna Mosolf,⁵³ Anna Siemsen⁵⁴ und Minna Specht.⁵⁵ Eckert war fraglos »Führungsfigur«,⁵⁶ sein braunschweigischer Lehrplan zentrales Dokument dieser Art von Geschichtsauffassung.

Eckert legte geschichtsdidaktische Leitlinien fest:⁵⁷

Historiographische Voraussetzungen:

[...] von allen Mythen- und Legendenbildungen freizuhalten, die im Dritten Reich, aber auch schon [...] im Kaiserreich, so verhängnisvoll gewirkt haben. Das gilt sowohl von

51 Ebd., 461 f.

52 Ebd., 446.

53 Anna Mosolf, »Der Geschichtslehrer«, in: *Die Schule* 3 (1948), 385–390.

54 Anna Siemsen, *Die gesellschaftlichen Grundlagen der Erziehung*, Hamburg: Oetinger, 1948; vgl. Manuela Jungbluth, *Anna Siemsen – eine demokratisch-sozialistische Reformpädagogin*, Frankfurt am Main: Lang, 2012.

55 Minna Specht, *Gesinnungswandel. Die Erziehung der deutschen Jugend nach dem Weltkrieg*, Welwyn Garden City, Herts: »Renaissance« Publishing Co., 1943.

56 Barricelli, »Didaktische Räusche und die Verständigung der Einzelwesen«, 262.

57 Lehrplan 1947, 1.

den dynastischen Geschichtslegenden wie von jeder Rassenmythologie oder »germano-zentrischen« Geschichtsdeutung.

Dimensionen:

[...] steht die Volks- und Kulturgeschichte im Mittelpunkt. [...] ist nicht nur die Kultur der Oberschichten, sondern auch die der breiten Volksmassen, ihre Wirtschaft, ihr Denken, ihr tägliches Leben zu behandeln. Besonderes Gewicht ist dabei auf die Behandlung der gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Bedingtheit des geschichtlichen Ablaufs zu legen.

Persönlichkeiten:

Bei der Besprechung großer Persönlichkeiten, die dem Jugendlichen als Vorbild dienen können, sind in erster Linie Helden des Friedens, schöpferische oder durch ihre sittliche Haltung hervorragende Männer und Frauen, Wohltäter der Menschheit zu behandeln. Die Jugend muß früh erfahren, daß die abendländische Gesittung dem Bekannertum und dem Märtyrertum vorausschauender geistiger Führer mehr verdankt als den vergänglichen Erfolgen der Feldherrenkunst.

Wertebildung:

Die Jugend muß zutiefst erfüllt werden von der Einsicht, daß Wahrheitsliebe, Verantwortungsbewußtsein und »Zivilcourage« wesentlichere Tugenden sind als blinder Gehorsam und soldatisches Draufgängertum. [...] Bewunderung verdienen nur die Epochen und Geschehnisse, die dem geistigen und ethischen Fortschritt der Nation und der Menschheit gedient haben und in denen versucht wurde, sittliche Grundsätze von zeitloser Gültigkeit zu verwirklichen.

Neue Narrative:

[...] muß sich von der Isolierung auf deutsche und mitteleuropäische Geschichte befreien. [...] die geschichtlichen Verhältnisse in ganz Europa und in der Welt darlegen und die vorhandenen Gemeinsamkeiten der abendländischen Kultur betonen (Antike, abendländisch-christliche Kultur, Ritterkultur, Humanismus, Kampf des europäischen Bauerntums um soziale Befreiung, Aufkommen der Aufklärungskultur, bürgerliche Gesellschaft, Kapitalismus, Arbeiterbewegung).

Friedens- statt Kriegsgeschichte:

Nicht der Krieg – ein Ausnahme- und Krisenzustand der Gesellschaft – ist das Bemerkenswerte und Interessante, sondern der Friede. Die Behandlung kriegsgeschichtlicher Tatsachen ist nach diesem Maßstab einzuschränken, der Legende von der Unvermeidlichkeit von Kriegen ist mit Entschiedenheit entgegenzutreten. Den Schülern muß gezeigt werden, wie oft gerade stille, an äußerem Geschehen arme Zeiten mit einer kulturellen Blüte verbunden sind.

Im Stoffplan⁵⁸ erhielten ökonomische und soziale Gesichtspunkte einen besonderen Stellenwert. In frauenrechtlicher Perspektive galt es, in Mädchenklassen »die soziale und rechtliche Stellung der Frau in verschiedenen Zeiten der geschichtlichen Entwicklung eingehend zu betrachten« und über »Rechte und Pflichten der Frauen im Leben der Gegenwart« zu orientieren.⁵⁹

Im Gegensatz zu geschichtsdidaktischen Vorstellungen à la Ritter und Weniger erklärte Eckert, dass man eben nicht auf einen seit langem gesunden und klaren historischen Grundbestand zurückgreifen könne, der nur von jüngsten Verunreinigungen zu befreien sei. Er stellte die traditionellen Prämissen grundsätzlich in Frage. Metaphorisch gesprochen: »Es ging nicht um die Wiederingangsetzung einer Maschine nach einem bedauerlichen Betriebsunfall, sondern um das Aufzeigen und Beseitigen von bereits im ursprünglichen Bauplan vorhandenen, verheerenden Konstruktionsfehlern.«⁶⁰ Eckert orientierte sich an Vorstellungen des »Bundes Entschiedener Schulreformer«, der seinerzeit der deutschen Geschichtswissenschaft generell gefährliche Verirrungen und Verzerrungen vorgeworfen hatte.⁶¹ Eckerts »ethnologischer Blick«⁶² ließ die historische Entwicklung nicht in Nation oder völkischer Gemeinschaft kulminieren, sondern in der Menschheit samt den in allen historischen Kulturen feststellbaren Gemeinsamkeiten und Problemen.

Aktivitäten und Adressaten

Eckert suchte und fand Unterstützung im Braunschweiger Umfeld. Er knüpfte ein personales Beziehungsgeflecht mit Vertretern der deutschen Kultusverwaltung und Verantwortlichen der britischen Militärregierung. Kurz nach seinem Dienstantritt an der Kant-Hochschule gründete er im Dezember 1946 mit einer Reihe von Schulverwaltungsbeamten, Schulleitern und Lehrern eine anfangs informelle Arbeitsgruppe, deren Bezeichnung zwischen »Geschichtsarbeitsgemeinschaft«, »Geschichtsarbeitskreis«, »Geschichtspädagogischer Arbeitskreis« und »Geschichtspädagogischer Forschungskreis« wechselte.⁶³ Es gelang Eckert, die Gruppe als amtliche Einrichtung der Schulbehörde zur Reform des Faches

58 Ebd., 3–5.

59 Ebd., 6.

60 Barricelli, »Didaktische Räusche und die Verständigung der Einzelwesen«, 271.

61 Völkel, *Sozialistisch oder soziologisch?*, 57–70; Jochen Huhn, »Georg Siegfried Kawerau (1886–1936)«, in: Siegfried Quandt (Hg.), *Deutsche Geschichtsdidaktiker des 19. und 20. Jahrhunderts. Wege, Konzeptionen, Wirkungen*, Paderborn: Schöningh, 1978, 280–303.

62 Barricelli, »Didaktische Räusche und die Verständigung der Einzelwesen«, 274.

63 Zöllner, *Neue Wege an der Kant-Hochschule in Braunschweig*, 322; Mayer, *Neue Wege im Geschichtsunterricht?*, 181f., 208f.

und zur Pflege der Kontakte mit britischen Stellen zu etablieren. Die »Brunswick Group« wurde die wichtigste deutsch-britische Verbindungsstelle zum Geschichtsunterricht.⁶⁴

Mitglied dieser Gruppe war auch der damalige Lehrer Hans Ebeling,⁶⁵ der in den nächsten beiden Jahrzehnten zum erfolgreichen Lehrbuchautor und einflussreichen Geschichtsdidaktiker für den Haupt- und Realschulbereich werden sollte.⁶⁶ In der Braunschweiger »Blütezeit« wirkten somit zwei Vertreter des Faches zusammen, deren Bedeutung für die Disziplin sich umgekehrt proportional zum allgemeinpolitischen Gewicht des Landes bzw. Bezirks Braunschweig verhält. Beide wurden weitgehend unterschätzt, verkannt und vergessen.⁶⁷ Ebeling führte nach Trennung von der Gruppe seine Arbeit individuell fort.⁶⁸

Gute Beziehungen pflegte Eckert von Anbeginn zur Erziehungsabteilung der britischen Militärregierung in Braunschweig, insbesondere zu Terence J. Leonard von der Lehrbuchkommission. Mit ihm ging er in allgemein- und kulturpolitischen Überzeugungen sowie in geschichtsdidaktischen Grundsatzfragen weitgehend konform. Das deutsch-britische Verhältnis zu pädagogischen und didaktischen Fragen entwickelte sich in einem verzwickten Beziehungsgefüge klarer Zuständigkeitstrennungen und beiderseitiger Kooperationsbereitschaft, aber auch mit innerbritischen Differenzen und innerdeutschen Unverträglichkeiten. Wenn es im Zentralen Lehrbuchausschuss zu Auseinandersetzungen kam, verliefen die Fronten oft nicht zwischen den Nationen, sondern zwischen pädagogisch-didaktischen Lagern. Als Leiter der *Textbook Section* stimmte

64 Barricelli, »Didaktische Räusche und die Verständigung der Einzelwesen«, 270.

65 Wolfgang Birkenfeld, »Hans Ebeling (1906–1967)«, in: Quandt (Hg.), *Deutsche Geschichtsdidaktiker*, 365–380; Birkenfeld gibt keinen Hinweis auf die Zugehörigkeit zum Braunschweiger Arbeitskreis; anders jedoch Elisabeth Ebeling und Klaus Ebeling, *Erinnerungen an Hans Ebeling (1906–1967)*, Braunschweig: Selbstverlag, 1997, 102.

66 Andreas Michler, »Geschichtsdidaktische Überlegungen des Unterrichtspraktikers Hans Ebeling«, in: Hasberg und Seidenfuß (Hg.), *Modernisierung im Umbruch*, 377–391, 380f.

67 Zum Versuch einer Rehabilitierung des später gar in Verruf geratenen Ebeling vgl. Ulrich Mayer, »Mit spitzer Feder statt stumpfem Klischee. Zur Verwendung von Bildern in den Ebeling'schen Geschichtsbüchern«, in: Gerhard Schneider (Hg.), *Die visuelle Dimension des Historischen. Hans-Jürgen Pandel zum 60. Geburtstag*, Schwabach/Ts.: Wochenschau, 2002, 72–88; ders., »Nur ein ›herausragender Praktiker‹? Ein neuer Zugang zur Geschichtsmethodik Hans Ebelings«, in: Jan-Patrick Bauer, Johannes Meyer-Hamme und Andreas Körber (Hg.), *Geschichtslernen – Innovationen und Reflexionen. Geschichtsdidaktik im Spannungsfeld von theoretischen Zuspitzungen, empirischen Erkundungen, normativen Überlegungen und pragmatischen Wendungen (Festschrift Bodo von Borries zum 65. Geburtstag)*, Kenzingen: Centaurus-Verlag, 2008, 477–497; ders., »Geschichtsdidaktische Prinzipien in vorcurricularer Zeit. Zur Neubewertung Hans Ebelings«, in: Christian Heuer und Christine Pflüger (Hg.), *Geschichte und ihre Didaktik. Ein weites Feld ... Unterricht, Wissenschaft, Alltagswelt. Gerhard Schneider zum 65. Geburtstag*, Schwabach/Ts.: Wochenschau Verlag, 2009, 40–56.

68 1950 bis 1957 die Lehrbücher *Deutsche Geschichte* und *Die Reise in die Vergangenheit*; 1953 bis 1965 Werke zur Didaktik, Methodik und Praxis des Geschichtsunterrichts.

Leonard häufig mit der Arbeitsgemeinschaft unter Eckert überein. Dieser war deshalb der Mehrheit der deutschen Behördenvertreter nicht genehm. Leonard wiederum erregte wegen seiner Kooperationsbereitschaft gegenüber der »Brunswick Group« Anstoß bei seinen eigenen Vorgesetzten.⁶⁹

Eckerts Lehrplan, der erste in der britischen Zone überhaupt, wurde nach Vorlage im Januar 1947 von den britischen Militärbehörden in Braunschweig als ausgezeichnet beurteilt und genehmigt. Die Affinität der bildungspolitischen und geschichtsdidaktischen Grundauffassungen sicherte das curriculare Vorhaben politisch ab. Für die Briten stimmte die Richtung, der Arbeitskreis besaß die volle Anerkennung der Militärregierung und konnte seine Aufgabe mit Elan angehen. Wichtige Bereiche neben der Lehrplanformulierung waren Lehrerfortbildung im Fach, Lehrmittelproduktion und praktische Unterrichtsarrangements.⁷⁰ Der Arbeitskreis lieferte das gelungene Beispiel einer Curriculumreform im Sinne eines Gesamtpakets historischer Bildung: von didaktischen Grundsätzen über einen Lehrplan bis zur Operationalisierung der Zielvorstellungen in Lehr- und Lernmaterialien.

Eckerts wegweisendes Konzept wurde bald Handlungsanleitung für praktischen Unterricht. Der vom Arbeitskreis modifizierte Plan Eckerts erschien im März 1947 in einer Auflage von 2000 Exemplaren und wurde im April von den Briten ausdrücklich zur Grundlage des Geschichtsunterrichts im Bezirk Braunschweig erklärt.⁷¹ Ab sofort hielt der Arbeitskreis zur Implementierung des Plans in rascher Folge bis Mitte 1948 Amtskonferenzen für alle 2500 braunschweigischen Volks- und Mittelschulen ab.⁷²

Einer zählbaren Legende zufolge soll der Geschichtsunterricht nach 1945 verboten gewesen sein. Richtig ist: die Briten knüpften die Wiederzulassung an die Vorlage geeigneter Lehrbücher. Das Lehrbuch war fraglos noch das Leitmedium des Geschichtsunterrichts. Einigkeit bestand darüber, keine Übersetzungen englischer Bücher zu verwenden, sondern nur Werke deutscher Schulbuchautoren und -autorinnen zuzulassen.⁷³ Freilich gab das *Central Textbook Committee* Richtlinien zur Auswahl, Zielsetzung und Strukturierung von Unterrichtsinhalten vor: sozial- und weltgeschichtlicher Ansatz, demokratiegeschichtliche Traditionsbildung, multiperspektivische und personalisierende statt deterministische und personalisierende Betrachtungsweise. Die britischen

69 Mayer, *Neue Wege im Geschichtsunterricht?*, 170, 182; Barricelli, »Didaktische Räusche und die Verständigung der Einzelwesen«, 270.

70 Mayer, *Neue Wege im Geschichtsunterricht?*, 238f.

71 Seit dem 25. November 1946 waren die Länder Braunschweig, Hannover und Oldenburg in das neue Land Niedersachsen eingegangen.

72 Barricelli, »Didaktische Räusche und die Verständigung der Einzelwesen«, 272.

73 Halbritter, *Schulreformpolitik in der Britischen Zone*, 353; Schüddekopf, *20 Jahre Schulbuchrevision in Westeuropa*, 18.

Stellen ermutigten seit 1945 die regionalen deutschen Lehrbuchausschüsse, neue Manuskripte vorzulegen oder weiterhin verwendbare Schulbuchbestände vorzuschlagen.⁷⁴

Seit Mitte 1946 gab es eine Kontroverse zwischen der britischen Schulbuchabteilung und dem Zonenfachausschuß für Lehrbücher (ZFL), dem Gremium deutscher Behördenvertreter in Lehrbuchfragen. Es ging um den englischen Vorschlag, das Lehrbuch *Geschichte unserer Zeit*, das Fritz Karsen, Mitbegründer des »Bundes Entschiedener Schulreformer«, in der Emigration verfasst hatte, für die gymnasiale Oberstufe einzuführen. Die Mehrheit des ZFL lehnte die dort artikulierte Revision von Inhalten und Perspektiven ab. Trotz oder gerade wegen Eckerts Intervention pro Karsen⁷⁵ verweigerten die deutschen Vertreter im Herbst 1947 dem Buch endgültig ihre Zustimmung und verhinderten – wie auch in der französischen Besatzungszone – dessen Einführung. Lediglich im damals noch selbstständigen Land Braunschweig wurde Mitte 1946 Karsens Werk als Handbuch für Lehrkräfte an Volks- und Mittelschulen genehmigt und seit 1947 ausgeliefert. Deshalb, und weil gleichzeitig der skizzierte Lehrplan zugelassen wurde, konnte zu Beginn des Schuljahres 1947/48 der Geschichtsunterricht wieder beginnen.⁷⁶

Zur gleichen Zeit drängten Militärstellen den Arbeitskreis, endlich ein Geschichtsbuch im neuen Geist vorzulegen. Hier war zuerst Eckert die zentrale Rolle zugeordnet. Da er aber anderweitig stark belastet war, wurde nach konzeptionellen Vorarbeiten des Arbeitskreises Hans Ebeling mit der Aufgabe betraut. Dieser erhielt drei Monate Dienstbefreiung und begann zügig. Das Manuskript des ersten Bandes wurde schon im Dezember 1947 im Arbeitskreis ausführlich beraten.⁷⁷ Der Titel des Gesamtwerks war missverständlich, zeigten doch die Einzeltitel und deren thematische Ausformungen, dass es im Sinne der Braunschweiger Gruppe um einen weiteren Rahmen und eine tiefere Sicht ging als nur um »Deutsche Geschichte«. ⁷⁸ Im Laufe der Arbeit emanzipierte sich

74 Mayer, *Neue Wege im Geschichtsunterricht?*, 190–197, 200f.

75 Eckert hatte während seiner Studienzeit Fritz Karsen als Leiter eines Berliner Reformgymnasiums kennengelernt. Vgl. Gerd Radde, *Fritz Karsen: ein Berliner Schulreformer der Weimarer Zeit* [erweiterte Neuausgabe. Mit einem »Bericht über den Vater« von Sonja Karsen], Frankfurt am Main u. a.: Lang, 1999.

76 Mayer, *Neue Wege im Geschichtsunterricht?*, 117f., 205f.

77 Hinrichs und Pingel, *Georg Eckert (1912–1974) und die internationale Schulbuchforschung*, 336; Ebeling und Ebeling, *Erinnerungen an Hans Ebeling*, 102.

78 Hans Ebeling, *Deutsche Geschichte* [Hrsg. vom Geschichtspädagogischen Forschungskreis Braunschweig], Braunschweig u. a.: Westermann, 1949–1956. Bd. I Von den frühen Hochkulturen der Menschheit, 1950; Bd. II Abendländisches Mittelalter, 1949; Bd. III Europäische Neuzeit, 1950; Bd. IV Weltgeschichte der neuesten Zeit I (1789–1914), 1952; Bd. V Weltgeschichte der neuesten Zeit II (Das Zeitalter der Weltkriege), 1952.

Ebeling von der Braunschweiger Gruppe und verbat sich deren Eingriffe in die Manuskripterstellung.⁷⁹

Eckert setzte seinem didaktischen Wirken ein »Glanzlicht«⁸⁰ auf. Die Arbeitsgruppe gab von 1947 bis 1954 die Reihe *Beiträge zum Geschichtsunterricht* mit dem programmatischen Untertitel *Quellen und Unterlagen für die Hand des Lehrers* heraus. Die Reihe war als Begleitmaterial zum Lehrplan gedacht. Eckert betrachtete sie als sein »Kind«. Von den 33 Heften verfasste Eckert selbst neun Titel, meist Ergebnisse aus seiner Lehrtätigkeit an der Kant-Hochschule. Er wählte Themen sowie ihm nahestehende Wissenschaftler und Lehrer als Autoren aus, redigierte die Manuskripte und entfaltete einen immensen Werbeaufwand. Die Gesamtauflage von 300.000 Exemplaren belegt, dass die Reihe seinerzeit den Bedürfnissen der Lehrerschaft entgegenkam.

In den Themen der Reihe⁸¹ materialisierte sich ein weites Angebot neuer Sichtweisen, Inhalte und Methoden.

Erkenntnistheoretische Prämisse:

Geschichte als Prozess der allmählichen Befreiung des Menschen aus Unterdrückung und Unmündigkeit.

Verschränkung historischer Dimensionen:

Wirtschaft, Soziales, Herrschaft, Kultur, Alltag, Raum.

79 Brief Ebeling an Eckert vom 27. April 1950, nach: Barricelli, »Didaktische Räusche und die Verständigung der Einzelwesen«, 287.

80 Barricelli, »Didaktische Räusche und die Verständigung der Einzelwesen«, 277.

81 Georg Eckert u. a., *Beiträge zum Geschichtsunterricht: Quellen und Unterlagen für die Hand des Lehrers*, Braunschweig: Verlag Albert Limbach, 1947–1954; in der Abfolge des Erscheinens:

1947: Der Bauernkrieg; Die Revolution von 1848/49; Der Vormärz.

1948: Arbeiterleben in der Frühzeit des Industriekapitalismus; Der Freiherr vom Stein und die preußischen Reformen; Städtewesen und Frühkapitalismus; Das Zeitalter der Entdeckungen; Vom Bismarckreich zur Republik; Das Menschliche ist gleich im Urgrund aller Kulturen; Der junge Luther; Das deutsche Bürgertum und die Reichsgründung; Das Junge Deutschland und die Revolutionsdichtung des Vormärz.

1949: Orientalische Kultureinflüsse im Abendland; Die Utopisten; Die Lage der ländlichen Klassen Ostdeutschlands im 18. Jahrhundert; Der Merkantilismus; Quellen zur Wirtschafts- und Sozialgeschichte des 17. und 18. Jahrhunderts.

1950: Die Französische Revolution; Urkunden und Berichte zur Geschichte der Französischen Revolution; Vom Grabstock zum Pflug.

1951: Macht und Recht und das Wesen des Staates; Die deutsche Innenpolitik im letzten Jahrhundert und der konservative Gedanke.

1952 ff.: Geschichte der Weimarer Republik; Dokumente zur Geschichte der Weimarer Republik; Die Gegenreformation in Deutschland; Die britische Außenpolitik zwischen den beiden Weltkriegen; Innenpolitik 1933–1945; Deutsche Außenpolitik 1933–1945; Wehrmacht und Politik 1933–1945; Wirtschaft und Politik; Aus den Lebensberichten deutscher Fabrikarbeiter; Bismarck in der neuen Forschung.

Gegenwartsbezogene Narrative:

Menschenrechte, Völkerverständigung, Friedens- und Demokratiegeschichte statt Kriegsgeschichte, europäische und Weltgeschichte.

Personifizierung statt Personalisierung:

»Helden des Friedens« und »Wohltäter der Menschheit« statt Staatsmänner und Kriegshelden, »soziologische« Betrachtung einer »Geschichte von unten« aus der Sicht der »kleinen Leute«.

Neue Unterrichtsprinzipien:

Verbindung von politischer und historischer Bildung, Arbeitsunterricht statt darbietender Verfahren, Unterricht auf Quellenbasis, historische Quellen nicht in illustrativer, sondern argumentativer Funktion.⁸²

Konkurrenzen, Konflikte und Kompromisse

Trotz weitgehender Anerkennung seiner Arbeiten bei britischen Stellen und vielen deutschen Schulpraktikern musste Eckert von Beginn an Abstriche an seinem ursprünglichen Konzept didaktischer Höhenflüge und Neuerungen zulassen bzw. Rückschläge hinnehmen.

1. Eckert wurde von den Mitgliedern des Arbeitskreises dazu gedrängt, an einigen Stellen seines Lehrplamentwurfs vom Dezember 1946 auf pointierte Schärfe zu Gunsten größerer Verbindlichkeit zu verzichten. So wurde der anfangs absolute Anspruch für Geschichte als »das wichtigste und schwierigste Unterrichtsfach« abgeschwächt zur Bedeutung als »eines der wichtigsten und schwierigsten Unterrichtsfächer«.⁸³ Freilich blieb Eckert immer seinem Kerngedanken treu: »Ohne einen modernen demokratischen Geschichtsunterricht wird der Geist der Demokratie in Deutschland nie Fuß fassen.«⁸⁴

2. Schon in der »Blütezeit« blies Eckert ein scharfer Wind entgegen. Die Militärregierung stellte im Frühjahr 1947 in Aussicht, der Arbeitsgruppe den Auftrag zur Erstellung eines Lehrplans für das Gesamtland Niedersachsen zu erteilen.⁸⁵ Eckerts Hoffnung, dieser Plan könne zur Grundlage weiterer Richtlinien sogar über Niedersachsen hinaus werden, erfüllte sich nicht. Das Kultusministerium in Hannover lehnte den Entwurf ab. Trotz Eckerts Kompromissbereitschaft in manchen Punkten blieb Kultusminister Grimme bei seiner

82 Barricelli, »Didaktische Räusche und die Verständigung der Einzelwesen«, 277–282.

83 Ebd., 272f., 284.

84 Pläne für die Arbeit der Braunschweiger Gruppe, nach: Barricelli, *Didaktische Räusche und die Verständigung der Einzelwesen*, 285.

85 Vgl. oben Anm. 71.

strikten Absage. Die eigentlichen Hindernisse lagen nicht in Details. Die ganze Richtung Eckerts passte nicht. Grimme beauftragte 1948 dessen Konkurrenten Weniger mit der Formulierung eines Gegenentwurfs, der Grundlage der niedersächsischen Richtlinien für Geschichte an Gymnasien von 1951 wurde.⁸⁶ Mit Wenigers Erfolg wurde auch die traditionelle »Reihenfolge im Bildungsgefälle«⁸⁷ wiederhergestellt bzw. gefestigt. Eckert verfolgte die Idee einer historischen Grundbildung für alle, die sich für Gymnasien differenzieren und ergänzen ließ. Weniger hingegen entwarf einen Gymnasialplan, dessen Prinzipien in die »angemessene Sprache« der angeblich für Geschichte noch gar nicht reifen Masse der Volksschüler zu »übersetzen«, d. h. zu simplifizieren seien. Auch in den Richtlinien für die niedersächsischen Volksschulen von 1956 gab es keine Anklänge an die inzwischen in Vergessenheit geratenen Ideen Eckerts.

3. Die ersten Bände des Lehrwerks von Ebeling, noch unter der Verantwortung des Arbeitskreises entstanden, gerieten ins Sperrfeuer von katholischen Kritikern und Politikern aus der CDU, weil sie angeblich die christlichen Grundlagen der deutschen und europäischen Geschichte eklatant missachteten und verfälschten. Diese Affäre trug Züge einer »ausgemachten Intrige«.⁸⁸ Zur gleichen Zeit belasteten Zerwürfnis und Entfremdung zwischen Eckert und Ebeling den Zusammenhalt der Braunschweiger Arbeitsgruppe.⁸⁹

4. Auch Eckerts Lieblingskind schwächelte bald. Der anfängliche Erfolg der *Beiträge zum Geschichtsunterricht* ließ bereits Ende der 1940er Jahre nach. Zwar wurde die Reihe in den Ländern Niedersachsen, Hamburg und Bremen für den Gebrauch an den Schulen empfohlen und fand in der Lehrerschaft guten Anklang.⁹⁰ Intern beklagte Eckert jedoch schon 1948, dass auf die Dauer unter den Autoren renommierte Historiker fehlten, die zugleich engagierte Demokraten seien.⁹¹ Einen scharfen Einschnitt bedeutete die Währungsreform vom Juli 1948. Der finanzielle Grundstock aus den gut fließenden Einkünften der *Beiträge* verfiel fast vollständig durch die Geldentwertung. Bisher hatten sparsame Aufmachung und der daraus resultierende niedrige Preis die *Beiträge* attraktiv gemacht. Das unscheinbare Erscheinungsbild der Hefte konnte sich nun nicht mehr gegen die gefälligeren Bände des neuen Schulbuchegebots und neuer wissenschaftlicher Handbücher durchsetzen. Außerhalb der britischen Zone wurde die Reihe nie so recht bekannt. Dazu kam im Februar 1949 als empfind-

86 Barricelli, »Didaktische Räusche und die Verständigung der Einzelwesen«, 277; Kuss, *Geschichtsunterricht in unserer Zeit*, 116f.

87 Hinrichs und Pingel, *Georg Eckert (1912–1974) und die internationale Schulbuchforschung*, 337.

88 Barricelli, »Didaktische Räusche und die Verständigung der Einzelwesen«, 277, 287.

89 Ebd., 287.

90 Kuss, *Geschichtsunterricht in unserer Zeit*, 119.

91 Barricelli, »Didaktische Räusche und die Verständigung der Einzelwesen«, 278.

lichster Rückschlag die Weigerung des Landes Nordrhein-Westfalen, die Hefte als Material für den Geschichtsunterricht zu genehmigen.⁹²

5. Die Weigerung des Verwaltungsbezirks Braunschweig vom Dezember 1951, den Geschichtspädagogischen Forschungskreis in eine Stiftung des öffentlichen Rechts umzuwandeln und damit seine Funktion auf Dauer sicherzustellen, bedeutete eine weitere Minderung von Eckerts Einflussmöglichkeiten.⁹³

6. Während Eckert auf Landesebene seine Ansprüche zurückstecken musste, schien sich noch einmal eine größere Plattform für seine didaktische Position zu bieten: die weitgehend sozialdemokratisch eingestellte und hauptsächlich von der Volksschullehrerschaft getragene Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW).⁹⁴ Unter dem Vorsitz Eckerts bildete sich im Mai 1948 ein »Ausschuß für Geschichtsunterricht«. Er sollte ein Memorandum ausarbeiten, mit dem die Gewerkschaft auf die bundesweite Vereinheitlichung der Lehrpläne Einfluss zu nehmen hoffte.⁹⁵ Nach drei Jahren wurde keine Programmschrift, sondern ein Sammelband⁹⁶ mit einer Reihe grundsätzlicher Artikel von gewerkschaftsnahen Lehrern, Kultusbeamten, Methodikern und Hochschullehrern publiziert, die Eckerts Position vertraten. Er selbst nahm noch einmal Aspekte seines inzwischen auf Landesebene gescheiterten Plans von 1947 auf. Der Sammelband wurde aber in den Auseinandersetzungen um vereinheitlichte Pläne und Richtlinien zu Beginn der 1950er Jahre nicht beachtet. Für GEW und Eckert blieb er der letzte Beitrag zu Neuansätzen, gleichsam der »Schwanengesang«,⁹⁷ eher »Abgesang« als »Aufbruch«, »Ende einer Entwicklung und nicht [...] Anfang«.⁹⁸

Die geringen Durchsetzungschancen Eckerts lassen sich mit biographischen Kontingenzen und Kontinuitäten, geschichtspolitischen Phänomenen und mentalitätsgeschichtlichen Erscheinungen während der Formierung der deutschen Nachkriegsgesellschaft erklären.

In der Auseinandersetzung um den niedersächsischen Lehrplan widersprach Eckerts Position von vornherein der Einstellung des Kultusministers Adolf Grimme. Dieser hielt als Vertreter des »religiösen Sozialismus« in der SPD nichts von der rational geprägten Auffassung des Braunschweiger Kreises. Vielmehr stimmte er mit der gemeinschafts- und wertbezogenen Haltung der geistes-

92 Ebd., 278f.

93 Ebd., 282.

94 Vgl. den Beitrag von Wolfgang Kopitzsch zur Entwicklung der GEW in diesem Band.

95 Mayer, *Neue Wege im Geschichtsunterricht?*, 367–389.

96 Arbeitsgemeinschaft Deutscher Lehrerverbände (Hg.): *Geschichtsunterricht in unserer Zeit. Grundfragen und Methoden*, Braunschweig 1951.

97 Mayer, *Neue Wege im Geschichtsunterricht?*, 411.

98 Kuss, *Geschichtsunterricht in unserer Zeit*, 115.

wissenschaftlichen Pädagogik des »Göttinger Theorieservats«⁹⁹ überein. Dieser ging es ja um eine im Gemeinschaftsleben begründete Volkseinheit.¹⁰⁰ Dazu kamen enge biographische Verbindungen. Grimme hatte schon als preußischer Kultusminister (1930 bis 1932) Weniger gefördert,¹⁰¹ indem er den damals zwischen Sozialismus, Christentum und Nationalismus oszillierenden Weniger als Direktor an die Pädagogischen Akademien Altona (1930) und Frankfurt am Main (1932) berief. Seit Sommer 1945 als Regierungsdirektor, später als Kultusminister in Hannover, bot Grimme Weniger wiederholt Foren zur Propagierung seiner Vorstellungen. 1946 berief er ihn als Direktor an die Pädagogische Hochschule Göttingen.

Die Auseinandersetzung kann auch unter dem Aspekt parteipolitischer Profilbildung und machtpolitischer Handlungsstrategie interpretiert werden. Grimme folgte umstandslos der durch den SPD-Vorsitzenden Kurt Schumacher vorgegebenen Parteilinie einer strikten Abgrenzung vom Sozialismus in der SBZ/DDR. In Eckerts Konzept einer gemäßigten materialistischen Geschichtsauffassung sah Grimme wohl die Gefahr, zu wenig Abgrenzung gegen den im Osten propagierten historischen Materialismus zu gewährleisten.¹⁰²

In dem Maße, wie sich im Westen das herkömmliche Bildungswesen wieder formierte, schwanden die Realisierungschancen für Erneuerungsbestrebungen mit Blick auf Friedens-, Demokratie- und Gesellschaftsentwicklung. Die für Richtlinien und Schulbuchzulassungen zuständigen Stellen und die Mehrheit der gymnasialen Geschichtslehrer orientierten sich an allenfalls modifizierten konservativen, christlichen oder idealistisch-liberalen Bildungstraditionen und den Publikationen bildungspolitisch drängender Historiker.¹⁰³

Eckerts Ideen passten nicht ins Klima der jungen Bundesrepublik. Wenigers »Staatsoptimismus«¹⁰⁴ und Gemeinschaftsideologie entsprachen der Stimmung der Aufbauphase, seine Einheits-Rhetorik der Auseinandersetzung mit der SBZ/DDR unter den Bedingungen des Kalten Krieges.¹⁰⁵ Damit gingen Aus- und Abgrenzungen einher, die sich mentalitätsgeschichtlich beschreiben lassen:

- Eckert gehörte nicht ins national, konservativ oder liberal gesonnene bürgerliche Lager, sondern war Sozialist.

99 Barricelli, »Didaktische Räusche und die Verständigung der Einzelwesen«, 276.

100 Vgl. oben Anm. 40.

101 Hasberg und Seidenfuß (Hg.), *Modernisierung im Umbruch. Ein Rückblick*, 399.

102 Gies, *Neuanfang und Kontinuitäten*, 102.

103 Vgl. die klassisch gewordene Darstellung von Kuss, *Geschichtsdidaktik und Geschichtsunterricht*, 737–745 und die pointiert-provokative Zusammenfassung von Hasberg und Seidenfuß, *Modernisierung im Umbruch. Ein Rückblick*, 401–405.

104 Herwig Blankertz, *Theorien und Modelle der Didaktik*, München: Juventa-Verlag, 1972, 6. Auflage, 123.

105 Kuss, *Geschichtsdidaktik und Geschichtsunterricht*, 740.

- Er war als ehemaliger »Überläufer« mit guten Verbindungen zu einer Besatzungsmacht vielen eher suspekt,
- von Hause aus kein Historiker, sondern Ethnologe,
- kein Universitätsprofessor, sondern ursprünglich Dozent, erst später Professor an einer Pädagogischen Hochschule,
- kein Vertreter des Gymnasiums, sondern der Volks- und Realschule,
- nicht vorrangig akademischer Standesvertreter, sondern Gewerkschaftler,
- mit seinen organisatorischen und verlegerischen Aktivitäten im Lebensstil deutlich unterschieden von der Mehrzahl der Universitätsprofessoren, Pädagogen und Gymnasiallehrer.

Infolgedessen wurde er von deutschen Kultusbehörden und den »mit ihnen kooperierenden Apparate(n) der Universitätshistoriker«¹⁰⁶ nicht als vollgültiger Gesprächspartner anerkannt. Er galt als nicht satisfaktionsfähig.

Der entscheidende Faktor für Eckerts schwindenden Einfluss dürfte die (Wieder-)Gründung des Verbandes der Geschichtslehrer Deutschlands 1949 gewesen sein. Dieser besaß Rückhalt bei den Historikern, reklamierte fachliche Ansprüche für seine akademisch ausgebildeten Mitglieder und beanspruchte traditionell alleinige Deutungshoheit in Sachen des Faches. Nach anfänglicher Berücksichtigung des Geschichtslernens auch an Volksschulen entwickelte sich der Verband zusehends zur Interessenvertretung von Gymnasiallehrern.¹⁰⁷ Eckert, Vorsitzender des gewerkschaftlichen Geschichtsausschusses, beteiligte sich an der Gründung des vorwiegend gymnasialen Fachverbandes und wurde im Gegenzug von 1949 bis 1964 als Kassierer bzw. Schatzmeister in den Vorstand integriert, um dort den Arbeitsbereich der Volksschule und das politische Spektrum nach links abzudecken.¹⁰⁸

Die Mitgliedschaft in den Leitungsgremien beider konkurrierender Verbände ist für Eckert diffizil und konflikträchtig gewesen. In seiner Vorstandsfunktion um Korrektheit bemüht, ging er anfangs fachlichen Kontroversen mit deutschnational und religiös orientierten Vorstandskollegen durchaus nicht aus dem Weg, versuchte aber später durchweg, Konflikte zu harmonisieren oder zu überspielen, indem er eindeutige Positionen hinter Kompromissen zurückstellte.¹⁰⁹

Während Eckert an Einfluss verlor, lenkte der Geschichtslehrerverband mit der Gründung der Verbandszeitschrift *GWU* die zeitgenössische Diskussion in seinem Sinne. Geringe Wertschätzung der Position Eckerts einerseits und dessen

106 Barrassi, »Didaktische Räusche und die Verständigung der Einzelwesen«, 277.

107 Mayer, *Neue Wege im Geschichtsunterricht?*, 388 ff.

108 Bongertmann, *Zur hundertjährigen Geschichte des Geschichtslehrerverbandes*, 12 f.

109 Hinrichs und Pingel, *Georg Eckert (1912–1974) und die internationale Schulbuchforschung*, 338 ff.

Distanz zur Linie des Verbandes andererseits bedingten und verstärkten sich gegenseitig. Wiederholte Aufforderungen in *GWU* zu publizieren, nahm Eckert wegen Arbeitsüberlastung und Krankheit nicht wahr, während er gleichzeitig im Rahmen seiner aufwändigen internationalen Arbeit 1951 das *Internationale Jahrbuch für Geschichtsunterricht* gründete und vorantrieb.¹¹⁰ Andererseits hielt er es selbst dann noch im Verband aus, als er dort unverhohlen denunziert wurde, im Krieg Kontakte zur Sowjetunion gesucht zu haben.¹¹¹

Über die Diskussion in *GWU* und in Korrespondenz mit Kultusbehörden der Bundesländer gelang es dem Geschichtslehrerverband, die entsprechenden Gremien zu dominieren und die Weichen für die KMK-Empfehlungen zu *Grundsätzen zum Geschichtsunterricht* vom 17. Dezember 1953 zu stellen. Obwohl 1952 offiziell in den Arbeitskreis der KMK berufen, nahm Eckert an keiner Sitzung teil. Seine Vorarbeiten wurden vollständig ignoriert, er selbst forderte und erhielt keinen Einfluss auf die Formulierung dieser ersten bundesweiten Empfehlungen. Im Gremium wurden mehrheitlich das Zeitlos-Allgemeinmenschliche und das Ewig-Normative als anthropologische Basis des Geschichtsunterrichts angesehen.¹¹²

Er selbst bezog sich seit dieser Zeit nie mehr auf seine Veröffentlichungen aus dem produktiven Jahrfünft. Seine Reformansätze gerieten in Vergessenheit. Selbst die Protagonisten der neuen Geschichtsdidaktik seit Mitte der 1960er Jahre¹¹³ sowie Vertreterinnen und Vertreter der kritisch-kommunikativen Position um die Zeitschrift *Geschichtsdidaktik*,¹¹⁴ in ihrer Grundhaltung Eckert in Vielem geistesverwandt, bezogen sich nie auf ihn.¹¹⁵ Realgeschichtlich ist Eckerts Engagement im Kampf um den Geschichtsunterricht »mehrmals gescheitert«.¹¹⁶ Umso intensiver verfolgte er nach seinem »Rückzug«¹¹⁷ die Realisierung seiner Ideen auf den Erfolg versprechenden Feldern Sozialgeschichtsschreibung, Ge-

110 Ebd., 338f.; Hasberg und Seidenfuß, *Modernisierung im Umbruch. Ein Rückblick*, 397f.

111 Barricelli, »Didaktische Räusche und die Verständigung der Einzelwesen«, 287.

112 Mayer, *Neue Wege im Geschichtsunterricht?*, 390–439.

113 Zu Friedrich J. Lucas und der ihm folgenden Gießener geschichtsdidaktischen Schule vgl. Kuss, *Geschichtsdidaktik und Geschichtsunterricht*, 745; Friedrich J. Lucas, *Geschichte als engagierte Wissenschaft. Zur Theorie einer Geschichtsdidaktik*, Stuttgart: Klett, 1985.

114 Annette Kuhn, »Geschichtsdidaktik in emanzipatorischer Absicht«, in: Hans Süssmuth (Hg.), *Geschichtsdidaktische Positionen. Bestandsaufnahme und Neuorientierung*, Paderborn u. a.: Schöningh, 1980, 49–81; vgl. Anke John, »Disziplin am Scheideweg. Die Konstituierung einer universitären Geschichtsdidaktik in den 1970er-Jahren«, in: Michele Barricelli u. a. (Hg.), *Jede Gegenwart hat ihre Gründe. Hans-Jürgen Pandel zum 70. Geburtstag*, Schwabach/Ts.: Wochenschau Geschichte, 2011, 192–213.

115 Gies, *Neuanfang und Kontinuitäten*, 103.

116 Barricelli, »Didaktische Räusche und die Verständigung der Einzelwesen«, 290.

117 Kuss, *Geschichtsunterricht in unserer Zeit*, 116.

schichte der Arbeiterbewegung, internationale Kulturpolitik und internationale Schulbucharbeit.¹¹⁸

Geschichtspädagoge/Geschichtsdidaktiker

Eckert hat in der dargestellten Phase nie von »Geschichtsdidaktik« gesprochen. Mit geringen Ausnahmen¹¹⁹ war der Begriff vor 1960 noch nicht üblich. Ziel- und Auswahlproblematik wurden in herkömmlicher Weise¹²⁰ unter dem Titel »Methodik« verhandelt.¹²¹ Für grundsätzliche Fragen wurden Umschreibungen verwandt.¹²² Erst um 1960 wurde, parallel zu anderen Fächern,¹²³ der Begriff »Didaktik« üblich.¹²⁴ Dabei blieb die Didaktik immer auf das Unterrichtsfach

118 Hinrichs und Pingel, *Georg Eckert (1912–1974) und die internationale Schulbuchforschung*, 338f.; vgl. die Mehrzahl der Beiträge in diesem Band.

119 Herbert Freudenthal, »Geschichtsunterricht. Ein kritischer Forschungsbericht über die Literatur zu seiner Didaktik und Methodik während des letzten Jahrzehnts«, in: *Die erziehungswissenschaftliche Forschung. Pädagogische Gesamtbibliografie* 6 (1929), 6–39; Erich Weniger, »Die Theorie des Geschichtsunterrichts seit 1914«, in: *Die Erziehung* 1 (1925/1926), 159–170, 164 bezeichnet Fritz Friedrich als »unbestrittenen Führer der geschichtlichen Didaktik« seiner Zeit.

120 Wilhelm Hering, *Methodik des Geschichtsunterrichts in der preußischen Volksschule*, Berlin: Union, 2. Auflage 1912; Ulrich Peters, *Methodik des Geschichtsunterrichts an Höheren Lehranstalten*, Frankfurt am Main: Diesterweg, 1928; Werner Lippert, *Methodik des Geschichtsunterrichts*, Erfurt: K. Stenger, 3. Auflage 1935.

121 Karl Heinrich Graff, *Zur Methodik des Geschichtsunterrichts*, Ratingen: Verlag »Der Pflug«; Hans Ebeling, *Methodik des Geschichtsunterrichts*, Hannover u. a.: Schroedel, 1953.

122 Erich Weniger, *Die Grundlagen des Geschichtsunterrichts. Untersuchungen zur geisteswissenschaftlichen Didaktik*, Leipzig u. a.: Teubner, 1926; ders., *Neue Wege im Geschichtsunterricht*, Frankfurt am Main: Schulte-Bulmke, 1949; Ernst Wilmanns, *Geschichtsunterricht. Grundlegung seiner Methodik*, Stuttgart: Klett, 1949; Norbert Lübke, *Gegenwartsnaher Geschichtsunterricht*, Dortmund: Lensing, 1950; Ida Maria Bauer, *Erziehung durch Geschichte*, Wiesbaden 1950.

123 Martin Wagenschein, »Zur Didaktik des naturwissenschaftlichen Unterrichts«, in: *Zeitschrift für Pädagogik. Beiheft* 2 (1960), 70–87; Wolfgang Hilligen, »Worauf es ankommt. Überlegungen und Vorschläge zur Didaktik der politischen Bildung«, in: *Gesellschaft – Staat – Erziehung* 6 (1961); Klaus Doderer, »Didaktische Grundprobleme der muttersprachlichen und literarischen Bildung«, in: *Zeitschrift für Pädagogik. Beiheft* 3 (1963), 63–77; Gunter Otto, »Über didaktische Konzepte des Kunstunterrichtes«, in: *Zeitschrift für Pädagogik. Beiheft* 3 (1963), 109–126.

124 Erich Weniger, »Didaktische Grundlegung des Geschichtsunterrichts«, in: ders., *Didaktik als Bildungslehre*, Teil 2, Weinheim: Beltz, 1959; Arno Koselleck, *Zur Didaktik des Geschichtsunterrichts*, in: *Zeitschrift für Pädagogik. Beiheft* 2 (1960), 56–69; Hans Ebeling, *Zur Didaktik und Methodik eines kind-, sach- und zeitgemäßen Geschichtsunterrichts*, Hannover u. a.: Schroedel, 1965; Friedrich J. Lucas, »Grundriß der Geschichtsdidaktik, Manuskript 1967/68«, in: ders., *Geschichte als engagierte Wissenschaft*, 150–182; Kurt Fina, *Geschichtsdidaktik und Auswahlproblematik*, München: Ehrenwirth, 1969; Heinz Dieter Schmid, »Entwurf einer Geschichtsdidaktik der Mittelstufe«, in: *Geschichte in Wissenschaft*

bezogen.¹²⁵ Der Historiker Alfred Heuß trennte 1971 strikt Didaktik des Schulfaches und der Wissenschaftsdisziplin.¹²⁶ Seit den 1970er Jahren bürgerte sich »Geschichtsdidaktik« zur Kennzeichnung der heute üblichen Bandbreite der didaktischen Reflexion ein.

Bis in die 1950er Jahre war »Geschichtspädagogik« eine Bezeichnung für Beschäftigung mit Grundfragen zum Geschichtsunterricht.¹²⁷ In diesem Sinn hat Eckert sich auch als *spiritus rector* des »Geschichtspädagogischen Forschungskreises« verstanden. Eckert war nicht der Volksschul-Methodiker, als den ihn Viele ansahen. Als Kern seiner Arbeit begriff er nicht die Reduktion des von der Geschichtswissenschaft gelieferten Wissens auf das Verständnisniveau von Kindern und Jugendlichen, sondern die Aufgabe, angesichts der drängenden Zeitprobleme die Geschichte zu befragen, um Orientierung für die Bewältigung dieser Probleme zu gewinnen. Mit seinen Fragen nach dem Was?, Warum?, Für wen? und Wie? des historischen Lernens war er genuin Geschichtsdidaktiker.

Wenn Eckerts Impulse auch seinerzeit nicht fruchteten, weil sie quer zu den einflussreichen didaktischen Positionen lagen, so ist doch ihre Bedeutung für die Gegenwart offenbar. Liest man Eckert heute wieder, entdeckt man das Potenzial eines Gesamtentwurfs, der sich auf Lebenswelt- und Gegenwartsprobleme bezieht, sich an Maßstäben wie Freiheit, Demokratie und sozialer Gerechtigkeit orientiert und neue historische Sichtweisen befördert. Eckerts Neubesinnung enthielt Vorformulierungen, Anlagen und Elemente geschichtsdidaktischer Prinzipien, die inzwischen zu Standards der Disziplin geworden sind, allesamt ohne jeden Bezug auf den damaligen Impulsgeber: Aufklärung durch Wissenschaftsorientierung; Multiperspektivität/Kontroversität/Pluralität; Personifizierung statt Personalisierung; europäische und weltgeschichtliche Horizonte; Problemorientierung; Interkulturalität und Fremdverstehen; historische Sinnbildung auf Quellenbasis; Bevorzugung aktivierender statt darbietender Unterrichtsverfahren.

Über die disziplingeschichtliche Erinnerung hinaus belegt ein zeitgenössi-

und Unterricht 21 (1970), 340–363; Rolf Schörken, »Lerntheoretische Fragen an die Didaktik des Geschichtsunterrichts«, in: *Geschichte in Wissenschaft und Unterricht* 21 (1970), 406–420; Joachim Rohlfes, *Umriss einer Didaktik der Geschichte*, Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht, 1971; Rolf Schörken, »Geschichtsdidaktik und Geschichtsbewusstsein«, in: *Geschichte in Wissenschaft und Unterricht* 23 (1972), 81–89; Peter Wrede, »Historische Wissenschaft und Didaktik der Geschichte«, in: *Geschichte in Wissenschaft und Unterricht* 26 (1975), 381–389; Jörn Rüsen, »Zum Verhältnis von Theorie und Didaktik der Geschichte«, in: *Geschichte in Wissenschaft und Unterricht* 26 (1975), 427–441.

125 Kuss, *Geschichtsdidaktik und Geschichtsunterricht*, 744.

126 Alfred Heuß, »Gedanken zur Didaktik der Geschichte«, in: *Geschichte in Wissenschaft und Unterricht* 22 (1971), 529f.

127 Lucas, *Geschichte als engagierte Wissenschaft*, 28; Alfred Heuß, *Verlust der Geschichte*, Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht, 1959, 81.

scher Diskurs die Aktualität von Eckerts Denkweise. Zum Verhältnis von Geschichte und ethisch-moralischer Urteilsbildung stellten seinerzeit Ritter und Weniger die letztlich unhistorische Forderung, die Lernenden anhand historischer Beispiele auf die Übernahme vorgegebener Normen zu verpflichten. Im Unterschied zu dieser Instrumentalisierung und Indoktrinierung vertrat Eckert den wissenschaftsorientierten Standpunkt, durch Wahrnehmung, Analyse und Interpretation materieller, sozialer und kultureller Bedingungen und Ereignisse die Lernenden selbst zu begründeten ethisch-moralischen Werturteilen kommen zu lassen.¹²⁸

Gegenwärtig gibt es einen zu Ritter/Weniger strukturell gleichartigen Versuch doppelter Ver-Wertung von Geschichte. Am Beispiel der Beschäftigung mit dem NS-Verbrechen Holocaust/Shoah streitet man, ob und wie geschichtliche Erinnerungen zur unmittelbaren Verpflichtung auf bestimmte Werte im Sinne ethischer Orientierung verwertet werden sollen oder dürfen.¹²⁹ Während einerseits eine gesellschaftlich geförderte und durchsetzungsfreudige Organisation wie die *Taskforce for International Cooperation on Holocaust Education, Remembrance, and Research* zur Behandlung des historischen Komplexes nur einen affektiv berührenden und ethisch vorgegebenen Zugang als »Königsweg zur Menschenrechtserziehung« zulassen will, warnen Geschichtsdidaktiker – ganz im Sinne Eckerts – vor einer durch »axiomatische« Festlegung präjudizierten »normative[n] Vorgabe« für Unterricht und Bildung¹³⁰ bzw. vor der Ersetzung »historischer Aufklärung« durch »moralische Appelle«, die tendenziell zur »Enthistorisierung und gesellschaftspolitischen Entkontextualisierung« des Genozids¹³¹ und damit letztlich zur Ent-Wertung der Fülle historischer Erfahrungen aus der Menschheitsgeschichte führen können.

Die Beschäftigung mit aktuellen Fragen wie Menschenrechtsbildung, Demokratieverziehung, Analyse und Kritik der erinnerungs- und geschichtskultu-

128 Vgl. das Modell der vier Bereiche Wahrnehmung, Erschließung, Interpretation und Orientierung im Prozess des historischen Lernens bei Peter Gautschi, *Guter Geschichtsunterricht. Grundlagen, Erkenntnisse, Hinweise*, Schwalbach/Ts.: Wochenschau-Verlag, 2. Auflage 2011, 50ff.

129 René Mounajed »Holocaust-Education« und Menschenrechtserziehung im Geschichtsunterricht«, in: Michele Barricelli und Martin Lücke (Hg.), *Handbuch Praxis des Geschichtsunterrichts*, Bd. 2, Schwalbach/Ts.: Wochenschau Geschichte, 2012, 263–289.

130 Oliver Plessow, »Länderübergreifende ›Holocaust Education‹ als Demokratie- und Menschenrechtsbildung. Transnationale Initiativen im Vergleich«, in: *Zeitschrift für Geschichtsdidaktik* 11 (2012), 11–30, 11, 16.

131 Thomas Sandkühler, »Nach Stockholm: Holocaust-Geschichte und historische Erinnerung im neueren Geschichtsbuch für die Sekundarstufen I und II«, in: *Zeitschrift für Geschichtsdidaktik* 11 (2012), 50–76, 53–56.

rellen Vielfalt¹³² kann durch die Orientierung an Problematisierungen und Begründungen bei Eckert Tiefe und Verankerung gewinnen. Die Geschichtsdidaktik tut gut daran, aufmerksam mit der eigenen Disziplin umzugehen und dabei nicht nur ungute Traditionen hervorzuheben, sondern sich – wie im Falle Georg Eckerts – ihrer guten Traditionen zu vergewissern.

132 So etwa die kritisch-aufklärerischen Ansätze in der Tradition Eckerts bei der Arbeit des Zentrums für Geschichtsdidaktik und Erinnerungskulturen an der Pädagogischen Hochschule Luzern. Vgl. Peter Gautschi und Barbara Sommer Häller (Hg.), *Der Beitrag von Schulen und Hochschulen zu Erinnerungskulturen*, Schwalbach/Ts.: Wochenschau-Verlag, 2014.

Zeitzugenerinnerung III

1. Mein erstes persönliches Zusammentreffen mit Georg Eckert

Es war im November 1964 in Paris anlässlich des 100. Jahrestags der Gründung der Internationalen Arbeiter-Assoziation, der berühmten Ersten Internationale. Georg Eckert führte damals in dem Pariser Kolloquium den Vorsitz gemeinsam mit dem Belgier Jan Dhont in der ersten und zweiten Arbeitssitzung,¹ während ich die Gelegenheit hatte, in der fünften Arbeitssitzung mein Referat »The First International in the Austrian and Czech Lands« vorzutragen.² Aber schon vorher hat mich Georg Eckert sehr freundschaftlich angesprochen, nicht zuletzt, weil ich der einzige Teilnehmer aus der Tschechoslowakei an der Pariser Konferenz war. Auch aus Österreich war kein Historiker gekommen, obgleich in Wien drei Monate früher eine internationale Tagung »Österreich-Ungarn und die Internationale« stattgefunden hatte.³ Im Gespräch habe ich Professor Eckert unter anderem darüber informiert, wo der damalige Schwerpunkt meiner Quellenforschungen lag.

2. Meine Forschungen über tschechische Gastarbeiter in Deutschland nach der Reichsgründung von 1871, die Georg Eckert damals in Paris sehr interessierten

Der Begriff »Gastarbeiter« wurde im neunzehnten Jahrhundert noch nicht benutzt, aber in den 1960er Jahren war er in der Bundesrepublik geläufig, und es schien mir, dass er auch für die Stellung der tschechischen Arbeitsmigranten in

1 Denise Fauvel-Rouif (Hg.), *La Première Internationale. L'institution – L'implantation – Le rayonnement* [Paris, 16–18 Novembre 1964], Paris: Editions du Centre National de la Recherche Scientifique, 1968, 9.

2 Ebd., 219–228.

3 Internationale Tagung der Historiker der Arbeiterbewegung (Hg.), *Internationales Symposium Österreich-Ungarn und die Internationale, Wien, 7. bis 9. September 1964*, Wien: Europaverlag, 1972.

Deutschland nach der Reichsgründung zutreffend war. Tschechische Handwerker und später hauptsächlich Bergleute waren in Deutschland wortwörtlich in der Position geduldeter Gäste. Im Gegensatz zu den Polen aus Westpreußen, Posen oder Oberschlesien waren die meisten Tschechen in Deutschland Ausländer, österreichische Staatsbürger, und konnten fast problemlos ausgewiesen werden. Sie fanden vorwiegend in denjenigen Branchen Beschäftigung, in denen es nicht genug inländische Fach- oder überhaupt Arbeitskräfte gab. Führend an Zahl waren bis zum Ende des neunzehnten Jahrhunderts eindeutig tschechische Schneidergehilfen. In der von der Monatsschrift der tschechischen Auslandsvereine *Vlast* [Die Heimat] im Jahre 1893 organisierten Umfrage wurde auch die Beschäftigung der Vereinsmitglieder ermittelt. In den beiden Berliner Vereinen waren 57 Schneider unter 135 Mitgliedern, in Leipzig 38 von 77, in Frankfurt am Main 14 von 20, in Mainz 15 von 28 Mitgliedern; insgesamt stellten die Schneider mit über 40 Prozent fast die Hälfte aller Mitglieder der tschechischen Vereine in Deutschland.⁴ Es folgten dann Schuster und Tischler, in kleinerem Ausmaß auch Fachkräfte und Hilfsarbeiter aus vielen anderen Handwerkszweigen, während die Fabrikarbeiter nur in einigen Zentren der Textilindustrie beschäftigt waren.

Die stärkste Anziehungskraft übte auf die tschechischen Arbeitsmigranten in Deutschland ein im Vergleich mit Böhmen wesentlich höheres Lohnniveau aus; um die Wende des neunzehnten zum zwanzigsten Jahrhundert verdiente man in Deutschland zwei- bis zweieinhalbmal mehr. Unter den Handwerksgesellen und Gehilfen wirkte noch immer eine starke Tradition der Wanderjahre fort. Im Laufe der Zeit vergrößerte sich jedoch die Anzahl der selbstständigen tschechischen Handwerker und Gewerbeleute, die sich eine längere Zeit in Deutschland aufhielten und zum Teil die preußische Staatsangehörigkeit erwarben. Aus handschriftlichen Erinnerungen tschechischer Gastarbeiter ist ersichtlich, dass tschechische Handwerksgehilfen in West- und Norddeutschland eine größere Arbeitsintensität, aber auch, bei der Arbeit in privaten Häusern, viel geringere gesellschaftliche Unterschiede konstatierten. So erinnerte sich František Tomsa an seine Arbeit als Anstreicher und Lackierer in Mülheim an der Ruhr im Frühjahr 1908:

Jeden ausländischen Arbeiter überraschte hier die Gastfreundschaft der hiesigen Bevölkerung. Wenn ein Arbeiter von seinem Arbeitgeber irgendwohin in eine private Wohnung oder ein Haus gesandt wurde, erhielt er überall eine Nachmittagsjause und musste sich mit der Familie an den Tisch setzen. Wenn er auf einem noch unbewohnten Neubau arbeitete, konnte er in das nächste Haus gehen, wo man ihm seinen mitgebrachten Kaffee aufwärmte, und er setzte sich ebenfalls mit der Familie an den Tisch,

4 *Vlast* 19, 2 (1895), außerordentliche Beilage.

was von den Einheimischen nicht als erwiesene Freundlichkeit, sondern als Pflicht gegenüber den Arbeitenden angesehen wurde.⁵

Zu den charakteristischen Zügen des tschechischen Lebens in Deutschland gehörte das überaus dichte Netz von tschechischen Auslandsvereinen, die von den 1870er Jahren an in zwei ideologisch-politischen Richtungen tätig waren. Neben den älteren kleinbürgerlich-nationalen Vereinen entstanden tschechische Vereine sozialdemokratischer Prägung, die in Deutschland seit 1904/1905 ein klares Übergewicht errangen. Der älteste Verein war der im Jahre 1861 gegründete *Československý spolek* [Böhmisch-slawischer Verein] in Berlin, der lange Jahre die Tätigkeit aller tschechischen Auslandsvereine koordinierte und von Februar 1890 an die Herausgabe der früher in Stuttgart, Bremen und kurz auch in London erscheinenden Monatsschrift *Vlast* [Die Heimat] übernahm. Die sozialdemokratische Richtung hatte ihre eigene, in einer viel höheren Auflage erscheinende Zeitschrift, *Český Vystěhovalc* [Der tschechische Auswanderer] mit der Redaktion zunächst in München, die später, nach der Ausweisung des Redakteurs Karel Folber aus Bayern, im sozialdemokratischen Parteiverlag in Prag erschien. Und was Georg Eckert in unserem Pariser Gespräch ganz besonders auffiel und ihn überraschte, als ich es ihm erzählte:

In Braunschweig existierte in den Jahren von 1870 bis 1871 ein Verein *Slovanská Lípa* [Slawische Linde], der hauptsächlich von den in Braunschweig arbeitenden Tschechen, aber auch von einigen Polen getragen wurde. Dieser Verein war zwar kurzlebig, aber zu der Zeit, als der Braunschweiger Ausschuss der in Eisenach gegründeten Sozialdemokratischen Arbeiterpartei mit Wilhelm Bracke an der Spitze während des Deutsch-Französischen Krieges 1870/71 verhaftet wurde, beteiligten sich die Braunschweiger Tschechen an der Wahlagitation der Sozialdemokraten oder – wie sie nach Böhmen schrieben – Demokraten. Über diese Tätigkeit sandten sie Korrespondenzen an die tschechische radikaldemokratische Zeitschrift *Říp* [Georgsberg]⁶ in der nordböhmischen Stadt Roudnice nad Labem (Raudnitz). Fünf Briefe wurden im März und April 1871 aus Braunschweig nach Raudnitz abgesandt. Georg Eckert zeigte sich über meine Mitteilung hoch erfreut. Noch in Paris hat er mich zu einem Vortrag an der Pädagogischen Hochschule in Braunschweig eingeladen und gleich angeboten, die von mir erwähnten Briefe für eine kleine Edition im *Archiv für Sozialgeschichte* zum Druck vorzubereiten. Es war für mich eine Überraschung, dass Georg Eckert darauf bestand, die von mir vorgeschlagenen Briefe aus Dresden

5 Archiv Národního technického muzea [Archiv des Nationalen Technischen Museums] Praha, Sběrka rukopisů [Manuskriptensammlung], Nr. 153.

6 Říp [Georgsberg], der sagenreiche Berg in Mittelböhmen, auf dem der Urvater Čech [Tscheche] entschieden haben soll, die umliegende reiche Gegend mit seinem slawischen Stamm zu besiedeln.

und Braunschweig nicht nur in einer deutschen Übersetzung, sondern mit einer Einleitung zunächst in der tschechischen Originalfassung zu veröffentlichen.⁷ So etwas ist mir während meiner fünfzigjährigen Publikationstätigkeit in Österreich und Deutschland sonst niemals passiert. Das war für die fast unglaubliche nationale Toleranz Georg Eckerts und sein grenzenloses Entgegenkommen anderen Nationen gegenüber bezeichnend. Ich habe hinzugefügt, dass ein zweiter tschechischer Verein dann in Braunschweig im März 1894 unter dem Namen eines populären altböhmisches Fürsten, Břetislav⁸, gegründet wurde und im ersten Jahr seines Bestandes vierzig Mitglieder zählte.⁹

Regelmäßige Vereinsberichte in den Zeitschriften *Vlast* und *Český Vystěhovalec* erlauben interessante Rückschlüsse auf die politischen und sozialen Verhältnisse in Deutschland, in denen die tschechischen Gastarbeiter und Fachkräfte lebten und wirkten. Politisch erwies es sich immer mehr als ratsam, nicht die Zugehörigkeit der Tschechen zum Slawentum in den Vordergrund zu stellen, da der Begriff »slawisch« in der deutschen Öffentlichkeit allzuoft mit »barbarisch« oder wenigstens »unterentwickelt« verbunden wurde. So gab es in Deutschland in den 1870er Jahren neben der schon erwähnten *Slovanská Lípa* tschechische Vereine mit Namen wie *Libuše*, *Přemysl* oder *Svatopluk*. Um die Jahrhundertwende verschwanden ähnliche Vereinsnamen fast gänzlich, und eine ganze Reihe von neuen Vereinen trug den Namen des böhmischen Kirchenreformators Jan Hus, der sich in Deutschland eines guten Rufes erfreute.¹⁰ Aus demselben Grunde erwies es sich als gefährlich, ein gemeinsames tschechisch-polnisches Vorgehen zu organisieren. Auf dem Kongress der tschechischen Auslandsvereine in Prag 1911 erzählte der Delegierte aus Köln, wie alle Versuche zu einer engeren Zusammenarbeit zwischen Tschechen und Polen von den preußischen Behörden vereitelt wurden:

Er führt das Beispiel des Böhmischeslawischen Vereins *Hus* in Düsseldorf an, wo zu den Unterhaltungen und Vorträgen aus slawischer Begeisterung die Polen eingeladen wurden. Der Obmann wurde daraufhin auf dem Amte verhört, und es wurde ihm unverblümt gesagt, dass wenn er will, dass der Verein erhalten bleiben soll, eine der-

7 Jiří Kořalka, »Tschechische Briefe aus Dresden und Braunschweig 1870–1871. Ein Beitrag zur internationalen Rolle der tschechischen Demokratie«, in: *Archiv für Sozialgeschichte* 5 (1965), 319–362.

8 Břetislav I. (etwa von 1005 bis 1055), seit 1034 böhmischer Fürst aus dem Geschlecht der Přemysliden, der sein Land erfolgreich gegen den römisch-deutschen Kaiser sowie gegen Polen und Ungarn verteidigte.

9 *Vlast* 18, 11 (1894), Brief aus Braunschweig.

10 Vgl. Jiří Kořalka »Jan Hus und die Hussiten in den deutsch-tschechischen Beziehungen des 19. Jahrhunderts«, in: *Geschichte in Wissenschaft und Unterricht* 35 (1984), 495–507. Vgl. auch ders., »Husitský odkaz ve společenském a kulturním životě českých krajanů v zahraničí [Das Vermächtnis der Hussiten im gesellschaftlichen und kulturellen Leben der Auslands-tschechen]«, in: *Husitský Tábor* 4 (1981), 177–185, 184–185.

artige Tätigkeit unterlassen werden muss. Die Ämter wachen über die Tätigkeit der landsmännischen Vereine aufmerksamer, als es scheinen mag [...].¹¹

Demgegenüber wurden tschechische Musik- und Tanzabende in verschiedenen Städten Deutschlands sehr gut aufgenommen und konnten oft auch alteingesessene Deutsche als Besucher willkommen heißen. Bei jeder Verschärfung des Nationalitätenkonfliktes in Böhmen, wo es zu Demonstrationen und Gewalttätigkeiten gegen tschechische Minderheiten in den deutschböhmisches Gebieten und gegen deutsche und deutschjüdische Einwohner Prags kam, hauptsächlich im Dezember 1897 und wieder im Dezember 1908, mussten auch die Tschechen in Deutschland und deren Vereine, besonders in einigen mittel- und süddeutschen Städten, mancherlei Feindseligkeiten erleiden. Die reichsdeutsche Presse berichtete über die Ereignisse in Böhmen sehr einseitig und widmete den Verhältnissen in Nordböhmen überhaupt keine Aufmerksamkeit, worauf dann Aufrufe der Zeitschriften der tschechischen Auslandsvereine sowohl gegen tschechische als auch deutschböhmisches radikale Nationalisten folgten.¹² Mit großer Genugtuung nahmen es die in Nordwestböhmen wegen der Forderung nach tschechischen Schulen für ihre Kinder aus der Arbeit entlassenen Bergarbeiter auf, dass sie nach ihrer Ankunft im Ruhrgebiet ihre sprachlich-kulturellen Bedürfnisse freier und ungehemmter befriedigen konnten als zu Hause, im überwiegend deutschsprachigen Grenzgebiet Böhmens. Es war für sie durchaus möglich, in Moers und anderen Orten des Ruhrgebiets tschechische Versammlungen und Theatervorstellungen auf Plakaten in tschechischer Sprache anzukündigen und für ihre Kinder tschechischen Sonntagsunterricht zu organisieren. Ein alter Bergmann erinnerte sich nach der Remigration aus dem Ruhrgebiet im Jahre 1946:

Zum Höhepunkt kamen die nationalen Kämpfe der Brüxer Kohlenbarone mit den Bergarbeitern am Anfang dieses Jahrhunderts. Indem sie die damalige Krise ausnutzten, als nur drei Schichten in der Woche gearbeitet wurden, trieben sie die Bergarbeiterkinder in deutsche Schulen durch Androhung von Entlassung der Eltern. Und so ergab sich eine paradoxe Situation, dass sich viele und viele Familien erhoben und sich zur Arbeit in das blühende Rheinland und nach Westfalen begaben. Die Familien, deren tschechischer Charakter in der Heimat bedroht wurde, retteten sich für ihre Nation – durch das Weggehen nach Deutschland.¹³

Etwa von der Mitte der 1890er Jahre an begann die Zahl der tschechischen Bergarbeiter im Ruhrgebiet und im weiteren rheinisch-westfälischen Umfeld

11 *Český Vystěhovalec* 7, 22 (1911).

12 So zum Beispiel »Letošní Vánoce [Diesjährige Weihnachten]«, in: *Český Vystěhovalec* 5, Nr. 4 (1908).

13 F. V., »Vrátili jsme se z Německa [Wir sind aus Deutschland zurückgekehrt]«, in: *Československý svět* 1, 2 (1946).

schnell anzusteigen, so dass unmittelbar vor dem Ersten Weltkrieg die tschechischen Bergarbeiter die weitaus stärkste Gruppe unter den tschechischen Gastarbeitern in Deutschland waren. Als Ausländer, ständig der Gefahr der Ausweisung ausgesetzt, mussten sie sich der nationalpolitischen Realität des Deutschen Reiches gänzlich anpassen. Unter dem bunten Zuwandererstrom ins Ruhrgebiet waren die tschechischen Bergarbeiter von allen Ausländergruppen am besten organisiert.¹⁴ Beim Kriegsausbruch 1914 gab es im Rheinland-Westfalen 42 tschechische Vereine sozialdemokratischer Orientierung, in denen 2250 Mitglieder, davon 98 Prozent Bergarbeiter, tätig waren,¹⁵ und auch fünf katholische Vereine mit 356 Mitgliedern.¹⁶ Die meisten Vereine konnten sich gut funktionierender Bibliotheken, regelmäßiger Laientheatervorstellungen und zahlreich besuchter Bildungsvorträge rühmen. Wie ein in Deutschland wirkender Gewerkschaftsfunktionär im August 1911 behauptete, entwickelte sich diese rege Vereinstätigkeit im Einvernehmen mit der deutschen Gewerkschaftsorganisation:

Früher galten die Tschechen als Lohndrücker und als eine indifferente und unorganisierte Masse, was sich in den letzten Jahren verändert hat. Die tschechische Arbeiterschaft hat sich in der Fremde Achtung errungen, weil sie größtenteils schon organisiert aus der Heimat kommt und sofort in die Gewerkschaftsorganisationen in Deutschland eintritt. In dieser Hinsicht hat sie die Deutschböhmen weit überflügelt, mit diesen haben ihre deutschen Genossen viel Arbeit, ehe es ihnen gelingt, sie von der Notwendigkeit der Organisation zu überzeugen.¹⁷

Die meisten tschechischen Arbeitsmigranten in Deutschland fühlten sich wohl und waren ernsthaft bemüht, in der Gastbergengesellschaft gut aufgenommen zu werden. Ihre Beurteilung der Zustände in Deutschland war dementsprechend positiv oder wenigstens zurückhaltend. Diese Einschätzung steigerte sich noch im Rückblick, als nach dem Ersten Weltkrieg eine deutliche Verschlechterung der Lage zu spüren war. Im Jahre 1926 schrieb ein ehemaliger tschechischer Gastarbeiter in Deutschland:

Vorbei sind die Zeiten, in denen es unseren Landleuten in Deutschland gut ging. Vor dem Kriege war das Lebensniveau in Deutschland überhaupt um vieles höher als bei

14 Jiří Kořalka und Johannes Hoffmann (Hg.), *Tschechen im Rheinland und in Westfalen von 1890–1918. Quellen aus deutschen, tschechischen und österreichischen Archiven und Zeitschriften*, Wiesbaden: Harrassowitz, 2012.

15 Bohuslav Šída, »Činnost a stav porýnsko-vestfálských spolků po čas války [Die Tätigkeit und der Zustand der rheinländisch-westfälischen Vereine zur Zeit des Krieges]«, in: *Český Vystěhovalec* 13, 10 (1917).

16 *Schematismus der Diözese Münster* (1914), 261, Böhmen-Vereine, Mährischer Verein. Für diesen Hinweis danke ich Johannes Hoffmann, Dortmund.

17 A[ntonín] F[rinta], »Postavení českého dělnictva v cizině [Die Lage der tschechischen Arbeiterschaft im Ausland]«, in: *Český Vystěhovalec* 7, 23 (1911).

uns. Aber sehr viele unserer Landsleute standen noch über diesem Niveau, denn sie gehörten als qualifizierte Arbeiter zu den besser bezahlten Kategorien der Arbeiterschaft. Das galt vor allem in der Konfektionsbranche, der Glas- und Textilindustrie, ja auch im Bergbau. Unsere Landsleute hatten Verdienste, von denen sie zu Hause nicht einmal träumen konnten. Sie konnten auch Geld zurücklegen, sparen und konnten sich auch allerlei leisten. Eine jährliche Urlaubsreise nach Böhmen gehörte zu den Gewohnheiten, von deren Selbstverständlichkeit überhaupt nicht gesprochen wurde.¹⁸

3. Deutsch-tschechische Zusammenarbeit in der Frühzeit der sozialistischen Arbeiterbewegung

Auch meine zweite Veröffentlichung in dem von Georg Eckert herausgegebenen *Archiv für Sozialgeschichte*, diesmal im Band 8 (1968), ist mit interessanten Zusammenhängen verbunden. Zum Initiator wurde der aus Südmähren stammende, damals in London lebende und tätige deutschjüdische Historiker Johann Wolfgang Brügel, Verfasser von zwei grundlegenden Büchern über Deutsche und Tschechen, die sowohl in deutscher Sprache¹⁹ als auch in tschechischer Übersetzung²⁰ erschienen sind. Als ein aktiver Sozialdemokrat interessierte sich Brügel auch für historische Wurzeln des zumeist freundschaftlichen Verhältnisses zwischen der deutschen und der tschechischen Arbeiterbewegung in den Böhmisches Ländern. Ursprünglich war er von der geläufigen Vorstellung in gedruckten Erinnerungen und in ersten tschechischen historischen Erzählungen über die Anfänge der Arbeiterbewegung in Böhmen am Anfang der 1870er Jahre beeinflusst, denen zufolge die Reichenberger (also deutschböhmisches) Vorkämpfer des Sozialismus bei dem massenhaften tschechisch-deutschen Verbrüderungstreffen auf dem Jeschkenberg bei Reichenberg/Liberec im August 1870 die von den Prager Arbeiterführern vorgelegte, einseitig nationale Resolution zur Unterstützung der staatsrechtlichen Forderungen in Böhmen unterstützten. In einer Fachdiskussion in München nahm der an allen Beispielen einer internationalen Verständigung interessierte Brügel mit Freude zur Kenntnis, dass dies nicht stimmt, weil ein junger tschechischer Historiker, Jiří Kořalka, in seinem Buch über die Reichenberger Arbeiterbewegung²¹ aufgrund von Ar-

18 »Jak se daří krajanům v Německu [Wie sich unsere Landsleute in Deutschland befinden]«, in: *Vystěhovalec* 22, 8 (1926).

19 Johann Wolfgang Brügel, *Tschechen und Deutsche 1918–1938*, München: Nymphenburger Verlagshandlung, 1967; ders., *Tschechen und Deutsche 1939–46*, München: Nymphenburger Verlagshandlung, 1974.

20 Johann Wolfgang Brügel, *Češi a Němci 1918–1938*, Prag: Academia, 2006; ders., *Češi a Němci 1939–1946*, Prag, Academia, 2008.

21 Jiří Kořalka, *Vznik socialistického dělnického hnutí na Liberecku* [Die Entstehung der so-

chivforschungen nachgewiesen hatte, dass die Resolution vom Jeschkenberg zwei Fassungen hatte, eine tschechische und eine deutsche. In der deutschen Fassung war kein Wort über tschechische staatsrechtliche Forderungen zu finden, sondern man hob das allgemeine Staatsbürgerrecht hervor, und das wurde in den beiden Versionen (ausdrücklich auch in der tschechischen Resolution) als »unbeschränktes Vereins- und Versammlungrecht, allgemeines direktes Wahlrecht mit geheimer Abstimmung bei allen Wahlen, volle Gedankenfreiheit, in Schulangelegenheiten Trennung der Schule von der Kirche und unentgeltlicher Schulunterricht aller Staatsbürger« präzisiert.²² Der im Jahre 1967 bereits zweiundsechzigjährige Brügel reiste nach Prag (selbstverständlich nicht nur wegen der Jeschkenberg-Resolution), vereinbarte ein Treffen mit mir und drängte mich, dass ich die Ergebnisse meiner Forschungen auch in deutscher Sprache zugänglich mache. Da Georg Eckert sofort einverstanden war, ist meine umfangreiche, mehr als sechzigseitige Abhandlung über erste Sozialisten in Nordböhmen im Jahre 1968 in deutscher Sprache erschienen.²³ Neben dem deutsch-tschechischen Verhältnis wurden auch die große Wirkung und das Vorbild der Eisenacher Sozialdemokratie für die Anfangsperiode der nordböhmischen Arbeiterbewegung behandelt.

4. Meine persönlichen Eindrücke vom Zusammentreffen mit Georg Eckert

Bereits während der Pariser Tagung über die Erste Internationale 1964 und dann besonders nach meiner Ankunft in Braunschweig 1965 hat mir Georg Eckert viel Zeit und freundliche Aufmerksamkeit gewidmet. Er hat mich in seine Braunschweiger Wohnung oben unter dem Dach eingeladen und wollte sich nicht nur über meine Forschungsarbeit, sondern auch über die ersten Anzeichen einer Reformära in der damaligen kommunistischen Tschechoslowakei informieren lassen. Eckert hat mir ziemlich viel über seine Lebenserfahrungen aus dem Zweiten Weltkrieg erzählt, und er schien mir für die nächste Zukunft optimistisch gestimmt zu sein. Er hat, ähnlich wie damals ich, an die Möglichkeit einer demokratischen Reform des sozialistischen Systems in den Ländern Ostmittel- und Südosteuropas geglaubt und auch mich persönlich im Zukunftsglauben

zialistischen Arbeiterbewegung im Reichenberger Gebiet], Liberec: Krajské nakladatelství, 1956, 208.

22 Ebd., 331 (aus dem amtlichen deutschsprachigen Protokoll über die Jeschkenberg-Versammlung im Nationalarchiv Prag, PM 1860–1870, Signatur 8/5/1/3, Zahl ad 3815/1870).

23 Jiří Kořalka, »Erste Sozialisten in Nordböhmen im Verhältnis zur Eisenacher Sozialdemokratie und zur tschechischen Nationalbewegung 1868–1870«, in: *Archiv für Sozialgeschichte* 8 (1968), 285–347.

unterstützt. Der unselige August 1968 mit der Niederschlagung des Prager Frühlings hat allerdings unsere weiteren Kontakte unterbrochen.

Open-Access-Publikation im Sinne der CC-Lizenz BY 4.0

© 2017, V&R unipress GmbH, Cöttingen

ISBN Print: 9783847107613 – ISBN E-Lib: 9783737007610

Georg Eckert als Akteur der internationalen Schulbucharbeit und Kulturpolitik

Open-Access-Publikation im Sinne der CC-Lizenz BY 4.0

© 2017, V&R unipress GmbH, Cöttingen

ISBN Print: 9783847107613 – ISBN E-Lib: 9783737007610

Diplomat im Dienst von Kultur und Verständigung. Georg Eckert und die Deutsche UNESCO-Kommission

»Wir haben diesen Beschluß, nämlich die Zusammenarbeit mit kommunistischen Staaten zu bewirken, lange vor der neuen Ostpolitik zu einem guten Teil realisiert«, so führte der damalige Präsident der Deutschen UNESCO-Kommission (DUK), Georg Eckert, auf deren Hauptversammlung am 28. Oktober 1971 in Lübeck aus.

Die Neue Ostpolitik hatte sich zu diesem Zeitpunkt bereits als erfolgreich erwiesen, und an die Stelle der von der Deutschland-Frage dominierten Außenpolitik trat die Phase der Détente, welche schließlich in der Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (KSZE) mündete. An dieser Konferenz nahm die Bundesrepublik als prinzipiell gleichberechtigter Akteur im Kreis der europäischen Staaten teil. Seit den 1970er Jahren wurde der »außenpolitische Handlungsspielraum« der Bundesrepublik, wie Eckart Conze herausstellt, »zunehmend global«. Die Gründe hierfür seien zum einen in ihrer ansteigenden Bedeutung als Handelsmacht zu sehen, zum anderen habe der Eintritt in die Vereinten Nationen 1973 zu einer stärkeren Befassung mit Problemen der gesamten Staatenwelt geführt.¹

Bei der Erforschung der bundesdeutschen Geschichte der 1960er und 1970er Jahre rücken inzwischen strukturgeschichtliche und multilateral basierte Erklärungsansätze verstärkt in den Mittelpunkt der Betrachtungen.² Welche Rolle kommt hierbei den internationalen Organisationen, insbesondere der UNESCO, zu?³ »Das Internationale«, so stellt Mark Mazower heraus, war seit dem Auf-

1 Eckart Conze, *Die Suche nach Sicherheit. Eine Geschichte der Bundesrepublik Deutschland von 1949 bis in die Gegenwart*, München: Siedler Verlag, 2009, 642f. Eine solche »Multilateralisierung der westdeutschen Ost- und Entspannungspolitik« beobachtet auch Hermann Wentker, »Doppelter UN-Beitritt. Deutsch-deutsche Konkurrenz auf der internationalen Bühne«, in: ders. und Udo Wengst (Hg.), *Das doppelte Deutschland. 40 Jahre Systemkonkurrenz*, Bonn: Bundeszentrale für Politische Bildung, 2008, 235–258, 240.

2 Christof Münger, *Kennedy, die Berliner Mauer und die Kubakrise. Die westliche Allianz in der Zerreißprobe*, Paderborn: Schöningh, 2003, 23f.

3 Vgl. hierzu grundsätzlich Hans-Heinrich Nolte, *Weltgeschichte des 20. Jahrhunderts*, Köln/Wien/Weimar: Böhlau, 2009, 383ff.; Eckart Conze, Norbert Frei, Peter Hayes und Moshe

kommen global agierender Institutionen Ende des neunzehnten Jahrhunderts ein »Terrain«, auf welchem »ganz unterschiedliche politische Gruppen und Ideologien ihre Hoffnungen und Befürchtungen abbildeten«. Als »Spontangeburten, deren Hebamme der Krieg war«, standen sie von Anfang an in einem Spannungsverhältnis »zwischen den engen nationalen Interessen, welche die Großmächte durch sie zu betreiben versuchten, einerseits und den universellen Idealen und der Rhetorik, mit der sie auftraten, andererseits«. Dabei seien die Vereinten Nationen von Beginn an von US-amerikanischen Interessen dominiert gewesen, wiesen daneben jedoch eine Empfänglichkeit für die Ideen diverser Expertengruppen auf. Hierzu zählte beispielsweise der globale »developmentalism«, der Glauben an den Segen von autoritativ durchgesetzten Entwicklungsprogrammen für – wie auch immer definierte – unterentwickelte Staaten oder an die geradezu mystisch verklärte Kraft der »Bildung«. ⁴ Waren die Vereinten Nationen somit auch »no enchanted palace«, kam ihnen doch zumindest die Rolle eines »great power talking shop« zu, »a global club of national states«. ⁵ Auch hinsichtlich ihrer Sonderorganisationen, etwa der UNESCO, wird die Bedeutung als vielgestaltige Plattform für internationale Kooperationen wie auch für die Koordination mitgliedersstaatlicher Interessen hervorgehoben. ⁶

Vor diesem Hintergrund ist zu fragen, welchen Einfluss die DUK als deutsche Nationalkommission der Pariser Weltorganisation auf die Neue Ostpolitik, insbesondere auf die Intensivierung der kulturellen Kontakte zwischen Ost und West, hatte. Waren es Impulse aus der Pariser UNESCO-Politik, denen die DUK unter Georg Eckert folgte, oder reflektierten sich in der Verständigungspolitik eher spezifisch bundesrepublikanische, vielleicht sogar parteipolitische Motive? Daran schließt sich die Frage an, welche Beachtung die regierungsseitig betriebene auswärtige Kulturpolitik der UNESCO zuteilwerden ließ. War die Politik der Bundesregierung in den 1960er Jahren daran interessiert, die UNESCO ge-

Zimmermann, *Das Amt und die Vergangenheit. deutsche Diplomaten im Dritten Reich und in der Bundesrepublik*, München: Blessing, 2. Auflage 2010, 624ff.; vgl. insbesondere zur UNESCO Perrin Selcer, »UNESCO, Weltbürgerschaft und Kalter Krieg«, in: Bernd Greiner, Tim B. Müller und Claudia Weber (Hg.), *Macht und Geist im Kalten Krieg*, Hamburg: Hamburger Edition, 2011, 477–497; Poul Duedahl (Hg.), *A history of UNESCO*, London: Palgrave Macmillan, 2016; Aigul Kulnazarova und Christian Ydesen (Hg.), *UNESCO without borders*, London: Routledge, Taylor & Francis Group, 2017; Thomas Strobel, *Transnationale Wissenschafts- und Verhandlungskultur, Die Gemeinsame Deutsch-Polnische Schulbuchkommission 1972–1990*. (Eckert. Die Schriftenreihe 139), Göttingen: V&R unipress, 2015.

4 Mark Mazower, *Die Welt regieren. Eine Idee und ihre Geschichte von 1815 bis heute*, München: C. H. Beck, 2013, 10ff., 290ff.

5 Ders., *No Enchanted Palace. The End of Empire and the Ideological Origins of the United Nations*, Princeton: Princeton University Press, 2009, 27.

6 Michael Omolewa, »UNESCO as a Network«, in: *Paedagogica Historica* 43 (2007), 211–221, 117; Chloé Maurel, *Historie de l'UNESCO. Les trente premières années, 1945–1974*, Paris u. a.: L'Harmattan, 2010, 294f.

rade als internationale Organisation zu fördern, oder spiegelte sich in ihrer Haltung zu dieser im Wesentlichen nationalstaatliche Interessenpolitik? Dabei kann das Verhältnis zwischen DUK, UNESCO und Auswärtigem Amt als formelles Netzwerk angesehen werden, das wiederum Übergänge und Schnittstellen zu informellen Netzwerken weiterer Akteure aufwies, etwa zu Einzelpersonlichkeiten und Parteien.⁷

Bei der DUK, so die hier vertretene These, handelte es sich in den 1960er Jahren um einen Akteur, dessen Politik im Wesentlichen durch innerstaatliche Faktoren geprägt wurde und dessen Beitrag zur internationalen Verwaltung im Rahmen der UNESCO dem partikularen und interessengeprägten Vorstellungshorizont der Bundesrepublik entsprach. Dies schließt nicht aus, dass Ergebnisse dieser Arbeiten auf nationaler Ebene weitergeführt wurden, die UNESCO damit also zur Internationalisierung der einzelstaatlichen Verwaltung beitrug, und dass diese Arbeiten die Entstehung einer internationalen Bildungsverwaltung förderten. Um im Rahmen des Netzwerkes Entwicklungen erfolgreich steuern zu können, kam es dabei, wie zu beobachten sein wird, im Wesentlichen auf die politische Argumentation an; im nationalen Kontext war in den 1960er Jahren gerade die Bezugnahme auf das »Internationale«, beispielsweise die Kontaktaufnahme zu anderen Staaten oder die Konkurrenz zur DDR, geeignet, zu Macht und Mitteln zu verhelfen. Umgekehrt war im internationalen Rahmen das je »Nationale«, etwa der historische Hintergrund der beteiligten Personen, bei der Beurteilung durch Angehörige fremder Staaten entscheidend.

Eine – an dieser Stelle nur schlaglichtartig mögliche – Untersuchung setzt zunächst eine kurze Darstellung der Rolle der DUK im institutionellen Gefüge der frühen Bundesrepublik voraus. Daran anschließend wird der Frage nachgegangen, welche Rolle die DUK unter Eckert im Kontext der Ost-West-Verständigung einnahm und welche Impulse diese Rolle beeinflusst haben könnten. Im Weiteren soll untersucht werden, welche Bedeutung der UNESCO-Politik im Bewusstsein der regierungsseitig betriebenen Außenpolitik zukam und mit welchem Ziel die DUK während der fast zehnjährigen Präsidentschaft Eckerts Einfluss auf diese ausgeübt hat. Welche Rolle spielte hierbei die Stärkung der UNESCO als internationale Verwaltung?

7 Vgl. zur Differenzierung zwischen formellen und informellen Netzwerken Eckhardt Fuchs, »Networks and the History of Education«, in: *Paedagogica Historica* 43 (2007), 185–197, 194f.; vgl. auch Marten Düring und Ulrich Eumann, »Historische Netzwerkforschung. Ein neuer Ansatz in den Geschichtswissenschaften«, in: *Geschichte und Gesellschaft* 39, 3 (2013), 369–390.

1. Die DUK im institutionellen Gefüge der frühen Bundesrepublik

Seit ihrer Gründung und Konstituierung von November 1945 bis November 1946 ist es verfassungsmäßiges Ziel der UNESCO, »durch Förderung der Zusammenarbeit zwischen den Völkern in Bildung, Wissenschaft und Kultur zur Wahrung des Friedens und der Sicherheit beizutragen«. Dem liegt der Gedanke zugrunde, dass »Kriege ihren Ursprung in der Seele des Menschen haben und daher die Schutzwehr des Friedens gleichfalls in der Seele des Menschen errichtet werden« müsse. Um die Politik der UNESCO in ihren Mitgliedstaaten zu fördern und in die Praxis umzusetzen, stützt sich die UNESCO auf Nationalkommissionen, die rechtlich und organisatorisch unabhängig sind, aber im regelmäßigen Austausch mit der Zentrale in Paris stehen. Sie beziehen die mit Bildung, Wissenschaft, Kultur und Kommunikation befassten Institutionen des jeweiligen Landes in die Planung, Verwirklichung und Evaluierung des breit gefächerten UNESCO-Programms ein und sollen hierfür werben.⁸

Die Entstehung der DUK spiegelt die zaghafte Kontaktaufnahme zwischen der jungen und noch im Prozess der Selbstfindung verhafteten Weltorganisation einerseits und einem disparaten, destabilisierten und noch unstrukturierten Netzwerk aus Experten der bundesrepublikanischen Nachkriegslandschaft wider. Auf Einladung des kanadischen UNESCO-Mitarbeiters John W. Thompson trafen sich im Mai 1950 Vertreter der Wissenschaft, des Bildungswesens und der Kulturverwaltung, darunter viele Emigranten sowie ehemalige NS-Oppositionelle, in Bad Soden und gründeten unter Vorsitz des späteren Staatssekretärs im Auswärtigen Amt und Präsidenten der EWG-Kommission Professor Dr. Walter Hallstein den »Deutschen Ausschuss für UNESCO-Arbeit«, die spätere DUK, noch vor dem eigentlichen Beitritt der Bundesrepublik Deutschland zur UNESCO am 11. Juli 1951.⁹ Die UNESCO ist eine der ersten internationalen Organisationen – und die erste Sonderorganisation der Vereinten Nationen –, der die Bundesrepublik beigetreten ist, wodurch dem Beitritt auch außenpolitisch eine erhebliche Symbolwirkung hinsichtlich der »Re-Internationalisierung« der Bundesrepublik zukam. Diese Bedeutung erklärt es auch, dass die

8 Vgl. Klaus Hüfner und Wolfgang Reuther (Hg.), *UNESCO-Handbuch. 50 Jahre deutsche Mitarbeit in der UNESCO*, Bonn: Uno-Verlag, Neuausgabe, 2. Auflage 2005; Deutsche UNESCO-Kommission (Hg.), *Lernziel: Weltoffenheit*, Bonn: Deutsche UNESCO-Kommission e.V., 2001.

9 Matthias Bode, »Expertise mit Weltverstand. Transnationalismus und auswärtige Kulturpolitik der Bundesrepublik in den sechziger und siebziger Jahren«, in: Habbo Knoch (Hg.), *Bürgersinn mit Weltgefühl, Politische Moral und solidarischer Protest in den sechziger und siebziger Jahren*, Göttingen: Wallstein Verlag, 2007, 93–114, 96f.; vgl. Jutta van Hasselt, »Zur Geschichte der deutschen Mitarbeit in der UNESCO«, in: Deutsche UNESCO-Kommission (Hg.), *Lernziel: Weltoffenheit*, 151–381.

DUK – obwohl an sich in staatsrechtlicher Hinsicht nicht eindeutig dem Bund oder den Ländern zuzuordnen – als so genannte Mittlerorganisation der auswärtigen Kultur- und Bildungspolitik angesehen und von Beginn an vor allem vom Auswärtigen Amt finanziert wurde.¹⁰ Dieses ließ ihr bei der fachlichen Arbeit weitreichende Autonomie; im politischen Bereich bestand es allerdings, insbesondere während der Generalkonferenzen, auf der in vielen Fällen auch seitens der Kommissionsmitglieder erbetenen Letztentscheidung. Die DUK war personell und institutionell eng verflochten mit dem Internationalen Schulbuchinstitut, dem späteren Georg-Eckert-Institut für Internationale Schulbuchforschung, als Veranstalter der Schulbuchgespräche und der deutsch-polnischen Schulbuchkommission, deren Funktion Thomas Strobel untersucht hat.¹¹ Die Rolle Georg Eckerts¹² ist für einige seiner vielfältigen Aufgabenbereiche bereits herausgestellt worden, etwa sein Beitrag zum Aufbau des später nach ihm benannten Internationalen Schulbuchinstituts an der Kant-Hochschule Braunschweig¹³, sein Wirken als Begründer des *Archivs für Sozialgeschichte*¹⁴ und als »Pionier der Erneuerung des Geschichtsunterrichts nach 1945«.¹⁵ Der zum Lehrer für höhere Schulen ausgebildete und in Bonn habilitierte Ethnologe Eckert war seit November 1946 als Dozent und seit April 1948 als Professor für

10 Mathias Bode, *Die auswärtige Kulturverwaltung der frühen Bundesrepublik*, Tübingen: Mohr Siebeck, 2014.

11 Thomas Strobel, *Gemeinsame deutsch-polnische Schulbuchkommission*, 257 ff.; s. auch ders., *Transnationale Wissenschafts- und Verhandlungskultur*.

12 Zu Eckerts Biographie generell: Hans-Peter Harstick, »Georg Eckert (1912–1974), Wegbereiter einer neuen Konzeption von Geschichte in Wissenschaft und Unterricht«, in: Ursula A. J. Becher und Rainer Riemenschneider (Hg.) *Internationale Verständigung. 25 Jahre Georg-Eckert-Institut für Internationale Schulbuchforschung in Braunschweig*, Hannover: Verlag Hahnsche Buchhandlung, 2000, 105–115; Heike Christina Mätzing, *Wissenschaftler und Botschafter der Völkerverständigung. Georg Eckert (1912–1974) zum 100. Geburtstag*, Bonn: Friedrich-Ebert-Stiftung, 2013; Rainer Riemenschneider, »Georg Eckert und das Internationale Schulbuchinstitut in Braunschweig«, in: *Pariser Historische Studien* 89 (2008), 115–131.

13 Ebd., 124 ff.; Rosemarie Rümenapf-Sievers, »Georg Eckert und die Anfänge des Internationalen Schulbuchinstituts«, in: Becher und Riemenschneider (Hg.), *Internationale Verständigung. 25 Jahre Georg-Eckert-Institut*, 116–122. Zur Zusammenarbeit mit dem Europarat vgl. Maitland Stobart, »Fifty years of European co-operation on history textbooks. The role and contribution of the Council of Europe«, in: *Internationale Schulbuchforschung* 21, 2 (1999), 147–161, 149 ff.; Steffen Sammler, »Schulbuchgespräche in friedenspädagogischer Absicht. Die Revision der Geschichtsbücher im Versöhnungsprozess nach 1945«, in: Corine Defrance und Ulrich Pfeil (Hg.), *Verständigung und Versöhnung nach dem »Zivilisationsbruch«? Deutschland in Europa nach 1945*, Brüssel: Peter Lang, 2016, 605–623.

14 Jürgen Kocka, »Georg Eckert und die Anfänge der deutschen Sozialgeschichtsschreibung«, in: *Eckert. Das Bulletin* 12 (2012), 4–11.

15 Michele Barricelli, »Didaktische Räusche und das Verständnis der Einzelwesen. Zu Leben und Wirken von Georg Eckert«, in: Wolfgang Hasberg und Manfred Seidenfuß (Hg.), *Modernisierung im Umbruch: Geschichtsdidaktik und Geschichtsunterricht nach 1945*, Berlin u. a.: LIT, 2008, 261–290.

Geschichte und Methodik des Geschichtsunterrichts an der Kant-Hochschule Braunschweig tätig. Seit seiner Jugend SPD-Mitglied, stand er in Kontakt zu Alfred Kubel, Alfred Nau, Willi Eichler, Willy Brandt und anderen führenden Sozialdemokraten. Als virtuoser Netzwerker war er – über den Bereich des Bildungswesens hinaus – in diversen Gremien und Kommissionen vertreten.¹⁶

Seit der Gründung 1950 war Eckert Mitglied der DUK und wurde 1964 ihr Präsident. Er hatte dieses Amt – neben den sonstigen Tätigkeiten – bis zu seinem Tod Anfang Januar 1974 inne. Zum Gründungskreis der DUK stieß Eckert auf Empfehlung von Herbert Walker, dem stellvertretenden Leiter der *Educational Branch*, Bielefeld, sowie dem Schulbuch-Experten der UNESCO, dem Amerikaner Richard Perdue. Zu diesem Zeitpunkt verfügte er bereits über Renommee auf dem Gebiet der Schulbuchverständigung und wurde in Bad Soden im Rahmen des Ausschusses für Erziehungsfragen zum Leiter der Unterkommission Geschichtsbücher bestimmt. Es dürfte allerdings nicht die UNESCO selbst gewesen sein, die den Ausschlag für Eckerts Befassung mit der Schulbuchrevision gegeben hat, sondern der Einfluss einer sich damals regenerierenden und von den Zielen der britischen Alliierten beeinflussten Diskussion über Ziele und Methodik der Bildung, mit denen er insbesondere Anfang 1947 – Eckert war mit der Überarbeitung der Lehrpläne für den Geschichtsunterricht befasst¹⁷ – in Berührung kam. Bereits im Dezember 1946 gründete Eckert den Geschichtspädagogischen Forschungskreis, dessen Aufgabe die »Schaffung von Geschichtsbüchern bzw. jede andere Förderung des Geschichtsunterrichts« war und in dem er im Februar 1948 seine »Grundthesen zur Reform des Geschichtsunterrichts« formulierte.¹⁸ Zu dieser Zeit wurde die Schulbuchrevision vor allem im Umfeld der UNESCO¹⁹ und im Rahmen der vier internationalen

16 So gehörte er zu den Gründern des Verbandes der Geschichtslehrer Deutschlands und amtierte als dessen langjähriger Schatzmeister. Auch das Institut für Sozialgeschichte Braunschweig/Bonn geht auf ihn zurück. Er war Mitglied der Gewerkschaft für Erziehung und Wissenschaft, Vorsitzender des Kuratoriums Unteilbares Deutschland in Braunschweig und gehörte dem Kuratorium der Friedrich-Ebert-Stiftung an. Riemenschneider, *Georg Eckert und das Internationale Schulbuchinstitut*, 116.

17 StAWF 143 N Zg. 2009/069 Bd. 259 Schreiben Eckert an Trimborn vom 7. November 1946, 1.

18 Ein weiteres Gründungsmitglied war der Braunschweiger Schulrat Karl Turn. StAWF 143 N Zg. 2009/069 Bd. 259: Bericht über die bisherige Tätigkeit der Geschichtsarbeitsgemeinschaft Braunschweig, undatiert, 1 ff. Vgl. auch Eckerts Referat »Der Geschichtsunterricht und die Völkerverständigung«, das er im Februar 1959 anlässlich einer Tagung deutscher und dänischer Lehrer in Sonnenberg im Harz hielt: ebd.

19 Unter der Schirmherrschaft der UNESCO wurde seit dem Sommer 1951 auch das Projekt eines mehrbändigen Werkes zur »Scientific and Cultural History of Mankind« betrieben. Katja Naumann, »Mitreten über Weltgeschichte – die Beteiligung polnischer, tschechoslowakischer und ungarischer Historiker an der Cultural History of Mankind (1952–1969)«, in: *Comparativ* 20 (2010), 186–226; Pertti Luntinen, »School History Textbook Revision by and under the Auspices of UNESCO«, in: *Internationale Schulbuchforschung* 10, 4 (1988), 337–348 sowie in: *Internationale Schulbuchforschung* 11,1 (1989), 39–48, 339 ff.

Historikertreffen von Speyer diskutiert, die zwischen 1948 und 1950 stattfanden. An der dritten Konferenz nahm auch Eckert teil und lernte hier Perdew kennen.²⁰ Der sich unter der Mehrheit der Teilnehmenden verbreitende »Geist von Speyer« war gekennzeichnet durch die Orientierung an supranationalen europäischen Werten und die Infragestellung der Dominanz von Nationalgeschichte.²¹ Weitere Foren, in denen die Schulbucharbeit thematisiert wurde, waren die Arbeitsgemeinschaft Deutscher Lehrerverbände, der Eckert vorstand, die *Société des Professeurs d'Historie-Géographie* sowie – langfristig am effektivsten – der Europarat. Die auf diese Weise entstandenen Arbeitsgemeinschaften verstetigten die Schulbuchrevision, die sich nun, wie Romain Faure nachgewiesen hat, von ihren Trägerinstitutionen emanzipieren konnte,²² und beschleunigten den konzeptionellen Austausch.

Die Aktivitäten der DUK sowie der UNESCO sind stets vor dem Hintergrund der Diskussionen der bundesrepublikanischen Öffentlichkeit zu sehen.²³ Deren Rezeption entschied über die Relevanz der Arbeit im politischen Raum und konnte dazu beitragen, dass Konzepte sich durchsetzen konnten oder fallen gelassen wurden.²⁴

Die UNESCO hatte auf die Bildungslandschaft im Nachkriegseuropa eine enorme Impulswirkung und regte breite Expertenkreise an, sich mit ihren Vorhaben, darunter der Schulbuchforschung, auseinanderzusetzen. Dabei gelang es ihr, an bestehende Traditionen anzuknüpfen²⁵ und Fachleute in internationalen Gremien zusammenzuführen. Dass auch die ausländischen Lehr-

20 »Vor 24 Tagen war nun in Speyer eine internationale Historikertagung, an der Franzosen, Belgier, Schweizer und Deutsche teilnahmen, und wo es mir gelang, mit maßgeblichen französischen Historikern in Konnex zu kommen. Für besonders wertvoll erachte ich dabei die Bekanntschaft des Leiters der Textbuchkommission bei der UNESCO, Prof. Perdew, der uns jede Hilfe zugesagt hat.« StAWF 143 N Zg. 2009/069 Bd. 259 Schreiben Eckert an Eichler vom 31. Oktober 1949, 2.

21 Teilnehmer waren vor allem Universitätsprofessoren, Gymnasiallehrer, Dozenten Pädagogischer Hochschulen und Vertreter der Kultusbehörden. Corine Defrance, »Die Internationalen Historikertreffen von Speyer«, in: Ulrich Pfeil (Hg.), *Die Rückkehr der deutschen Geschichtswissenschaft in die »Ökumene der Historiker«*. Ein wissenschaftsgeschichtlicher Ansatz, München: DeGruyter, 2008, 213–237, 221 ff.

22 Romain Faure, »Connections in the History of Textbook Revision, 1947–1952«, in: *Education Inquiry* 2 (2011), 21–35, 23 ff., 32; vgl. auch ders., *Netzwerke der Kulturdiplomatie*, Berlin/Boston: De Gruyter, 2015. Fortgeführt wurden die Arbeiten etwa unter dem Dach des Europarates, Stobart, *Fifty years of European co-operation on history textbooks*, 147 ff.

23 Zum Begriff der »Öffentlichkeit« vgl. Bernd Weisbrod, »Öffentlichkeit als politischer Prozeß. Dimensionen der politischen Medialisierung in der Geschichte der Bundesrepublik«, in: ders. (Hg.), *Die Politik der Öffentlichkeit – Die Öffentlichkeit der Politik*, Göttingen: Wallstein Verlag, 2003, 11–25, 11 ff.

24 Bode, *Expertise mit Weltverstand*, 110 ff.

25 Eckhardt Fuchs, »The Creation of New International Networks in Education: The League of Nations and Educational Organization in the 1920s«, in: *Paedagogica Historica* 43 (2007), 199–209, 205 f.

mittel Nationalismen und Zerrbilder enthielten, setzte eine gemeinsame Arbeitsweise voraus und begünstigte die gleichrangige Begegnung von bundesrepublikanischen und ausländischen Partnern. Diese Arbeiten konstituierten eine neue Liga von »Verständigungsexperten« mit einem nahezu unbegrenzten Wirkungsfeld.

2. Expertise: »Verständigung«. Die DUK im Kalten Krieg

Der Ost-West-Konflikt überschattete auch die UNESCO und schlug sich in weltpolitisch bestimmten Schwankungen auf die Programmpolitik nieder.²⁶ Hinzu traten Wechselwirkungen mit dem Prozess der Dekolonisierung und der wachsenden Zahl neuer Staaten in der »Dritten Welt«.²⁷ Bis zur Mitte der 1950er Jahre wurde die UNESCO von den USA dominiert, die etwa versuchten, sie für Informationskampagnen zur Unterstützung ihrer Intervention in Korea oder zur Aufklärung über den Kommunismus in Südostasien nutzbar zu machen. Der Eintritt der Sowjetunion 1955 steigerte »die Bedeutung der UNESCO auf der Weltbühne«.²⁸ Hierdurch wurde die UNESCO nun allerdings auch nicht mehr grundsätzlich in Frage gestellt und ihr Budget stieg an, so dass die Organisation »ironischerweise infolge der Spannungen des Kalten Krieges« gefestigt wurde. Die Ostblockstaaten hätten zwar »ein Element von lärmendem Theater in die Generalkonferenz« eingeführt, doch seien diese Geschehnisse im Ergebnis »vorhersehbar und banal« gewesen, wie der Vorsitzende der US-amerikanischen UNESCO-Kommission Perrin Selcer schreibt.²⁹

Dies wirft die Frage auf, welche Haltung dabei die DUK als Mittlerin zwischen der Pariser Mutterorganisation, dem Auswärtigen Amt und ihren bundesdeutschen Mitgliedsinstitutionen einnahm. Wie weit übertrugen sich die Spannungen der Weltorganisation auf die Arbeit der DUK oder – anders gefragt – welchen Grad an fachlicher und politischer Autonomie konnte die DUK ausbilden?

In den ersten Jahren stand die Arbeit der DUK im Zeichen des Aufbaus und der Organisation. Es wurde über die Struktur der Kommission diskutiert und darüber, welche gesellschaftlichen Gruppen in ihr vertreten sein sollten. Die Programmarbeit der DUK fokussierte sich von Beginn an auf einen bloßen Ausschnitt der in der UNESCO behandelten Themen. 1957 ließ sie sich in vier Themenbereiche einteilen:

26 Maurel, *Histoire de l'UNESCO*, 95ff.

27 Laura Elizabeth Wong, »Relocating East and West: UNESCO's Major Project on the Mutual Appreciation of Eastern and Western Cultural Values«, in: *Journal of World History* 19, 3 (2008), 349–374, 351 ff.; vgl. Mazower, *No Enchanted Palace*, 150ff.

28 Selcer, *UNESCO, Weltbürgerschaft und Kalter Krieg*, 482, 495.

29 Ebd., 495f.

- a) die deutsche Beteiligung an kulturellen Veranstaltungen im Ausland,
- b) die Zusammenarbeit mit Schulen und mit der Jugend- und Erwachsenenbildung,
- c) Zusammenarbeit mit kulturellen und wissenschaftlichen Organisationen in Deutschland,
- d) Pressearbeit.³⁰

Die DUK war in dieser Zeit vor allem ein Treffpunkt für Experten und stellte eine Art »Basislager« für diverse Projekte und Kooperationen dar. Der Ost-West-Konflikt, der das gesellschaftliche und kulturelle Klima der beginnenden 1950er Jahre überschattete, wurde auch während der UNESCO-Generalkonferenzen wahrgenommen und anschließend im Rahmen der DUK-Hauptversammlungen diskutiert. Da die Sowjetunion erst später der UNESCO beitrat und deren Satellitenstaaten den Sitzungen anfangs häufig ostentativ fernblieben, wurden diese Auseinandersetzungen als eine Art »Grundrauschen« hingegenommen. Im Auswärtigen Amt wie auch in Kreisen der DUK war allerdings mit Genugtuung wahrgenommen worden, dass die »SBZ« kein Mitglied der UNESCO geworden war, woran sich aus Sicht der bundesrepublikanischen Außenpolitik auch nichts ändern sollte.³¹

»Vertreter östlicher Kulturen« traten im Rahmen der ersten Generalversammlungen in wachsendem Maße in Erscheinung, um Themen, die Vorderasien und den Orient betrafen, stärker zu akzentuieren, wie Kulturabteilungsleiter Rudolf Salat vermerkte. »Osten«, so fügte er hinzu, sei hier gerade nicht »im Sinne der Terminologie ›Ost-West‹ zu verstehen, »die heute den Gegensatz zwischen der kommunistisch beherrschten und der freien Welt kennzeichnet«. Auch Salat befürchtete – zu Recht³² – im Nachgang der 6. Generalkonferenz, dass die UNESCO »allzuleicht geneigt sein [könnte], die Welt mit dem europäisch-amerikanischen Kulturkreis zu identifizieren«, und hielt es für wünschenswert, dass »der Dialog zwischen Orient und Okzident auf künftigen Tagungen weitergeführt und vertieft« werde.³³ Tatsächlich verabschiedete die UNESCO-Generalkonferenz 1956 das auf zehn Jahre angelegte Projekt »Mutual Appreciation of Eastern and Western Values« mit der Aufgabe, ein fachübergreifendes Ver-

30 PA AA (Politisches Archiv des Auswärtigen Amtes, Berlin) B 91 20 Kurzbericht über die Deutsche UNESCO-Kommission vom Januar 1957, 1.

31 Eine eigene Nationalkommission der DDR wurde 1963 gegründet. Vorsitzender war Professor Dr. Walther Neye, Direktor des Instituts für westdeutsches und ausländisches Zivilrecht der Humboldt-Universität. PA AA B 91 121 Schreiben Bergstraesser an Auswärtiges Amt vom 26. Juni 1963, 1; Gesetzblatt der DDR, Teil II, Nr. 50 v. 12. Juni 1963; vgl. auch *Neues Deutschland*, 10. Mai 1963, 5.

32 »There was no representation of Asian, African, or Arab views«, urteilt auch Laura Elizabeth Wong über die Anfangsjahre der UNESCO: Wong, *Relocating East and West*, 355.

33 PA AA B 90 322 Die Sechste Vollversammlung der UNESCO, Aufzeichnung von Salat, undatiert, 13f.

ständnis zivilisatorischer Entwicklungen zu schaffen und Unterschiede sowie gemeinsame Ursprünge herauszuarbeiten. Ein Mittel hierzu sollte auf Anregung der Bundesrepublik auch die Einbeziehung der gemeinsamen Schulbuchverbesserung sein. Die zu dieser Thematik stattfindenden Konferenzen brachten die ehemaligen Kolonialmächte und die neuen, in die Unabhängigkeit entlassenen Staaten zusammen. Dabei herrschte Einigkeit über die Notwendigkeit weiterer Schulbucharbeit, und in einigen Punkten konnten gute Arbeitsergebnisse erzielt werden. Hierzu schreibt Laura Elizabeth Wong:

Overall, the East-West textbook conferences fostered international agreement that more positive portrayals of both East and West were needed in school texts. [...] Certainly the textbook conferences, among other activities of the East-West Major Project, had demonstrated that culturally focused intergovernmental relations could facilitate relatively open cooperation around specialized subjects.³⁴

Ab 1958 diskutierte auch die DUK während mehrerer interdisziplinär angelegter Gespräche in Bad Ems über kulturelle Beziehungen zwischen Asien und Europa, über politische und soziale Grundlagen Asiens sowie seine Rolle im Geschichtsbewusstsein der Gegenwart.³⁵ Das *East-West Major Project* und seine internationalen Arbeitskonferenzen hatten zweifelsohne starken Einfluss auf Eckert und die Braunschweiger Schulbucharbeit: So befasste sich die Internationale Schulbuchkonferenz im Mai 1962 in Goslar im Wesentlichen zum einen mit einer »Bestandsaufnahme dessen, was bisher auf Grund der Empfehlungen« des Programms geleistet wurde, zum anderen mit der Ausarbeitung von weiteren Empfehlungen für diese Arbeit.³⁶ Die Schulbucharbeit stellte das »Zugpferd« im Gespann der deutschen Beiträge dar und steigerte ihre internationale Wahrnehmbarkeit. Hieran wird die Konvergenz von im nationalstaatlichen Rahmen und im internationalen Raum betriebenen Vorhaben deutlich: Die UNESCO bot den Rahmen, ausgefüllt wurde er von nationalen Fachleuten; die UNESCO garantierte Überstaatlichkeit, die Nationalkommissionen und ihre Partner gewährten Expertise. Beide für sich betrachtet waren *conditio sine qua non*.

Die »Deutschland-Frage« erfuhr einen Bedeutungszuwachs erst angesichts der Diskussion um die internationale Anerkennung des kommunistischen Chinas als Staat und der lebhaften Diskussion über seine UNESCO-Aufnahme in Paris. So fragte der DUK-Präsident Walter Erbe 1955 im Rahmen der Hauptversammlung: »Wie wird es einmal mit der Deutschen Demokratischen Republik?« Und er resümierte: »Der Alpdruck, der sich auf uns legte, war die Frage der

34 Wong, *Relocating East and West*, 356, 371f.

35 Van Hasselt, *Zur Geschichte der deutschen Mitarbeit in der UNESCO*, 189ff.; Walter Steigner, »Ost ist Ost und West ist West«, in: *Gewerkschaftliche Monatshefte* 8,7 (1957), 391–394.

36 AsD (Archiv der sozialen Demokratie, Bonn), NL Georg Eckert, Bd. 408 Basic internal working paper for the Meeting of Experts, Braunschweig, 11. Januar 1962, 1f.

zwei Deutschland«.³⁷ Der »Gegensatz zwischen dem Ostblock und der freien Welt« intensivierte sich in der Folgezeit und äußerte sich in Kampfabstimmungen bei der UNESCO, etwa über die Zulassung der ungarischen Delegation.³⁸ Tatsächlich stellte die DDR-Regierung bereits 1955 einen Antrag auf Aufnahme in die UNESCO, der vom hierfür zuständigen Wirtschafts- und Sozialrat der Vereinten Nationen mit 13 zu fünf Stimmen abgelehnt worden war. Um entsprechende Anträgen, die auch in anderen internationalen Organisationen gestellt wurden, zuvorkommen zu können, beschloss das Auswärtige Amt, die Haltung der Mitgliedstaaten »karteimäßig festzuhalten«.³⁹ Anträge auf Aufnahme der DDR stellten – häufig unter Ausnutzung des Überraschungseffekts – auch andere Staaten, etwa die Sowjetunion. Diese »Infiltrationsversuche der SBZ« wurden in Bonn penibel ausgewertet und anderen deutschen Auslandsvertretungen zur Kenntnis übersandt, damit diese wiederum ihre jeweiligen ausländischen Partner um Unterstützung bitten konnten.⁴⁰ Auch in fachlicher Hinsicht trat die »Sowjetzone« in Erscheinung, indem sie nämlich »mit großen organisatorischen und finanziellen Mitteln« versuchte, »Kommissionen nach dem Vorbild des Braunschweiger Instituts« zu schaffen, um mit deren Hilfe Kontakte bis nach Europa und Asien anzubahnen,⁴¹ eine Reaktion darauf, dass die DDR in Westeuropa weder Botschaften noch staatliche Handelsvertretungen eröffnen durfte. Sie war daher bemüht, über Maßnahmen der auswärtigen Kulturpolitik informelle Kontakte herzustellen und Beziehungen aufzubauen.⁴² Der internationale Raum entwickelte sich zu einer Art »Kampfzone« der Blöcke, sorgfältig beobachtet von den neuen Staaten der »Dritten Welt«.

Blieb der politische Hintergrund der regierungsseitig betriebenen Außenpolitik, nämlich die Nicht-Anerkennung der DDR, auch in der Folgezeit derselbe,⁴³ so zeichnete sich doch seit 1955 zumindest bei einem Kreis von DUK-

37 AsD, NL Georg Eckert, Bd. 582 DUK, Protokoll der 7. Hauptversammlung, 7.–8. März 1955, 3–4.

38 PA AA B 91 20 Protokoll der 13. Hauptversammlung der DUK am 25.–27. Mai 1959, 7.

39 PA AA B 91 121 Vfg. Ref. 601 vom 15. Oktober 1959, 1.; ebd., Schreiben von Buddenbrock an von Simson betr. Registrierung der Haltung einzelner Staaten vom 23. Juni 1961, 1.

40 Ein entsprechender Aufnahmeantrag wurde unter anderem 1962 gestellt. PA AA B 91 121 Fernschreiben betr. UNESCO vom 19. Mai 1962, 1; ebd., Schreiben Blankenhorn an Lahr vom 2. November 1962, 1; PA AA B 91 501 Schreiben der Vertretung bei der Internationalen Organisationen in Genf an das Auswärtige Amt vom 9. August 1962, 1.

41 AsD, NL Georg Eckert, Bd. 486 DUK, Protokoll der 8. Hauptversammlung der DUK, 10f., ausdrücklich auch in: ebd., Bd. 265 Schreiben Schüddekopf an Platz vom 8. November 1955, 1–3.

42 Gestattet war die Errichtung von »Vertretungen« der »Kammer für Außenhandel«, die als nicht-staatlich eingestuft wurden. Wentker, *Doppelter UN-Beitritt*, 248f.

43 1956 etwa forderten die DUK-Mitglieder Eckert und Leber »eine möglichst starke deutsche Delegation«, damit so »einer etwaigen Aufnahme der DDR wirksam entgegengetreten wer-

Mitgliedern um den damaligen DUK-Präsidenten Theodor Steltzer und Georg Eckert die Tendenz ab, Kontakte zu Nationalkommissionen der Ostblockstaaten zu suchen. So erinnerte sich Steltzer 1966 an ein Treffen der europäischen Nationalkommissionen in Dubrovnik 1957: »Solche Kontakte sind überhaupt für uns Deutsche besonders lehrreich, weil in ihnen auch die östlichen UNESCO-Kommissionen vertreten sind«. Die Begegnung führte zu »viele[n] persönliche[n] Berührungen mit den Angehörigen der sowjetischen, ukrainischen sowie mittel- und südost-europäischen Ländern«.44 1959 berichtete Eckert der DUK-Hauptversammlung über die »Angriffe auf die westdeutschen Schulbücher von Seiten der Ostblockstaaten«. Kernaussage sei, »in den westdeutschen Schulbüchern würde eine Blockideologie gepflegt, die die Reibungsflächen zwischen den osteuropäischen Völkern und dem Ostblock erweitern sollen«. Gleichwohl forderte Eckert die Mitglieder der DUK auf, »ihrerseits etwas zu einer fruchtbaren Auseinandersetzung mit dem Kommunismus zu tun«.45

Dem DUK-Generalsekretär berichtete er im gleichen Jahr von seiner Teilnahme an einem Seminar des Hamburger UNESCO-Instituts für Pädagogik, an der Delegierte aus Polen, der Sowjetunion, der Tschechoslowakei und Bulgarien teilnahmen. Diese hätten sich »ziemlich positiv« an der Diskussion beteiligt, »natürlich mit einem leichten Propagandaeinschlag. [...] Soweit mein kurzer Eindruck erlaubt, war er sehr positiv.«46 Während Vertreter des DUK-Sekretariats in Paris »Fühlungnahme mit Vertretern der polnischen UNESCO-Delegation« aufnahmen, hatte Eckert bereits über das Internationale Schulbuchinstitut Kontakte geknüpft und konnte so auf »vertrauliche Informationen« direkt aus Polen zugreifen47 – in einer Zeit, in der vor dem Hintergrund der Deutschlandpolitik die Wahrnehmung Polens als »eigenständiger Faktor« der Außenpolitik als »abwegig« erschien.48 Steltzer spielt wohl hierauf an, wenn er sich erinnert: »Besonders wertvoll war mir [...] die Begegnung mit Prof. Eckert [...]. Er verstand es, in seiner Arbeit auch sehr schwierige und heikle Themen über-

den könne.« AsD, NL Georg Eckert, Bd. 485 DUK, Protokoll der 16. Sitzung des Vollzugsausschusses der DUK, 4.

44 »Zum Teil beschwerten sich [die Ost-Delegationen] geradezu, daß von unserer Seite in dieser Hinsicht zu wenig geschehe. [...] Ich bin seit diesen Begegnungen [...] der Ansicht, daß es falsch ist, solchen menschlichen und kulturellen Kontakten auszuweichen.« Theodor Steltzer, *Sechzig Jahre Zeitgenosse*, München: List, 1966, 237f.

45 PA AA B 91 20 Protokoll der 13. Hauptversammlung der DUK am 25. bis 27. Mai 1959, 11.

46 AsD, NL Georg Eckert, Bd. 328 Schreiben Eckert an Platz vom 11. September 1959, 1.

47 AsD, NL Georg Eckert, Bd. 285 Protokoll der 25. Sitzung des Vollzugsausschusses der DUK, 2. Februar 1959, 6. Enno Meyer, *Wie ich dazu gekommen bin. Die Vorgeschichte der deutsch-polnischen Schulbuchgespräche*, Frankfurt am Main: Diesterweg, 1988, 22f.

48 Dieter Bingen, »Der lange Weg der ›Normalisierung‹, Die Entwicklung der Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und Polen 1949–1990«, in: Wolf-Dieter Eberwein und Baisl Kerski (Hg.), *Die deutsch-polnischen Beziehungen 1949–2000*, Opladen: Leske + Budrich, 2001, 35–73, 39.

legen zu behandeln.«⁴⁹ Steltzer, dem NS-Widerstandskämpfer sowie betagten Querdenker, und Eckert, dem vernetzten und ständig reisenden Wissenschaftler mit Abenteuerlust, bot die DUK samt ihren Ausschüssen, Tagungen, der Kölner Geschäftsstelle sowie der engen Verbindung zur Pariser Mutterorganisation eine perfekte Plattform, um sich über den Umgang mit den Ostblockstaaten auszutauschen und im zunächst unverbindlichen Rahmen Kontakte ins Ausland zu knüpfen. Es war auch ein wertvoller »Umschlagplatz« für Informationen parteipolitischer, wissenschaftspolitischer und außenpolitischer Natur; die meistens mehrtägigen Sitzungen boten jenseits offizieller Protokolle eine nicht zu unterschätzende Gelegenheit für den informellen Gedankenaustausch zwischen den DUK-Mitgliedern, Vertretern der Ministerien wie auch ausländischen Gästen. Hier ließen sich im vertraulichen Rahmen Strategien diskutieren und Argumentationen erproben.

Dass die DUK seit Mitte 1964 die Verständigung zwischen Ost und West zu ihrer Aufgabe machte, ist freilich nicht allein auf das Wirken Eckerts zurückzuführen, sondern hat eine Reihe von Ursachen. Diese Entwicklung entsprach dem sich damals allgemein abzeichnenden »Weg zu einer neuen Politik«. Der Beginn dieser Übergangsperiode ist zeitlich mit dem Mauerbau 1961 zu verorten und endet etwa mit dem Amtsantritt der sozialliberalen Koalition.⁵⁰

Urheber dieser Trendwende, die in der Bundesrepublik von einer breiten und kontroversen gesellschaftlichen Diskussion begleitet wurde, waren neben Willy Brandt und seinem Kreis »eine Vielzahl von Einzelpersonen und Institutionen, [...] die sich um eine Revision der dogmatischen Deutschlandpolitik und um eine Versachlichung und Entideologisierung des Verhältnisses zum Osten bemühten«.⁵¹ Nicht zu unterschätzen ist hierbei zudem der Einfluss der US-amerikanischen Politik der Kennedy-Administration: Die USA als nach wie vor »unumstrittene Führungsmacht im westlichen Bündnis« strebte mit der Auflage des *Limited Test Ban Treaty*, der neben den USA auch von der Sowjetunion und Großbritannien unterzeichnet wurde, eine blockübergreifende Verständigung an. Dies unterstrichen auch die programmatischen Äußerungen John F. Kennedys im Nachgang der Kuba-Krise und die Akzeptanz des *status quo* – somit

49 Steltzer, *Sechzig Jahre Zeitgenosse*, 237.

50 Manfred Görtemaker, *Geschichte der Bundesrepublik Deutschland*, München: C. H. Beck, 1999, 534f.

51 Ebd., 534; Joachim Scholtyseck, »Mauerbau und Deutsche Frage. Westdeutsche Intellektuelle und der Kalte Krieg«, in: Dominik Geppert und Jens Jacke (Hg.), *Streit um den Staat. Intellektuelle Debatten in der Bundesrepublik 1960–1980*, Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht, 2008, 69–90, 80ff.; zur Rolle der Kirchen als nichtstaatliche Akteure in der Entspannungspolitik mit Polen vgl. Basil Kerski, »Die Rolle nichtstaatlicher Akteure in den deutsch-polnischen Beziehungen von 1990«, in: ders. und Wolf-Dieter Eberwein (Hg.), *Die deutsch-polnischen Beziehungen 1949–2000*, Opladen: Leske + Budrich, 2001, 75–111, 76ff.

faktisch der Mauer – in Berlin.⁵² Diese Geschehnisse wurden im Kreis der Regierung kritisch verfolgt, insbesondere da das innereuropäische Machtverhältnis betroffen war. Auch im Kreis der Opposition war umstritten, wie hiermit umzugehen sei: Atlantiker um Ludwig Erhard, Gerhard Schröder und Willy Brandt standen Gaullisten um Konrad Adenauer und Franz Josef Strauß gegenüber.⁵³

Auch während der Kanzlerschaft Erhards kam »die offizielle Politik« in dem Bemühen, Vertrauen zu den osteuropäischen Staaten aufzubauen, nicht über »tastende« oder »halbherzige Versuche« hinaus. Dies lag sicher daran, dass Erhard und Schröder die DDR bzw. die ungelöste »Deutschland-Frage«, nicht in ihre Konzeption einer »Politik der Bewegung« einbezogen.⁵⁴ Gegen die »Unvermeidlichkeit des Unvermeidlichen« fiel hier die »Unerträglichkeit des Unerträglichen« in die Waagschale.⁵⁵ Nicht zu unterschätzen sein dürfte aber auch die Beharrlichkeit der Verwaltungen, die zu diesem Zeitpunkt noch nicht auf die notwendige Flexibilität im Umgang mit den Ostblockstaaten eingerichtet waren.⁵⁶ Die Vertreter der entspannungsfreundlicheren »Berliner Linie« innerhalb der SPD hatten hier den klaren Vorteil, durch die »Fronterfahrung« in der geteilten Stadt, durch die Erfahrungen im Zusammenhang mit den Passierscheinabkommen und unter Berufung auf die Kennedyschen Grundsätze konzeptionell wendiger zu sein.⁵⁷ Dies insbesondere, nachdem die SPD sich mit dem Godesberger Programm von 1959 außenpolitisch erneuert und vom bisherigen, einer praktischen Annäherung entgegenstehenden »Deutschlandplan« distanziert hatte.⁵⁸

52 Münger, *Kennedy, die Berliner Mauer und die Kubakrise*, 330ff.

53 Henning Köhler, *Adenauer. Eine politische Biographie*, Berlin u. a.: Propyläen-Verlag, 1994, 1214f.; Münger, *Kennedy, die Berliner Mauer und die Kubakrise*, 346ff.; Beatrix W. Bouvier, *Zwischen Godesberg und Großer Koalition. Der Weg der SPD in die Regierungsverantwortung*, Bonn: J.H.W. Dietz Nachf., 1990, 213f.; Bingen, *Der lange Weg der »Normalisierung«*, 42.

54 Görtemaker, *Geschichte der Bundesrepublik Deutschland*, 535; Wentker, *Doppelter UN-Beitritt*, 245f.

55 Peter Graf Kielmansegg, *Das geteilte Land. Deutsche Geschichte 1945–1990*, München: Pantheon, 2007, 193f. »In Bonn brauchte man [...] Jahrzehnte, bis man offiziell und öffentlich zur Kenntnis nahm, dass die Wiedervereinigung nicht mehr auf der Tagesordnung stand.« Gregor Schöllgen, *Jenseits von Hitler. Die Deutschen in der Weltpolitik von Bismarck bis heute*, Berlin: Propyläen-Verlag, 2005, 284.

56 Vgl. etwa zu den im Dezember 1966 beginnenden »Planungsstudien« im Auswärtigen Amt Frank Fischer, »Im deutschen Interesse«. *Die Ostpolitik der SPD von 1969 bis 1989*, Husum: Matthiesen, 2001, 43; Conze, Frei, Hayes und Zimmermann, *Das Amt und die Vergangenheit*, 642; Karsten Schröder, *Egon Bahr*, Rastatt: Moewig, 1988, 134ff.

57 Fischer, »Im deutschen Interesse«, 41 ff.; Heinrich Potthoff, »Ostpolitik in Tutzing«, in: *Die neue Gesellschaft. Frankfurter Hefte* 48, 1–2 (2001), 43–47, 44f.

58 Der »Deutschlandplan« hatte die Einrichtung einer wiedervereinigten »Entspannungszone« unter einer regionalen und von den USA sowie der Sowjetunion kontrollierten Rüstungsbeschränkung in Mitteleuropa gefordert. Bouvier, *Zwischen Godesberg und Großer Koalition*,

Diese Entwicklungen wurden auch im Rahmen der DUK wahrgenommen. Der DUK-Generalsekretär Holger Reimers schrieb bereits Ende Dezember 1963 an Jobst Freiherr von Buddenbrock in der Kulturabteilung des Auswärtigen Amtes, er habe »einer Reihe von Äußerungen der Tagespresse« entnommen,

daß der tschechoslowakische Staatspräsident Novotny gestern in einer Ansprache in Prag betont hat, dass seine Regierung jetzt auf ein günstiges Echo aus Bonn auf die jüngsten Prager Angebote zur Normalisierung der Beziehungen warte.

[...] Unabhängig von der weiteren politischen Entwicklung, vielleicht aber als Vorläufer, Rand- oder Begleiterscheinung ließe sich als ein kleines Zeichen deutscher Bereitschaft auf dem kulturellen Sektor das Klima ein wenig anzuwärmen, eine offizielle Kontaktaufnahme zwischen der Deutschen und der Tschechischen UNESCO-Kommission vielleicht ins Auge fassen.

Auch habe es bereits »halboffizielle Gespräche zwischen dem stellvertretenden Kultusminister Grohman und dem Unterzeichneten in Deutschland gegeben«. Ähnliche Beziehungen könnten auch zu Polen und Rumänien angebahnt werden.⁵⁹ Wunschgemäß überprüfte von Buddenbrock die »Realisierungsmöglichkeiten« und teilte Anfang Januar 1964 mit, dass das Auswärtige Amt »keine politischen Bedenken gegen eine solche Kontaktaufnahme« habe und dass das Vorgehen »höchst begrüßenswert« erscheine.⁶⁰ Gleichwohl wurden auch innerhalb der DUK die »Ostkontakte« unterschiedlich akzentuiert: Während ihr Vorsitzender, der Freiburger Politikwissenschaftler Arnold Bergstraesser, Ende Juni 1963 noch betonte, wie bedeutsam es während der 12. Generalkonferenz 1962 gewesen sei, »den Versuch abzuwehren, die Sowjetzone stärker an den Arbeiten der UNESCO zu beteiligen«, hob der Ständige Vertreter der Bundesrepublik, Otto von Simson, hervor, dass »eine positive Seite« des Ost-West-Konflikts sei, »Möglichkeiten zur Anknüpfung von Ost-West-Gesprächen« zu liefern.⁶¹

Nach Bergstraessers plötzlichem Tod trug DUK-Vizepräsidentin Schlüter-Hermkes vergeblich einigen Persönlichkeiten die Kandidatur für das Präsidentenamt an. Schließlich erklärte sich Eckert zunächst »interimistisch« dazu bereit, obgleich er im privaten Kreis das Amt als ein solches bezeichnete, »das ich nur mit Seufzen übernehmen konnte«.⁶² Während der DUK-Hauptversammlung Anfang Juni 1964 in Trier wurde er einstimmig gewählt.

44; Manfred Görtemaker, »Die Ursprünge der ›neuen Ostpolitik‹ Willy Brandts«, in: Arnd Bauerkämper (Hg.), *Doppelte Zeitgeschichte. Deutsch-deutsche Beziehungen 1945–1990*, Bonn: J.H.W. Dietz Nachf., 1998, 44–57, 48ff., 52ff.

59 PA AA B 91 128 Schreiben Reimers an von Buddenbrock vom 13. Dezember 1963, 1f., auch für das Vorangegangene.

60 PA AA B 91 422 Schreiben von Buddenbrock an Reimers vom 2. Januar 1964, 1.

61 PA AA B 91 128 Protokoll der 19. Hauptversammlung der DUK, 28.–29. Juni 1963, 13, 16.

62 AsD, NL Georg Eckert, Bd. 345 Schreiben Eckert an Hensee vom 26. November 1964, 1.

Bei der Übernahme der Präsidentschaft war sich Eckert unzweifelhaft des Korsetts der noch kaum über die Hallstein-Doktrin hinausreichenden regierungsseitigen UNESCO-Politik bewusst. Motiviert haben dürfte ihn die Aussicht, die Verständigungsexperten näher an die spürbar in Wandlung begriffene »offizielle Außenpolitik« heranzuführen. Hier kam vermutlich seine spezifische SPD-Prägung zum Tragen. So stellte DUK- und SPD-Mitglied Georg Kahn-Ackermann wahrscheinlich im Wissen und mit Willen Eckerts bereits im Rahmen der DUK-Hauptversammlung im Juni 1964 den Antrag, »Kontakte mit den Nationalkommissionen der ›sozialistischen Länder‹ aufzunehmen.⁶³ Dieser Beschluss lieferte die kommissionsinterne Legitimation für die Intensivierung der Kontakte. Eine Kontaktaufnahme zur »SBZ«, wie sie etwa DUK-Mitglied Steltzer im Rahmen der DUK-Hauptversammlung 1965 vorschlug, schloss Eckert allerdings »von vornherein« aus, da »die Zone [...] kein Mitgliedstaat der UNESCO« sei. Etwas drastischer entgegnete DUK-Mitglied Annedore Leber, dass »ein besseres Verhältnis mit Leuten, die an der Mauer auf ihre Mitmenschen schießen, als illusionär betrachtet werden« müsse.⁶⁴ Auch wenn die Anwesenheit des Vertreters des Auswärtigen Amtes hierbei zu berücksichtigen ist, zeigt dieser Diskussionspunkt, dass 1965 innerhalb der DUK die »Ostkontakte« differenziert betrachtet wurden und bei aller grundsätzlichen Annäherung die DDR bis Ende der 1960er Jahre ausgeklammert blieb.

Ende Juni 1964 reiste Eckert als neuer DUK-Präsident nach Paris in die UNESCO-Zentrale und besuchte dort die »anwesenden deutschen Angestellten.«⁶⁵ Wie ein Brief des seinerzeit bei der UNESCO beschäftigten späteren nigerianischen Sprachwissenschaftlers Conrad M. B. Brann zeigt, hatte Eckert ihn gebeten, »von Zeit zu Zeit vertrauliche Ratschläge hinsichtlich der Beziehungen zu den osteuropäischen Nationalkommissionen zu geben«, um so auf eine »verstärkte Zusammenarbeit« hinwirken zu können. Diese »neu aufgenommenen Kontakte«, so konnte Eckert auf der DUK-Hauptversammlung 1965 vermelden, hätten »sich bereits während der Generalkonferenz [1964, Erg. d. Autors] ausgewirkt«: Es sei kein Aufnahmeantrag der »SBZ« gestellt worden. Vielmehr hätten im Exekutivrat sogar zwei Ostblockstaaten für den deutschen Kandidaten von Simson gestimmt. Auch sei es bereits bei Abschluss der Konferenz zu konkreten Vereinbarungen mit Rumänen und Tschechoslowaken über den Austausch von Architekten, Volkskünstlern und Pädagogen gekommen.⁶⁶

63 Vgl. AsD, NL Georg Eckert, Bd. 435 Protokoll der 21. Hauptversammlung der DUK, 6. bis 7. Mai 1965, 17.

64 PA AA B 91 171 Protokoll der 22. Hauptversammlung der DUK, 28. bis 29. Oktober 1965, 15ff.

65 AsD, NL Georg Eckert, Bd. 334 Schreiben Eckert an Zeit vom 24. Juni 1964.

66 AsD, NL Georg Eckert, Bd. 435 Protokoll der 21. Hauptversammlung der DUK, 6. bis 7. Mai 1965, 17ff.

Hatte Eckert so den personellen Grundstock für seine Kontakte gelegt, konnte er in der zweiten Hälfte der 1960er Jahre beginnen, die Früchte seiner Politik zu ernten. Der Hauptversammlung 1965 berichtete er von seinen Kontakten nach Bulgarien und Polen. Handelte es sich hierbei auch teilweise um bloße Gesten oder Akte der Höflichkeit, so waren es doch diese persönlichen Kontakte, die die Atmosphäre für Besuche schufen. Wenn also Eckert seine Rede mit der Bemerkung schloss: »Sehr hoffnungsvolle Perspektiven – Politik kleiner, aber konkreter Schritte«⁶⁷, so wirkte er tatsächlich auf eine graduelle Annäherung von Ost und West hin. Zudem hatte er bereits Kontakt zu den Nationalkommissionen in Rumänien, Ungarn und der ČSSR aufgenommen.⁶⁸

Wenn Eckert 1966 vor der DUK-Hauptversammlung resümierte, »zahlreiche, sehr offene Gespräche« und »größte Gastfreundschaft« erfahren zu haben,⁶⁹ so verstand er sich wohl weniger als eine Art Agent, der hier die Einkreisung der DDR im Sinne der Schröderschen Ostpolitik einfädelt, sondern vielmehr als ein Experte in Sachen Verständigung, als eine Art außenpolitischer »Brückenbauer«. Diese Verständigungspolitik wurde allerdings nicht von Eckert oder dem Vorstand der DUK alleine getragen. Auch andere DUK-Mitglieder, beispielsweise der Bildungsforscher Professor Hellmut Becker, knüpften Verbindungen zu den östlichen UNESCO-Verantwortlichen.⁷⁰ Eckerts Verständigungsdiplomatie war Ausdruck eines einladenden und die gängigen Wahrnehmungsmuster des späten Kalten Krieges in Frage stellenden Umgangs. Die »beflissene Anpassung ans je Geltende«, die »zweiwertige Aufteilung nach Schafen und Böcken«, welche Theodor W. Adorno als Gefahr des »Nachleben des Nationalsozialismus« in der Demokratie kritisiert hatte,⁷¹ war seine Sache nicht.

Eckert musste allerdings versuchen, gleichzeitig den Erwartungen der Vertreter von Ostblockstaaten wie auch denen des Auswärtigen Amtes gerecht zu werden. Hinsichtlich der Generalkonferenz von 1966 bemerkt er in seinem Rede-konzept

Ungeachtet dieser relativ guten Vorbereitung müssen wir völlig illusionslos in die Gen.konferenz gehen. Wir könnten vor schwierige polit. Fragen gestellt werden – Anerkennung oder doch Aufwertung der SBZ – Große Wachsamkeit – sehr flexibles Taktieren, Ausnutzen der persönlichen Sympathien.⁷²

67 AsD, NL Georg Eckert, Bd. 565 Redemanuskript von der Hauptversammlung 1965, 7.

68 PA AA B 91 128 Schreiben Eckert an von Buddenbrock vom 16. Dezember 1964, 1.

69 AsD, NL Georg Eckert, Bd. 492 Redemanuskript von der Hauptversammlung 1966, undatiert, 10ff.

70 GSPK (Geheimes Staatsarchiv Preußischer Kulturbesitz, Berlin) VI HA (Hellmut Becker) Bd. 361 Notiz über ein Gespräch im Staatskommissariat, Moskau, 15. Oktober 1965, 1.

71 Theodor W. Adorno, *Eingriffe. Neun kritische Modelle*, Frankfurt am Main: Suhrkamp, 1963, 41.

72 AsD, NL Georg Eckert, Bd. 492 Redemanuskript von der Hauptversammlung 1966, 9.

Es stellt sich die Frage, mit welchem Ziel Eckert »flexibel taktieren« wollte. Einerseits war ihm klar, dass die diplomatische Anerkennung oder zumindest die Aufwertung der DDR ein ernstes Anliegen der osteuropäischen Staaten – und auch ihrer UNESCO-Nationalkommissionen sein musste. Andererseits war er realistisch genug zu wissen, dass die deutschlandpolitischen Parameter der Außenpolitik politischen Sachzwängen folgten, die er nicht unmittelbar beeinflussen konnte. Im Kern musste er vermeiden, auf dem internationalen Parkett seine Reputation in Sachen Verständigung zu beschädigen.

Gegenüber der Bundesregierung legitimierte Eckert diese Politik durch die Hinweise auf Erfolge bei der »Aufspaltung« des Ostblocks.⁷³ Der DUK-Präsident erkannte also sehr klar, dass die Arbeit seiner Kommission nicht aus einem utopischen Glauben an die zunehmende Bedeutung internationaler Kulturarbeit heraus unterstützt wurde; vielmehr musste er eine (außen-)politische Gegenleistung bringen.

Der Amtsantritt der Großen Koalition⁷⁴ Ende 1966 erleichterte der DUK unter Eckert die Zusammenarbeit mit den Staaten jenseits des Eisernen Vorhangs. Bereits Anfang Februar 1967 übersandte er dem Auswärtigen Amt Aufzeichnungen über seine Gespräche mit diversen Ostblockstaaten und regte an, »diese Aktenvermerke möglicherweise auch an die zuständige politische Abteilung« weiterzureichen.⁷⁵ Das Auswärtige Amt überprüfte seine Haltung gegenüber der Zusammenarbeit mit den Ostblockstaaten im Rahmen der UNESCO und kam intern zu dem Schluss: »Wir sollten die Kontakte der UNESCO-Delegationen als *Informationsquelle* [Hervorhebung im Original] benutzen. Alle Maßnahmen des Kulturaustauschs sollten jedoch zwischen den Regierungen vereinbart werden.« »Keinesfalls« dürfte der Kulturaustausch den Austauschbedarf der osteuropäischen Staaten bereits befriedigen und die »von uns angestrebten Abkommen zwischen Regierung und Regierung überflüssig machen.«⁷⁶ Einerseits, so wies das Auswärtige Amt den Ständigen Delegierten bei der UNESCO an, »sollten die Kontakte zu Ostblock-Staaten weiterhin besonders gepflegt werden«, andererseits sei »auf Vorschläge zum Kulturaustausch nur in unverbindlicher Weise einzugehen«; Vorrang habe die »Konsolidierung der bilateralen Beziehungen auf

73 In seinem Bericht über die Internationale Konferenz der Schulbuchverleger in Paris im Juni 1964 verwies Eckert etwa darauf, dass »die Vertreter der Ostblockstaaten« es »ängstlich vermieden, als Block aufzutreten«. AsD, NL Georg Eckert, Bd. 334 Schreiben Eckert an von Beyme vom 6. November 1964, Anlage, 1.

74 Am 1. Dezember 1966 wählte der Bundestag Kurt Georg Kiesinger zum Bundeskanzler, der noch am selben Tag sein Kabinett der Großen Koalition aus CDU/CSU und SPD vorstellte. Brandt wurde Außenminister.

75 PA AA B 91 128 Schreiben Zeit an von Buddenbrock vom 1. Februar 1966, 1.

76 Anlass hierfür waren zudem mehrere Anfragen des deutschen Ständigen Delegierten bei der UNESCO, Haack. PA AA B 91 422 Schreiben Referat IV/ZAB, Dr. Peckert, an Referat IV 2 vom 13. September 1967, 1.

der staatlichen Ebene«. ⁷⁷ Diese Haltung der taktischen Annäherung erwartete die Kulturabteilung des Auswärtigen Amtes auch von der DUK. Da »unsere östlichen Nachbarn« offenbar daran interessiert seien, »unter Umgehung der deutschen amtlichen Stellen ihre Wünsche (Stipendien, Austausch von Wissenschaftlern) über die Deutsche UNESCO-Kommission zu erreichen«, sei »den beiden Herren [Eckert und DUK-Generalsekretär Zeit, Erg. d. Autors] eine gewisse Zurückhaltung hinsichtlich von Zusagen über konkrete Maßnahmen eines Kulturaustausches anzuraten«. ⁷⁸

Mitte November 1967 reiste Eckert mit Dienstpässen der Bundesrepublik auf Einladung zu einem Kongress am Institut für Internationale Arbeiterbewegung in Moskau. Diese Reise liege »im Interesse des Amtes«, so wurde in der Koblenzer Straße resümiert, da Eckert auch die Absicht habe, »seinen Aufenthalt in Moskau zur Herstellung engerer Verbindungen zur russischen UNESCO-Kommission zu benutzen, was unserer Position bei den Generalkonferenzen dieser Organisation u. U. von größtem Nutzen sein könnte.« ⁷⁹ Auf Veranlassung der deutschen Handelsvertretung in Bukarest, eine der ersten »Außenposten« im Ostblock, wurde Eckert gebeten, die Initiative zu einer kulturellen »Intensivierung der Verbindung mit den Rumänen« herbeizuführen. ⁸⁰ Sobald allerdings ein förmlicher Briefwechsel zwischen den beiden UNESCO-Kommissionen vorlag, in dem die Förderung der wissenschaftlichen Zusammenarbeit und die Vergabe von Stipendien angestrebt wurde, sah man im Auswärtigen Amt den Grundsatz der Zurückhaltung als verletzt an und wies darauf hin, dass der DUK-Generalsekretär sich eine ihm nicht zukommende »Richtlinienkompetenz« angemäht habe. ⁸¹ Es ging dem Auswärtigen Amt also um die Förderung grundsätzlicher Kontaktaufnahme bei gleichzeitiger Abwehr konkreter Vereinbarungen.

Die DUK setzte ihren Kurs einer stetigen Intensivierung der Kontakte allerdings fort, sie lud den rumänischen Delegierten bei der UNESCO, Valentin Lipatti, zu einem Besuch in Deutschland Mitte Juli 1968 ein, an dem sich auch das Auswärtige Amt beteiligte. Im Juni 1969 bereiste Eckert auf Einladung der Rumänischen UNESCO-Kommission, allerdings ohne Beteiligung des Auswärtigen Amtes, Rumänien und vereinbarte dabei einen Austausch von Ausstellungen,

77 PA AA B 91 422 Schreiben Referat IV 2 an Ständigen Delegierten vom 24. November 1967, 1 f. Die hierin zum Ausdruck kommende Ambivalenz des Erlasses gab beim Ständigen Delegierten Haack »zu vielem Kopfzerbrechen Anlass«.

78 Gerade gegenüber dem Rumänischen Botschafter habe Zeit sich schon »recht weit vorge-wagt« und sollte daher »etwas unter Kontrolle genommen werden«. PA AA B 91 422 Vermerk betr. UNESCO-Regionalkonferenz der Europäischen Kultusminister vom 17. November 1967, 1.

79 PA AA B 91 422 Schreiben Referat IV 2 an V 3–9 vom 30. Oktober 1967, 1.

80 Vgl. PA AA B 91 422 Schreiben Handelsvertretung Bukarest an Auswärtiges Amt vom 23. Januar 1967, 1.

81 PA AA B 91 422 Schreiben Referat IV/ZAB an IV 2 vom 23. November 1967, 1.

Gewähr gegenseitiger Stipendien für Chemiker sowie für Spezialisten der rumänischen Sprache und Literatur, Literaturaustausch und die Mitarbeit an Tagungen zur Schulbucharbeit.⁸² Das Auswärtige Amt befürwortete die Reise im Nachhinein, bat jedoch um enge Abstimmung bei der Realisierung der Vorhaben, »da die meisten dieser Projekte in die Zuständigkeit des Auswärtigen Amtes« fielen.⁸³ Als die DUK allerdings ohne Abstimmung mit dem Auswärtigen Amt in Gegenwart des rumänischen Botschafters ein Abkommen zur »Erweiterung der deutsch-rumänischen UNESCO-Zusammenarbeit« abschloss, das den Austausch von Experten, Literatur und Ausstellungen sowie die Planung gemeinsamer Veranstaltungen umfasste,⁸⁴ vermerkte Kulturabteilungsleiter Hans-Georg Steltzer entrüstet: »Das ist ja ein ›Miniatur-Kulturabkommen! So geht das doch nicht!«⁸⁵ Kritisiert wurde unter anderem die damals übliche, aber hier nicht erfolgte Erstreckung des Abkommens auf West-Berlin sowie die drohenden finanziellen Auswirkungen. Entsprechend teilte das Auswärtige Amt der DUK mit, dass ihre Tätigkeit auf spezifische UNESCO-Themen beschränkt bleiben müsse und dass das Ministerium von nun an »engstes Einvernehmen« erwarte.⁸⁶

Mitte November 1967 betonte Eckert vor der Mitgliederversammlung des Berliner UNESCO-Kreises: »Die Große Koalition hat unsere Arbeit erleichtert + erschwert. Erschwert – weil sie nun wesentlich ernster genommen wird, weil sie eine andere polit. Qualität besitzt.« Die DUK sei »heute ein Stück realer Außenpolitik« geworden.⁸⁷ Bereits Ende 1967 war eine Einladung Außenminister Brandts an den DUK-Präsidenten Eckert und seinen Generalsekretär erfolgt. Während des »ausführlichen«, 40-minütigen Gesprächs habe »der Herr Außenminister unseren Wünschen *in allen Punkten zugestimmt* [Hervorhebung im Original]. [...] Der Minister ist offensichtlich an einer stärkeren deutschen Mitwirkung in der UNESCO interessiert«.⁸⁸

Von besonderer Bedeutung ist Eckerts Einsatz für die deutsch-polnischen Beziehungen. Die Wurzeln dieser Verständigungsbemühungen reichen weit zurück: Bereits Ende 1964 knüpfte Eckert während der UNESCO-Generalkonferenz einen Kontakt zur polnischen UNESCO-Delegation; es wurde vereinbart,

82 PA AA B 91 422 DUK, Bericht Eckerts über die Rumänien-Reise der Delegation der DUK vom 15.–22. Juni 1969, undatiert, 1 ff., sowie Protokoll der beiden UNESCO-Kommissionen vom 19. Juli 1968, 1 ff.

83 PA AA B 91 422 Schreiben Kulturabteilungsleiter Werz an DUK vom 2. September 1969, 1.

84 Vgl. hierzu UNESCO aktuell, Pressemitteilung der Deutschen UNESCO-Kommission, Nr. 15/72.

85 PA AA B 91 422 Notiz Steltzer auf Vermerk an Herrn Dg IV vom 23. Mai 1972, 1.

86 Finanzielle Lasten seien zudem grundsätzlich von der DUK zu tragen. PA AA B 91 422 Schreiben Hergt an DUK vom 25. Juli 1972, 1 f.

87 AsD, NL Georg Eckert, Bd. 263 Redemanuskript Eckerts vor der Mitgliederversammlung des Berliner UNESCO-Kreises, 4 f.

88 AsD, NL Georg Eckert, Bd. 261 Schreiben Zeit an von Simson, 1. Dezember 1967, 1 f.

sich gegenseitig über die Entwicklungen im eigenen Land zu informieren, und die Polen luden Mitglieder der DUK für das kommende Jahr in ihr Land ein.⁸⁹ Während dieser zehn Tage Ende Juni 1965 führten Eckert, sein Generalsekretär Zeit und andere DUK-Mitglieder Gespräche, unter anderem mit dem Präsidenten der polnischen Nationalkommission und ehemaligen Außenminister Stefan Wierblowski. Die polnische Seite habe eine »bemerkenswerte Freimütigkeit« an den Tag gelegt, sei aber entschlossen, »die aufgenommenen Kontakte *zunächst* [Hervorhebung im Original] nicht allzu sehr hochzuspielen.«⁹⁰ In dem Gespräch selbst ging es um innenpolitische Fragen, um die deutsche Wiederbewaffnung und die Einflussmöglichkeiten der DUK. Konkrete Vereinbarungen wurden noch nicht getroffen. Von der Bedeutung dieses Besuchs war Eckert überzeugt: Gesprächsprotokolle übersandte er dem Auswärtigen Amt und regte an, sie neben der Kulturabteilung »auch anderen interessierten Abteilungen des Auswärtigen Amtes vorzulegen«. Einem engen Freund berichtete er, er »habe die erste halb offizielle Kultur-Delegation der Bundesrepublik geleitet«, der Aufenthalt sei ein »voller Erfolg« gewesen.⁹¹ Zweifellos war dieser Besuch etwas Besonderes, lag er doch zeitlich sogar noch vor dem Briefwechsel der polnischen und der deutschen katholischen Bischöfe Ende 1965, welcher als ein »Meilenstein« der deutsch-polnischen Annäherung angesehen wird.⁹²

Zwar konnte die Normalisierung der Beziehungen zwischen beiden Staaten erst im Nachgang des Moskauer Vertrages erfolgen, der eine Art Rahmenvertrag für die weiteren Beziehungen zu den Staaten im Ostblock bildete und den Abschluss des Warschauer Vertrages vom Dezember 1970 ermöglichte.⁹³ Allerdings verabredeten aufgrund der schon langjährig bestehenden vertrauensvollen Beziehungen die Präsidenten der bundesrepublikanischen und der polnischen UNESCO-Kommissionen bereits Ende 1970 auf der Generalkonferenz die gemeinsame Verbesserung der Geschichts- und Geographielehrbücher. Die erste deutsch-polnische Schulbuchkonferenz fand Ende Februar 1972 in Warschau statt, das Folgetreffen Mitte April in Braunschweig; hierbei entstanden 16 »Empfehlungen zur Behandlung der deutsch-polnischen Beziehungen in den Schulbüchern« beider Staaten.⁹⁴ Diese Vereinbarungen wurden auch vom Bun-

89 PA AA B 91 422 Schreiben Eckert an polnischen UNESCO-Kommission vom 2. Dezember 1964, 1.

90 Diese Vorlage erfolgte auch. PA AA B 91 422 Schreiben Zeit an von Buddenbrock vom 20. Juli 1965, 1, Anlagen.

91 StA WF 143 N Zg. 2009/069 Bd. 47/1 Schreiben Eckert an »Jura« vom 17. Juli 1965, 1.

92 Kerski, *Die Rolle nichtstaatlicher Akteure in den deutsch-polnischen Beziehungen von 1990*, 80 ff.

93 Görtemaker, *Geschichte der Bundesrepublik Deutschland*, 537 ff.

94 PA AA B 91 422 Schreiben Abt. IV an Staatssekretär vom 8. Mai 1972, 1 ff.

despräsidenten unterstützt⁹⁵ und trafen auf große, überwiegend positive Resonanz in den Breitenmedien.

Im Rahmen der dritten Tagung Mitte Oktober 1972 beabsichtigte Eckert, eine ohne Beteiligung des Auswärtigen Amtes erarbeitete »Vereinbarung« zwischen den beiden Nationalkommissionen abzuschließen, die Passagen über die historische Bewertung der gemeinsamen Vergangenheit enthielt, die »beginnende Normalisierung zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Volksrepublik Polen fördern« sollte und sich auf die »Schulbücher beider Länder«, die »Erziehungs- und Lernprozesse, die Lehr- und Lernmittel« sowie die Lehrerbildung bezog. Als das Auswärtige Amt – weniger als eine Woche vor Abschluss der Vereinbarung – hiermit konfrontiert wurde, empfahl die Fachabteilung aufgrund der Berührung des ohnehin auf diesem Gebiet kritischen Verhältnisses zwischen Bund und Ländern, der »ungeklärten finanziellen Konsequenzen«, des »Zugzwang[es], dem wir ausgesetzt werden« und der »einseitigen Formulierungen im Text« schlichtweg, die DUK anzuweisen, »von der Unterzeichnung der Vereinbarung Abstand zu nehmen«.⁹⁶ Kulturabteilungsleiter Hans Georg Stelzer wies Eckert »eindringlich« auf diese Problematik hin, der nun seinerseits den Text der Vereinbarung »wesentlich« überarbeitete; gleichwohl erklärten die Bundesländer – vom Auswärtigen Amt eilig um Stellungnahme gebeten – weder einheitlich ihre Zustimmung, noch sahen sie sich überhaupt in der Lage, die Vereinbarung angesichts der kurzen Frist beurteilen zu können. »Ungeachtet der Bedenken des Auswärtigen Amtes«, wie in der Koblenzer Straße spitz vermerkt wurde, schlossen Eckert und sein polnischer Kollege Władysław Markiewicz die Vereinbarung am 17. Oktober ab.⁹⁷ Nicht zu Unrecht bat die um Prüfung gebetene Rechtsabteilung des Auswärtigen Amtes, dass »Vereinbarungen in Zukunft nicht durch rechtlich unklare Absprachen zwischen Vertretern bei internationalen Organisationen, sondern durch dazu befugte und bevollmächtigte Organe in den normalen Verfahren des zwischenstaatlichen Verkehrs abgeschlossen werden«, denn das vorliegende Dokument sei einem völkerrechtlichen Vertrag sehr ähnlich, seine Konsequenzen wie auch seine Auswirkungen auf die Länder seien jedoch unklar.⁹⁸ War es in der Sache zweifellos der richtige Zeitpunkt, nun

95 So verfasste Bundespräsident Gustav Heinemann – gegen die Empfehlung des Auswärtigen Amtes und seines eigenen Hauses – ein kurzes Grußwort für die Tagung im April 1972. Vgl. BA Ko. B 122 9785 Schreiben Caspari an Eckert vom 11. April 1972, 1.

96 PA AA B 91 422 Schreiben Venzlaff an Herrn D 6 vom 12. Oktober 1972, 1 ff.

97 PA AA B 91 422 Schreiben Abteilung 6 an Staatssekretär vom 26. Oktober 1972, 1 ff. Vgl. auch UNESCO aktuell, Pressemitteilung der Deutschen UNESCO-Kommission, Nr. 40/72.

98 PA AA B 91 422 Schreiben Treviranus an Referat 620 vom 4. Dezember 1972, 1 ff. Staatsrechtlich betrachtet zu Recht führte die Kulturabteilung aus, Eckert sei zum Abschluss einer solchen Vereinbarung »nicht legitimiert« gewesen. »Wir können uns jedoch den Polen gegenüber darauf nicht berufen. Der Rechtsschein spricht zu ihren Gunsten.« Ebd. Schreiben Holzheimer an Referat 214 vom 4. Dezember 1972, 3.

auch geschichtswissenschaftlich »politische Realitäten anzuerkennen, die sich aus dem Ost-West-Konflikt und dem Systemunterschied zwischen Polen und der Bundesrepublik ergaben«,⁹⁹ so beweist das Vorgehen vor allem zweierlei: Zum einen verdeutlicht es den nahezu kompromisslosen Willen, das 1964 begonnene Werk der Verständigung unter der Ägide der UNESCO gegen alle institutionellen Widerstände zu vollenden; zum anderen zeugt es von einem erheblichen Selbstbewusstsein der DUK-Spitze, um nicht zu sagen von einer »Machtprobe« mit den traditionellen Organen der deutschen Außenpolitik.

Die Zusammenarbeit der UNESCO-Kommissionen beeinflusste die deutsch-polnische Diplomatie in einem entscheidenden Punkt: Sie unterstrich die Ernsthaftigkeit der bundesrepublikanischen Politik und bildete damit ein wesentliches Argument im diplomatischen Ringen um die Verträge. Auch vor dem Hintergrund der kontroversen Auseinandersetzung um die Ratifikation des Vertrages erlaubte die gemeinsame Schulbucharbeit den Hinweis, dass ernsthafte Verständigung stattfand, und das Einlassen auf die gemeinsame Schulbucharbeit nötigte den Verzicht auf das »neonazistische Bild« von der Bundesrepublik ab.¹⁰⁰ Nach Abschluss des Warschauer Vertrages erfüllte die Schulbucharbeit diesen erst »mit Leben«.¹⁰¹ Die Schulbuchvergleiche wurden zum Vorbild bei der Zusammenarbeit auch mit anderen Staaten, etwa mit Bulgarien.¹⁰²

Die informellen Kontakte der DUK wiesen gegenüber der bilateralen Außenpolitik einen entscheidenden Vorteil auf: Sie wurden selbst dann fortgesetzt, als die Außenpolitik der Großen Koalition Anfang 1967 in die Sackgasse geriet. Im Nachgang des Botschafteraustausches mit Bukarest setzte die DDR durch, dass kein Mitglied des Warschauer Pakts sein Verhältnis zur Bundesrepublik normalisieren durfte, ehe nicht die Beziehungen zur DDR auf vertragliche Basis gestellt wurden. Diese so genannte Ulbricht-Doktrin verwandelte die Hallstein-

99 Thomas Strobel sieht hierin die »zentrale Voraussetzung« der Schulbuchkommission. Strobel, *Die Gemeinsame deutsch-polnische Schulbuchkommission*, 254.

100 Insofern überrascht es kaum, dass auch die Schulbuchempfehlungen im innerdeutschen Diskurs selbst angegriffen wurden – bis hin zur Verabschiedung von »Alternativ-Empfehlungen« der Kulturstiftung der deutschen Vertriebenen. Vgl. Strobel, *Die Gemeinsame deutsch-polnische Schulbuchkommission*, 256; Jerzy Holzer, »Polen und die deutsche Zweistaatlichkeit 1949–1989«, in: Bauerkämper (Hg.), *Doppelte Zeitgeschichte*, 74–82, 79. Dieter Bingen geht allerdings davon aus, dass durch die Schulbuchgespräche »aus bestimmten politisch-ideologischen Tabus, die von polnischer Seite aufrecht erhalten« worden seien, die Beziehungen nicht dauerhaft hätten verändert werden können. Bingen, *Der lange Weg der »Normalisierung«*, 51.

101 Walter Merineit, »Der Warschauer Vertrag und die Gemeinsame Deutsch-Polnische Schulbuchkommission«, in: *Die Neue Gesellschaft* 27 (1980), 752–756, 752f.

102 Daniela Taschler u. a. (Hg.), *1974 [Akten zur Auswärtigen Politik der Bundesrepublik Deutschland]*, München: Oldenbourg, 2005, 446; Gespräch des Bundesministers Scheel mit dem bulgarischen Außenminister vom 25. März 1974.

Doktrin zum »Bumerang«. ¹⁰³ Die informellen Kontakte auf persönlicher Ebene und zwischen den UNESCO-Kommissionen bestanden allerdings fort. Die auf diese Weise entstandenen Verbindungen sollten sich insbesondere auch im Nachgang der KSZE als erfolgreich erweisen. Als das mit der Konferenz hauptsächlich verfolgte Ziel – »der Aufstieg zum mitteleuropäischen Sicherheitssystem und zur gesamteuropäischen Friedensordnung« – bereits gescheitert war, ¹⁰⁴ entfalteten die im »Korb III« der KSZE-Schlussakte von Helsinki niedergelegten Grundsätze für die Zusammenarbeit auf humanitärem und kulturellem Gebiet nach wie vor Wirkung und trugen zur gesellschaftlichen Öffnung der Ostblockstaaten bei. ¹⁰⁵

In Bezug auf die Programmpolitik der UNESCO ist zu beobachten, dass die DUK die Ansätze der Pariser Weltorganisation aufgriff und an den spezifisch bundesrepublikanischen Kontext anpasste, beispielsweise bei der Wahl und Ausgestaltung der bilateralen Schulbuchgespräche. Weiterhin ist von Bedeutung, dass sich die DUK auch über programmpolitische Einflüsse der Weltorganisation hinwegsetzen konnte. Als 1953 die Haushaltsmittel der UNESCO für die Schulbuchrevision drastisch reduziert wurden und die Programme damit faktisch aufgelöst wurden, ¹⁰⁶ führte die DUK ihre Schulbucharbeit weiter. Hier bildete sich also eine eigenständige Politik, die in ihren Grundsätzen auf die internationalen Programme der UNESCO Bezug nahm, diese jedoch den spezifischen Gegebenheiten anpasste.

Dass sich auch die regierungsseitige Außenpolitik eine entsprechende Autonomie gegenüber der UNESCO bewahrte, überrascht wenig; dies galt bemerkenswerterweise selbst dann noch, als der UNESCO-Generaldirektor René Maheu Mitte 1970 gegenüber der Bundesregierung mit Nachdruck zur Aufnahme der DDR drang. Zwar stimmte die Bundesregierung – mehr oder weniger notgedrungen – der Teilnahme von Wissenschaftlern aus der DDR an internationalen Organisationen zu, doch räumte sie der bilateralen Lösung der Frage eines Beitritts zu den Vereinten Nationen und ihren Sonderorganisationen den klaren Vorrang ein. Dass die DDR bereits 1972 der UNESCO als erster Sonderorganisation beitrat, war aber wohl weniger »fruit des efforts diplomatiques de Maheu«, und der UNESCO kam in dieser Hinsicht nicht die entscheidende »rôle moteur« zu; ¹⁰⁷ vielmehr war der Beitritt Ergebnis des Umstandes, dass zu diesem Zeitpunkt gerade die Vorarbeiten zum Grundlagen-Vertrag, der das deutsch-deutsche Verhältnis auf eine neue völkerrechtliche Stufe stellen sollte, in den

103 Görtemaker, *Die Ursprünge der »neuen Ostpolitik«* Willy Brandts, 56f.; Bingen, *Der lange Weg der »Normalisierung«*, 43; Wentker, *Doppelter UN-Beitritt*, 246.

104 Fischer, *»Im deutschen Interesse«*, 51 ff.

105 Kielmansegg, *Das geteilte Land*, 220 ff.

106 Luntinen, *School History Textbook Revision by and under the Auspices of UNESCO*, 345.

107 So jedoch Maurel, *Histoire de l'UNESCO*, 163.

wesentlichen Punkten abgeschlossen worden waren.¹⁰⁸ Insofern spiegelt sich hierin die Instrumentalisierung der multilateralen Zusammenarbeit im Sinne der westdeutschen Interessen.¹⁰⁹ Die Politik der Alleinvertretung und die damit einhergehenden *querelles allemandes* in den internationalen Organisationen endeten spätestens mit der Aufnahme der beiden deutschen Staaten in die Vereinten Nationen im September 1973.¹¹⁰

Im Vergleich zu Eckerts Amtsübernahme 1964, die ja zunächst nur vorübergehend und sorgenvoll stattfand, hatten sich die Verhältnisse nun grundlegend verändert. Eckert und die DUK hatten durch ihre Politik und die Unterstützung Brandts ein expertionelles Selbstverständnis entwickelt, das sie in der Verständigungspolitik nahezu unentbehrlich machte. Dies hatte auch eine Änderung der Legitimationsstrukturen gegenüber dem Auswärtigen Amt zur Folge. Während Anfang der 1960er Jahre die Betonung des defensiven Charakters der DUK-Arbeit überwog und dies den »politischen Tribut« der Verständigungsexperten darstellte, so wurde nun der Beitrag zur Entspannungspolitik akzentuiert.¹¹¹ Dabei ist festzustellen, dass sich die Politik der DUK verselbständigte und allmählich über den ihr staatsrechtlich zukommenden Rahmen hinauswuchs und zunehmend in Konflikt mit den sonstigen außenpolitischen Akteuren geriet.

3. Auswärtiges Amt, DUK und UNESCO: Die UNESCO zwischen nationalstaatlichen Interessen und internationaler Verwaltung

Die UNESCO bot eine hervorragende Plattform für die Pflege von Kontakten und begünstigte die Entstehung von Netzwerken, die häufig starke Rückwirkungen auf die nationalstaatlichen Diskurse hatten. Es ist zu untersuchen, in welchem Umfang die bundesrepublikanische UNESCO-Politik über die Nutzung und

108 Mechthild Lindemann u. a. (Hg.), 1972 [Aktenzur Auswärtigen Politik der Bundesrepublik Deutschland], München: Oldenbourg, 2003, 1691, Bericht Bahr an Frank vom 10. November 1972.

109 Anders jedoch in Bezug auf die »Internationalisierung und Multilateralisierung« ausdrücklich Conze, Frei, Hayes und Zimmermann, *Das Amt und die Vergangenheit*, 624f.

110 Die Hallstein-Doktrin war bereits zuvor »brüchig« geworden, als nämlich 1969 Kambodscha, Irak, Sudan, Syrien, Süd-Jemen und Ägypten die DDR anerkannt hatten, Kielmannsegg, *Das geteilte Land*, 202, 206.

111 Etwa im Brief des DUK-Generalsekretärs an die Kulturabteilung des Auswärtigen Amtes: »Außerdem fügte ich hinzu, dass wir [die Tätigkeit, erg.] im Zusammenhang mit dem uns von Herrn Minister Brandt erteilten Auftrag, die Zusammenarbeit mit den osteuropäischen Kommissionen fortzusetzen und zu intensivieren, betrachteten.«, AsD, NL Georg Eckert, Bd. 264 Schreiben Zeit an Eckert vom 1. August 1968, 2.

Förderung dieser Netzwerke hinaus in den 1960er Jahren dazu beitrug, Einfluss auf die Programmgestaltung der Pariser Organisation zu nehmen. Welche Aufmerksamkeit und welches Engagement maß die Bundesregierung – neben der Entrichtung nicht unerheblicher Mitgliedsbeiträge¹¹² sowie Projektmittel und neben den protokollarischen Empfängen bei Besuchen hochrangiger UNESCO-Vertreter – der Pariser Organisation bei? Ein zentraler Indikator hierfür ist die Repräsentation in internationalen Gremien. Es ist zu fragen, welche Mitsprache der DUK bei der Vertretung auf der kulturellen Weltbühne zukam und welche Ziele sie damit verfolgte.

Die Arbeit im Rahmen der UNESCO war von Beginn an verhältnismäßig aufwändig und thematisch vielfältig. Bereits während der Sitzungen der Programm-Kommission im Rahmen der 6. UNESCO-Generalkonferenz 1951, an der erstmals auch eine deutsche Delegation teilnehmen durfte, wurden unter Leitung des renommierten Pädagogen Jean Piaget 160 Programmvorschläge diskutiert, die so disparate Themen wie die Schulpflicht im mittleren Orient, den Unterricht über Menschenrechte, die Konzeption eines Werkes über die »allgemeine Weltgeschichte« oder die Zusammenarbeit der UNESCO mit dem Internationalen Institut über die Erziehung der Frau umfassten. In ihrem Bericht an das Auswärtige Amt resümierte Maria Schlüter-Hermkes, Mitglied der deutschen Delegation und spätere deutsche Vertreterin im Exekutivrat der UNESCO, dass faktisch »nur die Delegationen, die Sachverständnis mitbrachten, [...] Einfluß auf den Inhalt des Programms nehmen« konnten und dass – da »eine gründliche Mitarbeit von uns zu leisten sein« würde – eine mehrmonatige eingehende Befassung mit den Themen nötig werde. Etwas resignativ fügte sie an, dass »der große Verwaltungsapparat der UNESCO« nicht »vor der Gefahr eines teilweisen Leerlaufs« sicher sei.

Ihrem eigentlichen Ziel, der Begründung der Solidarität und der geistigen Verbundenheit der Menschen aller Rassen und Bildungsstufen durch die Wegbereitung einer universalen Anerkennung gemeinsamer objektiver Werte, kann die UNESCO nur dadurch näher kommen, daß ihre Mitgliedstaaten das Programm von der Vorherrschaft des Administrativen und des Organisatorischen zu lösen bestrebt sind, [...] daß das Beispiel hoher Menschlichkeit sich mit der Sachkunde der Experten verbindet.¹¹³

In den Gremien und im Direktorium der Pariser Weltorganisation war die Bundesrepublik relativ bald nach ihrem Beitritt vertreten: Das wichtigste Leitungsorgan der UNESCO ist der Exekutivrat, der die Programmpolitik der

112 1960 belief sich der Mitgliedsbeitrag der Bundesrepublik für die UNESCO auf 2,8 Mio. DM; 1966 waren es 6,6 Mio. DM; bis 1972 stieg er auf 8,7 Mio. DM. Vgl. Deutscher Bundestag, Drs. III/1704; Drs. V/250; Drs. VI/3354.

113 PA AA B 90 322 Programm-Kommission der VI. Vollversammlung der UNESCO, Schlüter-Hermkes, undatiert, 1f.

UNESCO überwacht und Kandidaten für die Wahl des Generaldirektors vorschlägt. Seine Mitglieder werden von den nationalen Regierungen vorgeschlagen und durch die Generalversammlung gewählt. Von 1954 bis 1959 vertrat wie erwähnt Maria Schlüter-Hermkes, Dozentin für Philosophie und Aktivistin der katholischen Frauenbewegung, die Bundesrepublik im Exekutivrat. Zudem nahm Rudolf Salat, der ehemalige kommissarische Leiter der Kulturabteilung im Auswärtigen Amt, von 1957 bis 1961 als erster bundesrepublikanischer Beamter einen Direktorenposten als internationaler Vertreter im Generalsekretariat der UNESCO wahr.¹¹⁴ Allerdings war die Bundesrepublik angesichts ihres Mitgliedsbeitrages deutlich unterrepräsentiert und dies ließ sich auch mit erheblichen Aufwänden des Auswärtigen Amtes und auf politischen Druck des Bundestages¹¹⁵ hin nicht ändern.

Direkt zu Beginn von Eckerts Amtszeit ergab sich ein ernster Konflikt um die Besetzung des Gesandtenpostens in Paris. Seit Anfang 1959 nahm der renommierte und in Kreisen der DUK geschätzte Kunsthistoriker Otto von Simson die Aufgaben des ständigen Delegierten bei der UNESCO in Paris wahr. 1960 wurde er zudem in den Exekutivrat der UNESCO gewählt. 1939 war von Simson in die USA emigriert und 1957 zurückgekehrt.¹¹⁶ Mit ihm gelangte – wie zuvor mit dem ersten Missionschef der Bundesrepublik in Paris nach dem Krieg, Wilhelm Hausenstein¹¹⁷ – ein unvorbelasteter »Außenseiter« in die internationale auswärtige Kulturpolitik der Bundesrepublik. In den 1950er Jahren stellten ein »guter Ruf« und eine nationalsozialistisch unvorbelastete Vergangenheit neben der fachlichen Eignung wesentliche Qualifikationen für eine Außenvertretung der Bundesrepublik, jedenfalls bei der UNESCO, dar.

Ende Februar 1964 fragte von Simson aus Paris im Auswärtigen Amt an, ob die Bundesregierung bei den bevorstehenden Wahlen zum Exekutivrat im November beabsichtige, »den deutschen Sitz zu behalten«.¹¹⁸ Um der Tätigkeit bei der UNESCO mehr Gewicht zu verleihen, hatten sowohl der deutsche Botschafter in Paris wie auch von Simson selbst das Auswärtige Amt ersucht, den Posten des

114 Die Kandidatur Salats war auf Anregung des deutschen Exekutivratsmitglieds Schlüter-Hermkes hin erfolgt. Eine Vertretung der Bundesrepublik in der Verwaltung der UNESCO hatte »auch der Herr Bundeskanzler persönlich« schon »wiederholt« gewünscht, vgl. PA AA 56277 Personalakte Rudolf Salat, Schreiben Dr. von Trützschler an Salat vom 24. Januar 1957, 1f.

115 Vgl. Deutscher Bundestag, Drs. IV/2038; vgl. Deutscher Bundestag, Drs. V/1635; Drs. V/3029; Drs. VI/875. Der Anteil deutschen Personals in der UNESCO betrug 1964 2,7 Prozent.

116 Von Simson lehrte von 1939 bis 1943 am Marymount College in Tarrytown (New York), 1943/1944 am St. Mary's College in Notre Dame (Indiana) und von 1947 bis 1957 am Art Department der Universität Chicago.

117 Vgl. Ulrich Lappenküper, »Wilhelm Hausenstein – Adenauers erster Missionschef in Paris«, in: *Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte* 43, 4 (1995), 635–678.

118 PA AA B 91 170 Schreiben von Simson an das Auswärtige Amt vom 27. Februar 1964, 6.

Ständigen Delegierten in den Posten eines »Gesandten« umzuwandeln, eine in der Sache berechtigte Forderung. Im Januar teilte das Auswärtige Amt jedoch mit, der Gesandtentitel werde erst bei der Neubesetzung des Postens verliehen; Minister Schröder habe sich »gänzlich unzugänglich« gezeigt. Dennoch sollte von Simson, der in der UNESCO hohes Ansehen genoss, zumindest für die Wahl kandidieren und kurz danach den Posten an einen anderen Kandidaten abgeben, um auf diese Weise der Bundesrepublik den Sitz zu erhalten. Von Simson lehnte dieses Ersuchen ab und schlug vor, »einen anderen Kandidaten aufzustellen, der das volle Vertrauen des Herrn Ministers genießt.«¹¹⁹ Zudem bat er um seine Entlassung aus dem Auswärtigen Dienst.

Hintergrund war, dass der konservative ehemalige Justiz- und Vertriebenenminister, Hans-Joachim von Merkatz, der bis 1962 das Bundesministerium für Angelegenheiten des Bundesrates geführt hatte, nach den Verlusten der CDU bei den Bundestagswahlen in Niedersachsen aus dem Bundeskabinett hatte ausscheiden müssen. Auf Wunsch des Außenministers sollte von Merkatz den Posten bei der UNESCO übernehmen. Die von Bundeskanzler Adenauer als Kompensation angeregte Verwendung von Merkatz als Botschafter in Spanien war Anfang 1963 gescheitert.¹²⁰ Bereits Anfang Januar 1964 hatte sich von Merkatz »in einem persönlichen Gespräch« bei Staatssekretär Lahr erkundigt, »ob das Auswärtige Amt den in lockerer Form mit ihm erörterten Gedanken, ihm den Vorsitz der deutschen Delegation für die UNESCO-Konferenz zu übertragen, festhalte«. Lahr hielt seinerseits den Gedanken »nach wie vor für ausgezeichnet«. »Später könnte er [von Merkatz, Erg. d. Autors] dann eventuell auch Nachfolger von Prof. Bergstraesser werden.«¹²¹

Nachdem jedoch Anfang Juni 1964 Eckert zum Präsidenten der DUK gewählt worden war, blieb für von Merkatz der Exekutivrat übrig. Während der DUK-Hauptversammlung lehnte die DUK die Kooptation von Merkatz mehrheitlich ab, was bis dahin noch nicht vorgekommen war.

Nach einer sehr erregten Diskussion kamen die Vollzugsausschuß-Mitglieder schließlich überein, daß es für die Kommission unannehmbar sei, wenn Persönlichkeiten, deren Aufnahme in die Kommission abgelehnt worden sei, von der Bundesregierung – zu deren

119 PA AA B 91 234 Aufzeichnung Sattlers betr. Kandidatur des Herrn von Simson im Exekutivrat der UNESCO vom 8. Juni 1964, 1.

120 Konrad Adenauer, *Briefe 1961–1963*, Paderborn: Schöningh, 2006, 54, 324, 488. »Herr v[on] Merkatz wäre sicher ein sehr geeigneter Botschafter für Madrid, der auch die Art des Auftretens hat, die in Spanien beachtet werden wird.« Die Berufung scheiterte an den Umgestaltungsplänen Schröders für das Auswärtige Amt, durch die der Posten in Madrid bereits verplant worden war.

121 PA AA B 91 234 Aufzeichnung betr. Vorsitz der deutschen Delegation für die UNESCO von Staatssekretär II Lahr vom 15. Januar 1964, 1.

Beratung die Kommission eingesetzt ist – für prominente Posten bei der UNESCO vorgeschlagen werden.

Der Vollzugsausschuss habe »seinem Unbehagen über diese Situation sehr offen Ausdruck gegeben« und erwogen, »insgesamt zurückzutreten und eine Auflösung der Deutschen UNESCO-Kommission anzuregen«. ¹²² Von Merkatz musste nicht zwangsläufig Mitglied der DUK sein, um die bundesrepublikanischen Interessen im Exekutivrat vertreten zu können, und das Verhältnis zwischen DUK und Auswärtigem Amt war auch in der Vergangenheit nicht immer spannungsfrei, allerdings verdeutlichte diese Wahniederlage einen klaren Protest seitens der DUK.

Die »verstärkt ablehnende Haltung der Vollzugsausschuß-Mitglieder« rührte von den Ausführungen von Merkatz in seiner juristischen Dissertation über die Ministerverantwortlichkeit aus dem Jahr 1934 her, die dem Ausschuss vorlag. ¹²³ Aus Kreisen des Exekutivrates« seien »bereits Fragen nach der Dissertation Dr. von Merkatz' lautgeworden«, wie die Vertreterin von Simsons aus Paris bestätigte. Inzwischen berichtete zudem die Süddeutsche Zeitung unter dem Titel »Bonn eckt an mit Merkatz« über die Frage. ¹²⁴

Das Präsidium der Kommission, Eckert und Schlüter-Hermkes, wurden beauftragt, »den Außenminister aufzusuchen, ihm die Situation zu schildern und um eine Mitteilung zu bitten, wie nach seiner Auffassung die Lage bereinigt werden könnte«. Am besten sollte von Merkatz durch einen anderen Kandidaten ersetzt werden. Zu dem Gespräch zwischen Eckert, Schlüter-Hermkes, Lahr und Sattler kam es am 15. Oktober, also kurz vor Beginn der Generalversammlung. Während der Auseinandersetzung stellte sich das Auswärtige Amt auf den Standpunkt, die Dissertation in Passagen »den nationalsozialistischen Geist verspüren ließe [...]«, dass allerdings diese »in den ersten Jahren des 3. Reiches von einem jungen Mann verfasste Schrift nun 30 Jahre zurückläge«. Eckert entgegnete, er kenne von Merkatz schon längere Zeit, »halte ihn aber für einen ausgesprochen konservativen Typ und ungeeignet für die [...] Unesco«. ¹²⁵ In einem erstaunlich gut informierten Bericht befasste sich inzwischen auch das Handelsblatt mit dem »heftigen Hin und Her um die Kandidatur des ehemaligen Bundesministers« und zitierte zur Frage, ob das Bekenntnis zum Führerstaat 1934 verfehlt gewesen sei, die Stellungnahme des Auswärtigen Amtes, das dies

122 B 91 234 Aufzeichnung Sattler an Lahr betr. Sitzung des Vollzugsausschusses der DUK am 12. 10. 1964, 1.

123 Hans-Joachim von Merkatz, *Politische Entwicklung und rechtliche Gestaltung der Ministerverantwortlichkeit. Eine vergleichende Studie*, Quakenbrück: Kleinert, 1935.

124 *Süddeutsche Zeitung*, 16. Oktober 1964, 6.

125 B 91 234 Aufzeichnung Sattler betr. Kandidatur Bundesminister von Merkatz für den Exekutivrat der UNESCO, 17. 10. 1964, 2.

als »eine Jugendsünde« bezeichnet hatte.¹²⁶ Das Ministerium setzte sich schließlich durch und von Merkatz wurde 1964 in den Exekutivrat gewählt. Allerdings sollte Eckert Recht behalten und von Merkatz, der nebenher sein Abgeordnetenmandat behielt, förderte die UNESCO-Projekte nur in sehr beschränktem Rahmen.

Ohne an dieser Stelle im Einzelnen auf von Merkatz eingehen zu können, ist es als unstrittig anzusehen, dass er als langjähriger Funktionär der Deutschen Partei, der zudem »monarchistische Neigungen« aufwies,¹²⁷ dem ausgesprochen konservativen Spektrum zuzurechnen war. Personen, die wie der später in die DDR geflohene und umstrittene Präsident des Bundesamtes für Verfassungsschutz, Otto John, während der Zeit des Nationalsozialismus als Widerstandskämpfer tätig gewesen waren, sprach er noch Mitte der 1950er Jahre im Bundestag das Recht ab, öffentliche Ämter zu bekleiden.¹²⁸ Obwohl nicht verbandlich organisiert, bezeichnete er sich selbst aufgrund seiner Pommerschen Vorfahren als »Vertriebener«.¹²⁹ Auf dem »Tag der Pommern 1960« hatte er als Vertreter der Bundesregierung ausgeführt, die Vertriebenen seien »verpflichtet, darauf zu beharren, dass eine dauerhafte Friedensordnung nicht auf der Spaltung und Verstümmelung unseres Volkes begründet werden kann und darf«, zwar sei »der deutsche Staat [...] gepalten, die deutsche Nation ist es nicht«.¹³⁰ Andererseits war er ein »energische[r] Verfechter der europäischen Integration und damit der Adenauerschen Westintegrationspolitik« und ausgesprochen kompetent auf dem Gebiet des Völkerrechts sowie der internationalen Beziehungen. In der zweiten Hälfte der 1960er Jahre forderte auch von Merkatz die »Anerkennung der Realitäten«, stellte aber die Grundsätze der Nichtanerkennung von DDR sowie Oder-Neiße-Grenze »nicht substantiell in Frage«.¹³¹

Die Signifikanz des Konflikts liegt darin, dass die fachlichen Fragen von der Thematik des Umgangs mit der NS-Vergangenheit überschattet wurden. Mit von Merkatz trat von Simson, dem Emigranten und Vertreter des »anderen

126 *Handelsblatt*, 28. Oktober 1964, 18.

127 Ebd.

128 »Ein Mann, der mit dem Feind zusammengearbeitet hat, ist für jedes öffentliche Amt disqualifiziert. Ich würde diesen Grundsatz vertreten.« Deutscher Bundestag, 42. Sitzung, 16. September 1954, 1985; Helmut Dubiel, *Niemand ist frei von der Geschichte. Die nationalsozialistische Herrschaft in den Debatten des Deutschen Bundestages*, München u. a.: Hanser, 1999, 67.

129 Wolfgang Fischer, *Heimat-Politiker? Selbstverständnis und politisches Handeln von Vertriebenen als Abgeordnete im Deutschen Bundestag 1949 bis 1974*, Düsseldorf: Droste, 2010, 269.

130 Hans-Joachim von Merkatz, *In der Mitte des Jahrhunderts. Politische Lebensfragen unserer Zeit*, München u. a.: Langen-Müller, 1963, 186ff.

131 Fischer, *Heimat-Politiker?*, 260, 345, 349.

Deutschlands«, ¹³² ein konservativer »Mehrheitsdeutscher« gegenüber, der trotz seiner internationalen Angreifbarkeit vom Außenminister durchgesetzt wurde. Der Verdross der DUK scheint auch darin gelegen zu haben, dass sich hier einmal mehr vergangenheitspolitischer »Opportunismus« als »heilsame Kraft« zu erweisen schien, ¹³³ während von Simson trotz großen Renommées bei der UNESCO keine Unterstützung des Auswärtigen Amtes erhielt.

Auch die internationale Repräsentation stand unter dem Einfluss der »Vergangenheitspolitik«, in deren Rahmen einerseits die Berufung auf die Ideale des deutschen Kulturstaates erfolgte und die Vertretung im Ausland durch möglichst unangreifbare Persönlichkeiten wahrgenommen wurde, um Kritik der Alliierten oder des »Auslandes« entgegenzuwirken. Andererseits erhielten aber viele NS-belastete Personen wieder Zugang zu öffentlichen Ämtern. ¹³⁴ Anders als in Ostdeutschland »schloss das westdeutsche Bestreben nach internationaler Anerkennung eine zunehmend breitere öffentliche Erinnerung an die Verbrechen der NS-Vergangenheit ein«; so war »das öffentliche Eingeständnis der Wahrheit über diese Verbrechen nicht nur eine moralische, sondern auch eine praktische Voraussetzung der internationalen Anerkennung«, wie Jeffrey Herf schreibt. ¹³⁵ Währenddessen ging in personeller Hinsicht die Internationalisierung und Multilateralisierung keineswegs zwangsläufig mit der Abwanderung NS-belasteter Personen einher; im Gegenteil: seit Mitte der 1960er Jahre nahm – jedenfalls im Auswärtigen Amt – die Sensibilität diesbezüglich ab.

Es wird deutlich, dass Eckert und der DUK-Vorstand sich nicht widerstandslos dem Primat des Auswärtigen Amtes unterstellen ließen. Wenn sie die UNESCO-Politik wahrnahmen, dann im Sinne einer transnationalen Verständigungspolitik. Der geschilderte Vorgang verdeutlicht darüber hinaus, dass Eckert und die DUK bereits 1964 die künftige Verständigungspolitik klar vor Augen hatten und befürchteten, dass ihr Kurs durch von Merkatz irritiert werden könnte.

Als Brandt Außenminister wurde, drang die DUK unter Eckert mit Erfolg auf einen Wechsel im Exekutivrat. Der DUK kam fortan ein höheres Maß an Mitsprache zu. In den folgenden Jahren gelang es der DUK, das Interesse des Auswärtigen Amtes stärker auf die Unterstützung der fachlichen Arbeit der UNESCO zu lenken. Zum einen stärkte Brandt die institutionelle Rolle der DUK. So empfing er ihr Präsidium und bot Eckert die Delegationsleitung der im Herbst

132 Vgl. Jeffrey Herf, *Zweierlei Erinnerung. Die NS-Vergangenheit im geteilten Deutschland*, Berlin: Propyläen-Verlag, 1998, 406, 440 ff.

133 Ulrich Herbert, »Drei deutsche Vergangenheiten. Über den Umgang mit der deutschen Zeitgeschichte«, in: Bauerkämper (Hg.), *Doppelte Zeitgeschichte*, 376–390, 389.

134 Norbert Frei, *Vergangenheitspolitik. Die Anfänge der Bundesrepublik und die NS-Vergangenheit*, München: C. H. Beck, 1996, 400 f.

135 Herf, *Zweierlei Erinnerung*, 458.

stattfindenden UNESCO-Generalkonferenz an.¹³⁶ Zum anderen trat Brandt selbst als erster deutscher Außenminister im November 1968 vor der UNESCO auf und hielt eine in den Breitenmedien viel beachtete Rede. Dabei nutzte er das internationale Forum, um auf die Unruhen einzugehen, die 1968 in vielen Staaten Europas diesseits und jenseits des Eisernen Vorhangs um sich gegriffen hatten. Das jeweils Nationale wurde im internationalen Kontext vorgebracht und gerade vor diesem Hintergrund als bedeutsam gewürdigt. Dies trug zur Entstehung einer »transnationalen politischen Kultur« bei, die innen- und außenpolitische Gesichtspunkte stärker in Einklang brachte.¹³⁷

Ansätze einer internationalen Verwaltung jenseits der nationalstaatlich dominierten Konzepte konnten sich vor allem dort durchsetzen, wo jenseits der politischen Argumentation Routinen der fachlichen Kooperation entstanden. Das Projekt der Erstellung eines Geschichtswerkes zur »Scientific and Cultural History of Mankind« etwa beweist, dass es gelingen konnte, ein greifbares, den Ost-West- sowie Nord-Süd-Konflikt überwölbendes Werk zu erstellen, das zu fruchtbaren Diskussionen beitrug. Ein unbedingter Universalismus ließ sich angesichts der fortbestehenden »nationalstaatlichen Logiken« allerdings nicht etablieren.¹³⁸ Ein weiteres Beispiel ist das unter der Schirmherrschaft der UNESCO 1957 veranstaltete »Internationale Geophysikalische Jahr«, das blockübergreifend Forschungsthemen der Geowissenschaften beförderte und wichtige Ergebnisse, etwa die Entstehung des Antarktis-Vertrages, zur Folge hatte.¹³⁹ Dies entspricht der generellen Beobachtung, dass sich die UNESCO in den ersten 30 Jahren ihres Bestehens von ihrer »orientation intellectuelle« abwandte und in vielen Bereichen zu einer technischen, naturwissenschaftlich geprägten Organisation entwickelte.¹⁴⁰

4. Fazit

Die DUK, der Eckert von 1964 bis zu seinem Tod 1974 als Präsident vorstand, war ein wichtiger Akteur auf dem Gebiet der transnationalen Bildungszusammenarbeit im Nachkriegseuropa. Ihre Politik ist einerseits in Abhängigkeit zur

136 AsD, NL Georg Eckert, Bd. 261 Schreiben Brandt an Eckert vom 9. August 1968, 1.

137 Vgl. Bode, *Expertise mit Weltverstand*, 103 ff.

138 Naumann, *Mitreden über Weltgeschichte*, 195, 225 f.

139 Jacob Darwin Hamblin, »Piercing the Iron Curtain. UNESCO, Marine Science, and the Legacy of the International Geophysical Year«, in: Jake Lamar (Hg.), *Sixty Years of Science at UNESCO. 1945–2005*, Paris: UNESCO Publishing, 2006, 68–70; Helmut Moritz, »Das Internationale Geophysikalische Jahr 1957 und seine Folgen«, in: *Sitzungsberichte der Leibniz-Sozietät* 94 (2008), 201–214.

140 Maurel, *Histoire de l'UNESCO*, 295.

UNESCO in Paris zu sehen, von wo konzeptionelle Impulse ausgingen, und andererseits zur Ministerialverwaltung, die sie finanzierte. In diesem Spannungsfeld errang die Kommission in den 1960er Jahren und Anfang der 1970er Jahre ein beachtliches Maß an Autonomie, das sie nutzte, um der deutschen UNESCO-Arbeit sowohl in sach- als auch in personalpolitischer Hinsicht eigenes Profil zu verleihen.

Die Kommission griff vor allem diejenigen Programme der Pariser Weltorganisation auf, die aus Sicht ihrer Mitglieder bildungs-, partei- bzw. deutschlandpolitisch anschlussfähig waren, und entwickelte sie sogar dann fort, wenn die UNESCO selbst die Ansätze nicht mehr weiter verfolgte. Dies verdeutlicht die Internationalisierung der nationalen Bildungspolitik ebenso wie die Entstehung einer selbständigen internationalen Bildungsverwaltung unter Ägide der UNESCO. Konstitutiv hierfür war das Zusammenwirken von Experten, die jenseits ihrer fachlichen Alltagswelt Utopien entwerfen konnten, welche eine friedlichere oder gerechtere Welt in Aussicht stellten. Die UNESCO bot eine hervorragende Plattform für die Pflege entsprechender Kontakte auf internationalem Parkett und begünstigte die Entstehung von Netzwerken, die häufig wiederum starke Rückwirkungen auf die nationalstaatlichen Diskurse hatten. So zog die Arbeit der Kommission Personen an, die jenseits ihrer Fachwissenschaft eine Veränderung bzw. Verbesserung des Bildungssystems anstrebten. Einer dieser Experten war Eckert. Als Präsident gelang es ihm zudem, mit großem Geschick und mit Passion, die DUK mit ihren disparaten Interessengruppen zu einen und den Kurs der Ost-West-Verständigung zur Hauptaufgabe der DUK zu erheben.

Gegenüber den Ministerien legitimierte sich die DUK unter Eckert bis etwa 1967 zum einen durch die Umsetzung der UNESCO-Ziele, etwa in Bezug auf die Schulbuchvergleiche. Zum anderen verwies die Kommission im Wesentlichen auf ihre Beiträge zur Abschirmung des UNESCO-Systems gegenüber der DDR. Währenddessen betrieb sie »nach innen« aber schon sehr viel früher eine Verständigungspolitik mit den Ostblockstaaten, deren Wert darin lag, Gesprächsebenen zu schaffen und der offiziellen Außenpolitik – vor allem in Krisenzeiten – die Referenz auf gemeinsam erzielte Arbeitsergebnisse zu ermöglichen. Mit Brandts Amtsantritt als Außenminister 1967 erfuhr die DUK-Spitze um Eckert eine deutliche Aufwertung, deren Gründe zum einen wohl auf den persönlich guten Beziehungen Eckerts zu Brandt selbst beruhten, zum anderen aus der Rolle der DUK als Spannungsmotor herrührten.

Gegen direkte Einflussnahme auf die Deutschlandpolitik mit dem Ziel einer Aufnahme der DDR in die Weltorganisation seitens des Pariser UNESCO-Generaldirektors verwehrte sich das Auswärtige Amt allerdings mit Entschiedenheit. Insofern wird hier deutlich, wie einerseits die Neue Ostpolitik von Impulsen aus dem Bereich der internationalen Organisationen profitierte, wie sie aber

andererseits zugleich eine innerdeutsche Angelegenheit blieb. Eckert und den um ihn versammelten Experten im Kreis der DUK kam hier die Rolle von Vordenkern, Vermittlern und Diplomaten zu.

Georg Eckert und die internationale Schulbucharbeit in Braunschweig (1946 bis 1974)

Nach dem unerwarteten Tod Georg Eckerts am 7. Januar 1974 hoben seine wissenschaftlichen und politischen Weggefährten einhellig seine großen persönlichen Leistungen auf dem Gebiet der internationalen Schulbucharbeit hervor.¹ Auch wenn nicht alle in ihren Formulierungen so weit gehen mochten wie der Oldenburger Gymnasiallehrer Enno Meyer, der die internationale Schulbucharbeit als herausragende Lebensleistung eines Solitärs innerhalb der wissenschaftlichen Community würdigte, der sich gegen vielfältige institutionelle und kulturelle Widerstände durchsetzen musste, so waren doch die meisten davon überzeugt, dass der Gründer des »Internationalen Instituts für Schulbuchverbesserung« nur schwer zu ersetzen sein werde.² Diejenigen Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler, die sich bisher mit der Arbeit Georg Eckerts auf dem Gebiet der internationalen Schulbucharbeit beschäftigt haben, hoben ebenfalls das besondere Engagement und Charisma Eckerts als Voraussetzung für den Erfolg der internationalen Schulbucharbeit hervor.³ Sie plädierten aber

1 Vgl. die Reden auf der akademischen Trauerfeier für Georg Eckert am 14. Januar 1974 in: *In Memoriam Georg Eckert (1912–1974)*, Braunschweig: Pädagogische Hochschule Niedersachsen, Abteilung Braunschweig, 1974.

2 »Georg Eckerts Tod ist mir wirklich nahegegangen. Das was er – im Wesentlichen doch als Einzelgänger – geschaffen hat, verdient größte Achtung.« Enno Meyer an Robert Multhoff vom 12. Januar 1974. NLA. Staatsarchiv Wolfenbüttel 143 N, Zg. 209/069, Nr. 96.

3 Vgl. Hans-Peter Harstick, »Geschichte und ihre Didaktik«, in: Gerhard Himmelmann (Hg.), *Fünfzig Jahre wissenschaftliche Lehrerbildung in Braunschweig*, Braunschweig: Erziehungswissenschaftlicher Fachbereich der Technischen Universität, 1995, 273–291; ders., »Georg Eckert (1912–1974). Wegbereiter einer neuen Konzeption von Geschichte in Wissenschaft und Unterricht«, in: Ursula A. Becher und Rainer Riemenschneider (Hg.), *Internationale Verständigung. 25 Jahre Georg-Eckert-Institut für internationale Schulbuchforschung in Braunschweig*, Hannover: Verlag Hahnsche Buchhandlung, 2000, 105–116; Horst Gies, »Neuanfang und Kontinuitäten. Geschichtsdidaktik und Geschichtsunterricht in Niedersachsen nach 1945«, in: Horst Kuss und Bernd Mütter (Hg.), *Geschichte Niedersachsens neu entdeckt*, Braunschweig: Westermann, 1996, 98–111; Michele Barricelli, »Didaktische Räusche und die Verständigung der Einzelwesen. Georg Eckerts Beitrag zur Erneuerung des Geschichtsunterrichts nach 1945«, in: Wolfgang Hasberg und Manfred Seidenfuß (Hg.), *Modernisierung im Umbruch. Geschichtsdidaktik und Geschichtsunterricht nach 1945*, Berlin u. a.: LIT, 2008,

gleichzeitig dafür, die Arbeit Georg Eckerts und seiner Mitstreiterinnen und Mitstreiter nicht nur mit den Erfolgen der »Leuchtturmprojekte« der internationalen Schulbucharbeit zu identifizieren, sondern die »Kärnerarbeit« einer internationalen Gemeinschaft hervorzuheben, die diesen Erfolgen zugrundelag, und auch die Kritik an der vom Braunschweiger Institut entwickelten Praxis der internationalen Schulbucharbeit in die wissenschaftliche Analyse einzubeziehen.⁴

Der Beitrag greift diese Anregungen der jüngeren Forschung auf und zeichnet die Entwicklung der internationalen Schulbucharbeit in Braunschweig von der Berufung Georg Eckerts zum Dozenten an die Kant-Hochschule 1946 bis zu seinem Tod im Januar 1974 nach. Er fragt danach, welche methodischen Instrumentarien Eckert gemeinsam mit Otto-Ernst Schüddekopf und seinen europäischen und amerikanischen Kolleginnen und Kollegen für die Schulbuchrevision entwickelte und zeigt, welche Sammlungs- und Publikationsstrategien sie verfolgten.

Von der »Geschichtsarbeitsgemeinschaft Braunschweig« zum Schulbuchzentrum des Europarates. Formen der Institutionalisierung internationaler Schulbucharbeit in Braunschweig

Georg Eckert konnte nach seiner Rückkehr aus britischer Kriegsgefangenschaft auf die Solidarität seiner ehemaligen Weggefährtinnen und Weggefährten aus der Sozialdemokratie bauen, die ihm die Chance eröffneten, an einer grundlegenden Reform der Organisation des Geschichtsunterricht im Freistaat Braunschweig mitzuwirken. Eckert erhielt nach dem Abschluss des Entnazifizierungsverfahrens des Landesentnazifizierungsausschusses für Lehrer des Landes Braunschweig am 1. November 1946 eine Dozentur an der Hochschule für Lehrerbildung (Kant-Hochschule) in Braunschweig. Unmittelbar nach seiner Berufung gründete er im Einvernehmen mit der Abteilung Wissenschaft und Volksbildung der Regierung des Freistaates Braunschweig und der britischen Militärregierung gemeinsam mit gleichgesinnten Lehrern

261–290; Heike Christina Mätzing, *Wissenschaftler und Botschafter der Völkerverständigung. Georg Eckert (1912–1974) zum 100. Geburtstag*, Bonn: Friedrich-Ebert-Stiftung, 2013.

4 Vgl. Michele Barricelli, »Didaktische Räusche«; Rainer Riemenschneider, »Georg Eckert und das Internationale Schulbuchinstitut in Braunschweig«, in: Ulrich Pfeil (Hg.), *Die Rückkehr der deutschen Geschichtswissenschaft in die »Ökumene der Historiker«*. Ein wissenschaftsgeschichtlicher Ansatz, München: Oldenbourg, 2008, 115; Romain Faure, *Netzwerke der Kulturdiplomatie. Die internationale Schulbuchrevision in Europa, 1945–1989*, Berlin/Boston: DeGruyter, 2015.

und Vertretern der Schulverwaltung wie Hans Ebeling, Karl Mielcke oder Karl Turn eine »Geschichtsarbeitsgemeinschaft«, die sich in ihrem Selbstverständnis wenige Jahre später zu einem »geschichtspädagogischen Forschungskreis« entwickelte.⁵ Dessen Mitglieder setzten sich das Ziel, neue Lehrmaterialien für den Geschichtsunterricht zu erarbeiten, die den internationalen Forschungsstand repräsentieren sollten. Die Basis dafür sollte die Förderung historischer und pädagogischer Forschung auf der Grundlage eines Stipendienprogramms bilden.⁶ Georg Eckert und seine Mitstreiter planten u. a. ein von amerikanischen Stiftungen zu finanzierendes Stipendienprogramm, über das die von den Mitgliedern des Forschungskreises oder einzuladenden Gastwissenschaftlerinnen und Gastwissenschaftlern durchzuführenden Forschungsarbeiten finanziert werden sollten.⁷ Die Arbeit des geschichtspädagogischen Forschungskreises fand die ausdrückliche Förderung der *textbook branch* der Erziehungsabteilung der britischen Militärverwaltung, deren Leiter Terence J. Leonard Georg Eckert frühzeitig in die Netzwerke der Revision des Geschichtsunterrichts einführte, die von den Erziehungsabteilungen der alliierten Militärverwaltungen und der UNESCO initiiert wurden.⁸ Es gelang Eckert, das Engagement der Arbeitsgemeinschaft Deutscher Lehrerverbände (AGDL) zur Revision der Geschichtsschulbücher erfolgreich mit den internationalen Initiativen der Militärverwaltung und der UNESCO zu verknüpfen und für die Institutionalisierung der internationalen Schulbucharbeit in Braunschweig fruchtbar zu machen.⁹ Er lud eine Reihe von Kolleginnen und Kollegen aus Belgien, Dänemark, Frankreich, den Niederlanden, Norwegen, Schweden, der Schweiz und den USA, die er 1950 auf dem UNESCO-Seminar in Brüssel kennen- und schätzen gelernt hatte, im April 1951 zu einer Geschichtslehrertagung an die Kant-Hochschule ein, auf der die Gründung des Internationalen Instituts für Schulbuchverbesserung erfolgte. Eckert defi-

5 Vgl. Ulrich Mayer, *Neue Wege im Geschichtsunterricht? Studien zur Entwicklung der Geschichtsdidaktik und des Geschichtsunterrichts in den westlichen Besatzungszonen und in der Bundesrepublik Deutschland 1945–1953*, Köln/Wien: Böhlau in Komm., 1986, 179–182.

6 Ebd.

7 Georg Eckert zeigte sich optimistisch, von der Rockefeller- und der Carnegie-Stiftung umfangreiche finanzielle Zuwendungen einwerben zu können. Es gelang ihm allerdings nur im Jahr 1952, eine finanzielle Zuwendung der Rockefeller-Stiftung aus dem *Grant-in-aid*-Programm der Humanities zu erhalten, seine Hoffnungen, in ein mittelfristiges Förderprogramm aufgenommen zu werden und damit Planungssicherheit für seinen Forschungskreis zu erhalten, erfüllten sich jedoch nicht. NLA. Staatsarchiv Wolfenbüttel 143 N, Zg. 2009/069, Nr. 259.

8 Vgl. Romain Faure, »Connections in the history of textbook revision, 1947–1952«, in: *Education Inquiry* 2 (2011), 21–35.

9 Eckhardt Fuchs und Kathrin Henne, »Wissensaustausch international – Schulbuchrevision und das internationale Schulbuchinstitut in Braunschweig nach dem Zweiten Weltkrieg«, in: *Zeitschrift für Pädagogik*, Beiheft 63 (2017), 108.

nierte das Institut in seinem Selbstverständnis als Lehrerbildner als »Seminar«, in dem die Teilnehmerinnen und Teilnehmer der Schulbuchgespräche auf eine internationale Schulbuchsammlung und Bibliographie der Schulbuchforschung zurückgreifen konnten, um auf dieser Grundlage Schulbücher der Geschichte und später der Geographie analysieren, revidieren und neu entwickeln zu können.¹⁰

Nach der erfolgreichen Gründung des Internationalen Instituts für Schulbuchverbesserung versuchte Eckert zunächst, den Geschichtspädagogischen Forschungskreis in eine Stiftung öffentlichen Rechts umzuwandeln, um die Arbeit der Reform des Geschichtsunterrichts im Land Niedersachsen in einem Rahmen fortsetzen zu können, der ihm ein höchstmögliches Maß an inhaltlichem und organisatorischem Freiraum sichern sollte. Nach dem ablehnenden Bescheid des Landes Niedersachsen¹¹ setzte sich der Rektor der Kant-Hochschule, Heinrich Rodenstein, der mit Eckert eng in der AGDL zusammenarbeitete, gegenüber dem niedersächsischen Kultusministerium entschieden dafür ein, dem Internationalen Institut für Schulbuchverbesserung an der Kant-Hochschule eine institutionelle Heimstatt zu schaffen. Das Ministerium folgte den Vorschlägen Rodensteins und errichtete mit dem Haushaltsjahr 1953 das Internationale Schulbuchinstitut als ein der Pädagogischen Hochschule (Kant-Hochschule) in Braunschweig angeschlossenes Forschungsinstitut mit der Aufgabenstellung: »Durchführung von Forschungsarbeiten auf dem Gebiete der Lehrmittelgestaltung und der Unterrichtsmethoden«. Ein besonderes Gewicht sollte dabei auf den Geschichtsunterricht und verwandte Fächer gelegt werden, die ausdrücklich im Rahmen der internationalen Zusammenarbeit untersucht werden sollten.¹² Gleichzeitig erhielt das Institut zwei aus dem niedersächsischen Landeshaushalt finanzierte Etatstellen, die eines Dozenten für »vergleichende Schulbuchkunde« und die einer Sekretärin. Besetzt wurden die Stellen mit Otto-Ernst Schüddekopf, der seit 1950 auf Honorarbasis mit Georg Eckert zusam-

10 NLA. Staatsarchiv Wolfenbüttel 143 N, Zg. 2009/069, Nr. 128. Die »Werkstattatmosphäre« des Schulbuchinstituts wurde in den folgenden Jahren von den internationalen Teilnehmerinnen und Teilnehmern der Schulbuchgespräche immer wieder hervorgehoben. Der amerikanische Historiker und Erziehungswissenschaftler Arthur H. Moehlman bezeichnete das Institut in seiner engen Verbindung von Bibliothek und Seminar auf der 5. deutsch-amerikanischen Historikertagung im November 1963 als eine der »ungewöhnlichsten Werkstätten der Erde; denn mein Freund Georg Eckert braucht nur zuzugreifen, um mir sagen zu können: Hier ist das Buch!«. Georg Eckert und Otto-Ernst Schüddekopf (Hg.), *Elemente eines atlantischen Geschichtsbildes. Gutachten, Diskussionen und Empfehlungen der 5. Amerikanisch-deutschen Historikertagung, Braunschweig, November 1963*, Braunschweig: Verlag Albert Limbach, 1965, 30.

11 Der Präsident des niedersächsischen Verwaltungsbezirks Braunschweig. Abteilung für Volksbildung an den Geschichtspädagogischen Forschungskreis Braunschweig vom 3. Dezember 1951. NLA. 143 N, Zg. 2009/069, Nr. 263.

12 NLA. Hauptstaatsarchiv Hannover, Nds. 400 Acc. 121/81, Nr. 556.

mengearbeitet hatte, und Dorothea Feige. Schüddekopf und Feige bildeten gemeinsam mit Eckert bis zum Beginn der 1960er Jahre das institutionell finanzierte »Rückgrat« der internationalen Schulbucharbeit in Braunschweig.¹³

Georg Eckert bemühte sich seit den 1960er Jahren allerdings in immer stärkerem Maße darum, die internationale Schulbucharbeit auf neue institutionelle und finanzielle Grundlagen zu stellen. Dafür bot sich im Jahr 1964 eine neue Chance, als sich die Teilnehmerinnen und Teilnehmer an den Konferenzen des Europarates zur Revision der Geographiebücher und Atlanten auf ihrer vierten Konferenz in Reykjavik dafür aussprachen, das internationale Schulbuchinstitut zum Ort eines europäischen Dokumentationszentrums für den Geschichts- und Geographieunterricht zu machen.¹⁴ Dieser Vorschlag fand die tatkräftige Unterstützung des stellvertretenden Direktors der Erziehungsabteilung des Europarates, Gerhard Neumann, der einen entscheidenden Beitrag dazu leistete, dass der Europarat dem Institut im Dezember 1965 vorschlug, die Aufgaben eines »information and documentation centre for the improvement of history and geography textbooks« zu übernehmen.¹⁵ Die Verhandlungen, die mit der niedersächsischen Regierung über die Einrichtung eines europäischen Informations- und Dokumentationszentrums für den Geschichts- und Geographieunterricht geführt wurden, führten zu einer sichtbaren Verbesserung der räumlichen und der finanziellen Ausstattung des Instituts, das auf dieser Grundlage der Bitte des Europarates entsprechen und ab Januar 1966 die Funktion des europäischen Informations- und Dokumentationszentrums wahrnehmen konnte.

Es gelang Georg Eckert jedoch bis zu seinem Tod nicht, das Institut aus der organisatorischen und finanziellen Abhängigkeit von der Pädagogischen Hochschule herauszulösen und ihm eine stärkere juristische und finanzielle Selbstständigkeit zu verschaffen, die in seinen Augen den gewachsenen internationalen Ansprüchen besser gerecht zu werden versprach. Sein großer Wunsch war, das Institut nach dem Vorbild des Instituts für Europäische Geschichte in Mainz in das Königsteiner Abkommen zur gemeinsamen Finanzierung von Forschungsinstituten durch die Länder der Bundesrepublik Deutschland in eine gemeinsame Trägerschaft von Bund und Ländern zu überführen. Dieses Ziel konnte erst nach seinem Tod durch das gemeinsame Engagement niedersächsischer Politiker und Wissenschaftler unterschiedlicher politischer

13 Vgl. Rainer Riemenschneider, »Das Tandem Eckert-Schüddekopf und das Institutsgedächtnis«, in: Becher und Riemenschneider (Hg.), *Internationale Verständigung. 25 Jahre Georg-Eckert-Institut*, 123.

14 Vgl. »Recommendations of the Fourth Conference on Geography Teaching and the Revision of Geography Textbooks and Atlases (Reykjavik 1964)«, in: E. C. Marchant (Ed.), *Geography Teaching and the Revision of Geography Textbooks and Atlases*, Strasbourg: Council for Cultural Cooperation, 1967, 139.

15 Vgl. NLA. Staatsarchiv Wolfenbüttel 143N, Jg. 2009/069, Nr. 371/1.

Couleur unter Führung des Ministerpräsidenten Alfred Kubel erreicht werden, das dem Internationalen Schulbuchinstitut im Gründungsgesetz von 26. Juni 1975 den Status einer rechtsfähigen Anstalt des öffentlichen Rechts verlieh und die Schulbuchforschung fortan auf das engste mit seinem Namen verband.¹⁶

Organisationsformen. Bilaterale Verständigung und multilaterale Schulbucharbeit im Rahmen des Europarates und der UNESCO

Die bilateralen Schulbuchgespräche bildeten in den ersten Jahrzehnten der Arbeit des Internationalen Schulbuchinstituts den Schwerpunkt der Arbeit. Die *text-book branch* der Erziehungsabteilung der britischen Besatzungsbehörden organisierte gemeinsam mit dem geschichtspädagogischen Forschungskreis im Juli 1949 eine Konferenz in Braunschweig, die britische und deutsche Geschichtslehrerinnen und Geschichtslehrer zusammenführte und in der Folge zu einem Abkommen zwischen der *Historical Association* und der AGDL über die Revision der Geschichtslehrbücher führte. Die britisch-deutsche Geschichtslehrerkonferenz markierte damit den Beginn der bilateralen Schulbuchgespräche, welche die Arbeit des Instituts bis in die 1960er Jahre prägen sollte.¹⁷ Seit 1950 wurden dann in rascher Folge Vereinbarungen über die Organisation von bilateralen Schulbuchgesprächen mit westeuropäischen Lehrerwerkschaften und Geschichtslehrerverbänden und dem amerikanischen *National Council for the Social Studies* abgeschlossen, die die Grundlage für die Durchführung von bilateralen Schulbuchgesprächen bildeten.¹⁸

Eckerts Blick blieb jedoch nicht auf Westeuropa beschränkt. Er zeigte sich offen für Gespräche mit Wissenschaftlern, Lehrern und Verlagsvertretern aus mittel- und osteuropäischen Staaten und vereinbarte bereits 1951 auf dem UNESCO-Seminar »The Teaching of History as a means of developing international understanding« in Sèvres einen Austausch von Lehrbüchern mit Kolleginnen und Kollegen aus der Föderativen Republik Jugoslawien. Ein Treffen mit

16 Vgl. Rolf Wernstedt, »Die Gründung des Georg-Eckert-Instituts für internationale Schulbuchforschung aus politischer und parlamentarischer Sicht«, in: Becher und Riemenschneider (Hg.), *Internationale Verständigung. 25 Jahre Georg-Eckert-Institut*, 124–128; Eckhardt Fuchs und Steffen Sammler, »The Establishment of the Georg Eckert Institute in the Summer of 1975. How Textbook Research Was Given A New Future in Braunschweig Following the Death of Georg Eckert«, in: *Eckert. Bulletin* 15 (2015), 33–35.

17 Vgl. Rosemarie Rümenapf-Sievers, »Georg Eckert und die Anfänge des Internationalen Schulbuchinstituts«, in: Becher und Riemenschneider (Hg.), *Internationale Verständigung. 25 Jahre Georg-Eckert-Institut*, 116–122.

18 Vgl. Steffen Sammler, »Schulbuchgespräche in friedenspädagogischer Absicht«, in: Corine Defrance, Ulrich Pfeil (Hg.), *Verständigung und Versöhnung nach dem »Zivilisationsbruch«? Deutschland in Europa nach 1945*, Brüssel: Peter Lang 2016, 605–624.

Vertreterinnen und Vertretern der jugoslawischen Lehrgewerkschaft schuf die Grundlage für die Aufnahme von bilateralen Schulbuchgesprächen, die im Jahr 1952 vereinbart wurden. Neben den Schulbuchgesprächen mit Rumänien, die 1973 begannen,¹⁹ bildeten dann in den letzten Lebensjahren von Georg Eckert die 1972 vereinbarten Schulbuchkonferenzen mit Polen einen ganz zentralen Schwerpunkt der Arbeit des Internationalen Schulbuchinstituts.²⁰

Die bilateralen Schulbuchgespräche sollten in den Augen Eckerts jedoch nur einen ersten Schritt auf dem Weg zu einer internationalen Verständigung über die Fragen einer sich in zunehmendem Maße globalisierenden Welt bilden.²¹

Er beteiligte sich deshalb seit 1953, gemeinsam mit dem Vorsitzenden des Verbandes der Historiker Deutschlands und Herausgeber der Zeitschrift *Geschichte in Wissenschaft und Unterricht*, Karl Dietrich Erdmann, im Rahmen der Schulbuchkonferenzen des Europarates, die zwischen 1953 und 1958 in Calw, Oslo, Rom, Royaumont, Scheveningen, Istanbul und Ankara stattfanden, aktiv an der Revision der Geschichtslehrbücher.²² Diese Arbeit entsprach dem Selbstverständnis Eckerts, »die großen Gemeinsamkeiten der europäischen Geschichte und Kultur herauszuarbeiten«, um »auf diese Weise sowohl die nationalstaatliche Sicht des ausgehenden 19. Jahrhunderts zu überwinden, wie den Europagedanken und das Gefühl der europäischen Solidarität« zu fördern, wie Eckert im März 1958 in einem Brief an den Referenten der Abteilung für kulturelle Angelegenheiten des Bundes im Innenministerium, hervorhob, der die Mittel für die internationale Schulbucharbeit aus dem Europafonds zur Verfügung stellte.²³

Eckert setzte sich deshalb gemeinsam mit seinen belgischen, britischen, französischen und norwegischen Kollegen Emile Lousse, E. H. Dance, Édouard Bruley und Håkon Vigander, die ihre jeweiligen nationalen Geschichtslehrerverbände repräsentierten, dafür ein, nach der erfolgreichen Revision der Schulbücher der einzelnen Länder zu einer forschungsbasierten Erarbeitung von Lexika und Lehrmaterialien zu gelangen, die europäische Perspektiven entwickeln sollten. Sie konstituierten auf der zweiten Konferenz des Europarates in Oslo ein Komitee, das die Schulbucharbeit des Europarates auf dem Gebiet des

19 Vgl. Siegfried Bachmann, »Internationale Schulbuchrevision als systemübergreifende Kooperation. Bilaterale Schulbuchkonferenzen von Historikern und Geographen aus der Bundesrepublik Deutschland sowie aus Polen und Rumänien«, in: *DGFK Jahrbuch* (1979/80), 822–825.

20 Vgl. Thomas Strobel, *Transnationale Wissenschafts- und Verhandlungskultur. Die Gemeinsame Deutsch-Polnische Schulbuchkommission 1972–1990*, Göttingen: V&R unipress, 2015 und den Beitrag von Thomas Strobel in diesem Band.

21 Vgl. Georg Eckert, »Improvement in Textbooks through International Co-operation«, in: *The Yearbook of Education* 22 (1960), 577–586.

22 Vgl. Édouard Bruley und E. H. Dance, *A History of Europe?*, Leyden: Sythoff, 1960.

23 NLA. Staatsarchiv Wolfenbüttel 143 N, Zg. 2009/069, Nr. 178/2.

Geschichtsunterrichts koordinieren sollte, und publizierten die Ergebnisse der Konferenzen der 1950er Jahre und eine Synthese der bilateralen Schulbuchgespräche auf der europäischen Ebene, die die fachlichen und methodischen Voraussetzungen für die Umsetzung im Geschichtsunterricht schaffen sollten.²⁴ Diese wurde im Sommer 1965 auf der Konferenz des Europarates im dänischen Helsingør diskutiert, die nicht nur zeitgleich mit der Ernennung des Internationalen Schulbuchinstituts zum Schulbuchzentrum des Europarates für die Fächer Geschichte und Geographie zusammenfällt, sondern einen Perspektivenwechsel in der Arbeit des Europarates von der Revision der Geschichtslehrbücher zur Diskussion eines gemeinsamen europäischen Curriculums und dessen konkreter Umsetzung in der Unterrichtspraxis selbst markierte.²⁵

Für die Erweiterung des Blickes über Westeuropa hinaus auf Mittel- und Osteuropa und die jungen Nationalstaaten Asiens und Afrikas sah Georg Eckert in der UNESCO den idealen Rahmen dafür, diese in sein Programm der Schulbucharbeit mit dem Ziel der internationalen Verständigung einzubinden. Er gehörte seit 1961 zu den konzeptionellen Gestaltern des UNESCO-Langzeitvorhabens *Mutual Appreciation of Eastern and Western Cultural Values* und arbeitete an einer von der *Fédération internationale des associations d'instituteurs* (F.I.A.I.) initiierten und von der UNESCO geförderten Untersuchung über die Darstellung Asiens in den Lehrbüchern der Volksschulen der Schweiz, Frankreichs, Großbritanniens und der Bundesrepublik Deutschland mit, deren Ergebnisse 1964 im Verlag Albert Limbach veröffentlicht wurden.²⁶ Auf der Grundlage der in diesen Forschungsvorhaben gesammelten Erfahrungen initiierte er 1971 das Forschungsvorhaben »Promoting International Understanding through School Textbooks«, das durch den reziproken Vergleich von Geschichts-, Geographie- und Sozialkundelehrbüchern der Bundesrepublik Deutschland, Großbritanniens, Indiens, Japans, Kenias und Venezuelas erstmals eine systematische Analyse über kontinentale und kulturelle Grenzen hinweg gestattete.²⁷

24 Vgl. Bruley und Dance, *A History of Europe?*; Y. Cottaz, Jacques de Launay, Georg Eckert (Hg.), *World History Teachers in conference*, Oxford u. a.: Pergamon Press, 1964.

25 Council of Europe. Committee for General and Technical Education. Course on History Teaching in Secondary Education held under the auspices of the Council of Europe organized by the Danish Government Elsinor, 21st August – 1st September 1965. Final Report, Strasbourg 1966.

26 Vgl. *International Federation of Teachers' Associations, Die Behandlung Asiens in den Lehrbüchern der Volksschulen in der Schweiz, Frankreich, Großbritannien und der Bundesrepublik Deutschland*, Braunschweig: Verlag Albert Limbach, 1964.

27 Vgl. Philip K. Boden, *Promoting International Understanding through School Textbooks*, Braunschweig: Selbstverlag des Georg-Eckert-Instituts für internationale Schulbuchforschung, 1977.

Die internationale Schulbucharbeit in der Praxis

Für die Organisation der bi- und multilateralen Schulbuchgespräche griff Georg Eckert vor allem auf die Erfahrungen der *Föreningen Norden* und der französischen Lehrergewerkschaft *Syndicat National des Instituteurs* zurück, die bereits in der Zwischenkriegszeit Erfahrungen in der multilateralen Schulbucharbeit gesammelt und die Bedeutung des Engagements von Organisationen der Zivilgesellschaft für den Erfolg der internationalen Schulbuchrevision hervorgehoben hatten.²⁸ Er organisierte die Schulbuchgespräche in einer Art und Weise, die der Gründer des Europa-Kollegs in Brügge, Henri Brugmans, 1958 in seiner Laudatio auf den Preisträger der F.V.S.-Europa-Stiftung als »einfach und praktisch« hervorgehoben hatte. Brugmans lobte vor allem die kollegiale und produktive Arbeitsatmosphäre der Schulbuchgespräche, die sehr zielführend geführt wurden und folgerichtig nicht in »inhaltlose Schlußcomuniqués«, sondern in »gemeinsame Empfehlungen« mündeten, »die unter Menschen guten Glaubens, die alle leidenschaftlich der Ethik ihres Berufes anhängen, redigiert wurden.«²⁹

Dabei untersuchten jeweils Universitätshistoriker und Geschichtslehrer des einen Landes die Schulbücher des Partners und umgekehrt. Die Gutachter trafen sich anschließend auf Schulbuchkonferenzen, auf denen sie in der Regel die von Brugmans hervorgehobenen gemeinsamen Empfehlungen ausarbeiteten, die im Unterschied zur Praxis der deutsch-französischen Schulbuchgespräche in der Zwischenkriegszeit in der Regel auf einem Konsens beruhten und kontroverse Positionen nicht explizit formulierten.³⁰ Die konsensuelle Methode stieß jedoch vor allem bei denjenigen Historiker- und Geschichtslehrerverbänden auf Kritik, die, wie die *Historical Association*, in liberaler Tradition die individuelle Verantwortlichkeit des Lehrers und des Schulbuchautors und dessen Unabhängigkeit gegenüber staatlichen Vorgaben besonders hervorhoben.³¹ Vertreter der französischen *Société des Professeurs*

28 Für eine ausführliche Darstellung der Praxis der internationalen Schulbucharbeit vgl. Steffen Sammler, »Die Institutionalisierung der internationalen Schulbucharbeit auf dem Gebiet der Geschichte. Das Internationale Schulbuchinstitut in Braunschweig (1951–1965)«, in: Jürgen Elwert (Hg.), *Geschichte jenseits der Universität. Netzwerke und Organisationen in der frühen Bundesrepublik* (Historische Mitteilungen – Beih. 94), Stuttgart: 2016, 178–182.

29 Ansprache des Vorsitzenden des Preiskuratoriums, Rektor Prof. Dr. H. Brugmans, anlässlich der Verleihung des Straßburger Europa-Preises 1958 an Prof. Dr. Georg Eckert, in: *Gedenkschrift zur Verleihung des Straßburger Europa-Preises 1958 der gemeinnützigen Stiftung F.V.S. zu Hamburg an Prof. Georg Eckert*, Hamburg: Stiftung F.V.S., 1958, 9.

30 Vgl. Wolfgang Jacobmeyer, »Empfehlungen«. Arbeitsform, Medium und Ergebnis der international vergleichenden Schulbuchforschung«, in: *Zeitschrift für Geschichtsdidaktik* 4 (2005), 196–209.

31 Die *Historical Association* zog sich 1951 als Institution aus der internationalen Schulbucharbeit zurück und überließ die bilateralen Schulbuchgespräche bis in die 1970er Jahre der privaten Initiative britischer Geschichtslehrer und Universitätsprofessoren. Vgl. Otto-Ernst

d'Histoire oder des belgischen Geschichtslehrerverbandes warnten dagegen vor allem mit Blick auf die Erfahrungen der nationalsozialistischen Besetzung und der Verfolgung und Ermordung der jüdischen Bevölkerung davor, die Auseinandersetzungen über kontroverse Fragen der Vergangenheit hinter die Suche nach einer auf Verständigung und Versöhnung gerichteten gemeinsamen Geschichtserzählung zurückzustellen. Die konsensuale Methode wurde jedoch von der Mehrheit der zeitgenössischen Akteure und von der Schulbuchforschung gerade als entscheidender Schritt auf dem Weg zu einer nachhaltigen Verständigung und Revision angesehen, da sie nicht länger in kontrastierender Gegenüberstellung die Unvereinbarkeit der jeweiligen nationalistischen Positionen betonte, sondern, um den Wortlaut Rainer Riemenschneiders aufzugreifen, zu »gemeinsam verantworteten Formulierungen« gelangte, die auf Grund ihrer Nachdrücklichkeit günstige Voraussetzungen für die weitere fachliche und pädagogische Arbeit schufen.³²

Der Aufbau der internationalen Schulbuchsammlung als Voraussetzung für erfolgreiche Schulbucharbeit

Georg Eckert und seine Mitstreiter im geschichtspädagogischen Forschungskreis betrachteten die internationale Schulbucharbeit von Beginn an nicht als akademischen Selbstzweck, sondern als eine notwendige Voraussetzung für die Produktion von neuen Lehr- und Lernmitteln für eine demokratische Gesellschaft im Zeichen der Völkerverständigung. Dafür war der Blick auf die Perspektiven in den Schulbüchern der Nachbarn ebenso unverzichtbar wie die kritische Analyse der eigenen Schulbücher, die Schulbuchautoren und Lehrern im Rahmen einer internationalen Schulbuchsammlung zur Verfügung gestellt werden sollten. Die *textbook branch* der Erziehungsabteilung der britischen Militärregierung leistete entscheidende Hilfestellung, um einen ersten Bestand an internationalen Schulbüchern und fachwissenschaftlicher Literatur aufzubauen, der in den folgenden Jahren langsam, aber stetig ausgebaut werden konnte.³³ Eckerts frühes Engagement für den Aufbau einer internationalen Schulbuchsammlung sollte sich für die weitere Entwicklung des Instituts als

Schüddekopf, »Das deutsch-englische Historikergespräch Ostern in Braunschweig«, in: *Pädagogische Blätter* 5 (1954), 193–195; E. H. Dance, »Anglo-German Textbook Exchange: The first five years«, in: *Internationales Jahrbuch für Geschichtsunterricht* 4 (1955), 258–259.

32 Vgl. Rainer Riemenschneider, »Transnationale Konfliktbearbeitung. Die deutsch-französischen und die deutsch-polnischen Schulbuchgespräche im Vergleich, 1935–1997«, in: *Internationale Schulbuchforschung* 20 (1998), 74.

33 Vgl. Rümnapf-Sievers, *Georg Eckert und die Anfänge des Internationalen Schulbuchinstituts*, 117.

großer Glücksfall erweisen, denn es war vor allem die Schulbuchsammlung, die in den entscheidenden Phasen der Entwicklung des Instituts immer wieder als starkes Argument für dessen Ausbau herangezogen wurde. So hoben die Teilnehmerinnen und Teilnehmer des Programms des Europarates zur Revision der Geographieschulbücher und Atlanten in ihren Empfehlungen von 1964 ausdrücklich hervor, dass das Internationale Schulbuchinstitut in Braunschweig nicht nur über wertvolle Erfahrungen auf dem Gebiet der Schulbuchrevision verfüge, sondern auch über einen umfangreichen Bestand an Geschichts- und Geographiebüchern von europäischer Dimension, der es zu einem (privilegierten) Standort für ein zu gründendes europäisches Zentrum für Schulbuchverbesserung habe werden lassen.³⁴

Die neue Funktion führte zu einer deutlichen Erhöhung des Schulbuchbestandes, der sich innerhalb eines Jahrzehnts von 20.000 auf 40.000 Bände verdoppelte. Neben dem Engagement des *Council of Europe*, der seine Mitgliedsstaaten aufforderte, die neu erschienenen Geschichts- und Geographieschulbücher kostenlos oder zu einem ermäßigten Preis zur Verfügung zu stellen, trug das Engagement der Volkswagenstiftung ebenso dazu bei, den Ausbau der Schulbuchbibliothek 1965 mit einer Anschubfinanzierung von 100.000 DM zu unterstützen, bevor die Deutsche Forschungsgemeinschaft dann den kontinuierlichen Ausbau der Schulbuchbibliothek finanzierte.³⁵

Die Ergebnisse der internationalen Schulbucharbeit nachhaltig verankern. Die Publikationen des Internationalen Schulbuchinstituts

Georg Eckert maß der Publikation der Ergebnisse der Schulbucharbeit von Beginn an eine große Bedeutung zu. Die Publikationen sollten sich nicht allein an die Fachgemeinschaft der Historikerinnen und Historiker richten, sondern praktische Hilfen für Lehrerinnen und Lehrer und die Schulbuchverlage bieten. Dabei setzte sich Eckert vor allem dafür ein, die deutschen Geschichtslehrerinnen

34 »The Conference would especially like to draw attention to the fact that the International Schoolbook Institute at Brunswick (Federal Republic of Germany), has already acquired valuable experience in this field and has a library of European history and geography textbooks as well as a collection of source material, concerning the revision of history and geography textbooks in Europe, and other parts of the world«. »Recommendation of the fourth conference on geography teaching and the revision of geography textbooks and atlases (Reykjavik 1964)«, in: E. C. Marchant (Hg.), *Geography Teaching and the Revision of Geography Textbooks and Atlases*, 139.

35 Vgl. Bewilligungsbescheid der Stiftung Volkswagenwerk an Georg Eckert vom 1. November 1965. NLA. Hauptstaatsarchiv Hannover Nds. 401 Acc. 92/85, Nr. 531.

nen und Geschichtslehrer mit den Vorstellungen und Standpunkten ihrer ausländischen Kolleginnen und Kollegen vertraut zu machen und sie dadurch zu befähigen, »den eigenen traditionellen Standpunkt an den Auffassungen anderer europäischer Historiker und Erzieher kritisch zu überprüfen.«³⁶ Diese Überzeugung teilte er auch mit einer Reihe von Eigentümern und Geschäftsführern deutscher Schulbuchverlage. Dabei erwies sich seit den 1960er Jahren vor allem die Zusammenarbeit mit Carl August Schröder, dem Geschäftsführer des Georg Westermann Verlages, als überaus fruchtbar, da der Jurist Schröder selbst auf dem Gebiet der »Schulbuchverbesserung durch internationale geistige Zusammenarbeit« geforscht und mit einer Studie zu diesem Thema 1961 an der Universität Bonn promoviert worden war.³⁷

Georg Eckert gab seit 1951 das *Internationale Jahrbuch für Geschichtsunterricht* heraus, das wissenschaftliche Artikel zu Fach- und Methodenfragen des Geschichtsunterrichts im internationalen Vergleich veröffentlichte und seine Leserinnen und Leser mit den Schulsystemen, Lehrplänen und Lehrwerken in zahlreichen europäischen und außereuropäischen Ländern vertraut machte. Seine wichtigste Funktion bestand darin, die Schulbuchanalysen zu veröffentlichen, die den jeweiligen bilateralen Schulbuchkonferenzen vorausgingen, die Diskussion auf den Konferenzen selbst zusammenzufassen und die Empfehlungen zu publizieren. Dies geschah jeweils in der Sprache des ausländischen Partners und in deutscher Sprache. Ein umfangreicher Rezensionsteil informierte darüber, ob die Empfehlungen Eingang in die neu erschienenen Schulbücher gefunden hatten.

Parallel dazu etablierten Georg Eckert und Otto-Ernst Schüddekopf die *Schriftenreihe des Internationalen Schulbuchinstituts*, in der bis 1974 21 Bände erschienen. Die Schriftenreihe stellte nicht nur die Ergebnisse der deutsch-amerikanischen, deutsch-italienischen und deutsch-tschechoslowakischen Schulbuchgespräche vor, sondern förderte in besonderem Maße Autorinnen und Autoren, die vergleichende Schulbuchanalysen mit einer europäischen Perspektive durchführten, die Darstellung der jüdischen Geschichte in deut-

36 1955 veröffentlichte Georg Eckert gemeinsam mit Otto-Ernst Schüddekopf dazu Übersetzungen belgischer, britischer, dänischer, französischer, italienischer, norwegischer und schwedischer Schulbuchtexte, die zentrale Themen der deutschen Geschichte wie die Revolution von 1848/49, den Deutsch-Französischen Krieg von 1870/71, die Reichsgründung und das Zeitalter des Imperialismus, den Ersten Weltkrieg, den Versailler Vertrag und die nationalsozialistische Diktatur behandelten. Georg Eckert und Otto-Ernst Schüddekopf (Hg.), *Wie Andere uns sehen. Die letzten 100 Jahre deutscher Geschichte in europäischen Schulbüchern*, Braunschweig: Verlag Albert Limbach, 1955.

37 Vgl. Carl August Schröder, *Die Schulbuchverbesserung durch internationale geistige Zusammenarbeit: Geschichte, Arbeitsformen, Rechtsprobleme*, Braunschweig: Westermann, 1961.

schen Schulbüchern analysierten oder einen vielbeachteten »fremden« (polnischen) Blick auf die deutsche Geschichte richteten.³⁸

Zur erfolgreichen Entwicklung der Publikationen des Internationalen Schulbuchinstituts trug nicht zuletzt der Braunschweiger Verleger Hans Eckensberger bei, der durch sein persönliches Engagement und Organisations-talent die Papierversorgung und den Druck der Publikationen des geschichtspädagogischen Forschungskreises und der internationalen Schulbuchgespräche sicherte. Die Produktion der *Beiträge zum Geschichtsunterricht* bildete den Anfang der langjährigen Zusammenarbeit mit dem von Eckensberger geleiteten Verlag Albert Limbach, der ab 1951 das von der AGDL geförderte *Internationale Jahrbuch für Geschichtsunterricht* und die Schriftenreihe des Internationalen Schulbuchinstituts publizierte. Georg Eckert hatte sich bewusst für den Verlag Albert Limbach entschieden, »weil es sich bei ihm um einen technisch leistungsfähigen Verlag handelte, vor allem aber, weil Limbach nicht im Schulbuchgeschäft tätig ist.« Er begründete seine Entscheidung in erster Linie damit, »ein Jahrbuch, das eine Art Schiedsrichterfunktion ausüben soll, nicht bei dem einen oder anderen großen Schulbuchverlag veröffentlichen« zu können.³⁹

Fazit

Es gelang Georg Eckert gemeinsam mit seinem Kollegen Otto-Ernst Schüddekopf, der internationalen Schulbucharbeit gegen zahlreiche politische und finanzielle Schwierigkeiten in Braunschweig eine Heimstatt zu geben. Die Hindernisse, die auf diesem Weg überwunden werden mussten, spiegeln zum einen die Auseinandersetzungen wider, die um das Verhältnis von Fachwissenschaft und Didaktik bzw. Methodik ihrer Vermittlung in der frühen Bundesrepublik Deutschland geführt worden sind. Sie waren aber auch Ausdruck unterschiedlicher Auffassungen über die Organisation und Finanzierung der internationalen Schulbucharbeit mit dem Ziel der internationalen Verständigung. Dabei standen die Fragen nach dem Gewicht, das der Staat im Verhältnis zu zivilgesellschaftlichen Institutionen und nationale im Verhältnis zu internationalen Organisationen in diesem Prozess erhalten sollten, im Zentrum der Auseinandersetzungen. Die Institutionalisierung gelang schließlich dank der Fähigkeit Georg Eckerts, Vertreterinnen und Vertreter

38 Vgl. Ernst Weymar, *Die Neuere Geschichte in den Schulbüchern europäischer Länder. Vom Ende des Mittelalters bis zum Vorabend der Französischen Revolution*, Braunschweig: Verlag Albert Limbach, 1956; Saul B. Robinson und Chaim Schatzker, *Jüdische Geschichte in deutschen Geschichtslehrbüchern*, Braunschweig: Verlag Albert Limbach, 1963; Maria Warykowska, *Deutsche Geschichte aus polnischer Sicht 1815–1848*, Braunschweig: Verlag Albert Limbach, 1974.

39 Vgl. NLA. Staatsarchiv Wolfenbüttel 143 N, Zg. 2009/069, Nr. 335.

unterschiedlicher Netzwerke auf der nationalen und internationalen Ebene in Gestalt der AGDL, der nationalen Geschichtslehrerverbände, des Auswärtigen Amtes, der UNESCO und des Europarates zu gemeinsamer Arbeit zusammenzuführen. Die Weggefährten Eckerts führten diesen Erfolg vor allem auf seinen überzeugenden Glauben an die »Abrüstung im Erziehungsbereich« als erfolgversprechenden Weg in eine friedliche internationale Gemeinschaft zurück.⁴⁰ Diesen Glauben an die »Solidarität aller Menschen guten Willens«, wie Robert Multhoff in seiner Rede auf der akademischen Trauerfeier am 14. Januar 1974 formulierte, konnte Eckert seinen Gesprächspartnern und -partnerinnen aus Bildungspolitik, Wissenschaft, Lehrerschaft und den Schulbuchverlegern in überzeugender Weise vermitteln.⁴¹ Davon legten nicht zuletzt die Ehrungen, die er durch die Förderer des europäischen Einigungsprozesses, die Verbände der Schulbuch- und Lehrmittelproduzenten und den Deutschen Gewerkschaftsbund erfuhr, in überzeugender Weise Zeugnis ab.⁴² Mit besonderer Freude muss ihn schließlich erfüllt haben, dass es mit Robert-Hermann Tenbrock ein überaus erfolgreicher Geschichtslehrer und Lehrbuchautor war, der sich 1970 für die Zusammenarbeit im Rahmen der internationalen Schulbucharbeit bedankte, indem er einen mit dem Internationalen Schulbuchinstitut zu verleihenden Internationalen Preis für »eine vorbildlich didaktisch-methodische und auf den neuesten Ergebnissen der wissenschaftlichen Forschung beruhende Darstellung der Geschichte der europäischen Völkerfamilie in einem Geschichtswerk« stiftete, der 1972 zum ersten Mal an den stellvertretenden Leiter der Abteilung für Erziehung und kulturelle und wissenschaftliche Angelegenheiten des Europarates, den Historiker Gerhard Neumann, verliehen wurde.⁴³

40 »Professor Eckert and his assistant are a shining example of how a Schulbuchinstitut can be built up gradually from a very small beginning and with limited financial resources when the *faith in educational disarmaments as a means to international harmony exists.*«, Terence J. Leonard, »Educational Disarmament as an important step towards Human Harmony«, in: *Internationales Jahrbuch für Geschichtsunterricht* IX (1963/64), 45.

41 Robert Multhoff, »Rede auf der akademischen Trauerfeier zum ehrenden Gedenken an Prof. Dr. Georg Eckert am 14. Januar 1974« in: *In Memoriam Georg Eckert (1912–1974)*, Braunschweig: Pädagogische Hochschule Niedersachsen, Abteilung Braunschweig, 1974, 25.

42 Vgl. Gedenkschrift zur Verleihung des Straßburger Europa-Preises 1958 der gemeinnützigen Stiftung F.V.S. zu Hamburg, Hamburg 1958; Pestalozzi-Preis des Deutschen Lehrmittelverbandes an Professor Dr. Georg Eckert, in: *Blickpunkt Schulbuch. Zeitschrift für moderne Unterrichtsmedien* 6, 13 (1972), 19; Wolfgang Brüggemann, Laudatio. Internationales Schulbuchinstitut Braunschweig. Kulturpreis des DGB, Düsseldorf 1973.

43 Robert-Hermann-Tenbrock-Preis. Stiftungsurkunde und Verleihung des Preises 1972 an Dr. Gerhard Neumann, Paderborn 1974.

Georg Eckert, ein »Mann guten Willens«. Von der deutsch-französischen Schulbuchrevision nach 1945

Wenig prädestinierte Georg Eckert (1912 bis 1974) in den Nachkriegsjahren zu einem bedeutenden Mittler in der deutsch-französischen Annäherung zu werden. Während andere Historiker seiner Generation bereits vor 1945 regelmäßig den westlichen Nachbarn aufgesucht hatten und sich auch wissenschaftlich für ihn interessierten, scheint sich Eckerts frühe Frankreicherfahrung in erster Linie auf seine Teilnahme am Frankreichfeldzug als Funker bei der Infanterie im Frühjahr 1940 zu beschränken. Hatten andere aufstrebende junge Historiker ihre Studien in Bonn in den 1930er Jahren genutzt, ihre Kenntnisse über Frankreich zu vertiefen – hier sei an die Gründungsväter des 1958 eingeweihten Deutschen Historischen Instituts in Paris zu denken¹ –, scheint die Bonner Phase von Eckert nach 1933 keine »französischen Spuren« bei ihm hinterlassen zu haben. Seine mangelnden Sprachkenntnisse mögen hier eine Rolle gespielt haben, denn wenn er das Französische auch mit Einschränkungen las und verstand, so schrieb er an seine französischen Partner nach 1945 in der Regel auf Deutsch oder ließ seine Briefe von einem Freund übersetzen.²

Seine ersten Meriten als »peaceworker« erwarb sich Eckert noch in der britischen Zone bzw. in Braunschweig. Genannt sei hier der von ihm begründete »Geschichtspädagogische Arbeitskreis Braunschweig«, der wichtigen Einfluss auf die Lehrplangestaltung in der britischen Zone gewinnen sollte³ und den Rahmen bildete, in dem Eckerts »Grundthesen zur Reform des Geschichtsunterrichts« vom Februar 1948 entstanden.⁴ Darüber hinaus ist die Arbeitsge-

1 Vgl. Ulrich Pfeil (Hg.), *Das Deutsche Historische Institut Paris und seine Gründungsväter. Ein personengeschichtlicher Ansatz*, München: Oldenburg, 2007; ders., »Die ›Generation 1910‹. Rheinisch-katholische Mediävisten vom ›Dritten Reich‹ zur Bundesrepublik«, in: *Geschichte im Westen* 26 (2011), 61–87.

2 Georg Eckert an Alphonse Dupront, 30. August 1950, NLA. Staatsarchiv Wolfenbüttel, 143 N, Zg. 2009/069, 207/2.

3 Ulrich Mayer, *Neue Wege im Geschichtsunterricht? Studien zur Entwicklung der Geschichtsdidaktik und des Geschichtsunterrichts in den westlichen Besatzungszonen und in der Bundesrepublik Deutschland 1945–1953*, Köln/Wien: Böhlau in Komm., 1986, 183 ff.

4 Hans-Peter Harstick, »Georg Eckert (1912–1974). Wegbereiter einer neuen Konzeption von

meinschaft Deutscher Lehrerverbände bzw. der 1948 von ihr gegründete Ausschuss für Geschichtsunterricht zu nennen, dessen Leiter Eckert zum damaligen Zeitpunkt war und der ihm in der Folge die Legitimation gab, sich auch in den deutsch-französischen Schulbuchrevisionen zu engagieren. Dass Eckert in diesen sich herausbildenden Foren schnell zu einer Schlüsselperson wurde, spricht für die Anschlussfähigkeit seines Denkens und seiner Arbeit im Rahmen der zivilgesellschaftlichen Verständigungsinitiativen der Nachkriegszeit.

Wie groß das Misstrauen der französischen Historiker dabei gegenüber ihren deutschen Kollegen anfänglich noch war, geht aus dem folgenden Zitat des Leiters der französischen Kulturpolitik in der Besatzungszone, Raymond Schmittlein – wohl aus dem Jahre 1949 – hervor:

Einige von ihnen [den französischen Historikern] waren in Konzentrationslagern gewesen und [...] die anderen erinnerten sich daran, daß ihre bedeutendsten Vertreter, Herr [Georges] Lapierre, Generalsekretär der Gewerkschaft der Geschichtswissenschaftler, im Konzentrationslager gestorben waren, Marc Bloch in Lyon von der Gestapo erschossen worden und die ganze Familie Isaac in den Verbrennungsöfen umgekommen war.⁵

Dass es gerade aber auch Eckert gelang, neues Vertrauen über den Rhein hinweg aufzubauen, geht aus einem Glückwunschschreiben hervor, das ihm sein französischer Weggefährte Jacques Droz⁶ aus Anlass des 1958 an Eckert verliehenen *Prix de l'Europe*⁷ übersandte:

Schon seit längerer Zeit wollte ich Sie für die Auszeichnung beglückwünschen, die Ihnen zuteil wurde und mit vollem Recht die Dienste anerkennt, die Sie für den Frieden in Europa und die Versöhnung unserer beiden Nationen geleistet haben.⁸

Im Mittelpunkt dieses Beitrages soll nun jener Annäherungsprozess stehen, mit dem es deutschen und französischen Historikern und Geschichtslehrern nach dem Zweiten Weltkrieg gelang, das tiefe Misstrauen zu überwinden und eine Revision der Schulgeschichtsbücher einzuleiten und durchzuführen.⁹ Gleich-

Geschichte in Wissenschaft und Unterricht«, in: Ursula A. J. Becher und Rainer Riemen-schneider (Hg.), *Internationale Verständigung. 25 Jahre Georg-Eckert-Institut für Internationale Schulbuchforschung in Braunschweig*, Hannover: Verlag Hahnsche Buchhandlung, 2000, 105–115, 109.

5 Archiv des Ministère des Affaires étrangères (MAE)/La Courneuve, fonds de l'occupation française en Allemagne et en Autriche (»fonds Colmar«), AC 146(2), Note von Schmittlein an den französischen Botschafter in Bern, o.D.

6 Vgl. Ulrich Pfeil, »Jacques Droz und die Geschichtsbilder der deutschen Geschichte«, in: Michel Grunewald u. a. (Hg.), *France-Allemagne au XX^e siècle – La production de savoir sur l'autre*, Bd. 2, Bern u. a.: Peter Lang, 2012, 231–246.

7 Le Prix de l'Europe est attribué au Professeur Georg Eckert, in: *Le Monde*, 24. Februar 1958.

8 Jacques Droz an Georg Eckert, 20. März 1958, NLA. Staatsarchiv Wolfenbüttel, 143 N, Zg. 2009/069, 207/1.

9 Vgl. dazu allgemein: Romain Faure, *Netzwerke der Kulturdiplomatie. Die internationale*

zeitig wollen wir analysieren, wie sich Georg Eckert in die entstehenden deutsch-französischen Netzwerke einflechten konnte, um ab den 1950er Jahren einen wesentlichen Beitrag zur deutsch-französischen Aussöhnung zu leisten.¹⁰

Georg Eckert und die Historikergespräche von Speyer

Bereits vor der Gründung der Bundesrepublik im Mai 1949 gehörte es zu den ersten Maßnahmen in dem Prozess der Aussöhnung mit den ehemaligen Kriegsgegnern, die Geschichtsschreibung und die Schulgeschichtsbücher einer intensiven Überprüfung zu unterziehen. Nachdem im neunzehnten Jahrhundert Antagonismen zwischen Staaten als Fatalität, als etwas von der Natur Gegebenes, als etwas Unausweichliches erschienen waren, galt es nun den Beweis zu erbringen, dass Geschichtsbilder wie die deutsch-französische »Erbfeindschaft« intellektuell dekonstruiert werden können, um nicht ein weiteres Mal der mentalen Mobilisierung zwischen beiden Ländern zu dienen. Die große Bedeutung von gewandelten Geschichtsbildern unterstrich zur damaligen Zeit auch Martin Göhring¹¹, Direktor des Instituts für europäische Geschichte in Mainz und einer der wichtigsten Partner von Georg Eckert ab Anfang der 1950er Jahre:

Wir Historiker wissen nur zu gut, wie notwendig ein Geschichtsbild ist, in dem das Gemeinsame und Verbindende in der Geschichte und im Erbe der abendländischen Völker im Vordergrund steht. Hat diese Revision sich durchgesetzt, sind die nationaler Engstirnigkeit entspringenden Fehltritte überwunden, dann wird es eines Tages möglich sein, zu wirklich europäischen Geschichtsbüchern zu gelangen. Alsdann ist auch wissenschaftlich unterbaut, was schöpferische Politik heute anstrebt.¹²

Schulbuchrevision in Europa, 1945–1989 (Studien zur Internationalen Geschichte, Bd. 36), Berlin/Boston: De Gruyter Oldenbourg 2015; Corine Defrance und Ulrich Pfeil, »Deutsch-französische Historikerbeziehungen nach 1945«, in: *Zeitschrift für interkulturelle Germanistik* 4 (2013) 2, S. 61–79; Steffen Sammler, »Schulbuchgespräche in friedenspädagogischer Absicht. Die Revision der Geschichtsbücher im Versöhnungsprozess nach 1945«, in: Corine Defrance, Ulrich Pfeil (Hg.), *Verständigung und Versöhnung nach dem »Zivilisationsbruch«? Deutschland in Europa nach 1945* (L'Allemagne dans les relations internationales 9), Brüssel: Peter Lang, 2016, S. 605–624.

10 Vgl. zum politischen und sozio-kulturellen Kontext: Corine Defrance und Ulrich Pfeil, *Deutsch-Französische Geschichte, Bd. 10: Eine Nachkriegsgeschichte in Europa 1945–1963*, Darmstadt: Wissenschaftliche Buchgesellschaft, 2011.

11 Vgl. Heinz Duchhardt (Hg.), *Martin Göhring (1903–1968). Stationen eines Historikerlebens*, Mainz: Verlag Philipp von Zabern, 2005; ders., »Martin Göhring und seine Beziehungen zur französischen Geschichtswissenschaft«, in: Ulrich Pfeil (Hg.), *Die Rückkehr der deutschen Geschichtswissenschaft in die »Ökumene der Historiker«. Ein wissenschaftsgeschichtlicher Ansatz*, München: Oldenbourg, 2008, 255–263.

12 Martin Göhring an Vizekanzler Franz Blücher, 16. Februar 1952; Archiv des IEG 135.

Dass gerade hier nach den zwölf Jahren nationalsozialistischer Herrschaft angesetzt werden musste, unterstrich auch Eckert im Jahre 1950:

Dass wir über keine Geschichtsbücher, Anschauungsmittel u. dgl. mehr verfügten, war dabei weniger schmerzhaft als die Fragwürdigkeit des überkommenen Geschichtsbildes, das im Angesicht der nationalen und, wie uns scheint, europäischen Katastrophe zutiefst problematisch geworden war. Vor jedem Erzieher erhob sich die beängstigende Frage: Ist die Geschichte nicht einfach die Sinngebung des Sinnlosen?¹³

In einer Mischung aus politischem Willen und zivilgesellschaftlichem Engagement kamen nun zwischen 1948 und 1950 Historiker aus Frankreich, Belgien, der Schweiz und Deutschland zu den Internationalen Historikertreffen in Speyer zusammen, um in einem ersten Schritt die historische Richtigkeit von Lehrmitteln und Schulgeschichtsbüchern auf den Prüfstand zu stellen sowie Inhalte anzugleichen, so dass in einem zweiten Schritt nationale Geschichtsbilder transnationalisiert bzw. in ein übernationales Geflecht integriert werden können.¹⁴ Sie arbeiteten in dem Bewusstsein, dass Geschichtsbilder eine »Metapher für gefestigte Vorstellungen und Deutungen der Vergangenheit mit tiefem zeitlichen Horizont [sind], denen eine Gruppe von Menschen Gültigkeit zuschreibt«¹⁵ und die identitäre Ortsbestimmung zwischen vergangener und kommender Geschichte sind. Nachdem in der Vergangenheit jeweils unterschiedliche Sichtweisen und Interpretationen Urteile und Meinungen über den Anderen beeinflusst und Zerwürfnisse gefördert hatten, sollten diese Gespräche der Verständigung dienen und den Weg in eine gemeinsame Zukunft ebnen, so dass ihr wissenschaftlicher Wert eher zweitrangig einzuschätzen ist, wie auch aus den Worten eines Teilnehmers zu entnehmen ist:

Hier war plötzlich die abgeklärte Ruhe der wissenschaftlichen Forschung dahin, und man spürte, wie die geschichtlichen Kräfte zwischen uns selbst, zwischen den Völkern und Generationen wirksam und entscheidend sind. Überhaupt war der stärkste Eindruck für alle Teilnehmer nicht diese oder jene sachliche Erkenntnis, sondern das Gefühl, als *homines bonae voluntatis* selbst einen wesentlichen Schritt im Verstehen und in der Verständigung zwischen den Völkern tun zu können.¹⁶

13 Manuskript (November 1950) für einen Artikel, den Eckert für die französische Zeitschrift *L'Information historique* verfasst hatte, die von Émile Coornaert (Collège de France) und Albert Troux (Inspecteur général de l'instruction publique) geleitet wurde, NLA. Staatsarchiv Wolfenbüttel, 143 N, Zg. 2009/069, 207/2.

14 Vgl. Corine Defrance, »Die internationalen Historikertreffen von Speyer. Erste Kontaktaufnahme zwischen deutschen und französischen Historikern nach dem Zweiten Weltkrieg«, in: Pfeil (Hg.), *Die Rückkehr der deutschen Geschichtswissenschaft in die »Ökumene der Historiker«*, 213–237.

15 Karl-Ernst Jeismann, »Geschichtsbilder: Zeitdeutung und Zukunftsperspektive«, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte* 52, 51–52 (2002), 13–22, 13.

16 »Dritter Internationaler Historikerkongreß vom 17.–20. Oktober 1949«, in: *Geschichte in Wissenschaft und Unterricht* 1 (1950), 52f.

Zum dritten Treffen (17. bis 20. Oktober 1949) war auch Georg Eckert nach Speyer gereist, um sich an der Reinigung der Schulbücher von Nationalismen zu beteiligen. Vor allem war es aber für ihn die Gelegenheit, mit französischen Kollegen in Kontakt zu kommen, so u. a. mit Alphonse Dupront, zum damaligen Zeitpunkt *maître de conférences* an der Universität Montpellier und später als Sorbonne-Professor Mitbegründer des Europäischen Hochschulintituts in Florenz.¹⁷ Gleichzeitig gelang es Eckert, über die Schulbuchgespräche Kontakt zu den neu gegründeten zivilgesellschaftlichen deutsch-französischen Mittlergesellschaften aufzunehmen, so zum *Comité français d'échanges avec l'Allemagne nouvelle*, das gemeinhin als »Grosser-Comité« bezeichnet wird.¹⁸ Von wegweisender Bedeutung für die Zukunft war jedoch das Treffen mit dem einflussreichen französischen Historiker Henri Brunschwig, der zu seinen Gesprächspartnern bei seiner Paris-Reise im März 1950 zählte und auch bei der Kontaktaufnahme mit Bruley Pate stand.¹⁹ Diese schnelle und relativ breite Kontaktaufnahme in Speyer und in der Zeit danach unterstreicht zum einen den grenzüberschreitenden Willen, traditionelle Geschichtsbilder zu reformieren, zum anderen aber auch noch einmal die Anschlussfähigkeit von Eckerts Ideen in der Nachkriegszeit, wie auch Rainer Riemenschneider betonte, der seine Thesen mit folgenden Worten zusammenfasste:²⁰

Die deutsche Geschichte muß stärker in den Zusammenhang des »Abendlandes« und in die Weltgeschichte eingebettet werden, »wenn nicht auch in Zukunft mangelnde

17 Alphonse Dupront an Georg Eckert, 12. Februar 1950, NLA. Staatsarchiv Wolfenbüttel, 143 N, Zg. 2009/069, 207/2. Vgl. zum Kontext: Marc Vénard, »Alphonse Dupront et Charles Péguy«, in: *Mélanges de l'École française de Rome – Italie et Méditerranée modernes et contemporaines* 124, 1 (2012), Online verfügbar unter <http://mefrim.revues.org/334>, [zuletzt geprüft am 16. Februar 2017].

18 Für den 6. April 1954 hatte Alfred Grosser im großen Hörsaal der Sorbonne eine Diskussionsrunde zum Thema »L'enseignement de l'histoire et la révision des manuels« mit Édouard Bruley, Pierre Renouvin, Georg Eckert und Friedrich Walburg unter der Leitung des Germanisten Edmond Vermeil organisiert (Alfred Grosser an Georg Eckert, 9. März 1954; Otto-Ernst Schüddekopf an Alfred Grosser, 12. März 1954, NLA. Staatsarchiv Wolfenbüttel, 143 N, Zg. 2009/069, 212/1). Schließlich musste Eckert aber zu seinem größten Bedauern aufgrund der wieder aufgebrochenen Kriegsverletzung (Lungenbluten) absagen, bat aber Grosser, den französischen Kollegen zu übermitteln, »wie sehr unsere Reformarbeit im Geschichtsunterricht durch die kollegiale und generöse Zusammenarbeit mit den französischen Geschichtslehrern unter Leitung von Herrn Prof. Bruley und dem Schulbuchausschuss der Fédération de l'éducation nationale unter Führung von M^{lle} [Marie-Louise] Cavalier erleichtert worden ist« (Georg Eckert an Alfred Grosser, 3. April 1954, NLA. Staatsarchiv Wolfenbüttel, 143 N, Zg. 2009/069, 212/1).

19 Georg Eckert an Henri Brunschwig, 6. April 1950, NLA. Staatsarchiv Wolfenbüttel, 143 N, Zg. 2009/069, 207/2.

20 Rainer Riemenschneider, »Georg Eckert und das Internationale Schulbuchinstitut in Braunschweig«, in: Pfeil (Hg.), *Die Rückkehr der deutschen Geschichtswissenschaft in die »Ökumene der Historiker«*, 115–131.

Kenntnis der Welt und fehlendes Verständnis für andere Völker und Kulturen zu Fehlentwicklungen und zu engherzigem Chauvinismus führen sollen« [...]. Der Geschichtsunterricht hat nicht zuletzt der Friedensidee zu dienen [...].²¹

Georg Eckert und Édouard Bruley

Aus den Gesprächen in Speyer erwuchs bei deutschen und französischen Historikern und Geschichtslehrern der Wille, »den Faden des Dialogs über die Grenzen hinweg neu zu spinnen«.²² Grundlegend war dabei das Verhältnis von Georg Eckert und Édouard Bruley, dem Präsidenten des französischen Geschichts- und Geographielehrerverbandes (*Société des professeurs d'histoire et de géographie*),²³ der sich Ende 1949 an den britischen Erziehungsoffizier Terence J. Leonard²⁴ gewandt hatte – Leonard hatte sowohl Eckert als auch Bruley bei den Speyerer Gesprächen getroffen –, so dass Eckert ihm am 20. Januar 1950 antwortete und ihm seine Freude darüber zum Ausdruck brachte, dass der französische Geschichtslehrerverband einstimmig beschlossen habe, Schulbuchgespräche mit den (west-)deutschen Kollegen aufzunehmen. Eckert hatte zu diesem Zeitpunkt bereits Erfahrungen durch die Treffen zwischen der *Historical Association* und der von ihm geleiteten Arbeitsgemeinschaft Deutscher Lehrerverbände²⁵. In seinem Antwortschreiben erklärte Bruley:

À notre assemblée générale qui s'est tenue le 24 décembre dernier (1949), j'ai reçu tous pouvoirs pour organiser avec nos collègues allemands un échange de manuels qui nous permettront de nous signaler mutuellement les points que nous jugerions contestables ou de nature à provoquer, sans cause, des froissements.²⁶

21 Zitiert nach: Georg Eckert, »Grundprobleme des Geschichtsunterrichts (Der Beitrag der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft zur Reform des Geschichtsunterrichts)«, in: Arbeitsgemeinschaft Deutscher Lehrerverbände (Hg.), *Geschichtsunterricht in unserer Zeit. Grundfragen und Methoden*, Braunschweig: Verlag Albert Limbach, 1951, 147 ff.

22 Rainer Riemenschneider, »Verständigung und Verstehen. Ein halbes Jahrhundert deutsch-französischer Schulbuchgespräche«, in: *Jahrbuch für Geschichtsdidaktik* 2 (1990), 137–148, 142; vgl. auch Rainer Bendick, »Irrwege und Wege aus der Feindschaft. Deutsch-französische Schulbuchgespräche im 20. Jahrhundert«, in: Kurt Hochstuhl (Hg.), *Deutsche und Franzosen im zusammenwachsenden Europa 1945–2000*, Stuttgart: Kohlhammer, 2003, 73–103.

23 Neben seiner Funktion als Präsident der Association des professeurs d'histoire et de géographie war der 1893 geborene Bruley zudem Lehrer am Lycée d'Orléans, später am Lycée Condorcet in Paris.

24 Georg Eckert bezeichnete sich selber – seit 1947 – als engen Mitarbeiter des Leiters der Textbook Section in Bünde; Enquiry form der UNESCO, 23. Januar 1950; NLA. Staatsarchiv Wolfenbüttel, 143 N, Zg. 2009/069, 212/2.

25 Vgl. zum Sachverhalt Georg Eckert an Édouard Bruley, 20. Januar 1950, NLA. Staatsarchiv Wolfenbüttel, 143 N, Zg. 2009/069, 207/2.

26 Bruley an Eckert, 26. Januar 1950, NLA. Staatsarchiv Wolfenbüttel, 143 N, Zg. 2009/069, 207/2.

Ende März 1950 kam es dann zur ersten Zusammenkunft zwischen beiden Männern im Rahmen eines privaten Abendessens und eines gemeinsamen Rundganges durch Paris,²⁷ so dass sich schnell ein freundschaftliches Verhältnis aufbaute, wie aus einem Brief von Eckert aus dem Jahre 1958 hervorgeht, als Bruley die Präsidentschaft seines Verbandes abgab: »Ich selber werde nie den ersten Abend vergessen, den ich in Ihrem Heim verbringen durfte; mein erster Kontakt mit Frankreich nach dem Kriege, der dank Ihrer Gastfreundschaft so schön und harmonisch verlief.«²⁸

Schon wenige Tage später erschien in der *Braunschweiger Zeitung* ein Artikel über die Übereinkunft und die Nachricht, dass die ersten französischen Geschichtsbücher zur Überprüfung bereits eingetroffen seien.²⁹ In der Folgezeit schickten die größten französischen Schulbuchverlage wie Delagrave, Hachette, Hatier und Armand Colin ihre Neuerscheinungen direkt nach Braunschweig.

Auch wenn erste vorsichtige Annäherungsschritte vollzogen waren, musste es auf deutscher Seite weiterhin auch um symbolische Wiedergutmachung gehen. Parallel zu dem von Walter Kienast verfassten Nachruf zu Marc Bloch in der *Historischen Zeitschrift*, den Gerhard Ritter nach den Vorwürfen des französischen Mediävisten Robert Fawtier (Überlebender des KZ Mauthausen), nicht zuletzt deshalb veranlasst hatte, um die Rückkehr der deutschen Geschichtswissenschaft in das *Comité international des sciences historiques* (CISH) zu ermöglichen, hatte Eckert eine deutsche Geschichtslehrerin (Elisabeth Rotten) für die erste Ausgabe des Internationalen Jahrbuchs gebeten, einen Beitrag über Georges Lapierre und die Schulbuchrevision der 1920er Jahre zu schreiben. Gleichzeitig wandte er sich an den Präsidenten der *Fédération de l'éducation nationale* (FEN), Michel Martin (*Lycée Condorcet*, Paris) und bat ihn um Publikationen aus der Feder von Lapierre aus dieser Zeit, um sie in deutscher Übersetzung abzdrukken: »Entschuldigen Sie diese große Anfrage, doch glauben wir, daß es unsere Pflicht und eine große Ehre ist, auf das Werk von Lapierre hinzuweisen.«³⁰ Der für kulturelle Angelegenheiten beim französischen Hochkommissariat zuständige Henry Spitzmuller schrieb im November 1951 an Schüddekopf nach der Lektüre des betreffenden Jahrbuchs: »Mit großer Ergriffenheit habe ich die Würdigung gelesen, die Sie auf den ersten Seiten der Ausgabe Georges Lapierre haben zukommen lassen.«³¹ Vielleicht auch deshalb kaufte daraufhin das Hochkommissariat 200 Exemplare des Jahrbuchs.³²

27 Eckert an Bruley, 5. April 1950, NLA. Staatsarchiv Wolfenbüttel, 143 N, Zg. 2009/069, 207/2.

28 Eckert an Bruley, 20. Januar 1958, NLA. Staatsarchiv Wolfenbüttel, 143 N, Zg. 2009/069, 207/1.

29 »Prof. Dr. Eckert als Gast in Paris«, *Braunschweiger Zeitung*, 5. April 1950.

30 Georg Eckert an Michel Martin, 11. November 1950, NLA. Staatsarchiv Wolfenbüttel, 143 N, Zg. 2009/069, 207/2.

31 Henry Spitzmuller an Otto-Ernst Schüddekopf, 3. November 1951, NLA. Staatsarchiv Wolfenbüttel, 143 N, Zg. 2009/069, 207/2.

Schon die bisherigen Ausführungen zeigen, dass sich Eckert in seinen Kontakten zu Frankreich nicht auf Bruley bzw. den französischen Geschichtslehrerverband beschränkte, sondern auch Kontakte zu Schulbuchrevisionen von lehrergewerkschaftlicher Seite unterhielt. Bereits ab 1947 wurden auf diesem Feld auf internationaler Ebene Aktivitäten unter der Federführung der *Fédération syndicale mondiale* bzw. ihrer französischen Sektion, der *Fédération de l'éducation nationale* (FEN) gestartet. In diesem Forum wurden jedoch nicht alleine Geschichtsbücher analysiert, sondern auch andere Fächer in den Blick genommen. Bestand der Analysekörper anfanglich nur aus deutschen Schulbüchern, so wurden die Untersuchungen schnell auch auf andere Länder ausgedehnt. Die FEN nahm schnell Kontakt zu Eckert auf, so dass in der Folgezeit verschiedene Tagungen stattfinden konnten. Eckert war dabei stets bemüht, die verschiedenen Ebenen der Schulbuchrevision nicht zu vermengen, so dass er Bruley versicherte, dass sich die internationale Arbeit nicht mit den deutsch-französischen Schulbuchgesprächen überschneide.³³ Gleichzeitig war er aber um Synergieeffekte bemüht und lud im Jahre 1952 sowohl Bruley als auch die Vertreter der FEN nach Braunschweig ein.³⁴

Zu nennen sind weiterhin die Schulbuchrevisionen im Rahmen der UNESCO seit 1946, die ab Anfang der 1950er Jahre eine besondere Dynamik annahmen.³⁵ Eckerts Einbindung in die verschiedenen Foren und Netzwerke brachte ihn bisweilen in Gewissenskonflikte, hätte er doch vielfach an verschiedenen Orten gleichzeitig sein müssen, so dass er sich im Juni 1950 gezwungen sah, seine Teilnahme an der deutsch-französischen Geschichtslehrertagung in Freiburg abzusagen:

Nun bin ich aber ganz plötzlich als Leiter der deutschen UNESCO-Delegation zu einer internationalen Schulbuchkonferenz nach Brüssel [August 1950] delegiert worden. Da dies das erste Mal ist, daß Deutschland nach dem Kriege an einer solchen großen Konferenz teilnimmt, konnte ich diesen Auftrag nicht gut ablehnen.³⁶

In diesem Rahmen traf er auch Bruley wieder, der gleichfalls in die UNESCO-Aktivitäten eingebunden war, in Brüssel u. a. als Leiter der französischen Delegation. Hier wie auch woanders wurde die deutsch-französische Zusammenarbeit immer wieder als Modell für die allgemeine internationale Schulbuchre-

32 DGAC, Chef du service du livre et de la documentation, an Otto-Ernst Schüddekopf, 21. November 1951, NLA. Staatsarchiv Wolfenbüttel, 143 N, Zg. 2009/069, 207/2.

33 Eckert an Bruley, 1. Juni 1951, NLA. Staatsarchiv Wolfenbüttel, 143 N, Zg. 2009/069, 207/2.

34 Eckert an Bruley, 10. März 1952, NLA. Staatsarchiv Wolfenbüttel, 143 N, Zg. 2009/069, 207/2.

35 Romain Faure, *Netzwerke der Kulturdiplomatie*, 98ff., 146ff.

36 Georg Eckert an Joachim Schmidt, 28. Juni 1950, NLA. Staatsarchiv Wolfenbüttel, 143 N, Zg. 2009/069, 212/2.

sion herausgehoben.³⁷ Schmale mentale Brücken waren damit wieder über den Rhein errichtet, ihre Tragfähigkeit für erfolgreiche deutsch-französische Schulbuchgespräche sollte sich jedoch erst noch erweisen müssen.

Georg Eckert und die deutsch-französischen Schulbuchempfehlungen von 1951

Édouard Bruley und Georg Eckert mussten bei der Suche nach Anknüpfungspunkten für die nächsten Sitzungen an der Philosophischen Fakultät der Pariser Sorbonne und am Institut für Europäische Geschichte in Mainz keineswegs bei null beginnen, sondern konnten auf die Tradition der 1935 unterbrochenen deutsch-französischen Lehrbuchgespräche zurückgreifen. Dabei wurden in Korrespondenzen und besonders bei der Zusammenkunft in Paris vom 7. bis 9. Mai 1951 die ersten 18 Thesen umgearbeitet, und es gelang, »einen großen Teil der deutschen und französischen Vorbehalte zu streichen. Eine ganze Anzahl Thesen wurde wesentlich präziser gefasst und zum Teil in einem für uns sehr günstigen Sinne erweitert.« Eckert war dabei von dem Entgegenkommen der französischen Kollegen und gerade auch von Pierre Renouvin überrascht, insbesondere mit Blick auf die spannungsgeladenen deutsch-französischen Beziehungen in der Zwischenkriegszeit:

In der sehr interessanten Diskussion über die Politik Stresemanns äußerte sich Renouvin außerordentlich positiv über Stresemann, der ja auf Grund seines Briefwechsels mit dem deutschen Kronprinzen in ausländischen Schulbüchern häufig angegriffen wird. Renouvin hielt diesen Briefwechsel wie wir für ein rein taktisches innenpolitisches Manöver. Die Diskussion gerade dieses Tages hielt sich auf außerordentlich hohem Niveau. Insbesondere die Ausführungen von Renouvin und Droz waren für uns von größtem Interesse.³⁸

Die Idee zur Diskussion der Thesen von 1935 war von Bruley und dem Straßburger Historiker und ehemaligen Mitarbeiter der französischen Militärregierung Jean Sigmann ausgegangen, der auch in Speyer gewesen war.³⁹ Sie bürgten unter gewandelten Rahmenbedingungen für eine »Kontinuität des hermeneutischen Verstehensbegriffes aus der Zwischenkriegszeit«⁴⁰ und waren auf die Bestrebungen der französischen Lehrgewerkschaft aus den Jahren 1926/27

37 Georg Eckert an Obersenatsrat (Hamburg) Max Traeger, 21. August 1950, NLA. Staatsarchiv Wolfenbüttel, 143 N, Zg. 2009/069, 212/2.

38 Georg Eckert an Rudolf Salat, 14. Mai 1951, NLA. Staatsarchiv Wolfenbüttel, 143 N, Zg. 2009/069, 212/2.

39 Bruley an Eckert, 27. Januar 1951, NLA. Staatsarchiv Wolfenbüttel, 143 N, Zg. 2009/069, 207/2.

40 Riemenschneider, *Verständigung und Verstehen*, 143.

zurückgegangen, die – in Person von Louis Dumas und Georges Lapiere – französische Schulbücher auf nationalistische Inhalte untersucht hatte, so dass 26 französische Schulbücher aus dem Verkehr gezogen werden mussten. Aus diesem Geiste heraus hatten deutsche und französische Historiker Gespräche aufgenommen und vermochten sich noch zwei Jahre nach der NS-»Machtergreifung« auf 39 Thesen über die Darstellung der deutsch-französischen Beziehungen zwischen 1789 und 1925 zu einigen, die den Titel »Verpflichtender Wortlaut der Einigung der deutschen und französischen Geschichtslehrer über die Entgiftung der beiderseitigen Lehrbücher« trugen und »Problemzonen in der deutsch-französischen Beziehungsgeschichte vom 17. bis ins 20. Jahrhundert« aufzeigten. Rainer Riemenschneider bezeichnet sie als »nüchterne Bestandsaufnahme des Verbindenden, aber auch des Trennenden«. ⁴¹

Die Arbeitsergebnisse aus dem Jahre 1935 waren nach dem Krieg nicht nur Grundlage für neue Gespräche zwischen französischen und deutschen Historikern, sondern dienten auch als Vorbild für die ersten deutsch-englischen Gespräche und deren Diskussionen über die deutsch-britischen Beziehungen zwischen 1890 und 1914. ⁴² Nachdem die deutschen und französischen Historiker die 39 Thesen überarbeitet und ergänzt hatten, konnten sie schließlich 1951 die deutsch-französischen Schulbuchempfehlungen vorlegen.

Die französische Seite veröffentlichte die Empfehlungen umgehend im *Bulletin de la société des professeurs d'histoire et de géographie* und erhielt durchweg positive Reaktionen, wie Renouvin an Eckert schrieb: »Wir haben also guten Grund zu glauben, daß wir unsere Ziele erreicht haben. Und dies ist natürlich für uns eine große Befriedigung.« ⁴³

Anders als 1935 erfuhr die »Vereinbarung« von 1951 nun auch auf deutscher Seite eine nicht zu unterschätzende Öffentlichkeit. Die Bundeszentrale für Heimatdienst, die heutige Bundeszentrale für politische Bildung, veröffentlichte eine Sondernummer von *Das Parlament* mit den Thesen und wollte sie in einer Auflage von 90.000 Exemplaren gratis in allen bundesdeutschen Schulen verteilen, »um die Lehrerschaft mit unseren Arbeiten und Bestrebungen vertraut zu machen«. ⁴⁴ Darüber hinaus wurden sie auch in anderen Veröffentlichungen immer wieder nachgedruckt, unter anderem als Sonderdruck aus Jahrgang 1952

41 Ebd., 140.

42 Manuskript (November 1950) für einen Artikel, den Eckert für die französische Zeitschrift *L'Information historique* schrieb, die von Émile Coornaert (Collège de France) und Albert Troux (Inspecteur général de l'instruction publique) geleitet wurde, NLA. Staatsarchiv Wolfenbüttel, 143 N, Zg. 2009/069, 207/2.

43 Pierre Renouvin an Georg Eckert, 5. Mai 1952, NLA. Staatsarchiv Wolfenbüttel, 143 N, Zg. 2009/069, 207/2.

44 Georg Eckert an Pierre Renouvin, 4. November 1953, NLA. Staatsarchiv Wolfenbüttel, 143 N, Zg. 2009/069, 207/2.

des *Internationalen Jahrbuchs für Geschichtsunterricht* in einer Auflage von 10.000, um sie unentgeltlich an die Mitglieder der Arbeitsgemeinschaft Deutscher Lehrerverbände zu verteilen⁴⁵ und dann noch einmal in hoher Auflage durch das Internationale Schulbuchinstitut im Jahre 1958 mit einem Vorwort von Hermann Heimpel.⁴⁶ Wie Eckert auch Bruley mitteilte,⁴⁷ erwähnte Bundespräsident Theodor Heuss sie in einer Rede vor dem Bundestag anlässlich des Besuchs des Generaldirektors der UNESCO, Torres Bodet,⁴⁸ am 14. Januar 1952: »Ich halte diesen scheinbar kleinen Vorgang für eine zentrale Leistung als Modell dessen, was möglich ist, um aus der propagandistisch hingenommenen und in den Verkrampfungen einer gestorbenen Aktualität verbliebenen Form des Geschichtsbildes herauszukommen.«⁴⁹

Welche übergeordnete Funktion den deutsch-französischen Schulbuchempfehlungen zukam, erklärte der Mainzer Institutsdirektor Martin Göhring auch Vizekanzler Franz Blücher, der sie als Facette eines breiteren Annäherungsprozesses verstand:

Von beiden Seiten ist dabei das Bekenntnis klar ausgesprochen worden, dass der Bestand Europas von einer aufrichtigen deutsch-französischen Verständigung abhängig ist. Man wollte ihr vorarbeiten durch Klärung und Bereinigung der geschichtlichen Streitfragen, die das deutsch-französische Verhältnis in der Vergangenheit belastet haben.⁵⁰

Von den Schulbuchempfehlungen zu den Schulbuchgesprächen

Um sich intensiver der Forschungsförderung zu widmen, zog sich das Mainzer Institut für europäische Geschichte nach 1951 mehr und mehr aus den Schulbuchgesprächen zurück. Auf französischer Seite avancierte nun Jacques Droz zur treibenden Kraft bei den sich entwickelnden deutsch-französischen Schulbuchgesprächen, nachdem Pierre Renouvin die Leitung anfangs innegehabt hatte. Wie einflussreich Renouvin aber immer noch war, zeigte sich 1952, als Droz Eckert den Vorschlag unterbreitete, »Thesen über die französisch-deut-

45 Georg Eckert an Gerhard Ritter, 5. Dezember 1951, NLA. Staatsarchiv Wolfenbüttel, 143 N, Zg. 2009/069, 212/1.

46 *Deutsch-französische Vereinbarung über strittige Fragen europäischer Geschichte.*, Braunschweig: Verlag Albert Limbach, Neudruck 1958.

47 Georg Eckert an Édouard Bruley, 22. Januar 1952, NLA. Staatsarchiv Wolfenbüttel, 143 N, Zg. 2009/069, 207/2.

48 Vgl. auch Georg Eckert an Gerhard Ritter, 5. Februar 1952, NLA. Staatsarchiv Wolfenbüttel, 143 N, Zg. 2009/069, 212/1.

49 Zitiert in: *Internationales Jahrbuch 2* (1953), 109, im Anschluss an den Abdruck der Vereinbarung.

50 Martin Göhring an Vizekanzler Franz Blücher, 16. Februar 1952; AIEG 135.

schen Beziehungen an der Saar aufzustellen«, der beim Braunschweiger Historiker Begeisterung auslöste.⁵¹ Als Droz seinem Lehrer die positiven deutschen Reaktionen mitteilte, kam es zu einem Treffen im September 1952 zwischen Renouvin, Droz und Jean-Baptiste Duroselle, zum damaligen Zeitpunkt Professor an der Universität des Saarlandes, bei dem Renouvin eine solche Initiative für voreilig hielt und darüber hinaus einwandte, dass die aktuellen Probleme in der Saarfrage keine historischen Ursprünge hätten.⁵²

Auf deutscher Seite übernahm Georg Eckert von dem Freiburger Historiker Gerhard Ritter den Staffelstab und veranstaltete mit seinem 1951 gegründeten Braunschweiger Institut in den folgenden Jahren jährlich eine Tagung für junge deutsche und französische Geschichtslehrer,⁵³ bei denen »den jungen Kollegen bestimmte Probleme der französisch/deutschen Beziehungen näher« gebracht werden sollten, wie Eckert schrieb.⁵⁴

Die verschiedenen Zeugnisse aus der Frühphase der Schulbuchgespräche deuten darauf hin, dass es auch noch bei ihnen vorrangig darum ging, fehlendes Vertrauen zwischen den Historikern beider Länder wiederherzustellen, wie aus einer Aussage von Hans Herzfeld hervorgeht, der darauf hinwies, dass es »zunächst die Trümmer der letzten anderthalb Jahrhunderte aufzuräumen [galt]. Es galt, zunächst einmal grundsätzlich den Boden zu bereiten, auf dem die historische Sprache der beiden Länder sich gegenseitig versteht.«⁵⁵ In dieser Hinsicht sind sie als Komponenten einer Friedenspädagogik zu verstehen, mit denen tiefe mentale Gräben nach einer Zeit der Konfrontation zugeschüttet werden sollten, die unter anderem durch unsachgemäße und befangene historische Urteile entstanden waren. Feindseligkeit, Hass und Ressentiments galt es mit Blick auf die Zukunft abzubauen und so schnell wie möglich in gute Nachbarschaft, Vertrauen und Freundschaft zu überführen, um insbesondere die Jugend für die deutsch-französische Aussöhnung zu gewinnen, wie der französische Konsul in München 1956 betonte:

51 Georg Eckert an Jacques Droz, 25. August 1952, NLA. Staatsarchiv Wolfenbüttel, 143 N, Zg. 2009/069, 207/2.

52 Droz an Eckert, 22. September 1952, NLA. Staatsarchiv Wolfenbüttel, 143 N, Zg. 2009/069, 207/2.

53 1951 Mainz, 1952 Tübingen, 1953 Tours, 1954 Sankelmark, 1955 Sèvres, 1956 Bamberg/München.

54 Ausarbeitung von Georg Eckert zur Französisch/deutschen Historiker-Tagung, Mai 1951, Oktober 1951, Juli 1956; PA/AA, B 90–600, Bd. 204.

55 Diskussionsbeitrag von Hans Herzfeld in: Martin Göhring (Hg.), *Europa – Erbe und Aufgabe. Internationaler Gelehrtenkongress, Mainz 1955*, Wiesbaden: Steiner, 1956, 263. Bereits am 23. November 1951 hatte Herzfeld an Ritter geschrieben: »Alles in allem bin ich doch sehr froh, dass dieses große Werk zustande gekommen ist«, Bundesarchiv Koblenz (BAKO), N 1166/338.

De telles rencontres prouvent, en tous cas, un effort des intellectuels, tant du côté allemand que du côté allié, à unifier l'enseignement de l'histoire et à éviter, dorénavant, dans cette science tout ce qui est propre à prolonger des querelles que l'on doit espérer périmées.⁵⁶

Dabei entsprachen diese zivilgesellschaftlichen Initiativen dem Geist der damaligen Zeit und den politischen Zielen Adenauers, der der Kultur einen hohen Stellenwert in den deutsch-französischen Beziehungen beimaß,⁵⁷ so dass Begegnungen wie die Lehrbuchgespräche von der Politik unterstützt wurden.⁵⁸ Damit lagen der christdemokratische Kanzler und der sozialdemokratische Eckert zumindest in dieser Frage auf einer Linie, wie auch aus seinem Schreiben an Alfred Grosser hervorgeht: »Im Mittelpunkt unserer Bemühungen steht und wird immer die Arbeit an der französisch-deutschen Verständigung stehen, die für uns von schicksalhafter Bedeutung ist.«⁵⁹

Neben diesen übergeordneten Fragen hatten die deutsch-französischen Schulbuchgespräche jedoch schon sehr schnell kurzfristige Rückwirkungen auf die Internationalisierung von Geschichtslehrwerken. Im November 1951 schrieb Eckert an Bruley:

In Kürze hoffe ich Ihnen das Heft von Dr. Mielcke »Geschichte der Weimarer Republik« zu übersenden, in dem alle Kritiken und Vorschläge von Prof. Renouvin berücksichtigt worden sind. Wir haben in einer Vorbesprechung auf die wertvollen Beiträge von Prof. Renouvin hingewiesen. Es ist m.W. das erste Mal, daß ein deutsches Schulbuch vor dem Druck Kollegen aus anderen Ländern, in diesem Falle Frankreichs, England und Amerika, vorgelegt wurde.⁶⁰

56 Robert de Nerciati, consul général de France à Munich, à Christian de Margerie, ministre plénipotentiaire, chargé d'affaires de France près de la RFA, 6 août 1956; Archiv des Ministère des Affaires étrangères (MAE)/Nantes, Bonn/Ambassade, 171.

57 Vgl. Corine Defrance, »Es kann gar nicht genug Kulturaustausch geben«: Adenauer und die deutsch-französischen Kulturbeziehungen 1949–1963«, in: Klaus Schwabe (Hg.), *Konrad Adenauer und Frankreich 1949–1963. Stand und Perspektiven der Forschung zu den deutsch-französischen Beziehungen in Politik, Wirtschaft und Kultur*, Bonn: Bouvier, 2005, 137–162.

58 Auf der ersten Sitzung der deutschen Mitglieder des Ständigen Gemischten Ausschusses zum Deutsch-Französischen Kulturabkommen am 27. Februar 1957 in Bonn wurde Georg Eckert gebeten, eine kurze schriftliche Darstellung der Bemühungen um die Bereinigung der deutschen und französischen Schulbücher zu geben; vgl. Ergebnisprotokoll über die erste Sitzung der deutschen Mitglieder des Ständigen Gemischten Ausschusses zum Deutsch-Französischen Kulturabkommen am 27. Februar 1957 in Bonn; Politisches Archiv Auswärtiges Amt (PA/AA), B 90–600, Bd. 132.

59 Georg Eckert an Alfred Grosser, 3. April 1954, NLA. Staatsarchiv Wolfenbüttel, 143 N, Zg. 2009/069, 212/1.

60 Georg Eckert an Édouard Bruley, 26. November 1951, NLA. Staatsarchiv Wolfenbüttel, 143 N, Zg. 2009/069, 207/2.

Interessanterweise wurde diese Vorgehensweise auf der Rückseite des Titelblattes für die Leser vermerkt,⁶¹ »die eine solche Bemerkung als eine Art Qualitätszeichen werten«, wie Eckert gegenüber Alfred Grosser erklärte.⁶²

Kritik an den »Empfehlungen« kam vor allem von französischen Annales-Historikern, zu denen Eckert den Kontakt über die UNESCO suchte und ihnen über sein Braunschweiger Institut ein Forum gab. So veröffentlichten Lucien Febvre und François Crouzet auf Initiative der UNESCO im *Internationalen Jahrbuch für Geschichtsunterricht* 1953 einen Beitrag,⁶³ der Eckert hoffen ließ, dass er auch in Deutschland zur Reform des Geschichtsunterrichts beitragen werde.⁶⁴

Zum hartnäckigsten Kritiker entwickelte sich aber Pierre Vilar (1932 bis 2003),⁶⁵ der am Spanischen Bürgerkrieg teilgenommen hatte und während des Zweiten Weltkrieges in deutsche Kriegsgefangenschaft geraten war. Er gehörte zum marxistischen Flügel innerhalb der französischen Geschichtswissenschaft und hatte im Gefolge von Ernest Labrousse und Fernand Braudel einen sozio-ökonomischen Ansatz, so dass seine methodische Kritik an dem seiner Meinung nach zu starken Gewicht der Politikgeschichte bei den Empfehlungen nicht überraschen mag. Gleichzeitig sah Vilar in den herrschenden Klassen die für die deutsch-französischen Konflikte verantwortlichen Kreise, die in den »Empfehlungen« jedoch von ihrer Schuld freigesprochen würden. Aus Gründen der bilateralen Annäherung und Aussöhnung würden problematische Aspekte ausgeblendet und Konvergenzen konstruiert werden. Besondere Kritik übte Vilar an dem eurozentristischen Charakter der Empfehlungen, vor allem an der zwölften These, welche die Hervorhebung geglückter deutsch-französischer Kooperation in der Vergangenheit empfahl und dabei Kooperationen Ende des neunzehnten Jahrhunderts anführte, die jedoch zu Lasten der kolonisierten Völker gegangen seien.

61 Georg Eckert an Pierre Renouvin, 22. Februar 1952, NLA. Staatsarchiv Wolfenbüttel, 143 N, Zg. 2009/069, 207/2.

62 Georg Eckert an Alfred Grosser, 3. April 1954, NLA. Staatsarchiv Wolfenbüttel, 143 N, Zg. 2009/069, 212/1.

63 Lucien Febvre und François Crouzet, »Der internationale Ursprung einer Kultur. Grundgedanken zu einer Geschichte Frankreichs«, in: *Internationales Jahrbuch 2* (1953), 5–31. Vgl. zum Denken dieser beiden Historiker in einem weiteren Kontext: Lucien Febvre und François Crouzet, *Nous sommes des sang-mêlés. Manuel d'histoire de la civilisation française*, [Texte de 1950, présenté par Denis et Élisabeth Crouzet], Paris: Éd. Albin Michel, 2012.

64 Georg Eckert an François Crouzet, 23. Juni 1953, NLA. Staatsarchiv Wolfenbüttel, 143 N, Zg. 2009/069, 207/2.

65 Vgl. ausführlich zu der Kritik von Vilar: Romain Faure, »Frieden durch internationale Schulbuchrevision? Eine Debatte im Europa der 1950er Jahre«, in: Till Kössler (Hg.), *Frieden lernen. Friedenspädagogik und Erziehung im 20. Jahrhundert*, Essen: Klartext Verlag, 2014, 221–232.

Georg Eckert setzte sich früh mit der Kritik aus den Kreisen der »Annales« auseinander, wie aus einem Brief an den Annales-Historiker Henri Brunschwig vom August 1950 hervorgeht:

Wir in Deutschland bemühen uns außerdem, in dem von Ihnen vertretenen Sinn eine stärkere Berücksichtigung der Kultur-, Sozial- und Wirtschaftsgeschichte zu erreichen, wenn wir auch aus naheliegenden Gründen nicht ganz auf die politische Geschichte verzichten können.⁶⁶

Nach dem »Dritten Reich« und dem Ausbruch des Kalten Krieges spielte nach Meinung von Eckert die Politikgeschichte in den politischen Auseinandersetzungen eine derartig wichtige Rolle, »daß wir gerade viele irrige Auffassungen berichtigen müssen«.⁶⁷ Der Eindruck eines politikgeschichtlichen Übergewichts mag entstanden sein, weil bei der ersten Deutsch-Französischen Tagung für den Geschichtsunterricht in Freiburg⁶⁸ (8. bis 19. August 1950) die »Großen Männer« der deutschen und französischen Geschichte (Karl der Große, Richelieu, Napoleon, Bismarck u. a.) sowie die Außenbeziehungen im Mittelpunkt standen. Eckert ging es jedoch immer auch um einen erweiterten Blick auf die Geschichte, wie er Alfred Grosser 1954 schrieb:

Wir glauben, daß durch die veränderte Konzeption – mehr Kultur – statt rein politischer Geschichte, Einbettung der Nationalgeschichte in die europäische, ja Universalgeschichte usw. – auch das französisch-deutsche Verhältnis entscheidend anders dargestellt werden wird.⁶⁹

Wenn sich sicherlich über die einen und anderen Kritikpunkte von Vilar und anderen diskutieren lässt, so waren sie aber auch nicht frei von propagandistischen Zielsetzungen, die immer im Zusammenhang mit der Politik der Kommunistischen Partei Frankreichs (PCF) gegen die westdeutsch-französische Annäherung in den 1950er Jahren zu verstehen ist. So forderte die *Fédération de l'Éducation Nationale* (FEN) die französische Regierung auf, die Ratifizierung des deutsch-französischen Kulturabkommens vom 23. Oktober 1954 hinauszuschieben.⁷⁰ Besonderes Missfallen hatte der Artikel 13 ausgelöst, der vorsah, »daß aus den Lehrbüchern, insbesondere den Geschichtsbüchern, jede Bewertung entfernt

66 Georg Eckert an Henri Brunschwig, 26. August 1950, NLA. Staatsarchiv Wolfenbüttel, 143 N, Zg. 2009/069, 207/2.

67 Eckert an Brunschwig, 22. Mai 1950, NLA. Staatsarchiv Wolfenbüttel, 143 N, Zg. 2009/069, 207/2.

68 Ausarbeitung zu Freiburg, NLA. Staatsarchiv Wolfenbüttel, 143 N, Zg. 2009/069, 212/2.

69 Georg Eckert an Alfred Grosser, 3. April 1954, NLA. Staatsarchiv Wolfenbüttel, 143 N, Zg. 2009/069, 212/1.

70 Vgl. Margarete Sturm, »Un texte tombé dans l'oubli: l'accord culturel franco-allemand du 23 octobre 1954«, in: *Allemagne d'aujourd'hui* 84 (1983), 9–22; Ulrich Lappenküper, »Sprachlose Freundschaft? Zur Genese des deutsch-französischen Kulturabkommens vom 23. Oktober 1954«, in: *Lendemains* 21, 84 (1996), 67–82.

wird, die durch ihren emotionalen Charakter dem guten Einvernehmen zwischen den beiden Völkern schaden könnte.⁷¹ Die FEN befürchtete nun, dass aus den Geschichtslehrbüchern jegliche Erinnerungen auf den dreimaligen Überfall der »deutschen Militaristen« auf Frankreich innerhalb von 70 Jahren gestrichen und Verweise auf Auschwitz und Oradour unter den Tisch gekehrt werden könnten.⁷² Édouard Bruley begegnete dieser Kritik umgehend in *Le Monde* und verwies auf den zivilgesellschaftlichen Charakter der Lehrbuchgespräche, die den politischen Initiativen vorausgegangen seien: »Les historiens français et allemands n'ont donc pas attendu la convention de 1954 pour rechercher en commun la vérité historique et s'efforcer de bannir toute appréciation passionnée.«⁷³

Das deutsch-französische Kulturabkommen blieb jedoch gerade an den Universitäten im Fokus der Kritik, weil dieses sich auf die Beziehungen zur Bundesrepublik beschränke und offizielle wissenschaftliche Kontakte zur DDR nicht vorsehe.⁷⁴ Und so gerieten auch die deutsch-französischen Lehrbuchgespräche unter den Einfluss des Kalten Krieges und der ideologischen Konfrontation, wie wir im nächsten Abschnitt sehen werden.

Georg Eckert und die deutsch-deutsch-französischen Historikerbeziehungen im Kalten Krieg

Pierre Vilar hatte seine Kritik in »Die Revision der Schulbücher, die internationalen Begegnungen von Historikern und die Völkerverständigungen«⁷⁵ für ein deutsches Publikum in einer Zeitschrift veröffentlicht, die – laut Eckert⁷⁶ – von der DDR finanziert werde. *Schule und Nation* war das Publikationsorgan des »Schwelmer Kreises«⁷⁷, der von dem Reformpädagogen Fritz Helling geleitet

71 »Kulturabkommen zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Französischen Republik, 23. Oktober 1954«, in: Horst Möller und Klaus Hildebrand (Hg.), bearb. von Ulrich Lappenküper, *Die Bundesrepublik Deutschland und Frankreich: Dokumente 1949–1963, Bd. 1: Außenpolitik und Diplomatie*, München: Saur, 1997, Nr. 40, 184ff.

72 »Ce qu'il faut savoir sur la convention culturelle franco-allemande«, in: *L'Humanité*, 5. November 1954.

73 »Les rencontres de professeurs français et allemands«, in: *Le Monde*, 9. November 1954.

74 Vgl. Henri Reynaud, *Les relations universitaires entre la France et la République fédérale d'Allemagne de 1945 à 1978*, Bonn/Paris: Office allemand d'échanges universitaires 1979.

75 Pierre Vilar, »Die Revision der Schulbücher, die internationalen Begegnungen von Historikern und die Völkerverständigungen«, in: *Schule und Nation* 1, 2 (1954/55), 15–28.

76 Georg Eckert an Charles Hagenmüller (Haut-commissariat français en Allemagne, DGAC, Service de l'enseignement et des œuvres), 20. Oktober 1954, NLA. Staatsarchiv Wolfenbüttel, 143 N, Zg. 2009/069, 207/1.

77 Vgl. Burkhard Dietz (Hg.), *Fritz Helling, Aufklärer und politischer Pädagoge im 20. Jahrhundert. Interdisziplinäre Beiträge zur intellektuellen Biographie, Wissenschaftsgeschichte*

wurde und sich für die Verständigung zwischen Ost und West einsetzen wollte. Anders als die im Nachbarort Wuppertal von Gustav Heinemann und seinem Schüler Johannes Rau gegründete Gesamtdeutsche Volkspartei arbeitete Helling eng mit dem SED-Regime zusammen und verteidigte es mit blindem Idealismus. Er wurde in der Ära Adenauer vom Verfassungsschutz überwacht und in seiner Arbeit behindert, was Helling und seine Mitstreiter aber nicht davon abhielt, Einladungen in die DDR anzunehmen. Dass die DDR ab Mitte der 1950er Jahre ihre Anerkennungspolitik gegenüber dem »Schwerpunktland« Frankreich ausbaute und parallel der »Schwelmer Kreis« seine Kontaktarbeit in Frankreich intensivierte und dabei durchaus Erfolge verzeichnen konnte,⁷⁸ wird kein Zufall gewesen sein, sondern deutet auf abgestimmte Aktivitäten zwischen Helling und den verantwortlichen ostdeutschen Stellen hin.

Nachdem es Anfang 1956 in Bad Salzuflen zu einer von der Studiendirektorin Charlotte Niederhommert organisierten Tagung gekommen war, an der neben west- und ostdeutschen Geschichtslehrern auch Paul Vilar gemeinsam mit einem französischen Kollegen und einer »der KP nahestehenden Historikerin«⁷⁹ teilgenommen hatten, folgte kurz darauf eine vom »Schwelmer Kreis« veranstaltete Tagung in Braunschweig (September 1956). Die Wahl des Tagungsortes war zweifellos bewusst gewählt worden,⁸⁰ um den Eindruck zu erwecken, das Zusammentreffen stünde im Zusammenhang mit Eckerts Institut, wie Otto-Ernst Schüddekopf gleichzeitig an Jacques Droz und André Bossuat schrieb:

Wir möchten daher nicht versäumen, unsere französischen Kollegen im Vorhinein darauf hinzuweisen, daß der Plan und die Organisation dieser Tagung mit uns in keinerlei Zusammenhang stehen. Wir teilen das mit, um zu vermeiden, daß die französischen Herren mit falschen Voraussetzungen nach Braunschweig kommen.⁸¹

Während Vilar nach Braunschweig reiste, hielten sich Jacques Droz und Georg Eckert trotz der an ihn ergangenen Einladung von der Veranstaltung fern, was Eckert mit folgenden Worten begründete:

Ich bin nicht grundsätzlich gegen Gespräche mit dem Osten und wäre sehr gern bereit, mich etwa mit Polen und gegebenenfalls Sowjetrussen zu unterhalten. Ich

und Pädagogik, Frankfurt am Main u. a.: Peter Lang, 2003; Fritz Helling, *Mein Leben als politischer Pädagoge* [eingeleitet und kommentiert von Burkhard Dietz], Frankfurt am Main u. a.: Peter Lang, 2007.

78 Jacques Droz an Georg Eckert, 20. März 1958, NLA. Staatsarchiv Wolfenbüttel, 143 N, Zg. 2009/069, 207/1.

79 Aufzeichnung über ein Gespräch mit Édouard Bruley vom 17./18. Februar 1956, NLA. Staatsarchiv Wolfenbüttel, 143 N, Zg. 2009/069, 207/1.

80 Georg Eckert an Marc Bonnet, 30. August 1956, NLA. Staatsarchiv Wolfenbüttel, 143 N, Zg. 2009/069, 207/1.

81 Otto-Ernst Schüddekopf an André Bossuat und Jacques Droz, 19. September 1956, NLA. Staatsarchiv Wolfenbüttel, 143 N, Zg. 2009/069, 207/1.

glaube dagegen nicht, daß es Sinn hat, mit Kulturfunktionären zu sprechen, die gerade im Augenblick in der Ostzone auf eine ganz scharfe Linie gebracht worden sind. Herr Dr. Helling ist ohne Frage ein großer Idealist, den ich achte, von dem ich aber fürchte, daß er missbraucht wird. Aus Westdeutschland werden kaum repräsentative Geschichtslehrer kommen.⁸²

Die Aktivitäten des »Schwelmer Kreises« sind nicht nur ein Kapitel der deutsch-deutschen Bildungs- und Konkurrenzgeschichte während des Kalten Krieges, sondern unterstreichen aufgrund der französischen Beteiligung ein weiteres Mal den Dreieckscharakter der deutsch-deutsch-französischen Beziehungen in diesen Jahrzehnten. Um den westdeutschen Alleinvertretungsanspruch und die sich daraus ergebende Hallstein-Doktrin zu unterlaufen, unternahm die DDR gemeinsam mit ihrem westdeutschen Partner außerordentliche Anstrengungen, um offizielle Kontakte zu französischen Historikern und Geschichtslehrern aufzunehmen.⁸³

Für Bruley und andere französische Kollegen spielte Eckert in diesem Kontext die Rolle des Gewährsmanns, der von seinen nichtkommunistischen französischen Kollegen immer wieder herangezogen wurde, um sie mit der deutsch-deutschen Systemkonkurrenz vertraut zu machen. Eckert selber lag dabei auf der antikommunistischen Linie des 1952 verstorbenen Kurt Schumacher, wie aus einem Briefwechsel mit Bruley hervorgeht, der Anfang 1955 von dem ostdeutschen Geschichtsdidaktiker Friedrich Weitendorf zur Kontaktaufnahme in die DDR eingeladen wurde und Eckert um Rat fragte, ob ein solcher Besuch die westdeutschen Kollegen verärgern könnte.⁸⁴ Eckert riet ihm von einer Einladung durch »einen kommunistischen Funktionär« ab und begründete seine Haltung mit folgenden Worten:

Wir wollen Sie natürlich in keiner Weise beeinflussen, obwohl ich mir von einer solchen Kontaktnahme nichts verspreche außer Mißdeutungen und vielleicht Unannehmlichkeiten für Sie, da man nie weiß, wie ein solcher Kontakt im Osten propagandistisch ausgewertet wird. Ich würde Ihnen daher fast raten abzusagen.⁸⁵

Dass Bruley Ostern 1956 trotzdem zu einer Tagung in die DDR reiste, an der neben ihm »2 kommunistische und 2 antikommunistische Historiker und Ge-

82 Georg Eckert an Jacques Droz, 31. März 1958, NLA. Staatsarchiv Wolfenbüttel, 143 N, Zg. 2009/069, 207/1.

83 Vgl. allgemein: Ulrich Pfeil, *Die »anderen« deutsch-französischen Beziehungen. Die DDR und Frankreich 1949–1990* (Zeithistorische Studien des Zentrums für Zeithistorische Forschung Potsdam. Bd. 26), Köln: Böhlau, 2004; Anne Kwaschik und Ulrich Pfeil (Hg.), *Die DDR in den deutsch-französischen Beziehungen*, Brüssel: Peter Lang, 2013.

84 Édouard Bruley an Georg Eckert, 17. März 1955, NLA. Staatsarchiv Wolfenbüttel, 143 N, Zg. 2009/069, 207/1.

85 Eckert an Bruley, 19. März 1955, NLA. Staatsarchiv Wolfenbüttel, 143 N, Zg. 2009/069, 207/1.

schichtslehrer« teilnahmen,⁸⁶ sollte nicht als Zeichen für eine Nähe zur DDR verstanden werden, sondern eher als Zugeständnis an den französischen Geschichtslehrerverband, in dem der kommunistische Flügel stark vertreten war. Gleichzeitig spricht es aber auch für einen unbefangeneren Umgang mit dem Kommunismus auf französischer Seite, was sich genauso bei Droz nachweisen lässt, der im Juni 1959 eine Einladung von Walter Markov nach Leipzig annahm, wohin er dann gemeinsamen mit seinen Kollegen Albert Soboul, Maurice Baumont und Georges Castellan reiste. Die ostdeutsch-französischen Historikerbeziehungen blieben jedoch immer auf niedrigem Niveau und konnten nie eine institutionelle Tiefe erlangen, so dass sich auch keine dauerhaften Strukturen im Bereich der Schulbuchgespräche entwickeln konnten.⁸⁷

Fazit

Aber unsere Anstrengungen, die wir gemeinsam unternommen haben, trugen bereits ihre ersten Früchte und mit großer Befriedigung können wir uns sagen, daß vielleicht dank unserer Arbeit besseres Verständnis und Freundschaft zwischen unseren beiden Völkern zum Ausdruck kam. Wir waren Männer guten Willens, und das ist ein sehr schöner Titel. Auch ich möchte diesen Abend erwähnen, bei dem, mein lieber Eckert, die Kollaboration begann, diesen Ausdruck rehabilitierte, der während des Krieges so verhaßt war.⁸⁸

Bruleys Rückschau aus dem Jahre 1958 wirft ein anschauliches Bild auf die deutsch-französischen Lehrbuchgespräche und den Status, den Georg Eckert sich bei den französischen Kollegen und Partnern erworben hatte. Er zählte in der Nachkriegszeit in der Tat zu jenen wenigen »Männern guten Willens«, die es sich – anfänglich noch gegen den Mainstream – zum Ziel gemacht hatten, über zivilgesellschaftliche Aktivitäten die Beziehungen der Bundesrepublik und Frankreich und ihren Gesellschaften nach den Schrecken des Krieges auf eine neue soziale und emotionale Grundlage zu stellen.⁸⁹ Eckert gehörte damit zu einer Generation jener Mittler, die ab Ende der 1940er Jahre in jene entstehenden

86 Aufzeichnung über ein Gespräch mit Édouard Bruley vom 17./18. Februar 1956, NLA. Staatsarchiv Wolfenbüttel, 143 N, Zg. 2009/069, 207/1.

87 Vgl. Ulrich Pfeil, »Échanges et transferts culturels malgré le rideau de fer? Les relations entre historiens français et est-allemands«, in: Pierre Behar, Michel Grunewald (Hg.), *Frontières, transferts, échanges transfrontaliers et interculturels. Actes du XXXVI^e Congrès de l'AGES*, Bern: Peter Lang, 2005, S. 579–594.

88 Bruley an Eckert, 27. Januar 1958, NLA. Staatsarchiv Wolfenbüttel, 143 N, Zg. 2009/069, 207/1.

89 Vgl. allgemein zu dem sich nach 1945 herausgebildeten sozio-kulturellen Netzwerk zwischen Deutschland und Frankreich: Nicole Colin, Corine Defrance, Ulrich Pfeil und Joachim Umlauf (Hg.), *Lexikon der deutsch-französischen Kulturbeziehungen nach 1945*, Tübingen: Narr Verlag, 2. Auflage, 2015.

Mittlerstrukturen hineinwachsen,⁹⁰ deren Wirken im Rahmen der Professionalisierung der transnationalen Beziehungen von den Historikern bislang nur am Rande wahrgenommen wurde.⁹¹ Eckerts Einsatz für die Revision von Geschichtsbildern geschah dabei an einer Schnittstelle zwischen Politik, Kultur und Wissenschaft und ermöglicht einen mikrohistorischen und akteurszentrierten Blick auf die deutsch-französische Verständigung und Wissenschaftskooperation. Waren Fragen nach Unterschieden und Gemeinsamkeiten in der Vergangenheit zumeist zur Klärung von »Nationalcharakteren« gestellt worden, so hatte sich bei Eckert und seinen Partnern nach 1945 die Einsicht durchgesetzt, dass das Fremde keine festgelegte Größe und keine Eigenschaft von Personen oder Gegenständen ist, sondern eine Form des Sich-in-Beziehung-Setzens. Hatten seit dem neunzehnten Jahrhundert Geschichtsbilder und konstruierte Mythen (Stichwort »Erbfeindschaft«) den Rhein immer breiter werden lassen, so wurde unter der Ägide von Eckert nun der Versuch unternommen, eine konsensfähige Interpretation der Vergangenheit zu finden, die keine einheitliche Sicht auf die Geschichte hervorbringen, aber doch »zu kompatiblen Versionen der gemeinsamen Geschichte führen« sollte.⁹² Parallele konvergente politische Entscheidungen und Prozesse wie der Schuman-Plan, die Europäische Integration und eine sich langsam etablierende deutsch-französische Kooperation auf den verschiedenen Ebenen erleichterten es Georg Eckert dabei, die Geschichte und ihre Vermittlung zu einem Vektor von Verständigung, Versöhnung und Zusammenarbeit zwischen (West-)Deutschland und Frankreich zu machen.

90 Vgl. zur Definition Katja Marmetschke, »Mittlerpersönlichkeiten. Neuere biographische Arbeiten zur Mittlerfunktion zwischen Frankreich und Deutschland«, in: *Lendemains* 25, 98/99 (2000), 239–257.

91 Vgl. dazu Hans Manfred Bock, »Vom Beruf des kulturellen Übersetzens zwischen Deutschland und Frankreich, oder Versagen die Mittler?«, in: *Lendemains* 22, 86/87 (1997), 8–19, 12 ff.; Dietmar Hüser, Ulrich Pfeil, »Einleitung: Populärkulturelle Mittler und deutsch-französisches Verhältnis nach 1945. Spannungsfelder und Forschungsperspektiven transnationaler Populärkultur«, in: dies. (Hg.), *Populärkultur und deutsch-französische Mittler / Culture de masse et médiateurs franco-allemands. Akteure, Medien, Ausdrucksformen / Acteurs, médias, articulations* (Jahrbuch des Frankreichzentrums der Universität des Saarlandes, Bd. 14 (2014), Bielefeld: transcript, 2015, 15–50.

92 Christoph Conrad und Sebastian Conrad, »Wie vergleicht man Historiographien«, in: dies. (Hg.), *Die Nation schreiben: Geschichtswissenschaft im internationalen Vergleich*, Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht, 2002, 11–45, 15.

Georg Eckert und die Neue Ostpolitik: Deutsch-Polnische Annäherungen

»Wenn die allgemeine politische Entwicklung uns nicht einen Strich durch die Rechnung macht, können wir einen wesentlichen Beitrag zur Neuordnung des Verhältnisses unserer beiden Völker [Deutsche und Polen, Anm. d. Autors] leisten«,¹ so schrieb Georg Eckert im März 1972 wenige Tage nach der ersten deutsch-polnischen Schulbuchkonferenz an seinen späteren Nachfolger im Amt des deutschen Vorsitzenden der Schulbuchkommission, Walter Mertineit.

Die Anbahnung und Mitbegründung der Gemeinsamen Deutsch-Polnischen Schulbuchkommission gehört zu den wichtigsten und anschaulichsten Beispielen von Georg Eckerts Engagement im Bereich der Neuen Ostpolitik. Er erfuhr in seinem Wirkungsbereich der auswärtigen Kulturpolitik vielfältig die Ausformungen, Veränderungen und Rückschläge dieser Neuen Ostpolitik, die die SPD in die Große Koalition (1966 bis 1969) einbrachte. Diese veränderte, da flexiblere und aktivere Ostpolitik beruhte auf zwei Pfeilern: Zum einen sollte die Anerkennung des Status Quo Grundlage für einen Austausch zwischen den Systemen sein; zum anderen sollte der Warschauer Pakt nicht durch eine Politik der Stärke, sondern durch Kooperation und Dialog an den Westen herangeführt, geöffnet und dadurch transformiert werden.²

Georg Eckert war kein Experte für die Geschichte der deutsch-polnischen Beziehungen und sprach auch kein Polnisch. Inwiefern er dennoch von Mitte der 1950er Jahre bis zu seinem Tod im Januar 1974 zu einem der wichtigsten kulturpolitischen Akteure in den Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Volksrepublik Polen wurde, soll im Rahmen dieses Aufsatzes beleuchtet werden. Der Name Georg Eckert verbindet sich dabei mit allen wichtigen Stationen des deutsch-polnischen Schulbuchdialogs in diesem Zeit-

1 Georg Eckert an Walter Mertineit, 7. März 1972, Archiv des Georg-Eckert-Instituts Braunschweig (AGEI), Bd. 427. Die Nummerierung der Bände entspricht derer vor der Übergabe des Archivs an das Niedersächsische Staatsarchiv Wolfenbüttel.

2 Vgl. Gottfried Niedhart, »Revisionistische Elemente und die Initiierung friedlichen Wandels in der neuen Ostpolitik 1967–1974«, in: *Geschichte und Gesellschaft* [Sonderheft], 28 (2002), 233–266, 236–243.

raum: Von ersten vorsichtigen Versuchen in den 1950er Jahren, über die Kontaktaufnahme und Anbahnung von Schulbuchgesprächen in den 1960er Jahren im Rahmen der UNESCO bis hin zu den schwierigen Anfängen und der zögernden Institutionalisierung als Deutsch-Polnische Schulbuchkommission Anfang der 1970er Jahre. Diesen Phasen soll im Folgenden unter der Frage nachgegangen werden, von welchen politischen Annahmen und Zielen Eckerts Handeln geleitet war, wie er sich seine nationalen und internationalen Netzwerke zunutze machte und was seine Bedeutung für den deutsch-polnischen Dialog über Bildungsfragen ausmachte.

Eckert und der frühe deutsch-polnische Schulbuchdialog

Erste Schritte blockübergreifender Kontaktaufnahme war Eckert bereits Jahre vor Willy Brandts berühmter Tutzingener Rede von 1961 zum »Wandel durch Annäherung« gegangen. Der Oldenburger Gymnasiallehrer Enno Meyer nahm 1953 Kontakt zu Georg Eckert auf, der erst zwei Jahre zuvor in Braunschweig das Internationale Institut für Schulbuchverbesserung gegründet hatte und regte eine Initiative an, im Geschichtsunterricht der Bundesrepublik zu neuen Darstellungen über die deutsch-polnische Beziehungsgeschichte zu kommen. Eckert zeigte sich aufgeschlossen, aber wenig konkret:

Die Frage der deutsch-polnischen Beziehungen interessiert uns ganz außerordentlich, und wir haben auch schon lange darüber nachgedacht, was man auf diesem Gebiete tun kann. Leider sind wir bisher zu keinen konkreten Ergebnissen gekommen, weil es in den Emigrantengruppen keine wirklich repräsentativen polnischen Historiker gibt. Polnische Geschichtsbücher haben wir in unserem Archiv nicht.³

In der Folge nahm Enno Meyer sowohl Kontakt zu polnischen Exilhistorikern als auch zu verschiedenen Osteuropaexperten in der Bundesrepublik auf, die ihn bei der Abfassung seiner Thesen berieten.⁴ Das Braunschweiger Schulbuchinstitut, das 1953 noch eher unverbindlich auf Meyers Anfrage reagiert hatte, machte ihm im Herbst 1954 das Angebot, seine Thesen im *Internationalen Jahrbuch für Geschichtsunterricht* zu veröffentlichen.⁵ Das »Kuratorium Unteilbares Deutschland«, mit dem Eckert eng verbunden war, war es schließlich, das den entsprechenden Sonderdruck finanzierte und im Rahmen

3 Georg Eckert an Enno Meyer, 7. September 1953, zit. n. Enno Meyer, *Wie ich dazu gekommen bin. Die Vorgeschichte der deutsch-polnischen Schulbuchgespräche 1948–1971*, Braunschweig: Georg-Eckert-Institut für Internationale Schulbuchforschung, 1988, 22.

4 Dazu gehörten unter anderem Herbert Ludat (Münster) und Otto Forst de Battaglia (Wien); Meyer, *Wie ich dazu gekommen bin*, 22–27.

5 Ebd., 27.

seiner Jahrestagung 1955 eine Arbeitstagung ermöglichte, auf der Meyers Thesen mit dem Autor und unter anderem mit Georg Eckert, dessen Assistent Otto-Ernst Schüddekopf sowie Werner Conze (Heidelberg), Herbert Ludat (Münster) und Joachim Freiherr von Braun (Göttinger Arbeitskreis) beraten und akzeptiert wurden.⁶

Enno Meyers Thesen⁷ wurden von Historikern in Polen, im Exil und in beiden deutschen Staaten stark rezipiert und kontrovers diskutiert – in der Bundesrepublik eher verhalten, in Polen kritisch, in der DDR mit scharfer Polemik.⁸ Die deutliche Mehrheit der Wortmeldungen würdigte Meyers Initiative und den Versuch, ein deutsch-polnisches Gespräch über Fragen der gemeinsamen Vergangenheit in Gang zu setzen. Bald aber wurde klar, dass die Auffassungen polnischer und deutscher Historiker in vielen Fragen noch weit auseinander lagen und dass das sich verhärtende politische Klima in Polen tiefergehende Kontakte vorerst unmöglich machte. An einigen Schwächen und tendenziell stärker deutschen Perspektiven der 47 Thesen dürfte es somit nicht gelegen haben, dass nach dem ersten grenzübergreifenden Austausch von Meinungen der Dialog recht abrupt zu einem Ende kam.⁹ Zwar legte das Internationale Schulbuchinstitut wegen der großen Nachfrage eine zweite und 1960 eine dritte Auflage von Enno Meyers Thesen auf, verwies aber in der Folge darauf, ein Treffen interessierter deutscher und polnischer Historiker werde »für längere Zeit einfach daran scheitern, dass die Polen nicht kommen können, wenn wir nicht gleichzeitig Historiker der DDR einladen, was wiederum für uns unmöglich ist. Es dürfte also vorläufig bei der schriftlichen Diskussion bleiben, so sehr wir das bedauern«, so Otto-Ernst Schüddekopf im Mai 1960.¹⁰ Auch Eckert selbst

6 Eugen Lemberg (Wiesbaden), Werner Markert und Georg von Rauch (Marburg) hatten abgesagt, aber grundsätzliche Zustimmung signalisiert; Ebd., 28f.

7 Enno Meyer, »Über die Darstellung der deutsch-polnischen Beziehungen im Geschichtsunterricht«, in: *Internationales Jahrbuch für Geschichtsunterricht* 5 (1956), 225–243.

8 Vgl. exemplarisch: Gotthold Rhode, »Einige Bemerkungen zu Enno Meyers Beitrag«, in: *Internationales Jahrbuch für Geschichtsunterricht* 5 (1956), 267–273; Gerard Labuda, »Ein Versuch, die deutsch-polnischen Beziehungen im Unterricht neu darzustellen«, in: *Internationales Jahrbuch für Geschichtsunterricht* 6 (1957/1958), 311–324, Ewa Maleczynska und Kazimierz Popiołek, »Zu den westdeutschen Thesen über die Darstellung der polnisch-deutschen Beziehungen im Geschichtsunterricht«, in: *Internationales Jahrbuch für Geschichtsunterricht* VI, (1957), 337–346; Felix-Heinrich Gentzen, »Rezension zu E. Meyer, Über die Darstellung der deutsch-polnischen Beziehungen im Geschichtsunterricht«, in: *Zeitschrift für Geschichtswissenschaft* 6 (1957), 1309–1319.

9 Ablesbar waren diese deutschen Perspektiven etwa bei der negativen Beurteilung der polnischen Adelsrepublik oder der deutsch-polnischen Grenzregelungen im Gefolge von Versailles. Meyer, *Über die Darstellung der deutsch-polnischen Beziehungen im Geschichtsunterricht*, 235 und 239–241.

10 Otto-Ernst Schüddekopf an Enno Meyer, 4. Mai 1960, Dokumente Prof. Krzysztof Ruchniewicz (Wrocław). K. Ruchniewicz sei herzlich für die Übermittlung seiner Dokumentation zu der Thematik gedankt.

war der Meinung, Meyers überarbeitete Thesen erst einmal unter bundesdeutschen Historikern kursieren zu lassen und auf günstigere politische Umstände zu warten:¹¹ »Bei der angespannten Lage im Augenblick würden wir unsere polnischen Freunde nur in Schwierigkeiten bringen«, schrieb er im Sommer 1961.¹² Erst 1963 knüpfte das Schulbuchinstitut anlässlich eines Vortrags von Gotthold Rhode in Braunschweig wieder an das Projekt einer Neufassung von Meyers Thesen an.¹³ In den nächsten Jahren kam man aber nicht recht weiter, was Georg Eckert seinerzeit erläuterte:

Die Polen befinden sich unter starkem politischem Druck und können eine westdeutsche Schrift, die von den sowjetzonalen Stellen auf das heftigste angegriffen wird, beim besten Willen nicht übersetzen. So, wie die Dinge im Augenblick stehen, ist eine freie Diskussion zwischen Polen und Wissenschaftlern aus der Bundesrepublik noch nicht denkbar. Wir müssen eben sehr viel Geduld haben und auf lange Sicht arbeiten. Wichtig ist, daß die geistig maßgeblichen Historiker begreifen, daß auf unserer Seite der Wille zur Verständigung besteht und daß das Mißtrauen und der Haß, die in den letzten Jahrzehnten entstanden sind, nach und nach abgebaut werden.¹⁴

Georg Eckert, der sich seit 1957 regelmäßig mit dem Osteuropa-Historiker Gotthold Rhode in deutsch-polnischen Fragen austauschte,¹⁵ sah Ende der 1950er und in der ersten Hälfte der 1960er Jahre offensichtlich wenig Sinn darin, weiter auf direkte bundesdeutsch-polnische Historikergespräche in Schulbuchfragen zu drängen oder die Arbeiten erst einmal auf der bundesdeutschen Seite zu intensivieren, sondern wollte auf günstigere politische Rahmenbedingungen warten: »Ich glaube, es ist unter diesen Umständen das beste, wenn man das indirekte Gespräch, wie wir es jetzt führen, noch 1–2 Jahre fortsetzt, es sei denn, daß die allgemeine Lage sich wesentlich ändert.«¹⁶

Eckert und die Politik der Entspannung

Ab Anfang der 1960er Jahre änderten sich wichtige Rahmenbedingungen im Verhältnis von der Bundesrepublik Deutschland und der Volksrepublik Polen. In einer Entschließung des Bundestages vom 14. Juni 1961 hieß es, man wolle »ohne Preisgabe lebenswichtiger deutscher Interessen zu einer Normalisierung der

11 Dies ließ Eckert über Schüddekopf ausrichten. Otto-Ernst Schüddekopf an Enno Meyer, 15. Juni 1970, Dokumente Ruchniewicz.

12 Georg Eckert an Enno Meyer, 15. August 1961, Dokumente Ruchniewicz.

13 Otto-Ernst Schüddekopf an Enno Meyer, 10. Januar 1963, Dokumente Ruchniewicz.

14 Georg Eckert an Veronika Wolff, 4. November 1963, AGEI, Bd. 433. Veronika Wolff, Lehrerin in Hofgeismar, hatte nach einer polnischen Übersetzung von Enno Meyers Thesen gefragt.

15 Vgl. die Korrespondenz in: AGEI, Bd. 433; BArch N 1445/146.

16 Georg Eckert an Gotthold Rhode, 13. Januar 1958, BArch N 1445/146.

Beziehungen zwischen der Bundesrepublik und den osteuropäischen Staaten gelangen« und einen »weiteren Ausbau auf wirtschaftlichem, humanitärem und kulturellen Gebiet« anstreben.¹⁷ Auch den Strategen polnischer Deutschlandpolitik wurde immer deutlicher, dass eine für Polen befriedigende Lösung der »Deutschen Frage« nur im Laufe eines langfristigen Prozesses von Abrüstung und Entspannungspolitik erreicht werden könne. In beiden Gesellschaften kam es im Laufe der 1960er Jahre zu einem Wandel der Einstellungen gegenüber dem Nachbarland – die Denkschrift der Kammer der Evangelischen Kirche Deutschlands *Die Lage der Vertriebenen und das Verhältnis des deutschen Volkes zu seinen östlichen Nachbarn*, der Briefwechsel zwischen den polnischen und deutschen Bischöfen 1965 und das Bensberger Memorandum von 1968 waren hierfür prominente Beispiele. 1967 nahm die Bundesrepublik diplomatische Beziehungen mit Rumänien auf, 1968 mit Jugoslawien. Die Niederschlagung des Prager Frühlings durch Truppen des Warschauer Paktes war ein Rückschlag für die Neue Ostpolitik und zugleich Bestätigung für deren Kritiker. Nachdem im September 1969 SPD und FDP gemeinsam die Bundesregierung gebildet hatten, war die Möglichkeit einer Neuformulierung der bundesdeutschen Osteuropapolitik gegeben. Am 7. Dezember 1970 unterzeichneten – wenige Monate nach den Moskauer Verträgen – in Warschau Ministerpräsident Józef Cyrankiewicz und Bundeskanzler Willy Brandt den Warschauer Vertrag. Dieser zeigte den Willen beider Seiten, die Grundlagen zur Normalisierung ihrer gegenseitigen Beziehungen zu legen und wirkte als Katalysator für die Entspannungspolitik der 1970er Jahre.

Ihren Niederschlag fanden diese Entwicklungen auch im Bereich der Kulturpolitik: Ab Anfang der 1960er Jahre bereits waren Ost-West-Fragen im Unterausschuss für Schulbuchfragen beim Erziehungsausschuss der Deutschen UNESCO-Kommission, dem ab 1956 Georg Eckert vorstand, Thema.¹⁸ 1962 hatte Eckert die Abfassung einer Denkschrift vorgeschlagen, in der Beurteilungen bundesdeutscher Schulbücher durch ausländische Gutachter zusammengestellt werden könnten, um möglichen Angriffen seitens der Ostblockstaaten begegnen zu können; auch in den kommenden Jahren bemühte er sich darum, harscher Schulbuchkritik von Seiten der DDR und anderer sozialistischer Länder moderat zu begegnen.¹⁹ Die politische Abteilung des Auswärtigen Amtes hatte für Kon-

17 Zit.n. Janusz J. Węc, »Die Deutschlandpolitik Polens 1945–1991. Die deutsche Frage aus polnischer Sicht«, in: Dieter Bingen und ders. (Hg.), *Die Deutschlandpolitik Polens 1945–1991. Von der Status-Quo-Orientierung bis zum Paradigmenwechsel* (= *Zeszyty naukowe Uniwersytetu Jagiello*; Nakładem Uniw. Jagiellońskiego, 1993), 11–117, 73.

18 Vgl. Protokoll Sitzung des Unterausschusses für Schulbuchfragen beim Erziehungsausschuss der DUK 1. Juli 1971, BAArch B 336/281.

19 Dem vorausgegangen war scharfe Kritik von amerikanischer Seite an den bundesdeutschen

takte zwischen der Bundesrepublik Deutschland und Ländern des Warschauer Paktes auf der Ebene der UNESCO »grünes Licht« gegeben und der Deutschen UNESCO-Kommission (DUK) mitgeteilt, es gebe »keine politischen Bedenken gegen eine solche Kontaktaufnahme.«²⁰ Auf Grundlage eines Beschlusses der 20. Hauptversammlung der DUK von 1964 führte Georg Eckert, ab Juni 1964 Präsident der Deutschen UNESCO-Kommission,²¹ am Rande der Generalkonferenz der UNESCO 1965 und einer Schulbuchverlegertagung in Paris mit Vertretern Polens, Rumäniens, Ungarns, Bulgariens und der Tschechoslowakei Gespräche über eine künftige Zusammenarbeit, die mit der ČSSR, Rumänien und Bulgarien für begrenzte Aufgabenbereiche gleich konkretisiert wurde.²² In einem Protokoll der Deutschen UNESCO-Kommission vom Mai 1965 wurde Georg Eckert mit Bezug auf Polen zitiert: »Am kühnsten war der Generalsekretär der polnischen Kommission, doch sei gerade in diesem Falle ein unmittelbares Ergebnis, die Einladung einer deutschen Delegation nach Polen, zu verzeichnen gewesen.«²³ Bereits Ende Juni 1965 reiste Eckert zu Gesprächen nach Warschau. Die polnischen Gesprächspartner – wie etwa Mitglieder des Zentralkomitees der Gewerkschaften – betonten, welche große Bedeutung die UNESCO als friedlicher Vermittler zwischen verschiedenen Mitgliedsstaaten spielen könne.²⁴ Kritischere Töne äußerte der Präsident der Polnischen UNESCO-Kommission, Stefan Wierbłowski, als er Eckerts optimistischen Ausführungen widersprach und sagte, der in der Deutschen UNESCO-Kommission zum Ausdruck kommende gute Wille sei nur der einer bescheidenen Minderheit, während sich die Mehrheit der bundesdeutschen Bevölkerung inklusive der SPD noch immer nicht von revanchistischen Strömungen distanziert habe.²⁵

Schulbüchern. Vgl. Aktenvermerk über Sitzung zur Vorbereitung der 12. Generalkonferenz 1962, BArch B 336/280.

20 Von Buddenbrock (AA/IV 2) an Reimers (DUK), 2. Januar 1964, PA AA, B 91, Bd. 422.

21 Georg Eckert wurde am 4. Juni 1964 zum Präsidenten der Deutschen UNESCO-Kommission gewählt.

22 Protokoll der 21. Hauptversammlung der DUK in Braunschweig, 6./7. Mai 1965, 18, PA AA, B 91, Bd. 171. Eckert fixierte zudem die Gesprächsergebnisse und sandte sie zum Zwecke größerer Verbindlichkeit an die jeweiligen nationalen UNESCO-Kommissionen. Vgl. Eckert an von Buddenbrock (AA), 16. Dezember 1964, PA AA, B 91, Bd. 422.

23 Protokoll der 21. Hauptversammlung der DUK in Braunschweig, 6./7. Mai 1965, 18, PA AA, B 91, Bd. 171.

24 Gedächtnisprotokoll über das Gespräch mit Herrn Grela (ZK der polnischen Gewerkschaften und Leiter der Abteilung für Internationale Verbindungen), 27. Juni 1965, Nr. 3, PA AA, Zwischenarchiv, Bd. 104523.

25 Protokoll Mechthild Fischer (Sekretariat der DUK) über ein Gespräch zwischen Wierbłowski und Eckert vom 16. Juli 1965, Nr. 2, PA AA, Zwischenarchiv, Bd. 104523.

Die UNESCO als Plattform des blockübergreifenden Dialogs

In den folgenden Jahren wurde der Dialog zwischen Vertretern der Ostblockstaaten und der Deutschen UNESCO-Kommission fortgesetzt: Auf den Generalkonferenzen 1966 und 1967 führte Eckert Gespräche mit Vertretern Rumäniens, Ungarns, Bulgariens und der Tschechoslowakei über eine mögliche Zusammenarbeit.²⁶ Wie mit dem Wunsch dieser Staaten für eine Intensivierung der Kontakte umzugehen sei, war auf deutscher Seite allerdings nicht unumstritten. Das Auswärtige Amt argumentierte, die Kontakte der UNESCO-Kommissionen sollten als »Informationsquelle« genutzt werden, jegliche offizielle Vereinbarungen zum Kulturaustausch seien aber zwischen den Regierungen zu treffen.²⁷ Ein »Umgehen der deutschen amtlichen Stellen« und multilaterale Kulturbeziehungen seien nicht hinzunehmen.²⁸ Der Ständige Delegierte der Bundesrepublik bei der UNESCO widersprach dieser Sichtweise und verwies darauf, im »Vertrauen in unser politisches und ideologisches Stehvermögen« sei eine multilaterale Intensivierung der kulturpolitischen Beziehungen zu den Ostblockstaaten wünschenswert.²⁹ 1968 unterzeichnete Georg Eckert in seiner Funktion als Präsident der DUK mit den UNESCO-Nationalkommissionen Rumäniens und 1969 Jugoslawiens Vereinbarungen, in denen die Frage der Schulbuchrevision enthalten war.³⁰ Die 1967 mit der Tschechoslowakei aufgenommenen Schulbuchgespräche wurden durch die Niederschlagung des Prager Frühlings 1968 jäh beendet.³¹ Die Ost-West-Kontakte im Schulbuchsektor strahlten dennoch auf das sozialistische Lager aus. So nahm beispielsweise Polen Ende der 1960er bzw. Anfang der 1970er Jahre Schulbuchgespräche mit acht

26 Haack, 14. Juni 1967 und 31. August 1967, PA AA, Zwischenarchiv, Bd. 104.523.

27 Dr. Peckert (Referat IV/ZAB) an Ref. IV 2, 13. September 1967, PA AA, B 91, Bd. 422.

28 Dr. Werz (Referat IV 2) an den Ständigen Delegierten bei der UNESCO, 24. November 1967, 1, PA AA, B 91, Bd. 422.

29 Bericht des Ständigen Delegierten der Bundesrepublik Deutschland bei der UNESCO, 10. Januar 1968, 5, PA AA, B 91, Bd. 422.

30 Joint Statement on future co-operation issued by the National Commissions for UNESCO of the Federal Republic of Germany and Yugoslavia on the occasion of the visit of the delegation of the Yugoslav National Commission to the Federal Republic of Germany from September 21–28, 1969 (Unterzeichner: Mrs. Marija Vilfan, President of the Yugoslav National Commission for UNESCO and Prof. Dr. Georg Eckert, President of the German National Commission for UNESCO); Protokoll vom 19. Juni 1968 nach einem Treffen der UNESCO-Kommissionen der Bundesrepublik Deutschland und der Sozialistischen Republik Rumäniens (Unterzeichner: Prof. Dr. Georg Eckert; Prof. Dr. Jean Livescu), PA AA, B 93, Bd. 586.

31 Zu den deutsch-tschechoslowakischen Historikergesprächen 1964 und 1967 vgl. Hellmuth Auerbach, »Ein Colloquium tschechoslowakischer und deutscher Historiker in München«, in: *Internationales Jahrbuch für Geschichts- und Geographie-Unterricht* 12 (1968/69), 270–272; »Empfehlungen zu den deutsch-tschechoslowakischen Beziehungen im 15. und 19. Jahrhundert«, in: *Internationales Jahrbuch für Geschichts- und Geographie-Unterricht* 12 (1968/69) 418–420.

sozialistischen Ländern auf.³² Georg Eckert beurteilte diese Phase in der Rückschau so: »Wir haben damals die Arbeit sehr unauffällig durchgeführt [...]. Es ist die ohne Frage feste Überzeugung der meisten kommunistischen Staaten, daß unsere Schulbücher ihnen nicht gerecht werden, was ja auch zum Teil den Tatsachen entspricht.«³³ An Bernhard Tacke vom Deutschen Gewerkschaftsbund berichtete Eckert im Februar 1971 in dramatischen Worten:

Die Arbeit, die 1967 und 1968 sichtbare Erfolge gezeitigt hatte, etwa in der Zusammenarbeit mit der ČSSR, ging nach den August-Ereignissen 1968 vorübergehend zurück. Die Schwierigkeiten, die wir 1969 und zum Teil auch 1970 zu überwinden hatten, erklären sich aus den massiven Angriffen, die nach der Besetzung der ČSSR von Seiten der DDR gegen mich und das Institut gerichtet wurden. Es wurde uns unterstellt, daß wir unsere Verständigungsarbeit mit der ČSSR in »revanchistischer Absicht« durchgeführt hätten. Inzwischen ist die Zusammenarbeit mit Kollegen in Rumänien, Ungarn, Polen, aber auch der Sowjetunion wieder in Gang gekommen.³⁴

Die Leistung Georg Eckerts bestand also im Kern darin, schon vor der Unterzeichnung bilateraler Verträge Gesprächsfäden über die Blockgrenzen hinweg aufgenommen und Möglichkeiten der Zusammenarbeit im Schulbuchbereich ausgelotet und, auch wenn sie politisch nicht breit abgesichert waren, forciert zu haben.

Vorgeschichte deutsch-polnischer Schulbuchkonferenzen

Katalysatorische Wirkung für die Anbahnung des deutsch-polnischen Schulbuchdialogs hatte eine Reihe westdeutsch-polnischer Seminare von 1969/1970. An der Evangelischen Akademie in West-Berlin hatte sich 1969 unter Leitung von deren Leiter Pastor Günter Berndt³⁵ eine Arbeitsgruppe zu Schulbuchfragen gebildet.³⁶ Im November 1969 fand in Zusammenarbeit mit dem West-Institut

32 Polnisch-tschechische Schulbuchgespräche (ab 1969), polnisch-slowakische (ab 1970), mit der Sowjetunion (ab 1968), mit der DDR (ab 1969), mit Rumänien (ab 1969), mit Ungarn (ab 1970), mit Bulgarien (ab 1970), mit Jugoslawien (1970/1971) und mit Kuba (1971). Notatka o stanie prac nad weryfikacją wiedzy o Polsce w zagranicznych podręcznikach szkolnych historii i geografii [Vermerk bzgl. des aktuellen Standes der Verifizierung des Wissens über Polen in ausländischen Geschichts- und Geographieschulbüchern], undatiert (etwa von Beginn 1978), Archiwum Akt Nowych (AAN), L VIII/532.

33 Georg Eckert an Wilhelm Wöhlke, 10. September 1972, AGEI, Bd. 428.

34 Georg Eckert an Bernhard Tacke, 24. Februar 1971, AGEI, Bd. 517.

35 Günter Berndt war lange Jahre Pastor in Wolfenbüttel gewesen und mit der Friedensbewegung verbunden. Bei einer Initiative »Frieden für Israel« hatten er und Eckert sich kennengelernt. 1969 wechselte Berndt an die Evangelische Akademie in West-Berlin, deren Leitung er 1972 übernahm. Interview des Autors mit Günter Berndt, 7. Juli 2003.

36 Beteiligt waren an dieser Arbeitsgruppe u. a. auch der Erziehungswissenschaftler Norbert H. Weber, Reinhard Strecker und der Journalist Jürgen Vietig.

Posen eine Tagung zu »Polen im Unterricht« in der Akademie statt, an der eine Reihe polnischer Wissenschaftler teilnahm.³⁷ Die Teilnehmer befassten sich vor allem mit dem Bild Polens in westdeutschen Schulbüchern,³⁸ das offizielle polnische Stellen in seiner bisherigen Gestalt für ein »Hindernis bei der deutsch-polnischen Verständigung« hielten.³⁹ Im Oktober 1970 fand eine solche Tagung am West-Institut Posen statt. Das polnische Außenministerium unterstützte die Seminare, inhaltlich befürwortete es diesen Dialog angesichts seiner »breiten Polemik gegen die aktuellen bundesdeutschen Schulbücher.«⁴⁰ In einer Resolution hatten die Konferenzteilnehmer dabei unter anderem die Abschaffung der »Ostkunde-Empfehlungen«⁴¹ der KMK und die Einberufung einer deutsch-polnischen Schulbuchkonferenz gefordert.⁴² Diese Resolution kritisierte etwa Gotthold Rhode, der Mainzer Polen-Historiker, scharf. Im Oktober 1970 schrieb er an Pastor Berndt: »Ich kann mir nicht denken, daß solch ein Gespräch [eine deutsch-polnische Schulbuchkonferenz, Anm. d. Autors] tatsächlich auf der [...] Basis der Resolution vom 27.11. möglich ist«. Diese sei sachlich in vielem falsch, simplifiziere und verteufle kaiserlich-deutsche Polenpolitik, stelle die NS-Polenpolitik unzulässigerweise als Konsequenz früherer Politik dar und überzeichne die gegenwärtige Stimmung gegenüber Polen.⁴³ 1977 meinte Rhode in der Rückschau: »Ehe wir derartig wichtige Dinge solchen Ideologen und Igno-

37 Von Seiten des West-Instituts Posen nahmen teil: Prof. Gerard Labuda, Prof. Władysław Markiewicz, Prof. Maria Czekąńska, Prof. Stanisława Zajchowska, Dr. Janusz Rachocki. Vgl. Informacja o działalności Instytutu Zachodniego w związku z zachodnio-niemieckimi podręcznikami szkolnymi [Information über die Tätigkeit des West-Instituts im Zusammenhang mit den westdeutschen Schulbüchern], Archiv des West-Instituts Posen (AIZ), 60/1.

38 Vgl. Günter Berndt, »Polen im Unterricht«, in: *Kommunität. Vierteljahreshefte der Evangelischen Akademie* 14 (1970), 16f.

39 Kopa (Militärmission in Berlin) an Staniszewski, Kosciół w NRF oraz Berlinie Zachodnim a problem normalizacji stosunków z Polską [Die Kirche in der BRD und in West-Berlin und das Problem der Normalisierung der Beziehungen mit Polen], 7. Oktober 1972, 9, Archiv des polnischen Außenministeriums (AMSZ), D IV 46/77, w. 13.

40 T. Kuźmiński, Notatka dla Towarzysza Ministra A. Willmanna w sprawie pilnego podjęcia działań na rzecz zmian w informacjach o Polsce zawartych w podręcznikach szkolnych NRF [Vermerk für Genosse Minister A. Willmann bzgl. dringend erforderlicher Maßnahmen hinsichtlich der Informationen über Polen in Schulbüchern der BRD], Juni 1970, AMSZ, D IV 32/82, w. 16.

41 In diesen am 13. Dezember 1956 beschlossenen Empfehlungen hatte die Kultusministerkonferenz die Notwendigkeit anerkannt, die Beschäftigung mit den Sprachen und Kulturen des östlichen Europa zu intensivieren. Kritisiert wurden sie wegen ihrer Maßgabe, die Erinnerung an die Geschichte des früheren Ostdeutschland weiter lebendig zu halten.

42 Resolution der Schulbuchtagung »Polen im Unterricht« (25.–27. November 1969), in: Günter Berndt und Reinhard Strecker (Hg.), *Polen – ein Schauermärchen oder Gehirnwäsche für Generationen. Geschichtsschreibung und Schulbücher; Beiträge zum Polenbild der Deutschen*, Reinbek bei Hamburg: Rowohlt, 1971, 107f.

43 Gotthold Rhode an Günter Berndt, 10. Oktober 1970, BArch N 1445/145.

ranten überlassen, ist es schon besser, wir nehmen sie trotz aller Schwierigkeiten und Hindernisse selbst in die Hand.«⁴⁴ Dies sah Eckert wohl nicht ganz so kritisch, hatte aber dennoch seine Bedenken gegen die Polen-Aktivitäten der Evangelischen Akademie. In einem Vermerk des Auswärtigen Amtes heißt es:

Ich habe in obiger Angelegenheit am 7.10. mit dem Leiter des Schulbuch-Instituts in Braunschweig, Dr. [korrekt: Prof.] Eckert gesprochen. Dieser sagte, daß ihn die Aktivität der Evangelischen Akademie in Berlin etwas störe. Der Studienleiter der Akademie, Herr Berndt, sei ihm persönlich bekannt. Es handele sich bei ihm um einen durchaus fähigen Theologen, der sehr idealistisch eingestellt sei und sich um einen Ausgleich mit Polen bemühe. Er fürchte aber, daß die deutschen Teilnehmer den polnischen Experten nicht gewachsen seien.⁴⁵

Eckert störte sich vor allem daran, dass der Fokus der Berliner Gespräche einseitig auf der Beurteilung der deutschen Schulbücher gelegen habe.⁴⁶ An das Amt schrieb er:

Ich fürchte, dass Herr Prof. Labuda tatsächlich dazu neigt, vor allem eine kritische Analyse der deutschen Schulbücher vorzunehmen. Ich halte ein solches Verfahren für unmöglich und bin der Ansicht, daß wir uns dazu nicht bereit erklären sollten. Leider haben die Tagungen in Berlin, die von deutscher Seite mit großem Idealismus, aber nicht vielleicht mit dem nötigen Realismus geführt wurden, zur Folge, daß nur die deutschen Schulbücher beurteilt wurden. [...] Wir werden selbstverständlich mit den Polen nicht zu einer völligen Einigung kommen, da die polnischen Schulbücher im Geiste des Marxismus-Leninismus gehalten sind und es daher neben den nationalen Problemen auch grundsätzliche methodische Probleme gibt.⁴⁷

In dieser Phase kann also eine Auseinandersetzung über die Deutungshoheit und führende Stellung in dem sich konkretisierenden deutsch-polnischen Schulbuchdialog beobachtet werden. Georg Eckert und Gotthold Rhode reklamierten den Status der »Experten« für sich, die die Schulbuchgespräche wissenschaftlich solide und politisch ausgewogen würden betreuen können, während der Gruppe um Günter Berndt unterstellt wurde, ideologisch einseitig zu sein und deshalb deutsche Interessen gegenüber der polnischen Seite nicht ausreichend vertreten zu können. Die Gruppe um Eckert und Rhode setzte sich durch, das Auswärtige

44 Gotthold Rhode an Walter Mertineit, 31. August 1977, BArch N 1445/145.

45 Vermerk Wagner (AA IV 4), 7. Oktober 1970, PA AA, B 93, Bd. 585.

46 Dass Pastor Berndt aber durchaus auch die polnischen Schulbücher einer Analyse unterziehen wollte, zeigt seine Bitte an Władysław Markiewicz, Kopien polnischer Schulbücher zusammenstellen zu lassen. Vgl. Günter Berndt an Władysław Markiewicz, 6. Oktober 1970, AIZ 60/1. Die darauf folgende Tagung vom 23. bis 25. Oktober 1970 am West-Institut hatte aber doch wieder nur »Das Bild Polens in westdeutschen Schulbüchern« zum Thema, vgl. das Konferenzprogramm in: AIZ 60/1.

47 Georg Eckert an Carl August Schröder (AA IV 4), 1. April 1971, 2, PA AA, B 93, Bd. 585.

Amt finanzierte die Schulbuchseminare Berndts 1970 trotz dessen mehrmaliger Anfragen nicht.⁴⁸

Unmittelbare Genese der deutsch-polnischen Schulbuchkonferenz

Die UNESCO spielte in der Vorbereitung deutsch-polnischer Schulbuchkonferenzen eine entscheidende Rolle: Auf der 16. Generalkonferenz der UNESCO 1970 in Paris hatten Georg Eckert und die Präsidentin der polnischen Nationalkommission Eugenia Krassowska die Organisation einer gemeinsamen Schulbuchtagung vereinbart.⁴⁹ Vorab hatte der Generalsekretär der Polnischen UNESCO-Kommission Eckert angesprochen und eine bundesdeutsche Mitwirkung bei der Gestaltung des Kopernikus-Jubiläums sowie eine gemeinsame Schulbuchtagung vorgeschlagen.⁵⁰ Eckert berichtete im Dezember 1970 an das Auswärtige Amt über das weitere Vorgehen:

Sie [Eugenia Krassowska, Anm. d. Autors] war bereit, sie sofort nach Unterzeichnung des deutsch-polnischen Vertrages zu organisieren. Da diese Unterzeichnung inzwischen erfolgt ist, haben wir grünes Licht. [...] Herr Labuda, mit dem ich korrespondiere, hat mir bereits die Liste der polnischen Teilnehmer [...] übersandt. In den Vorgesprächen ist eine zur Zeit noch informelle Einladung nach Warschau ausgesprochen worden. Wenn alles nach Wunsch läuft, werde ich Ende Januar nach Warschau fahren, um ein Agreement über eine polnisch-deutsche Tagung in Braunschweig unter dem Protektorat der beiden UNESCO-Kommissionen abzuschließen. Der Generalsekretär der polnischen UNESCO-Kommission wird mich zuvor in Braunschweig besuchen, um die Details zu vereinbaren. Ich messe dieser Tagung umso größere Bedeutung bei, als in großen Teilen der deutschen Öffentlichkeit an der Behandlung Polens in unseren Schulbüchern heftige und zu einem großen Teil berechtigte Kritik geäußert wird.⁵¹

Eckert machte also deutlich, dass die deutsch-polnischen Schulbuchgespräche nun tatsächlich beginnen konnten. Gleichzeitig ließ er keinen Zweifel daran, dass an der UNESCO als Garantin dieser Gespräche kein Weg vorbeiführen würde. Auch der Schulbuchausschuss der DUK gewann in dieser Phase wieder an Bedeutung.⁵² Mehrere seiner damaligen Mitglieder waren später auch Teilnehmer

48 Vgl. Wagner (AA) an Günter Berndt (Evangelische Akademie Berlin), 7. Oktober 1970, PA AA, B 93, Bd. 585.

49 Vertrauliche Aktennotiz Georg Eckert vom 20. Oktober 1970, PA AA, B 91, Bd. 916.

50 Ebd. Sicher nicht zufällig stimmte die polnische Delegation bei der Wahl des Exekutivrats für den Kandidaten der Bundesrepublik.

51 Georg Eckert an Hermann W. Forster (AA), 14. Dezember 1970, 3, PA AA, B 93, Bd. 575.

52 Carl August Schröder (Geschäftsführer des Westermann-Verlages) berichtete bei einer Sitzung im Juli 1971, der Verband der Schulbuchverlage habe die Leitung des polnischen Schulbuchverlages zu einer zehntägigen Studienreise in die Bundesrepublik eingeladen.

der deutsch-polnischen Schulbuchgespräche der ersten Stunde.⁵³ Wichtig war in diesem Kontext auch der Besuch des niedersächsischen Ministerpräsidenten Alfred Kubel (1970 bis 1976) im August 1971 in Warschau. Er schaffte es, polnische Zweifel an der wirklichen Bereitschaft zur Veränderung der Lehrinhalte in der Bundesrepublik zu zerstreuen und den politischen Boden für die Schulbuchgespräche zu bereiten.⁵⁴ Darüber hinaus bekannte sich das Auswärtige Amt deutlich zum Gedanken des Schulbuchdialogs. Der Leiter der Kulturabteilung Steltzer schrieb im Dezember 1970 an Eckert: »Ich halte die Revision der deutschen und polnischen Schulbücher zur Beseitigung tendenziöser und verzerrter Darstellungen des anderen Volkes und historischer Vorgänge für eine besonders wichtige und dringliche Aufgabe im Sinne unserer Entspannungs- und Friedenspolitik.«⁵⁵

Die Frage danach, welche Seite nun der eigentliche Initiator und erste Ideengeber für deutsch-polnische Schulbuchgespräche gewesen sei, dürfte nicht zu lösen sein. Insgesamt lassen die deutschen Akten aufgrund des überragenden Gewichts der Korrespondenz Georg Eckerts fast nur den Schluss zu, die deutsche Seite und konkret Eckert habe den maßgeblichen Anteil an der Initiierung des Schulbuchdialogs mit dem Nachbarland. So heißt es in einem Vermerk des Amtes von 1973: »Die deutsch-polnischen Schulbuchkonferenzen sind im Rahmen des UNESCO-Programms auf Initiative der Deutschen UNESCO-Kommission zustande gekommen.«⁵⁶ Die polnischen Akten hingegen legen genau den umgekehrten Schluss nahe. So führt etwa eine Meldung der polnischen Nachrichtenagentur (*Polska Agencja Prasowa*, PAP) von 1972 aus: »Es sollte ergänzend erwähnt werden, dass die polnische Seite Initiatorin dieser Konferenzen ist.«⁵⁷

Die beiden UNESCO-Kommissionen gaben in der Tat die zentralen Impulse für einen institutionalisierten deutsch-polnischen Schulbuchdialog, sicherten die nötige politische Unterstützung und rekrutierten adäquate Partner für einen

Protokoll Sitzung des Unterausschusses für Schulbuchfragen beim Erziehungsausschuss der DUK, 1. Juli 1971, BArch B 336/281.

53 Anton J. Gail, Walter Mertineit, Carl August Schröder, Georg Eckert.

54 Dies bestätigte Georg Eckert an Alfred Kubel, 1. März 1972, BArch B 336/286. Vgl. auch Notatka informacyjna A. Willmann [Informationsnotiz A. Willmann], 17. September 1971, 3, AMSZ, D IV 28/77, w. 4 und die Zusammenfassung der Rede Kubels im Polnischen Institut für Internationale Angelegenheiten, AMSZ, D IV 28/77, w. 4. Dort stellte er ausführlich auch die Arbeit des Braunschweiger Schulbuchinstituts vor.

55 Hans Georg Steltzer (Leiter der Kulturabteilung des AA) an Georg Eckert, 3. Dezember 1970, 2, PA AA, B 93, Bd. 585.

56 Hergt (Ref. 611) an Referat 212 (im Hause, AA), Betr.: Deutsch-Polnische Schulbuchkonferenz, 25. September 1973, PA AA, B 91, Bd. 501.

57 Polska Agencja Prasowa, Pozytywna ocena polsko-niemieckiej konferencji w sprawie podręczników [Positive Einschätzung der deutsch-polnischen Schulbuchkonferenz], 29. Februar 1972.

binationalen Schulbuchdialog. Diese fanden sie unter anderem unter deutschen und polnischen Wissenschaftlern, die an den Seminaren von Evangelischer Akademie West-Berlin und West-Institut Posen teilgenommen hatten. Auch diese Seminare bereiteten also den Boden für offizielle Schulbuchgespräche, da sie erste Kontakte ermöglichten und inhaltliche Vorarbeiten leisteten.

Erste deutsch-polnische Schulbuchkonferenzen und ihre schrittweise Formalisierung

Voraussetzung für ein erstes von den politischen Institutionen beider Länder mitgetragenes Schulbuchtreffen war die Unterzeichnung des Warschauer Vertrages vom Dezember 1970. Vom 22. bis 26. Februar 1972 fand in Warschau schließlich die erste Tagung der »polnisch-westdeutschen Treffen bezüglich der Revision von Schulbüchern«⁵⁸ statt, an der neben Wissenschaftlern der Fächer Geschichte und Geographie auch Lehrer, Schulbuchautoren und -verleger sowie Ministerialbeamte teilnahmen. Damit war aber noch keineswegs ausgemacht, dass sich diese Gruppe zu einer Schulbuchkommission verfestigen und institutionalisieren würde. Die Schulbuchkonferenz veröffentlichte im Februar 1972 ihre ersten 14 Empfehlungen für die Zeit vom Altertum bis zum Zweiten Weltkrieg.⁵⁹ Vom 10. bis 17. April 1972 tagten die deutschen und polnischen Schulbuch-Experten in Braunschweig.⁶⁰ Dabei bauten sie in drei Arbeitsgruppen zu Mittelalter/Neuzeit, Neuester Geschichte und Geographie ihre Empfehlungen auf 17 Empfehlungen aus.⁶¹

58 Jan Druto (DWKN), Pilna notatka o przebiegu i wynikach polsko-zachodniemieckiego spotkania w sprawie weryfikacji podręczników szkolnych [Eiliger Vermerk über den Verlauf und die Ergebnisse des polnisch-westdeutschen Treffens bezüglich der Verifizierung der Schulbücher], 1. März 1972, pofne [vertraulich], 1, AMSZ, D IV 32/82, w. 16.

59 14 Empfehlungen zur Behandlung der deutsch-polnischen Beziehungen in den Schulbüchern der Volksrepublik Polen und der Bundesrepublik Deutschland. Bericht über die erste deutsch-polnische Schulbuchkonferenz der Deutschen und der Polnischen UNESCO-Kommission vom 22. bis 26. Februar 1972 in Warschau, Deutsche UNESCO-Kommission (Hg.), Köln 1972.

60 Vgl. »Bericht über die zweite deutsch-polnische Schulbuchkonferenz der Deutschen und der Polnischen UNESCO-Kommission vom 10. bis 17. April 1972 in Braunschweig«, in: *Internationales Jahrbuch* 14 (1972/73), 247–263.

61 Die Empfehlungen behandelten dabei folgende Themen: 1. Terminologische Fragen, 2. Schlesien und Pommern in der Frühgeschichte Polens, 3. Polen und der Deutsche Orden, 4. Die kulturellen und konfessionellen polnisch-deutschen Beziehungen im 16. und 17. Jh., 5. Der polnische Staat im 18. Jh., 6. Preußen und die Teilung Polens, 7. Der Erste Weltkrieg und die deutsch-polnischen Beziehungen, 8. Die Oktoberrevolution und Polen, 9. Der Zusammenbruch der Mittelmächte und die deutsch-polnischen Beziehungen, 10. Grenzfragen, 11. Das polnisch-deutsche Verhältnis in der Weimarer Republik und 6 nicht betitelte Empfehlungen aus dem Bereich der Geographie. Vgl. 17 Empfehlungen zur Behandlung der

Der nächste bedeutsame Schritt war eine Formalisierung der Schulbuchgespräche durch eine gemeinsame Vereinbarung der UNESCO-Kommissionen beider Länder im Oktober 1972, die vorsah, die Arbeit im Rahmen eines gemeinsamen Expertenausschusses fortzusetzen. Ein solches Abkommen kam vor allem der polnischen Seite entgegen, da – so die Annahme – die Arbeit der Kommission »noch offizieller und verbindlicher« gestaltet werden könne.⁶² Das Auswärtige Amt allerdings hatte anfangs gravierende Einwände gegen die von Eckert geplante Vereinbarung der beiden UNESCO-Kommissionen über Fragen der Schulbuchrevision: Eine solche Vereinbarung wäre eine »Art kleines Kulturabkommen«⁶³ und hätte ungeprüfte finanzielle Auswirkungen. An einigen Stellen trage der Entwurf einseitig polnischen Belangen und Vorstellungen Rechnung und versetze schließlich die deutsche Seite in die Zwangslage, gegenüber der polnischen Seite die Durchführung von Maßnahmen durch die Bundesländer nachzuweisen. Darüber hinaus sei zu diskutieren, ob es überhaupt einer Vereinbarung in der Sache der Schulbuchrevision bedürfe. Verschiedene amtsinterne Dokumente zeigen, dass man Eckert unterstellte, er übersehe »bei dem verständlichen Eifer und Engagement« bestimmte wichtige Aspekte.⁶⁴ So verstehe er die Vereinbarung zwar nur als eine Empfehlung, er berücksichtige aber nicht, »daß die Polen in Kenntnis der Unterstützung, die die Schulbuchkonferenzen von Bund und Ländern genießen, von der Verbindlichkeit der getroffenen Abmachungen ausgehen werden.«⁶⁵ Georg Eckert unterzeichnete die Vereinbarung ungeachtet der Bedenken des Auswärtigen Amtes.⁶⁶ Dennoch hielt

deutsch-polnischen Beziehungen in den Schulbüchern der Volksrepublik Polen und der Bundesrepublik Deutschland. Bericht über die zweite deutsch-polnische Schulbuchkonferenz der Deutschen und der Polnischen UNESCO-Kommission vom 11. bis 16. April 1972 in Braunschweig, Deutsche UNESCO-Kommission (Hg.), Köln 1972.

62 Pilna notatka o aktualnym stanie prac grup ekspertów Polski i NRF nad weryfikacją treści podręczników szkolnych [Eiliger Vermerk über den aktuellen Stand der Arbeit der Expertengruppen aus Polen und der BRD an der Verifizierung der Schulbuchinhalte], 4. Oktober 1972, 2, AMSZ, DWKiN 26/77, w. 1.

63 Venzlaff (AA) an »Herrn D6«, 12. Oktober 1972, PA AA, B 93, Bd. 586.

64 Emmel an Deutsche Botschaft Warschau, 23. November 1971, PA AA, B 93, Bd. 586.

65 Referat 620 (Holzheimer) an Referat 611 (beide AA), 26. Januar 1973, 1, PA AA, B 93, Bd. 813.

66 Vgl. Georg Eckert an Günter Grunwald, 17. Oktober 1972, AGEI, Bd. 428. Darin schrieb er: »Wir sollten aber keinesfalls zulassen, dass die Kommission zu einer Hilfstruppe des Auswärtigen Amtes abgewertet wird.« Ein Mitarbeiter des AA hatte noch am Tag der Unterzeichnung der Vereinbarung im Braunschweiger Altstadtrathaus angerufen, wo die deutsch-polnische Schulbuchkonferenz tagte, um mitzuteilen, dass das Amt sich nicht in der Lage sehe, der Vereinbarung zuzustimmen. Es scheint, als habe Georg Eckert seine Mitarbeiter angewiesen, dass er am Tag der Unterzeichnung nicht mehr mit Vertretern des AA sprechen wolle: »Auf diese Mitteilung erhielt ich auf wiederholtes Nachfragen keine Antwort. Es ließ sich aber kein technisches Störungszeichen vernehmen, aus dem ich hätte schließen müssen, dass wir unterbrochen wurden.«, Vermerk Venzlaff vom 17. Oktober 1972 nach einem Gespräch mit Elfriede Hillers, Mitarbeiterin des Internationalen Schulbuchinstituts in Braunschweig, PA AA, B 93, Bd. 586.

sich der politische Schaden in Grenzen, da die Endfassung aus Sicht des Amtes eher den »Charakter einer Empfehlung« trug und Bereiche eines Kulturabkommens »nur noch in geringem Maße« berührte. »Passagen, die eindeutig polnischen Belangen und Vorstellungen Rechnung tragen,«⁶⁷ seien verschwunden. Mit der Vereinbarung im Rahmen der UNESCO war ein erster Schritt zu einer Institutionalisierung der Schulbuchgespräche gemacht, da durch die Vereinbarung eine gewisse Dauerhaftigkeit und ein Grundkonsens gemeinsamer Ziele festgeschrieben wurden.

Einflussnahmen Eckerts auf die Teilnehmerauswahl der Schulbuchgespräche

Die Organisationsweise der bundesdeutschen Seite war in den ersten Jahren der Arbeit der Schulbuchkommission, als Georg Eckert maßgeblich deren Geschicke prägte, immer wieder interner wie externer Kritik ausgesetzt. Einer der zentralen Kritikpunkte war die angenommene eher zufällige Zusammensetzung der deutschen Gruppe, eine mangelnde Transparenz ihrer Berufung und ihrer Kompetenzen sowie die Unterrepräsentation der ehemals ostdeutschen Landesgeschichte.⁶⁸ Das Auswärtige Amt fragte bei Georg Eckert besorgt an und bat darum, bei Gelegenheit »auch die Zusammensetzung der deutschen Delegation zu erörtern.«⁶⁹ Georg Eckert selbst machte daraufhin deutlich, dass eine Einmischung oder Kontrolle von Seiten des Amtes für ihn nicht in Frage komme:

Die Zusammensetzung der deutschen Delegation, die ja keinesfalls eine amtliche Delegation ist und sein kann, ergibt sich aus den Sachzwängen. [...] Es ist in der 25jährigen Geschichte unseres Instituts niemals üblich gewesen, daß das Amt auf die Zusammensetzung Einfluß genommen hat, und ich würde dringend davon abraten, dies in Zukunft zu tun, da unsere Tagungen anderenfalls einen amtlichen Charakter bekommen könnten, der mit dem Wesen unserer Institutsarbeit unvereinbar ist.⁷⁰

Das Amt gab sich damit zufrieden und wies noch einmal auf die Wichtigkeit hin, dass sich Eckert bei der Wahl der deutschen Teilnehmer von fachbezogenen Gesichtspunkten der Schule und Hochschule ebenso wie von dem Informationsinteresse in den verschiedenen Ländern leiten lasse.⁷¹

Aus Satzungsgründen der Deutschen UNESCO-Kommission musste die

67 Hermann W. Forster (AA) an »Staatssekretär«, 23. Oktober 1972, PA AA, B 93, Bd. 586.

68 Vgl. etwa Gotthold Rhode an Holzheimer (AA), Einige Überlegungen zum bisherigen Verlauf der deutsch-polnischen Schulbuchkonferenzen, 15. März 1973, 1, PA AA, B 93, Bd. 750.

69 Hermann W. Forster, stv. Leiter der Kulturabteilung des AA, an Georg Eckert, 2. März 1973, 2, PA AA, B 93, Bd. 750.

70 Georg Eckert an Hermann W. Forster, 5. März 1973, 2, PA AA, B 93, Bd. 750.

71 Holzheimer an Georg Eckert, 15. März 1973, PA AA, B 93, Bd. 750.

deutsche Seite der Schulbuchkommission zweigeteilt werden in den Schulbuchausschuss der Deutschen UNESCO-Kommission⁷² einerseits und in den Kreis der Experten andererseits.⁷³ Dies war letztlich eine reine Formalie, erhielt aber den Eindruck aufrecht, als weigere sich Eckert, die Berufung der Teilnehmer transparent zu gestalten. Diese Einschätzung teilten sogar die polnischen Partner, bei denen es hieß, die Zusammensetzung der deutschen Seite habe bis zu Eckerts Tod einer hohen Fluktuation unterlegen und sei in der Regel ad hoc zustande gekommen.⁷⁴ Eckerts Motive, den Teilnehmerkreis nicht festzuschreiben und die Teilnehmerauswahl nicht transparenter zu gestalten, werden vielfältig gewesen sein. Eckert war einerseits ein kluger Netzwerker und Strippenzieher, dem je nach Zeitpunkt daran gelegen war, aus strategischen Gründen neue Personen einzubinden. Damit sicherte er auch seinen Einfluss und seine führende Position. Andererseits mag ihm auch daran gelegen haben, die Kommission in dieser frühen Phase nicht zu stark personell zu verfestigen, um durch neu hinzukommende Teilnehmer neue inhaltliche Impulse setzen zu können.

Die Rolle Eckerts innerhalb der Schulbuchkommission

Eckert trieb in den Wochen und Monaten nach der ersten Schulbuchtagung in Warschau das Projekt unermüdlich voran. Er informierte in aktenordnerfüllender Korrespondenz Akteure in Wissenschaft, Politik und Schule, warb mit Verve und oft auch einem gewissen Pathos um Unterstützung. Gerade die Kultusbehörden der Bundesländer, bei denen er für die amtliche Veröffentlichung der Empfehlungen der Kommission und für ihre möglichst rasche Umsetzung warb, standen für ihn in den Jahren 1972 und 1973 besonders im Fokus.⁷⁵ Für Eckert bestand das Wesen der Schulbuchrevision nicht zuletzt in der Überzeugungsarbeit, »in beiden Ländern die Öffentlichkeit, die Schulbuchverlage, Autoren und die Lehrerschaft für diese Arbeit zu gewinnen.«⁷⁶ Exemplarisch hierfür sein Brief an Erich Frister von der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft im März 1972:

72 Der Schulbuchausschuss der DUK war 1971 auf Initiative von Georg Eckert wiederbelebt worden, um den Faktor der Schulbuchrevision innerhalb der DUK zu stärken. Vgl. Protokoll der Sitzung des Unterausschusses für Schulbuchfragen beim Erziehungsausschuss der DUK, 1. Juli 1971, BArch B 336/281.

73 Georg Eckert an Gotthold Rhode, 23. Mai 1973, BArch N 1445/145.

74 Eine Stabilisierung der deutschen Delegation hielten sich die polnischen Vorsitzenden zuge. Vgl. Władysław Markiewicz und Marian Wojciechowski, Notatka, 28. März 1975, 2, AMSZ, D IV 32/82, w. 16.

75 Vgl. die Korrespondenz Georg Eckerts in: AGEI, Bd. 384, 405, 427, 428.

76 III. Deutsch-Polnische Schulbuchkonferenz, 1. bis 5. April 1973 in Braunschweig, Transkript, 154.

Wir haben, wie ich Ihnen schon schrieb, einen Durchbruch erzielt und die sachlichen und psychologischen Grundlagen für eine künftige wissenschaftliche Zusammenarbeit gelegt. Hoffentlich verpasst das deutsche Volk nicht die einmalige Chance, die sich ihm jetzt bietet. Die Folgen wären entsetzlich.⁷⁷

Ein Element der Außendarstellung bei Eckert war aber auch, interne Probleme der Kommission kleinzureden bzw. nicht zu thematisieren oder das Maß an Konsens oder Vertrauen innerhalb der Kommission in der Außendarstellung zu überhöhen. So sprach Eckert bereits nach einem Jahr der deutsch-polnischen Zusammenarbeit in einem Zeitungsinterview davon, es herrsche jetzt »eine völlige Vertrauensgrundlage.«⁷⁸

Innerhalb der Schulbuchkommission pflegte Georg Eckert, wie Tonband-Mitschnitte einer Schulbuchkonferenz belegen,⁷⁹ einen dominanten, stark führenden Moderationsstil. Dieser hatte sicher mit Eckerts begeistertem Engagement und seiner emotionalen Herangehensweise zu tun, sein polnisches Gegenüber Władysław Markiewicz wurde dadurch aber sichtlich immer wieder in die Defensive gedrängt.⁸⁰ Georg Eckert verband in seiner Kommunikation einen Stil der Höflichkeit und der Verbindlichkeit mit einem energievollen, der Schulbuchkonferenz seinen Stempel aufdrückenden Art und Weise. In seinen Moderationsbeiträgen verband er lange Zusammenfassungen der Diskussion mit Aussagen zum Prozedere und eigenen Einlassungen.⁸¹ Er führte dadurch die Kommission, diese stand deutlich in seinem Schatten. Walter Mertineit, Nachfolger im Amt des deutschen Vorsitzenden, sollte später einen ganz anderen Stil pflegen, auch wenn er sich in seiner Einführungsrede im April 1974 quasi in die Fußstapfen Eckerts stellte:

In einem Gespräch, gar nicht lange vor seinem Tode, sprachen wir über die Möglichkeiten auf längere Zeiträume hin und sprachen auch über die Möglichkeit, daß er eines Tages die Arbeit nicht mehr verrichten könnte. Und da sagte er etwas zu mir, was mich sehr nachhaltig beeindruckte, was aber gleichzeitig sehr charakteristisch ist für Georg Eckert. Er sagte: »Wenn ich dann einmal tot bin, dann es ist es dann eben so wie ›Mann über Bord‹, aber die Fahrt muss weitergehen.«⁸²

77 Georg Eckert an Frister, 10. März 1972, AGEI, Bd. 427.

78 *Düsseldorfer Nachrichten*, 7. April 1973.

79 III. Deutsch-Polnische Schulbuchkonferenz, 1. bis 5. April 1973, Braunschweig.

80 Georg Eckert zog die Moderation von Schulbuchkonferenzen immer wieder an sich, auch wenn sein polnisches Gegenüber Władysław Markiewicz den entsprechenden Konferenzteil eigentlich hauptverantwortlich moderierte. Vgl. III. Deutsch-Polnische Schulbuchkonferenz, 1. bis 5. April 1973 in Braunschweig, Transkript, 103.

81 Exemplarisch Georg Eckerts Aussage: »Wären Sie mit dieser Lösung einverstanden? Ich glaube, das wäre das beste und wir könnten ja dann nachher noch meinetwegen diese eine oder andere Frage im anderen Zusammenhang beraten.«, Ebd, 101.

82 Walter Mertineit, V. Deutsch-Polnische Schulbuchkonferenz, 1. bis 3. April 1974 in Braunschweig, Transkript, 5.

Zusammenfassende Bemerkungen

Georg Eckert war nicht nur ein Befürworter, sondern vor allem ein prägnanter und prominenter Verfechter der Neuen Ostpolitik, der diese mit Leben erfüllte und mit großer Leidenschaft betrieb. Nicht zuletzt durch seine Funktion als Präsident der Deutschen UNESCO-Kommission ab 1964 verfügte er über gute politische Kontakte, vor allem innerhalb der SPD.⁸³ Eckert galt als der geborene Kulturdiplomate, der mutig neue Wege in der auswärtigen Kulturpolitik beschritt. Ein theoretischer Vordenker dieser Neuen Ostpolitik hingegen war Eckert nicht. Er war Praktiker, zeigte in den von ihm konzeptionell und methodisch verantworteten Projekten, dass die Zunahme der Ost-West-Kommunikation tatsächlich zu einer Politik der Durchdringung und zu Verbindungen führen konnte, die die kommunistischen Systeme veränderte. Rückhalt verschafften Eckert gerade bei seinen Schulbuch-Aktivitäten mit Polen seine guten Kontakte in die SPD-Spitze, zur niedersächsischen Landesregierung und zum Auswärtigen Amt, das die Finanzierung der deutsch-polnischen Schulbuchgespräche sicherte. Eckert war zwar kein Polen-Experte, aufgrund seiner klaren Abgrenzung von revisionistischen Ansprüchen gegenüber Polen, seiner Empathie für polnische Befindlichkeiten, seiner großen internationalen Erfahrung und seiner persönlichen Integrität und Autorität war er für die polnische Seite aber ein glaubwürdiger und verlässlicher Partner. Maria Wawrykowa, Überlebende des Konzentrationslagers Auschwitz, später Professorin an der Universität Warschau und Kommissionsmitglied von Anfang an, schrieb zwei Monate vor Eckerts Tod als Bilanz von fast zwei Jahren deutsch-polnischer Schulbuchkonferenzen:

Lieber Georg! Ich danke Dir herzlich für Deinen Brief. Jede Zeile von Dir zeigt mir immer deutlicher, daß man keine lange Zeit braucht um ein freundliches Herz und gemeinsame Ideale zu spüren. Ich bin um neue Freunde reicher, die mir meinen Glauben an den Menschen bejahen. Und dafür bin ich Euch allen besonders dankbar!⁸⁴

83 Der Vorstand der SPD (Willy Brandt, Helmut Schmidt, Herbert Wehner) schrieb zu Georg Eckerts 60. Geburtstag in einem Telegramm: »Deine vielseitige pädagogische Arbeit hat auch dazu beigetragen, trennende Grenzen zu unseren Nachbarstaaten insbesondere Polen überwinden zu helfen.« 14. August 1972, AGEI, Bd. »Eckert 60«.

84 Maria Wawrykowa an Georg Eckert, 12. November 1973, AGEI, Bd. 405.

Georg Eckert und die Schulbucharbeit mit Asien

Georg Eckert hatte bereits in den 1950er Jahren begonnen, sein Programm, das nationalzentrierte Narrativ in Geschichtsschulbüchern auf eine universalgeschichtliche Perspektive auszuweiten, auf die internationale Schulbucharbeit anzuwenden.¹ Dem Ziel, die Aussöhnung in Europa durch bilaterale Schulbuchgespräche zu unterstützen, folgte bald der Anspruch, durch die Analyse und Revision von Schulbüchern auf multilateraler Ebene und über Europa hinaus zu weltweiter Völkerverständigung beizutragen. In den 1950er und 1960er Jahren erfolgten diesbezügliche Kontakte insbesondere mit asiatischen Ländern. Eckerts Aktivitäten mit dieser Region lassen sich in einen dreifachen Kontext einordnen: einen globalen Kontext, einen nationalen Kontext und einen regionalen Kontext. Diese Kontexte bilden auch den strukturellen Rahmen für die Analyse der Schulbucharbeit mit Asien im folgenden Beitrag.

1. Der globale Kontext

Die Aktivitäten des Internationalen Schulbuchinstituts (ISBI) mit Asien lassen sich nur im Zusammenhang mit der UNESCO-Politik der 1950er Jahre verstehen, die sich in einem zweifachen Spannungsverhältnis bewegte: dem Kalten Krieg und den nationalen Unabhängigkeitsbewegungen insbesondere in Süd- und Südostasien und Afrika, wobei sich beide Phänomene überlappten. Die beginnende Dekolonialisierung hatte in Asien – 1945 in Indonesien, 1946 in den Philippinen, 1947 in Indien und 1948 in Sri Lanka und Burma – zu neuen Staatsbildungen und nationalen Identitätsbildungsprozessen geführt. Die Nichtpaktgebundenen oder Blockfreien-Bewegung erhob ihre Stimme unüber-

1 Georg Eckert, »Improvements of Textbooks through International Co-operation«, in: *The Yearbook of Education* 22 (1960), 77–585; vgl. Peter Bensch und Georg Eckert, »Universalgeschichte im Unterricht«, in: *Internationales Jahrbuch für Geschichtsunterricht* 3 (1954), 41–50.

hörbar 1955 in Bandung und klagte ihre eigenen Interessen in Ablehnung der Kalte-Kriegs-Dichotomien des Westens ein, insbesondere durch die Proaggierung der »Panch Shila«² und der Forderung nach adäquater Repräsentation in den UN-Organisationen. Angesichts dieser Entwicklungen schien sich nun neben dem Kalten Krieg ein weiterer Konflikt abzuzeichnen, nämlich ein im Kontext der Abgrenzungsstrategie vorgebrachter politischer und kultureller Gegensatz zwischen dem Westen und dem asiatischen Osten. Japan gehörte zu den ersten Ländern, die einen solchen Gegensatz ablehnten. Auf dessen Initiative riefen auf einem Regionaltreffen 1956 in Tokyo die nationalen UNESCO-Kommissionen in Asien – sie stellten inzwischen fast die Hälfte der Mitglieder der UNESCO – selbige auf, die gegenseitige Anerkennung der kulturellen Werte des Ostens und Westens zu unterstützen. Der Vorschlag kam von Indien und Japan, die die Rolle Asiens in der UNESCO stärken wollten, aber zugleich über die Gefahr regionaler Konflikte angesichts des neuen Nationalismus im Zuge der Dekolonisierung besorgt waren.³

Diese Initiative traf auf großen Widerhall in der UNESCO, die schon Anfang der 1950er Jahre begonnen hatte, ihren einseitig eurozentristischen Fokus zu revidieren. Wichtige Meilensteine bildeten dabei eine Roundtable-Diskussion zum Thema »The Concept of Man and the Philosophy of Education in East and West«, die zwischen europäischen und asiatischen Wissenschaftlern 1951 in Neu Delhi stattfand, eine Expertentagung in Paris 1952 und die UNESCO-Resolution von 1953: Sie alle artikulierten die Notwendigkeit, Schulbücher, Curricula und andere Lehrmaterialien zu revidieren und dazu alle Staaten aufzurufen.⁴ 1953 erbat die UNESCO daher von allen Mitgliedsstaaten und Nationalkomitees im

2 »Fünf Prinzipien«: gegenseitiger Respekt der nationalen Integrität und Souveränität, gegenseitige Nicht-Aggression, gegenseitige Nichteinmischung in innere Angelegenheiten, Gleichheit und gegenseitiger Nutzen, friedliche Koexistenz.

3 Japan hatte seit 1946 den Status eines »Beobachters« bei der UNESCO und wurde 1951 Mitglied. Dazu Laura Elizabeth Wong, »Relocating East and West: UNESCO's Major Project on the Mutual Appreciation of Eastern and Western Cultural Values«, in: *Journal of World History* 19, 3 (2008), 353 ff. Japan war äußerst aktiv in Schulbuchelegenheiten. Das japanische Nationalkomitee legte Analysen zur Behandlung anderer Nationen in japanischen Schulbüchern und insbesondere eine Studie zur Darstellung des Westens vor; vgl. Japanese National Commission for Unesco, *Report of a Survey of school textbooks in Japan*, Tokyo: Japanese National Commission for Unesco, 1956. Allerdings kann nicht übersehen werden, dass diese Aktivitäten nicht der offiziellen Politik der konservativen Liberaldemokratischen Partei entsprachen, die 1956 ein Gesetz erlassen hat, das alle negativen Aussagen zur Rolle Japans im zweiten Weltkrieg in Schulbüchern verbot. Vgl. Nozaki Yoshiko und Inokuchi Hiromitsu, »Japanese Education, Nationalism and Ienaga Saburo's Textbook Lawsuits«, in: Laura Henn und Mark Selden (Hg.), *Censoring History: Citizenship and Memory in Japan, Germany, and the United States*, Armonk, N.Y. u. a.: M. E. Sharpe, 2000, 96–126), 105.

4 Georg Eckert, »Die UNESCO und die Schulbuchrevision in Asien«, in: Willy Brandt, Otto Brenner u. a., *Solidarität. Alfred Nau zum 65. Geburtstag*, Bonn-Bad Godesberg: Verlag Neue Gesellschaft, 1971, 165 f.; Wong, *Relocating East and West*, 357 f.

»Westen« und in Asien eine quantitative und inhaltliche Schulbuchanalyse in Hinsicht auf die Darstellung der jeweils anderen Region.⁵ Die daraufhin eingereichten Berichte aus 16 Ländern wurden auf einer großen UNESCO-Konferenz in Paris 1956 diskutiert. Vom Vorschlag der Tokyoter Regionalkonferenz und dem Pariser Treffen ausgehend, etablierte die UNESCO 1957 das *Major Project on the Mutual Appreciation of Eastern and Western Cultural Values*, in Kurzform das *East-West Major Project*, das den Dialog zwischen dem Westen und Osten – gemeint waren hier Asien und Afrika – durch die Entwicklung spezieller Programme zwischen Schulen, Universitäten, Jugendorganisationen, Wissenschaftlern, Museen etc. unterstützen sollte.⁶

Es ist kaum übertrieben zu sagen, dass Eckert eine zentrale Rolle bei der Vorbereitung und Umsetzung dieses UNESCO-Projektes spielte. Eckert hatte bereits an den ersten UNESCO-Schulbuchkonferenzen in Brüssel 1950 und im Folgejahr in Sèvres teilgenommen und wurde 1961 Mitglied des *International Advisory Board* des *East-West Major Project*, dem Vertreter von 18 Ländern angehörten und das 1958 eine gemeinsame Erklärung mit den zentralen Zielen und Prinzipien des Projektes verabschiedete. Eckert unterbreitete dann der UNESCO Vorschläge über eine westlich-asiatische Kooperation auf dem Feld der Schulbucharbeit. Dessen Schwergewicht sollte auf der Zusammenarbeit zwischen Lehrenden und Wissenschaftlern auf der Basis regionaler und überregionaler Seminare liegen. Einen zentralen Aspekt bildete allerdings seine Idee, dass die UNESCO in Zusammenarbeit mit den nationalen UNESCO-Kommissionen nationale Studienzentren für Fragen des Geschichts- und Sozialkundeunterrichts schafft, denen zugleich Schulbucharchive angegliedert sein sollten.⁷

Während auf der Auftaktkonferenz in Paris 1956 die asiatische Darstellung in westlichen Schulbüchern im Mittelpunkt gestanden hatte, wurde auf der zweiten Konferenz in Tokyo zwei Jahre später die Perzeption des Westens in asiatischen Schulbüchern diskutiert. In Vorbereitung dieser Konferenz und im Auftrag der UNESCO koordinierte das Internationale Schulbuchinstitut in Braunschweig das Auftreten der europäischen Teilnehmenden. Zu diesem Zweck fand im April 1958 in Braunschweig ein Expertentreffen statt. Eckert legte den Kontext in seinem Einladungsschreiben an die deutschen Teilnehmer dar:

5 Eckert, *Die UNESCO und die Schulbuchrevision in Asien*, 167.

6 Vgl. dazu: Wong, *Relocating East and West*, 349–374; Eckert, »Die UNESCO und die Schulbuchrevision in Asien«, 155–176.

7 Georg Eckert an Akira Mori vom 17. November 1955, NLA. Staatsarchiv Wolfenbüttel 143 N, Zg. 2009/069, Nr. 292. Eckert fragt seinen japanischen Kollegen Akira Mori, was dieser von der Gründung solcher Schulbuchzentren in Japan, Indien, einem arabischen Land etc. halte. Eckert nahm dann an der Vorbesprechung für das *East-West Major Project* teil, die im Februar 1956 in Paris stattfand.

Wie ich nicht zu sagen brauche, wird der Kongreß in Japan durch zahlreiche politische Schwierigkeiten belastet werden. Die Diskussion des europäischen Imperialismus und Kolonialismus, der ja die Beziehungen beider Kulturzonen in den letzten 500 Jahren beherrscht, wird für uns Europäer nicht immer sonderlich angenehm sein. Da auch Sowjetrussen anwesend sein werden, muß man mit recht scharfen Debatten rechnen. Es kommt hinzu, daß ja auch die europäischen Nationen in dieser Hinsicht sehr verschiedene Positionen vertreten.⁸

In Braunschweig sollte daher ein Arbeitsdokument erstellt werden, »das die Diskussionen erleichtern und objektivieren« sollte.⁹ Eckerts Ziel bestand darin, kurze Empfehlungen für die Tokyoter Konferenz als europäische Synthese und nicht auf der Ebene unterschiedlicher nationaler Darstellungen, also eine Art »Minimallehrplan« für die Asiaten auszuarbeiten. In der Tat ist dann auf der Konferenz ein ausführlicher Katalog jener Themen zusammengestellt worden, die aus Sicht der Europäer in asiatischen Schulbüchern behandelt werden sollten.¹⁰

Eckert und das Internationale Schulbuchinstitut hatten so einen entscheidenden Anteil an der Vorbereitung der Tokyoter Konferenz, zu der das japanische UNESCO-Nationalkomitee eingeladen hatte und an der 42 Vertreter – darunter Bildungspolitiker, Hochschuldirektoren, Geschichtslehrer, Angehörige von Forschungseinrichtungen und Verlagen – aus 25 Ländern teilnahmen.¹¹ Eckert selbst wurde zu einem der vier Vizepräsidenten des Kongresses gewählt. Die Anregungen, die dann auf der Konferenz in Tokyo gegeben wurden, spiegeln zum einen den großen Enthusiasmus der Teilnehmer im Hinblick auf die Wirkung und damit den Erfolg von Schulbuchrevision wider, zum anderen schreiben sie der UNESCO eine Funktion zu, die diese völlig überfordern musste. So wurde angeregt, um einige Beispiele zu nennen, dass die UNESCO ein Austauschzentrum zur Beschaffung von Materialien, Informationen und Kontakten gründe, dass sie einen Plan über die Herstellung von Handbüchern über die Geschichte und Kultur ihrer Mitgliedsländer erstelle, dass sie Seminare durchführe, Konferenzen zu bedeutenden historischen Persönlichkeiten organisiere und bei der Herstellung von Lehrmaterialien behilflich sei und dass sie die Errichtung nationaler Zentren für die Information über andere Länder unterstütze.¹²

8 Einladungsschreiben Eckerts vom 28. 1. 1958, in: 143 N Zg. 2009/069, Nr. 225.

9 Ebd.

10 Vgl. »Recommendations for the treatment of European history in the textbooks and the teaching of Asian countries«, in: *Internationales Jahrbuch für den Geschichtsunterricht* 7 (1959/60), 169–192.

11 Zum Treffen in Tokyo, insbesondere zur Rolle Japans, siehe Wong, *Relocating East and West*, 367 ff.; Herbert J. Abraham, »The UNESCO Conference in Tokyo«, in: *Internationales Jahrbuch für den Geschichtsunterricht* 7 (1959/60), 117–121.

12 »Die Behandlung des Westens in Schulbüchern und Lehrmitteln Süd- und Ostasiens. Bericht

Während Eckert an der dritten UNESCO-Konferenz in Wellington 1960 nicht teilnehmen konnte, fand das *East-West Major Project* – im Hinblick auf die Schulbuchrevision – seinen Abschluss auf der vierten Konferenz, die im Mai 1962 in Goslar stattfand und von der Deutschen UNESCO-Kommission in Zusammenarbeit mit dem Internationalen Schulbuchinstitut organisiert wurde. Insgesamt nahmen 28 Vertreter aus 21 Mitgliedsländern teil. Eckert fungierte wieder als einer der Vizepräsidenten.¹³ Diese Konferenz diente dazu, die bisherigen Aktivitäten im Rahmen des *East-West Major Project* zu beurteilen sowie Prinzipien und Methoden der Schulbucharbeit und Empfehlungen für die zukünftige Entwicklung vorzustellen.

2. Der nationale Kontext

Die Aktivitäten Eckerts im Rahmen des *East-West Major Project* waren aufs Engste mit der bilateralen Schulbucharbeit des Internationalen Schulbuchinstituts mit asiatischen Ländern verbunden, die bereits Ende 1952 begonnen hatten. Sie ließen Eckert schon 1953, also mehr als drei Jahre vor dem offiziellen Beginn des UNESCO-Projektes, hoffen, »daß unsere Arbeit einen kleinen Beitrag zur japanisch-deutschen Verständigung darstellt und als Vorarbeit für das große asiatisch-europäische UNESCO-Seminar von Nutzen sein wird.«¹⁴ Eckert verstand es auf exzellente Weise, seine Tätigkeit im Rahmen der deutschen UNESCO-Kommission, deren Repräsentant er bei der UNESCO war, mit der Arbeit des Instituts zu verbinden. Man wird sagen können, dass fast alle Aktivitäten mit Asien gemeinsam oder unter der Ägide der UNESCO-Kommission durchgeführt wurden. Die Deutsche UNESCO-Kommission beauftragte jeweils das ISBI, die deutsch-japanischen und deutsch-indischen Historikertagungen durchzuführen und finanzierte sie.¹⁵ Die UNESCO-Kommission bot Eckert zwei zentrale Voraussetzungen für seine Aktivitäten mit und in Asien: Zum einen konnte er auf den Treffen der UNESCO, an denen er als Vertreter der deutschen Kommission teilnahm, wichtige Kontakte knüpfen. So hatte er auf der Schulbuchtagung der UNESCO in Brüssel Vertreter Japans und Indiens kennenge-

einer Expertenkonferenz, Tokio, 22. September – 4. Oktober«, in: *Internationales Jahrbuch für den Geschichtsunterricht* 7 (1959/60), 141f.

13 Vgl. »Meeting of experts on the improvement of Textbooks for the objectives of Unesco's Major Project on Mutual Appreciation of Eastern and Western Cultural Values«, in: *Internationales Jahrbuch für den Geschichtsunterricht* 9 (1963/64), 184–210.

14 Eckert in Rundschreiben v. 23. November 1953, NLA. Staatsarchiv Wolfenbüttel 143 N, Zg. 2009/069, Nr. 292.

15 Siehe beispielsweise zum deutsch-indischen Treffen *Internationale Zeitschrift für den Geschichtsunterricht* 3 (1954), 345.

lernt, mit denen er später die jeweiligen bilateralen Schulbuchgespräche initiierte oder die ihm weitere Gesprächspartner vermittelten. Seine internationalen Reisen, etwa 1958 nach Japan und Indien oder 1960 nach Indonesien, nutzte er, um verschiedenste akademische, pädagogische oder bildungspolitische Institutionen zu besuchen. Zum anderen organisierte Eckert die bilateralen Schulbuchgespräche gemeinsam oder mit Unterstützung der Kommission bzw. ihres Schulbuchausschusses. Das traf von Beginn an zu, hatte doch die UNESCO-Kommission – und nicht etwa das ISBI – zur ersten und zweiten japanisch-deutschen Historikertagung in Braunschweig im Mai und September 1953 eingeladen.¹⁶ Im Oktober 1953 beauftragte der Schulbuchausschuss der UNESCO-Kommission das ISBI offiziell, die Zusammenarbeit mit Asien zu intensivieren und mit der »wissenschaftlichen Vorbereitung des geplanten Ost-West-Seminars zu beginnen«.¹⁷

Japan

Den ersten Kontakt mit einem japanischen Kollegen, Akira Mori von der Universität Osaka, hatte Minna Specht vom UNESCO-Institut für Pädagogik in Hamburg im Oktober 1952 hergestellt.¹⁸ Mori besuchte einen Monat später Braunschweig und sollte fortan einer der zentralen Mittler zwischen dem ISBI und Japan werden. Der Bekanntschaft folgte schnell ein Austausch von Schulbüchern und nur wenige Monate später fand die erste der beiden japanisch-deutschen Historikertagungen statt. Als Grundlage für die Diskussionen dienten dabei die Schulbuchanalyse, die Peter Bensch aus Marburg für deutsche Schulbücher durchgeführt hatte, und das Schulbuch *Weltgeschichte für höhere Schulen* von Chiyu Inoue von der Universität Kyoto, einem der führenden Geschichtsschulbuchautoren Japans.¹⁹ Als Ergebnis wurden Empfehlungen zur Behandlung der deutschen Geschichte in japanischen Schulbüchern ausgearbeitet, die sich

16 Georg Eckert, »Die Ergebnisse der 1. und 2. japanisch-deutschen Historikertagung in Braunschweig«, in: *Internationales Jahrbuch für den Geschichtsunterricht* 3 (1954), 92–93. Es mussten zwei Tagungen durchgeführt werden, da es zunächst Finanzierungsprobleme gab und die japanischen Geschichtsbücher zu spät in Braunschweig eingetroffen waren.

17 Vgl. *Internationales Jahrbuch für den Geschichtsunterricht* 3 (1954), 344.

18 Minna Specht an Georg Eckert, 20. Oktober 1952, NLA. Staatsarchiv Wolfenbüttel 143 N, Zg. 2009/069, Nr. 292.

19 Vgl. Peter Bensch, »Die Behandlung der Völker Asiens in deutschen Schulgeschichtsbüchern«, in: *Internationales Jahrbuch für den Geschichtsunterricht* 3 (1954), 118–147; Chiyu Inoue, »Die Behandlung Deutschlands in japanischen Schulgeschichtsbüchern«, in: *Internationales Jahrbuch für den Geschichtsunterricht* 3 (1954), 114–118.

direkt auf das von Inoue verfasste Lehrbuch bezogen.²⁰ Die japanischen Empfehlungen bestanden in einem kurzen Abriss der japanischen Geschichte.²¹ Die Deutsche UNESCO-Kommission unterstützte anschließend finanziell die Ausarbeitung einer kleinen Geschichte Japans speziell für Lehrer, die dann 1955 im *Internationalen Jahrbuch für den Geschichtsunterricht* veröffentlicht wurde.²²

Die deutsch-japanischen Schulbuchgespräche nahmen in den Folgejahren an Intensität zu. Dies spiegelte sich zum einen in einem intensiven Schulbuchaus-tausch und im *Internationalen Jahrbuch für den Geschichtsunterricht* wider, wo lange Abhandlungen zur Geschichte Japans und die Geschichte der japanischen Schulbücher veröffentlicht wurden.²³ Zum anderen wurde das von Inoue verfasste Geschichtsschulbuch ins Deutsche übersetzt²⁴ und Eckert ermutigte – basierend auf seinem Vorschlag für das *East-West Major Project* – seinen Kollegen Mori in Osaka, ein Schulbuchinstitut zu gründen, das dann – als Institut für vergleichende Pädagogik mit einer Abteilung für Schulbücher – auch tatsächlich realisiert wurde.²⁵

Eckert hatte eine weitere deutsch-japanische Tagung für 1965 geplant, die aber nicht stattgefunden hat.²⁶ Das Georg-Eckert-Institut diskutierte dann erst wieder im Frühjahr 1982 mit der *International Society for Educational Information* in Tokio über die Aufnahme von Schulbuchgesprächen. Diese Gespräche führten zu erneuten bilateralen deutsch-japanischen Schulbuchkonsultationen im Oktober 1987, diesmal zum Fach Geographie, die in Braunschweig stattfanden.²⁷

20 Die Empfehlungen sind abgedruckt in: *Internationales Jahrbuch für den Geschichtsunterricht* 3 (1954), 99–104.

21 »Die japanischen Empfehlungen«, in: *Internationales Jahrbuch für den Geschichtsunterricht* 3 (1954), 93–98.

22 Atsushi Kobata, »Geschichte Japans«, in: *Internationales Jahrbuch für den Geschichtsunterricht* 4 (1955), 27–62. Siehe auch im selben Heft T. Shigematsu und K. Ueda, »Historical Education in elementary and junior high School«, in: *Internationales Jahrbuch für den Geschichtsunterricht* 4 (1955), 75–84.

23 Atsushi Kobata, *Geschichte Japans*, 27–62; Tomitaro Karasawa, »Eine Geschichte der japanischen Schulbücher und der Bildung des japanischen Geistes«, in: *Internationales Jahrbuch für den Geschichtsunterricht* 7 (1959/60), 58–72; Akira Mori, »Moralerziehung in Japan«, in: *Internationales Jahrbuch für den Geschichtsunterricht* 7 (1959/60), 73–116.

24 Teilauszüge finden sich bereits in *Internationales Jahrbuch für den Geschichtsunterricht* 3 (1954), 114–118.

25 »Unsere Sendung nach Osaka ist gut eingetroffen, und die Universität Osaka hat daraufhin ein neues Institut für vergleichende Pädagogik gegründet.« Vgl. Georg Eckert an Pfauter (Kulturattaché der Deutschen Botschaft in New Delhi) vom 14. Juni 1957, NLA. Staatsarchiv Wolfenbüttel 143 N, Zg. 2009/069, Nr. 122/1.

26 Vgl. Georg Eckert an Botschaftssekretär v. 19. Februar 1964, NLA. Staatsarchiv Wolfenbüttel 143 N, Zg. 2009/069, Nr. 291.

27 Vgl. NLA. Staatsarchiv Wolfenbüttel 143 N Zg. 2009/069, Nr. 403.

Indien

Etwa zeitgleich mit der Aufnahme der Beziehungen zu Japan begann die Kooperation mit Indien. Auch hier bestand der erste Schritt in der Versendung von Publikationen seitens des ISBI an die indische Botschaft im Jahre 1953.²⁸ Der Vorschlag einer deutsch-indischen Historikertagung wurde von der Deutschen UNESCO-Kommission und Baldoon Dhingra, dem Leiter der Schulbuchabteilung der UNESCO, unterstützt und fand im Oktober 1954 in Braunschweig, also ein Jahr nach dem deutsch-japanischen Treffen, statt. Auch hier bestand das Ziel darin, eine bessere und ausgewogenere Darstellung der Geschichte und Kultur des jeweiligen anderen Landes im Schulbuch zu erreichen. Dazu hatten die deutschen Experten, die das ISBI angefragt hatte, die verfügbaren indischen Schulbücher gelesen und kurze Kritiken dazu verfasst. Die »Deutsch-indischen Thesen«, die die Empfehlungen enthielten, wurden 1956 im *Internationalen Jahrbuch für den Geschichtsunterricht* veröffentlicht.

Im selben Jahr nahm Eckert über die deutsche Botschaft in New Delhi Kontakt mit dem *Central Bureau of Textbook Research* in Neu Delhi auf. Die Botschaft begrüßte es nicht nur außerordentlich, dass Eckert »aus eigener Initiative eine Zusammenarbeit mit ihrer im Aufbau befindlichen indischen Partnerorganisation« anstrebte,²⁹ sondern stellte über ihren Kurierdienst den Versand von 500 Schulbüchern an das *Bureau* sicher. Auf seiner Reise nach Indien im Oktober 1958 – im Kontext der Tokyoter UNESCO-Konferenz – vertiefte Eckert die Kontakte mit den indischen Partnern.

Eine Fortsetzung der bilateralen Schulbuchgespräche mit Indien hat es dann in den Folgejahren offensichtlich nicht gegeben und 1963 kamen sie – sieht man von der Versendung der Institutspublikationen nach Indien ab – an ihr vorläufiges Ende. Eckert hat sich aber immer wieder dafür eingesetzt, dass indische Wissenschaftler, wie etwa der Historiker Jogindra Kumar Banerji, nach Deutschland reisen und am Internationalen Schulbuchinstitut arbeiten konnten.³⁰ Aber erst nach seinem Tod konnten die binationalen Beziehungen reaktiviert werden. Die entsprechende Initiative ging auf eine Anfrage des Generalsekretärs der Deutsch-Indischen Gesellschaft, Nikolaus Klein, und des Erziehungs- und Wissenschaftsattachés der Indischen Botschaft, K. Gopalan,

28 Otto-Ernst Schüddekopf an Kulturattaché der indischen Botschaft vom 26. Oktober 1953, NLA. Staatsarchiv Wolfenbüttel 143 N Zg. 2009/069, Nr. 122/2.

29 Alfred Würffel, Kulturreferat der dt. Botschaft in New Delhi, an Georg Eckert vom 29. September 1956, NLA. Staatsarchiv Wolfenbüttel 143 N, Zg. 2009/069, Nr. 122/1.

30 Vgl. Romain Faure, *Netzwerke der Kulturdiplomatie. Die internationale Schulbuchrevision in Europa, 1945–1989*, Berlin/Boston: De Gruyter, 2015, 158–159. Banerji veröffentlichte 1957 in Braunschweig unter dem Titel *Laying the foundation of »One World«*. *The International Text-Book Institute* ein Porträt des Internationalen Schulbuchinstituts.

an die Deutsche UNESCO-Kommission zurück, die dann auf der vierten Sitzung des Deutsch-Indischen Kulturausschusses, die im Mai 1977 stattfand, bekräftigt und auch vom Auswärtigen Amt unterstützt wurde:

Angesichts der Bedeutung von Schulbüchern für die Förderung der kulturellen Beziehungen und der Verständigung zwischen beiden Ländern würden es beide Seiten begrüßen, wenn das Georg-Eckert-Institut für Internationale Schulbuchforschung und The National Council of Educational Research and Training, New Dehli, diese Frage gemeinsam prüfen und konkrete Vorschläge für die Überprüfung von Schulbüchern machen könnten.³¹

Indonesien

Hatte zwar der deutsch-indonesische Schulbuchaustausch offiziell mit der Übersendung von fünf Geographieschulbüchern an die deutsche Botschaft begonnen,³² so fanden die deutsch-indonesischen Schulbuchgespräche ihren Anfang in einem entsprechenden Vorschlag Eckerts an die indonesische Botschaft 1955.³³ Noch im selben Jahr traf sich Eckert mit dem neuen Kulturattaché Hochmat Hardjono, der indonesische Schulbücher mitgebracht hatte und großes Interesse an Schulbuchfragen zeigte. Im Februar 1956 und Januar 1957 fanden die Vorbereitungen für die erste deutsch-indonesische Historikertagung statt, die dann im Mai 1957 unter Beteiligung der indonesischen Kulturattachés in Europa durchgeführt wurde und im Kontext des *East-West Major Project* stattfand, das in Deutschland von der Deutschen UNESCO-Kommission und dem ISBI durchgeführt wurde.³⁴ Im Unterschied zu den japanisch-deutschen Schulbuchgesprächen sind die Empfehlungen nur für deutsche Schulbücher verabschiedet worden und ungleich kürzer ausgefallen, allerdings wurden sie als separate Publikation veröffentlicht.³⁵

Der ersten deutsch-indonesischen Tagung folgte keine zweite, aber ihre Wirkungen sind nicht gering zu schätzen. Das betrifft nicht nur die zahlreichen Kontakte, die sich aus der Publikation ergaben, sondern ebenso eine Einladung der indonesischen Regierung an Eckert, an einer Tagung teilzunehmen. Eckert

31 Hans Meinel, Deutsche UNESCO-Kommission, an Bachmann vom 27. Mai 1977 und Auswärtiges Amt an GEI vom 4. Juli 1977, NLA. Staatsarchiv Wolfenbüttel 143 N Zg. 2009/069, Nr. 307.

32 Vgl. NLA. Staatsarchiv Wolfenbüttel 143 N, Zg. 2009/069, Nr. 317/2.

33 24. Oktober 1955, NLA. Staatsarchiv Wolfenbüttel 143 N, Zg. 2009/069, Nr. 317/2.

34 Die 1. deutsch-indonesische Historikertagung, in: *Internationales Jahrbuch für den Geschichtsunterricht* 5 (1956), 312–314.

35 »Empfehlungen der deutsch-indonesischen Historikertagung«, in: *Internationales Jahrbuch für Geschichtsunterricht* 6 (1957), 208–209. Indonesien-Deutschland: Empfehlungen der indonesisch-deutschen Historikertagung (Braunschweig 1957).

schrrieb darüber erfreut an einen indonesischen Kollegen: »I am already very much looking forward to this possiblitiy to meet the leading educators of your country, as well as to be introduced and become acquainted with some of the important pedagogical problem[s] of Indonesia.«³⁶ Allerdings stand die Reise unter einem schlechten Stern, da er sie bereits nach zwei Wochen abbrechen musste: »Der starke Klimawandel hat meine alten Kriegswunden wieder gefährlich werden lassen und so mußte ich auf Rat meines Arztes in Bandung hin Ihr Land vorzeitig wieder verlassen«, schrieb Eckert enttäuscht.³⁷ In den Folgejahren engagierte sich Eckert insbesondere für Reisen und Forschungsaufenthalte indonesischer Wissenschaftler in Deutschland und den Buchaustausch. So organisierte er Anfang 1960 eine deutschlandweite Sammlung von Schulbüchern und wissenschaftlicher Literatur für Indonesien.³⁸ Das ISBI koordinierte zudem die Übersetzung indonesischer Lehrpläne ins Deutsche (1962) und die Veröffentlichung einer Geschichte Indonesiens für Lehrkräfte (1963). An der Goslarer UNESCO-Konferenz nahmen vier Indonesier (davon zwei von der Lehrgewerkschaft) teil. Und 1964 schloss das GEI einen Kooperationsvertrag mit der Universität Padjadran ab.³⁹ Ende der 1960er und besonders Anfang der 1970er Jahre – insbesondere im Kontext der Ölkrise – musste das ISBI aber oftmals Anfragen nach finanzieller Förderung ablehnen. So beklagt sich Eckert: »Es ist ein furchtbares Unglück, daß wir im Augenblick überhaupt keine Mittel zur Verfügung haben und daß ich selber aus Privatmitteln die Arbeitskosten für unser Institut und unsere Tagungen vorauszahlen muß.«⁴⁰

Die Tagung von 1957 entfaltete aber noch eine andere Dimension, die weit über die Aktivitäten, wie sie im Rahmen der deutsch-japanischen Beziehungen durchgeführt worden waren, hinausgingen. Das betraf zum einen die engen Kontakte Eckerts zum indonesischen Verlagshaus Ganaco. Über den Verlag erfolgte nicht nur der gesamte Schulbuchaustausch (bzw. die Erwerbung indonesischer Schulbücher), sondern der Verlag selbst engagierte sich für die gegenseitigen Kulturbeziehungen, indem er etwa 1959 die Übersetzung deutscher

36 Georg Eckert an Mr. Sikin vom 28. Juni 1960, NLA. Staatsarchiv Wolfenbüttel 143 N, Zg. 2009/069, Nr. 317/1.

37 Georg Eckert an Tjan vom 22. Augsut 1960, NLA. Staatsarchiv Wolfenbüttel 143 N, Zg. 2009/069, Nr. 317/1.

38 Vgl. NLA. Staatsarchiv Wolfenbüttel 143 N Zg. 2009/069, Nr. 23.

39 Vgl. NLA. Staatsarchiv Wolfenbüttel 143 N Zg. 2009/069, Nr. 352. Die Kooperation bezog sich auf die Fakultät für Lehrerbildung und Erziehungswissenschaft (FKIP). Diese trennte sich allerdings 1965 von der Universität Padjadjaran und wurde eine selbständige Einrichtung, die einer Pädagogischen Hochschule entsprach und aus fünf Fakultäten und einem Forschungszentrum bestand. Vgl. T.S. Hardjapamekas (Bandung) an Eckert vom 13. Dezember 1965, NLA. Staatsarchiv Wolfenbüttel 143 N, Zg. 2009/069, Nr. 318/1.

40 Georg Eckert an Frau Hardjono 19. März 1973, NLA. Staatsarchiv Wolfenbüttel 143 N Zg. 2009/069, Nr. 8.

Kinderbücher und Sprachlehrbücher vorschlug.⁴¹ Zum anderen überschritten die deutsch-indonesischen Schulbuchgespräche schnell die akademischen Grenzen und dehnten sich auf generelle Kulturbeziehungen aus. Und damit komme ich zum dritten, dem regionalen Kontext.

3. Regionaler Kontext

Der indonesische Kulturattaché in Bonn, Hochmat Hardjono, war in hohem Maße an gegenseitigen Kulturbeziehungen interessiert. Gemeinsam mit der Indonesienspezialistin Irene Hilgers-Hesse, der Generalsekretärin der 1950 gegründeten Deutsch-Indonesischen Gesellschaft in Köln, deren Kuratoriumsmitglied Eckert war, bildete sich ein Triumvirat, das die deutsch-indonesischen Kulturbeziehungen in Köln und Braunschweig maßgeblich prägte und die Städtepartnerschaft zwischen Braunschweig und Bandung initiierte.⁴² Die Idee dieser Partnerschaft stammt von Hardjono, der nach dem dritten Indonesientag 1959 Bandung vorschlug, da es dort wie in Braunschweig eine Pädagogische Fakultät und eine Technische Universität sowie die einzige deutsche Schule in Asien gab.⁴³ Der von der Stadt Braunschweig und dem ISBI organisierte Indonesientag fand seit 1957 jährlich statt⁴⁴ und bot der Öffentlichkeit ein umfangreiches Programm. In der Regel nahmen Botschafts- und Konsulatsangehörige teil; es wurden Vorlesungen und Vorträge an der Kant-Hochschule und an verschiedenen Gymnasien gehalten und Aktivitäten für deutsche und indonesische Studierende angeboten, etwa 1959 ein Ausflug nach Goslar. Eckert unterbreitete der Braunschweiger Oberbürgermeisterin Martha Fuchs Vorschläge über die inhaltliche Ausgestaltung der Partnerschaft, die diese dann an ihren Amtskollegen in Bandung schickte.⁴⁵ Fuchs, die während der nationalsozialistischen Herrschaft im KZ Ravensbrück inhaftiert war, gehörte zu den entschiedenen Unterstützerinnen der Arbeit Eckerts und arbeitete als sozialdemokratische Bürgermeisterin eng mit ihm zusammen. Hardjono hatte den Bandunger Bür-

41 Siehe NLA. Staatsarchiv Wolfenbüttel 143 N, Zg. 2009/069, Nr. 318/1.

42 Neben Köln gab es Ende der 1950er Jahre nennenswerte deutsch-indonesische Kulturaktivitäten nur in Recklinghausen, wo 1954 der erste jährliche Indonesientag stattfand. Im Januar 1960 wurde eine Deutsch-Indonesische Gesellschaft in Bremen gegründet. 1971 existierten deutsch-indonesische Gesellschaften in Köln, Braunschweig, München, Bremen, Frankfurt und Hamburg.

43 Hardjono an Georg Eckert vom 1. Juli 1959, NLA. Staatsarchiv Wolfenbüttel 143 N Zg. 2009/069, Nr. 354.

44 Ab 1960 dann als Kulturtage und Ende der 1960er Jahre Kulturwoche, die im Abstand von zwei Jahren stattfanden, genannt; vgl. NLA. Staatsarchiv Wolfenbüttel 143 N Zg. 2009/069, Nr. 243 und 354.

45 Siehe NLA. Staatsarchiv Wolfenbüttel 143 N Zg. 2009/069, Nr. 23.

germeister bereits kontaktiert, so dass die Unterzeichnung nur noch eine Formsache war. Der Indonesientag 1960 bot den geeigneten Rahmen zur feierlichen Verkündung der Partnerschaft. An dieser Veranstaltung nahmen der Staatssekretär aus dem indonesischen Kultusministerium, Soepardo, und die Braunschweiger Oberbürgermeisterin Martha Fuchs teil. Während der Reise Eckerts nach Indonesien wurde auch in Bandung die »Städtepartnerschaft in einer eindrucksvollen und würdigen Feier offiziell besiegelt.«⁴⁶ Die aus Indonesien mitgebrachten Kunstwerke wurden in zwei Vitrinen in der Kant-Hochschule aufgestellt und zierten nach dem Umzug 1965 das neue Institutsgebäude – eines hängt heute noch im Direktorenzimmer des GEI. 1964, also in dem Jahr, als Eckert Generalsekretär der Deutschen UNESCO-Kommission wurde, übernahm er auch den Vorsitz der im Rahmen der deutsch-indonesischen Kulturtage neugegründeten Zweigstelle der Deutsch-Indonesischen Gesellschaft Niedersachsen mit Sitz in Braunschweig.⁴⁷ Die deutsch-indonesischen Kulturtage finden bis heute in Braunschweig statt. Was hingegen bislang unklar ist, ist das Schicksal von Elly, einem Kragenbären. Eckert war gebeten worden, die Stadt Braunschweig zu fragen, ob sie einen jungen Kragenbären aus Borneo als Geschenk annehmen würde.⁴⁸

Zusammenfassung

Eckerts Mission der Schulbuchrevision war immer eine doppelte: zum einen der Vergleich und die Verbesserung der Schulbücher, zum anderen in Deutschland das Verständnis für andere Kulturen zu wecken. Er nutzte dafür seine vierfache institutionelle Anbindung – als Leiter des Schulbuchinstituts in Braunschweig, im Rahmen der Friedrich-Ebert-Stiftung (FES) innerhalb Deutschlands, mit der Arbeitsgemeinschaft deutscher Lehrerverbände (AGDL)/GEW im Hinblick auf den Austausch mit Pädagogen und im Kontext der Deutschen UNESCO-Kommission und damit dem direkten Zugang zum Pariser Hauptquartier – um seine Aktivitäten umzusetzen bzw. Aktivitäten anzuregen. Das ISBI etablierte sich in dieser Zeit nicht nur als verlässlicher Partner des Europarats sondern auch der UNESCO und wurde damit zentrale Institution für die Umsetzung des Ost-West-Projekts auf dem Feld der Schulbücher. Mit der Deutschen UNESCO-Kommission im Rücken baute er das Expertennetzwerk auf, über das Auswärtige Amt

46 Georg Eckert an Tjan vom 22. August 1960, NLA. Staatsarchiv Wolfenbüttel 143 N, Zg. 2009/069, Nr. 317/1.

47 Siehe NLA. Staatsarchiv Wolfenbüttel 143 N Zg. 2009/069, Nr. 352. Zur Gründungsverammlung vgl. NLA. Staatsarchiv Wolfenbüttel 143 N Zg. 2009/069, Nr. 243.

48 Bisanz an Georg Eckert vom 27. November 1963, NLA. Staatsarchiv Wolfenbüttel 143 N Zg. 2009/069, Nr. 23.

konnte er mit den politischen Vertretern der jeweiligen Botschaften in Deutschland in Kontakt treten; er pflegte zudem enge Beziehungen zu Kulturattachés und Botschaftsräten ausländischer Vertretungen in Deutschland. Mit der FES finanzierte er Stipendien für asiatische Kollegen und Forscher. Die AGDL wiederum wurde ein wichtiger Adressat für den Austausch mit asiatischen Pädagogen.⁴⁹ Eckert war Vorsitzender des internationalen Komitees innerhalb der AGDL, in dem alle Spezialkomitees, die sich für internationale Verständigung einsetzten, zusammengefasst waren, und er war Präsident ihres »Ausschusses für Geschichtsunterricht«. Auf Initiative Eckerts sprach beispielsweise 1953 in Flensburg mit Akira Mori – zugleich Vertreter der japanischen Lehrerorganisation – erstmals ein Repräsentant Asiens auf einem deutschen »Kongreß der Lehrer und Erzieher«. Wenig später konnte zwischen der Arbeitsgemeinschaft Deutscher Lehrerverbände und der japanischen Lehrgewerkschaft (Nippon-Kyoin-Kumiai) ein Abkommen über einen Schulbuchaustausch abgeschlossen werden.⁵⁰ Eckert hat wiederholt asiatische Vertreter gebeten, Aufsätze für die deutschen Lehrer zu verfassen bzw. Referate auf deren Treffen zu halten. Und die GEW selbst war in die Organisation der bilateralen Historikertreffen mit einbezogen.⁵¹

Die Schulbuchaktivitäten konzentrierten sich allerdings auf wenige Länder in Asien: Japan, Indonesien, Indien und – in geringerem Maße – Südkorea⁵². China war – der Kalte Krieg verhinderte dies – nicht miteinbezogen und die neuen unabhängigen kleineren Länder ebenso. Der Hintergrund mag darin liegen, dass diese Staaten keine Vertretungen in der Bundesrepublik hatten und so die Kontaktaufnahme faktisch unmöglich war. Afrika, obgleich im Ost-West-Projekt der UNESCO ausdrücklich einbezogen, fehlte fast gänzlich.

Eckert würdigte aber die Befreiungsbewegungen in Asien und Afrika in den

49 So stellte die FES zwei Stipendien für je 4 Semester anlässlich der Städtepartnerschaft zur Verfügung; vgl. Georg Eckert an M. Fuchs vom 16. November 1959, NLA. Staatsarchiv Wolfenbüttel 143 N Zg. 2009/069, Nr. 23.

50 Mori hatte den Kontakt zu Prof. Saburo Oka, dem Präsidenten der Nippon-Kyen-Kumiai hergestellt, den Eckert dann am 18. November 1952 direkt kontaktierte; vgl. NLA. Staatsarchiv Wolfenbüttel 143 N, Zg. 2009/069, Nr. 292. »Die japanischen Lehrer schließen sich der internationalen Schulbucharbeit an«, in: *Internationales Jahrbuch für Geschichtsunterricht* 2 (1953), 376.

51 Der ursprüngliche Titel der japanisch-deutschen Treffen hieß dementsprechend »Japanisch-deutsche Historiker- und Geschichtslehrertagung«; vgl. NLA. Staatsarchiv Wolfenbüttel 143 N, Zg. 2009/069, Nr. 292.

52 Das ISBI hatte mit der Koreanischen UNESCO-Kommission 1956 einen Schulbuchaustausch vereinbart. Eine Prüfung der deutschen Schulbücher im Hinblick auf die Darstellung Koreas ist dann 1959 im *Internationalen Jahrbuch* veröffentlicht worden. Die Idee, die sich auf Deutschland beziehenden Stellen in ausgewählten koreanischen Schulbüchern übersetzen zu lassen, ließ sich aus finanziellen Gründen nicht realisieren; vgl. NLA. Staatsarchiv Wolfenbüttel 143 N Zg. 2009/069, Nr. 330.

betreffenden bilateralen Schulbuchempfehlungen und sah in deren Aufwertung einen wichtigen eigenständigen Beitrag der deutschen auswärtigen Kulturpolitik. Allerdings fanden Großereignisse wie die Konferenz von Bandung 1955 im Briefwechsel mit asiatischen Partnern keine Beachtung. Kriege – wie in Korea oder Vietnam – und politische Unruhen – etwa der kommunistische Putsch in Indonesien 1965 – spielten bei der bilateralen Schulbucharbeit offenbar keine Rolle. Selbst als der Bürgermeister von Bandung, der die Städtepartnerschaft mit organisierte, 1968 verhaftet wurde, lehnten Eckert und die Stadt Braunschweig – auf Hinweis des Auswärtigen Amtes – eine Intervention mit der Begründung auf die Nichteinmischung in innere Angelegenheiten ab.⁵³

Dass die Schulbucharbeit mit Asien aber durchaus im Kontext des Kalten Krieges verortet wurde, zeigen die Reaktionen Eckerts in Bezug auf die Aktivitäten der DDR, in der er einen politischen Gegner und gefährlichen Mitbewerber auf dem Gebiet der internationalen Schulbucharbeit sah.⁵⁴ So schrieb er 1960:

In ganz Indonesien, vor allem aber in Djakarta und Bandung, entwickelt die Sowjetzone eine außerordentlich rege und leider auch sehr erfolgreiche Aktivität. Es gelingt den Vertretern der SBZ, sich als Vertreter des wahren Deutschlands und auch als Hüter deutschen Geisteserbes auszugeben. Ich habe versucht, diesen Einflüssen entgegenzuwirken. Es ist aber klar, daß angesichts der permanenten Bearbeitung gelegentliche Erwiderungen kaum Erfolg haben können. Die SBZ lädt nicht nur großzügig indonesische Gelehrte nach Ostdeutschland ein, sondern liefert auch gratis bzw. für symbolische Beträge (in Rupia-Währung!) literarische und Fachwerke.⁵⁵

Blickt man auf das Format der internationalen Schulbuchaktivitäten lässt sich ein fast standardisierter Ablauf beobachten: Individuelle Kontakte oder Kontaktaufnahme über das Auswärtige Amt bzw. die Vertretungen der betreffenden Länder in der Bundesrepublik, Austausch von Schulbüchern (zumeist über die deutschen Botschaften), erste Sondierungsgespräche auf politischer Ebene, Eruiierung der Experten in Deutschland, Vorbesprechungen in Braunschweig, dann Schulbuchanalysen und schließlich Konferenz mit dem Ergebnis der Verabschiedung von Schulbuchempfehlungen und einem städtischen Empfang. Dies mag heute formalistisch aussehen, aber anders wäre die immense Koordinations- und Organisationsarbeit, die ja vor allem von Eckert, seiner Sekretärin Feige und seinem Mitarbeiter Schüddekopf zu bewältigen war, nicht zu

53 Siehe NLA. Staatsarchiv Wolfenbüttel 143 N Zg. 2009/069, Nr. 243.

54 »Ich finde das geradezu erschütternd in Anbetracht dessen was die Stadt Braunschweig bereits für Bandung geleistet hat. Hoffentlich kommt es nicht dazu. Es sieht übrigens alles so undurchsichtig aus. Die Kreise um Aidit wünschen natürlich eine Anerkennung der DDR. Weiterhin spricht man von einer geplanten Großoffensive auf Malaysia.« Vgl. Hilgers-Hesse an Eckert vom 12. Juni 1965, NLA. Staatsarchiv Wolfenbüttel 143 N, Zg. 2009/069, Nr. 318/1.

55 Eckert an Dr. Mönnig (Physiker) vom 17. November 1960, NLA. Staatsarchiv Wolfenbüttel 143 N Zg. 2009/069, Nr. 23.

leisten gewesen. Die Schulbuchgespräche mit den asiatischen Ländern und das Engagement Eckerts im *East-West Major Project* liefen ja parallel zu den bilateralen Aktivitäten in Europa und den USA. Die Institutsleitung, die mit einem immensen Reiseumfang, einer ungeheuren Korrespondenz mit den vielen Partnern, zahlreichen Konferenzen und den Veröffentlichungen – und das *Internationale Jahrbuch* war nur eine – verbunden war, auf der einen Seite, Eckerts Tätigkeiten im Rahmen der Deutschen UNESCO-Kommission, der Stadt Braunschweig, der Friedrich-Ebert-Stiftung, der GEW sowie seine Lehrtätigkeit an der Kant-Hochschule auf der anderen, mussten ihren Tribut fordern. Die gesundheitlichen Probleme Eckerts, die auch mit seiner Kriegsverletzung zusammenhingen, aber insbesondere seinen Blutdruck betrafen, führten nicht nur dazu, dass er seine Reise nach Indonesien 1960 abbrechen musste und danach – trotz zahlreicher Einladungen – nie wieder nach Asien gereist ist. Der Briefwechsel der 1960er Jahre spiegelt denn auch Eckerts letztlich erfolglose Versuche wider, sich über Kuren und Auszeiten zu regenerieren.

Insgesamt lässt sich festhalten, dass sich das ISBI als Treffpunkt der internationalen Schulbucharbeit verstand. Zahlreiche Wissenschaftler, Studierende und Bildungspolitiker aus Japan, Indien, Indonesien, Korea, Singapur, den Philippinen und anderen asiatischen Ländern besuchten das Institut. Dabei profitierte es sicher auch von seinem stetig wachsenden Ruf in Europa. Ende der 1950er Jahre war die erste Phase der Schulbuchrevision in Europa abgeschlossen, die vor allem auf bilateralen Beziehungen beruhte. So resümierte Eckert 1958:

Es ist uns in den letzten 10 Jahren gelungen, in Zusammenarbeit mit fast allen freien europäischen Staaten die kontroversen historischen Probleme vor allem des 19. und 20. Jahrhunderts zum mindesten in den Hauptfragen zu diskutieren, und zu lösen. Diese Arbeit hat, wie allgemein anerkannt wird, bereits sichtbare Spuren in den Schulbüchern der verschiedenen europäischen Länder, vor allem aber der Bundesrepublik, hinterlassen.

Und weiter heißt es:

Auf diese erste Phase unserer Arbeit ist vor einigen Jahren eine zweite gefolgt. In enger Zusammenarbeit mit dem Europarat bemühen wir uns darum, die großen Gemeinsamkeiten der europäischen Geschichte und Kultur herauszuarbeiten und auf diese Weise sowohl die nationalstaatliche Sicht des ausgehenden 19. Jahrhunderts zu überwinden, wie den Europagedanken und das Gefühl der europäischen Solidarität zu fördern. Wir glauben bei aller Bescheidenheit, damit einen wesentlichen Beitrag zu der von der Bundesrepublik seit über 10 Jahren betriebenen Politik geleistet zu haben.⁵⁶

56 Georg Eckert an Burian (zuständiger Referent für die Förderung europabezogener Projekte des Instituts im Bundesinnenministerium) vom 19. März 1958. NLA. Staatsarchiv Wolfenbüttel 143 N, Zg. 2009/069, Nr. 178/2.

Die Ausweitung der bilateralen Arbeit auf eine multilaterale-europäische Ebene fand ihren Ausdruck dann 1965 in der Ernennung des ISBI zum *European Information and Documentation Centre for the Improvement of History and Geography Textbooks* des Europarats – nachdem Eckert bereits 1958 der Straßburger Europa-Preis der Stiftung F.V.S. verliehen worden war. Das ISBI wurde damit »die Schaltzentrale zwischen der historischen Forschung, der Pädagogik und der Lehrmittelproduktion«⁵⁷ – und zwar nicht nur für Europa. Die zahlreichen Konferenzen, die Versendung der Schulbücher und die Verschickung des *Internationalen Jahrbuches* und der gedruckten Materialien des ISBI an Hunderte von wissenschaftlichen Einrichtungen, politischen und zivilgesellschaftlichen Institutionen und Privatpersonen begründeten den Ruf des Instituts in aller Welt.

57 »Das Schulbuchinstitut ist die Schaltzentrale«, in: *Braunschweiger Zeitung*, 4. Februar 1971.

Zeitzugenerinnerung IV

Georg Eckert war von Juni 1964 bis zu seinem Tod im Januar 1974 Präsident der Deutschen UNESCO-Kommission, des nationalen Koordinierungs-, Verbindungs- und Beratungsorgans für die Mitarbeit der Bundesrepublik an der Organisation der Vereinten Nationen für Erziehung, Wissenschaft und Kultur (*United Nations Educational, Scientific and Cultural Organization*) in Paris.

Die UNESCO bietet große Möglichkeiten der internationalen kulturellen Zusammenarbeit sowohl auf staatlicher wie auf nichtstaatlicher Ebene und kann auf diese Weise, wie kaum eine andere Organisation, die Verständigung nicht nur der Regierungen und offiziellen Stellen, sondern vor allem auch der Zivilgesellschaften entscheidend fördern.

Diese Möglichkeiten intensiv wahrzunehmen und auszuschöpfen, war erklärtes Ziel von Georg Eckert. Mehr als anderen war ihm klar geworden, dass es großer Anstrengungen bedurfte, das durch Diktatur und Krieg verlorene Ansehen Deutschlands durch vertrauensbildende, in die Gesellschaften hineinwirkende Maßnahmen wieder aufzubauen. Die Deutsche UNESCO-Kommission bot sich dazu als ein ideales Instrument an und mit der ihm eigenen Überzeugungskraft hat er sie in diese Richtung geführt und gestaltet.

Besonderes Augenmerk galt dabei der Verbesserung der historisch stark belasteten Beziehungen zu den osteuropäischen Nachbarn. Wenn auch der Kalte Krieg Anfang der 1970er Jahre mit der Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (Helsinki 1972) einer gewissen Entspannung Platz machte, so blieben doch erhebliche Barrieren bestehen, die einer Kooperation entgegenstanden.

Ganz wichtig erschien es, gemäß dem in der UNESCO-Verfassung verankerten Leitsatz, »daß, da Kriege im Geist der Menschen entstehen, auch die Bollwerke des Friedens im Geist der Menschen errichtet werden müssen«, mentale Barrieren abzubauen und wechselseitiges Verständnis zu entwickeln. Damit musste in der Schule begonnen werden und es lag daher nahe, gemeinsame Empfehlungen zu erarbeiten, wie die konfliktreichen Beziehungen interpretiert und dargestellt werden sollten.

Die von Georg Eckert initiierten internationalen Schulbuchkonferenzen wurden unter dem Dach der nationalen UNESCO-Kommissionen der betroffenen Länder veranstaltet. Sie boten einen geeigneten Rahmen für eine Zusammenarbeit zu einem Zeitpunkt, zu dem – wie anfangs im Fall von Polen – noch keine diplomatischen Beziehungen bestanden. Durch seine doppelte Rolle als Direktor des Internationalen Schulbuchinstituts und als Präsident der Deutschen UNESCO-Kommission hat Georg Eckert beste Voraussetzungen für das Gelingen dieser wichtigen Konferenzen mitgebracht.

In den fast zehn Jahren seiner Präsidentschaft hat Georg Eckert die Arbeit der Kommission entscheidend geprägt und ihr Ansehen im nationalen und internationalen Rahmen erheblich gesteigert. Durch seinen Widerstand gegen den Nationalsozialismus, sein Engagement für die soziale Demokratie und sein aktives Wirken für die Völkerverständigung war er ein überzeugender und weltweit geachteter Vertreter eines neuen Deutschlands. Er war eine von allen respektierte moralische Autorität und damit für eine überparteiliche Organisation, wie die Deutsche UNESCO-Kommission, wie geschaffen.

Als Generalsekretär der Kommission hatte ich das Privileg, von 1970 bis 1974 mit ihm zusammenzuarbeiten. Wir hatten ein gemeinsames Ziel und gemeinsame Werte und damit eine optimale Basis für eine erfolgreiche und vertrauensvolle Zusammenarbeit.

Ich behalte ihn als verständnisvollen, toleranten und stets um Ausgleich bemühten Menschen in Erinnerung. In den Diskussionen und Verhandlungen auf nationaler und internationaler Ebene hat er es verstanden, sich in die Positionen der anderen Seite zu versetzen und damit die Voraussetzungen für gemeinsame Lösungen in strittigen Fragen zu schaffen. Dabei ist er bescheiden geblieben und hat seine eigene Person und seine großen Verdienste nie in den Vordergrund gestellt.

Literaturverzeichnis

- Abraham, Herbert J. »The UNESCO Conference in Tokyo«, in: *Internationales Jahrbuch für den Geschichtsunterricht* 7 (1959/60), 117–121.
- Abusch, Alexander. *Der Irrweg einer Nation. Ein Beitrag zum Verständnis deutscher Geschichte*, Berlin: Aufbau-Verlag, 1946.
- Adorno, Theodor W. *Eingriffe. Neun kritische Modelle*, Frankfurt am Main: Suhrkamp, 1963.
- Ambrosius, Gerold. *Die Durchsetzung der sozialen Marktwirtschaft in den Westzonen 1945–49*, Stuttgart: Deutsche Verlags-Anstalt, 1977.
- Appelius, Stefan. *Heine. Die SPD und der lange Weg zur Macht*, Essen: Klartext, 1999.
- Arbeitsgemeinschaft Deutscher Lehrerverbände (Hg.). *Geschichtsunterricht in unserer Zeit. Grundfragen und Methoden*, Braunschweig: Verlag Albert Limbach, 1951.
- Auerbach, Hellmuth. »Ein Colloquium tschechoslowakischer und deutscher Historiker in München«, in: *Internationales Jahrbuch für Geschichts- und Geographie-Unterricht* 12 (1968/69), 270–272.
- Ders. »Empfehlungen zu den deutsch-tschechoslowakischen Beziehungen im 15. und 19. Jahrhundert«, in: *Internationales Jahrbuch für Geschichts- und Geographie-Unterricht* 12 (1968/69), 418–420.
- Bachmann, Siegfried. »Rede auf der akademischen Trauerfeier zum ehrenden Gedenken an Prof. Dr. Georg Eckert am 14. Januar 1974« in: *In Memoriam Georg Eckert (1912–1974)*, Pädagogische Hochschule Niedersachsen, Abteilung Braunschweig (Hg.), Braunschweig: Pädagogische Hochschule Niedersachsen, Abteilung Braunschweig, 1974, 5–8.
- Ders. »Internationale Schulbuchrevision als systemübergreifende Kooperation. Bilaterale Schulbuchkonferenzen von Historikern und Geographen aus der Bundesrepublik Deutschland sowie aus Polen und Rumänien«, in: *DGFK Jahrbuch* (1979/80), 822–825.
- Balzer, Ursula, Heiner M. Becker und Jaap Kloosterman (Hg.). *Kein Nachruf! Beiträge über und für Götz Langkau*, Amsterdam: IISG, 2003.
- Barricelli, Michele. »Didaktische Räusche und das Verständnis der Einzelwesen. Zu Leben und Wirken von Georg Eckert«, in: *Modernisierung im Umbruch: Geschichtsdidaktik und Geschichtsunterricht nach 1945*, Wolfgang Hasberg und Manfred Seidenfuß (Hg.), Berlin u. a.: LIT, 2008, 261–290.
- Barth, Karl. *Zur Genesung des deutschen Wesens*, Stuttgart: Mittelbach, 1945.

- Becher, Johannes R. *Erziehung zur Freiheit. Gedanken und Betrachtungen*, Berlin, Leipzig: Volk und Wissen, 1946.
- Becher, Ursula A. J. (Hg.). *Grenzen und Ambivalenzen. Analysen zum Deutschlandbild in den Niederlanden und in niederländischen Schulbüchern*, Frankfurt am Main: Diesterweg, 1996.
- Becker, Bert. »Der Historiker Siegfried Bahne – Leben und Werk«, in: *Geist und Gestalt im historischen Wandel: Facetten deutscher und europäischer Geschichte 1789–1989. Festschrift für Siegfried Bahne*, ders. und Horst Lademacher (Hg.), Berlin u. a.: Waxmann, 2000, 1–10.
- Die Behandlung Asiens in den Lehrbüchern der Volksschulen in der Schweiz, Frankreich, Großbritannien und der Bundesrepublik Deutschland*, Braunschweig: Verlag Albert Limbach, 1964.
- Bendick, Rainer. »Irrwege und Wege aus der Feindschaft. Deutsch-französische Schulbuchgespräche im 20. Jahrhundert«, in: *Deutsche und Franzosen im zusammenwachsenden Europa 1945–2000*, Kurt Hochstuhl (Hg.), Stuttgart: Kohlhammer, 2003, 73–103.
- Bensch, Peter und Georg Eckert. »Universalgeschichte im Unterricht«, in: *Internationales Jahrbuch für Geschichtsunterricht* 3 (1954), 41–50.
- Bensch, Peter. »Die Behandlung der Völker Asiens in deutschen Schulgeschichtsbüchern«, in: *Internationales Jahrbuch für den Geschichtsunterricht* 3 (1954), 118–147.
- Berndt, Günter. »Polen im Unterricht«, in: *Kommunität. Vierteljahreshefte der Evangelischen Akademie* 14 (1970), 16f.
- Berndt, Günter und Reinhard Strecker (Hg.). *Polen – ein Schauermärchen oder Gehirnwäsche für Generationen. Geschichtsschreibung und Schulbücher; Beiträge zum Polenbild der Deutschen*, Reinbek bei Hamburg: Rowohlt, 1971.
- Beyer, Helmut und Klaus Müller. *Der Niedersächsische Landtag in den fünfziger Jahren. Voraussetzungen, Ablauf, Ergebnisse und Folgen der Landtagswahl 1955*, Düsseldorf: Droste, 1988.
- Bingen, Dieter. »Der lange Weg der ›Normalisierung‹, Die Entwicklung der Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und Polen 1949–1990«, in: *Die deutsch-polnischen Beziehungen 1949–2000*, Wolf-Dieter Eberwein und Baisl Kerski (Hg.), Opladen: Leske + Budrich, 2001, 35–73.
- Birkenfeld, Wolfgang. »Hans Ebeling (1906–1967)«, in: *Deutsche Geschichtsdidaktiker des 19. und 20. Jahrhunderts. Wege, Konzeptionen, Wirkungen*, Siegfried Quandt (Hg.), Paderborn: Schöningh, 1978, 365–380.
- Blankertz, Herwig. *Theorien und Modelle der Didaktik*, München: Juventa-Verlag, 6. Auflage, 1972.
- Bock, Hans Manfred. »Vom Beruf des kulturellen Übersetzens zwischen Deutschland und Frankreich, oder Versagen die Mittler?«, in: *Lendemains* 22, 86/87 (1997), 8–19.
- Bode, Mathias. »Expertise mit Weltverstand. Transnationalismus und auswärtige Kulturpolitik der Bundesrepublik in den sechziger und siebziger Jahren«, in: *Bürgersinn mit Weltgefühl, Politische Moral und solidarischer Protest in den sechziger und siebziger Jahren*, Habbo Knoch (Hg.), Göttingen: Wallstein Verlag, 2007, 93–114.
- Ders. *Die auswärtige Kulturverwaltung der frühen Bundesrepublik*, Tübingen: Mohr Siebeck, 2014.

- Boden, Philip K. *Promoting International Understanding through School Textbooks*, Braunschweig: Selbstverlag des Georg-Eckert-Instituts für internationale Schulbuchforschung, 1977.
- Bongertmann, Ulrich. »Zur hundertjährigen Geschichte des Geschichtslehrerverbandes«, in: *geschichte heute* 4 (2013), 5–19.
- Bouvier, Beatrix W. *Zwischen Godesberg und Großer Koalition. Der Weg der SPD in die Regierungsverantwortung*, Bonn: J.H.W. Dietz Nachf., 1990.
- Brandt, Willy. »Alfred Nau zum 65. Geburtstag«, in: *Solidarität. Alfred Nau zum 65. Geburtstag*, ders. u. a., Bonn-Bad Godesberg: Verlag Neue Gesellschaft, 1971, 7–15.
- Ders. *Links und frei. Mein Weg 1930–1950*. Mit einem aktuellen Vorwort, Hamburg: Hoffmann und Campe, 1984.
- Ders. *Erinnerungen*, Frankfurt am Main u. a.: Propyläen u. a., 1989.
- Brügel, Johann Wolfgang. *Tschechen und Deutsche 1918–1938*, München: Nymphenburger Verlagshandlung, 1967.
- Ders. *Tschechen und Deutsche 1939–1946*, München: Nymphenburger Verlagshandlung, 1974.
- Brüggemann, Wolfgang. *Laudatio*. Internationales Schulbuchinstitut Braunschweig. Kulturpreis des DGB, Düsseldorf 1973.
- Brühl, Hans. *Irrweg deutscher Geschichte*, Frankfurt am Main: Reinhardt, 1946.
- Bruley, Édouard und E. H. Dance. *A History of Europe?*, Leyden: Sythoff, 1960.
- Bungert, Mario. »Zu retten, was sonst unwiederbringlich verloren geht«, *Die Archive der deutschen Sozialdemokratie und ihre Geschichte*, Bonn: Friedrich-Ebert-Stiftung, 2002.
- Caracciolo, Lucio. »Der Untergang der Sozialdemokratie in der sowjetischen Besatzungszone. Otto Grotewohl und die ›Einheit der Arbeiterklasse‹ 1945/46«, in: *Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte* 36, 2 (1988), 281–318.
- Colin, Nicole, Corine Defrance, Ulrich Pfeil und Joachim Umlauf (Hg.). *Lexikon der deutsch-französischen Kulturbeziehungen nach 1945*, Tübingen: Narr Verlag, 2013.
- Conrad, Christoph und Sebastian Conrad. »Wie vergleicht man Historiographien«, in: *Die Nation schreiben: Geschichtswissenschaft im internationalen Vergleich*, dies. (Hg.), Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht, 2002, 11–45.
- Conze, Eckart. *Die Suche nach Sicherheit. Eine Geschichte der Bundesrepublik Deutschland von 1949 bis in die Gegenwart*, München: Siedler Verlag, 2009.
- Conze, Eckart, Norbert Frei, Peter Hayes und Moshe Zimmermann. *Das Amt und die Vergangenheit. Deutsche Diplomaten im Dritten Reich und in der Bundesrepublik*, München: Blessing, 2. Auflage, 2010.
- Conze, Werner. *Die Strukturgeschichte des technisch-industriellen Zeitalters*, Opladen: Westdeutscher Verlag, 1957.
- Ders. »Die deutsche Geschichtswissenschaft seit 1945. Bedingungen und Ergebnisse«, in: *Historische Zeitschrift* 225, 1 (1977), 1–28.
- Ders. »Die Gründung des Arbeitskreises für moderne Sozialgeschichte«, in: *Hamburger Jahrbuch für Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik* 24 (1979), 23–32.
- Cottaz, Y., Jacques de Launay und Georg Eckert (Hg.), *World History Teachers in conference*, Oxford u. a.: Pergamon Press, 1964.
- Croce, Benedetto. *Teoria e storia della storiografia, seconda edizione riveduta*, Bari: Laterza, 1920.

- Dance, Edward Herbert »Anglo-German Textbook Exchange: The first five years«, in: *Internationales Jahrbuch für Geschichtsunterricht* 4 (1955), 258–259.
- Defrance, Corine. »Es kann gar nicht genug Kulturaustausch geben: Adenauer und die deutsch-französischen Kulturbeziehungen 1949–1963«, in: *Konrad Adenauer und Frankreich 1949–1963. Stand und Perspektiven der Forschung zu den deutsch-französischen Beziehungen in Politik, Wirtschaft und Kultur*, Klaus Schwabe (Hg.), Bonn: Bouvier, 2005, 137–162.
- Dies. »Die internationalen Historikertreffen von Speyer. Erste Kontaktaufnahme zwischen deutschen und französischen Historikern nach dem Zweiten Weltkrieg«, in: *Die Rückkehr der deutschen Geschichtswissenschaft in die »Ökumene der Historiker«*. Ein wissenschaftsgeschichtlicher Ansatz, Ulrich Pfeil (Hg.), München: Oldenbourg, 2008, 213–237.
- de Jong, Frits. »Rede auf der Akademischen Trauerfeier für Georg Eckert am 14. Januar 1974« in: *In Memoriam Georg Eckert (1912–1974)*, Pädagogische Hochschule Niedersachsen, Abteilung Braunschweig (Hg.), Braunschweig: Pädagogische Hochschule Niedersachsen, Abteilung Braunschweig, 1974.
- Demantowsky, Marko. *Die Geschichtsmethodik in der SBZ und DDR – ihre konzeptuelle, institutionelle und personelle Konstituierung als akademische Disziplin 1945–1970*, Idstein: Schulz-Kirchner, 2003.
- Ders. »Neubeginn oder Wiederanfang? Geschichtsdidaktik in der SBZ und DDR 1945–1961«, in: *Modernisierung im Umbruch. Geschichtsdidaktik und Geschichtsunterricht nach 1945*, Wolfgang Hasberg und Manfred Seidenfuß (Hg.), Berlin u. a.: LIT-Verlag, 2008, 115–126.
- Deutsche UNESCO-Kommission (Hg.), *Lernziel: Weltoffenheit*, Bonn: Deutsche UNESCO-Kommission e.V., 2001.
- Deutsch-französische Vereinbarung über strittige Fragen europäischer Geschichte*, Braunschweig: Verlag Albert Limbach, Neudruck 1958.
- »Die 1. deutsch-indonesische Historikertagung«, in: *Internationales Jahrbuch für den Geschichtsunterricht* 5 (1956), 312–314.
- Dietz, Burkhard (Hg.). *Fritz Helling, Aufklärer und politischer Pädagoge im 20. Jahrhundert. Interdisziplinäre Beiträge zur intellektuellen Biographie, Wissenschaftsgeschichte und Pädagogik*, Frankfurt am Main u. a.: Lang, 2003.
- Doderer, Klaus. »Didaktische Grundprobleme der muttersprachlichen und literarischen Bildung«, in: *Zeitschrift für Pädagogik. Beiheft* 3 (1963), 63–77.
- Dowe, Dieter (Hg.). *40 Jahre Institut für Sozialgeschichte e.V. Braunschweig – Bonn 1962–2002*, Bonn: Institut für Sozialgeschichte, 2003.
- Ders. *Zur Geschichte des Archivs für Sozialgeschichte*, URL http://library.fes.de/afs-online/inhalt/geschichte_afs.htm [Zuletzt überprüft am 02. Februar 2017].
- Dowe, Dieter, Peter Hengstenberg und Ernst J. Kerbusch. *Günter Grunwald und die Friedrich-Ebert-Stiftung*, Bonn: J.H.W. Dietz Nachf., 2012.
- Dowe, Dieter und Kurt Klotzbach (Hg.). *Programmatistische Dokumente der deutschen Sozialdemokratie*, Bonn: J.H.W. Dietz Nachf., 4., überarbeitete und aktualisierte Auflage, 2004.
- Dowe, Dieter, Kurt Klotzbach und Hans Pelger. »In memoriam Georg Eckert«, in: *Archiv für Sozialgeschichte* 14 (1974), XI–XIII.

- Dubieli, Helmut. *Niemand ist frei von der Geschichte. Die nationalsozialistische Herrschaft in den Debatten des Deutschen Bundestages*, München u. a.: Hanser, 1999.
- Duchhardt, Heinz. (Hg.). *Martin Göhring (1903–1968). Stationen eines Historikerlebens*, Mainz: Verlag Philipp von Zabern, 2005.
- Ders. »Martin Göhring und seine Beziehungen zur französischen Geschichtswissenschaft«, in: *Die Rückkehr der deutschen Geschichtswissenschaft in die »Ökumene der Historiker«*. Ein wissenschaftsgeschichtlicher Ansatz, Ulrich Pfeil (Hg.), München: Oldenbourg, 2008, 255–263.
- Dudek, Peter und Hans-Gerd Jaschke. *Entstehung und Entwicklung des Rechtsextremismus in der Bundesrepublik*, 2 Bde., Opladen: Westdeutscher Verlag, 1984.
- Düring, Marten und Ulrich Eumann. »Historische Netzwerkforschung. Ein neuer Ansatz in den Geschichtswissenschaften«, in: *Geschichte und Gesellschaft* 39, 3 (2013), 369–390.
- Ebeling, Elisabeth und Klaus Ebeling. *Erinnerungen an Hans Ebeling (1906–1967)*, Braunschweig: Selbstverlag, 1997.
- Ebeling, Hans. *Deutsche Geschichte* [Hrsg. vom Geschichtspädagogischen Forschungskreis Braunschweig], Braunschweig u. a.: Westermann, 1949–1956.
- Ders. *Methodik des Geschichtsunterrichts*, Hannover u. a.: Schroedel, 1953.
- Ders. *Zur Didaktik und Methodik eines kind-, sach- und zeitgemäßen Geschichtsunterrichts*, Hannover u. a.: Schroedel, 1965.
- Eckert, Georg (Hg.). *Lehrplan für den Geschichtsunterricht in den Braunschweigischen Volks- und Mittelschulen*, Braunschweig: Meyer, 1947.
- Ders. u. a. *Beiträge zum Geschichtsunterricht: Quellen und Unterlagen für die Hand des Lehrers*, Braunschweig: Verlag Albert Limbach, 1947–1954.
- Ders. *Arbeiterleben in der Frühzeit des Industriekapitalismus. Beiträge zum Geschichtsunterricht: Heft 4*, Braunschweig: Verlag Albert Limbach, 1948.
- Ders. »Geschichtsbild und Geschichtsunterricht«, in: *Mitteilungen des Gesamtverbandes Braunschweigischer Lehrer* (1948).
- Ders. *Totenkult und Lebensglaube im Caucatal*, Braunschweig: Verlag Albert Limbach, 1948.
- Ders. »Der Beitrag der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft zur Reform des Geschichtsunterrichts«, in: *Geschichtsunterricht in unserer Zeit. Grundfragen und Methoden*, Arbeitsgemeinschaft Deutscher Lehrerverbände, Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft, Bayerischer Lehrerverein (Hg.), Braunschweig: Verlag Albert Limbach, 1951, 147–156.
- Ders. »Geschichtsunterricht und Völkerverständigung«, in: *Geschichtsunterricht in unserer Zeit. Grundfragen und Methoden*, Arbeitsgemeinschaft Deutscher Lehrerverbände, Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft, Bayerischer Lehrerverein (Hg.), Braunschweig: Verlag Albert Limbach, 1951, 140–146.
- Ders. *Aus den Lebensberichten deutscher Fabrikarbeiter*, Braunschweig: Verlag Albert Limbach, 1953.
- Ders. *Der Bauernkrieg. Beiträge zum Geschichtsunterricht: Heft 1*, Braunschweig: Verlag Albert Limbach, 1953.
- Ders. *Der Freiherr vom Stein und die preuß. Reformen. Beiträge zum Geschichtsunterricht: Heft 5*, Braunschweig: Verlag Albert Limbach, 1953.

- Ders. *Quellen zur Wirtschafts- und Sozialgeschichte des 18. Jahrhunderts. Beiträge zum Geschichtsunterricht: Heft 17*, Braunschweig: Verlag Albert Limbach, 1953.
- Ders. *Die Revolution von 1848/49. Beiträge zum Geschichtsunterricht: Heft 2*, Braunschweig: Verlag Albert Limbach, 1953.
- Ders. *Aus den Lebensberichten deutscher Fabrikarbeiter. Zur Sozialgeschichte des ausgehenden 19. Jahrhunderts*, Braunschweig: Verlag Albert Limbach, 1954.
- Ders. »Die Ergebnisse der 1. und 2. japanisch-deutschen Historikertagung in Braunschweig«, in: *Internationales Jahrbuch für den Geschichtsunterricht* 3 (1954), 92–93.
- Ders. *Aus den Anfängen der Braunschweiger Arbeiterbewegung. Unveröffentlichte Bracke-Briefe*, Braunschweig: Verlag Albert Limbach, 1955.
- Ders. *Wilhelm Bracke und die Anfänge der Braunschweiger Arbeiterbewegung*, Braunschweig: Verlag Albert Limbach, 1957.
- Ders. »Improvement in Textbooks through International Co-operation«, in: *The Yearbook of Education* 22 (1960), 577–586.
- Ders. »Wilhelm Bracke«, in: *Niedersächsische Lebensbilder IV* (1960), Hildesheim: Lax, 1–12.
- Ders. *Die Braunschweiger Arbeiterbewegung unter dem Sozialistengesetz, 1. Teil (1878–1884)*, Braunschweig: Waisenhaus-Buchdruck und Verlag, 1961.
- Ders. »Die Flugschriften der lassalleianischen Gemeinde in Braunschweig«, in: *Archiv für Sozialgeschichte* 2 (1962), 295–358.
- Ders. »Zur Geschichte der Braunschweiger Sektion der I. Internationale. Der Briefwechsel zwischen Leonhard von Bonhorst und Johann Philipp Becker«, in: *Braunschweigisches Jahrbuch* 43 (1962), 131–172.
- Ders. (Hg.). *Briefwechsel mit Karl Marx und Friedrich Engels*, The Hague: Mouton, 1963.
- Ders. »Eine Denkschrift der Braunschweiger Lassalleaner zur Reform des Kommunal-Wahlrechts«, in: *Archiv für Sozialgeschichte* 3 (1963), 435–463.
- Ders. (Hg.). 1863–1963. *Hundert Jahre deutsche Sozialdemokratie. Bilder und Dokumente*, Hannover: J.H.W. Dietz Nachf., 1963.
- Ders. »Das ›Deutsche Wochenblatt‹ und die Internationale Arbeiter-Assoziation«, in: *Archiv für Sozialgeschichte* 4 (1964), 579–598.
- Ders. »Samuel Spier und die Internationale Arbeiter-Assoziation«, in: *Archiv für Sozialgeschichte* 4 (1964), 599–615.
- Ders. *100 Jahre Braunschweiger Sozialdemokratie, Teil 1: Von den Anfängen bis zum Jahr 1890*, Hannover: J.H.W. Dietz Nachf., 1965.
- Ders. »Wilhelm Bracke und die Propaganda für den 1. Band des ›Kapital‹ von Karl Marx (1867/68)«, in: *Braunschweigisches Jahrbuch* 48 (1967), 102–137.
- Ders. »Zur Geschichte der ›Sektionen‹ Wiesbaden und Mainz der Internationalen Arbeiter-Assoziation«, in: *Archiv für Sozialgeschichte* 8 (1968), 365–525.
- Ders. »Hundert Jahre Lötzener Kettenaffäre. Zwei unbekannte Briefe Wilhelm Brackes an den Leiter der ›Sektionsgruppe deutscher Sprache‹ der Internationalen Arbeiter-Assoziation«, in: *Braunschweigisches Jahrbuch* 51 (1970), 211–214.
- Ders. »Die UNESCO und die Schulbuchrevision in Asien«, in: *Solidarität. Alfred Nau zum 65. Geburtstag*, Willy Brandt u. a., Bonn-Bad-Godesberg: Verlag Neue Gesellschaft, 1971, 155–176.
- Ders. »Auf dem Weg nach Godesberg. Erinnerungen an die Kulturkonferenz der SPD in Ziegenhain«, in: *Freiheitlicher Sozialismus. Beiträge zu seinem heutigen Selbstver-*

- ständig*, Heiner Flohr u. a. (Hg.), Bonn-Bad Godesberg: Verlag Neue Gesellschaft, 1973, 49–58.
- Ders. (Hg.). *Briefwechsel mit deutschen Sozialdemokraten, Bd. 1 1862–1878*, Assen: van Gorcum, 1973.
- Ders. »Die Kulturkonferenz der SPD 1947 in Bad Gandersheim«, in: *Braunschweigisches Jahrbuch* 55 (1974), 215–223 (posthum).
- Ders. *Leitartikel und Beiträge in der Osnabrücker Zeitung 1864–1866*, Hildesheim: Lax, 1975.
- Eckert, Georg und Otto-Ernst Schüddekopf (Hg.). *Wie Andere uns sehen. Die letzten 100 Jahre deutscher Geschichte in europäischen Schulbüchern*, Braunschweig: Verlag Albert Limbach, 1955.
- Dies. (Hg.). *Elemente eines atlantischen Geschichtsbildes. Gutachten, Diskussionen und Empfehlungen der 5. Amerikanisch-deutschen Historikertagung, Braunschweig, November 1963*, Braunschweig: Verlag Albert Limbach, 1965.
- Ehrich, Emil und Heinrich Hellwege. *Ein konservativer Demokrat*, Hannover: Niedersächsische Landeszentrale für Politische Bildung, 1977.
- Erziehung durch Geschichte*, Wiesbaden: Landesschulbeirat, 1950.
- Etzemüller, Thomas. *Sozialgeschichte als politische Geschichte. Werner Conze und die Neuorientierung der westdeutschen Geschichtswissenschaft nach 1945*, München: Oldenbourg, 2001.
- Faure, Romain. »Connections in the History of Textbook Revision, 1947–1952«, in: *Education Inquiry* 2 (2011), 21–35.
- Ders. »Frieden durch internationale Schulbuchrevision? Eine Debatte im Europa der 1950er Jahre«, in: *Frieden lernen. Friedenspädagogik und Erziehung im 20. Jahrhundert*, Till Kössler (Hg.), Essen: Klartext Verlag, 2014, 221–232.
- Ders. *Netzwerke der Kulturdiplomatie. Die internationale Schulbuchrevision in Europa, 1945–1989*, Berlin/Boston: DeGruyter, 2015.
- Fauvel-Rouif, Denise (Hg.). *La Première Internationale. L'institution – L'implantation – Le rayonnement* [Paris, 16–18 Novembre 1964], Paris: Editions du Centre National de la Recherche Scientifique, 1968.
- Febvre, Lucien und François Crouzet. »Der internationale Ursprung einer Kultur. Grundgedanken zu einer Geschichte Frankreichs«, in: *Internationales Jahrbuch* 2 (1953), 5–31.
- Dies. *Nous sommes des sang-mêlés. Manuel d'histoire de la civilisation française*, [Texte de 1950, présenté par Denis et Élisabeth Crouzet], Paris: Éd. Albin Michel, 2012.
- Feldman, Gerald D. *Sozialgeschichte und Geschichte der Arbeiterbewegung. Vortrag vom 21. Oktober 1985 im Hause der Friedrich-Ebert-Stiftung in Bonn anlässlich der Herausgabe des 25. Bandes des Archivs für Sozialgeschichte*, Bonn: Friedrich-Ebert-Stiftung, 1985.
- Fina, Kurt. *Geschichtsdidaktik und Auswahlproblematik*, München: Ehrenwirth, 1969.
- Fischer, Frank. »Im deutschen Interesse«. *Die Ostpolitik der SPD von 1969 bis 1989*, Husum: Matthiesen, 2001.
- Fischer, Fritz. *Griff nach der Weltmacht. Die Kriegszielpolitik des kaiserlichen Deutschland 1914/18*, Düsseldorf: Droste, 1961.

- Fischer, Wolfgang. *Heimat-Politiker? Selbstverständnis und politisches Handeln von Vertriebenen als Abgeordnete im Deutschen Bundestag 1949 bis 1974*, Düsseldorf: Droste, 2010.
- Franko, Konrad A. *SPD in Niedersachsen. Demokratie der ersten Stunde*, Göttingen: Niedersächsische Landeszentrale für Politische Bildung, 1972.
- Fratzsch, Arnold. *CDU in Niedersachsen. Demokratie der ersten Stunde*, Hannover: Niedersächsische Landeszentrale für Politische Bildung, 1971.
- Frei, Norbert. *Vergangenheitspolitik. Die Anfänge der Bundesrepublik und die NS-Vergangenheit*, München: C. H. Beck, 1996.
- Friedrich-Ebert-Stiftung (Hg.). *Alfred Nau 1906–1983*, Bonn: Friedrich-Ebert-Stiftung, 1983.
- Frister, Erich. *Heinrich Rodenstein, Lehrer und Gewerkschafter 1902–1980*, Frankfurt am Main: Büchergilde Gutenberg, 1988.
- Fuchs, Eckhardt und Kathrin Henne, »Wissensaustausch international. Schulbuchrevision und das internationale Schulbuchinstitut in Braunschweig nach dem Zweiten Weltkrieg«, in: *Zeitschrift für Pädagogik. Beiheft 63* (2017), 108–123.
- Fuchs, Eckhardt und Steffen Sammler. »The Establishment of the Georg Eckert Institute in the Summer of 1975. How Textbook Research Was Given A New Future in Braunschweig Following the Death of Georg Eckert«, in: *Eckert. Bulletin 15* (2015), 33–35.
- Fuchs, Eckhardt. »The Creation of New International Networks in Education: The League of Nations and Educational Organization in the 1920s«, in: *Paedagogica Historica 43* (2007), 199–209.
- Ders. »Networks and the History of Education«, in: *Paedagogica Historica 43* (2007), 185–197.
- Garzmann, Manfred. »Der Braunschweiger Oberbürgermeister Otto Bennemann. Eine biographische Skizze«, in: »Der Stadt zur Zierde...« *Beiträge zum norddeutschen Städtewesen im 19. und 20. Jahrhundert. Festschrift für Uta Reinhardt zum 65. Geburtstag*, Danny Borchert und Christian Lamschus (Hg.), Göttingen: Ruprecht, 2008, 63–78.
- Gautschi, Peter. *Guter Geschichtsunterricht. Grundlagen, Erkenntnisse, Hinweise*, Schwalbach/Ts.: Wochenschau Verlag, 2. Auflage, 2011.
- Gautschi, Peter, Markus Bernhardt und Ulrich Mayer. »Guter Geschichtsunterricht – Prinzipien«, in: *Handbuch Praxis des Geschichtsunterrichts, Bd. 1*, Michele Barricelli und Martin Lücke (Hg.), Schwalbach/Ts.: Wochenschau Verlag, 2012, 326–348.
- Gautschi, Peter und Barbara Sommer Häller (Hg.). *Der Beitrag von Schulen und Hochschulen zu Erinnerungskulturen*, Schwalbach/Ts.: Wochenschau Verlag, 2014.
- Gedenkschrift zur Verleihung des Straßburger Europa-Preises 1958 der gemeinnützigen Stiftung F.V.S. zu Hamburg an Prof. Georg Eckert*, Hamburg: Stiftung F.V.S., 1958.
- Gentzen, Felix-Heinrich. »Rezension zu E. Meyer, Über die Darstellung der deutsch-polnischen Beziehungen im Geschichtsunterricht«, in: *Zeitschrift für Geschichtswissenschaft 6* (1957), 1309–1319.
- Gies, Horst. »Neuanfang und Kontinuitäten. Geschichtsdidaktik und Geschichtsunterricht in Niedersachsen nach 1945«, in: *Geschichte Niedersachsens neu entdeckt*, Horst Kuss und Bernd Mütter (Hg.), Braunschweig: Westermann, 1996, 98–111.
- Göhring, Martin (Hg.). *Europa – Erbe und Aufgabe. Internationaler Gelehrtenkongress, Mainz 1955*, Wiesbaden: Steiner, 1956.

- Görtemaker, Manfred. »Die Ursprünge der ›neuen Ostpolitik‹ Willy Brandts«, in: *Doppelte Zeitgeschichte. Deutsch-deutsche Beziehungen 1945–1990*, Arnd Bauerkämper (Hg.), Bonn: J.H.W. Dietz Nachf., 1998, 44–57.
- Ders. *Geschichte der Bundesrepublik Deutschland. Von der Gründung bis zur Gegenwart*, München: C.H. Beck, 1999.
- Grabenhorst, Carsten. *Otto Bennemann. Beitrag zu einer politischen Biographie*, Braunschweig: Arbeitskreis Andere Geschichte e.V., 1991.
- Graff, Karl Heinrich. *Zur Methodik des Geschichtsunterrichts*, Ratingen: Verlag »Der Pflug«, 1949.
- Grebing, Helga. *Flüchtlinge und Parteien in Niedersachsen. Eine Untersuchung der politischen Meinungs- und Willensbildungsprozesse während der ersten Nachkriegszeit 1945–1952/53*, Hannover: Verlag Hahnsche Buchhandlung, 1990.
- Dies. »Politischer Radikalismus und Parteiensystem. Die Flüchtlinge in der niedersächsischen Nachkriegspolitik«, in: *Rechtsradikalismus in der politischen Kultur der Nachkriegszeit. Die verzögerte Normalisierung in Niedersachsen*, Bernd Weisbrod (Hg.), Hannover: Verlag Hahnsche Buchhandlung, 1995, 259–268.
- Dies. »Zur Rolle der Sozialdemokratie in Niedersachsen nach 1945«, in: »*Niedersachsens politische Tradition ist sozialdemokratisch. 60 Jahre demokratischer Neubeginn in Niedersachsen*, Wolfgang Jüttner (Hg.), Berlin: Vorwärts Buch-Verlag, 2007, 31–46.
- Halbritter, Maria. *Schulreformpolitik in der britischen Zone von 1945 bis 1949*, Weinheim, Basel: Beltz Verlag, 1979.
- Hamblin, Jacob Darwin. »Piercing the Iron Curtain. UNESCO, Marine Science, and the Legacy of the International Geophysical Year«, in: *Sixty Years of Science at UNESCO. 1945–2005*, Jake Lamar (Hg.), Paris: UNESCO Publishing, 2006, 68–70.
- Harder, Ernesto. *Vordenker der »ethischen Revolution«. Willi Eichler und das Godesberger Programm*, Bonn: J.H.W. Dietz Nachf., 2013.
- Harstick, Hans-Peter. »Geschichte und ihre Didaktik«, in: *Fünfzig Jahre wissenschaftliche Lehrerbildung in Braunschweig. Festschrift*, Gerhard Himmelmann (Hg.), Braunschweig: Technische Universität Braunschweig Institut für Schulpädagogik, 1995, 273–291. Ders. »Georg Eckert (1912–1974). Wegbereiter einer neuen Konzeption von Geschichte in Wissenschaft und Unterricht«, in: *Internationale Verständigung. 25 Jahre Georg-Eckert-Institut für Internationale Schulbuchforschung in Braunschweig*, Ursula A. J. Becher und Rainer Riemenschneider (Hg.), Hannover: Verlag Hahnsche Buchhandlung, 2000, 105–115.
- Ders. « ›Ein Volk, Ein Reich, Ein Kohlk. Die Niederlande 1989/90 im Bann der deutschen Frage«, in: *Wie der gordische Knoten gelöst wurde. Anekdoten der Weltgeschichte, historisch erklärt*, Matthias Steinbach (Hg.), Stuttgart: Reclam, 2011, 235–243.
- Hartmann, Franz. *Geschichte der Gewerkschaftsbewegung nach 1945 in Niedersachsen*, Hannover: Niedersächsische Landeszentrale für Politische Bildung, 1972.
- Ders. *Gewerkschaften in Niedersachsen nach dem 2. Weltkrieg*, Göttingen 1977.
- Ders. »Entstehung und Entwicklung der Gewerkschaftsbewegung in Niedersachsen nach dem Zweiten Weltkrieg«, in: *Landesgeschichte im Landtag*, Präsident des Niedersächsischen Landtags (Hg.), Hannover: Verlag Hahnsche Buchhandlung, 2007, 439–453.
- Hasselt, Jutta van. »Zur Geschichte der deutschen Mitarbeit in der UNESCO«, in: *Lernziel: Weltoffenheit*, Deutsche UNESCO-Kommission (Hg.), Bonn: Deutsche UNESCO-Kommission e.V., 2001, 151–381.

- Heidermann, Horst. »Vorbedingungen und Überlegungen bis 1969«, in: *Das gedruckte Gedächtnis der Arbeiterbewegung. Festschrift zum 30-jährigen Bestehen der Bibliothek der Friedrich-Ebert-Stiftung*, Bibliothek der Friedrich-Ebert-Stiftung (Hg.), Bonn: Friedrich-Ebert-Stiftung, 1999.
- Hein, Dieter. *Zwischen liberaler Milieupartei und nationaler Sammlungsbewegung: Gründung, Entwicklung und Struktur der Freien Demokratischen Partei 1945–1949*, Düsseldorf: Droste, 1985.
- Helling, Fritz. *Mein Leben als politischer Pädagoge* [eingeleitet und kommentiert von Burkhard Dietz], Frankfurt am Main u. a.: Lang, 2007.
- Hemmer, Hans-Otto und Kurt Thomas Schmitz (Hg.). *Geschichte der Gewerkschaften in der Bundesrepublik Deutschland*, Köln: Bund Verlag 1990.
- Herbert, Freudenthal. »Geschichtsunterricht. Ein kritischer Forschungsbericht über die Literatur zu seiner Didaktik und Methodik während des letzten Jahrzehnts«, in: *Die erziehungswissenschaftliche Forschung. Pädagogische Gesamtbibliographie* 6 (1929), 6–39.
- Herbert, Ulrich. »Drei deutsche Vergangenheiten. Über den Umgang mit der deutschen Zeitgeschichte«, in: *Doppelte Zeitgeschichte. Deutsch-deutsche Beziehungen 1945–1990*, Arnd Bauerkämper (Hg.), Bonn: J.H.W. Dietz Nachf., 1998, 376–390.
- Herbst, Karin. *Didaktik des Geschichtsunterrichts zwischen Traditionalismus und Reformismus*, Hannover: Schroedel, 1977.
- Herf, Jeffrey. *Zweierlei Erinnerung. Die NS-Vergangenheit im geteilten Deutschland*, Berlin: Propyläen-Verlag, 1998.
- Hering, Wilhelm. *Methodik des Geschichtsunterrichts in der preußischen Volksschule*, Berlin: Union, 2. Auflage, 1912.
- Heuß, Alfred. *Verlust der Geschichte*, Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht, 1959.
- Ders. »Gedanken zur Didaktik der Geschichte«, in: *Geschichte in Wissenschaft und Unterricht* 22 (1971), 529 f.
- Hilligen, Wolfgang. »Worauf es ankommt. Überlegungen und Vorschläge zur Didaktik der politischen Bildung«, in: *Gesellschaft – Staat – Erziehung* 6 (1961), 339 ff.
- Himmelman, Gerhard. »50 Jahre wissenschaftliche Lehrerbildung in Braunschweig«, in: *Fünfzig Jahre wissenschaftliche Lehrerbildung in Braunschweig. Festschrift*, ders. (Hg.), Braunschweig: Technische Universität Braunschweig Institut für Schulpädagogik, 1995, 11–90.
- Hinrichs, Ernst und Falk Pingel. »Georg Eckert (1912–1974) und die internationale Schulbuchforschung«, in: *Geschichtsunterricht und Geschichtsdidaktik vom Kaiserreich bis zur Gegenwart. Festschrift des Verbandes des Geschichtslehrer Deutschlands zum 75-jährigen Bestehen*, Paul Leidinger (Hg.), Stuttgart: Klett, 1988, 334–349.
- Hirsch, Helmut. *Lehrer machen Geschichte. Das Institut für Erziehungswissenschaften und das Internationale Schulbuchinstitut. Ein Beitrag zur Kontinuitätsforschung*, Ratingen u. a.: Henn, 1971.
- Hobsbawm, Eric J. »From Social History to the History of Society«, in: *Daedalus* 100, 1(1971), 20–45, 43 (dt.: ders., »Von der Sozialgeschichte zur Geschichte der Gesellschaft«, in: Hans-Ulrich Wehler (Hg.), *Geschichte und Soziologie*, Köln: Kiepenheuer & Witsch, 1972, 330–353, 351).

- Holzer, Jerzy. »Polen und die deutsche Zweistaatlichkeit 1949–1989«, in: *Doppelte Zeitgeschichte. Deutsch-deutsche Beziehungen 1945–1990*, Arnd Bauerkämper (Hg.), Bonn: J.H.W. Dietz Nachf., 1998, 74–82.
- Hüfner, Klaus und Wolfgang Reuther (Hg.). *UNESCO-Handbuch. 50 Jahre deutsche Mitarbeit in der UNESCO*, Bonn: Uno-Verlag, Neuausgabe, 2. Auflage, 2005.
- Huhn, Jochen. »Georg Siegfried Kawerau (1886–1936)«, in: *Deutsche Geschichtsdidaktiker des 19. und 20. Jahrhunderts. Wege, Konzeptionen, Wirkungen*, Siegfried Quandt (Hg.), Paderborn: Schöningh, 1978, 280–303.
- Hunink, Maria. *De papieren van de revolutie. Het Internationaal Instituut voor Sociale Geschiedenis 1935–1947*, Amsterdam: Stichting IISG, 1986.
- Huster, Ernst-Ulrich u.a. *Determinanten der westdeutschen Restauration 1945–1949*, Frankfurt am Main: Suhrkamp, 1972.
- Inoue, Chiyu. »Die Behandlung Deutschlands in japanischen Schulgeschichtsbüchern«, in: *Internationales Jahrbuch für den Geschichtsunterricht* 3 (1954), 114–118.
- Internationale Tagung der Historiker der Arbeiterbewegung (Hg.). *Internationales Symposium Österreich-Ungarn und die Internationale, Wien, 7. bis 9. September 1964*, Wien: Europaverlag, 1972.
- Jacobmeyer, Wolfgang. »Die Niederlage 1945«, in: *Westdeutschlands Weg zur Bundesrepublik 1945–1949. Beiträge von Mitarbeitern des Instituts für Zeitgeschichte*, München: C. H. Beck, 1976.
- Ders. »Empfehlungen«. Arbeitsform, Medium und Ergebnis der international vergleichenden Schulbuchforschung«, in: *Zeitschrift für Geschichtsdidaktik* 4 (2005), 196–209.
- Jarck, Horst-Rüdiger (Bearb.), *Findbuch zum Nachlass Otto Bennemann, Braunschweiger Oberbürgermeister und niedersächsischer Innenminister (1903–2003)*, Braunschweig: Meyer, 2013, XI–XXVI.
- Jeismann, Karl-Ernst. »Geschichtsbilder: Zeitdeutung und Zukunftsperspektive«, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte* B 51–52 (2002), 13–22.
- John, Anke. »Disziplin am Scheideweg. Die Konstituierung einer universitären Geschichtsdidaktik in den 1970er- Jahren«, in: *Jede Gegenwart hat ihre Gründe. Hans-Jürgen Pandel zum 70. Geburtstag*, Michele Barricelli u. a. (Hg.), Schwalbach/Ts.: Wochenschau Geschichte, 2011, 192–213.
- Jungbluth, Manuela. *Anna Siemsen – eine demokratisch-sozialistische Reformpädagogin*, Frankfurt am Main: Lang, 2012.
- Kaden, Albrecht. *Einheit oder Freiheit. Die Wiedergründung der SPD 1945/46*, Hannover: J.H.W. Dietz Nachf., 1964.
- Karasawa, Tomitaro. »Eine Geschichte der japanischen Schulbücher und der Bildung des japanischen Geistes«, in: *Internationales Jahrbuch für den Geschichtsunterricht* 7 (1959/60), 58–72.
- Kerski, Basil. »Die Rolle nichtstaatlicher Akteure in den deutsch-polnischen Beziehungen von 1990«, in: *Die deutsch-polnischen Beziehungen 1949–2000*, ders. und Wolf-Dieter Eberwein (Hg.), Opladen: Leske + Budrich, 2001, 75–111.
- Kielmansegg, Peter Graf. *Das geteilte Land. Deutsche Geschichte 1945–1990*, München: Pantheon, 2007.
- Kleßmann, Christoph. *Die doppelte Staatsgründung. Deutsche Geschichte 1945–1955*, Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung, 1982.

- Kobata, Atsushi. »Geschichte Japans«, in: *Internationales Jahrbuch für den Geschichtsunterricht* 4 (1955), 27–62.
- Kocka, Jürgen. *Sozialgeschichte. Begriff – Entwicklung – Probleme*, Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht, 2. Auflage, 1986.
- Ders. »Ideological Regression and Methodological Innovation: Historiography and the Social Sciences in the 1930s and 1940s«, in: *History and Memory* 2, 1 (1990), 130–38.
- Ders. »50 Jahre Archiv für Sozialgeschichte. Bedeutung, Wirkung, Zukunft«, in: *50 Jahre Archiv für Sozialgeschichte. Bedeutung, Wirkung, Zukunft*, Meik Woyke und Anja Kruke (Hg.), Bonn: Friedrich-Ebert-Stiftung, 2011, 8–22.
- Ders. »Georg Eckert und die Anfänge der deutschen Sozialgeschichtsschreibung«, in: *Eckert. Das Bulletin* 12 (2012), 4–11.
- Köhler, Henning. *Adenauer. Eine politische Biographie*, Berlin u. a.: Propyläen-Verlag, 1994.
- Kopitzsch, Wolfgang. »Lehrerorganisation in der Provinz. Weiterbildung von Volksschullehrern zur Zeit des Kaiserreichs in Schleswig-Holstein«, in: *Der Lehrer und seine Organisation*, Manfred Heinemann (Hg.), Stuttgart: Winter, 1977, 93–104.
- Ders. *Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) 1947–1975. Grundzüge ihrer Geschichte*, Heidelberg: Winter, 1983.
- Kořalka, Jiří. *Vznik socialistického dělnického hnutí na Liberecku* [Die Entstehung der sozialistischen Arbeiterbewegung im Reichenberger Gebiet], Liberec: Krajské nakladatelství, 1956.
- Ders. »Tschechische Briefe aus Dresden und Braunschweig 1870–1871. Ein Beitrag zur internationalen Rolle der tschechischen Demokratie«, in: *Archiv für Sozialgeschichte* 5 (1965), 319–362.
- Ders. »Erste Sozialisten in Nordböhmen im Verhältnis zur Eisenacher Sozialdemokratie und zur tschechischen Nationalbewegung 1868–1870«, in: *Archiv für Sozialgeschichte* 8 (1968), 285–347.
- Ders. »Husitský odkaz ve společenském a kulturním životě českých krajanů v zahraničí [Das Vermächtnis der Hussiten im gesellschaftlichen und kulturellen Leben der Auslands-tschechen]«, in: *Husitský Tábor* 4 (1981), 177–185.
- Ders. »Jan Hus und die Hussiten in den deutsch-tschechischen Beziehungen des 19. Jahrhunderts«, in: *Geschichte in Wissenschaft und Unterricht* 35 (1984), 495–507.
- Kořalka, Jiří und Johannes Hoffmann (Hg.). *Tschechen im Rheinland und in Westfalen von 1890–1918. Quellen aus deutschen, tschechischen und österreichischen Archiven und Zeitschriften*, Wiesbaden: Harrassowitz, 2012.
- Koselleck, Arno. »Zur Didaktik des Geschichtsunterrichts«, in: *Zeitschrift für Pädagogik. Beiheft* 2 (1960), 56–69.
- Krause, Diethelm. *Geschichte der Braunschweiger Lehrerbewegung. Vom Lehrerverein zur Lehrgewerkschaft*, Braunschweig: Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft, Bezirksverband Braunschweig, 1986.
- Kuczynski, Jürgen. *Geschichte der Lage der Arbeiter unter dem Kapitalismus*, 40 Bände, Ost-Berlin: Akademie Verlag, 1960–1972.
- Kuhn, Annette. »Geschichtsdidaktik in emanzipatorischer Absicht«, in: *Geschichtsdi-daktische Positionen. Bestandsaufnahme und Neuorientierung*, Hans Süßmuth (Hg.), Paderborn u. a.: Schöningh, 1980, 49–81.

- Kuss, Horst. »Geschichtsdidaktik und Geschichtsunterricht in der Bundesrepublik Deutschland (1945/49–1990). Eine Bilanz. Teil 1«, in: *Geschichte in Wissenschaft und Unterricht* 45, 12 (1994), 735–758.
- Ders. »Geschichtsunterricht in unserer Zeit«. Hermann Körner und Karl Mielcke im Wiederaufbau des Geschichtsunterrichts nach 1945«, in: *Historia Didactica. Geschichtsdidaktik heute. Uwe Uffelman zum 60. Geburtstag*, Herbert Raisch und Armin Reese (Hg.), Idstein: Schulz-Kirchner, 1997, 115–128.
- Ders. »Neue Wege – alte Ziele? Geisteswissenschaftliche Didaktik auf dem Weg zu politischer Bildung – Erich Weniger«, in: *Modernisierung im Umbruch. Geschichtsdidaktik und Geschichtsunterricht nach 1945*, Wolfgang Hasberg und Manfred Seidenfuß (Hg.), Berlin u. a.: LIT-Verlag, 2008, 291–316.
- Labuda, Gerard. »Ein Versuch, die deutsch-polnischen Beziehungen im Unterricht neu darzustellen«, in: *Internationales Jahrbuch für Geschichtsunterricht* 6 (1957/1958), 311–324.
- Lademacher, Horst. *Zwei ungleiche Nachbarn. Wege und Wandlungen der deutsch-niederländischen Beziehungen im 19. und 20. Jahrhundert*, Darmstadt: Wissenschaftliche Buchgesellschaft, 1989.
- Ders. *Grenzüberschreitungen. Mein Weg zur Geschichtswissenschaft – Erinnerungen und Erfahrungen. Im Gespräch mit Burkhard Dietz und Helmut Gabel*, Berlin u. a.: Waxmann, 2012.
- Langkau, Götz und Wilhelm Liebknecht. *Briefwechsel mit deutschen Sozialdemokraten, Bd. 2 1878–1884*, Frankfurt am Main, New York: Campus Verlag, 1988.
- Lappenküper, Ulrich. »Wilhelm Hausenstein – Adenauers erster Missionschef in Paris«, in: *Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte* 43, 4 (1995), 635–678.
- Ders. »›Sprachlose Freundschaft? Zur Genese des deutsch-französischen Kulturabkommens vom 23. Oktober 1954«, in: *Lendemains* 21, 84 (1996), 67–82.
- Leonard, Terence J. »Educational Disarmament as an important step towards Human Harmony«, in: *Internationales Jahrbuch für Geschichtsunterricht IX* (1963/64), 39–45.
- Lindemann, Mechthild u. a. (Hg.). *1972 [Akten zur Auswärtigen Politik der Bundesrepublik Deutschland]*, München: Oldenbourg, 2003.
- Lippert, Werner. *Methodik des Geschichtsunterrichts*, Erfurt: K. Stenger, 3. Auflage, 1935.
- Lübke, Norbert. *Gegenwartsnaher Geschichtsunterricht*, Dortmund: Lensing, 1950.
- Lucas, Friedrich J. *Geschichte als engagierte Wissenschaft. Zur Theorie einer Geschichtsdidaktik*, Stuttgart: Klett, 1985.
- Ders. »Grundriß der Geschichtsdidaktik, Manuskript 1967/68«, in: *Geschichte als engagierte Wissenschaft. Zur Theorie einer Geschichtsdidaktik*, ders., Stuttgart: Klett 1985, 150–182.
- Luntinen, Pertti. »School History Textbook Revision by and under the Auspices of UNESCO«, in: *Internationale Schulbuchforschung* 10, 4 (1988), 337–348, sowie in: *Internationale Schulbuchforschung* 11,1 (1989), 39–48.
- Malecny, Ewa, und Kazimierz Popiołek. »Zu den westdeutschen Thesen über die Darstellung der polnisch-deutschen Beziehungen im Geschichtsunterricht«, in: *Internationales Jahrbuch für Geschichtsunterricht VI* (1957), 337–346.
- Malycha, Andreas. *Auf dem Weg zur SED: die Sozialdemokratie und die Bildung einer Einheitspartei in den Ländern der SBZ*, Bonn: J.H.W. Dietz Nachf., 1995.

- Ders. »Der Zentrallausschuß, Kurt Schumacher und die Einheit der SPD«, in: *Beiträge zur Geschichte der Arbeiterbewegung* 2 (1991), 182–193.
- Marchant, Ernest Cecil (Hg.). *Geography Teaching and the Revision of Geography Text-books and Atlases*, Strasbourg: Council for Cultural Cooperation, 1967.
- Marmetschke, Katja. »Mittlerpersönlichkeiten. Neuere biographische Arbeiten zur Mittlerfunktion zwischen Frankreich und Deutschland«, in: *Lendemains* 25, 98/99 (2000), 239–257.
- Marten, Heinz-Georg. *Die unterwanderte FDP: politischer Liberalismus in Niedersachsen, Aufbau und Entwicklung der FDP (Freien Demokratischen Partei) 1945–1955*, Göttingen u. a.: Musterschmidt, 1978.
- Matthäus, Jürgen und Frank Bajohr (Hg.). *Alfred Rosenberg. Die Tagebücher von 1934 bis 1944*, Frankfurt am Main: Fischer Verlag, 2015.
- Mätzing, Heike Christina. »Georg Eckert und die Anfänge des Archivs für Sozialgeschichte«, in: *50 Jahre Archiv für Sozialgeschichte. Bedeutung, Wirkung, Zukunft*, Meik Woyke und Anja Kruke (Hg.), Bonn: Friedrich-Ebert-Stiftung, 2011, 23–44.
- Dies. »Georg Eckert zum 100. Geburtstag. Engagierter Wissenschaftler und kulturpolitischer Botschafter der Nachkriegsdemokratie«, in: *Der Kulturkalender 2012*, Birkholtz Gesellschaft (Hg.), Braunschweig/Wolfenbüttel, 2012, 4–10.
- Dies. *Wissenschaftler und Botschafter der Völkerverständigung. Georg Eckert (1912–1974) zum 100. Geburtstag*, Bonn: Friedrich-Ebert-Stiftung, 2013.
- Maurel, Chloé. *Historie de l'UNESCO. Les trente premières années, 1945–1974*, Paris u. a.: L'Harmattan, 2010.
- Mayer, Paul. »Die Geschichte des sozialdemokratischen Parteiarchivs und das Schicksal des Marx-Engels-Nachlasses«, in: *Archiv für Sozialgeschichte* 6/7 (1966), 5–198.
- Mayer, Ulrich. *Neue Wege im Geschichtsunterricht? Studien zur Entwicklung der Geschichtsdidaktik und des Geschichtsunterrichts in den westlichen Besatzungszonen und in der Bundesrepublik Deutschland 1945–1953*, Köln/Wien: Böhlau in Komm., 1986.
- Ders. »Mit spitzer Feder statt stumpfem Klischee. Zur Verwendung von Bildern in den Ebeling'schen Geschichtsbüchern«, in: *Die visuelle Dimension des Historischen. Hans-Jürgen Pandel zum 60. Geburtstag*, Gerhard Schneider (Hg.), Schwalbach/Ts.: Wochenschau Verlag, 2002, 72–88.
- Ders. »Neubeginn oder Wiederanfang? Geschichtsdidaktik im Westen Deutschlands«, in: *Modernisierung im Umbruch. Geschichtsdidaktik und Geschichtsunterricht nach 1945*, Wolfgang Hasberg und Manfred Seidenfuß (Hg.), Berlin u. a.: LIT-Verlag, 2008, 99–113.
- Ders. »Nur ein ›herausragender Praktiker? Ein neuer Zugang zur Geschichtsmethodik Hans Ebelings«, in: *Geschichtslernen – Innovationen und Reflexionen. Geschichtsdidaktik im Spannungsfeld von theoretischen Zuspitzungen, empirischen Erkundungen, normativen Überlegungen und pragmatischen Wendungen (Festschrift Bodo von Borries zum 65. Geburtstag)*, Jan-Patrick Bauer, Johannes Meyer-Hamme und Andreas Körber (Hg.), Kenzingen: Centaurus-Verlag, 2008, 477–497.
- Ders. »Geschichtsdidaktische Prinzipien in vorcurricularer Zeit. Zur Neubewertung Hans Ebelings«, in: *Geschichte und ihre Didaktik. Ein weites Feld ... Unterricht, Wissenschaft, Alltagswelt. Gerhard Schneider zum 65. Geburtstag*, Christian Heuer und Christine Pflüger (Hg.), Schwalbach/Ts.: Wochenschau Verlag, 2009, 40–56.
- Ders. »Georg Eckert als Geschichtsdidaktiker«, in: *Zeitschrift für Geschichtsdidaktik* 15 (2016), 165–184.

- Mazower, Mark. *No Enchanted Palace. The End of Empire and the Ideological Origins of the United Nations*, Princeton: Princeton University Press, 2009.
- Ders. *Die Welt regieren. Eine Idee und ihre Geschichte von 1815 bis heute*, München: C. H. Beck, 2013.
- Meinecke, Friedrich. *Die deutsche Katastrophe. Betrachtungen und Erinnerungen*, Wiesbaden: Brockhaus, 1946.
- Mensing, Hans Peter (Bearb.). *Konrad Adenauer, Briefe 1961–1963* (Rhöndorfer Ausgabe 16), Paderborn: Schöningh, 2006.
- Merkatz, Hans-Joachim von. *Politische Entwicklung und rechtliche Gestaltung der Minsterverantwortlichkeit. Eine vergleichende Studie*, Quakenbrück: Kleinert, 1935.
- Ders. *In der Mitte des Jahrhunderts. Politische Lebensfragen unserer Zeit*, München u. a.: Langen-Müller, 1963.
- Merseburger, Peter. *Der schwierige Deutsche. Kurt Schumacher. Eine Biographie*, Stuttgart: Deutsche Verlags-Anstalt, 1995.
- Mertineit, Walter. »Der Warschauer Vertrag und die Gemeinsame Deutsch-Polnische Schulbuchkommission«, in: *Die Neue Gesellschaft* 27 (1980), 752–756.
- Meyer, Enno. »Über die Darstellung der deutsch-polnischen Beziehungen im Geschichtsunterricht«, in: *Internationales Jahrbuch für Geschichtsunterricht* 5 (1956), 225–243.
- Ders. *Wie ich dazu gekommen bin. Die Vorgeschichte der deutsch-polnischen Schulbuchgespräche 1948–1971*, Braunschweig: Georg-Eckert-Institut für Internationale Schulbuchforschung, 1988.
- Michler, Andreas. »Geschichtsdidaktische Überlegungen des Unterrichtspraktikers Hans Ebeling«, in: *Modernisierung im Umbruch. Geschichtsdidaktik und Geschichtsunterricht nach 1945*, Wolfgang Hasberg und Manfred Seidenfuß (Hg.), Berlin u. a.: LIT-Verlag, 2008, 377–391.
- Miller, Susanne. »So würde ich noch einmal leben«. *Erinnerungen. Aufgezeichnet und eingeleitet von Antje Dertinger*, Bonn: J.H.W. Dietz Nachf., 2005.
- Mommsen, Hans (Hg.). *Sozialdemokratie zwischen Klassenbewegung und Volkspartei*, Frankfurt am Main: Athenäum-Fischer-Taschenbuch-Verlag, 1974.
- Mori, Akira. »Moralerziehung in Japan«, in: *Internationales Jahrbuch für den Geschichtsunterricht* 7 (1959/60), 73–116.
- Moritz, Helmut. »Das Internationale Geophysikalische Jahr 1957 und seine Folgen«, in: *Sitzungsberichte der Leibniz-Sozietät* 94 (2008), 201–214.
- Mosolf, Anna. »Der Geschichtslehrer«, in: *Die Schule* 3 (1948), 385–390.
- Mounajed, René. »Holocaust-Education und Menschenrechtserziehung im Geschichtsunterricht«, in: *Handbuch Praxis des Geschichtsunterrichts*, Bd. 2, Michele Barricelli und Martin Lücke (Hg.), Schwalbach/Ts.: Wochenschau Geschichte, 2012, 263–289.
- Mühlhausen, Walter. *Friedrich Ebert 1871–1925. Reichspräsident der Weimarer Republik*, Bonn: J.H.W. Dietz Nachf., 2., durchges. Auflage, 2007.
- Multhoff, Robert. »Rede auf der Akademischen Trauerfeier für Georg Eckert am 14. Januar 1974«, in: *In Memoriam Georg Eckert (1912–1974)*, Pädagogische Hochschule Niedersachsen, Abteilung Braunschweig (Hg.), Braunschweig: Pädagogische Hochschule Niedersachsen, Abteilung Braunschweig, 1974, 24ff.
- Münger, Christof. *Kennedy, die Berliner Mauer und die Kubakrise. Die westliche Allianz in der Zerreißprobe*, Paderborn: Schöningh, 2003.

- Mütter, Bernd. *Die Entstehung der Geschichtsdidaktik als Wissenschaftsdisziplin in der Epoche der Weltkriege, Ein Beitrag zur »Kultur der Niederlage« in Deutschland* (Oldenburger Schriften zur Geschichtswissenschaft, 14), Oldenburg: BIS Verlag der Carl von Ossietzky Universität Oldenburg, 2013.
- Na'aman, Shlomo. *Lassalle*, Hannover: Verlag für Literatur und Zeitgeschehen, 1970.
- Naumann, Katja. »Mitreden über Weltgeschichte – die Beteiligung polnischer, tschechoslowakischer und ungarischer Historiker an der Cultural History of Mankind (1952–1969)«, in: *Comparativ* 20 (2010), 186–226.
- Nentwig, Teresa. *Hinrich Wilhelm Kopf (1893–1961). Ein konservativer Sozialdemokrat*, Hannover: Verlag Hahnsche Buchhandlung, 2013.
- Neumann, Franz. *Der Block der Heimatvertriebenen und Entrechteten 1950–1960: ein Beitrag zur Geschichte und Struktur einer politischen Interessenpartei*, Meisenheim am Glan: Hain, 1968.
- Nicolaysen, Rainer. *Der lange Weg zur Volkswagenstiftung*, Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht, 2002.
- Niedhart, Gottfried. »Revisionistische Elemente und die Initiierung friedlichen Wandels in der neuen Ostpolitik 1967–1974«, in: *Geschichte und Gesellschaft* [Sonderheft], 28 (2002), 233–266.
- Nolte, Hans-Heinrich. *Weltgeschichte des 20. Jahrhunderts*, Köln/Wien/Weimar: Böhlau, 2009.
- Notz, Gisela. »Franziska Bennemann«, in: *Frauen in der Mannschaft. Sozialdemokratinnen im Parlamentarischen Rat und im Deutschen Bundestag, 1948/49–1957*, dies., Bonn: J.H.W. Dietz Nachf., 2003, 162–175.
- Oberkrome, Willi. *Volksgeschichte. Methodische Innovation und völkische Ideologisierung in der deutschen Geschichtswissenschaft 1918–1945*, Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht, 1993.
- Omolewa, Michael. »UNESCO as a Network«, in: *Paedagogica Historica* 43 (2007), 211–221.
- Otto, Gunter. »Über didaktische Konzepte des Kunstunterrichtes«, in: *Zeitschrift für Pädagogik. Beiheft* 3 (1963), 109–126.
- Pädagogische Hochschule Niedersachsen, Abteilung Braunschweig (Hg.), *In Memoriam Georg Eckert (1912–1974)*, Braunschweig: Pädagogische Hochschule Niedersachsen, Abteilung Braunschweig, 1974.
- Pandel, Hans-Jürgen. »Dimensionen der Wahrnehmung«, in: *Wörterbuch Geschichtsdidaktik*, Ulrich Mayer u. a. (Hg.) Schwalbach/Ts.: Wochenschau Verlag, 2. Auflage, 2009, 47 f.
- Pakschies, Günter. *Umerziehung in der Britischen Zone 1945–1959*, Weinheim, Basel: Beltz Verlag, 1979.
- Pelger, Hans (Red.). *Friedrich Engels 1820–1970. Referate, Diskussionen, Dokumente. Internationale wissenschaftliche Konferenz in Wuppertal vom 25.–29. Mai 1970*, Hannover: Verlag für Literatur und Zeitgeschehen, 1971.
- »Pestalozzi-Preis des Deutschen Lehrmittel-Verbandes an Professor Dr. Georg Eckert«, in: *Blickpunkt Schulbuch. Zeitschrift für moderne Unterrichtsmedien* 6, 13 (1972), 19.
- Peters, Ulrich. *Methodik des Geschichtsunterrichts an Höheren Lehranstalten*, Frankfurt am Main: Diesterweg, 1928.

- Pfeil, Ulrich (Hg.). *Das Deutsche Historische Institut Paris und seine Gründungsväter. Ein personengeschichtlicher Ansatz*, München: Oldenburg, 2007.
- Ders. »Die ›Generation 1910‹. Rheinisch-katholische Mediävisten vom ›Dritten Reich‹ zur Bundesrepublik«, in: *Geschichte im Westen* 26 (2011), 61–87.
- Ders. »Jacques Droz und die Geschichtsbilder der deutschen Geschichte«, in: *France-Allemagne au XX^e siècle – La production de savoir sur l'autre*, Bd. 2, Michel Grunewald u. a. (Hg.), Bern u. a.: Lang, 2012, 231–246.
- Piper, Ernst. *Alfred Rosenberg. Hitlers Chefideologe*, München: Blessing Verlag, 2005.
- Plessow, Oliver. »Länderübergreifende ›Holocaust Education‹ als Demokratie- und Menschenrechtsbildung. Transnationale Initiativen im Vergleich«, in: *Zeitschrift für Geschichtsdidaktik* 11 (2012), 11–30.
- Pollmann, Klaus Erich. »Die Stunde Null eine Illusion – neue Literatur zum Neubeginn der Braunschweiger Arbeiterbewegung nach 1945«, in: *Festschrift Gerhard Heintze. Gib ewigliche Freiheit*, Dietrich Kuessner (Hg.), Braunschweig: Blomberg, 1987, 253–264.
- Ders. »Traditionen des Rechtsradikalismus im Raum Braunschweig«, in: *Rechtsradikalismus in der politischen Kultur der Nachkriegszeit. Die verzögerte Normalisierung in Niedersachsen*, Bernd Weisbrod (Hg.), Hannover: Verlag Hahnsche Buchhandlung, 1995, 231–255.
- Ders. *Anfang und Ende zugleich. Der Braunschweigische Landtag 1946*, Braunschweig: Selbstverlag des Braunschweigischen Geschichtsvereins, 1999.
- Pothhoff, Heinrich. »Ostpolitik in Tutzing«, in: *Die neue Gesellschaft. Frankfurter Hefte* 48, 1–2 (2001), 43–47.
- Radde, Gerd. *Fritz Karsen: ein Berliner Schulreformer der Weimarer Zeit* [erweiterte Neuauflage. Mit einem »Bericht über den Vater« von Sonja Karsen], Frankfurt am Main u. a.: Lang, 1999.
- Raphael, Lutz. (Hg.). *Von der Volksgeschichte zur Strukturgeschichte: Die Anfänge der westdeutschen Sozialgeschichte 1945–1968*, Leipzig: Leipziger Universitäts-Verlag, 2002.
- Ders. *Geschichtswissenschaft im Zeitalter der Extreme. Theorien, Methoden, Tendenzen von 1900 bis zur Gegenwart*, München: C. H. Beck, 2003.
- Ders. »Recommendations of the Fourth Conference on Geography Teaching and the Revision of Geography Textbooks and Atlases (Reykjavik 1964)«, in: *Geography Teaching and the Revision of Geography Textbooks and Atlases*, Ernest Cecil Marchant (Hg.), Strasbourg: Council for Cultural Cooperation, 1967, 139.
- Renzsch, Wolfgang. *Alfred Kubel, 30 Jahre Politik für Niedersachsen. Eine politische Biographie*, Bonn: Neue Gesellschaft, 1985.
- Reynaud, Henri. *Les relations universitaires entre la France et la République fédérale d'Allemagne de 1945 à 1978*, Bonn/Paris, 1979.
- Rhode, Gotthold. »Einige Bemerkungen zu Enno Meyers Beitrag«, in: *Internationales Jahrbuch für Geschichtsunterricht* 5 (1956), 267–273.
- Riechert, Udo. *Neubeginn im Schatten der NS-Tyrannie. Gewerkschaften und Betriebsräte in Braunschweig und Wolfsburg in den ersten Nachkriegsjahren*, Braunschweig: Steinweg-Verlag, 1987.
- Riemenschneider, Rainer. »Verständigung und Verstehen. Ein halbes Jahrhundert deutsch-französischer Schulbuchgespräche«, in: *Jahrbuch für Geschichtsdidaktik* 2 (1990), 137–148.

- Ders. »Transnationale Konfliktbearbeitung. Die deutsch-französischen und die deutsch-polnischen Schulbuchgespräche im Vergleich, 1935–1997«, in: *Internationale Schulbuchforschung* 20 (1998), 71–79.
- Ders. »Georg Eckert und das Internationale Schulbuchinstitut in Braunschweig«, in: *Pariser Historische Studien* 89 (2008), 115–131.
- Ders. »Georg Eckert und das Internationale Schulbuchinstitut in Braunschweig«, in: *Die Rückkehr der deutschen Geschichtswissenschaft in die »Ökumene der Historiker«. Ein wissenschaftsgeschichtlicher Ansatz*, Ulrich Pfeil (Hg.), München: Oldenbourg, 2008.
- Ritter, Gerhard A. *Geschichte als Bildungsmacht. Ein Beitrag zur historisch-politischen Neubesinnung*, Stuttgart: Deutsche Verlags-Anstalt, 1946.
- Ders. »Der neue Geschichtsunterricht. Entwurf von Richtlinien für die Neugestaltung des Geschichtsunterrichts an höheren Schulen«, in: *Die Sammlung* 2 (1947), 442–462.
- Ders. *Die Arbeiterbewegung im Wilhelminischen Reich. Die Sozialdemokratische Partei und die Freien Gewerkschaften 1890–1900*, Berlin-Dahlem: Colloquium-Verlag, 1959.
- Robinson, Saul B. und Chaim Schatzker. *Jüdische Geschichte in deutschen Geschichtslehrbüchern*, Braunschweig: Verlag Albert Limbach, 1963.
- Rodenstein, Heinrich. *Grundsätze der Neuformung des Deutschen Bildungswesens. Vortrag*, Celle: Arbeitsgemeinschaft Deutscher Lehrerverband, 1952.
- Ders. »Erziehung entscheidet unser Schicksal«, in: *Die soziologische Bezogenheit von Erziehung und Schule*, Carl Weiss (Hg.), Braunschweig o. J. (1958).
- Ders. *Leo Raepfel – Georg Eckert. Kurzbiographien*, Braunschweig: Internationaler Arbeitskreis Sonnenberg, 1978.
- Ders. »Zur Geschichte der Pädagogischen Hochschule«, in: *Mitteilungen der Technischen Universität Braunschweig* 14 (1979), 29–33.
- Rohlfes, Joachim. *Umriss einer Didaktik der Geschichte*, Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht, 1971.
- Röpcke, Andreas. »Who's Who in Lower Saxony. Ein politisch-biographischer Leitfaden der britischen Besatzungsmacht 1948–49«, in: *Niedersächsisches Jahrbuch* 55 (1983), 243–309.
- Rosenberg, Hans. *Probleme der deutschen Sozialgeschichte*, Frankfurt am Main: Suhrkamp, 1969.
- Roth, Karl Heinz. »The International Institute of Social History as a pawn of Nazi social research. New documents on the history of the IISH during German occupation rule from 1940 to 1944«, in: *International Review of Social History* 34 (1989), Supplement, 1–88.
- Rother, Bernd. *Die Sozialdemokratie im Land Braunschweig 1918 bis 1933*, Bonn: J.H.W. Dietz Nachf., 1990.
- Rümenapf-Sievers, Rosemarie. »Georg Eckert und die Anfänge des Internationalen Schulbuchinstituts«, in: *Internationale Verständigung. 25 Jahre Georg-Eckert-Institut für Internationale Schulbuchforschung in Braunschweig*, Ursula A. J. Becher und Rainer Riemenschneider (Hg.), Hannover: Verlag Hahnsche Buchhandlung, 2000, 116–123.
- Rüsen, Jörn »Zum Verhältnis von Theorie und Didaktik der Geschichtes«, in: *Geschichte in Wissenschaft und Unterricht* 26 (1975), 427–441.
- Rüter, Adolf J. C. »Introduction«, in: *International Review of Social History* 1 (1956), 1–7.

- Sammler, Steffen. »Schulbuchgespräche in friedenspädagogischer Absicht«, in: *Verständigung und Versöhnung nach dem »Zivilisationsbruch«? Deutschland in Europa nach 1945*, Corine Defrance und Ulrich Pfeil (Hg.), Brüssel: Peter Lang, 2016, 605–624.
- Sandkühler, Thomas. »Nach Stockholm: Holocaust-Geschichte und historische Erinnerung im neueren Geschichtsbuch für die Sekundarstufen I und II«, in: *Zeitschrift für Geschichtsdidaktik* 11 (2012), 50–76.
- Schmid, Heinz Dieter. »Entwurf einer Geschichtsdidaktik der Mittelstufe«, in: *Geschichte in Wissenschaft und Unterricht* 21 (1970), 340–363.
- Ders. *Geschichtsunterricht in der DDR*, Stuttgart: Klett, 1979.
- Schmidt, Eberhard. *Die verhinderte Neuordnung 1945 bis 1952: zur Auseinandersetzung um die Demokratisierung der Wirtschaft in den westlichen Besatzungszonen und in der Bundesrepublik Deutschland*, Frankfurt am Main: Europäische Verlags-Anstalt, 1970.
- Schmidt, Ute und Tilman Fichter. *Der erzwungene Kapitalismus. Klassenkämpfe in den Westzonen 1945–48*, Berlin: Wagenbach, 1971.
- Schmollinger, Horst W. »Deutsche Partei« in: *Parteien-Handbuch*, Bd. 2, Richard Stöss (Hg.), Opladen: Westdeutscher Verlag, 2. Auflage, 1986, 1025–1111.
- Schneider, Ullrich. *Niedersachsen 1945/46. Kontinuität und Wandel unter britischer Besatzung*, Hannover: Niedersächsische Landeszentrale für Politische Bildung, 1984.
- Schöllgen, Gregor. *Jenseits von Hitler. Die Deutschen in der Weltpolitik von Bismarck bis heute*, Berlin: Propyläen-Verlag, 2005.
- Scholtyssek, Joachim. »Mauerbau und Deutsche Frage. Westdeutsche Intellektuelle und der Kalte Krieg«, in: *Streit um den Staat. Intellektuelle Debatten in der Bundesrepublik 1960–1980*, Dominik Geppert und Jens Jacke (Hg.), Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht, 2008, 69–90.
- Schörken, Rolf. »Lerntheoretische Fragen an die Didaktik des Geschichtsunterrichts«, in: *Geschichte in Wissenschaft und Unterricht* 21 (1970), 406–420.
- Ders. »Geschichtsdidaktik und Geschichtsbewusstsein«, in: *Geschichte in Wissenschaft und Unterricht* 23 (1972), 81–89.
- Schrenck-Notzing, Caspar. *Charakterwäsche. Die amerikanische Besatzung in Deutschland und ihre Folgen*, Stuttgart: Seewald, 1965.
- Schröder, Carl August. *Die Schulbuchverbesserung durch internationale geistige Zusammenarbeit: Geschichte, Arbeitsformen, Rechtsprobleme*, Braunschweig: Westermann, 1961.
- Schröder, Karsten. *Die FDP in der britischen Besatzungszone 1946–48: ein Beitrag zur Organisationsstruktur der Liberalen im Nachkriegsdeutschland*, Düsseldorf: Droste, 1985.
- Ders. *Egon Bahr*, Rastatt: Moewig, 1988.
- Schüddekopf, Otto-Ernst. »Das deutsch-englische Historikergespräch Ostern in Braunschweig«, in: *Pädagogische Blätter* 5 (1954), 193–195.
- Ders. *20 Jahre Schulbuchrevision in Westeuropa 1945–1965*, Braunschweig: Verlag Albert Limbach, 1966.
- Schulin, Ernst. *Traditionskritik und Rekonstruktionsversuch. Studien zur Entwicklung von Geschichtswissenschaft und historischem Denken*, Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht, 1979.
- Schulze, Winfried. *Deutsche Geschichtswissenschaft nach 1945*, München: Oldenbourg, 1989.

- Ders. »Von der ›Politischen Volksgeschichte‹ zur ›Neuen Sozialgeschichte‹«, in: *Deutsche Geschichtswissenschaft nach 1945*, ders., München: Oldenbourg, 1989, 281–301.
- Seebacher-Brandt, Brigitte. *Ollenhauer. Biedermann und Patriot*, Berlin: Siedler Verlag, 1984.
- Selcer, Perrin. »UNESCO, Weltbürgerschaft und Kalter Krieg«, in: *Macht und Geist im Kalten Krieg*, Bernd Greiner, Tim B. Müller und Claudia Weber (Hg.), Hamburg: Hamburger Edition, 2011, 477–497.
- Shigematsu, T. und K. Ueda. »Historical Education in elementary and junior high school«, in: *Internationales Jahrbuch für den Geschichtsunterricht* 4 (1955), 75–84.
- Šída, Bohuslav. »Činnost a stav porýnsko-vestfálských spolků po čas války [Die Tätigkeit und der Zustand der rheinländisch-westfälischen Vereine zur Zeit des Krieges]«, in: *Český Vystěhovalec* 13, 10 (1917).
- Siemsen, Anna. *Die gesellschaftlichen Grundlagen der Erziehung*, Hamburg: Oetinger, 1948.
- Silberner, Edmund (Hg.). *Johann Jacoby. Briefwechsel 1816–1849*, Hannover: Fackelträger-Verlag, 1974.
- Ders. *Johann Jacoby. Politiker und Mensch*, Bonn-Bad Godesberg: Verlag Neue Gesellschaft, 1976.
- Ders. (Hg.). *Johann Jacoby. Briefwechsel 1850–1877*, Bonn: Verlag Neue Gesellschaft, 1978.
- Specht, Minna. *Gesinnungswandel. Die Erziehung der deutschen Jugend nach dem Weltkrieg*, Welwyn Garden City, Herts: »Renaissance« Publishing Co., 1943.
- Steigner, Walter. »Ost ist Ost und West ist West«, in: *Gewerkschaftliche Monatshefte* 8, 7 (1957), 391–394.
- Steltzer, Theodor. *Sechzig Jahre Zeitgenosse*, München: List, 1966.
- Stobart, Maitland. »Fifty years of European co-operation on history textbooks. The role and contribution of the Council of Europe«, in: *Internationale Schulbuchforschung* 21, 2 (1999), 147–161.
- Strobel, Thomas. »Die Gemeinsame deutsch-polnische Schulbuchkommission. Ein spezifischer Beitrag zur Ost-West-Verständigung 1972–1989«, in: *Archiv für Sozialgeschichte* 45 (2005), 253–268.
- Ders. *Transnationale Wissenschafts- und Verhandlungskultur: die Gemeinsame Deutsch-Polnische Schulbuchkommission 1972–1990*, Göttingen: V&R unipress, 2015.
- Sturm, Margarete. »Un texte tombé dans l'oubli: l'accord culturel franco-allemand du 23 octobre 1954«, in: *Allemagne d'aujourd'hui* 84 (1983), 9–22.
- Taschler, Daniela u. a. (Hg.). *1974 [Akten zur Auswärtigen Politik der Bundesrepublik Deutschland]*, München: Oldenbourg, 2005.
- Thum, Horst. »Betriebsräte und Gewerkschaften 1945–1952«, in: *Salzgitter. Geschichte und Gegenwart einer deutschen Stadt 1942–1992*, Wolfgang Benz (Hg.), München: C. H. Beck, 1992, 358–387.
- Tijn, B. van. »Werner Blumenberg«, in: *International Review of Social History* 11 (1966), 1–7.
- Trimborn, Hermann. *Das Menschliche ist gleich im Urgrund aller Kulturen*, Braunschweig: Verlag Albert Limbach, 1948.
- Ders. »Nachruf auf Georg Eckert«, in: *Zeitschrift für Ethnologie* 98, 2 (1973, erschienen 1974), 164.

- Trittel, Günter. »Die sozialistische Reichspartei als niedersächsische Regionalpartei«, in: *Rechtsradikalismus in der politischen Kultur der Nachkriegszeit. Die verzögerte Normalisierung in Niedersachsen*, Bernd Weisbrod (Hg.), Hannover: Verlag Hahnsche Buchhandlung, 1995, 67–85.
- Ders. »Die ›verzögerte Normalisierung‹: Zur Entwicklung des niedersächsischen Parteiensystems in der Nachkriegszeit«, in: *Niedersächsische Geschichte*, Bernd Ulrich Hucker u. a. (Hg.), Göttingen: Wallstein, 1997, 635–650.
- Ullrich, Volker. »Geschichtswissenschaft in der Bundesrepublik«, in: *Geschichte. Lexikon der wissenschaftlichen Begriffe*, Manfred Asendorf, Jens Flemming, Achatz von Müller und Volker Ullrich (Hg.), Reinbek bei Hamburg: Rowohlt, 1994, 251–256.
- Venard, Marc. »Alphonse Dupront et Charles Péguy«, in: *Mélanges de l'École française de Rome – Italie et Méditerranée modernes et contemporaines* 124, 1 (2012), [Online verfügbar unter <http://mefrim.revues.org/334>, zuletzt geprüft am 16. Februar 2017].
- Vilar, Pierre. »Die Revision der Schulbücher, die internationalen Begegnungen von Historikern und die Völkerverständigungen«, in: *Schule und Nation* 1, 2 (1954/55), 15–28.
- Vogel, Hans-Jochen und Klaus Erich Pollmann (Hg.). *Erich Ollenhauer und die deutsche Sozialdemokratie. Ansprachen aus Anlaß der 90. Wiederkehr seines Geburtstages in Magdeburg*, Bonn: Friedrich-Ebert-Stiftung, 1991.
- Vogelsang, Thilo. *Hinrich Wilhelm Kopf und Niedersachsen*, Hannover: Verlag für Literatur und Zeitgeschehen, 1963.
- Völkel, Bärbel. »Sozialistisch oder soziologisch? Wie sollte der neue Geschichtsunterricht in der Weimarer Republik aussehen?«, in: *Geschichtsdidaktik(er) im Griff des Nationalsozialismus*, Wolfgang Hasberg und Manfred Seidenfuß (Hg.), Münster: LIT, 2005, 57–70.
- Voßke, Heinz. *Otto Grotewohl. Biographischer Abriss*, Berlin (Ost): Dietz, 1979.
- Wagenschein, Martin. »Zur Didaktik des naturwissenschaftlichen Unterrichts«, in: *Zeitschrift für Pädagogik. Beiheft 2* (1960), 70–87.
- Wawrykowa, Maria. *Deutsche Geschichte aus polnischer Sicht 1815–1848*, Braunschweig: Verlag Albert Limbach, 1974.
- Węc, Janusz J. »Die Deutschlandpolitik Polens 1945–1991. Die deutsche Frage aus polnischer Sicht«, in: *Die Deutschlandpolitik Polens 1945–1991. Von der Status-Quo-Orientierung bis zum Paradigmenwechsel*, Dieter Bingen und ders. (Hg.), Kraków: Nakładem Uniw. Jagiellońskiego, 1993, 11–117.
- Wehler, Hans-Ulrich. »Einleitung«, in: *Moderne deutsche Sozialgeschichte*, ders. (Hg.), Köln/Berlin: Kiepenheuer und Witsch, 1966, 9–16.
- Ders. *Deutsche Gesellschaftsgeschichte, 1. Bd.*, München: C. H. Beck, 1987.
- Weisbrod, Bernd. »Öffentlichkeit als politischer Prozeß. Dimensionen der politischen Medialisierung in der Geschichte der Bundesrepublik«, in: *Die Politik der Öffentlichkeit – Die Öffentlichkeit der Politik*, ders. (Hg.), Göttingen: Wallstein Verlag, 2003, 11–25.
- Weisser, Gerhard. »Vorwort«, in: *Archiv für Sozialgeschichte* 1 (1961), 5–7.
- Welskopp, Thomas. »Die Sozialgeschichte der Väter. Grenzen und Perspektiven der Historischen Sozialwissenschaft«, in: *Geschichte und Gesellschaft* 24, 2 (1998), 173–198.
- Ders. »Westbindung auf dem ›Sonderweg‹. Die deutsche Sozialgeschichte vom Appendix der Wirtschaftsgeschichte zur Historischen Sozialwissenschaft«, in: *Globale Konflikte, Erinnerungsarbeit und Neuorientierungen seit 1945*, Wolfgang Küttler, Jörn Rüsen und Ernst Schulin (Hg.), Frankfurt am Main: Fischer Taschenbuch Verlag, 1999, 191–237.

- Ders. »Grenzüberschreitungen. Deutsche Sozialgeschichte zwischen den dreißiger und siebziger Jahren des 20. Jahrhunderts«, in: *Die Nation schreiben. Geschichtswissenschaft im internationalen Vergleich*, Christoph Conrad und Sebastian Conrad (Hg.), Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht, 2002, 296–332.
- Weniger, Erich. »Die Theorie des Geschichtsunterrichts seit 1914«, in: *Die Erziehung* 1 (1925/1926), 159–170.
- Ders. *Die Grundlagen des Geschichtsunterrichts. Untersuchungen zur geisteswissenschaftlichen Didaktik*, Leipzig/Berlin: Teubner, 1926.
- Ders. »Neue Wege im Geschichtsunterricht. Vortrag, gehalten auf der geschichtspädagogischen Tagung in Hannover am 11./12.12.1945«, in: *Die Sammlung* 1 (1945/46), 339–343, 404–411, 500–511 und als Buchfassung ders., *Neue Wege im Geschichtsunterricht. Mit Beiträgen von Hermann Heimpel und Hermann Körner*, Frankfurt am Main: Schulte-Blumke, 1949.
- Ders. »Didaktische Grundlegung des Geschichtsunterrichts«, in: *Didaktik als Bildungslehre*, Teil 2, ders., Weinheim: Beltz, 1959.
- Ders. »Die Epoche der Umerziehung 1945–1949«, in: *Westermanns Pädagogische Beiträge* 11 (1959), 403–410, 515–525 und in: *Westermanns Pädagogische Beiträge* 12 (1960), 9–13, 74–79.
- Wentker, Hermann. »Doppelter UN-Beitritt. Deutsch-deutsche Konkurrenz auf der internationalen Bühne«, in: *Das doppelte Deutschland. 40 Jahre Systemkonkurrenz*, ders. und Udo Wengst (Hg.), Bonn: Bundeszentrale für Politische Bildung, 2008, 235–258.
- Wernstedt, Rolf. »Die Gründung des Georg-Eckert-Instituts für internationale Schulbuchforschung aus politischer und parlamentarischer Sicht«, in: *Internationale Verständigung. 25 Jahre Georg-Eckert-Institut für Internationale Schulbuchforschung in Braunschweig*, Ursula A. J. Becher und Rainer Riemenschneider (Hg.), Hannover: Verlag Hahnsche Buchhandlung, 2000, 124–128.
- Weymar, Ernst. *Die Neuere Geschichte in den Schulbüchern europäischer Länder. Vom Ende des Mittelalters bis zum Vorabend der Französischen Revolution*, Braunschweig: Verlag Albert Limbach, 1956.
- Wilmanns, Ernst. *Geschichtsunterricht. Grundlegung seiner Methodik*, Stuttgart: Klett, 1949.
- Wong, Laura Elizabeth. »Relocating East and West: UNESCO's Major Project on the Mutual Appreciation of Eastern and Western Cultural Values«, in: *Journal of World History* 19, 3 (2008), 349–374.
- Wrede, Peter. »Historische Wissenschaft und Didaktik der Geschichte«, in: *Geschichte in Wissenschaft und Unterricht* 26 (1975), 381–389.
- Yoshiko, Nozaki und Inokuchi Hiromitsu. »Japanese Education, Nationalism and Ienaga Saburo's Textbook Lawsuits«, in: *Censoring History: Citizenship and Memory in Japan, Germany, and the United States*, Laura Henn und Mark Selden (Hg.), Armonk, N.Y. u. a.: M. E. Sharpe, 2000, 96–126.
- Zietz, Karl. *Kleine Chronik der Pädagogischen Hochschule Braunschweig*, Braunschweig: Waisenhaus-Buchdruck und Verlag, 1967.
- Zirbeck, Rainer. »Otto Bennemann (1948–1952; 1954–1959), Oberbürgermeister«, in: *Die Braunschweiger Bürgermeister: von der Entstehung des Amtes im späten Mittelalter bis ins 20. Jahrhundert*, Henning Steinführer und Claudia Böhler (Hg.), Braunschweig: Appelhans, 2013, 453–461.

Zöllner, Christian W. »Neue Wege an der Kant-Hochschule in Braunschweig. Ein Auftrag zum Neubeginn in der Lehrerbildung nach 1945«, in: *Braunschweigisches Jahrbuch* 53 (1972), 278–332.

Open-Access-Publikation im Sinne der CC-Lizenz BY 4.0

© 2017, V&R unipress GmbH, Cöttingen

ISBN Print: 9783847107613 – ISBN E-Lib: 9783737007610

Autorenverzeichnis

Matthias Bode, Dr. iur., M.A., ist Oberregierungsrat im Geschäftsbereich des Ministeriums für Kultur und Wissenschaft des Landes Nordrhein-Westfalen.

Corine Defrance, Prof. Dr. phil., ist Professorin für Zeitgeschichte am Centre national de la recherche scientifique in Paris.

Dieter Dowe, Prof. Dr. phil., war bis 2008 Leiter des Historischen Forschungszentrums der Friedrich-Ebert-Stiftung in Bonn und des Instituts für Sozialgeschichte Braunschweig-Bonn sowie Redakteur des Archivs für Sozialgeschichte.

Eckhardt Fuchs, Prof. Dr. phil., ist Direktor des Georg-Eckert-Instituts – Leibniz Institut für internationale Schulbuchforschung und Professor für Historische und Vergleichende Bildungsforschung an der TU Braunschweig.

Helga Grebing, Prof. em. Dr. phil. et rer. pol. habil., nach zweitem Bildungsweg und Tätigkeit in der politischen Bildung seit 1971 bis 1995 Professorin an den Universitäten Frankfurt a. M., Göttingen und Bochum; u. a. Mitglied der Historischen Kommission beim SPD-Parteivorstand.

Hans-Peter Harstick, Dr. phil., Ordl. Professor em. am Institut für Geschichtswissenschaft der TU Braunschweig, 1992–2008 Projektleiter und erster Arbeitsstellenleiter des Akademienvorhabens Marx-Engels-Gesamtausgabe der Berlin-Brandenburgischen Akademie der Wissenschaften, Vorsitzender des Vereins der Freunde und Förderer des GEI.

Gerhard Himmelmann, Prof. Dr. pol., von 1973 bis 2006 Universitätsprofessor für Politische Wissenschaft und Politische Bildung an der Pädagogischen Hochschule Braunschweig, dann am Erziehungswissenschaftlichen Fachbereich der TU Braunschweig.

Horst-Rüdiger Jarck, Dr. phil., war bis 2006 Leiter des Niedersächsischen Staatsarchivs in Wolfenbüttel und Herausgeber des Braunschweigischen Jahrbuchs für Landesgeschichte.

Thomas Keller war von 1970 bis 1975 Generalsekretär der Deutschen UNESCO-Kommission in Köln und von 1975 bis 1997 für die UNESCO in Paris tätig, die letzten zehn Jahre als Beigeordneter Generaldirektor der Organisation.

Jürgen Kocka, Prof. (i.R.) Dr. Dr h.c.mult., lehrte von 1973 bis 2009 Geschichte, besonders Sozialgeschichte, an der Universität Bielefeld und der Freien Universität Berlin. Jetzt ist er Permanent Fellow am Kolleg »Arbeit und Lebenslauf in globalgeschichtlicher Perspektive« der Humboldt-Universität zu Berlin.

Wolfgang Kopitzsch, Lehrer, Historiker und SPD-Politiker war bis 2009 Leiter der Landespolizeischule in Hamburg, von 2009 bis 2012 Bezirksamtsleiter Hamburg-Nord und von 2012 bis zum Ruhestand 2014 Polizeipräsident der Freien und Hansestadt Hamburg.

Jiří Kořalka (1931–2015) war ein tschechischer Historiker, der nach der Niederschlagung des Prager Frühlings und der Schließung des Historischen Instituts der Tschechoslowakischen Akademie der Wissenschaften in Prag 1970 seiner Funktionen enthoben wurde und zeitweise Ausreiseverbot erhielt. Er arbeitete dann am Hussitenmuseum in Tabor. 1987/88 erhielt er eine Gastprofessur an der Universität Bielefeld. Von 1990 bis 1995 war er Sekretär der Tschechisch-Österreichischen Historikerkommission.

Hans-Ulrich Ludewig, Dr. phil., war bis 2008 Akademischer Direktor am Historischen Seminar der TU Braunschweig.

Heike Christina Mätzing, Dr. phil., ist Akademische Oberrätin am Institut für Geschichtswissenschaft der TU Braunschweig, Abteilung Geschichte und Geschichtsdidaktik.

Ulrich Mayer, Prof. Dr. phil., war von 1964 bis 1995 Geschichtslehrer und anschließend bis 2006 Professor für Didaktik der Geschichte an der Universität Kassel.

Ulrich Pfeil, Prof. Dr. phil, ist Professor für Deutschlandstudien an der Université de Lorraine in Metz.

Klaus Erich Pollmann, Prof. (i.R.) war bis 1993 Professor für Neuere Geschichte an der Technischen Universität Braunschweig. Von 1998 bis 2012 war er Rektor der Otto-von- Guericke-Universität Magdeburg.

Steffen Sammler, PD Dr. Phil., ist Wissenschaftlicher Mitarbeiter am Georg-Eckert-Institut – Leibniz Institut für internationale Schulbuchforschung und Privatdozent an der Universität Leipzig.

Thomas Strobel, Dr. phil., ist Referent im Ministerium für Bildung, Jugend und Sport des Landes Brandenburg. Bis Februar 2017 war er wissenschaftlicher Mitarbeiter am Georg-Eckert-Institut – Leibniz Institut für internationale Schulbuchforschung.

Open-Access-Publikation im Sinne der CC-Lizenz BY 4.0

© 2017, V&R unipress GmbH, Cöttingen

ISBN Print: 9783847107613 – ISBN E-Lib: 9783737007610

Personenregister

- Abendroth, Wolfgang 87
Adenauer, Konrad 38, 202, 216
Adorno, Theodor W. 205
- Bahne, Siegfried 128, 148
Balsler, Frolinde 147
Banaschewski, Anne 66
Banerji, Jogindra Kumar 282
Bauer, Ida Maria 157
Baumont, Maurice 255
Beatus, Richard 75
Bebel, August 14, 118, 119, 146
Becker, Hellmut 205
Becker, Carl Heinrich 76
Becker, Johann Philipp 125
Beckmann, Emmy 58
Bennemann, Franziska 96, 97, 98
Bennemann, Otto 20, 28, 35, 85, 91, 92, 93, 94, 95, 96, 97, 98, 99, 100, 101, 102, 140, 141, 146
Bergstraesser, Arnold 50, 203, 216
Berndt, Günter 264, 265, 266, 267
Bernstein, Eduard 14
Besson, Waldemar 148
Bismarck, Otto von 251
Bloch, Marc 238, 243
Blücher, Franz 247
Blumenberg, Werner 128
Bode, Matthias 26, 189
Böckler, Hans 44
Böllhöft, August 59
Bohne, Edmund 39
Bossuat, André 253
- Bracke, Wilhelm 27, 118, 119, 120, 122, 125, 133, 179
Brandt, Willy 9, 20, 27, 28, 69, 70, 194, 201, 202, 208, 213, 219, 220, 221, 258, 261
Brann, Conrad M.B. 204
Braudel, Fernand 250
Braun, Joachim Freiherr von 259
Brenner, Otto 42, 70
Brügel, Johann Wolfgang 183, 184
Brugmans, Henri 231
Bruley, Édouard 24, 229, 241, 242, 243, 244, 245, 247, 249, 252, 254, 255
Brunschwig, Henri 241, 251
Buddenbrock, Jobst Freiherr von 199, 203, 205, 209, 262
Bußmann, Walter 148
- Castellan, Georges 255
Conze, Eckart 132, 147, 189
Conze, Werner 109, 148, 259
Croce, Benedetto 107
Crouzet, François 250
Cyrankiewicz, Józef 261
- Dance, E.H. [Edward Herbert] 229
Dannenberg, Alfred 95
de Lieme, Nehemia 127, 129
Defrance, Corine 24, 237, 317
de Jong Edz., Frits 132, 134, 135
Dhingra, Baldoon 282
Dhont, Jan 177
Diederichs, Georg 91
Dingerling, Lothar 59
Dohnanyi, Klaus von 11

- Dowe, Dieter 9, 28, 99, 137, 317
 Dror-Vogel, Peter 102
 Droz, Jacques 142, 238, 245, 247, 248, 253, 255
 Dumas, Louis 246
 Dupront, Alphonse 241
 Duroselle, Jean-Baptiste 248
- Ebeling, Hans 163, 165, 166, 168, 225
 Ebert, Friedrich 137, 147
 Eckensberger, Hans 235
 Eckert, senior, Georg 12, 13
 Eckert, Magda 15, 16, 17, 98, 99, 102, 139
 Eichler, Willi 86, 95, 99, 142, 144, 147, 194
 Einstein, Albert 69
 Engelberg, Ernst 129
 Engels, Friedrich 14, 124, 125, 134, 148
 Erbe, Walter 198
 Erdmann, Karl Dietrich 229
 Erhard, Ludwig 202
- Faure, Romain 195
 Fawtier, Robert 243
 Febvre, Lucien 250
 Feige, Dorothea 227, 288
 Feuchtwanger, Lion 70
 Fischer, Fritz 50, 111
 Folber, Karel 179
 Formozis, Panteleimon E. 17, 18
 Formozis, Smaragda 18
 Frahm, Herbert (s. Brandt, Willy) 69
 Fricke, Dieter 129
 Frister, Erich 66, 68, 272
 Fuchs, Eckhardt 9, 25, 275, 317
 Fuchs, Martha 20, 101, 285, 286
- Geib, August 125
 Gemkow, Heinrich 129
 Gerrich, Ewald 99, 102, 146
 Giesbert, Johannes 118
 Glogowski, Gerhard 146
 Godbersen, Emil 59
 Göhre, Paul 117, 118
 Göhring, Martin 239, 247
 Gollwitzer, Heinz 147
 Goosmann, Paul 59, 62, 67
- Gopalan, K. 283
 Gramm, Carl 98
 Grebing, Helga 27, 85, 146, 317
 Grimme, Adolf 75, 76, 158, 167, 168, 169, 170
 Groh, Dieter 148
 Grohman, Josef 203
 Grosser, Alfred 249, 250, 251
 Grotewohl, Otto 37
 Grünberg, Carl 110, 133, 143
 Grunwald, Günter 28, 137, 138, 139, 140, 142, 143, 144, 146, 147, 148, 149
- Hallstein, Walter 192
 Hardjono, Hochmat 283, 285
 Harstick, Hans-Peter 21, 29, 88, 127, 146, 318
 Harten, Franz 59
 Hausenstein, Wilhelm 215
 Hausmann, Gottfried 66
 Heidermann, Horst 140, 146, 147
 Heimpel, Hermann 247
 Heine, Fritz 14, 21, 143, 146, 147
 Heinemann, Gustav 253
 Helling, Fritz 252, 253, 254
 Hellwege, Heinrich 38, 39
 Herbst, Karin 156
 Herf, Jeffrey 219
 Hermann, Alfred 50
 Herzfeld, Hans 50, 248
 Heuß, Alfred 174
 Heuss, Theodor 138, 247
 Heydrich, Reinhard 129, 130
 Hilgers-Hesse, Irene 285
 Hillebrandt, Helmut 47
 Himmelmann, Gerhard 22, 67, 317
 Hitler, Adolf 71, 72, 129, 141, 160
 Hobsbawm, Eric 108
 Hügel, Otto 74, 76
 Huizinga, Johann 29, 136
 Hus, Jan 180
- Inoue, Chiyu 280, 281
- Jarck, Horst-Rüdiger 28, 91, 318
 Jensen, Adolf 69

- John, Otto 218
- Kahn-Ackermann, Georg 204
- Kant, Immanuel 93
- Kappius, Jupp 95
- Karl der Große 251
- Karl, Albin 42, 43, 44
- Karsen, Fritz 14, 165
- Kaulbach, Friedrich 75
- Kautsky, Karl 14
- Kautter, Eberhard 129, 130
- Keller, Thomas 26, 291, 318
- Kennedy, John F. 201
- Kienast, Walter 243
- Kiesinger, Kurt Georg 206
- Klein, Nikolaus 282
- Klemperer, Klemens von 147
- Klotzbach, Kurt 144
- Knoeringen, Waldemar von 128
- Kocka, Jürgen 29, 88, 107, 132, 318
- Kopf, Hinrich Wilhelm 38, 39, 40, 91
- Kopitzsch, Wolfgang 23, 53, 318
- Kořalka, Jiří 29, 177, 184, 318
- Koselleck, Reinhart 132
- Koszyk, Kurt 148
- Kotowski, Georg 147
- Krassowska, Eugenia 267
- Kubel, Alfred 20, 35, 36, 82, 85, 93, 95, 97, 99, 113, 141, 194, 228, 268
- Kuczynski, Jürgen 27, 123
- Kuhr, Gustav 55
- Labrousse, Ernest 250
- Labuda, Gerard 266, 267
- Lademacher, Horst 128
- Lahr, Rolf Otto 216, 217
- Landahl, Heinrich 58
- Landauer, Carl 142
- Lange, Friedrich Albert 27
- Langkau, Götz 128, 135
- Lapierre, Georges 238, 243, 246
- Lassalle, Ferdinand 120
- Lauffs, Magda (s. Eckert, Magda) 15, 16
- Leber, Annedore 204
- Lehning, Arthur 129
- Leonard, Terence J. 164, 225, 242
- Lerch, August 56, 59
- Ley, Robert 129
- Liebknecht, Wilhelm 27, 119, 123, 124, 125, 133, 134, 144
- Liesecke, Alexander 123
- Lipatti, Valentin 207
- Löbe, Paul 13
- Lousse, Emile 229
- Löwenstein, Kurt 13
- Ludat, Herbert 258, 259
- Ludewig, Hans-Ulrich 27, 117, 318
- Ludwig, Konrad 137
- Macke, Hermann 56, 59
- Maheu, René 212
- Markiewicz, Władysław 25, 210, 265, 273
- Markov, Walter 255
- Martin, Michel 243
- Marx, Karl 14, 108, 119, 124, 125, 128, 134
- Matull, Wilhelm 147
- Mätzing, Heike Christina 9, 11, 85, 97, 138, 140, 143, 153, 318
- Mayer, Ulrich 23, 151, 318
- Mazower, Mark 190
- Meinecke, Friedrich 157, 158
- Merkatz, Hans-Joachim von 216, 217, 218, 219
- Mertineit, Walter 216, 217, 218, 219
- Meyer, Enno 25, 223, 258, 259, 260
- Mielcke, Karl 118, 225, 249
- Miller, Susanne 85, 87, 147
- Moehlman, Arthur H. 226
- Mommsen, Hans 126
- Mommsen, Wilhelm 147
- Mori, Akira 277, 280, 281, 287
- Mosolf, Anna 59, 62, 160
- Müller, Ernst 58
- Multhoff, Robert 136, 236
- Na'aman, Shlomo 134, 142, 146, 148
- Napoleon Bonaparte 251
- Nau, Alfred 11, 14, 20, 135, 140, 142, 143, 144, 146, 147, 194
- Neck, Rudolf 148
- Neckel, Gustav 13
- Nelson, Leonard 93, 97

- Nentwig, Teresa 39, 40
 Neumann, Gerhard 227, 236
 Niederhommert, Charlotte 253
 Nikolaevskij, Boris I. 129
 Novotny, Antonin 203
- Oberbeck, Richard 59
 Obermann, Karl 129
 Oertzen, Peter von 11, 85, 87, 100, 128
 Ollenhauer, Erich 13, 142, 146
 Oncken, Hermann 14, 113
 Ossietzky, Karl von 69
- Pelger, Hans 144
 Perdew, Richard 194, 195
 Pfeil, Ulrich 24, 237, 318
 Piaget, Jean 214
 Pollmann, Klaus Erich 21, 22, 33, 146, 319
 Posthumus, N. W. [Nicolaas Wilhelmus]
 128, 129, 131, 132
 Prinzing, Albert 130, 131
- Raepfel, Leo 55
 Rau, Johannes 148, 253
 Reiber, Julius 55
 Reimers, Holger 203
 Renouvin, Pierre 241, 245, 246, 247, 248,
 249
 Rhode, Gotthold 260, 265, 266
 Richelieu [Armand-Jean du Plessis] 251
 Riemenschneider, Rainer 241, 246
 Ritter, Gerhard A. 121, 147, 158, 159, 162,
 175, 243, 248
 Rodenstein, Heinrich 22, 24, 48, 49, 50,
 55, 56, 59, 66, 67, 68, 69, 70, 71, 72, 73, 74,
 75, 77, 78, 79, 83, 84, 85, 226
 Rosenberg, Alfred 129, 130
 Rosenberg, Arthur 14, 113
 Rosenberg, Hans 108, 110
 Rothfels, Hans 50
 Rotten, Elisabeth 243
 Rüter, Adolf J.C. 132, 134, 135
 Ryschawy, Louise 12
- Salat, Rudolf 197, 215
 Sammler, Steffen 9, 23, 24, 223, 319
- Sänger, Fritz 55
 Sattler, Dieter 217
 Schallock, Richard 48, 55, 62
 Schieder, Theodor 138
 Schieder, Wolfgang 132, 147
 Schlüter-Hermkes, Maria 203, 214, 215,
 217
 Schmidt, Helmut 274
 Schmidt-Stähler, Albert 132
 Schmittlein, Raymond 238
 Schomburg, Eberhard 75
 Schröder, Alfred 59
 Schröder, Carl August 234, 267
 Schröder, Gerhard 202, 205, 216
 Schüddekopf, Otto-Ernst 144, 147, 224,
 226, 227, 234, 235, 243, 253, 259, 288
 Schütz, W. W. [Wilhelm Wolfgang] 100
 Schumacher, Kurt 22, 36, 37, 38, 40, 41,
 46, 86, 87, 141, 170, 254
 Schuster, Dieter 147, 178
 Selcer, Perrin 196
 Seyß-Inquart, Arthur 131
 Siemens, Anna 160
 Sievers, Rosemarie 100, 101, 124, 144
 Sigmann, Jean 245
 Silberner, Edmund 134, 142, 146
 Simson, Otto von 203, 215, 216, 217, 218,
 219
 Soboul, Albert 255
 Söchtig, Erich 46
 Soepardo 286
 Specht, Minna 160, 280
 Spier, Samuel 120
 Spitzmuller, Henry 243
 Spranger, Eduard 76
 Stadelmann, Elsa 59
 Stegerwald, Adam 118
 Steigner, Walter 11
 Steinbach, Matthias 21
 Steinberg, Hans-Josef 148
 Steinführer, Henning 96
 Stellmacher, Franziska (s. Bennemann,
 Franziska) 94
 Steltzer, Hans-Georg 208, 268
 Steltzer, Theodor 200, 201, 204
 Stern, Fritz 148

- Strauß, Franz Josef 202
Stresemann, Gustav 245
Strobel, Thomas 25, 193, 257, 319
- Tacke, Bernhard 264
Tenbrock, Robert-Hermann 236
Thiele, Fritz 55, 56, 57, 59, 83
Thompson, John W. 192
Tomsa, František 178
Torres Bodet, Jaime 247
Traeger, Max 55, 56, 57, 59, 61, 83
Trapp, Albert 75
Trimborn, Hermann 14, 15, 27, 30, 157
Troll, Carl 14
Turn, Karl 194
- Vigander, Håkon 229
Vilar, Paul 253
Vilar, Pierre 24, 250, 251, 252
Vogelsang, Thilo 39
- Walker, Herbert 194
Walz, Erwin 66
Wander, Friedrich Wilhelm 83
Wawrykowa, Maria 274
Weber, Max 108
Wegscheider, Hildegard 20
Wehler, Hans-Ulrich 132
Wehner, Herbert 274
Weisser, Gerhard 42, 142, 143
Weitendorf, Friedrich 254
Weniger, Erich 157, 158, 168, 170, 175
Wenzel, Hans 99
Wierblowski, Stefan 209, 262
Wong, Laura Elizabeth 198
Wunder, Dieter 66
Wuthe, Gerhard 144
- Zietz, Karl 75
Zirbeck, Rainer 92, 96

Open-Access-Publikation im Sinne der CC-Lizenz BY 4.0

© 2017, V&R unipress GmbH, Cöttingen

ISBN Print: 9783847107613 – ISBN E-Lib: 9783737007610

Institutionenregister

- Allgemeiner Deutscher Lehrerinnenverein (ADLV) 53, 57
- Allgemeine Freie Münchner Gewerkschaft, Untergruppe Erzieher 54f.
- Allgemeiner Deutscher Arbeiterverein (ADAV) 120, 122, 124, 125
- Allgemeiner Deutscher Lehrer- und Lehrerinnenverband (ADLLV) (s. ADLV) 22, 23, 48–50, 53, 59–66, 83
- Allgemeiner Deutscher Lehrer- und Lehrerinnenverband der britischen Zone 58, 83
- Allgemeiner Deutscher Lehrerverband der britischen Zone (ADLV) (s. Allgemeiner Deutscher Lehrerinnenverein) 48, 57
- Allgemeiner Lippischer Lehrerverein (vgl. ADLLV) 59
- Arbeitsgemeinschaft Deutscher Lehrer und Lehrerinnen in der britischen und amerikanischen Zone (AGDL) 26, 53, 62–66, 83, 225, 226, 228, 235, 236, 286, 287
- Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Lehrer und Lehrerinnen (ASL) 54
- Archiv der sozialen Demokratie der Friedrich-Ebert-Stiftung (AdsD) 11, 28, 29, 113, 136, 140, 146, 148
- Auswärtiges Amt (AA) 26, 82, 191, 192, 193, 196, 197, 199, 203–210, 213–217, 219, 221, 236, 261, 263, 266–268, 270, 271, 274, 283, 286, 288
- Bayerischer Lehrerverein (BLV) 53, 55, 62, 63, 64
- Bayerischer Lehrer- und Lehrerinnenverband (BLLV) 49, 65, 83
- Belgischer Geschichtslehrerverband 232
- Berliner Lehrerverein 54
- Bernhard-Rust-Hochschule 74
- Bremischer Lehrerinnen- und Lehrerverein (vgl. ADLLV) 59
- Bund der Heimatvertriebenen und Entrechteten (BHE) 34, 38, 39
- Bund Entschiedener Schulreformer 14, 153, 162, 165
- Bundeszentrale für Heimatdienst 246
- Bundeszentrale für politische Bildung (bpb) 246
- Central Bureau of Textbook Research 282
- Christlich Demokratische Union Deutschlands (CDU) 34, 38, 39, 168, 216
- Československý spolek [Böhmisch-slawischer Verein] 179
- Comité international des sciences historiques (CISH) 243
- Deutsche Arbeitsfront (DAF) 129
- Deutsche UNESCO-Kommission (DUK) 9, 11, 12, 24, 25, 26, 82, 144, 189–201, 203–217, 219–222, 231, 261–263, 267, 269–272, 274, 279, 281–283, 286, 289, 291, 292
- Deutscher Beamtenbund (DBB) 54, 63

- Deutscher Gewerkschaftsbund (DGB) 43, 44, 46, 48, 49, 60–62, 65, 66, 83, 84, 138, 236, 264
- Deutscher Lehrerverband (DL) 65
- Deutscher Lehrerverein (DLV) 53, 54, 55
- Deutscher Metallarbeiterverband (DMV) 92
- Deutscher Verein für Volksschullehrer 69
- Deutsches Historisches Institut in Paris (DHIP) 237
- Deutsch-Indische Gesellschaft 282
- Deutsch-Indischer Kulturausschuss 283
- Deutsch-Indonesische Gesellschaft 285, 286
- Deutsch-Polnische Schulbuchkommission 193, 257, 258
- Deutsche Partei (DP) 34, 38, 39, 218
- Ethnikós Laikós Apelevtherotikós Stratós (ELAS) [Griechische Volksbefreiungsarmee] 18, 19, 20, 72, 101, 140
- Europäisches (Hochschul-) Institut in Florenz 241
- Europarat 24, 26, 224, 227–230, 233, 236, 286, 289
- European Information and Documentation Centre for the Improvement of History and Geography Textbooks 227, 290
- Evangelische Akademie West-Berlin 264, 266, 269
- F.V.S.-Europa-Stiftung 231, 236, 290
- Fédération de l'éducation nationale (FEN) 243, 244, 251, 252
- Fédération internationale des associations d'instituteurs (FIAI) 84, 230
- Fédération syndicale mondiale 244
- Französischer Geschichts- und Geographielehrerverband (s. Société des Professeurs d'Histoire-Géographie) 242
- Freie Lehrgewerkschaft Deutschlands (FLGD) 53, 55, 68, 69
- Freier Deutscher Gewerkschaftsbund (FDGB) 55, 61, 62
- Friedrich-Ebert-Stiftung (FES) 9, 11, 12, 19, 26, 28, 29, 82, 85, 96, 102, 113, 133, 135, 137–140, 142–144, 146–149, 194, 286, 287, 289, 317
- Geheime Staatspolizei (Gestapo) 14, 128, 238
- Georg-August-Universität Göttingen 85
- Georg-Eckert-Institut – Leibniz-Institut für internationale Schulbuchforschung (GEI) 9, 36, 100, 101, 103, 193, 281, 283, 284, 286, 317, 319
- Gesamtverband Braunschweigischer Lehrer (vgl. ADLLV) 48, 56, 59, 60, 80, 83, 98
- Geschichtspädagogischer Arbeitskreis Braunschweig (auch Geschichtspädagogischer Forschungskreis Braunschweig) 23, 154, 162, 164, 165, 167, 168, 237
- Geschichtspädagogischer Forschungskreis 24, 162, 169, 174, 225, 226, 228, 232
- Gesellschaft der Freunde des vaterländischen Schul- und Erziehungswesens 55, 59
- Gewerkschaft Deutscher Volksschullehrer (GDV) 69
- Gewerkschaft Deutscher Volksschullehrer und Volksschullehrerinnen 69
- Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) 22, 23, 26, 47, 49–51, 53, 56, 62–66, 81, 83, 84, 169, 272, 286, 287, 289
- Gewerkschaft Gartenbau-, Land- und Forstwirtschaft (GGLF) 47
- Gewerkschaft Öffentliche Dienste, Transport und Verkehr (ÖTV) 49, 61, 64
- Gewerkschaft Unterricht und Erziehung (Mitgliedsgewerkschaft im FDGB) 55
- Hessischer Lehrerverein 56
- Historical Association 228, 231, 242
- Humboldt-Universität Berlin 71, 101, 197, 318
- Hus [Böhmisch-slawischer Verein] 180

- Iberoamerikanisches Institut (IAI) 15
- Industriegewerkschaft Metall (IG Metall) 43–47
- Institut für europäische Geschichte in Mainz (IEG) 245, 247
- Institut für Geschichtswissenschaft der TU Braunschweig 21, 318
- Institut für Internationale Schulbuchverbesserung an der Kant-Hochschule (heute Georg-Eckert-Institut) 23, 81
- Institut für Sozialgeschichte Braunschweig(-Bonn) 28, 82, 99, 103, 113, 133, 146, 194
- Interessenpartei der Vertriebenen (s. Bund der Heimatvertriebenen und Entrechteten) 34
- International Federation of Free Teachers Unions (IFFTU) 84
- Internationale Arbeiter-Assoziation (IAA) 120, 121, 177
- Internationaler Jugendbund (IJB) 93
- Internationaler Sozialistischer Kampfbund (ISK) 35, 41, 42, 93, 94, 95, 96, 97
- Internationales Institut für Schulbuchverbesserung (heute Georg-Eckert-Institut) 223, 225, 226, 258
- Internationales Institut für Sozialgeschichte (IISG) 29, 110, 124, 127–132, 134–136, 140, 147, 148
- Internationales Schulbuchinstitut (ISBI) 26, 28, 51, 82, 100, 115, 126, 133, 140, 142, 144, 147, 193, 200, 226–230, 233–236, 247, 259, 260, 264, 275, 277–280, 282–287, 289, 290, 292
- Israel Teachers' Union 84
- Kant-Hochschule – Hochschule für Lehrerbildung (s. Pädagogische Hochschule) 20, 67, 74, 75, 78, 80–83, 96–98, 101, 113, 117, 118, 141, 154, 162, 166, 193, 194, 224–226, 285, 286, 289
- Katholischer Lehrerverein des Deutschen Reiches 53
- Kommunistische Partei-Opposition (KPO) 69
- Kommunistische Partei Deutschlands (KPD) 33, 35, 37, 42, 44, 46, 56, 68, 69, 70
- Labor Desk of the Office for Strategic Services (OSS) 95
- Lehrerverband Niedersachsen (vgl. ADLLV) 59
- Militant Socialist International (MSI) 94
- National Council for the Social Studies (NCSS) 228
- Nationalsozialistischer Lehrerbund (NSLB) 54
- Nationalsozialistischer Deutscher Studentenbund (NSDStB) 16
- Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei (NSDAP) 15, 34, 54, 70, 72, 73, 74, 129, 130
- Niedersächsische Landespartei/Deutsche Partei 34
- Oldenburgischer Landes-Lehrerverein (vgl. ADLLV) 59
- Otto-Bennemann-Stiftung 92, 103
- Pädagogische Akademie Altona 170
- Pädagogische Akademie Frankfurt am Main 170
- Pädagogische Hochschule Braunschweig (s. Kant-Hochschule) 20, 22, 48, 49, 75, 76, 113, 179, 226, 227
- Pädagogische Hochschule Göttingen 170
- Pommerscher Lehrerverein 55
- Preußischer Lehrerverein 53, 56
- Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold 13, 71, 102
- Reichssicherheitshauptamt 129
- Rheinische Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn 71, 72
- Schleswig-Holsteinischer Lehrerverein (vgl. ADLLV) 59
- Slovanská lípa [Slawische Linde] 180

- Société des Professeurs d'Histoire-Géographie 195, 231, 242, 246
- Sowjetische Militäradministration in Deutschland (SMAD) 62
- Sozialdemokratische Partei Deutschlands (SPD) 11–14, 19–22, 27–29, 33–40, 42, 54, 55, 58, 68, 69, 85–87, 91–97, 100–102, 113, 128, 135, 137, 138, 140, 141, 142, 146, 169, 170, 194, 202, 204, 206, 257, 261, 262, 274, 317, 318
- Sozialistische Arbeiterjugend (SAJ) 13, 71, 101
- Sozialistische Arbeiterpartei (SAP) 42, 56, 69, 70
- Sozialistische Einheitspartei Deutschlands (SED) 253
- Sozialistischer Deutscher Studentenbund (S.D.S.) 98
- Sozialistische Reichspartei (SRP) 47
- Sozialistische Schülergemeinschaft (SSG) 13
- Studenten-SA 16, 71, 73
- Taskforce for International Cooperation on Holocaust Education, Remembrance, and Research 175
- Technische Universität Braunschweig 9, 21, 22, 91, 285, 317–319
- Technische Hochschule Braunschweig (ab 1968 Technische Universität) 68, 69, 75, 76, 98
- Trade Union Centre for German Workers in Great Britain (TUCGWGB) 95
- Überlandwerk Braunschweig 93
- Unabhängige Sozialistische Gewerkschaft (USG) 94
- United Nations Educational, Scientific and Cultural Organization (UNESCO) 24, 25, 26, 51, 80, 114, 189, 190, 191, 192, 194–199, 203–208, 211–221, 225, 228, 230, 236, 244, 247, 250, 258, 261, 262, 263, 267, 268, 271, 275–279, 282, 284, 286, 287, 291, 318
- UNESCO-Institut für Pädagogik in Hamburg 200, 280
- Universität Bielefeld 108, 318
- Universität Kyoto [京都大学, Kyōto Daigaku] 280
- Universität Montpellier [Université de Montpellier] 241
- Universität Osaka [大阪大学 Ōsaka daigaku] 280
- Universität Padjadjaran [Universitas Padjadjaran] 284
- Universität von Amsterdam [Universiteit van Amsterdam] 131 132, 134
- Universität Warschau [Uniwersytet Warszawski] 274
- Unabhängige Sozialdemokratische Partei Deutschlands (USPD) 69
- Verband badischer Lehrer und Lehrerinnen (vgl. ADLLV) 63
- Verband der Lehrer und Erzieher (vgl. ADLLV) 62
- Verband der Lehrer und Erzieher Groß-Berlins 48
- Verband Deutscher Diplom-Handelslehrer 65
- Verband Deutscher Gewerbelehrer 65
- Verband Deutscher Realschullehrer (VDR) 65
- Verein katholischer Lehrerinnen 53
- Vereinsverband akademisch gebildeter Lehrer Deutschlands (Deutscher Philologenverband) 53
- Vereinte Nationen (VN bzw. UN) 189, 190, 192, 199, 212, 213, 291
- VolkswagenStiftung (VW-Stiftung) 140, 146
- West-Institut Posen 264, 265, 269
- Württembergischer Lehrer- und Lehrerinnen-Verein 63
- Zentralverband der Angestellten (ZdA) 93
- Zentrumspartei 34, 38, 54
- Zonenfachausschuß für Lehrbücher (ZFL) 165